AGOMWBW-Rundbrief Nr. 799

vom 16. September 2021

Ein gemeinsamer Rundbrief von AG Ostmitteleuropa (AGOM) e. V. Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Herausgegeben von Reinhard M. W. Hanke (V.i.S.d.P.)

Auflage: Verteiler von rund 1.800 Konten

www.ostmitteleuropa.de www.westpreussen-berlin.de

Anschrift der Redaktion: agom-westpreussen.berlin@gmail.com
Landsmannschaft Westpreußen e. V., Brandenburgische Straße 24 – Steglitz, 12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533 (Büro), Fax-Nr.: auf Anfrage
Postbank Berlin: IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF, LM Westpreußen

Inhaltsverzeichnis — *Seiten I - XXI*

Nachtrag zum redaktionellen Teil:
A) Nachbarschaft in der Mitte Europas: 29. Jahrestagung der Deutsch-polnischen Gesellschaft, 22. bis 24. Oktober 2021 in Göttingen;

*

B) 25. und 26. September 2021, Zwölf-Apostel-Kirche in Berlin-Schöneberg: Orgelkonzert der Extraklasse: Ryszard Stanislaw Kaczmarek (geb. 1987 Warschau). „Organist aus Leidenschaft. Die Orgel ist mein Leben!“ Mit Werken berühmter Komponisten

Editorial — *Seite 1*

Editorial: Zurückhaltung ist fehl am Platze!

Afghanistan — ***Seiten 2 - 8***

01) Westliche Diplomatie geht vor Terroristen in die Knie. Von Giulio Meotti
02) Taliban führen ethnische Säuberungen gegen „Ungläubige“ durch (Video)
03) Meeralpen: Afghanen dringen illegal nach Frankreich ein
04) Taliban fordern von Deutschland diplomatische Anerkennung und Finanzhilfen

Themen global, die uns auch bewegen — ***Seiten 9 - 30***

01) Robert Redeker: „Möglicherweise erleben wir das Ende des Leviathan-Staates, wie Hobbes ihn sich vorstellte“
02) Age of Entitlement: Caldwell zerpflückt die Revolution der „Bürgerrechte“. Von Daniele Scalea

03) Afghanischer Migrations-Tsunami: EU reagiert mit Konzeptlosigkeit.
Von Nicola De Felice
04) Fernando Paz: Wie die Elite die Welt regiert. Von Ričardas Čekutis
05) Bruno Gollnisch: einige Lehren aus Afghanistan. Geopferte Verbündete
06) September 1939: Wer war damals ein „Faschist“? Von Grzegorz Kucharczyk

Sonderthema Corona-Pandemie *Seiten 31 - 33*

01) Msgr. Schneider für die Organisation alternativer Systeme vor dem Hintergrund der Corona-Zweiklassengesellschaft

Wanderungen und Einwanderungen *Seiten 34 - 46*

01) London schickt Migranten zurück: Paris ist nicht „amused“
02) Orbán: Ungarn und Serbien werden europäische Grenzen verteidigen.
Von Éva Harangozó
03) Tschechien gibt Litauen eine halbe Million Euro für Grenzzaun
04) Tschechische, slowakische und österreichische Führer gegen illegale Migration
05) László Kövér: „Derzeitige ethnische Mehrheiten in Europa können in die Lage ethnischer Minderheiten versetzt werden“
06) Griechenland: Migranten-Abschiebung beschleunigen und NGO-Arbeit einschränken – Europarat „besorgt“
07) Polen will den Notstand an der weißrussischen Grenze ausrufen

Blick über Europas Grenzen: Politische Themen *Seite 47*

Keine Berichte

Europa, Europa und die Welt: Politische Themen *Seiten 48 – 70*

01) Mariusz Patey: Der Euro ist ein antiliberales Konzept und Teil des euroföderalistischen Traums
02) Orbán: Der Westen ist eine Geisel der Idee einer „offenen Gesellschaft“
03) Judit Varga: „Wir haben schlechte Nachrichten für alle unsere Kritiker: Wir werden nicht aufgeben.“ Von Álvaro Peñas
04) Ungarn steht Polen bei „beispiellosem“ Angriff der EU zur Seite
05) Janez Janša: „Es gibt keine starke Europäische Union ohne ein starkes Mitteleuropa.“
06) Tucker Carlson interviewt Viktor Orbán. Viktor Orban debattiert mit europäischen Staats- und Regierungschefs auf dem Strategischen Forum in Bled (Slowenien) am 1. September 2021
07) Brüssel trifft Entscheidungen unter dem Druck von Lobbygruppen. Von Loretta Tóth
08) Janša an die europäische Linke: Ihr versucht, die EU zu zerstören
Von Judi Tamara (Brüssel)
09) Bled Strategic Forum 2021

Mitteleuropa: Politische Themen *Seiten 71 - 76*

01) Mitteleuropäischer Abhängigkeitskapitalismus

Deutschland und nahe Staaten: Politische Themen *Seiten 77 - 87*

01) Die Ära Merkel ist vorbei – die Probleme bleiben. Von Csaba Szajlai
02) Süddeutsche Zeitung manipuliert Wahlberichterstattung
03) Radikale Umgestaltung der deutschen politischen Landkarte? Protestverbote, Eigentumsbeschlagnahmungen und eine Abkehr von der marktwirtschaftlichen Ordnung werden eine neue deutsche Linksregierung kennzeichnen, meint der deutsche Historiker Reiner Zitelmann. Von Marek Bláha
04) Österreich: Beim Kampf gegen „Rechts“ bleibt die Rechtstaatlichkeit auf der Strecke

Ostmitteleuropa: Politische Themen *Seiten 88 - 150*

01) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 06. bis 12. September 2021
02) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 30. August bis 05. September 2021
03) Polen erschließt westliche Gasquellen und wendet sich von russischer Energie ab
04) Polexit-Option ist im rechten Lager kein Tabu mehr
05) Heute Seligsprechung des polnischen Kardinals Stefan Wyszyński, „Primas des Jahrtausends“
06) EU verhängt Geldstrafe gegen Polen. Von Judi Tamara (Brüssel)
07) Polnischer Ministerpräsident: „Niemand wird uns die Bedeutung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit lehren“
08) Jasna Góra: Erntedankfest unter Teilnahme des polnischen Staatspräsidenten
09) Litauen: Erneute Großdemo in Vilnius (Wilna). Von unserem Korrespondenten Algis Klimaitis aus Litauen
10) Tschechien bereitet sich auf weiteren Zustrom von Migranten vor
11) Tschechen sind kritischer gegenüber der EU-Mitgliedschaft als andere V4-Staaten
12) Slowakische Weine sind die teuersten in der Visegrád-Region
13) Papst Franziskus besucht die Slowakei
14) Die EU ist wohlhabend… und schwach
15) Chinesischer Batteriehersteller baut 185 Millionen Euro teures Werk in Ungarn
16) Viktor Orbán bittet Papst Franziskus, Ungarn nicht untergehen zu lassen. Von Lionel Baland
17) Ungarns Demokratie und ihre Verunglimpfung in Europa. Von Peter Tase
18) Ungarn unterstützen weiterhin den Grenzschutz
19) Budapest: Rumänische Schlepper verursachen schweren Unfall. Von Rainer Ackermann
20) Ungarn: Bericht von der Schengen-Außengrenze, Grenzschutz in Aktion. Die Grenzgänger kommen von der serbischen Seite der Grenze in den Gebieten Ásotthalom, Mórahalom und Röszke. Von László Janos Semán
21) 52. Internationaler Eucharistischer Kongress in Budapest
22) „Wir arbeiten daran, Ungarn zu einem erfolgreichen Land zu machen“
23) Orbán: Nationalstaaten sollen über Migration entscheiden. Von Mariann Őry
24) LGBT-Ideologie auch an slowenischen Schulen. Von Lucija Kavčič, Andrej Sekulović und Bogdan Sajovic

25) Slowenien: 16,3 % BIP-Wachstum im zweiten Quartal
26) Regierungskoalition in Rumänien geplatzt

Osteuropa: Politische Themen *Seite 151 - 154*

01) Interview über die Migrantenkrise in Weißrussland. Lionel Baland interviewte Olivier Bault für Breizh-Info über die Situation an den westlichen Grenzen von Weißrussland, einem Land, das nichteuropäische Migranten nach Lettland, Litauen und Polen schickt. Von Lionel Baland

Südosteuropa: Politische Themen *Seite 155*

Keine Berichte

Süd- und Westeuropa: Politische Themen *Seiten 156 -166*

01) Italien: Das Scheitern von Multikulturalismus und illegaler Einwanderung. Von José Papparelli
02) Italiens Innenministerin Lamorgese: „Immobilien für die Migranten beschlagnahmen“
03) Frankreich: Marine oder Éric?
04) Salah Abdeslam beim Prozess zu den Anschlägen vom 13. November 2015
05) Zemmour vor Gericht: Kritik an der Einwanderung in Frankreich verboten
06) Frankreich prescht vor: Finanzamt will mit Google-Bildern Immobilien exakt erfassen

Nordwest- und Nordeuropa: Politische Themen *Seite 167 - 178*

01) Nordirland: Kommt es zum Sturz der Regierung aufgrund des „Protokolls“?
02) GB: Der Impfpass wird nun doch nicht eingeführt
03) England will Zuwandererboote künftig einfach zurückweisen
04) „England gegen Rassisten 4:0“. Von Zsolt Bayer
05) Dänemark: Migranten müssen jetzt 37 Stunden pro Woche arbeiten, um Sozialleistungen zu erhalten
06) Dänemark: sozialdemokratische Regierung übernimmt von der „extremen Rechten“ befürwortetes einwanderungsfeindliches Modell
07) Schweden: Bericht über die Herkunft von Straftätern löst heftige Debatte aus

Pfarrer Steffen Reiche, Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee *Seite 179*

Hinweise

Aufruf zur Unterstützung *Seiten 180 - 182*

1) Finanzielle Unterstützung der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin
2) BdV: Ewige Flamme“ in Berlin-Charlottenburg braucht Ihre Unterstützung
3) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

„Zum Wohle des deutschen Volkes…“, Grundgesetz, Artikel 64 und 56 *Seite 183*

Du musst denken …. *Seite 184*

A. a) Leitgedanken *Seite 185*

„Verletze niemanden, vielmehr hilf allen, soweit du kannst.“ *Arthur Schopenhauer*
Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt von Morgen aussieht!
Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)
„Heimat gestalten und nicht nur verwalten!“ *LW Berlin*

A. b) Forderungen und Grundsätze *Seite 186*

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsaetze.pdf>

1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)

2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

01) SL Ergänzung zu SdP097: Das Recht auf Heimat

02) Charta der deutschen Heimatvertriebenen bleibt zukunftsweisendes Manifest. BdV erinnert an Charta-Verkündigung am 06. August 1950. Erklärung des Präsidenten des Bundes der Vertriebenen Dr. Bernd Fabritius MdB

A. c) Mitteilungen *Seiten 187 - 199*

01) Neue Biographie zum Bromberger Landsmann A. W. Johann von Rudi Zülch wird am 08. Oktober 2021 in Hankensbüttel von A.E.Johann-Gesellschaft vorgestellt
02) Kaiser Wilhelm I. soll gehen - und die Bürger werden nicht gefragt
03) Präsentation des Konzepts der deutsch-polnischen Expertenkommission für einen Ort der Erinnerung und Begegnung mit Polen im Auwärtigen Amt
04) Präsentation des Konzepts zum Ort des Erinnerns und der Begegnung mit Polen am 15.09.2021
05) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen unterstützt „Johnny“ Klein-Preis für die deutsch-tschechische Verständigung
06) Veranstaltungstipp 08. Oktober: Mit "hin&weg" Bevölkerungsbewegungen analysieren und visualisieren
07) Newsletter IfL-Publikationen 11/2021

A. da) Berichte *Seiten 200 - 225*

01) „Für Europa den Friedensnobelpreis verdient“. Ministerpräsident Söder sprach beim Tag der Heimat in Berlin
02) Einweihung des „Tranferraums Heimat“ im Rahmen des säschsischen Gedenktages für Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung
03) Sudetendeutscher Heimattag in Klosterneuburg 2021
04) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen würdigt Kulturarbeit am Wolhynier Umsiedlermuseum in Linstow
05) Landesbeauftragte Editha Westmann ehrt junge Spätaussiedler
06) Kennt BM Gewessler Preßburg nicht?
07) Bundespräsident Steinmeiers dreitägiger Tschechien-Besuch
08) Wanderausstellung „Romantik in Preußen“ in der Martin-Opitz-Bibliothek Herne eröffnet

A. db) Berichte von Fachtagungen *Seite 226*

Keine Berichte

A. ea) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen *Seiten 227 - 230*

01) 75 Jahre Niedersachsen. Gemeinschaftsprojekt zu Flucht und Vertreibung
02) Victor Klemperers „LTI, die Sprache des Dritten Reiches“ – wieder aktuell? Von Francis Richard

A. eb) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen *Seite 231*

Die Berichte über die Umbenennungen von Mohrenstraße und Kaiser-Wilhelm-Platz in Berlin werden zurzeit für die Veröffentlichung in unseren Leitseiten vorbereitet!

Dieses Thema finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

Von der Geschichtsklitterung zur Geschichtsfälschung: Straßenumbenennungen für eine andere Republik, für eine andere Gesellschaft – für ein anderes Volk?

Das Beispiel Steglitz-Zehlendorf in Berlin: Paul von Hindenburg, Max von Gallwitz, Georg Maercker

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Geschichtslandschaft_Strassen_Gedenktafeln_%20Ehrengraeber.pdf

A. f) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe — *Seiten 232 - 241*

01) 76. Gedenkfeier zum Untergang der Wilhelm Gustloff am 28. August 2021 in Gdingen
02) BdV-Präsident Fabritius MdB zeichnet langjährigen Geschäftsführer der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Dr. Ernst Gierlich, mit der Goldenen Ehrennadel des BdV aus
03) Zum 300. Geburtstag eines siebenbürgischen Europäers. Einladung zum Heiligenhof-Onlineseminar

A. g) Fördermöglichkeiten — *Seite 242*

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

01) Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen

02) Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.

03) Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

<*http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf*>

A. h) Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde
Seiten 243 - 253

01) 18. und 19. September: Nachstellung der Schlacht am Weißen Berg in Prag
02) Collegium Intermarium: Der Platz der Wahrheit in Zeiten der „cancel culture“
03) Prag: Bier- und Burgerfestival am 12. September
04) Haus Butschitzer – Bornemann in Znaim. Festvortrag von Dr.Jiří Kacetl
05) Hilfsappell des ungarischen Königs Béla IV an Papst Innozenz IV (1250)

A. i) Plattform des Arbeitskreises für ostdeutsche Landsmannschaften u.ä. (Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa)
Seiten 254 - 263

01) Westpreußen-Kongress 2021, 24. bis 26 September 2021
02) Danziger Kulturtagung – 24. bis 25. September 2021 in Ravensburg
03) Westpreußischer Gesprächskreis, Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin: 24.10. und 10.12.2021
04) Tagesfahrten, Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin: 2021 ausgesetzt Bus-Tagesfahrt zur Müritz, mit Schiffsfahrt von Röbel nach Waren usw.
05) 15.10.2021, AGOM-Wanderungen: Wanderung in Potsdam, Stadt und Park Sanssouci Leitung: Joachim M o e l l e r
06) Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V. Berlin-Brandenburg vervollständigt Vorstand durch Briefwahl

A. i) Plattform des Arbeitskreises für landsmannschaftliche ostdeutsche Heimatkreise (Historisches Ostdeutschland und östl. Mitteleuropa
Seiten 264 - 265

01) Heimatkreis Wirsitz: Bericht zur 30. Weißenhöher Himmelfahrt, 24. bis 31. Juli 2021, in Vorbereitung
02) Veranstaltungen im 2. Halbjahr 2021 in Weißenhöhe / poln. Białośliwie: Wegen der Corona-Pandemie sind zurzeit alle weiteren Veranstaltungen im Haus Anna-Charlotte abgesagt
03) Heimatkreis Schneidemühl: Patenschaftstreffen in Cuxhaven abgesagt, neuer Heimat-Brief
04) Treffen des Heimatkreises Schneidemühl im „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6, 10179 Berlin, am S-/U-Bahnhof Jannowitzbrücke

1) Sonnabend, 11. September 2021, 14:00 Uhr

2) Sonnabend, 11. Dezember 2021, 14:00 Uhr

B. a) Vortragsveranstaltungen *Seiten 266 – 278*

01) 18.09.2021, DtKultForÖstlEur in Berlin: Siebenbürgens Kirchenburgen im Fokus des neuen Dokumentarfilms von Florin Besoiu
02) 24.09.2021, DtKultForÖstlEur in Berlin: Die Deutschbalten als Minderheit in Estland und Lettland in der Zwischenkriegszeit. Themenabend mit Kurzvorträgen und Podiumsdiskussion. Eine Anmeldung ist erforderlich.
03) 17.09.2021, Schlesisches Museum zu Görlitz: Vom „Karneval“ der Solidarność bis zum Runden Tisch. Die politische Opposition in Polen am Beispiel Schlesiens. Vortrag von Dr. Katarzyna Zinnow
04) 24.09.2021, Schlesisches Museum zu Görlitz: Unterwegs in der polnischen Woiwodschaft Oppeln/Opole. Online-Vortrag von Andrzej Paczos
05) 17.09.2021, UTP Berlin: SARS-CoV-2, das Virus, das unser Leben verändert hat. Vortrag von Prof. dr hab. Krzysztof Pyrć, Moderation: Joanna Stolarek
06) 18.09.2021, LGV: Die Bodenschätze des Grunewalds – rund um das Postfenn Ein neuer Versuch die verschobene 136. Weihnachtswanderung vom 26.12.2020 nachzuholen. Leitung: Ingrid Zache und Dr. Felix Escher (Berlin)
07) 07.10.2021, LGV: Friedrich Wilhelm I. von Preußen: ein Monarch mit vielen Gesichtern Vortrag und Buchvorstellung: Prof. Dr. Frank Göse (Potsdam)
08) 30.09.2021, Literaturhaus Berlin: Nataša Kramberger »Verfluchte Misteln«. Die Autorin im Gespräch mit Lola Randl. Buchpremiere
09) 19.09.2021, TopTerr: NS-Zwangsarbeit in Adlershof, Ein Audio-Rundgang
10) 21.09.2021, TopTerr: Léon Poliakow: Vom Hass zum Genozid. Das Dritte Reich und die Juden. Buchpräsentation
11) 30.09.2021, TopTerr: 12 Jahre, 3 Monate, 8 Tage. Andreas Nachama über die Zeit des Nationalsozialismus

B. b) Vorlesungsreihen, Podiumsdiskussionen, Seminare u.ä. *Seiten 279 – 368*

01) 17.09.2021, Kulturstiftung dt. Vertriebene: Alexander von Humboldt in Franken, Schlesien und Polen. Historische Fachtagung – online
02) 19.09.2021, Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Potsdam: Wissen aus der Region. Brandenburg im Jahr 1945
03) 20.09. – 21.09.2021, Poln. Histor. Mission, Univ. Würzburg, Haus des deutschen Ostens, Nikolaus-Kopernikus-Univ. Thorn usw.:"Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit".
04) 23.09.2021, Rosa-Luxemburg-Stiftung: Frauen als Vorkämpferinnen sozialer Gerechtigkeit? •Völlig vergessen – die oberschlesische Kämpferin Agnes Wabnitz Roswitha Schieb, Borgsdorf b. Berlin; • Stets gegenwärtig – die jüdische Intellektuelle Rosa Luxemburg, Holger Politt,
05) 30.09. bis 02.10.2021, Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung, Ostpreußisches Landesmuseum in Lüneburg: Immanuel: Kant und sein Wirkungsort Königsberg. Universität, Geschichte und Erinnerung heute

06) 05. bis 08.10.2021, München, Historikertag 2021: Epochenübergreifende Sektionen
07) 05. bis 08.10.2021, München, Historikertag 2021: Mittelalterliche Geschichte
08) 05. bis 08.10.2021, München, Historikertag 2021: Frühe Neuzeit
09) 05. bis 08.10.2021, München, Historikertag 2021: Neuere und Neueste Geschichte
10 05. bis 08.10.2021, München, Historikertag 2021: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
11) 05. bis 08.10.2021, München, Historikertag 2021: Kulturgeschichte
12) 05. bis 08.10.2021, München, Historikertag 2021: Podiumsdiskussionen
13) 13. bis 15.10.2021, Zentrum Mittleres und Östliches Europa (TU Dresden); Museum für Kohlebergbau in Zabrze / Hindenburg OS. Veranstaltungsort Digital; Zabrze /Hindenburg OS; Dresden: Industrialisierung in Oberschlesien im ‚Zeitalter der Extreme'. Eine Kulturgeschichte der Wirtschaft am Beispiel des Ballestrem-Konzerns ca. 1890-1950
14) 14. bis 15.10.2021, Lehrstuhl für Militärgeschichte / Kulturgeschichte der Gewalt, Alex J. Kay, Historisches Institut, Universität Potsdam: Nachwuchskolloquium zur Militärgeschichte
15) 13.10. bis 15.10.2021, Viadrina-Universität Frankfurt/Oder:Südosteuropa ist tot? Lang lebe Südosteuropa! Positionierungen in einem interdisziplinären Forschungsfeld (Viadrina-Univ. Frankfurt/Oder)
16) 25. bis 26.10.2021, Forschungsverbund Neue Universität (Universität Kassel): Stadterweiterung in Zeiten der Reurbanisierung – neue Suburbanität? Online-Abschlusstagung des Forschungsverbunds Neue Suburbanität (Universität Kassel)
17) November in Soest, Tagung der BAG für Ostdeutsches Kulturerbe im Unterricht e. V.: Der große Aufbruch 1968 – ein Mythos von gestern
18) 04.11. bis 05.11.2021, Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit; Forschungsstelle Weimarer Republik, Institut für Politikwissenschaft, Friedrich-Schiller- Universität Jena: Auf dem Weg zur liberalen Demokratie? Deutsches Kaiserreich, Nationalstaat und Europa
19) 05.11.2021, Dr. John Gallagher (University of Leeds, UK) und Prof. Ulrike Krampl (université de Tours/CeTHiS, Frankreich), Online: Die mehrsprachige Stadt (ca. 125 bis ca. 1800)
20) 08.11.2021 - 08.11.2021, Deutsches Historisches Institut Warschau: Der Todesmarsch von Palmnicken. Mikrogeschichtliche Annäherung an eine Gewalterfahrung im 20. Jahrhundert und ihre Aufarbeitung - in transnationaler Perspektive
21) 11. bis 14.11.2021, Collegium Carolinum in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Geschichte Ost- und Südosteuropas der Ludwig-Maximilians-Universität München: Ungleichzeitigkeiten und Divergenzen in der Entwicklung Ostmitteleuropas seit 1989 83730 Fischbachau
22) 18 .bis 21. Nov. 2021, Herrnhut, University of Gothenburg, Johannes Gutenberg Universität Mainz, Herrnhuter Brüdergemeine (Prof. Dr. Christer Ahlberger, Prof. Dr. Wolfgang Breul, Dr. Peter Vogt, Ausrichter Prof. Dr. Christer Ahlberger, Prof. Dr. Wolfgang Breul, Dr. Peter Vogt: Die Herrnhuter Brüdergemeine als Impulsgeber für religiöse und kulturelle Innovation im 18. Jahrhundert
23) 24.11.2021 - 26.11.2021, Ievgeniia Voloshchuk (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder), Kirsten Möller (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder), Ryszard Kupidura (Adam-Mickiewicz-Universität Poznań) (Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/Oder), Adam-Mickiewicz-Universität Poznań): Erkundungen eines europäischen Kulturraums: Deutschland, Polen und die Ukraine im zeitgenössischen literarischen Migrationsdiskurs „Erkundungen eines europäischen Kulturraums: Deutschland, Polen und die Ukraine im zeitgenössischen literarischen Migrationsdiskurs"

24) 26.11.2021, Geschichte und Zukunft e.V. und Konrad-Adenauer-Stiftung Veranstaltungsort Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstraße 35: Wie bekommt man das Völkische aus den Köpfen? Reeducation und Reorientation im besetzten Deutschland 1945 bis 1955. Der Stellenwert völkischer Ideologien für Alliierte, deutsche Länder und die Bundesregierung

25) 02.12.2021 - 03.12.2021, Institut für Landesgeschichte, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt, Veranstaltungsort Landesmuseum für Vorgeschichte 06114 Halle (Saale): Nachgeholte Historisierung? Der Braunkohlenbergbau als Herausforderung für Geschichtswissenschaft und -vermittlung

26) 10.01.2022 - 14.01.2022, Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen (Prof. Dr. Beate Fieseler): Der Zerfall der Sowjetunion und das Ende der DDR als historische Zäsuren – unter besonderer Berücksichtigung neuer methodischer und quellenmäßiger Zugänge. Nachwuchsworkshop der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen

27) 13. bis 14.01.2022, Wissenschaftliche Tagung der AG Landesgeschichte des Verbands der Historiker Deutschlands: Zeit in der Landesgeschichte

28) 19. – 20.01.2022, Deutsches Historisches Institut Paris, Veranstaltungsort Institut historique allemand: Strategien der Verhinderung. Der Zugang zu Archivalien in Frankreich und Deutschland im internationalen Vergleich

29) 22.03.2022 - 23.03.2022, Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut, Hamburg / Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa: „Der Osten im Westen“. Deutschsprachige Autoren aus dem östlichen Europa im Rundfunk nach 1945

30) 31.03. bis 01.04.2022, Deutsches Historisches Institut Warschau: Das "Bibliomigratorische" im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg

31) 06.04 – 08.04.2021, Zentralinstitut für Kunstgeschichte München, Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung München, Universität der Künste in Posen/Poznań, Deutsch-Polnische Gesellschaft München, Deutsches Polen-Institut in Darmstadt, Veranstaltungsort Zentralinstitut für Kunstgeschichte München: Un/Sichtbarkeit. Die polnische Kunst(geschichte) und Deutschland

32) 08.04.2022 - 10.04.2022, Schwabenakademie Irsee / Zentralinstitut für Kunstgeschichte: Aspekte deutscher Gartenkunst der Frühen Neuzeit (ca. 1550 bis 1640)

33) 11.05.2022 - 13.05.2022, Veranstalter Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf: "Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken

34) 07.07. bis 09.07.2021, Interdisziplinäres Forschungszentrum Ostseeraum (IFZO), Universität Greifswald: IFZO-Konferenz „Ostsee im Austausch. Transformationen zwischen Konflikt und Kooperation“

35) 21.09.2022 - 24.09.2022, Veranstalter Verband der deutschen Slavistik (Ruhr-Universität Bochum): Slavistiktag 2022

36) 19.10.2022 - 22.10.2022, Jagellonen-Universität Krakau, Pädagogische Universität Krakau: War and Diversity Beyond the Battlefield: Cultural Encounters in the Polish Lands 1914–1923

C. a) Ausstellungen usw. in Berlin und Umland *Seiten 369 – 378*

01) 27.08. – 31.12.2021, Staatsbibliothek u.a**.:** Utopie Kulturforum. Transformation eines Stadtviertels. Eine gemeinsame ‚Wander‘-Ausstellung der St. Matthäus-Kirche, der Philharmonie, der Neuen Nationalgalerie, der Kunstbibliothek, des Kunstgewerbemuseums und der Staatsbibliothek zu Berlin

02) Programme der Museen von Tempelhof-Schöneberg

03) „Kommt Schwimmen“. Das Seebad Mariendorf 1876 – 1950
Tempelhof-Museum, 07.05. bis 10.10.2021
04) Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. NS-Verbrechen vor Gericht
28.04. bis 17.10.2021, Topographie des Terrors
05) 05.09.2021, Kommunale Galerie Wilmerdorf: 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland: Kommunale Galerie zeigt die Ausstellung „Hiersein, Being Here, ן להיו"
06) Brandenburg-Preußen Museum: „Vom Eise befreit sind Strom und Bäche…“
Brandenburg-Preußen Museum Wustrau: Ausstellung „[K]Ein Kinderspiel: Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung vom 21.03. bis 05.12.2021

C. b) Ausstellungen usw. außerhalb des Raumes von Berlin S. 379 - 396

01) 01. Juli bis 17. Oktober 2021, Westpreußischen Landesmuseum, Warendorf: Die schönsten Wochen des Jahres. Reise(n) einst und jetzt
02) 08.07. – 30.09.2021, Westpreußisches Landesmusuem, Warendorf: Natur in Farbe und Struktur. Malerei und Zeichnung von Friedrich Kreuzberg
03) Newsletter des Westpreußischen Landesmuseums vom 09. August 2021
04) 04.09. bis 28.11.2021, Kulturzentrum Ostpreußen, Ellingen: Kann Spuren von Heimat enthalten. Grenze ist nur ein Wort. Ausstellung zu tschechisch-deutschen Begegnungen
05) 09.08. – 21.11.2021, Schlesisches Museum zu Görlitz: »Meisterhaft wie selten einer «/»Mistrzowskie jak rzadko które …«
06) 11.09.2021 – 27.02.2022, Schlesisches Museum zu Görlitz: Inspiration Riesengebirge
07) 22.07. – 31.10.2021, Schlesisches Museum zu Görlitz: Streifzüge / Wędrówki – Fotografien von Jacek Jaśko
08) 12.08. – 02.10.2021, Schlesisches Museum zu Görlitz: Im Fluss der Zeit - Jüdisches Leben an der Oder
09) Einblicke ins Depot des Sudetendeutschen Museums
10) 2021, Marionetten- und Zirkusmuseum in Prachatitz (tschech. Prachatice): „Grenze ist nur ein Wort“ – Ausstellung zu tschechisch-deutschen Begegnungen während Corona
11) Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold

E. a) Neuerscheinungen auf dem Bücher- und Zeitschriftenmarkt
Seiten 397– 399

A. Besprechungen (*Seite 397)*

Wir lesen!

B. Besprechungen in Arbeit *(Seite 397)*

01) Svenja Kück: Heimat und Migration. Ein transdisziplinärer Ansatz anhand biographischer Interviews mit geflüchteten Menschen in Deutschland.
(3 Abb., 2 Tab.). (Bielefeld) transcript (2021). 293 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5511-7 (Print), 978-3-8394-5511-1 (pdf). € 48,00.
Rezensentin: Frau Dr. Maria Werthan, Langerwehe

02) Breslau – Freizeit und Konsum. (zahlreiche historische und aktuelle Abb. im Text, Abb. auf den Klapp-Umschlagseiten). Hg. von Heinke Kalinke, Tobias Weger, Łukasz Bieniasz
(Berlin/Boston) de Gruyter (2021). 313 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 81.
ISBN 978-3-11-070298-9. € 49,95.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

03) Arne Frank unter Mitarbeit von Katrin Schulz: Das schlesische Elysium. Burgen, Schlösser, Herrenhäuser und Parks im Hirschberger Tal. (mit zahlreichen mehrfarbigen und SW-Abbildungen im Text, 2 mehrfarbigen Karten auf den Innenseiten).
Fünfte, überarbeitetete und erweiterte Auflage.
(Potsdam) Deutsches Kulturforum östliches Europa (2021). 307 Seiten.
ISBN 978-3-9361168-90-7. € 19,80.
Rezensent: Peter Börner, Siegburg

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen *(Seiten 387 – 399)*

01) Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?

02) Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text).
(Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.

03) Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975).
(Düsseldorf) Droste Verlag 2020. 671 Seiten.
= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 182. ISBN 978-3-7700-5349-0. € 68,00.

04) Handbuch Landesgeschichte. (43 Abb., darunter einige mehrfarbige Abb.). Hrsg. von Werner Freitag, Michael Kißener, Christine Reinle und Sabine Ullmann.
(Berlin) De Gruyter Oldenbourg. (2018). XII, 706 Seiten. = de Gruyter Reference.
Gebunden ISBN 978-3-11-035411-9. € 99,95.

05) Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung.
(zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90. PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.

06) Das Museum der Zukunft. 43 neue Beiträge zur Diskussion über die Zukunft des Museums. Hrsg. von schnittpunkt und Joachim Baur. (mit mehrfarb. und SW-Abb.). (Bielefeld) transcript (2020).
313 Seiten. ISBN 978-3-8376-5270-3. € 29,00.

07) Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen).
(Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.

08) Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makała. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020).
400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.

09) Christofer Herrmann / Kazimierz Pospieszny / Ernst Gierlich (Hrsg.): Spiegel der Fürstenmacht. Residenzbauten in Ostmitteleuropa im Spätmittelalter – Typen, Strukturen, Ausschmückung. (zahlreiche Farbfotos, zahlreiche mehrfarbige und einfarbige Abb.). (Bonn) Kulturstiftung der Vertriebenen (1921). 289 Seiten.
ISBN 978-3-88557-243.5. € 24,90.

10) Hans-Jürgen Kämpfert: Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel. Einrichtungen und Persönlichkeiten. (zahlreiche Abb., Stadtplan Danzigs von 1822 auf den Umschlaginnenseiten vorn, Landkarte Westpreußen auf den Umschlaginnenseiten hinten).
Münster / Westfalen: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2020. XI, 396 Seiten.
= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 42.
ISBN 978-3-924238-58-2. € 40,00.

11) Christhardt Henschel (Hg.): Ostpreußens Kriegsbeute. Der Regierungsbezirk Zichenau 1939 – 1945. (19 SW-Abbildungen im Text). (Osnabrück) fibre (2021). 416 Seiten.
= Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau.42.
ISBN 978-3-944870-75-5. € 58,00.

12) Arno Mentzel-Reuters und Stefan Samerski (Hg.). Castrum sanctae Mariae: Die Marienburg als Burg, Residenz und Museum. (mit 102 Abb.).
Göttingen: V & R Unipress 2019. 505 Seiten.
= Vestigia Prussica. Forschungen zur Ost- und Westpreußischen Landesgeschichte. Band 1. ISBN 978-3-8471-0883-2. € 59.99.

13) Peter Bahl: Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945. (Berlin) Berliner Wissenschaftsverlag (2020). XVII, 1.718 Seiten.
= Bibliothek der brandenburgischen und preußischen Geschichte. Im Auftrag des Brandenburgischen Hauptarchivs und der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Mario Glauert und Michael Wildt. Band 17.
ISBN Print 978-3-8305-5016-7. € 125,00.
ISBN E-Book 978-3-8305-4186-8. Freier Zugang. € 0,00.

14) Naturpark Barnim von Berlin bis zur Schorfheide. Eine landeskundliche Bestandsaufnahme. Hg. von Peter Gärtner, Lisa Merkel, Haik Thomas Porada (mit 181 zumeist mehr-farbigen Abb. im Text; 1 Übersichtskarte-Suchpunkte und 1 Tafel mit 4 mehrfarbigen Abb. in Tasche).

Wien, Köln, Weimar. Böhlau Verlag (2020). 496 Seiten.
= Landschaften in Deutschland. Band 80 (herausgegeben im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde und der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig). ISBN 978-3-412-51378-8. € 30,00.

15) Reinhard Olt: Im Karpatenbogen. Ungarn und die Diaspora der Magyaren – Reportagen und Analysen. (mit mehrfarbigen Fotos). Budapest: Freunde von Ungarn Stiftung 2020. 232 Seiten. ISBN 978-615-81674-0-6. € 179,10.

16) Wilfried Heller: Zwischen Herkunft und Neuanfang. Biographische Skizze eines Vertriebenen aus dem Egerland (Böhmen). (London/Berlin) Verlag Inspiration Un Limited (2021). 112 Seiten. ISBN 978-3-946127-322. € 12,90.

18) Matthias Barelkowski und Christoph Schutte (Hg.): Neuer Staat, neue Identität? Deutsch-polnisch-jüdische Biografien in Polen nach 1918. (5 Abb.). (Osnabrück) fibre (2021). 347 Seiten.
= Polonica-Germanica. Schriften der Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen e. V. 12. ISBN 978-3-944870-74-8. € 39,80.

Briefe und Leserbriefe — *Seiten 400 - 402*

01) Einbahnstraße Borstellstraße
Brief an das Straßenverkehrsamt von Berlin Steglitz-Zehlendorf

- Antwort weiterhin Fehlanzeige! –

Impressum *Seite 403*
Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz *Seite 403*
Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“ *Seite 404*
2 Karten zur Geschichte Westpreußens *Seite 405*
Freie Stadt Danzig: Wappen und Gebietskarte *Seite 406*
Westpreußen in Physisch-geographischen Karten *Seite 407*
Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920 *Seite 408*

04) 04.09. bis 28.11.2021, Kulturzentrum Ostpreußen, Ellingen:
Kann Spuren von Heimat enthalten. Grenze ist nur ein Wort.
Ausstellung zu tschechisch-deutschen Begegnungen

Redaktionsschluss für diesen AWR-Nr. 799 vom 16.09.2021: 15.09.2021, 13:00 Uhr

Der nächste Rundbrief Nr. 800 erscheint voraussichtlich in zwei Wochen, am 30.09.2021.
Redaktionsschluss für AWR-800: 29.09.2021, 13:00 Uhr

Nachtrag zum redaktionellen Teil

Nachbarschaft in der Mitte Europas 2021 / Kongress der Deutsch-Polnischen Gesellschaften 2021 in Göttingen, 22. - 24.10.2021

dpgb

Deutsch-Polnische Gesellschaft
Bundesverband e.V.

Nachbarschaft in der Mitte Europas

Der DPG-Kongress "Nachbarschaft in der Mitte Europas - Sąsiedztwo w środku Europy" ist das jährliche Treffen der Deutsch-Polnischen und Polnisch-Deutschen Gesellschaften sowie interessierter Bürger und Organisationen aus Deutschland und Polen.

Die Tagung, die erstmalig 1992 in Berlin veranstaltet wurde, hat zum Ziel, über die vielfältigen Themen und Ebenen des deutsch-polnischen Kulturdialoges zu informieren, für den deutsch-polnischen Austausch zu werben und das Interesse daran bei einem breiten Publikum zu wecken. Mit dem Kongress will der Bundesverband der Deutsch-Polnischen Gesellschaften Akteure und Initiativen der bilateralen Zusammenarbeit miteinander vernetzen und einen Beitrag zur europäischen Integration leisten. Seit 2005 wird während der Tagung der DIALOG-Preis für besonderes Engagement zur Förderung der deutsch-polnischen Beziehungen verliehen.

Informieren Sie sich über die Veranstaltungen "Nachbarschaft in der Mitte Europas" über die nach Jahren sortierte Übersicht "Jahreskongresse".

Auswärtiges Amt

"Nachbarschaft in der Mitte Europas" wird durch das Auswärtige Amt gefördert.

Nachbarschaft in der Mitte Europas 2021 / Kongress der Deutsch-Polnischen Gesellschaften 2021 in Göttingen (22.-24.10.2021)

Wichtige MItteilung!

Wie Sie der Einladung zum Kongress in Göttíngen entnehmen, unterliegen wir auch Im Oktober wahrsheinlich noch Auflagen hinsichtlich der Gesamtteilnehmerzahl von 120 Personen, die zu dem Kongress zusammenkommen dürfen. Es haben sich bereits 50 Personen für den Kongress angemeldet, warten Sie also nicht zu lange mit Ihrer Teilnahme an dem Kongress vom 22. bis 24. Oktober 2021 in Göttigen
Mit freundlchen Grüssen Christian Schröter

Am 13.09.2021 um 23:08 schrieb Christian Schröter:
Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

der **29. Kongress der Deutsch-Polnischen Gesellschaften unter dem Motto „Nachbarschaft in der Mitte Europas“** rückt immer näher. Wir freuen uns, nach dem pandemiebedingten Ausfall 2020, dieses Jahr unseren Kongress wieder veranstalten zu können. Auch in diesem Jahr erwartet unsere Gäste ein spannendes Programm – dieses Mal im wunderschönen Göttingen in Zusammenarbeit mit unserer Göttinger DPG. Wir laden alle herzlich dazu ein, an einem der größten Treffen von Akteuren, Multiplikatoren und Freunden der deutsch-polnischen Beziehungen teilzuhaben!

Der Jahreskongress wird vom **22. bis 24. Oktober 2021** stattfinden. Während des Kongresses wird die **Verleihung des DIALOG-PREISES 2020 an Polens ehemaligen Bürgerrechtsbeauftragten Prof. Dr. Adam Bodnar** nachgeholt, die vergangenes Jahr aufgrund der pandemiebedingten Lage abgesagt werden musste. Zusätzlich wird unser Verband den **diesjährigen DIALOG-PREIS an die Historiker Prof. Dr. Robert Traba und Prof. Dr. Hans Henning Hahn** verleihen.

Die Teilnehmerzahl wird aus pandemischen Gründen leider auf **120 Personen** begrenzt. Anmeldungen werden nach zeitlicher Eingangsreihenfolge berücksichtigt. Anmeldefrist ist der 11.10.2021. Bitte schicken Sie Ihre ausgefüllten Anmeldungen per Post oder E-Mail (geschaeftsstelle@dpg-bv.de) an die Geschäftsstelle des Bundesverbandes. Leiten Sie das Programm samt Anmeldeformular gerne an interessierte Personen weiter.

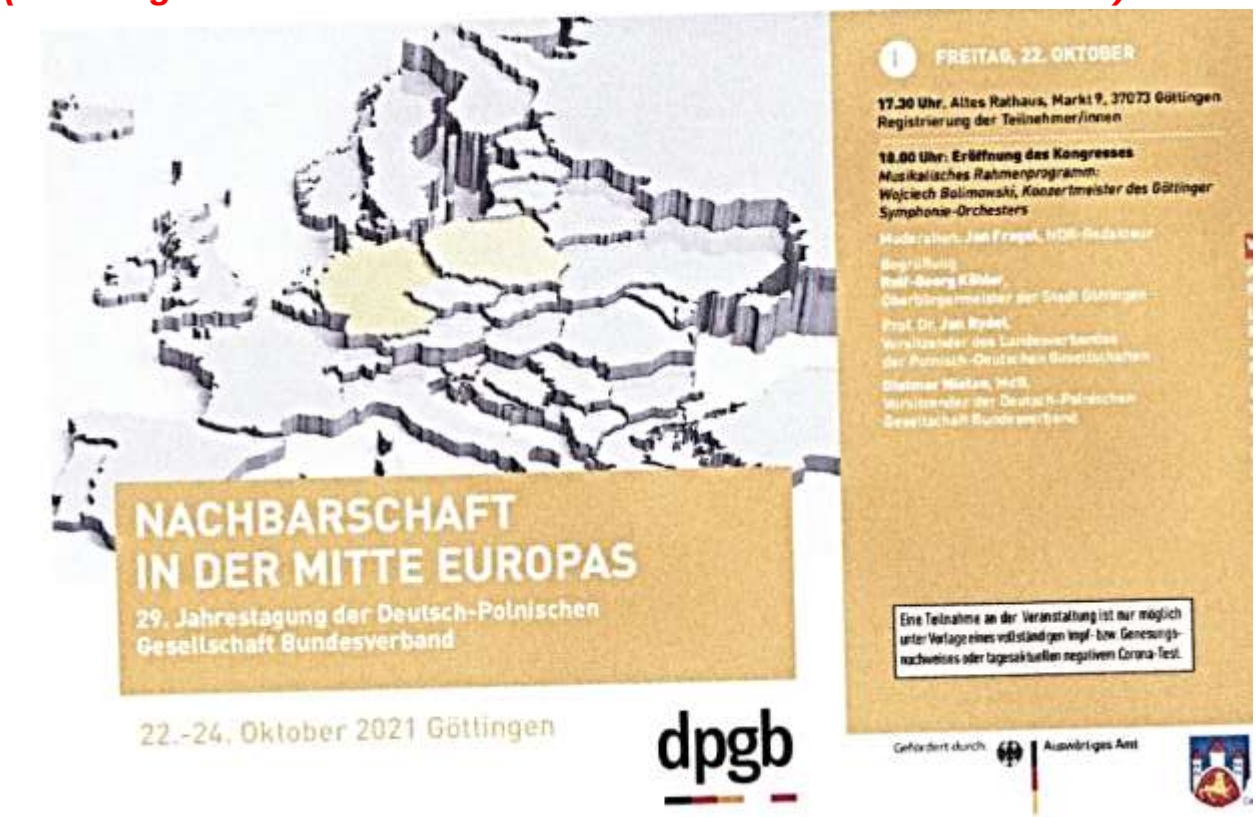
Bitte beachten: Eine Teilnahme an der Veranstaltung ist nur möglich unter Vorlage eines vollständigen Impfnachweises bzw. tagesaktuellen negativem Corona-Tests.

Freundlich grüßt Sie
Arkadiusz Szczepanski
Geschäftsstelle Deutsch-Polnische Gesellschaft Bundesverband e.V.
Schillerstraße 59
10627 Berlin
Tel: 030-26931460 / 26551630
Mobil: 0163 989 42 88
arkadiusz.szczepanski@dpg-bv.de
geschaeftsstelle@dpg-bv.de
www.dpg-bundesverband.de

Christian Schröter
Vorsitzender
Deutsch-Polnische Gesellschaft Berlin e. V.; Schillerstr. 59, D-10627 Berlin
Tel: +49 (0)30 713 89 213; Fax: +49 (0)30 713 89 201; E-Mail: info@dpgberlin.de

privat:
Tel: +49 (0)30 432 91 92; E-Mail: cs@dpgberlin.de

(Das folgende Faltblatt können wir auch nicht lesen! Schade!)



NACHBARSCHAFT IN DER MITTE EUROPAS

29. Jahrestagung der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband

22.–24. Oktober 2021 Göttingen

dpgb

1 FREITAG, 22. OKTOBER

17.30 Uhr, Altes Rathaus, Markt 9, 37073 Göttingen
Registrierung der Teilnehmer/innen

18.00 Uhr: Eröffnung des Kongresses
Musikalisches Rahmenprogramm:
Wojciech Bolimowski, Konzertmeister des Göttinger Symphonie-Orchesters

Moderation: Jan Frapel, NDR-Redakteur

Begrüßung
Rolf-Georg Köhler,
Oberbürgermeister der Stadt Göttingen

Prof. Dr. Jan Rydel,
Vorsitzender des Landesverbandes der Polnisch-Deutschen Gesellschaften

Dietmar Nietan, MdB,
Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband

Eine Teilnahme an der Veranstaltung ist nur möglich unter Vorlage eines vollständigen Impf- bzw. Genesungsnachweises oder tagesaktuellen negativen Corona-Test.

Gefördert durch: Auswärtiges Amt

DIALOG PREIS
Deutsch-Polnische Gesellschaft Bundesverband

Verleihung der DIALOG-PREISE 2020 und 2021

Ansprache:
Prof. Dr. **Rita Süssmuth**, Bundestagspräsidentin a.D.

Laudatio: Prof. Dr. **Angelika Nußberger**, Rechtswissenschaftlerin und Slavistin, ehem. Vizepräsidentin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

Dankesworte: Prof. **Adam Bodnar**, Verfassungsrechtler, Beauftragter für Bürgerrechte der Republik Polen a.D.

Laudatio: Prof. Dr. **Aleida Assmann**, Anglistin, Ägyptologin, Literatur- und Kulturwissenschaftlerin

Dankesworte: Prof. Dr. **Hans Henning Hahn**, Historiker, und Prof. Dr. **Robert Traba**, Historiker

2 SAMSTAG, 23. OKTOBER

10.00–12.00 Uhr, Aula am Wilhelmsplatz
Wilhelmsplatz 1, 37073 Göttingen

Begrüßung
Harm Adam, Vorsitzender DPG Göttingen und DPG in Niedersachsen

2 x 30: Deutsch-Polnischer Nachbarschaftsvertrag und Weimarer Dreieck – Formate der Vergangenheit oder Potenzial für die Zukunft?

Paweł Jaworski, Generalkonsul der Republik Polen in Hamburg

Dr. **Pierre-Frédéric Weber**, Historiker, Universität Stettin

Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen a.D.

Cornelia Pieper, Generalkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Danzig

Moderation: **Cornelius Ochmann**, deutscher geschäftsführender Vorstandsvorsitzender Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit

12.00–12.30 Uhr Kaffeepause

12.30–14.00 Polen in der deutschen Erinnerungskultur

Prof. Dr. **Peter Oliver Loew**, Direktor Deutsches Polen-Institut

Prof. Dr. **Jan Rydel**, Vorsitzender des Landesverbandes der Polnisch-Deutschen Gesellschaften

Prof. Dr. **Claudia Weber**, Europa-Universität Viadrina

Moderation: Dr. **Wolfram Meyer zu Uptrup**, Deutsch-Polnische Gesellschaft Berlin/Bundesverband

14.00 – 15.30 Uhr Mittagspause
15.30 – 17.00 Uhr Stadtführung

18.00–19.30 Uhr Gespräch:
Der Rechtsstaat und seine Feinde

Prof. **Adam Bodnar**, Beauftragter für Bürgerrechte der Republik Polen 2015–2021

Basil Kerski, Direktor Europäisches Solidarność-Zentrum in Danzig, Chefredakteur des Deutsch-Polnischen Magazins DIALOG

20.00 Uhr: Abendveranstaltung

Alte Fechthalle, Geiststraße 6, 37073 Göttingen

3 SONNTAG, 24. OKTOBER

Alte Fechthalle, Geiststraße 6, 37073 Göttingen

10.00–12.00 Uhr
Jahresmitgliederversammlung und Wahlen

Deutsch-Polnische Gesellschaft Göttingen e.V.

DIALOG

DIALOG FORUM

NACHBARSCHAFT IN DER MITTE EUROPAS

29. Jahrestagung der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband

Anmeldeformular

Hiermit melde ich mich verbindlich für die Jahrestagung der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband 2021 an.
Bitte pro Person ein Anmeldeformular ausfüllen

Vor- und Nachname: .....

Organisation: .....

E-Mail: .....

Die Anmeldung schicken Sie (Brief oder E-Mail) bis zum 11.10.2021 an:

E-Mail: geschaeftsstelle@dpg-bv.de
Deutsch-Polnische Gesellschaft Bundesverband e.V., Schillerstr. 59, 10627 Berlin

Teilnahmegebühr (bitte ankreuzen)

- ☐ **59,00 € - Gäste**
- ☐ **49,00 € - DPG-Mitglieder und Mitglieder anderer Gesellschaften**
- ☐ **0,00 € - Schüler und Studenten (Nachweis erforderlich)**

Den Tagungsbeitrag überweisen Sie bitte spätestens bis zum 11.10.2021 auf das Konto:

Deutsch-Polnische Gesellschaft Bundesverband e.V.
Bank für Sozialwirtschaft • IBAN: DE47100205000003200602 • BIC: BFSWDE33BER
Verwendungszweck: Beitrag Kongress 2021

*Hinweis: Der Tagungsbeitrag umfasst die Teilnahme an allen Programmpunkten einschließlich der im Programm genannten Verpflegungsangebote (Mittagessen, Abendempfang, Kaffeepause). Reise- und Übernachtungskosten sind im Tagungsbeitrag **nicht** enthalten.*

Empfehlung zur Hotelbuchung:

B&B Hotel Göttingen-City
Maschmühlenweg 19-21, 37073 ,
Göttingen 0551 / 30980 - 0 | Fax: 0551 / 30980 - 444
goettingen-city@hotelbb.com

Eine Teilnahme an der Veranstaltung ist nur möglich unter Vorlage eines vollständigen Impfnachweises bzw. tagesaktuellen negativem Corona-Test.

Ryszard
Kaczmarek

Ryszard Stanislaw Kaczmarek

Organist aus Leidenschaft
Die Orgel ist mein Leben!

geboren 1987 in Warschau
studierte von 2004 – 2008
an der Salezjańska Musikschule in Lutomirsk in der Nähe von Łódź
im Fach « Kirchliche Orgelmusik »
Abschluß mit Diplom – Stufe II im Jahr 2008

**Erleben Sie den fantastischen Kirchenorganisten
Ryszard Stanislaw Kaczmarek
bei einem Orgelkonzert der Extraklasse.
Ein breitgefächertes Repertoire nennt er sein eigen,
auch Improvisationen gehen ihm leicht von der Hand.**

**Hören Sie Stücke von
Johann Sebastian Bach, Jan Podbielski,
Georg Friedrich Händel, Charles Gounod,
Franz Schubert, Władysław Żeleński,
Dietrich Buxtehude, Léon Boëllmann, César Franck
und vielen anderen berühmten Komponisten.
Jeder Kenner und Liebhaber der Orgelmusik
wird bei seinen Konzerten auf seine Kosten kommen.**

•••••

ZWÖLF APOSTEL KIRCHE

An der Apostelkirche 1, 10783 Berlin
U-Bahnhof Nollendorfplatz

25. September 2021 – 20 Uhr
26. September 2021 – 16 Uhr

Karten zu 12 € / ermäßigt 8 €

**Hygienevorgaben
der evangelischen 12 Apostel Kirchgemeinde:
Zugang zur Kirche nur mit Test /
auch für vollständig Geimpfte!**

•••••

**Der Organist Ryszard Stanislaw Kaczmarek kann auch zu Hochzeiten,
sowie für Beerdigungen und Trauerfeierlichkeiten gebucht werden.**

Editorial: Zurückhaltung ist fehl am Platze!

Liebe Leser,

seit mehr als anderthalb Jahren sind unsere Organisationen in Ihrer Tätigkeit stark eingeschränkt. Die „Pandemie“ zeitigt Folgen, die verstärkt werden durch das Alter unser Ansprechpartner und die geringen Möglichkeiten, zusätzlich zu den schrumpfenden Mitgliedsbeiträgen (vor allem durch Tod), mittels Veranstaltungen den Finanzbedarf zu decken. Gegenwärtig helfen uns vor allem Spenden weiter.

Dieser AWR-Nr. 799 erscheint verspätet, weil wir technische Probleme hatten. Zwei Drucker waren ausgefallen und dann kam bei der Arbeit an diesem AWR noch ein weiteres Problem hinzu, das nur langwierig zu lösen war. Wir haben das Problem lösen können und glauben auch, den Grund für eine Speicherblockade gefunden zu haben, so dass wir in Zukunft dieses Problem vermeiden können. Aber bei diesem Vorgang sind zusätzliche Kosten angefallen, die gedeckt werden müssen.

In Zukunft wird sich als weitere Frage ergeben: Wie führen wir unser Büro weiter. Unser bisheriger Partner, die „Landsmannschaft Schlesien - Nieder- und Oberschlesien e. V. Berlin – Brandenburg“ hat die Bürogemeinschaft zum 30.11.2021 gekündigt. Es ist eine Entscheidung des neuen Vorstandes, der aus Nicht-Schlesiern besteht, die einer bestimmten Partei angehören. Ob deren Partei dahinter steht, bezweifeln wir aus gutem Grund, denn der Schaden für die Landsmannschaft Schlesien wie auch für die Landsmannschaft Westpreußen und unsere gemeinsame Sache ist erheblich, und auch die Dachverbände werden davon nicht unberührt bleiben.

Doch was kann man da machen, wenn sich unter den Mitgliedern und Sympathisanten unseres Themas in den Verbänden eine gewisse Trägheit breit macht, die nicht allein durch die Altersstruktur zu erklären ist. Da haben es entschlossene „Quereinsteiger“ von allen Seiten des politischen Spektrums leicht, jahrzehntelange Traditionen landsmannschaftlicher und landeskundlicher Arbeit auf den Kopf zu stellen und mit dem Begriff etwa der „gelungenen Transformation“ sowohl den demokratischen Diskurs als auch die traditionelle Zielrichtung der bisherigen Arbeit umzukehren.

Schauen wir in diesen AWR-Nr. 799 vom 16.09.2021, so können wir feststellen, dass trotz aller Widrigkeiten es auch außerhalb von Eigenstudien in Bibliotheken, Archiven usw. ein weites Feld von Möglichkeiten für unsere geographische und historische Landeskunde-Beschäftigung gibt: Es gibt Fachtagungen u.a.m. Allerdings haben wir uns über Jahrzehnte auch daran gewöhnt, dass die nachfolgenden Generationen von unseren Anliegen kaum berührt werden. Und auch in unserer Generation ist es schwierig, Mitstreiter für die Übernahme von Leitungsfunktionen zu gewinnen. Und was bringt die Bundestagswahl?

Wir arbeiten in unseren Verbänden in der Regel ehrenamtlich. Wir sind aus diesem Grunde auch immer präsent - oft von Montag bis Sonntag und darüber hinaus. Wir zahlen in der Regel nichts für diese Arbeit, wir sind daher für Menschen, die auf finanzielle Einkünfte angewiesen sind, nicht attraktiv. Allerdings: geht es anderen Verbänden ähnlich.

Das soll für uns kein Trost sein. Wir müssen kämpfen, Stunde um Stunde, um zu überleben.
Es grüßt Sie herzlich Ihr Reinhard M. W. Hanke, der sich gern mit Ihnen/ihnen austauscht!

Afghanistan *Seiten 2 – 8*

01) Westliche Diplomatie geht vor Terroristen in die Knie

Von Giulio Meotti

13. 09. 2021

Aktivisten feiern die Unterzeichnung eines Teilvertrags zwischen den Taliban und den USA · *Bildquelle: FDS*

Die niederländisch-amerikanische Frauenrechtlerin und Islamkritikerin somalischer Herkunft, Ayaan Hirsi Ali, schrieb kürzlich: „Was wir diese Woche in Afghanistan erlebt haben, ist ein Meilenstein im Niedergang des Westens. Amerika kümmert sich mehr um Pronomen als um das Schicksal der afghanischen Frauen."

Man konnte es an der Reaktion der westlichen Diplomatie sehen, nachdem die Taliban Kabul erobert hatten, ohne einen Schuss abzugeben, und als Touristen in die Hauptstadt einzogen.

„Die afghanische Regierung sollte sich mit den Taliban zusammensetzen, um ein umfassendes Abkommen zu erreichen". Noch bevor Afghanistan in die Hände der Taliban gefallen war, flehte der unerschrockene EU-Außenpolitikchef Josep Borrell die Afghanen bereits an, sich mit den Islamisten zu einigen.

Am selben Tag berichtete die Nachrichtenagentur Associated Press über das, was nun Millionen afghanischer Frauen erwartet. In einem Park von Kabul, der zu einem Zufluchtsort für Vertriebene umfunktioniert wurde, wurden Mädchen, die nach Hause zurückkehrten, angehalten und ausgepeitscht, weil sie… Sandalen trugen. Seitdem gibt es Berichte über Frauen, die vergewaltigt, als Sexsklavinnen an Terroristen verkauft, ermordet wurden, weil sie keine Burka trugen, denen die Augen ausgestochen wurden, und über Mädchen im Alter von 12 Jahren, die von Tür zu Tür gejagt und „als Sexsklavinnen verschleppt" oder gezwungen wurden, Kämpfer der Terrorgruppe zu heiraten. Associated Press berichtete weiter:

„Borrell warnte, dass die Taliban mit Nichtanerkennung, Isolation, fehlender internationaler Unterstützung und der Aussicht auf anhaltende Konflikte und Instabilität in Afghanistan

rechnen müssten, wenn sie die Macht gewaltsam an sich reißen und wieder ein islamisches Emirat errichten würden."

Oh, und wenn Sie glauben, dass die Taliban für den Westen Feinde sind, dann irren Sie sich. Feinde? „Ich denke, man muss sehr vorsichtig sein, wenn man das Wort Feind benutzt", sagte der britische Verteidigungsstabschef General Sir Nick Carter. Die Taliban, erklärte er, „wollen ein Afghanistan, das alle einschließt" – Worte, die einer Kapitulation gleichkommen. Unterdessen ist die französische Regierung bereits dabei, ihre „Bedingungen für die Anerkennung des Taliban-Regimes" aufzulisten.

„Wenn ihr die Scharia einführt, geben wir euch unser Geld nicht mehr", so der deutsche Außenminister Heiko Maas, der damit die Taliban erschreckte. Sechs Wochen zuvor hatte Maas vor dem Bundestag eine heroische Rede über den bevorstehenden „geordneten Abzug der Nato-Truppen aus Afghanistan" gehalten, zu dem auch die in Kundus stationierten Einheiten der Bundeswehr gehörten, eine Stadt, die Tage später von den Taliban erobert wurde. Maas lobte den Einsatz der Deutschen, die „in Afghanistan Außergewöhnliches geleistet haben".

In den Jahren des Kalten Krieges war die deutsche Armee das Rückgrat der NATO-Streitkräfte in Europa. Heute ist sie der militärische Unterbauch Europas. Sie ist jetzt „eine quasi-humanitäre Organisation, eine Art Ärzte ohne Grenzen mit Gewehren". Bereits Ende April hatte der deutsche Außenminister die Taliban gewarnt: „Jede Hilfe wird von demokratischen Standards abhängen". Offenbar unbeeindruckt von den deutschen Drohungen begannen die afghanischen Mudschaheddin ihren Marsch auf Kabul und töteten dabei Frauen, Soldaten, Dolmetscher, Journalisten und Dichter.

Großbritannien, immer weniger von Churchill geprägt, kündigte an man werde „mit den Taliban zusammenarbeiten, wenn sie die Macht zurückerobern", wie Verteidigungsminister Ben Wallace gegenüber dem Telegraph erklärte.

In der Zwischenzeit kam aus den USA eine merkwürdige Anfrage von der Regierung Biden, wie die New York Times berichtet. Amerikanische Beamte, die noch nicht genug gedemütigt waren, versuchten, von den Taliban die Zusicherung zu erhalten, dass sie im Gegenzug für Hilfe die US-Botschaft in Kabul nicht angreifen würden. Botschafter Zalmay Khalilzad, US-Sonderbeauftragter für die Aussöhnung in Afghanistan hofft, „die Taliban-Führer davon zu überzeugen, dass die Botschaft sicher bleibt, falls die Gruppe als Teil einer künftigen afghanischen Regierung Finanzhilfe und andere Unterstützung von den USA erhalten will".

Papst Franziskus forderte stattdessen einen „Dialog" mit denselben Leuten, die in Lahore einen Spielplatz in die Luft sprengten und 70 Christen, darunter viele Kinder, töteten und in Peshawar eine Kirche bombardierten und 106 Menschen töteten.

„Kanada schließt seine Botschaft in Kabul". „Deutschland verkleinert seine Botschaft in Kabul". „Dänemark schließt seine Botschaft in Kabul". „Spanien beginnt mit der Rückführung von Mitarbeitern aus Kabul". „Niederlande bereitet die Evakuierung der Botschaft in Kabul vor". „Grossbritannien schickt 600 Soldaten zur Evakuierung seiner Mitarbeiter aus Kabul". „Norwegen schließt die Botschaft in Kabul". Der Rückzug des Westens ist jetzt eine einzige Litanei.

„Bitte erkennen Sie die Taliban nicht an", sagte die afghanische Journalistin Lailuma Sadid unter Tränen, als sie die westlichen Staats- und Regierungschefs während einer Pressekonferenz mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg anflehte. Die neuseeländische Premierministerin Jacinda Ardern hatte andere Prioritäten: Sie „flehte" die

Taliban an, „die Menschenrechte anzuerkennen“. „Den Taliban helfen, um Afghanistan zu helfen“, erklärte Gregor Gysi, der charismatische Vorsitzende der deutschen Linkspartei. „Warum können wir den Taliban, von denen die Frauen abhängig sind, nicht Hilfe anbieten und diese Angebote an Bedingungen knüpfen?“

Ein Sonderfonds für drei Millionen Mädchen, die aus der Schule geworfen wurden? Die afghanischen Feministinnen zählten auf die Solidarität ihrer deutschen Kolleginnen. Aber die Grünen waren offenbar zu sehr damit beschäftigt, männliche Politiker für ihre eigene feministische Propaganda von offiziellen Fotos zu löschen. Und was ist mit der schwedischen Armee? Sie war damit beschäftigt, die LGBT-Flagge zu schwenken. Okay, und was ist mit der australischen Armee? Sie kämpfte mit Photoshop, um das Kreuz ihres höchstdekorierten Soldaten aus den offiziellen Fotos zu entfernen. Die Taliban wären so stolz. Sie verkünden offen ihren Krieg gegen „die Kreuzritter“. Währenddessen war das US-Militär damit beschäftigt, in West Point „kritische Rassentheorie“ zu lehren. Alles super, Westen…

„Zeigt uns, dass ihr euch geändert habt“, so die westlichen Staaten zu den Taliban. Aber sie haben sich nicht geändert. Gemischte Klassen wurden von den Taliban abgeschafft, die sie als „Quelle allen Übels“ betrachten. Die Washington Post berichtet, dass Musik aus den afghanischen Cafés verschwunden ist. Die New York Times schreibt, dass das Nationale Musikinstitut Afghanistans, in dem jahrelang Musikerinnen ausgebildet wurden, geschlossen werden soll. Die Gesichter von Frauen sind bereits aus den Geschäften der Hauptstadt verschwunden. Ein afghanischer Journalist in Kabul berichtete der Zeitschrift Outlook, dass die Taliban in die Fitnessstudios eingedrungen sind: „Zeigt eure Muskeln nicht, bedeckt euren Körper und lasst euch einen Bart wachsen…“. Journalisten sind bereits Opfer des Islamischen Emirats von Afghanistan.

Das Familienmitglied eines Journalisten der Deutschen Welle wurde getötet, und die Christen leben in absoluter Angst. „Wir haben aus zuverlässigen Quellen erfahren, dass die Taliban die Smartphones der Menschen kontrollieren, und wenn sie eine heruntergeladene Bibel auf deinem Gerät finden, werden sie dich sofort töten“, berichtete der Fernsehsender SAT-7. Amerikaner werden von den Taliban verprügelt. Die Geheimdienste befürchten nun ein Szenario wie bei der Geiselnahme von US-Diplomaten durch den Iran im Jahr 1979.

„Taliban, die Welt schaut auf euch“, warnte eine dreiste Nancy Pelosi, während das US-Außenministerium die Taliban offiziell darum bat, eine „inklusive Regierung“ zu bilden, als ob es sich um einen „sicheren Raum“ auf einem dieser verrückten amerikanischen Universitätsgelände handeln würde.

Nach dem Fall Kabuls kam der außenpolitische Vertreter der EU, Josef Borrell, auf eine andere Idee: Nachdem die afghanische Einheitsregierung für tot erklärt worden war, lud Borrell die Taliban zum „Dialog“ ein.

Zur gleichen Zeit feierte der ehemalige griechische Finanzminister Yanis Varoufakis die amerikanische Niederlage:

„An dem Tag, an dem der liberal-neokonservative Imperialismus ein für alle Mal besiegt wurde, sind die Gedanken von DiEM25 bei den Frauen in Afghanistan. Unsere Solidarität bedeutet ihnen wahrscheinlich wenig, aber sie ist das, was wir anbieten können – für den Moment. Haltet durch, Schwestern!“.

Ein Sprecher des deutschen Verteidigungsministeriums sagte über die Verantwortung, afghanisches Personal aus Kabul herauszuholen: „Wir haben sie nicht gezwungen, mit uns

zu kollaborieren“. Das war vielleicht der Gipfel der moralischen Verkommenheit. Am ehrlichsten war der ehemalige britische Botschafter in Kabul, Nick Kay, der gegenüber der BBC gestand: „Ich schäme mich“.

Während die Einnahme von Kabul für den radikalen Islam auf der ganzen Welt ein Wendepunkt ist, herrscht in der so genannten „freien Welt“ der dumpfe, ungesunde Hauch des Verrats. Ein Taliban-Führer sagte letzte Woche gegenüber CNN: „Der Dschihad wird nicht nur in Afghanistan, sondern auf der ganzen Welt Einzug halten“.

Giulio Meotti, Kulturredakteur bei Il Foglio, ist ein italienischer Journalist und Autor.

GATESTONE
INSTITUTE
INTERNATIONAL POLICY COUNCIL

Dieser Beitrag erschien zuerst bei GATESTONE INSTITUTE, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Taliban führen ethnische Säuberungen gegen „Ungläubige“ durch (Video)

10. 09. 2021

Die Taliban sind im Wesentlichen paschtunische Nationalisten, die Afghanistan von allen säubern wollen, die anders sind als sie, einschließlich der Nachkommen der mongolischen Horden, zu denen auch die Tadschiken in Panshir gehören.

Im Video sieht man, wie Angehörige der tadschikischen Bevölkerung unter Rufen wie „Ungläubige“ zusammengetrieben und in Container gesperrt werden:

Video-Player
https://unser-mitteleuropa.com/taliban-fuehren-ethnische-saeuberungen-gegen-unglaeubige-durch-video/

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Meeralpen: Afghanen dringen illegal nach Frankreich ein

06. 09. 2021

Bildquelle: FDS

Sadegh und seine Familie erreichen das Tor der Schutzhütte „Fraternità Massi“ am Mittwoch, dem 1. September, um 18 Uhr. Die Schutzhütte liegt in der Nähe von Oulx, einer kleinen Stadt im Susa-Tal in Italien. Bis zur französischen Grenze bei Montgenèvre (Hautes-Alpes) ist es nur ein einziger Anstieg über den Pass. Der 17-jährige Teenager, seine Eltern, sein 13-jähriger Bruder und seine beiden Schwestern im Alter von 10 und drei Jahren sind

Afghanen. Etwa dreißig weitere Migranten sind anwesend. Sie alle bereiten sich darauf vor, bei Nacht und zu Fuß illegal die Grenze zu überqueren, um nach Briançon in Frankreich zu gelangen…

Quelle: Le Dauphiné

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Taliban fordern von Deutschland diplomatische Anerkennung und Finanzhilfen

05. 09. 2021

Bild: Screenshot FB

Die Deutschen seien in Afghanistan „herzlich willkommen“, lassen die Taliban verlautbaren. Zudem wollen die Islamisten „starke und offizielle diplomatische Beziehungen zu Deutschland.“
Die Taliban fordern von Deutschland diplomatische Anerkennung und finanzielle Hilfen. „Wir wollen starke und offizielle diplomatische Beziehungen zu Deutschland“, sagte Taliban-Sprecher Sabihullah Mudschahid der „Welt am Sonntag“. Die Deutschen seien in Afghanistan immer „willkommen“ gewesen.

Schon zu Zeiten des Königreichs vor etwa einhundert Jahren hätten die Deutschen in Afghanistan viel Gutes bewirkt, sagte Mudschahid. „Leider haben sie sich dann den Amerikanern angeschlossen. Aber das ist jetzt vergeben“, erklärte der Sprecher, der als künftiger Informationsminister der neuen afghanischen Regierung gehandelt wird.

Die neue Regierung der Taliban wünsche sich von Berlin ebenso wie von anderen Ländern finanzielle Unterstützung, humanitäre Hilfe und Kooperation bei Gesundheit, Landwirtschaft und Bildung, erklärte der Vertreter der Taliban.

Quelle: Epoch Times

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Robert Redeker: „Möglicherweise erleben wir das Ende des Leviathan-Staates, wie Hobbes ihn sich vorstellte“

13. 09. 2021

Bildquelle: Breizh-info (Public Domain)

Das Buch Réseaux sociaux : la guerre des Léviathans („Soziale Netzwerke: der Krieg der Leviathane“) versucht, die politischen, kulturellen, anthropologischen und metaphysischen Folgen einer Realität aufzuzeigen und zu analysieren, die die Menschheit in ein neues Zeitalter projiziert: die sozialen Netzwerke.

Ihr Aufstieg zur Macht ist eine Volte de temps. Als neuer Leviathan ziehen sie als Abgesandte von GAFAM (Die Big Five: Google, Amazon, Facebook, Apple und Microsoft) gegen den traditionellen Leviathan, den Staat, in den Krieg, um die planetarische Macht auszuüben. Ihre anthropologische Wirkung besteht in der Entprivatisierung des Menschen, zu deren Instrumenten die Heimautomatisierung gehört. Sie bedeuten das Ende der öffentlichen Meinung, der Grundlage der Demokratie. Der Autor untersucht auch die Ideologien, die die sozialen Netze in diesem Krieg begleiten, insbesondere den Mythos der Natur. Als Werk eines Philosophen liefert dieses einzigartige Buch der Öffentlichkeit die Analysen und Konzepte, um die Welt der sozialen Netze zu verstehen, zu kritisieren und Widerstand zu leisten.

Zur Diskussion über dieses wichtige Buch haben wir Robert Redeker interviewt.

Können Sie unseren Lesern eine kurze historische und philosophische Erinnerung geben: Was ist der Leviathan?

Robert Redeker: In der Bibel ist der Leviathan ein Seeungeheuer. In der Philosophie ist es ein von Thomas Hobbes im 17. Jahrhundert geprägter Begriff, der den Staat bezeichnet, den die Menschen durch einen Gesellschaftsvertrag errichten, um dem „Krieg aller gegen alle“, dem Naturzustand, in dem „der Mensch dem Menschen ein Wolf ist“, ein Ende zu setzen. Mit anderen Worten: Nur unter der Vormundschaft des Staates, insofern er die

Gewalt unterdrückt, kann man wirklich zum Menschen werden. Der Leviathan ist die europäische Lösung für die Anarchie der Religionskriege. Das Konzept von Hobbes ist der Ursprung des modernen Staates.

Sie widmen Ihr Buch Martin Heidegger, „ohne den dieses Buch nicht hätte gedacht werden können". Warum ist das so?

Robert Redeker: Die Lektüre des größten Philosophen des 20. Jahrhunderts, Martin Heidegger, hat mich das Denken gelehrt. Seit 1975 vergeht kein Tag, an dem ich nicht über einige seiner Texte nachdenke, ohne mich auf sie zu beziehen. Aber ich bin kein Sektierer, ich bin ein Schüler, der die Werkzeuge des Meisters benutzt und einige der Wege erkundet, die er eröffnet hat, ohne notwendigerweise zu den gleichen Schlussfolgerungen zu gelangen wie er. Heidegger gab seinem gesamten Werk die Maxime: „Wege, nicht Werke". Wir können es uns zu Herzen nehmen.

Wie sehen Sie die sozialen Netzwerke als neuen Leviathan und als Bedrohung für die Menschheit?

Robert Redeker: Sie sind eine neue Form der Macht, die sich als Gegenmacht tarnt. Sie erfinden eine neue Form der Politik, die es Minderheiten ermöglicht, eine Art Diktatur auszuüben. In diesem Sinne: den Machthabern ihren Willen zu diktieren, damit sie sich fügen, und die gesamte Gesellschaft mit ihnen. Es handelt sich nicht um eine direkte Diktatur, sondern um eine indirekte: Sie diktieren den Staaten, welche Maßnahmen sie zu ergreifen haben. Der Wokismus hat in den sozialen Netzwerken nicht nur ein ideales Vehikel gefunden, um Macht auszuüben, wo immer er kann, sondern er ist auch strukturell mit den sozialen Netzwerken verbunden, eng mit ihnen verbunden, ja geradezu von ihnen erzeugt. Ohne sie wäre es nichts.

Im Jahr 2020 haben Sie die Griveaux-Affäre und die Figur der Greta Thunberg als zwei Symbole für diesen Wandel der Zeiten genannt, der, wie Sie sagen, anthropologisch ist und mit sozialen Netzwerken zusammenhängt. Können Sie das erklären?

Robert Redeker: Beide sind eine reine Schöpfung der sozialen Netzwerke. Die Griveaux-Affäre hätte sich niemals außerhalb der sozialen Netze ereignen können. Das war vor zehn Jahren noch undenkbar. Die Technik schafft das Ereignis, das ein Spektakel ist. So wie die Filmtechnik den Film schafft. Bei den sozialen Netzwerken hingegen wirken die Zuschauer auf den Film ein, geben ihm eine bestimmte Richtung und werden schließlich in ihn integriert, sind Teil der Maschinerie. Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem wir sagen können: Es gibt keine wirklichen sozialen Netzwerke mehr. Wenn er noch leben würde, würde Jean Baudrillard das sagen, und er hätte nicht unrecht. Die analoge Technik ermöglicht es, dass das Reale außerhalb der Technologie bleibt, während die digitale Technik das Reale absorbiert und auflöst.

Sie erklären, dass sich die GAFAM in einem Krieg mit den Staaten befinden. Aber sind die Staaten nicht letztlich die Komplizen, die Instrumente der GAFAM und umgekehrt (wir denken an Gesetze, die die Meinungsfreiheit einschränken, aber auch an die gemeinsame Zusammenarbeit mit Journalisten, Regierungsvertretern usw.)?

Robert Redeker: Es ist möglich, dass wir das Ende des Staates erleben, wie Hobbes ihn sich vorstellte: den Leviathan-Staat. Zweifellos werden wir diesen großen Beschützer noch bedauern. In jedem Krieg gibt es jedoch vorübergehende Kompromisse mit dem Gegner und Tricks. Die GAFAM wollen nicht die Macht von den Staaten übernehmen, sondern sie ersetzen, um die Macht der Zukunft zu werden. Sie sind die Pfadfinder des Poststaates.

Ihrer Meinung nach ist der Staat überholt, er wird nicht zerstört, er wird von selbst zusammenbrechen. Sie erinnern sich an Lenin: Der Staat wird nicht abgeschafft, er verwelkt.

Der Hyperkapitalismus der sozialen Netze ist dabei, das Programm Lenins zu verwirklichen: die Abschaffung des Staates.

In unserer Zeit geht es darum, unser Privatleben, unsere Sorgen, unsere Freuden, unseren Kummer und unser Selbst in sozialen Netzwerken auszupacken, die auch Algorithmen, Werbung und Kontrollinstrumente einsetzen. Sind es nicht die Individuen, die schließlich zu den Akteuren ihrer eigenen freiwilligen Knechtschaft geworden sind, zu dem, was Javier Portella „glückliche Sklaven der Freiheit“ nennt?

Robert Redeker: Ich könnte es nicht besser sagen. Wir bewegen uns auf die Gesellschaft des Menschen ohne geheimen Garten zu, des transparenten, d.h. abgeflachten Menschen, des gläsernen Menschen.

Sie erklären, dass dieser Leviathan-Krieg zur Abschaffung des Menschen führen wird. Was ist das? Ist das nicht sehr pessimistisch? Ist eine Umkehrung Ihrer Meinung nach noch möglich?

Robert Redeker: Leider hat der Pessimismus in der Geschichte oft recht. Viele Formen der Menschheit sind von der Zukunft verschlungen worden. Michel Foucault sagte dies, als er den „Tod des Menschen“ verkündete, wie ihn der Westen seit der Antike konstituiert hatte. Jede technische Revolution ist eine Anthropofaktur: eine Neugestaltung des Menschen. Die Besonderheit des digitalen Universums liegt in der Auslöschung der Innerlichkeit. Der Mensch, den sie hervorbringt, ist ein Mensch ohne Innerlichkeit, d.h. ohne Privatleben, kurz gesagt, ohne Seele. Wie können wir uns dieser Entwicklung widersetzen? Indem man dem inneren Leben in Form von Poesie, Gebet, Meditation und Philosophie Aufmerksamkeit schenkt.

Interview geführt von Yves Vallerie.

DIeser Beitrag erschien zuerst bei BREIZH-INFO, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Age of Entitlement: Caldwell zerpflückt die Revolution der „Bürgerrechte“

Von Daniele Scalea

10. 09. 2021

Bildquelle: CM

Der amerikanische Journalist Christopher Caldwell, Herausgeber der Claremont Review of Books, ist ein Mann, der in vielerlei Hinsicht gegen den Trend handelt: Er ist ein Konservativer, der es schafft, regelmäßig von der New York Times veröffentlicht zu werden. Im Zeitalter der bulimischen sozialen Hyper-Simplifizierung ist er weder auf Facebook noch auf Twitter zu finden, und er veröffentlicht alle zehn Jahre ein Buch. Aber es sind Bücher, die ihre Spuren hinterlassen.

Im Jahr 2009, zwei Jahre vor der großen Migrationskrise, die das Thema einleiten sollte, veröffentlichte er *Reflections on the Revolution in Europe:* eine ausgefeilte Analyse darüber, wie die Einwanderung, insbesondere die muslimische Einwanderung, Europa bereits revolutioniert. Diejenigen, die das viel bescheidenere Buch des Verfassers dieser Rezension, *Immigrazione: le ragioni dei populisti*, gelesen haben, werden sich an Caldwells Werk als einen der bahnbrechenden Texte zu diesem Thema erinnern.

Im vergangenen Jahr kam ein neues Werk des amerikanischen Journalisten in die Regale der Buchhandlungen: *The Age of Entitlement. America Since the Sixties*. Der Titel, der grob übersetzt „das Zeitalter der Rechte“ bedeutet (der Begriff „entitlement“ hat eine Konnotation, die sich auf Privilegien und Ansprüche bezieht), bezieht sich auf die Ära der amerikanischen Geschichte, die mit dem Civil Rights Act von 1964 begann. Das Buch analysiert diese letzten fünfzig Jahre und versucht, zwischen den Zeilen der Ereignisse zu lesen und zu erklären, wie und warum sich die Gesellschaft verändert hat. Es ist zweifellos ein unverzichtbares Werk für den amerikanischen Gelehrten, aber auch für andere interessant und wertvoll: weil bekannt ist, wie viel Einfluss die Neue Welt auf die Alte hatte, und weil, wie Caldwell selbst schreibt, „die Bürgerrechtspolitik sich als der erfolgreichste amerikanische Export des späten zwanzigsten Jahrhunderts erwies“. Das Amerika, das Caldwell beschreibt, ist in groben Zügen auch unser Europa: Wenn man das eine versteht, kann man auch das andere verstehen.

Age of Entitlement ist ein ikonoklastisches Buch, das eines der Wahrzeichen des Progressivismus (Aufhebung der Rassentrennung) und eines der Wahrzeichen des Konservatismus (Reagan) zerreißt. Natürlich ist Caldwell nicht nostalgisch, was Rassismus und Rassentrennung angeht, aber er blickt über die Oberfläche hinaus, um in die Tiefen der Revolution zu blicken, die Präsident Lyndon Johnson unter Ausnutzung der emotionalen Welle, die durch die Ermordung seines Vorgängers Kennedy ausgelöst wurde, mit dem Civil

Rights Act einleitete, dem Bundesgesetz, das der Rassendiskriminierung im Süden ein Ende setzte. Wie der Autor ausführlich darlegt, wurde diese Revolution von einem immer noch konservativen Amerika eingeleitet, das auf allen Ebenen (Politik, Medien und Wissenschaft) von den Veteranen des Zweiten Weltkriegs beherrscht wurde, die nur die Schande der Rassentrennung beenden wollten.

Das Ergebnis entsprach nicht den Erwartungen der Öffentlichkeit. Die Reform der Bürgerrechte ist zu einem der schwierigsten und langwierigsten Unterfangen in der Geschichte der USA geworden: Sie begann in den 1960er Jahren, hat (bisher) ein halbes Jahrhundert gedauert, Billionen von Dollar gekostet und dazu geführt, dass die gesamte amerikanische Geschichte im Lichte der Rassenproblematik neu gelesen wurde. Die Rasse hat eine religiöse Bedeutung erlangt, und die Bürgerrechtsbewegung ist zu ihrer Kirche geworden. Die Bürgerrechtsreform sollte die Besessenheit mit der Rasse in den Südstaaten heilen: Sie hat sie letztlich durch positive Maßnahmen oder „positive“ Diskriminierung verstaatlicht. Damit wurde auf Bundesebene ein ausdrückliches System der Rassenpräferenz eingeführt.

Darüber hinaus bot das Bürgerrechtsgesetz auch ein Modell für die Umwandlung von Macht, das auf Zwang, Kosten und der Missachtung verfassungsrechtlicher Gebote beruhte. Bürokratische Auflagen, Anordnungen der Exekutive, militante Überwachung, Klagen und Gerichtsurteile waren in den folgenden Jahrzehnten die Instrumente, die jede Minderheit einsetzte, um ihre Privilegien gegen die Tradition und den Willen der Mehrheit durchzusetzen. Gerichte und Bürokratie traten an die Stelle der demokratischen Politik. So wurde beispielsweise das Amt für Bürgerrechte geschaffen, dessen Leitlinien seither von den Gerichten als Gesetz behandelt werden, auch wenn sie von Bürokraten außerhalb jeder demokratischen Vertretung und Kontrolle verfasst wurden. Das Bürgerrechtsgesetz ist zu einer zweiten „inoffiziellen“ Verfassung geworden, die im Konflikt mit der ersten und „offiziellen“ Verfassung immer Vorrang hat. Daher wurden einige „alte“ Verfassungsrechte wie die Vereinigungsfreiheit (zum Verbot der Segregation) und das Recht auf freie Meinungsäußerung aufgehoben. Im Jahr 1978 entschied der Oberste Gerichtshof, dass es legitim ist, Noten auf der Grundlage der Rasse als Nachteil zu vergeben; mit anderen Worten: Affirmative Action diente nicht mehr dazu, vergangenen Rassismus zu kompensieren, sondern (angeblichen) aktuellen Rassismus zu korrigieren. Unterschiede in den Ergebnissen zwischen den Gruppen müssen nun zwangsläufig auf Rassismus zurückgeführt werden. Das Gegenteil zu behaupten (z.B. durch Infragestellung des individuellen Verdienstes) bedeutet, die Bürgerrechtsrevolution, die neue de facto „Verfassung“ der Vereinigten Staaten, zu delegitimieren. Jetzt kommt die Zensur abweichender Meinungen, die die Form der „politischen Korrektheit“ annehmen wird. Das durch die Bürgerrechte geschaffene System macht es für jedes Unternehmen unhaltbar, Diskriminierungsfälle zu ertragen. Die Arbeitgeber sind daher immer bereit, Mitarbeiter zu entlassen, die von „Progressiven“ angegriffen werden. Es ist die Privatisierung der Zensur. Jeder hat Angst, ein unpassendes Wort zu sagen, das ihn seine Karriere kosten könnte. Politische Korrektheit ist eine von oben verordnete Reform, die der öffentlichen Meinung durch die Bestrafung Andersdenkender aufgezwungen wird. Es ist – schreibt Caldwell – „die vollständigste ideologische Eroberung der institutionellen Macht in der Geschichte der USA“.

Jeder Impuls der Minderheiten hat sich seit 1964 immer gegen die Demokratie durchgesetzt. Ein offensichtliches Beispiel ist das der Schwulen. Caldwell zeichnet in einem Kapitel den Prozess der Emanzipation/Bejahung bis hin zur Homo-Ehe nach und zeigt auf, wie er in jeder Phase gegen die vorherrschende Meinung (die sich erst im Nachhinein den von der Minderheit durchgesetzten Entscheidungen anpasst) und immer durch Gerichtsurteile in Fällen, die von Stiftungen und Anwaltskanzleien am Tisch studiert werden, in denen

dieselben Kläger sorgfältig ausgewählt werden, um den Richtern zu gefallen (siehe Edith Windsor), stattfand. Das Ergebnis war die rechtliche Neudefinition der Ehe, die nicht mehr eine dem Staat vorgelagerte und von ihm anerkannte Realität ist, sondern eine vom Staat selbst geschaffene Wohlfahrtseinrichtung (die als solche keine Form der Diskriminierung zulässt).

Die ersten schwarzen Epigonen, die das neue Modell in den 1970er Jahren nutzten, waren jedoch die Feministinnen, wenn auch nicht immer mit glücklichen Ergebnissen für die Frauen selbst. Das New-Deal-Modell der Ein-Einkommens-Familie, bei dem das Gehalt des Ehemannes die Hausarbeit der Ehefrau kompensieren musste, wurde umgestoßen. Seit den 1970er Jahren müssen auch die Frauen auf dem Markt arbeiten, um ihren Anteil zu verdienen, aber das ist nicht zusätzlich zu dem, was sie bereits durch ihre Ehemänner hatten. Das Familieneinkommen bleibt das gleiche, aber jetzt müssen zwei Personen arbeiten, um es zu verdienen. Caldwell zitiert einen interessanten Gedanken von Bertrand Russell, demzufolge der Wohlfahrtsstaat den Staat in der Rolle des Vaters ersetzen und damit die traditionelle Moral untergraben würde. Die Mutter braucht keinen zuverlässigen Vater mehr für ihre Kinder. Männer, die der väterlichen Rolle beraubt sind, verlieren das Interesse an der Nachkommenschaft, der Geschichte, der Kontinuität und der Fortpflanzung. Wir wissen nicht, ob Russells Diagnose richtig ist, aber die Symptome sind zweifellos die beschriebenen, und Lyndon Johnson hat in den USA einen Wohlfahrtsstaat geschaffen.

Die 1970er Jahre markierten auch eine wichtige Veränderung in der herrschenden Klasse der USA. Die Niederlage in Vietnam untergrub das Ansehen des Militärs: Nicht mehr die Veteranen gaben den Ton an, sondern die Generation der Babyboomer und insbesondere diejenigen, die gegen den Krieg gewesen waren und ihn nicht geführt hatten (im Wesentlichen die Universitätselite). Die Rolle der Baby-Boomer zu verstehen, ist von entscheidender Bedeutung: Wie der Name schon sagt, bilden die zwischen 1946 und 1964 Geborenen eine zahlenmäßig enorme Generation. Um genau zu sein, so Caldwell, die größte Generation in der amerikanischen Geschichte. Ein Dreivierteljahrhundert lang musste sich jede andere Generation, ob vor oder nach ihr, an die Anliegen der zahlreicheren Boomer anpassen, die sich natürlich mit dem Älterwerden weiterentwickelt haben: in den 60er und 70er Jahren sind sie jung und die Sexualität steht im Vordergrund; in den 80er und 90er Jahren sind sie mitten in der Reifephase und der Schwerpunkt liegt auf der Familie und den Möglichkeiten der Bereicherung; nach dem Jahr 2000 geht es um den Schutz des in den vorangegangenen Jahrzehnten aufgebauten Vermögens. Caldwell kann dies aus Zeitgründen nicht tun, da er den größten Teil des Buches vor 2020 geschrieben hat: aber wir könnten hinzufügen, was in den letzten zwei Jahren geschehen ist, als die Boomer, die jetzt 60–70 Jahre alt sind, angesichts einer Epidemiewelle die gesamte Gesellschaft den Anforderungen der Gesundheitsvorsorge unterworfen haben.

Caldwell gibt eine originelle Interpretation der Gegenkultur der 1970er Jahre: Seiner Meinung nach ist sie im Wesentlichen reaktionär, eine mystische Bewegung, die die verlorene Reinheit des Amerikas der Vergangenheit bedauert; alles ist von einem Gefühl der Dekadenz geprägt. Es ist kein Zufall, dass die Bürger dieses Jahrzehnts angesichts der ausufernden Kriminalität und der sich ausbreitenden Drogensucht zu dem Schluss kamen, dass die glänzenden Sozialprojekte der 1960er Jahre gescheitert waren: Um diesen Experimenten ein Ende zu setzen, holten sie 1981 überraschend Ronald Reagan ins Weiße Haus. Entgegen den Erwartungen hat Reagan das progressive System nicht untergehen lassen, sondern gerettet, das nach ihm sogar mit noch größerer Kraft zurückkehren sollte.

Caldwells Vorwurf an Reagan war, dass er nur dem Wort nach ein Konservativer sei. Er war eher ein Libertärer, der (wie viele Rechte seiner Generation) von Ayn Rand und dem

antitraditionalistischen und antimoralischen Kult des ungezügelten Kapitalismus beeinflusst wurde. Der Reagan-Slogan vom „amerikanischen Traum“ ist der einer Generation, die die Grenzen der Natur und des gesunden Menschenverstandes nicht akzeptiert, die alles sofort will. Mit den Reaganomics beuten die Boomer nichts anderes aus als die künftige Arbeitskraft ihrer Kinder durch Verschuldung und die von Ausländern durch Standortverlagerungen und offene Türen für Einwanderung.

Der von Reagan eingeschlagene Weg war keineswegs zwingend: In jenen Jahren erreichte die amerikanische Gesellschaft den niedrigsten Abhängigkeitsquotienten (d.h. das höchste Verhältnis von produktiver zu nicht-produktiver Bevölkerung) und stand nicht vor einer besonderen Notlage. Dennoch stieg die Verschuldung zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg wieder an. Caldwell zufolge erkauften sich die Boomer (mit dem Geld ihrer Kinder) den sozialen Frieden mit jenen Teilen der Gesellschaft, die nun vom Johnson’schen Wohlfahrtsstaat abhängig waren, dessen Kosten explodierten und unter Reagan Billionen erreichten. Reagan finanzierte (und erhöhte) die Kosten für die Aufhebung der Rassentrennung, entschädigte aber die weiße Mittelschicht (die von der Affirmative Action betroffen war: Jeder Arbeitsplatz, der einem Schwarzen aufgrund der Rassenpräferenz zugewiesen wurde, ist ein Arbeitsplatz, der einem Weißen weggenommen wurde, der ihn aufgrund seiner Verdienste bekommen hätte), indem er die Steuern senkte. Er war somit der Retter der „Great Society“ (wie das Programm der Demokraten seit Johnson zur Beseitigung von Armut und Rassenungleichheit in Amerika genannt wird), allerdings um den Preis, dass er die Nachwelt in Schulden stürzte, das Land de-industrialisierte und der wilden Einwanderung Tür und Tor öffnete.

Im Jahr 1986, als Reagan Präsident war, gewährte ein überparteiliches Gesetz den vielen illegalen Einwanderern Amnestie und Staatsbürgerschaft und zwang durch Antidiskriminierungsgesetze die Arbeitgeber (die nicht aufgrund der nationalen Herkunft „diskriminieren“ durften) de facto, Illegale einzustellen. Zuwanderer haben natürlich weniger Rechte am Arbeitsplatz, aber sie werden mehr Rechte vor Gericht haben, da sie möglicherweise Opfer von Diskriminierung sind. Neue ethnische Gruppen gesellen sich zu den Schwarzen als „Minderheiten“, die durch den neuen Kult der „Vielfalt“ geschützt werden sollen.

Die 1990er Jahre waren das Jahrzehnt des Aufstiegs der New Economy, der Caldwell ebenfalls kritisch gegenübersteht. Davor war das Land ein „wirtschaftliches Ganzes“; mit ihm wurde es ein einfacher wirtschaftlicher Teil der internationalen Arbeitsteilung. Begriffe wie „Souveränität“ und „Unabhängigkeit“ verloren ihre Bedeutung; die (durch die Technologie gegebene) Fähigkeit, einzelne Komponenten aus der Ferne zusammenzubauen, ermöglichte es selbst armen und nicht industrialisierten Ländern, mit den USA zu konkurrieren. Vor allem hatten die neuen globalen Wertschöpfungsketten nicht mehr einen industriellen Zweck (d. h. die Suche nach Mehrwert in der Welt), sondern einen politischen: Sie dienten dazu, die Rechte der Arbeitnehmer außer Kraft zu setzen. Die steuerliche Begünstigung von High-Tech-Unternehmen wird der traditionellen Wirtschaft den Todesstoß versetzen: Giganten wie „Amazon“ werden von der Politik dabei unterstützt, kleine Einzelhändler zu verdrängen.

In den 1990er Jahren beschleunigte sich auch die Schuldenspirale. Sowohl der Republikaner George H.W. Bush und Bill Clinton, beide Republikaner, setzten den Weg von Reagan fort (Finanzierung des Wohlfahrtsstaates durch Schulden statt durch Steuern). Die Kreditvergabe wurde vollständig politisiert: Nach dem Mantra, dass jede Ungleichheit eine Diskriminierung sei, begann der Staat, Kredite an Minderheiten zu begünstigen und zu garantieren (die Rechnung wurde im folgenden Jahrzehnt mit der Subprime-Hypothekenkrise und den staatlich unterstützten Unternehmen – Fannie Mae und Freddie

Mac – bezahlt, die diese Kredite gewährten). Darüber hinaus wurden die Banken (um Rassismusvorwürfe zu vermeiden) dazu veranlasst, liberale Kredite zu vergeben und ihre Kreditvergabe von „Gemeinschaftsgruppen“ kontrollieren zu lassen, die mit der Bürgerrechtsbewegung in Verbindung standen: Milliarden von Dollar in den Händen von stark ideologisierten politischen Organisationen.

Die so genannte „Zivilgesellschaft“ gewann in dieser Zeit an Bedeutung und ergänzte die Juristen und Bürokraten bei der Ausübung der tatsächlichen Macht. In den 1980er Jahren vergrößerten die Superreichen ihren Reichtum in einem noch nie dagewesenen Tempo, während sich gleichzeitig ein götzendienerischer Kult um Manager und die Elite im Allgemeinen ausbreitete. Der Begriff „Philanthropie“ erfuhr einen grundlegenden Wandel: Während er bis dahin nur Wohltätigkeit und Leistungen für Arme und Bedürftige bedeutete, wurde festgelegt, dass er auch ideologische Propaganda einschließen konnte. Was sich nicht änderte, war die weitgehende steuerliche Absetzbarkeit der für „Philanthropie“ ausgegebenen Gelder. Die Superreichen können nun mit Hilfe von Stiftungen die Politik nach ihren eigenen praktischen Interessen oder Idealen beeinflussen, während die gesamte Bevölkerung die Rechnung bezahlt und für die entgangenen Steuereinnahmen aufkommen muss. Es erübrigt sich zu erwähnen, dass die große Mehrheit dieser Superreichen auf der Seite der „Progressiven“ und der „Bürgerrechte“ steht. Von den vielen Beweggründen, so Caldwell, überwiegt einer: Die Elite ist eine Minderheit und profitiert als solche von Gesetzen und Praktiken, die die Macht der Mehrheit beschneiden. Das Schicksal der Schwarzen, der Einwanderer und der Homosexuellen mag ihr egal sein, aber es ist ihr nicht egal, dass die Wenigen die Mittel haben, um über die Vielen zu herrschen.

Es gibt ein weiteres, wenig bekanntes Ereignis der 1990er Jahre, das Caldwell als sehr wichtig für die amerikanische Geschichte bezeichnet: die Legalisierung und massenhafte Vermarktung von OxyContin und anderen Opioiden auf Oxycodonbasis im Jahr 1996. Diese starken Schmerzmittel mit starker Suchtwirkung bildeten die Grundlage für einen neuen epidemischen Zyklus der Drogenabhängigkeit in der amerikanischen Bevölkerung, nach Heroin in den 1970er Jahren und Crack in den 1980er Jahren. Caldwell fragt sich, warum diese beiden anderen Opioid-Epidemien in der öffentlichen Debatte und in der Populärkultur einen so großen Einfluss hatten, während die aktuelle Epidemie eher unbemerkt bleibt. Die Sterblichkeitsrate ist jedoch 10-mal höher als in den 1980er Jahren und 20-mal höher als in den 1970er Jahren. Was hat sich also geändert? Caldwells Antwort lautet: Im Gegensatz zu den beiden vorangegangenen Epidemien betrifft die Oxycodon-Epidemie hauptsächlich Weiße (was zu einem unnatürlichen und raschen Rückgang ihrer Bevölkerung führt, der nur durch Einwanderung kompensiert werden kann) und passt daher nicht in die „offizielle“ moralische Erzählung. Die politische Korrektheit hat eine „moralische“ Hierarchie zwischen den Rassen geschaffen, in der die Weißen die verachtete Unterschicht sind und nur dazu bestimmt sind, sich in Schuldgefühlen zu winden. Die moralische Autorität liegt bei den Schwarzen (so sehr, dass viele Weiße vorgeben, schwarz zu sein: das Buch bietet einige illustre Beispiele, aber wir haben dieses Phänomen auch in diesem Blog besprochen); Weißsein hingegen wird als ein minderwertiger – und erblicher – geistiger Zustand angesehen. Die Bürgerrechtsrevolution hat, kurz gesagt, keine neue Welt geschaffen, sondern nur eine Transvalorisierung bewirkt: Es ist die gleiche alte Welt, nur auf den Kopf gestellt. Die rassische und rassistische Pyramide gibt es immer noch, aber sie wurde umgestürzt. Laut Caldwell hat sich die Situation vielleicht sogar noch verschlimmert. Die alte amerikanische Verfassung garantierte Rassenneutralität und Freiheit. Die inoffizielle „neue Verfassung“ der Bürgerrechte hingegen fördert Rassenbewusstsein und staatlichen Dirigismus.

In diesem Rahmen sind die Demokraten zur Partei derjenigen geworden, die von den Bürgerrechten profitieren: Minderheiten (einschließlich der Superreichen), Einwanderer,

Frauen (und insbesondere Feministinnen), Bürokraten, Richter und Rechtsanwälte. Die Republikanische Partei hat sich infolgedessen verändert: Sie umfasst nun das gesamte politische Spektrum der Zeit vor 1960, das damals in Befürworter und Gegner des New Deal unterteilt war. Die Demokraten kontrollieren die Wirtschaft und die Kultur durch ihre Vorherrschaft an den Universitäten und in den gemeinnützigen Organisationen und leiten das System auch dann, wenn sie nicht an der Regierung sind. Die Republikaner, die von der gebildeten Klasse isoliert sind, sind nicht in der Lage, das System zu beeinflussen (selbst wenn sie regieren) und sogar seine Logik zu verstehen.

Dies ist die letzte, wertvolle Warnung von Caldwells Buch, das auch der Tätigkeit jener Vereinigungen oder Stiftungen gerecht wird, die wie das Centro Studi Machiavelli versuchen, die Rechte wieder mit dem Wissen zu verbinden, um sie in die Lage zu versetzen, das System zu beherrschen, anstatt sich nach jeder gewonnenen Wahl der Illusion hinzugeben, sie könnten regieren – ohne dies zu tun.

Daniele Scalea

Gründer und Präsident des Machiavelli-Studienzentrums. Er hat einen Abschluss in Geschichtswissenschaften (Universität Mailand) und einen Doktortitel in Politikwissenschaften (Universität Sapienza) und unterrichtet an der Universität Cusano die Fächer „Geschichte und Doktrin des Dschihadismus“ und „Geopolitik des Nahen Ostens“. Von 2018 bis 2019 war er Sonderberater für Einwanderung und Terrorismus des Unterstaatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten Guglielmo Picchi. Sein neuestes Buch (zusammen mit Stefano Graziosi) heißt *Trump contro tutti. L’America (e l’Occidente) al bivio*.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei CENTRO MACHIAVELLI, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Afghanischer Migrations-Tsunami: EU reagiert mit Konzeptlosigkeit

Von Nicola De Felice

08. 09. 2021

Bildquelle: CM

Die Rückeroberung der Macht durch die Taliban in Afghanistan wird eine noch nie dagewesene Einwanderungswelle auslösen. Die beunruhigenden Äußerungen des deutschen Innenministers Horst Seehofer lassen keinen Zweifel daran, dass bald fünf Millionen Afghanen versuchen werden, nach Europa zu gelangen.

Seit 2015 haben nach Schätzungen der EU rund 570.000 Afghanen, fast ausschließlich junge Männer, in EU-Ländern Asyl beantragt. Im Jahr 2020 waren afghanische Staatsangehörige nach syrischen Staatsangehörigen die zweithäufigste Gruppe von Asylbewerbern. Afghanische Männer, für die die Integration in die europäische Gesellschaft oft besonders schwierig ist, haben Hunderte von sexuellen Übergriffen auf europäische Frauen verübt. Die Ankunft von Millionen von Afghanen in Europa lässt für die Zukunft erhebliche soziale Umwälzungen erwarten.

Die EU-Mitgliedstaaten sind wie üblich uneins darüber, wie sie sich auf den kommenden Migrations-Tsunami vorbereiten sollen. Die Staats- und Regierungschefs einiger Länder sind für die humanitäre Verpflichtung, eine große Zahl afghanischer Migranten aufzunehmen. Andere argumentieren, dass es an der Zeit ist, dass die islamischen Länder die Verantwortung übernehmen. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, sagte, die EU habe eine „moralische Verantwortung“ für die Aufnahme von Menschen, die vor den Taliban fliehen, doch die Staats- und Regierungschefs vieler EU-Staaten sind anderer Meinung.

In Österreich, wo bereits 40.000 Afghanen leben, hat Bundeskanzler Sebastian Kurz versprochen, dass sein Land keine weiteren Menschen aufnehmen wird. Sein Innenminister Karl Nehammer sagte, das generelle Abschiebeverbot sei ein Pull-Faktor für illegale Einwanderung und fördere nur das kriminelle Geschäft der Menschenhändler. Österreich bestätigt damit seine politische Linie, die der inneren Sicherheit Vorrang vor der humanitären Sicherheit einräumt.

In Deutschland, das bereits 148.000 Afghanen aufgenommen hat, ist die afghanische Migration eines der Hauptthemen im Vorfeld der Bundestagswahl am 26. September. Paul

Ziemiak, Generalsekretär der Christlich-Demokratischen Union (CDU) von Bundeskanzlerin Angela Merkel, sagte, Deutschland solle künftig die 2015 verfolgte Politik der offenen Tür für Migranten nicht übernehmen.

In Frankreich rief Präsident Macron zu einer koordinierten europäischen Reaktion auf, um die Massenmigration aus Afghanistan zu verhindern. Marine Le Pen, Kandidatin bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen, sagte, Frankreich müsse „Nein zur massiven Migration afghanischer Flüchtlinge“ sagen.

In Griechenland hat die linke Regierung einen 40 km langen Zaun mit einem Überwachungssystem an der Grenze zur Türkei errichtet.

Im Vereinigten Königreich erklärte Premierminister Boris Johnson, er werde keine Flüchtlinge zurückschicken, aber auch nicht zulassen, dass sie wahllos aus Afghanistan kommen.

Präsident Recep Tayyip Erdoğan erklärte, dass die Türkei nicht verpflichtet sei, das Lager für Flüchtlinge in Europa zu sein.

Und was ist mit Italien? Die Halbinsel ist seit Jahren das Tor nach Europa für Migranten aus Afrika, Asien und dem Nahen Osten. Ministerpräsident Mario Draghi hat die G20 zu einem Gipfeltreffen über die Lage in Afghanistan eingeladen. Die Bürgermeister einiger italienischen Großstädte haben indes bereits angekündigt, dass sie weitere Flüchtlinge aufnehmen wollen. Mit solchen Erklärungen, vor allem angesichts der neuen deutsch-österreichischen Haltung, läuft Italien Gefahr, auch für Afghanen zum beliebtesten Einfallstor nach Europa zu werden.

Die Menschenhändler arbeiten bereits daran, den Zustrom durch Flüge nach Libyen und dann auf dem Seeweg nach Italien zu organisieren, wie sie es bereits mit den Bengalen tun. In Albanien, Mazedonien und im Kosovo gibt es besorgniserregende Konzentrationen von Afghanen, die bereit sind, in Apulien an Land zu gehen oder am Landweg über Slowenien nach Triest einzufallen. Dies ist meiner Meinung nach ein offensichtliches Risiko für unsere italienischen Mitbürger.

Ich bin mir der menschlichen Tragödien und des offensichtlichen Unbehagens einiger legitimer Flüchtlinge durchaus bewusst, aber das Asylrecht darf nicht weiterhin, wie es jetzt der Fall ist, das trojanische Pferd einer massiven, unkontrollierten und erzwungenen Einwanderung von Islamisten – und in einigen Fällen sogar von Terroristen – sein, wie es bisher der Fall war, zum Beispiel im Falle einiger der Dschihadisten, die an den Anschlägen in Paris 2015 beteiligt waren. Was unseren politischen Behörden wichtig sein muss, ist der Schutz unserer Landsleute. Der Außenminister sollte Druck auf die EU ausüben, damit diese eine vorsichtigere Politik verfolgt, um eine neue Migrationskrise zu vermeiden, der Italien nicht gewachsen sein kann, und der Innenminister sollte sich mit Slowenien und Kroatien auf eine gemeinsame Sicherheitspolitik einigen, die gemischte italienisch-slowenische und italienisch-kroatische Patrouillen an den Südgrenzen dieser Länder vorsieht.

Worte im Wind? Ich sage: Vorbeugen ist besser als heilen.

Nicola De Felice

Senior Fellow des Centro Studi Machiavelli. Als Konteradmiral und ehemaliger Kommandant von Zerstörern und Fregatten hatte er wichtige diplomatische, finanzielle, technische und strategische Funktionen im Verteidigungs- und Marinestab inne, sowohl im Inland als auch im Ausland, zu Wasser und zu Lande, wobei er sich für die Anwendung von Techniken einsetzte, die der italienischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zugute kommen.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei CENTRO MACHIAVELLI, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Fernando Paz: Wie die Elite die Welt regiert

Von Ričardas Čekutis

08. 09. 2021

Fernando Paz · *Bildquelle: Respublika.lt*

Der spanische Journalist Javier Navascués spricht mit Fernando Paz, Professor für Geschichte und Philosophie und bekannter Schriftsteller. Dieses Interview bietet eine eingehende Analyse der Hauptthemen von Paz' neuem Buch „Wake up! Despierta! Cémo las élites están controlando el mundo" („Aufwachen! Wie die Eliten die Welt kontrollieren").

- Im Oktober 2019 fand in New York ein hochrangiges Treffen mit der Bezeichnung „201" statt, an dem die wichtigsten globalistischen Organisationen teilnahmen. Drei Monate später erklärte die WHO offiziell eine Pandemie, und alles geschah genau so, wie in der Simulation während des Ereignisses vorhergesagt. Würde diese Tatsache ausreichen, um zu beweisen, dass alles nach einem vorher vereinbarten Plan ablief (den sie die Frechheit besaßen, im Voraus anzukündigen)?

- Das Ereignis von 201 simulierte in der Tat den Ausbruch einer weltweiten Pandemie, deren Erreger ein neues, hochansteckendes, von SARS abgeleitetes Coronavirus wäre, das von der Fledermaus auf den Menschen überspringen würde. Die Ähnlichkeiten mit den Ereignissen, die nur einen Monat später begannen, sind wirklich verblüffend. Dies ist natürlich kein schlüssiger Beweis.

Gab es einen im Voraus festgelegten Plan, dessen Ausführung mit dem übereinstimmte, was im Oktober 2019 besprochen wurde? New York? Die chinesischen Dissidenten, die natürlich die Kommunistische Partei hassen, möchten beweisen, dass die KPCh die Pandemie verursacht hat. Selnsz sie glauben jedoch nicht, dass das Coronavirus absichtlich entkommen ist.

Ich persönlich neige zu der Annahme, dass der Verlauf der Ereignisse trotz der erwähnten Ähnlichkeiten zufällig war. Das ist vielleicht schwer zu glauben. Wäre es nicht im Winter 2019–2020 im Labor in Wuhan passiert, wäre es im Sommer 2022 in einem pharmazeutischen Forschungszentrum in Indien passiert. Denn nach Angaben ehemaliger WHO-Beamter üben Pharmaunternehmen seit Jahren Druck aus, um eine Pandemie auszurufen. Die Eigentümer von Pharmaunternehmen unterstützen die Hauptbefürworter der Globalisierung, aber sie sind auf Widerstand gestoßen, weil die Globalisierung keine homogene Welt ist. Andererseits haben sie die Situation genutzt, um eine Reihe von Maßnahmen umzusetzen, die bereits in Kraft waren, aber aufgrund der Pandemie schneller hätten umgesetzt werden können. Es spielt keine Rolle, ob dieses Szenario, so wie es sich abgespielt hat, geplant war oder nicht. Früher oder später wäre etwas ganz Ähnliches passiert.

- Von diesem Moment an waren wir maskiert und geimpft. Die Angriffe auf die Freiheit sind so groß wie eh und je. Warum gibt es fast keinen Widerstand?

- In anderen Ländern war der Widerstand größer als in Spanien, aber sie haben weitaus weniger Zwang erfahren als wir in Spanien. Wir sind ein Land ohne eine lebendige Zivilgesellschaft, mit einer schwachen politischen Kultur, mit einem ernsthaften Verfall der Moral. Unter diesen Bedingungen ist es ein Leichtes, sozialen Terror zu verbreiten, wie es sowohl in den öffentlichen als auch in den privaten Medien geschehen ist. Eine völlig homogene, einheitliche Botschaft, die von der Verfolgung der anderen dominiert wird. Im Falle Spaniens haben die Medien systematisch verschwiegen, was in anderen Ländern geschah, damit wir nicht vergleichen konnten. Ein Gesundheitsbeamter forderte sogar öffentlich die Zensur von Fotos von der Tribüne bei der Fußball-Europameisterschaft in diesem Sommer, weil in den Stadien von St. Petersburg bis London, Rom oder Kopenhagen offensichtlich niemand Masken trug. Sie versuchen nicht einmal mehr, ihre Verachtung für uns zu verbergen. Die Bevölkerung braucht nur zu wissen, was die Eliten entscheiden.

- Selbst Donald Trump wurde von den sozialen Medien blockiert. Leben wir bereits in einer Science-Fiction, in der die Weltregierung bestimmt, was richtig und was falsch ist?

- Zunächst einmal ist zu beobachten, dass private Interessen den öffentlichen Raum in Beschlag nehmen. Es ist paradox, dass die Linke gegen die Privatisierung protestiert, die vergleichsweise lächerlich ist, und gleichzeitig mit den mächtigsten Privatunternehmen der Welt zusammenarbeitet, die große öffentliche Organisationen und Einrichtungen übernehmen oder sogar Staaten ersetzen.

Aus rechtlicher und moralischer Sicht ist es den sozialen Netzwerken nicht möglich, zu bestimmen, was auf ihren Portalen veröffentlicht wird und was nicht. Sie können keine Regeln aufstellen, die gegen das Gesetz verstoßen. Selbst die EU hat sie daran erinnert. Denn sie sind im Gunde gar keine Medien, sie sind Kommunikationskanäle.

Ihr natürliches Gegenstück sind die so genannten Faktenchecker, eine der größten Peinlichkeiten unserer Zeit. Die „Faktenprüfer“ wurden vom Poynter Institute gegründet, einer der bekanntesten Abteilungen der Open Society Foundation von George Soros. Dank ihrer Verbindungen zu Big Tech können sie z. B. die Google-Suche so lenken, dass jeder, der sich für eine Information interessiert, lange vor der ursprünglichen Behauptung, die zu ihr geführt hat, eine Widerlegung finden kann. Die überwiegende Mehrheit erhält also nur Zugang zu den Informationen der „Faktenchecker“. Bill Gates arbeitet nun daran, ein Verifizierungsnetzwerk zu schaffen, das Bilder aufnimmt und erkennt, was auf dem ganzen Planeten wahr und was falsch ist.

- Während China wächst und die Pharmaunternehmen profitieren, steuern wir auf einen großen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu. Werden wir die Ernsthaftigkeit des Übergangs erst erkennen, wenn es soweit ist?

- Sie können beruhigt sein. Wir werden uns zurückziehen und die meisten Menschen werden zufrieden sein. Wir werden nicht zu dem Leben zurückkehren, das wir vorher gekannt haben. Der asiatische Riese hat sein exportgetriebenes Wachstum wieder aufgenommen und profitiert wie in seiner Blütezeit, und die Pharmaunternehmen haben fabelhafte Gewinne erzielt, die es ihnen ermöglichen, unser Leben durch die sich bereits deutlich abzeichnende Diktatur der biologischen Gesundheit zu beherrschen. China ist zu dem Modell geworden, zu dem uns die globalistische Elite führen will. Auf der anderen Seite ist der Westen den großen Pharmakonzernen zum Opfer gefallen, die diesen sozialen Terror brauchen, um im Geschäft zu bleiben, da Krankheiten chronisch werden und Medikamente überflüssig werden.

Pfizer hat seine Gewinne bis 2020 verdoppelt, bevor es mit der Produktion von Impfstoffen begann. Es ist leicht zu verstehen, warum es sich aus allen Aktivitäten zur Prävention und Behandlung von COVID-19 zurückgezogen hat. Es gibt nur noch Impfstoffe. Schließlich gelten Medikamente nur für Kranke und Impfstoffe für alle. Man muss nicht sehr schlau sein, um zu erkennen, wo das Geschäft liegt.

Der soziale Terror – der Eckpfeiler des Systems, in das wir eingetaucht sind – erklärt, warum die Bevölkerung, wenn auch widerwillig, ein Medikament einnimmt, das von den korruptesten Unternehmen der Welt hergestellt wird, die wiederholt wegen Betrugs, Bestechung und kommerziellem und beruflichem Fehlverhalten verurteilt worden sind. Es handelt sich um einen Hersteller, der auch jede Verantwortung für die möglichen Folgen

seines Produkts ablehnt, eines Impfstoffs, der in acht Monaten und nicht in acht Jahren hergestellt wurde und dessen mittel- und langfristige Auswirkungen nicht bekannt sind, weil nicht genug Zeit vergangen ist.

- Wie kam es dazu, dass die Öffentlichkeit beschloss, das Risiko einzugehen? Den Menschen wurde gesagt, dass Impfstoffe die einzige Möglichkeit sind, diese Pandemie zu stoppen, und der globale Notfall verlangt, dass sie das Risiko eingehen. Aber ist das wahr? Offiziellen Zahlen zufolge (und es gibt gute Gründe, diese anzuzweifeln) sind im Jahr 2020 etwa 50 000 Menschen an COVID-19 gestorben. Das heißt, einer von 900 Spaniern. Rechtfertigt ein solcher Anteil das Risiko einer Massenimpfung unter den derzeitigen Bedingungen, unter denen der Impfstoff entwickelt wurde?

- Offensichtlich nicht. Der Impfstoff sollte jedoch nicht unter gesundheitlichen, sondern unter ideologischen Gesichtspunkten interpretiert werden. Hier kommen China und die Pharmaunternehmen zusammen. Denn China ist, wie ich bereits gesagt habe, das Vorbild der Globalisten, deren Ziel es ist, die Bevölkerung genauso zu kontrollieren wie die Regierung in Peking. Die Regierung in Peking braucht sich nicht zu entschuldigen, aber der Westen kann das auch nicht, zumindest noch nicht. Die Folge der Impfung – der Impfpass – ist ein Dokument, das die Einreise nach China ermöglicht. Natürlich um unserer selbst willen und um der Gesundheit willen, dem Hauptgott einer hedonistischen Gesellschaft. Es wird sogar von einem Experiment gesprochen, bei dem das Internet weltweit zusammenbricht, was sehr schwerwiegende Folgen haben würde, man denke nur an das Geld in den Banken usw.

Die Abschaffung des Bargelds ist ein Ziel, das noch einige Zeit aufgeschoben werden wird, wenn nicht etwas Außergewöhnliches geschieht. Die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) hat dies bereits im vergangenen Jahr in der Abgeordnetenkammer vorgeschlagen. Er wurde abgelehnt. Selbst Europa warf ihr Übereifer vor. Es war zu früh. Auch die Experimente, die Bill Gates einige Jahre zuvor in Indien durchgeführt hat, waren ein Fehlschlag. Aber genau das ist das Ziel: das Ende des Geldes. Die PSOE hätte sich damit

begnügen sollen, Bargeldtransaktionen auf 1 000 Euro zu begrenzen, natürlich nur uns zuliebe, um Betrug zu verhindern. Außerdem sollte man nicht vermuten, dass das Ziel darin besteht, unsere Girokonten zu veruntreuen. Ein massiver Systemausfall, ein rechtzeitiger russischer oder iranischer Hackerangriff, ein massiver Stromausfall – alles vielleicht aufgrund eines Sonnensturms…

Dieses Gerücht gibt es schon seit langem, und die Zahl der Artikel in den Medien nimmt zu. Ich weiß nicht, ob es dazu kommen wird oder nicht, aber das Davoser Forum hat uns versprochen, dass wir 2030 nichts mehr haben werden.

- Wer ist wirklich für diese „Elite“ verantwortlich?

- Die Elite ist ein System, nicht ein Name. Sie ist im Wesentlichen eine Projektion der angelsächsischen Ordnung auf die gesamte Menschheit: ihre Weltanschauung, ihr ideologisches und politisches System, ihre soziale Ordnung.

Verzeihen Sie die Abschweifung, aber in der Geschichte der Menschheit gibt es drei oder vier Haupttypen von Menschen mit entsprechenden Welt- und Moralvorstellungen: den Priester, den Krieger, den Künstler und den Kaufmann. Der Globalitarismus ist der Triumph

des merkantilistischen Menschenbildes, der Triumph des Kaufmanns mit seiner verzerrten Vorstellung, dass alles einen Preis hat, mit seiner dummen Verwechslung von Wert und Preis und seiner Gier. Während die Elite früher religiös oder militärisch war und angeblich aristokratischen Status hatte, ist die Elite heute eine rücksichtslose Bande von Geschäftsleuten, die unterschiedslos um einen größeren Markt konkurrieren. Der Planet ist ihnen entwachsen und seine Bewohner sind ihrer merkantilen Pracht nicht würdig. Wir verdanken ihnen das Internet! Und Amazon! Und Google! Und Twitter und Facebook… Wir können nicht mehr ohne sie leben. Wir sind Geiseln für sie. Wenn Sie Namen wollen, können Sie Gates, Soros, Zuckerberg, Musk, Ted Terner, Kissinger und Tausende mehr nennen. Und natürlich die Organisationen, die sie leiten und von denen aus sie die Welt regieren.

- Sind wir auf dem Weg zu einer Sklavengesellschaft?

- Wir sind bereits dort. Die meisten Spanier leben in Angst vor einem Virus, der ihnen nie mehr Probleme bereiten wird als eine Erkältung oder Grippe. Die Sklaverei ist in ihren Seelen verankert. Sie haben monatelang in quälender Angst gelebt, und jetzt leben sie in einer schwachen Angst, die irgendwo zwischen Panik und einfacher Furcht liegt. Sie empfinden sogar eine gewisse Dankbarkeit.

Die Eliten haben die „Gesellschaft der zwei Geschwindigkeiten“ geschaffen, in der wir seit langem leben. Das wichtigste Element ist jetzt die Technologie. Der Glaube, dass wir die Sklaverei auf diese Weise vermeiden können, hat sich als töricht erwiesen. Im Gegenteil, die Technologie wird der Totalitarismus der Zukunft sein. Was die Bevölkerung will, ist Sicherheit. Und dafür sorgen das Gesundheitssystem, das soziale Kontrollsystem, die Kameras… Sie würden alles aufgeben, nur um sich geschützt zu fühlen. Jahrzehnte des Rausches und der Dekonstruktion unserer Identität haben zur Massenproduktion von Schwachsinnigen geführt.

Quelle: Respublika.lt

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Bruno Gollnisch: einige Lehren aus Afghanistan Geopferte Verbündete

04. 09. 2021

Bruno Gollnisch · *Bildquelle: MPI*

Seite 25 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 799 vom 16.09.2021

Das Debakel der Regierungstruppen in Afghanistan und der Vereinigten Staaten von Amerika hat schmerzhafte Erinnerungen wachgerufen: vietnamesische Katholiken, die an den Lastwagen der französischen Truppen hingen, die Nordvietnam evakuierten; 20 Jahre später, am 30. April 1975, der Fall von Saigon und die verzweifelte Flucht der amerikanischen Botschaft in einem Hubschrauber, die dem Exodus der Boat People vorausging, die aus dem kommunistischen „Paradies“ unter dem Risiko des Ertrinkens flohen…

Wie könnte man nicht auch an Algerien denken, das trotz feierlicher Versprechen absichtlich an die terroristische FLN übergeben wurde, an die pieds-noirs, die in Oran massakriert wurden, obwohl die französische Armee von General Katz den Befehl erhalten hatte, bewaffnet zu bleiben; an die Harkis, die den Halsabschneidern übergeben wurden, gemäß den Anweisungen von De Gaulle, die von Minister Louis Joxe weitergeleitet wurden…

Es ist nicht gut, der Verbündete des Westens zu sein, und das ist jetzt bekannt.

Wie ist ein solches Fiasko zu erklären? Kurz gesagt, die USA, denen es von Anfang an gelungen war, die Taliban fast kampflos von der Macht zu verdrängen, führten 20 Jahre lang einen Krieg, nur damit sie sich dort wieder festsetzen konnten. In Sandalen und ohne kugelsichere Westen, ohne Panzer, ohne Flugzeuge, fast ohne Artillerie, oft schlecht ausgerüstet, können sie sich rühmen, erst das riesige Sowjetimperium und dann die führende Weltmacht besiegt zu haben, deren Militärausgaben etwa 15 Mal so hoch sind wie diejenigen Frankreichs (778 Milliarden Dollar gegenüber 52,7).

Erste Lektion: über die Geschichte nachdenken, bevor man sich engagiert

„Wiederholt sich die Geschichte nicht? Nein, aber es macht manchmal den Eindruck, wie bei einem Stotternden. Und das hätte zur Vorsicht mahnen müssen. Dies ist nicht das erste Mal, dass der Westen in Afghanistan verprügelt wird. Das wusste ich schon, als ich als Kind die Abenteuer von Sherlock Holmes las. Ist Holmes‘ Freund, der gute Dr. Watson, in diesem Roman von Conan Doyle nicht ein britischer Militärarzt, der verwundet aus Afghanistan zurückgekehrt ist? „Elementar, mein lieber Watson!“

In nicht weniger als drei Kriegen wurde Afghanistan gegen Großbritannien und sein damals weltweit größtes Reich ausgespielt.

Drei nutzlose Kriege: Im ersten beschlossen die Briten, den ihnen feindlich gesinnten Emir Dost Mohammed abzusetzen und den abgesetzten Emir Schah Choudja, der als versöhnlicher galt, wieder auf den Thron von Kabul zu setzen. Im August 1839 drangen sie ohne große Schwierigkeiten in Kabul ein und setzten ihren Schützling wieder ein. Sie wurden durch einen Volksaufstand unter der Führung des Sohnes des abgesetzten Emirs schmählich vertrieben. Nach dem Massaker an ihrem Vertreter und den Mitgliedern seiner Mission versuchten sie im Januar 1842, Kabul zu evakuieren. Eine Kolonne von 16.500 Personen (darunter 4.500 Soldaten und 12.000 Hilfskräfte, Familien und Bedienstete) zog sich zurück; sie wurde vollständig vernichtet. Fast alle von ihnen wurden massakriert, und ihr Schützling wurde kurz daraufhin ebenfalls ermordet.

Ein zweiter anglo-afghanischer Krieg von 1878 bis 1880 verlief für sie günstiger. Das Vereinigte Königreich gab jedoch die Besetzung des Landes auf und erhielt durch einen Vertrag das Recht, zumindest die Außenpolitik des Landes zu kontrollieren. Dieser geringe Nutzen wurde jedoch nach dem dritten Krieg im Jahr 1919 aufgehoben, als Afghanistan seine volle Unabhängigkeit in jeder Hinsicht wiedererlangte.

Lektion zwei: wer stehenbleibt, bleibt stecken

Die relative Wirkungslosigkeit von militärischer und technischer Übermacht in einem „asymmetrischen“ Kampf ist erwiesen. Unsere modernen Armeen schützen uns heute nur noch vor den entsprechenden Armeen anderer Staaten. Bei Guerilla-Operationen zeigen sie schnell ihre Ohnmacht, wenn sie einem Gegner gegenüberstehen, der das Terrain kennt und sich darin „wie ein Fisch im Wasser“ bewegt.

Der Erfolg einer energischen Aktion hängt von ihrer Kürze ab. Wer stehenbleibt, bleibt stecken. Das erleben wir gerade in der Sahelzone. Ich habe im Radio gehört, dass der französische General, der bei der UNO akkreditiert ist, diesen Fall von Afghanistan unterscheidet, und zwar mit der Begründung, dass in einigen der betroffenen Länder – vielleicht in Niger – der Beginn einer echten Demokratie zu verzeichnen ist. Ich teile diesen Optimismus nicht. Und ich sehe kein Ende der Operation Barkhane, an der wir seit 2014 beteiligt sind.

Dritte Lektion: unsere Modelle nicht anderen aufzwingen

Wir sollten uns von der Vorstellung verabschieden, dass die parlamentarische Demokratie das einzige politische System ist, das allen Völkern gerecht wird. Vor allem die Vereinigten Staaten hatten noch die Erfahrung aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Besatzung mit der Wiederherstellung der Demokratie in Westdeutschland und Japan einherging. Aber diese alten Nationen hatten bereits unter diesem Regime gelebt und verfügten über die entsprechenden Rahmenbedingungen und Erfahrungen. Andernorts hat

diese Annahme dazu geführt, dass wir ethnische Realitäten, traditionelle Zugehörigkeiten, Stammessolidaritäten, besondere Mentalitäten usw. vernachlässigt haben. Das Ergebnis liegt vor. Die Institutionen, die wir einrichten, sind nur ein zerbrechliches Furnier, das den tellurischen Kräften aus den Tiefen der Zeitalter nicht widerstehen kann.

Vierte Lektion: unsere Bündnisse überdenken

Diese katastrophale Afghanistan-Expedition wurde unter der Ägide der NATO, der North Atlantic Treaty Organisation, durchgeführt. Das mag überraschen: Afghanistan, ein asiatischer Binnenstaat, liegt natürlich nicht in der Zone. Das Engagement der NATO in diesem Fall war jedoch weniger unrechtmäßig als das gegen Serbien im Kosovo-Fall im Jahr 1999. Die Vereinigten Staaten hatten unter den Anschlägen vom 11. September 2001 zu leiden und beriefen sich auf Artikel 5 der NATO-Charta, der die Verbündeten zur Solidarität verpflichtet. War das nicht eine Aggression? Und was ist mit dem mutmaßlichen Drahtzieher, Osama Bin Laden, der in Afghanistan Zuflucht gesucht hatte? Das war alles, was Frankreich brauchte, um sich in eine Falle zu begeben, aus der es vor sechs Jahren herauskam.

Die NATO, die als Gegengewicht zum Warschauer Pakt geeignet war, als 6.000 sowjetische Panzer eine Nachtfahrt von unseren Grenzen entfernt lagerten, muss vollständig überarbeitet werden, oder wir müssen sie verlassen. Sie ist für Situationen wie in Afghanistan ungeeignet.

Fünfte Lektion: die lokalen Mentalitäten berücksichtigen

Wie reagiert die lokale Bevölkerung auf die Ankunft unserer Expeditionsstreitkräfte? Es ist ganz einfach: Anfänglich werden wir von einigen von ihnen willkommen geheißen, doch am Ende richten sich sowohl nationale als auch religiöse Gefühle gegen uns. Von da an ist das Spiel verloren. Interventionen in muslimischen Ländern müssen, wenn überhaupt, Kontingenten aus muslimischen Ländern anvertraut werden. Ebenso müssen die Interventionen in den afrikanischen Ländern Afrikanern anvertraut werden. Es ist nicht die Aufgabe Frankreichs, die Sahelzone zu überwachen, sondern die von Algerien, Marokko, dem Tschad oder einer Expeditionstruppe der Organisation für Afrikanische Einheit, einer Unterorganisation der UNO, deren Schweigen ohrenbetäubend ist. Können sie es nicht tun? Helfen wir ihnen mit Ausrüstung, Logistik und Ausbildung, aber gehen wir nicht darüber hinaus, auch auf die Gefahr hin, dass wir in jeder Hinsicht verlieren.

Sechste Lektion: nicht vertrauen

Es ist offensichtlich sinnlos, diesen Konflikt mit anderen Mitteln fortzusetzen, und die Vorschläge des kanadischen Premierministers Justin Trudeau, der zu Sanktionen aufruft – nach 20 Jahren Krieg! – sind offensichtlich lächerlich. Andererseits sollte den Worten der Taliban, der Übergang werde friedlich verlaufen, kein Glauben geschenkt werden. Diese Zusicherungen dienen nur dazu, Herrn Biden ein Alibi zu verschaffen. Es wäre überraschend, wenn die Taliban bei ihren Repressalien mehr Zurückhaltung zeigen würden als die Gaullo-Kommunisten bei der Säuberung im Jahr 1945.

Taqiya, Verstellung, ist in ihrer Mentalität ebenso politisch nützlich wie moralisch lobenswert. Die Taliban sind Barbaren, und das haben sie nicht nur in Bezug auf die Menschen, sondern auch in Bezug auf ihr Erbe bewiesen, indem sie beispielsweise die großen Buddhas von

Bamiyan gesprengt haben, bewundernswerte Überreste der alten indisch-griechischen Zivilisationen von Gandhara und Kushan, die aus der Begegnung der Nachkommen der Soldaten Alexanders des Großen mit dem Buddhismus entstanden sind.

Seien wir also wachsam, wenn wir schon nicht mehr tun können…

Bruno Gollnisch

Quelle. MPI

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) September 1939: Wer war damals ein „Faschist“?

Von Grzegorz Kucharczyk

01. 09. 2021

Bildquelle: PCh24.pl

In den ersten Septembertagen 1939 konnten die Leser der liberalen Presse in Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten lesen, dass seit dem 1. September 1939 ein „Krieg um Danzig“ stattfand. Die Frage, die sich dahinter verbarg, wurde entweder verschleiert oder ganz direkt gestellt: „Lohnt es sich, für diese eine Stadt zu sterben?“. Viele Leser solcher Kommentare reagierten negativ auf eine solche Frage. In einigen Monaten wollten viele von ihnen (Leser der französischen Presse) auch nicht für Paris sterben.

Die gleiche Presse (liberaler Mainstream an Themse, Seine und Potomac River) sah nach dem 17. September 1939, wenn sie überhaupt über Polen als Opfer einer Aggression schrieb, nur einen Aggressor – Deutschland. Ein ähnlicher Tonfall herrschte auch in den politischen Kabinetten Frankreichs, Großbritanniens und der USA vor, die sich nach dem 17. September 1939 zur Unabhängigkeit und territorialen Integrität Polens bekannten und dabei nur an die deutsch-polnische Grenze dachten.

In den ersten Septembertagen 1939 konnte man in der deutschen Presse lesen, dass die „ritterliche Wehrmacht“ einen Feldzug gegen Polen begonnen hatte, ein Land, das von Anfang an den „Keim des Verfalls“ in sich trug, ein Land, das aggressiv war und seine deutsche Minderheit gnadenlos unterdrückte. Eine Weisung des deutschen Reichspropagandaministeriums unter Leitung von Joseph Goebbels vom 11. September 1939 ordnete ausdrücklich an, auf den Titelseiten aller deutschen Zeitungen und Zeitschriften über die „Verfolgung der deutschen Minderheit in Polen“ zu berichten.

Drei Tage zuvor, am 8. September 1939, fand im Kreml ein Gespräch zwischen Stalin und dem Vorsitzenden der Kommunistischen Internationale, G. Dimitrow, statt. Der sowjetische Diktator erklärte, dass die Zerstörung Polens, das eine Woche lang gegen die deutsche orteil wäre, da dies das Verschwinden eines „bürgerlichen, faschistischen Staates“ von der Landkarte Europas bedeuten würde.

In Übereinstimmung mit der erhaltenen Direktive veröffentlichte die Komintern am selben Tag (8. September 1939) eine Erklärung, in der sie betonte, dass das „internationale Proletariat“ Polen als „faschistischen Staat, der andere Nationalitäten unterdrückt“ und der „die sowjetische Hilfe ablehnt“, in dem laufenden Konflikt nicht unterstützen könne.

Bekanntlich beteiligte sich die Sowjetunion an der Seite Deutschlands am Kampf gegen das „faschistische Polen“. 17. September 1939. In der sowjetischen Propaganda waren Berlin und Moskau die „friedliebenden Mächte“ im Gegensatz zu den „französischen und britischen Kriegstreibern“, mit denen das „faschistische Polen“ zusammenarbeitete. Der Leiter des sowjetischen Propagandaministeriums, A. Schdanow, schrieb in einem am 14. September 1939 in der Prawda (den Hauptorgan der KPdSU) veröffentlichten Artikel, dass „der polnische Staat sich als lebensuntauglich erwiesen hat“. Er verglich die polnischen Ostprovinzen mit einer „ausgebeuteten Kolonie“ und verglich die polnische Politik gegenüber den ukrainischen und weißrussischen Bürgern mit der „repressiven Politik der zaristischen Regierung“. In dieser Situation hatte die Sowjetunion – als „friedliebende Supermacht“ – keine andere Wahl, als in diesen Ländern eine elementare Rechtsordnung einzuführen. Sie nahm am 17. September 1939 ihre Arbeit auf.

Gleichzeitig verwendete die deutsche Presse auf Anweisung von Dr. Goebbels den Begriff „Blutsonntag“ für die Befriedung der Volksdeutchen in Bromberg (Bydgoszcz) durch Einheiten der polnischen Armee; deutsche Saboteure hatten in den ersten Septembertagen auf die sich zurückziehenden polnischen Truppen geschossen. Die deutsche Propagandaabteilung gab Broschüren in englischer und französischer Sprache heraus, die den „Exzessen der polnischen Soldateska“ gewidmet waren und in denen die Erschießung der deutschen Saboteure in Bromberg mit der „zweiten Bartholomäusnacht“ verglichen wurde, deren Opferzahlen geometrisch ansteigen. Noch im Herbst sprach die deutsche Propaganda von weniger als sechstausend deutschen Opfern in Bromberg, um Anfang 1940 die Welt zu alarmieren, dass fast 60 Tausend Deutsche in Bromberg ums Leben kamen.

Wie unschwer zu erkennen ist, erlangte das derzeit von der neomarxistischen „Neuen Linken“ an polnischen Universitäten propagierte Narrativ über Polen als „Völkergefängnis“ und das „polnische Kolonialreich in den Kresy“ erstmals im September 1939 weltweite Bekanntheit. Dank Schdanow, Dmitrow und Stalin, die über die effiziente „Montage“ wachten, war Polen bereits „ein faschistischer Staat, der andere Nationalitäten unterdrückt“. Dr. Goebbels trug seinen Teil dazu bei, indem er die Weltöffentlichkeit auf den schreienden Mangel an Rechtsstaatlichkeit in Polen aufmerksam machte, wo die „Soldateska“ ihr Unwesen trieb und „unschuldige Deutsche“ ermordete. Wenn man weiß, dass die Urheber der antipolnischen Diffamierungskampagne und ihre nützlichen Idioten noch nicht ihr letztes

Wort gesprochen haben, sollte man „eingehende Studien“ über „Ausbrüche von polnischem Nationalismus gegenüber der deutschen Bevölkerung in Bromberg“ oder ebenso „eingehende Analysen“ über das Phänomen der „Zuschauer“ in Bromberg als Beweis für „tief verwurzelte Schichten polnischer Intoleranz gegenüber dem Minderheitenelement“ in dieser Stadt erwarten.

Diese Art von abwegigem Unsinn ist relativ am einfachsten zu bekämpfen. Schlimmer sind die wissenschaftlichen Lügen, wie die erste, die in diesem Text erwähnt wird, über den „Krieg um Danzig“. Noch immer mangelt es an polnischen wissenschaftlichen Studien (meist synthetischer Natur), die zeigen, dass es im September 1939 nicht nur um den Status der Freien Stadt Danzig ging, sondern um die Zukunft ganz Mitteleuropas als eine Reihe unabhängiger Staaten – von Finnland und Estland bis Rumänien -, die Deutschland von den Sowjets trennten, für die in der grausigen Nacht des 23. August 1939 in Moskau das Todesurteil unterzeichnet wurde. Und da seit Jahrhunderten bekannt ist, dass derjenige, der über Mitteleuropa herrscht, den gesamten Alten Kontinent beherrscht, stand im September 1939 weit mehr auf dem Spiel als nur Bromberg.

Sobald solche Studien geschrieben sind, sollten sie ins Englische übersetzt werden (zumindest diese) und auf Kosten des polnischen Staates in angesehenen westlichen Wissenschaftsverlagen veröffentlicht werden. Man kann nicht nur auf Lügen reagieren. Man sollte auch zuverlässiges Wissen über die polnische Geschichte verbreiten, beginnend mit dem zwanzigsten Jahrhundert.

Kehren wir zurück zu den Verfassern des Narrativs über Polen als „faschistischer Staat, der andere Nationalitäten unterdrückt“. Im Oktober 1939 berichtete die sowjetische Presse freudig, dass „der polnische Lumpenstaat nicht mehr existiert“. Am 31. Oktober 1939 berichtete der sowjetische Außenminister im Obersten Sowjet der UdSSR freudig, dass „der verdrehte Bastard des Versailler Vertrags, der auf Kosten der unterdrückten nichtpolnischen Nationalitäten lebt, aufgehört hat zu existieren“.

Im selben Monat gab das deutsche Propagandaministerium eine Anweisung (24. Oktober 1939) heraus, wie über die deutsche Staatspolitik in den besetzten polnischen Gebieten zu berichten sei. Goebbels wies an, dass Botschaften, die das Publikum im Reich erreichten, „vor allem den Hauptgedanken berücksichtigen sollten: die Herstellung der Ordnung, die Beseitigung des Chaos, zu dem der polnische Staat auf allen Gebieten geführt hat“. Den deutschen Zeitungslesern und Radiohörern sollte die Botschaft vermittelt werden, dass „Polentum gleich Untermenschentum“ sei und dass „Polen, Juden und Zigeuner auf der gleichen Stufe menschlicher Unvollkommenheit stehen“.

Quelle: PCh24.pl

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Msgr. Schneider für die Organisation alternativer Systeme vor dem Hintergrund der Corona-Zweiklassengesellschaft

02. 09. 2021

Mgr. Schneider · *Bildquelle: MPI*

In einem Interview mit Jeanne Smits für *Réinformation TV* rief Monsignore Athanasius Schneider alle, die sich der globalistischen Tyrannei unter dem Vorwand der Gesundheit widersetzen, dazu auf, alternative Lösungen zu organisieren:

„Ich denke, wir müssen bereit sein, uns ausgeschlossen zu fühlen. Vielleicht lassen sich alternative Systeme einrichten: Die Impfgegner können zum Beispiel einen neuen Weg des Austauschs finden, nämlich den privaten Austausch von Produkten auf bescheidenere Art und Weise, mit kleinen Geschäften, die nicht der Passkontrolle unterliegen, oder im Freien oder über private Kanäle für den Austausch von Produkten. Ich denke, dass es möglich ist, dies festzustellen. In Frankreich gibt es große Proteste gegen Zwangsimpfungen: Ich denke, dass diese Proteste zu neuen gegenseitigen Systemen für den Kauf und Verkauf von Produkten führen könnten, die die Menschen brauchen, weil viele Menschen daran beteiligt sind. Ich hoffe, dass solche Systeme für den Verkauf von Produkten auch an anderen Orten und in anderen Ländern geschaffen werden können."

„Wir müssen Alternativen finden, das ist auch für den Kauf und Verkauf von Produkten sehr wichtig. Wenn wir von öffentlichen Verkehrsmitteln wie Zügen, Bussen usw. ausgeschlossen sind, können wir ein System schaffen, um mit privaten Autos zu reisen. Wir müssen jetzt nach allen praktischen Möglichkeiten suchen, um diese neue Zwangsdiktatur über unseren Körper und unsere Freiheit zu verhindern. Wenn wir das nicht tun, wird es zu einem totalen Totalitarismus kommen, und das wird das Ende der menschlichen Gesellschaft sein."

„Ich appelliere auch an die Nichtgläubigen, an alle Menschen guten Willens: Fangen Sie schon jetzt an, alternative Systeme zu entwickeln, im Verkehr, für den Kauf und Verkauf von Produkten, vielleicht auch für das Studium, indem Sie private Studienzentren schaffen. Wir müssen sie zumindest theoretisch entwickeln und dann praktisch, mit all den guten Leuten, die demonstrieren: Wir müssen ein Überlebenssystem vorbereiten."

Quelle: MPI

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

*

Spenden und als Dankeschön Aufkleber erhalten:

Spenden

Für jede Spende (PayPal, Kreditkarte oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! In diesem Fall geben Sie uns bitte eine Lieferadresse bekannt, unter: ***unser-mitteleuropa@protonmail.com***

10 Euro Spende	12 Aufkleber
20 Euro Spende	30 Aufkleber
40 Euro Spende	100 Aufkleber
100 Euro Spende	250 Aufkleber

Größere Mengen auf Anfrage

Möchten Sie uns via Banküberweisung unterstützen, finden Sie folgend unsere Kontodaten:

New Network Communications
IBAN: PL52 1020 2472 0000 6602 0609 1252
BIC: BPKOPLPW

Vielen Dank!

Für jede Spende (PayPal oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! Details hier.

https://unser-mitteleuropa.com/spenden/

Für Bestellungen unseres neuen Aufklebers „Impfzwang“ klicken Sie hier.

https://unser-mitteleuropa.com/sticker-aktion/

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) London schickt Migranten zurück: Paris ist nicht „amused“

11. 09. 2021

Bildquelle: MPI

London hat beschlossen, hart gegen die Migranteninvasion vorzugehen: Das Vereinigte Königreich droht damit, Migrantenboote zurück nach Frankreich zu schicken. Es hat Pläne zur Zurückweisung von Booten mit illegalen Einwanderern an seinen Küsten gebilligt und damit den Streit mit Frankreich über den Umgang mit dem Zustrom illegaler Migranten, die in kleinen Booten versuchen, den Ärmelkanal zu überqueren, vertieft.

Hunderte von kleinen Booten haben in diesem Jahr die Reise von Frankreich nach Großbritannien auf einer der meistbefahrenen Schifffahrtsrouten der Welt versucht. Die britische Küstenwache wird geschult, diese Boote aus den britischen Gewässern zu vertreiben, aber sie wird diese neue Taktik nur anwenden, wenn es als sicher erachtet wird, sagte ein britischer Regierungsvertreter, der nicht namentlich genannt werden wollte, am Donnerstag. Michael Ellis, der amtierende britische Generalstaatsanwalt, wird eine Rechtsgrundlage für die Grenzbeamten schaffen, um die neue Strategie anzuwenden, erklärte der Beamte.

Innenministerin Priti Patel sagte dem französischen Innenminister Gerald Darmanin, dass es ihre „oberste Priorität“ sei, Menschen zu stoppen, die mit kleinen Booten aus Frankreich kommen.

Patel hatte die französische Regierung bereits Anfang der Woche verärgert, als sie sagte, Großbritannien könne etwa 54 Millionen Pfund (75 Millionen Dollar) an Mitteln zurückhalten, die es zur Eindämmung des Migrantenstroms zugesagt hatte. Ein Sprecher von Premierminister Boris Johnson erklärte außerdem, dass die Regierung eine Reihe von sicheren und legalen Möglichkeiten prüfe, um die Boote aufzuhalten. Die Einwanderung war

ein zentrales Thema beim Referendum 2016, bei dem der Austritt aus der Europäischen Union beschlossen wurde.

Darmanin sagte, Großbritannien müsse sowohl das Seerecht als auch die gegenüber Frankreich eingegangenen Verpflichtungen einhalten, zu denen auch finanzielle Zahlungen zur Finanzierung der französischen Grenzpatrouillen auf See gehören. Frankreich und Großbritannien haben im Juli vereinbart, mehr Polizisten einzusetzen und in Detektionstechnologie zu investieren, um die Überquerung des Ärmelkanals zu verhindern. Die französische Polizei hat weitere Boote beschlagnahmt, kann aber nach eigenen Angaben die Ausreise nicht vollständig verhindern.

„Frankreich wird keine Praktiken akzeptieren, die gegen das Seerecht verstoßen, und auch keine finanzielle Erpressung“, twitterte der französische Minister.

In einem Schreiben, das den britischen Medien zugespielt wurde, vertrat Darmanin außerdem die Auffassung, dass es gefährlich wäre, die Boote zur Rückkehr an die französische Küste zu zwingen, und dass „der Schutz von Menschenleben auf See Vorrang vor Überlegungen zur Nationalität, zum Status und zur Migrationspolitik hat“. Hinter den schönen humanitären Worten verbirgt sich in Wirklichkeit der Wunsch, die illegalen Einwanderer, die von Calais aus die englische Küste erreichen, nicht zurückzunehmen. Aber die Regierung Macron sollte sich freuen: Sind das nicht „Chances pour la France“ („Chancen für Frankreich“, vgl. www.breizh-info.com/2020/09/21/150808/limmigration-est-une-chance-pour-la-france-40-ans-deja/)?

Das britische Innenministerium ließ sich nicht beirren und antwortete dem lästigen Darmanin:

„Normalerweise äußern wir uns nicht zu operativen Aktivitäten auf See.“

Quelle: MPI

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Orbán: Ungarn und Serbien werden europäische Grenzen verteidigen

Von Éva Harangozó

10. 09. 2021

Ungarn und Serbien werden die europäischen Grenzen verteidigen, auch wenn dafür keine Dankbarkeit von Seiten der EU zu erwarten ist.

Ungarn und Serbien werden die europäischen Grenzen weiterhin gegen die aufeinanderfolgenden Migrationswellen verteidigen, auch wenn von den zu Beschützenden weder Hilfe noch Dankbarkeit zu erwarten ist, sagte Ministerpräsident Viktor Orbán nach einem gemeinsamen Treffen der Regierungen beider Länder in Budapest.

Der ungarische Ministerpräsident erklärte, dass Europa aufgrund des amerikanischen Versagens mit Millionen von Migranten rechnen müsse, die sich von Afghanistan aus auf den Weg nach Europa machten. Er fügte hinzu, dass wir uns nicht der Illusion hingeben sollten, an Hilfe Europas zu denken, denn, wie er sagte, „sie sind uns in den vergangenen Jahrhunderten nie zu Hilfe geeilt, und das können wir auch jetzt nicht erwarten“.

„Wir verteidigen Serbien, wir verteidigen Ungarn, wir verteidigen uns selbst, aber wir alle wissen, dass diese Migranten nicht in Serbien und nicht in Ungarn leben wollen, sie gehen nach Deutschland. Wenn wir uns also jetzt verteidigen, verteidigen wir, wie so oft in der Geschichte, Europa, insbesondere Deutschland, und zwar auch dann, wenn wir keinerlei Anerkennung oder Dankbarkeit erwarten können“, sagte Orbán auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der serbischen Premierministerin Ana Brnabić.

Orbán betonte, dass Mitteleuropa und Serbien heute auch in der Weltwirtschaft einen herausragenden Platz einnehmen. Diese Position könne durch eine Welle von Migranten bedroht werden, sagte er. Er sagte: Diejenigen, die früher die Migration unterstützt haben –

Regierungen, NGOs, Soros-Organisationen – unterstützen jetzt in gleicher Weise die Migration aus Afghanistan, aber das steht in krassem Gegensatz zu den Interessen Ungarns und Serbiens.

Ungarn setze sich auch für die Mitgliedschaft Serbiens in der Europäischen Union „bis zu tausend Prozent“ ein, denn ohne sie könne die Sicherheit der inneren Teile Europas nicht gewährleistet werden.

„Es ist unmöglich, hier Hotspots zu schaffen, so dass Sicherheitsfragen das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung hier überschreiben“, betonte Orbán. Er wies darauf hin, dass es im Interesse Ungarns sei, gute nachbarschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu haben, und da der Balkan eine leicht zu destabilisierende Region sei, sei es äußerst wichtig, die Region in die europäische Gemeinschaft integrieren zu können.

Auf dem Gipfel sagte Brnabić, dass es früher oder später zu einer weiteren Migrationswelle kommen werde. Die Lösung wäre ihrer Meinung nach, dass die Migranten in kontrollierter Form kommen und in dem ersten EU-Mitgliedstaat, in dem sie ankommen, kontrolliert werden.

„Den Menschen sollte so geholfen werden, dass sie ihre Heimat nicht verlassen müssen und nicht nach Europa kommen, wie es Ungarn schon früher gefordert hat“, fügte sie hinzu.

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Tschechien gibt Litauen eine halbe Million Euro für Grenzzaun

09. 09. 2021

Jakub Kulhánek und Agnė Bilotaitė · *Foto: Facebook*

Litauen ist genauso wie Polen seit einiger Zeit mit einer Migrationskrise konfrontiert, die offensichtlich von den weißrussischen Behörden ausgelöst wurde, und hat – wie Polen – begonnen, einen Grenzzaun zu errichten, um dieser Krise zu begegnen. Die mitteleuropäischen und V4-Länder, einschließlich der Tschechischen Republik, zeigen sich solidarisch mit ihren baltischen Nachbarn.

Ein konkretes Zeichen der Solidarität

Was Tschechien anbelangt, so drückt sich diese Solidarität nicht nur in Worten, sondern auch in Taten aus – in diesem Fall in einer finanziellen Unterstützung in Höhe von 530.000 Euro für den Bau eines drei Meter hohen Zauns entlang der fast 500 km langen Grenze zu Weißrussland durch die Behörden in Wilna (*Vilnius*). Der Zaun ist demjenigen nachempfunden, den Ungarn 2015 an dessen Grenze zu Serbien auf dem Höhepunkt der Migrationskrise errichtet hat, die durch die damalige Haltung der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel stark angeheizt worden war.

Unterstützung der Länder, die bereit sind, die EU-Außengrenzen zu verteidigen

Da der Zaun 152 Millionen Euro kosten wird, hat Wilna seine EU-Partner um eine Kofinanzierung gebeten, denn die Verteidigung der litauischen Grenze schützt nicht nur Litauen, sondern die gesamte EU vor der von Minsk orchestrierten Migrationswelle. Tschechien ist nun das erste Land, das auf dieses Ersuchen positiv reagierte. Bei einem Treffen mit der litauischen Innenministerin Agnė Bilotaitė, mit der er am 7. September eine Vereinbarung über gemeinsame (tschechisch-litauische) Maßnahmen zur Beschleunigung des Zaunbaus im Namen der Tschechischen Republik unterzeichnete, sagte der tschechische Außenminister Jakub Kulhánek (ČSSD) zu diesem Thema unter anderem, dass die europäischen Länder

„*die Länder voll unterstützen sollen,* [die wie] *Litauen* […] *bereit sind, die Außengrenzen der EU zu verteidigen*".

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko müsse daran gehindert werden, die illegale Einwanderung weiterhin als Mittel zur Erpressung Litauens und der gesamten Europäischen Union zu nutzen. Bilotaitė betonte ihrerseits die Bedeutung der tschechischen Hilfe, die

„*zeigt, dass Litauen nicht allein ist* [und] *dass der Schutz der EU-Außengrenzen nicht nur unsere Sache ist, sondern im Interesse* […] *der gesamten Europäischen Union liegt*".

Dieser Beitrag erschien zuerst bei der VISEGRÁD POST, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Tschechische, slowakische und österreichische Führer gegen illegale Migration

08. 09. 2021

Andrej Babiš und Sebastian Kurz · *Foto: Österreichisches Außenministerium at https://www.flickr.com/photos/88775815@N04/16330390570.*

Die Ministerpräsidenten halten es fü

r notwendig, Afghanen im eigenen Land oder in den Nachbarstaaten zu helfen

Die Ministerpräsidenten der Tschechischen Republik, der Slowakei und Österreichs sind gegen illegale Migration und wollen nicht, dass sich das Jahr 2015, in dem Massen von Flüchtlingen nach Europa geströmt sind, wiederholt, erklärten Andrej Babiš, Eduard Heger und Sebastian Kurz nach ihrem Treffen am Dienstag in Lednice (Eisgrub) in der Region Břeclav (Lundenburg) gegenüber der Presse.

Sie äußerten sich zur Lage in Afghanistan, wo die radikale Taliban-Bewegung nach dem Abzug der alliierten Truppen an die Macht kam. Nach Ansicht der Ministerpräsidenten besteht die Notwendigkeit, den Afghanen in ihrem Land oder in den Nachbarstaaten zu helfen.

„Wir müssen die Menschen unterstützen, deshalb hat Österreich beschlossen, 18 Millionen Euro zusätzlich auszugeben, um die Afghanen in den Nachbarländern zu unterstützen“, sagte Kurz. Dies sei ein Versuch, ihr Leid zu lindern. „Aber wir können nicht zulassen, dass sich 2015 wiederholt. Wir sind gegen illegale Migration. Wir werden Schlepper und Menschenschmuggler bekämpfen, es darf keinen unkontrollierten Migrationsstrom nach Europa geben“, sagte der österreichische Bundeskanzler.

Babiš erklärte, dass die Premierminister aller drei Regierungen eine einheitliche Meinung zum Kampf gegen Menschenschmuggler hätten.

„Illegale Migranten zahlen, um nach Europa zu kommen. Das müssen wir außerhalb Europas verhindern“, betonte der tschechische Ministerpräsident.

„Es gibt wirklich keinen Platz für sie in Europa“, sagte Babiš. Sollte dies nicht gelingen, werde die zweite Runde der Gespräche mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan folgen.

Kurz fügte hinzu, dass es notwendig sei, alle Formen der illegalen Migration zu bekämpfen, und dass die Länder Osteuropas jetzt davon betroffen seien.

„Aus westeuropäischer Sicht muss man hinzufügen, dass der Rest von uns schon seit vielen Jahren unter Migrationsdruck steht. Es ist wichtig, die Außengrenzen zu schützen, entschieden gegen Schlepper vorzugehen und klare Signale an alle Länder zu senden“, so Kurz abschließend.

Titelbild: Tschechiens amtierender Premierminister Andrej Babis, links, und Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz sprechen bei einer gemeinsamen Pressekonferenz im Rahmen eines Treffens im Bundeskanzleramt in Wien, Österreich, Freitag, 18. Mai 2018. (AP Photo/Ronald Zak)

Quelle: Eurozprávy.cz

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) László Kövér: „Derzeitige ethnische Mehrheiten in Europa können in die Lage ethnischer Minderheiten versetzt werden“

05. 09. 2021

László Kövér · *Bildquelle: Visegrád Post*

Für László Kövér besteht die Gefahr, dass der Zustand der Minderheiten, der bisher nur die ethnischen Minderheiten in Europa betraf, künftig auch zu dem der heutigen nationalen Mehrheiten sein wird. Der Präsident des ungarischen Parlaments bezog sich auf dieses Thema in einer Rede am Sonntag nach einem ökumenischen Gottesdienst in der Kirche der Festung Marosvásárhely (rum: Târgu Mureș – die Stadt mit der zahlenmäßig größten ungarischen Bevölkerung in Siebenbürgen, AdÜ.], in seiner Eigenschaft als Hauptsponsor des in dieser Stadt organisierten Kulturfestivals „Forgatag“ [„Strudel“ auf Ungarisch, AdÜ.]. Er erinnerte daran, dass die tiefsten Gewässer in Europa und der Welt

sich derzeit in einem Strudel befinden, der Länder und Nationen verschlingen, das Schicksal ganzer Generationen ruinieren und in eine Zukunft führen kann, in der das Überleben mit der Menschenwürde unvereinbar sei.

Und er fügte hinzu, dass die Ungarn, wenn man ihnen von der Lage der Minderheiten erzählt, an ein Schicksal denken, das aus politischer Unterwerfung, wirtschaftlicher Enteignung und Demütigungen der nationalen Kultur besteht. Und dass dies einer der Gründe ist, warum sich Europa mit der Sache der nationalen Minderheiten befassen sollte: weil dieser Minderheitenstatus in Zukunft in jedem europäischen Staat die zentralen ethnischen Gruppen einholen könnte, selbst in Ländern, in denen sie derzeit eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung stellen.

„Die Ungarn, die jenseits der heutigen Grenzen Ungarns leben, kämpfen seit einem Jahrhundert dafür, dass das Land, in dem sie geboren wurden, ihre Heimat bleibe, und vor allem dafür, dass niemand das ethnische Gleichgewicht dort künstlich verändere. Aber das sind Sorgen, mit denen auch die Bürger die ethnischen Mehrheit in allen europäischen Ländern konfrontiert sind.

In den Großstädten Westeuropas erleben die einheimischen Bürger dieser Länder dies derzeit: Sie werden ihrer Heimat – ihrer Heimatländer und –Heimatstädte – durch eine illegale, hinterhältige Einwanderung von Siedlern beraubt, die sich hinter der Maske des politischen Asyls verbirgt und sie schließlich zu Fremden in ihrem eigenen Land, zu Fremden in Europa macht.

Wir stehen an der Schwelle zu einer „postchristlichen“ und „postnationalen“ Ära, die durch die Allgegenwart künstlich geschürter Schuldgefühle gekennzeichnet ist.

Jeder Europäer sollte sich wegen des Klimawandels schuldig fühlen; die Bewohner des heutigen Europas sollten sich wegen der Fehler ihrer Vorfahren schuldig fühlen, die werdenden Eltern sollten sich wegen der Fehler des gerade gezeugten Kindes schuldig fühlen, die Weißen wegen der Schwarzen, die Männer wegen der Frauen, die Heterosexuellen wegen der Homosexuellen, die Alten wegen der Jungen und die Europäer wegen der Menschen aller anderen Kontinente.

Diese neue Schuldkultur unterscheidet sich von der nationalsozialistischen und kommunistischen Ideologiewelt nur dadurch, dass sie nicht eine Minderheit zur minderwertigen Gruppe bestimmt, die die Last der Kollektivschuld trägt, sondern den Krieg aller gegen alle organisiert.

Anstelle dieser schädlichen Schuldkultur wollen wir eine Kultur des verantwortungsvollen Gewissens; anstelle dieses durch künstliche Trennungen geschaffenen Identitätsvakuums wollen wir unsere natürliche Identität bewahren. Wir wollen christliche Ungarn bleiben, die ihre Familie und ihr Land lieben.

„Marosvásárhely hat eine geistige Kraft und Erneuerungsfähigkeit, die weit über dessen geografische Grenzen hinausgeht, und der Schlüssel zu dieser Kraft ist, dass die Stadt an die ungarischen Ideale der siebenbürgischen Selbstorganisation und der europäischen Würde glaubt und damit ein Vorbild für alle ungarischen und rumänischen Gemeinschaften sowie für alle Gemeinschaften in Europa darstellt.

Im Jahr 1937 erklärten die Teilnehmer des Gipfels von Vásárhely unter dem Vorsitz des [Szekler] Schriftstellers Áron Tamási in Bukarest, dass

der rumänische Staat seine Aufgabe nur dann erfüllen wird, wenn er im Geiste der christlichen Ethik und der wahren Demokratie dafür Sorge trage, alle unter seiner Ägide lebenden Völker gleichermaßen zu schützen und zu unterstützen.

Sie erinnerten Budapest daran, dass „die Ungarn Mitteleuropas eine unteilbare kulturelle und sprachliche Gemeinschaft bilden, zu der auch die ungarische Gemeinschaft Siebenbürgens gehört“. Diese Botschaften sind auch heute noch aktuell, ebenso wie eine weitere Schlussfolgerung des Gipfels, die besagt, dass „das Leben der ungarischen nationalen Minderheit in Siebenbürgen nur von den Erfordernissen der christlichen Moral und der nationalen Demokratie geleitet werden kann“.

Am Ende des ökumenischen Gottesdienstes wurde das Festival „Forgatag“ in Marosvásárhely auch durch eine Rede von Ferenc Péter, dem Präsidenten des Komitatsrates des Komitats Maros, begrüßt, der daran erinnerte, dass die Stadt Marosvásárhely ein Zentrum der ungarischen nationalen Minderheit ist. Er erinnerte daran, dass die Stadt Marosvásárhely einst von König Matthias das Recht erhielt, Jahrmärkte zu veranstalten, und dass es der siebenbürgische Fürst Gábor Bethlen war, der sie zu einer freien Königsstadt erklärte. Die Organisatoren des Kulturfestivals „Forgatag“ lassen sich von denselben Zielen leiten wie diese großen Staatsmänner“, so Kövér.

Dieser Artikel erschien zuerst am 29. 8. 2021 in der MAGYAR NEMZET und wurde von der VISEGRÁD POST, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION, aus dem Ungarischen übersetzt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Griechenland: Migranten-Abschiebung beschleunigen und NGO-Arbeit einschränken – Europarat „besorgt“

04. 09. 2021

Bildquelle: FDS

Der Europarat ist besorgt und warnt die griechische Regierung

Der Europarat hat am Freitag (3. September) das griechische Parlament aufgefordert, ein Gesetz, das die Abschiebung von Asylbewerbern beschleunigen und die Arbeit von Seenotrettungsorganisationen einschränken soll, mit den Menschenrechten in Einklang zu bringen.

„Der Gesetzesentwurf über Ausweisungen und Rückführungen gibt Anlass zu ernsten Bedenken“, warnte die Menschenrechtskommissarin des Europarats, Dunja Mijatovic, am Freitag in einem Schreiben an das griechische Parlament.

Das griechische Migrationsministerium legt dem Parlament am Freitag einen Gesetzentwurf vor, der die Abschiebung von illegalen Migranten beschleunigen soll. Insbesondere wird die Polizei in der Lage sein, die Abschiebung illegal eingereister Migranten ohne Papiere aus Griechenland schneller anzuordnen, wenn diese kein Asyl beantragen oder ihr Antrag abgelehnt wurde. Seit 2015 ist Griechenland ein Einfallstor für Migranten nach Europa, obwohl sich der Zustrom in den letzten zwei Jahren verlangsamt hat.

Dieser Gesetzesentwurf „würde die Seenotrettung durch Nichtregierungsorganisationen und deren Kapazitäten zur Überwachung der Menschenrechte in der Ägäis ernsthaft behindern“, erklärte die Menschenrechtskommissarin. Das Gesetz sieht strenge Geldstrafen und Sanktionen für NGOs vor, die sich nicht an die Behörden und die Küstenwache wenden, um ihre Tätigkeit auszuüben.

Quelle: Le Figaro

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Polen will den Notstand an der weißrussischen Grenze ausrufen

02. 09. 2021

Bildquelle: Facebook / *Mateusz Morawiecki*

Die Migrationskrise, die wir seit einigen Wochen an den westlichen Grenzen Weißrusslands beobachten können – da das Minsker Regime als Reaktion auf die EU-Sanktionen damit begonnen hat, gezielt importierte Migranten (Iraker und Afghanen) an die litauische, lettische und polnische Grenze zu treiben –, könnte nun in eine zweite Phase eintreten.

Ausnahmezustand im Grenzgebiet

Nachdem die polnische Regierung – wie das benachbarte Litauen – beschlossen hat, einen Grenzschutzzaun nach ungarischem Vorbild zu errichten, hat sie nun am 31. August Präsident Andrzej Duda gebeten, den Ausnahmezustand für das Grenzgebiet von Norden nach Süden an der 418 km langen polnisch-weißrussischen Grenze auszurufen.

183 Gemeinden in den Woiwodschaften Podlachien und Lublin betroffen

Ministerpräsident Mateusz Morawiecki erklärte auf seinem Facebook-Account: „*Die Lage an der Grenze zu Weißrussland ist eine Krise. Das Lukaschenko-Regime hat beschlossen, Iraker nach Polen, Litauen und Lettland zu treiben. Angesichts der angespannten Lage an der Grenze zwischen Polen und Weißrussland,*

beschloss der Ministerrat, Präsident Andrzej Duda zu ersuchen, in einem Grenzstreifen in einem Teil der Woiwodschaft Podlachien und der Woiwodschaft Lublin für 30 Tage den Ausnahmezustand zu verhängen.

Dieses Gebiet wird 115 Gemeinden in der Woiwodschaft Podlachien und 68 Gemeinden in der Woiwodschaft Lublin umfassen.

Die Beschränkungen beeinträchtigen weder das Arbeitsleben der Anwohner noch die Möglichkeit, in diesem Gebiet frei eine landwirtschaftliche Tätigkeit auszuüben. Litauen und Lettland haben bereits vor einiger Zeit ähnliche Beschränkungen eingeführt.

Diese Entscheidung ist von der Sorge um die Sicherheit des Staates, unserer Bürger und unserer Verantwortung für die Sicherung der Grenzen des Landes und der gesamten Europäischen Union, die uns dabei unterstützt, diktiert.

Das weißrussische Regime ist gefährlich, und jeder unkontrollierte Grenzübertritt könnte zu einem Zwischenfall mit unvorhersehbaren Folgen führen. Wir müssen diese aggressiven hybriden Aktionen stoppen, die nach einem in Minsk geschriebenen Drehbuch und mit den Protektoren von Herrn Lukaschenko durchgeführt werden.“

Innenminister Mariusz Kaminski erläuterte, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll:

„Demonstrationen und andere Aktionen werden nicht zugelassen.“

Das Gebiet wird für Ortsfremde gesperrt

Für die Menschen, die in der Grenzregion leben oder arbeiten, dürfte sich im Alltag nichts ändern. Damit soll allerdings verhindert werden, dass es erneut zu Sabotageakten durch linke Aktivisten kommt, wie es am Sonntag, dem 29. August, der Fall war.

Nach Angaben des polnischen Rundfunks rechtfertigt die Regierung von Mateusz Morawiecki diesen Schritt auch mit den bevorstehenden russisch-weißrussischen Militärmanövern. Präsident Duda erklärte seinerseits, dass er den Antrag mit der nötigen Sorgfalt prüfen und seine Entscheidung sehr bald bekannt geben werde.

VISEGRÁD POST
COMPRENDRE L'EUROPE CENTRALE

Dieser Beitrag erschien zuerst bei der VISEGRÁD POST, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Blick über Europas Grenzen: Politische Themen *Seite 47*

Keine Berichte

01) Mariusz Patey: Der Euro ist ein antiliberales Konzept und Teil des euroföderalistischen Traums

12. 09. 2021

Mariusz Patey · *Bildquelle: Vokativ.hr*

Dr. Mariusz Patey ist ein polnischer Ökonom und Politologe, Direktor des Roman-Rybarski-Instituts in Warschau. Er ist Experte für wirtschaftliche und infrastrukturelle Entwicklungsfragen im Raum zwischen Ostsee, Adria und Schwarzem Meer. Er spricht mit Vokativ.hr über die Einführung des Euro, die Entwicklungsmöglichkeiten der Drei-Meer-Initiative und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China.

LEO MARIĆ: Kroatien ist derzeit dabei, den Euro einzuführen, daher ist der Plan der Regierung der Republik Kroatien, den Euro bereits 2023 als offizielle Währung in Kroatien zu etablieren. Polen hingegen hält fest zum Zloty, und aus kroatischer Sicht scheinen Sie Polen deswegen nicht wirtschaftlich benachteiligt zu sein. Was ist Ihre Meinung dazu?

MARIUSZ PATEY: Meiner Meinung nach gibt die eigene Währung dem Staat in Zeiten makroökonomischer Instabilität mehr Werkzeuge, aber es erfordert auch das Fachwissen und die Verantwortung derjenigen, die Zentralbanken und Regierungen führen.

Eine gut verwaltete Währung kann eine Einnahmequelle für ein Unternehmen sein. Zu den meistverkauften Exportprodukten der Schweiz zählt beispielsweise das Vertrauen in die Landeswährung.

Die Übergabe der Geldpolitik an einige internationale Institutionen verlagert die Verantwortung auf eine andere, aber ist das wirklich gut für die Gesellschaft?

Die Europäische Zentralbank muss eine Vielzahl unterschiedlicher Interessen in Einklang bringen. Die Geldpolitik orientiert sich in der Regel an den Bedürfnissen der größten Volkswirtschaften des Euro-Währungsgebiets. Der Markt der Europäischen Union ist jedoch nicht homogen und wird oft von plötzlichen Krisen in verschiedenen Phasen des Wirtschaftszyklus betroffen. Paradoxerweise ist der Euro kein stabiler Hafen in Krisenzeiten, wie es sich seine Anhänger wünschen, und auch für kleinere Märkte nicht effektiv, sondern eine Belastung mit hohen Kosten.

Die Einführung des Euro ist wie der Kauf eines Anzugs im Supermarkt: Entweder wird er zu klein oder zu groß. Wenn wir einen Anzug wollen, der zu uns passt, gehen wir zu einem Schneider. Aber die Sache ist, dass der Schneider professionell sein muss…

Sie sind zu diesem Thema ein besonders interessanter Gesprächspartner, weil Sie trotz Wirtschaftsliberalismus Euro-Gegner sind. Die meisten Wirtschaftsliberalen in Kroatien sind extreme Befürworter der Euro-Einführung, während sich die Kampagne gegen den Euro bisher weitgehend auf die nationalistische Rechte beschränkt, die in unserem Land eher zu etatistischen Ideen neigt. Wie bringen Sie die Prinzipien des Wirtschaftsliberalismus mit der Opposition zum Euro in Einklang?

Ich glaube, dass das Konzept des Euro eigentlich ein antiliberales Konzept für die europäischen Gesellschaften ist. Es ist Teil der euro-föderalistischen Träume derer, die bis vor kurzem Nationalstaaten von einem internationalistischen Standpunkt aus kritisierten.

Die Frage, ob wir uns für den Euro oder unsere eigene Währung entscheiden, ist eigentlich eine Frage, ob wir glauben, dass Zentralisierung, Harmonisierung und Vereinigung zu wirtschaftlichem Erfolg und Wohlstand führen werden, oder ob wir dezentrales Regieren bevorzugen, eine Marktwirtschaft mit Raum für verschiedene Einheiten, unterschiedliche Lösungen und weniger homogene Geldmärkte.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass der richtige Weg zur Sicherung des wirtschaftlichen Erfolgs der europäischen Länder das bleiben muss, was in der Vergangenheit zu enormem Wachstum geführt hat. Europa war der wettbewerbsfähigste Raum der Welt. Wir haben einen hohen Preis dafür bezahlt, Kriege eingeschlossen. Heute haben wir als Mitglieder der NATO die Möglichkeit, in Friedenszeiten zu konkurrieren, indem wir bessere Lösungen einführen und Armeen nur zu Verteidigungszwecken halten.

Wenn wir ein nach außen wettbewerbsfähiges Europa erhalten wollen, müssen wir auch ein in sich wettbewerbsfähiges Europa akzeptieren. Europa muss auch bei der Staatsstruktur und dem Rechtssystem offen für Innovationen sein. Effektive Lösungen können jederzeit und überall, auch in kleinen Ländern, geschaffen werden. Andererseits ist es besser, selbst wenn ein Fehler passiert, in einem Land als in ganz Europa. Es ist einfacher, Fehler lokal zu korrigieren und Fehler global zu vermeiden.

Währung ist ein Produkt, warum sollte sie in Europa von einer Institution vollständig monopolisiert werden? Der gemeinsame europäische Markt darf kein Paradies für Monopole sein.

Auch wenn wir den Beitritt zum Euroraum vermeiden, bleibt Kroatien wie der Rest Mittel- und Osteuropas unterentwickelt und abhängig vom Kern der EU (hauptsächlich Deutschland). Gibt es einen Ausweg oder müssen wir uns mit dem Schicksal der ewigen Peripherie des Reiches abfinden?

Mittel- und Osteuropa sind nicht dazu verdammt, eine ewige Peripherie zu sein. Wir müssen weg von einer Kultur, die auf Nachahmung basiert, und Entwicklungsmöglichkeiten auf der Grundlage von Kreativität fördern. Wir müssen am Ende mit einem niedrigeren Wertekomplex hin zu reicheren Gesellschaften gelangen.

Wir können uns gegenseitig helfen, indem wir Geschäftsprojekte entwickeln, die die Wertschöpfungskette verlängern und so viel Wertschöpfung wie möglich in unserer Region erhalten.

Wie es geht? Wir müssen eine Unternehmenskultur schaffen, die auf mutigen kreativen Lösungen basiert, unsere Bildungsprogramme auf die Schaffung einer unternehmerischen Kultur in unseren jungen Gesellschaften ausrichten und eine effektive Infrastruktur von Finanzinstituten aufbauen, die in der Lage sind, Ideen auszuwählen und zu unterstützen, die eine Chance haben, auf den globalen Märkten erfolgreich zu sein .

Es ist keine leichte Aufgabe, aber es ist möglich, sie auszuführen. Wir haben gut ausgebildete Gesellschaften, wir haben Wissenschaftler, Ingenieure und Ärzte, die im Ausland erfolgreich waren. Jetzt ist die Zeit für systematische Arbeit, den Aufbau von Marken und Strukturen, die in unseren Gesellschaften funktionieren können, um den materiellen und kulturellen Reichtum zu steigern.

Das größte Problem sind nicht externe Barrieren, sondern interne Faktoren, die aus organisatorischen, rechtlichen und politischen Defiziten resultieren. Aber ich glaube, es ist noch machbar. Dann wird Deutschland einer von vielen Märkten für unsere Produkte (natürlich immer noch extrem wichtig) und der deutsche Staat ein Partner, nicht mehr jemand, der uns dominiert.

Ich denke, wir müssen unsere Souveränität bewahren, denn sie ist ein großer Wert. Es hilft uns, ein wettbewerbsfähigeres wirtschaftliches Umfeld zu schaffen. Natürlich bringt Souveränität sowohl Risiko als auch Verantwortung mit sich.

Sie haben viel über die Infrastrukturprojekte der Drei-Meere-Initiative geschrieben, an deren Gründung die ehemalige kroatische Präsidentin Kolinda Grabar Kitarović maßgeblich beteiligt war. Was kann Kroatien daraus lernen? Können wir zumindest hoffen, dass Zagreb und Warschau verkehrstechnisch besser angebunden werden?

Kroatien ist ein Schlüsselland für die geplanten Nord-Süd-Verkehrskorridore. Häfen an der Adria sollen durch ein Netz von Hochgeschwindigkeitsbahnen und Straßen mit der Ostsee verbunden werden.

Kroatische Öl- und Gasterminals, die durch Pipelines mit anderen Ländern der Drei-Meer-Initiative verbunden sind, können eine Alternative zu verstopften Pipelines sein, die von italienischen Häfen (insbesondere Triest) nach Norden führen. Bei Öl ist zu beachten, dass einige der Verbindungen von russischen Unternehmen (TAK-IKL) kontrolliert werden. Die Diversifizierung der Erdölversorgung tschechischer Raffinerien auf Basis dieser Verkehrsverbindungen ist daher illusorisch.

Eine bessere Verkehrsinfrastruktur (Straße und Schiene) bedeutet auch einen schnelleren und besseren Personenverkehr. Dies führt zu einer intensiveren persönlichen Bindung der Bürger der Länder der Drei-Meere-Initiative und einer Zunahme des Tourismus.

Beim letzten Gipfel der Drei-Meere-Initiative im Juli dieses Jahres in Sofia war eine starke deutsche Delegation anwesend, und Bundespräsident Frank-Walter

Steinmeier deutete an, dass Deutschland an einer Mitgliedschaft in der Initiative interessiert sei. Die gemeinsame Erklärung des Gipfels spricht erwartungsgemäß von „Stärkung des Zusammenhalts und der Konvergenz innerhalb der Europäischen Union", bekräftigt die Unterstützung der Pariser Klimaschutzinitiative , des Europäischen Grünen Plans usw. Was sind die Gründe für die ersten Botschaften der Initiative: so verdünnt? Können wir dies als langsame Euthanasie des Trimariums interpretieren oder gibt es noch Raum für Optimismus?

Ich denke, die deutsche Politik gegenüber der Drei-Meere-Initiative muss diese beobachten und nach Möglichkeit kontrollieren und von den eigenen Integrationsinitiativen in Europa profitieren. Deshalb wollen sie den Projekten der Drei-Meer-Initiative, die nicht im Einklang mit der **Energiewende-**Politik stehen, keinen Vorrang einräumen. Sie wird beispielsweise die Umsetzung von Projekten im Zusammenhang mit der Entwicklung der Kernenergie in der Region verlangsamen. Stattdessen werden sie sich lieber für Projekte einsetzen, die nicht in Konkurrenz zu Deutschlands Vision der Arbeitsteilung in der Region stehen.

Wenn sich die Drei-Meere-Initiative darauf konzentrierte, das Defizit bei der Verbindungsinfrastruktur zwischen unseren Ländern, einschließlich der Ukraine, Georgiens und Moldawiens, in den Blutkreislauf der Initiative zu füllen, würde sie auch deutsche Unterstützung gewinnen.

Um die Zukunft der Initiative mache ich mir keine Sorgen. Selbst wenn möglicherweise keine ausländischen Investitionen zufließen, werden gute Projekte ihre Investitionen zurückzahlen und helfen, die nächsten zu finanzieren. Wenn es um die Drei-Meere-Initiative geht, sollten wir sie in einer 100-Jahres-Perspektive statt in 10 Jahren betrachten. Es ist wichtig, die Ziele zu verstehen. Wir müssen Mechanismen finden, die eine kontinuierliche Umsetzung dieser Projekte ermöglichen, ungeachtet der politischen Unruhen in unseren Ländern.

Wir, die Patrioten unserer Länder, müssen einen optimistischen Ansatz pflegen. Wir müssen auf lange Sicht an unsere Völker und ihre vernünftigen Entscheidungen glauben, aber auch für ihren Erfolg arbeiten. Der Schlüssel zum Erfolg liegt heute in einer effektiven friedlichen Zusammenarbeit mit allen Völkern und Staaten (insbesondere die Völker und Staaten in der Intermarium-Region haben enge strategische Interessen), aber auch in einem gesunden Wettbewerb, der nicht künstlich unterdrückt werden kann.

Wir haben keine Angst vor deutschen Unternehmen, sie sind manchmal unsere Rivalen und manchmal unsere Kollaborateure. In vielen Fällen sind sie unsere Geschäftspartner. Die polnische Wirtschaft hat viel von ihnen gelernt. Was wir befürchten, sind einige der deutschen Politiker, die in der Berliner Regierung sitzen und zu oft die Rhetorik des „älteren Bruders" verwenden, der weiß, was gut für uns und besser ist als wir selbst. Diese vorherrschende Haltung ist für unser Land nicht akzeptabel.

Eines der Haupthindernisse für die zukünftige wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit in der Region sind historische Feindseligkeiten zwischen vielen Völkern der Region (zB polnisch-ukrainische, polnisch-litauische, ungarisch-rumänische, serbokroatische usw.). Können Sie uns Ihre Erfahrungen bei der Entwicklung eines Dialogs zwischen polnischen und ukrainischen Nationalisten mitteilen?

Ja, trotz vorhandener echter Synergien und Kooperationen in verschiedenen Bereichen verursachen die bestehenden Streitigkeiten über hauptsächlich historische Themen, noch nicht verheilte Wunden, schlechte Gefühle, die trotz der offensichtlichen wirtschaftlichen,

politischen und verteidigungspolitischen Vorteile eine engere Zusammenarbeit nicht begünstigen.

Meiner Erfahrung nach besteht der Weg, schlechte Gefühle zu überwinden und eine erfolgreiche Zusammenarbeit umzusetzen, darin, sich nicht auf das zu konzentrieren, was uns trennt, sondern auf das, was uns verbindet. Nur echte gemeinsame Projekte ermöglichen es uns, die Themen, die uns trennen, besser zu verstehen und ein größeres gegenseitiges Mitgefühl zu haben.

Aber wir sind getrennte Gesellschaften, getrennte Völker, wir leben in getrennten Staaten und wir sollten nicht erwarten, dass es immer möglich sein wird, in etwa 100 % der Fragen eine Einigung zu erzielen. Mehr gemeinsame Projekte und mehr gemeinsame Interessen werden weniger Ärger mit sich bringen.

Chinas Präsenz in der Region hat sich in den letzten Jahren insbesondere durch den „17+1"-Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen China und mittel- und osteuropäischen Ländern verstärkt. Wie beurteilen Sie die Möglichkeiten einer langfristigen Zusammenarbeit mit China? Was können wir angesichts der wachsenden Feindseligkeit zwischen den USA und China davon erwarten?

Die neue Seidenstraße ist eine interessante Perspektive, aber auch eine Herausforderung für die Länder unserer Region. Die Reichweite chinesischer Investitionen, insbesondere in Zentralasien, bietet uns eine einfachere und kostengünstigere Möglichkeit, Waren und Dienstleistungen zwischen den Ländern Mittel- und Osteuropas und Zentralasiens auszutauschen.

Andererseits ist es aber auch eine Herausforderung, weil die Politik der Volksrepublik China gegenüber Europa, einschließlich unserer Region, die Gewinne aus dem Export von Waren, Dienstleistungen und Direktinvestitionen steigern. Chinesische Exportunternehmen sind auf dem europäischen Markt noch aktiver, nachdem sie auf dem US-Markt mit Schwierigkeiten konfrontiert waren.

Der Kampf um die Gleichbehandlung westlicher Unternehmen auf dem chinesischen Markt erfordert die Zusammenarbeit zwischen den Ländern des „kollektiven Westens". Nur die Harmonisierung des Handelns trotz bestehender Differenzen und Streitigkeiten innerhalb der sog. der westlichen Welt (zu der auch wir gehören) kann zu einem positiven Ergebnis führen.

Der Konflikt zwischen den USA und China hat den polnischen Produzenten bereits geholfen, die daher ihre Exporte in die USA erhöht haben. Leider hat die Volksrepublik China Polen keine wirklichen Zugeständnisse gemacht, um unser riesiges Handelsdefizit mit China zu reduzieren, das sich bis 2020 auf 113 Milliarden Zloty beläuft, wobei die polnischen Exporte nach China nur 9 % der Importe aus diesem Land ausmachen. Investitionsangebote aus China müssen mit großer Vorsicht analysiert, aber nicht vorab abgelehnt werden.

Vokativ

Dieser Beitrag erschien zuerst bei VOKATIV.HR, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Orbán: Der Westen ist eine Geisel der Idee einer „offenen Gesellschaft“

11. 09. 2021

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán bei der Eröffnung des akademischen Jahres an der Mathias-Corvinus-Hochschule · *Foto: Pressebüro des Ministerpräsidenten/Zoltán Fischer*

Durch die Abkehr vom Christentum hat der Westen sein Sendungsbewusstsein verloren, sagte der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán

Nach dem Versagen des Westens sei es nun an Mitteleuropa, Vertrauen und Inspiration zu geben, sagte der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán bei der Eröffnung des akademischen Jahres an der Budapester Mathias-Corvinus-Hochschule.

Er sprach auch über die Tatsache, dass das 21. Jahrhundert das Jahrhundert Asiens sein wird, was aber nicht unbedingt etwas Schlechtes ist.

„Wie war es möglich, dass der Westen 400 Jahre lang an der Spitze der Welt gestanden hat? Das muss erklärt werden“, sagte Orbán.

„Der Westen hätte ohne sein Sendungsbewusstsein nicht an der Spitze der Welt stehen können, und das Sendungsbewusstsein des westlichen Menschen lag im Christentum“, fügte er hinzu. All dies lebte im Westen auch nach der Aufklärung weiter. Es ist seit langem eine Überzeugung, dass die Bilanz der westlichen Zivilisation grundsätzlich positiv ist“.

„Im 21. Jahrhundert hat sich etwas verändert, und all dies geschah nach dem Ende des Kalten Krieges“, so Orbán.

„Apokalyptisches Denken prägt zunehmend das westliche Denken“, sagte er und fügte hinzu, dass die Kultur des Westens in den USA die Kontrolle übernommen habe, während „in Europa eine Art muslimische Flut von Süden her einsetzte, die eine neue Situation in Frankreich, den Niederlanden, Spanien und Italien schuf.“

Der Westen sei nicht in der Lage, angemessene Antworten auf diese Katastgrophe zu geben, sagte der Ministerpräsident.

„Der Westen hat allmählich den Glauben an sein Sendungsbewusstsein verloren“, fügte er hinzu.

Orbán sprach auch davon, dass diejenigen, die ein Sendungsbewusstsein haben, in manchen Augen die Feinde einer „offenen Gesellschaft“ sind. Dieses Konzept sei einer der destruktivsten Gedanken nach dem Zweiten Weltkrieg im Westen.

„Heute ist eine offene Gesellschaft das einzige Konzept in Westeuropa“, sagte Orbán. „Jetzt, in einer Zeit der muslimischen Flut und des Aufstiegs Asiens, kann sich der Westen nicht mit seinem eigenen Sendungsbewusstsein auseinandersetzen, während er als Geisel der Idee einer offenen Gesellschaft gehalten wird.“

„Wir hier in Mitteleuropa haben unseren eigenen Glauben und unsere Inspiration nicht verloren“, erklärte er.

„In dieser Situation hat Mitteleuropa seine eigene Mission nicht aus den Augen verloren, und die Ungarn auch nicht“, sagte der Ministerpräsident. „Die heutigen Debatten mit Brüssel beruhen auf genau diesem Unterschied. Das Sendungsbewusstsein einer Nation ist heute im Westen inakzeptabel und verdächtig.“

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Judit Varga: „Wir haben schlechte Nachrichten für alle unsere Kritiker: Wir werden nicht aufgeben.“
Von Álvaro Peñas

11. 09. 2021

Judit Varga · *Bildquelle: El Correo de España*

Der Fall von Afghanistan hat eine neue Migrationskrise ausgelöst. Aber anders als 2015 weigern sich nicht nur Ungarn oder die Visegrád-Staaten, ihre Grenzen zu öffnen, auch Österreich, Slowenien oder Griechenland werden dies nicht tun, und selbst Deutschland oder Frankreich scheinen nicht sehr begeistert zu sein. Ist dies ein Beweis für das Scheitern des Multikulturalismus? Hat die Zeit Ungarn recht gegeben?

Tatsächlich haben Sie den Nagel auf den Kopf getroffen, denn immer mehr Politiker in Westeuropa erkennen, dass die Kritik an Ungarn, das 2015 einen Zaun an seinen Grenzen gebaut hat, in der Tat ein Fehler war. Ungarn argumentiert nun schon seit sechs Jahren, dass es die falsche Antwort ist, Massen von Migranten unbekannter Herkunft nach Europa zu lassen, nur um unsere demografischen und arbeitsrechtlichen Probleme zu lösen. Stattdessen sollten wir Familien unterstützen und vor Ort in Konfliktgebieten helfen. Die ungarische Position bleibt in dieser Hinsicht klar: Wenn wir andere von außerhalb Europas einladen, wird dies die kulturelle Identität Europas verändern, und das wäre eine Herausforderung für unser kulturelles und christliches Erbe. Das dürfen wir nicht zulassen, also sind wir für einen Stopp der Migration.

Dennoch beharrt Brüssel auf seiner ideologischen Agenda der Quoten und der Aufteilung der Migranten. Warum wendet sich die EU-Elite von den Mitgliedstaaten ab? Vielleicht hat man aus dem Brexit nichts gelernt?

Wir sehen, dass bestimmte linksliberale Politiker in Brüssel versuchen, Mitgliedstaaten zu erpressen, die in zentralen Fragen wie der Migration nicht ihrer Linie folgen. Sie veranstalten politische Hexenjagden, die als Vertragsverletzungsverfahren getarnt sind und die EU-Verträge missachten. Schauen Sie sich das Europäische Parlament an: Jetzt will man sogar die Kommission vor dem EU-Gerichtshof verklagen, nur weil sie so handelt, wie es zuvor von den Mitgliedstaaten und sogar von Kommissionspräsidentin von der Leyen selbst vereinbart wurde. Es ist jedoch besorgniserregend, dass die europäischen Institutionen mit ihren eigenen ideologischen Debatten beschäftigt zu sein scheinen, die darauf abzielen, Ungarn oder Polen in die Knie zu zwingen, während wir die wirklichen Probleme übersehen, wie zum Beispiel eine Lösung für die Massenmigration zu finden oder die Erweiterungsmüdigkeit zu vermeiden. Nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs können wir es uns einfach nicht leisten, auch die Beitrittsländer zu verlieren. Zusammenfassend lässt sich also sagen: Wenn eine wirksame Lösung der oben genannten Probleme nur auf individueller Basis möglich ist, sollten wir die Zuständigkeiten an die Mitgliedstaaten zurückgeben. Unser langjähriges Motto lautet, dass wir nicht ein tieferes, sondern ein intelligenteres Europa brauchen, mit einer tieferen Integration nur in den Bereichen, in denen gemeinsames Handeln am effektivsten ist, wie z. B. in der Verteidigung.

Mit dem jüngsten ungarischen Kinderschutzgesetz wies Präsidentin von der Leyen darauf hin, dass die Rechte von LGBTQI, in diesem Fall die Vermittlung der Gender-Ideologie in den Schulen, zu den Grundwerten der EU gehören. Aber das waren keine europäischen Werte, als Ungarn oder Spanien der EU beitraten.

Wir sind der Meinung, dass die Frage, wie ein Kind erzogen werden soll, allein in der Verantwortung der Eltern liegt. Keine EU-Einrichtung hat das Recht, Eltern zu zwingen oder zu verpflichten, ihren Kindern Sexualkundeunterricht zu erteilen, wenn diese nicht eindeutig zustimmen. Unsere Kritiker sagen, dass unser Gesetz gegen die EU-Verträge verstößt, aber gegen welche genau? Das betreffende Gesetz steht im Einklang mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und verletzt nicht das Recht auf sexuelle Selbstdarstellung, da es nicht für Erwachsene gilt. Als Ungarn 2004 der EU beitrat, traten wir einem vertraglichen Rahmen mit sorgfältig festgelegten Zuständigkeiten bei: Was gehört

zur EU und zum EU-Gerichtshof, und was verbleibt in nationaler Zuständigkeit. Heute erleben wir jedoch eine ständige Ausweitung der Zuständigkeiten Brüssels, das versucht, auf fast alle Bereiche unserer nationalen Gesetzgebung Einfluss zu nehmen. Wir werden dies nicht zulassen, weil wir an so grundlegende Werte wie den Schutz von Kindern und Familien oder die Achtung der nationalen Souveränität glauben. Der Brüsseler Ausschuss muss verstehen, dass es eine Grenze gibt, die er nicht überschreiten darf. Die Rechtsstaatlichkeit und die Verträge müssen auch von den Institutionen respektiert werden.

Die Europäische Kommission hat zwei Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn eingeleitet. Wie gedenken Sie auf diese Verfahren zu reagieren?

Wir haben uns daran gewöhnt, dass wir, wenn wir uns nicht an die liberalen Regeln halten, in einem noch nie dagewesenen Ausmaß angegriffen werden. Unsere Politik wurde von den ungarischen Bürgern in drei aufeinanderfolgenden Wahlen und in mehreren nationalen Konsultationen bestätigt, so dass wir wissen, dass unser Handeln den Willen der Bürger widerspiegelt. Wenn die Kommission also ein Verfahren gegen Ungarn einleitet, ist es in Wirklichkeit das ungarische Volk, das sie angreift. Die Regierung kann das nicht zulassen; wir müssen alle Mittel einsetzen, um die Menschen zu schützen. Natürlich sind wir weiterhin offen für einen Dialog, aber wir erwarten, dass das ungarische Volk respektiert wird.

Glauben Sie, dass dieses Verfahren gegen das Kinderschutzgesetz Teil einer breit angelegten Kampagne ist, um die ungarische Regierung im Vorfeld der Wahlen im nächsten Jahr zu schwächen?

Erstens: Wenn man sieht, dass eine antisemitische Partei mit linksliberalen Parteien koaliert, nur um politische Vorteile zu erlangen, macht man sich keine Illusionen, sondern weiß, dass dies eine gewalttätige Kampagne ist, bei der die Opposition alle Mittel einsetzen wird, um die Regierung zu diskreditieren. Doch die Fakten sind hartnäckig, und wenn Sie sich die wirtschaftlichen Fortschritte des Landes oder die erfolgreiche Strategie der Regierung zum Erwerb von Impfstoffen ansehen, werden Sie feststellen, dass die Zahlen unsere Politik bestätigen: Die Leistung der ungarischen Wirtschaft ist im zweiten Quartal 2021 im Vergleich zum Vorjahr um 17,9 Prozent gestiegen, während die OECD die Arbeitslosenquote in Ungarn mit 3,9 Prozent angibt. Natürlich werden Sie in den linksliberalen Medien nichts darüber erfahren. Außerdem gibt es bereits Entwicklungen, die darauf hindeuten, dass eine ähnliche Kampagne auch auf europäischer Ebene stattfinden wird. Plötzlich ist es zum Beispiel für das Europäische Parlament sehr dringend geworden, den EU-Gerichtshof über den Konditionalitätsmechanismus entscheiden zu lassen. Wie ich bereits erwähnt habe, wollen sie die Kommission sogar vor dem Gerichtshof verklagen, weil sie den Mechanismus gegen Ungarn nicht angewendet hat. Aber wir haben schlechte Nachrichten für alle unsere Kritiker: Wir werden nicht aufgeben.

Als Reporter ohne Grenzen Premierminister Orbán auf die Liste der „Raubtiere“ der Pressefreiheit setzte, sagten Sie, dass „Soros‘ ‚ex machina‘ wieder in Aktion ist“. Ist George Soros die treibende Kraft hinter dieser ganzen Kampagne?

Diese Frage lässt sich ganz einfach beantworten, wenn man sich die Spender all jener Organisationen ansieht, die unsere Politik ständig kritisieren, unabhängig von deren Inhalt. Sie werden nur Sponsoren sehen, die alle irgendwie mit Herrn Soros verbunden sind. Sie haben „Reporter ohne Grenzen“ erwähnt, eine NGO, die 2017 200.000 Dollar und 2019 175.000 Dollar von den Stiftungen von George Soros erhalten hat. Wir haben nichts dagegen, dass ein Milliardär in solche Organisationen investiert (obwohl ich viel bessere Initiativen vorschlagen könnte), aber sie sollten endlich zugeben, dass sie politische Einrichtungen sind und nicht als völlig unabhängige und unparteiische Organisationen

handeln. In dieser Hinsicht stimmen wir mit der Erklärung des EU-Gerichtshofs überein, die deutlich unterstreicht, dass diese NGO einen erheblichen Einfluss auf das öffentliche Leben und die öffentliche Debatte haben können. Deshalb haben wir, wie in anderen Ländern auch, ein Gesetz eingeführt, das die Tätigkeit dieser Verbände transparenter machen soll. Dies ist eine legitime und demokratische Erwartung.

Ungarn hat Anfang des Jahres ein Gesetz zur Bekämpfung der Zensur in sozialen Netzwerken angekündigt, eine Zensur, die Sie selbst auf Facebook erlebt haben. Haben Sie vor, ein ähnliches Gesetz wie in Polen einzuführen?

Ungarn spielte eine sehr wichtige Rolle, als es begann, über die Möglichkeiten der Bekämpfung der Zensur im Online-Bereich zu diskutieren. Wir haben den so genannten Ausschuss für digitale Freiheit gegründet, in dem Interessenvertreter aus verschiedenen Bereichen mitarbeiten. Unser Engagement, die sozialen Medien transparenter und demokratischer zu gestalten, war unbestreitbar, denn wir hatten sogar Verhandlungen mit dem europäischen Kommissar für den Binnenmarkt, Thierry Breton. Er zeigte sich erfreut darüber, dass Ungarn dank der Arbeit des Ausschusses bereits entscheidende Maßnahmen zur Vorbereitung einer EU-weiten Regelung ergriffen hat. Er bat uns um Geduld, bevor wir ein ungarisches Gesetz vorstellen. Wir waren uns einig, dass die Regulierung der sozialen Medien die wirksamste Regulierung auf EU-Ebene sein kann, so dass der Ball nun im Feld der EU-Institutionen liegt.

Fidesz hat eine Erklärung mit Parteien wie VOX, RN, FdI und Lega im Europäischen Parlament unterzeichnet, und die ungarische Politik findet in Mittel- und Osteuropa immer mehr Unterstützung. Glauben Sie, dass diese Kraft in der Lage sein wird, die Europäische Union wieder auf Kurs zu bringen und dem Brüsseler Projekt der Vereinigten Staaten von Europa die Stirn zu bieten?

Mit der Erklärung sandten die Mitte-Rechts-Parteien eine deutliche Botschaft an die EU-Institutionen: Wir glauben an ein starkes Europa mit starken Nationalstaaten, in dem Einheit genauso wichtig ist wie Vielfalt. Viele von uns, von Spanien bis Bulgarien, verteidigen weiterhin die Träume der Gründerväter und die Grundwerte der EU, und wir werden unser Möglichstes tun, um sicherzustellen, dass die Idee eines freien Europas nicht verloren geht. Deshalb sind wir auch weiterhin ein aktiver Akteur in den gemeinsamen Debatten über die Zukunft Europas: Ungarn war das erste Land in der EU, das einen Meinungsaustausch über die Zukunft des Klubs eingeleitet hat, wir waren das erste Land, das seine konkreten Vorschläge formuliert hat, und wir sind auch der führende Mitgliedstaat, der Veranstaltungen über die Zukunft Europas organisiert. Last but not least wurde ich auch zu einem runden Tisch für das diesjährige Europäische Forum Alpbach eingeladen. All dies ist ein Beweis für unser Engagement bei der Reformierung des Kontinents von morgen. Die Arbeit geht weiter, um Europa wieder auf den richtigen Weg zu bringen.

Álvaro Peñas

Als leidenschaftlicher Geschichtsinteressierter und unermüdlicher Reisender kennt er die Länder des Ostens, die er häufig bereist, und deren politische Situation dank seiner Freundschaften mit Journalisten und Politikern der patriotischen Parteien vieler dieser Länder sehr gut kennt.

El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei EL CORREO DE ESPAÑA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Ungarn steht Polen bei „beispiellosem“ Angriff der EU zur Seite

10. 09. 2021

Justizministerin Judit Varga · *Quelle: Facebook*

Ungarns Justizministerin sagt, ihr Land werde alle rechtlichen Mittel ausschöpfen, um im Streit mit der EU auf der Seite Polens zu intervenieren

Die ungarische Regierung wird eine Resolution zur Unterstützung Polens veröffentlichen, das von der Europäischen Kommission in „beispielloser Weise“ angegriffen wurde, sagte Justizministerin Judit Varga am Mittwoch.

„Mit ihrer gestrigen Entscheidung hat die Europäische Kommission einen brutalen Angriff auf Polen gestartet und sich auf beispiellose Weise in die Justiz und den

Gesetzgebungsprozess eines souveränen Mitgliedstaates eingemischt. Das Verfahren ist nicht nur ungeheuerlich, sondern auch völlig inakzeptabel“, schrieb Varga auf ihrer Facebook-Seite.

Varga bezieht sich auf die Entscheidung der Europäischen Kommission, Polen finanzielle Sanktionen aufzuerlegen, um die Einhaltung eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom Juli zu gewährleisten, in dem das Ende der Disziplinarkammer des Obersten Gerichtshofs in Polen angeordnet wurde.

Der polnische Justizminister Zbigniew Ziobro beschuldigte die EU der „hybriden juristischen Kriegsführung“ und wies darauf hin, dass Spanien, das dasselbe Rechtssystem wie Polen hat, keine Konsequenzen oder Geldstrafen von der Europäischen Union zu befürchten hat.

„Das Problem ist, dass der Mechanismus, den wir in Polen anwenden, eine Kopie des Mechanismus ist, der in Spanien seit Jahren angewendet wird. Es ist ein Modell, das weder von der Europäischen Kommission noch vom Europäischen Gerichtshof in Frage gestellt wurde, obwohl die Richter, die Mitglieder sind, mit einfacher Mehrheit im Parlament gewählt werden“, so Ziobro. „Dafür gibt es keine andere Erklärung als Heuchelei und politische Motivation und nicht das Gesetz.“

Sowohl Polen als auch Ungarn sehen sich einer erneuten Bedrohung durch die EU ausgesetzt, die sich zunehmend auf ein Modell zuzubewegen scheint, bei dem beide Länder für die Umsetzung einer konservativen Politik in Bezug auf Migration und LGBT-Themen finanziell bestraft werden. Gleichzeitig versucht die EU, das polnische Justizsystem und die Medienlandschaft in Ungarn stärker zu kontrollieren.

Ungarn sieht in der polnischen Geldbuße eine Bedrohung des demokratischen Prozesses und einen Versuch Brüssels, die Institutionen der Nationalstaaten in einem Maße zu kontrollieren, das die nationale Souveränität ernsthaft gefährdet.

„Warschau hat der Kommission in gutem Glauben mitgeteilt, dass es beabsichtigt, die beanstandete Bestimmung über die Arbeitsweise des Disziplinarrates des polnischen Obersten Gerichtshofs im Einklang mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom Sommer aufzuheben, hat aber entgegen der polnischen Zusage bereits die Verhängung eines Zwangsgeldes eingeleitet“.

Varga schrieb, dass „die Kommission mit diesem skandalösen und arroganten Schritt eine Grenze überschritten hat, die wir zuvor für undenkbar hielten“.

„Wir stehen voll und ganz an der Seite Polens und zeigen uns solidarisch mit unseren polnischen Freunden, deshalb werden wir die Möglichkeiten einer ungarischen Vertretung Warschaus in einem europäischen Gerichtsverfahren prüfen“, schrieb sie. „In keinem Mitgliedstaat darf die nationale Justiz dem Imperium in Brüssel zum Opfer fallen! Die Regierung hat in der heutigen Sitzung beschlossen, sich in einer Resolution für Polen einzusetzen und die unanständigen Anschläge in Brüssel zu verurteilen!“

Quelle: Remix News

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Janez Janša: „Es gibt keine starke Europäische Union ohne ein starkes Mitteleuropa."

10. 09. 2021

Janez Janša während seiner Dankesrede · *Foto: Adam Guz / Kancelaria Prezesa Rady Ministrów*

Janez Janša sagte in seiner Dankesrede für die Auszeichnung zur Persönlichkeit des Jahres 2020: „Es gibt keine starke Europäische Union ohne ein starkes Mitteleuropa, ja, es gibt keine Europäische Union ohne die Länder Mitteleuropas."

Premierminister Janez Janša wurde im Rahmen des 30. Wirtschaftsforums in Polen mit der Auszeichnung „Mittel- und Osteuropäische Persönlichkeit des Jahres 2020" geehrt.

Der Premierminister hielt bei der Preisverleihung auch eine Dankesrede, die wir hier in vollem Wortlaut veröffentlichen.

„Vielen Dank für Ihre Einladung. Es ist mir eine große Freude, heute bei Ihnen im schönen Karpacz (dt. Krummhübel, Niederschlesien) zu sein.

Liebe Freunde, Exzellenzen,

Es war eine große Ehre für mich, diesen Preis entgegenzunehmen, denn Polen war von Anfang an, vor fast vier Jahrzehnten, als Slowenien noch tief im kommunistischen Jugoslawien steckte, unser Vorbild in unserem Kampf für Freiheit und Demokratie in Slowenien und natürlich auch für die anderen Länder Mittel- und Osteuropas.

Die Solidarność-Bewegung und Papst Johannes Paul II. haben uns alle, die wir damals die Last der Fesseln totalitärer Regime zu spüren bekamen, mit ihrem Mut und ihrer Vision von Freiheit inspiriert. Ich nehme diesen Preis in aller Bescheidenheit an und betrachte ihn als Verpflichtung und Verantwortung, auf unser historisches Ziel hinzuarbeiten: ein ganzes und freies Europa, das mit sich selbst im Frieden ist. Ein Europa, das geeint und stark ist, weil alle seine Mitgliedstaaten stark und frei sind. Ein Europa, in dem die Europäer leben und

die Werte der europäischen Zivilisation teilen; ein Europa, in dem die europäischen Völker frei, stolz und souverän leben. Weil wir Europäer sind, weil wir Polen, Slowenen, Franzosen, Ungarn, Tschechen, Serben, Ukrainer, usw. sind.

Mitteleuropa ist vom Christentum geprägt. In dieser Region haben sich die Prinzipien der Subsidiarität und der Solidarität aus der katholischen Soziallehre zu den zentralen Ideen der europäischen Integration entwickelt. Darüber hinaus haben die Mitteleuropäer im Laufe der Geschichte die europäische Lebensweise verteidigt. Man denke nur an die Schlacht bei Wien im Jahr 1683, als die Truppen der Polnisch-Litauischen Gemeinschaft das Osmanische Reich besiegten und das Heilige Römische Reich der Habsburger retteten. Das war europäische Solidarität in ihrer besten Form.

Jahrhunderte später ist Mitteleuropa leider immer noch Gegenstand von Konflikten und Teilungen zwischen den Großmächten. Viele Jahrzehnte lang litt es unter totalitärer Herrschaft. Doch die vom Christentum geprägte Kultur inspirierte die Freiheitskämpfer trotz der Unterdrückung und Kontrolle durch totalitäre Behörden. Gegen die rohe Macht der Unterdrückung stand die Macht der Wahrheit, die am Ende triumphierte.

Wir haben uns von der Solidarność-Bewegung und ihrem Motto inspirieren lassen: Nie ma wolności bez solidarności – „Es gibt keine Freiheit ohne Solidarität“. Die Tatsache, dass eine Bewegung mit eben diesem Namen den Weg für die Freiheit und die Rückkehr Polens und aller mitteleuropäischen Länder in den souveränen Raum der Freiheit geebnet hat, ist von großer Bedeutung und sollte heute bedacht werden. Solidarität ist ein Band zwischen den Mitgliedern einer Gemeinschaft, das darauf abzielt, dass alle an dem gemeinsamen Wohl teilhaben, das sie anstreben und das nur gemeinsam erreicht werden kann. Dies muss auch das ewige Ziel oder Motto der europäischen Integration sein.

1988, als ich gerade aus einem kommunistischen Gefängnis entlassen worden war, sagte Papst Johannes Paul II, dass Europa erst dann wieder aufatmen könne, wenn es mit beiden Lungenflügeln atme. Das ist im Wesentlichen im Jahr 2004 geschehen, aber unsere Arbeit ist noch nicht beendet. Europa ist immer noch nicht ganz und frei. Wir haben sowohl in der östlichen Nachbarschaft als auch auf dem westlichen Balkan zu tun. Und auch zu Hause, in der Europäischen Union.

Denn es scheint, dass Europa in einer Zeit des Wohlstands erkaltet ist, und wir wollen hoffen, dass sich daraus kein Asthma entwickelt. Die Europäische Union hat sich in den politischen Debatten und bis zu einem gewissen Grad auch im Verhalten einiger Institutionen zu weit von den Grundprinzipien der europäischen Integration entfernt, nämlich dem Streben nach Konsens und gegenseitigem Respekt, Subsidiarität und Solidarität.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Es gibt keine starke Europäische Union ohne ein starkes Mitteleuropa. In der Tat gibt es keine echte Europäische Union ohne die Länder Mitteleuropas. Mitteleuropa wird immer mehr zu dem, was der Name unseres Teils des Kontinents aussagt. Es ist etwas Zentrales, sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht als auch in Bezug auf die Werte.

Erinnern wir uns noch einmal daran, dass die Grundsätze, auf denen die Gründungsväter der Europäischen Union, die in ihrer großen Mehrheit Christdemokraten waren, die Europäische Union gründeten, auf das berühmte Gebot des Heiligen Augustinus zurückgehen. Und dieses Gebot lautet: Einigkeit in den Notwendigkeiten, Freiheit in den nicht verhandelbaren Dingen, Barmherzigkeit in allen Dingen. Nur auf diesem Fundament können wir ein solides europäisches Gebäude errichten.

Ich danke Ihnen, dass Sie sich für all das einsetzen, in diesem Forum und auch sonst, als das Herz Mitteleuropas. So lernen wir voneinander, und nur so können wir in Europa erfolgreich sein – indem wir uns gegenseitig respektieren und voneinander lernen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

DEMOKRACIJA

Dierser Beitrag erschien zuerst bei DEMOKRACIJA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Tucker Carlson interviewt Viktor Orbán

Viktor Orban debattiert mit europäischen Staats- und Regierungschefs auf dem Strategischen Forum in Bled (Slowenien) am 1. September 2021

03. 09. 2021

Youtube Screenshot

Tucker Carlson: Da wir gerade über die Erweiterung sprechen, habe ich eine Frage an Herrn Orbán. Wie werden wir eigentlich die Beitrittskriterien für neue Mitgliedsstaaten definieren? Werden diese regelbasiert oder wertebasiert sein?

Orbán: Darf ich auch eine Bemerkung zur Migration machen?

Tucker Carlson: Sicher, natürlich.

Orbán: Einige von Ihnen erinnern sich vielleicht daran, dass ich der erste war, der das Konzept des Sprechers des Europäischen Parlaments von 2015 entschieden bekämpft hat. Ich habe von Anfang an gesagt, dass diese Politik und dieser Ansatz die kulturelle Identität Europas zerstören kann. Glauben Sie, dass viele ungesicherte Personengruppen, die nach Europa kommen, zu Terrorismus und vielen sozialen Problemen führen könnten? Wir haben keine Antworten und sind nicht darauf vorbereitet, wie wir mit dieser Art von neuen Herausforderungen umgehen sollen. Deshalb habe ich diese Position von Anfang an vertreten. Und jetzt, wo Afghanistan passiert, denke ich, dass dies wieder die Realität ist. Und als Folge des Streits über Migrationsfragen innerhalb der Europäischen Union sind viele Unterschiede, Schwierigkeiten und Differenzen entstanden. Und ich denke, dass wir jetzt nicht in der Lage sind, diese Kluft zwischen den Meinungen zu überwinden. Der einzige Weg, um eine Situation zu vermeiden, in der der Streit über die Migration die Einheit der Europäischen Union zerstört, besteht also darin, den Nationalstaaten alle Rechte in Bezug auf die Migration zurückzugeben. Das ist der einzige Weg. Andernfalls werden wir sehr darunter leiden. Es geht also um die Migration und die Demografie. Ich möchte sagen, dass wir keine Neuankömmlinge anstelle unserer eigenen Leute brauchen. Das ist ein rein mathematischer Ansatz. Wenn Sie andere von außerhalb Europas einladen, würde das die kulturelle Identität Europas verändern. Es gibt einige Länder, die das akzeptieren. Ungarn gehört nicht zu den Ländern, die die kulturelle Identität unseres Landes nicht verändern wollen. Daher akzeptieren wir die Migration nicht als Lösung für demografische Herausforderungen. Wir glauben, dass nur die traditionelle christliche Familienpolitik uns aus der demografischen Krise heraushelfen kann.

Orbán: Zu Ihrer Frage, wie war das noch gleich, Entschuldigung? [Gelächter]

Tucker Carlson: Also, nein, ich glaube, Sie haben schon genug geantwortet. Ich wollte nur fragen, wie man störende politische Ansätze bei der Aufnahme neuer Länder in die Europäische Union vermeiden kann.

Orbán: Darf ich dazu eine Bemerkung machen?

Tucker Carlson: Aber ganz kurz, bitte.

Orbán: Ich versuche also, sehr vorsichtig zu sein, weil der Präsident Serbiens hier ist und das Schlüsselland Serbien ist. Ohne die Aufnahme Serbiens in die Europäische Union ist es unsinnig, über irgendeine Art von Sicherheit und eine gesamteuropäische Identität zu sprechen. Serbien ist also das Schlüsselland. Und die Wahrheit ist, dass wir Länder der Europäischen Union die Mitgliedschaft Serbiens mehr brauchen als Serbien die europäische Mitgliedschaft braucht. Dies ist also eine strategische Frage. Der Ansatz wäre also geopolitisch. Wir brauchen Serbien also aus geopolitischen Gründen, sonst werden wir auf der Sicherheitsseite Europas leiden.

Tucker Carlson: Ich danke Ihnen vielmals.

https://www.youtube.com/watch?v=DWDnrGAI_CA

(Englisches Original:)

Tucker Carlson: Speaking about enlargement, I have a question for Mr. Orban. Actually, how are we going to define accession criteria for new member states? Are those going to be rule-based or value-based?

Viktor Orbán: May I have a remark on migration also?

Tucker Carlson: Sure, of course.

Viktor Orbán: Because, probably some of you remember that I was the first one who definitely fought against the concept of the speaker of the European Parliament from [20]15. At the very first moment to say that that policy and that approach can destroy the cultural identity of Europe. Do you believe that a lot of unsecured groups of people [coming] to Europe could result in terrorism and many social difficulties? And we don't have answers and we are not prepared how to treat that kind of new challenges. So I represent that position from the very beginning. And now as Afghanistan happens, I think this is the reality again. And as a consequence of the dispute on migration issues inside the European Union created many diversities and difficulties and differences. And I think now we are not able to over-reach that kind of gap among the opinions. So the only way if you would not like to create a situation where the dispute on migration destroyed the unity of European Union, the only way is to give all the rights back to the nation state in relation to migration. That's the only way. Otherwise, we will suffer a lot. So that's about migration and on demography, on migration, may I say that what we need is not new comers instead of our own people. What did you know you're living here because it's just a mathematical approach. If you invite others from outside Europe, that would change the cultural identity of Europe. There are some countries who accept it. Hungary is not among the countries that would not like to change the cultural identity of our country. So we don't accept migration as a solution to the demographic politics, or demographic challenges. We only believe that the traditional Christian family policy can help us out of that demographic crisis.

Viktor Orbán: On your question, what was that, sorry? [Laughter]

Tucker Carlson: So, no, I think you've answered for quite enough. I just wanted to say how to avoid disruptive political approaches when when adding new countries to the European Union.

Viktor Orbán: May I have one remark on that?

Tucker Carlson: But really short, please.

Viktor Orbán: So I try to be very cautious because the president of Serbia is here and the key country is Serbia. So without accepting Serbia's new member of the European Union, there is no reason that… It's nonsense to speak about any kind of security and any kind of whole European identity. So Serbia is the key country. And the truth is that we European Union countries need more Serbia's membership than Serbia needs the European membership. So this is a strategic issue. So the approach would be geopolitical. So we need Serbia because of the geopolitics, otherwise we will suffer on the security side of Europa.

Tucker Carlson: Thank you very much.

Quelle: Youtube

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Brüssel trifft Entscheidungen unter dem Druck von Lobbygruppen

Von Loretta Tóth

03. 09. 2021

Facebook-Gründer Mark Zuckerberg · *Quelle: MTI/Michael Reynolds*

Brüssel trifft Entscheidungen unter dem Druck von Lobbygruppen

Die Tech-Giganten aus dem Silicon Valley haben in den letzten Jahren dank ihrer immer intensiver werdenden Lobbying-Aktivitäten erheblichen Einfluss in Brüssel gewonnen.

Einem aktuellen Bericht zufolge haben Facebook 5,5 Millionen Euro, Google 7,5 Millionen Euro, Microsoft 5,2 Millionen Euro und Apple 3,5 Millionen Euro für Lobbyarbeit in der Europäischen Union ausgegeben, um sicherzustellen, dass die Europäische Kommission die Interessen der Tech-Giganten bei der Ausarbeitung von EU-Rechtsvorschriften zur Regulierung digitaler Dienste und Märkte berücksichtigt. Beamte der EU-Exekutive haben Dutzende von Treffen mit Vertretern von Silicon-Valley-Unternehmen zu diesem Thema abgehalten, während die Kommission weniger an den Ansichten von NGOs interessiert zu sein scheint.

- Die Darstellung der Tech-Giganten suggeriert zwar öffentlich, dass sie neue Regelungen unterstützen, doch gilt dies nur für weiche Regeln, die sie selbst geschaffen haben – so in etwa die Schlussfolgerung eines kürzlich veröffentlichten Berichts des belgischen Corporate Europe Observatory und der deutschen LobbyControl, einer auf die Überwachung der Aktivitäten von Lobbygruppen spezialisierten Organisation, die den Einfluss der Tech-Giganten aus dem Silicon Valley auf die Entscheidungsfindung in der EU untersucht hat. Die Studie ergab, dass

US-Unternehmen in Brüssel erheblich an Einfluss gewonnen haben.

Dies ist darauf zurückzuführen, dass 612 Unternehmen und ihre Partner derzeit Lobbyarbeit betreiben, um Einfluss auf den EU-Gesetzesentwurf zur Regulierung digitaler Dienste und digitaler Märkte zu nehmen, und dafür mindestens 97 Millionen Euro pro Jahr aufbringen.

Der belgisch-deutsche Bericht unterstreicht in diesem Zusammenhang:

Dies bedeutet auch, dass der Technologiesektor zum größten Lobbying-Sektor der EU geworden ist, wobei die Lobbying-Ausgaben des US-Konglomerats die des Pharmasektors, der fossilen Brennstoffe und des Finanzsektors um Größenordnungen übertreffen.

Die Tech-Giganten finanzieren auch zunehmend Brüsseler Denkfabriken und Wirtschaftsinstitutionen, über die sie versuchen, ihren Einfluss indirekt auszuweiten. In der Tat lagern sie die Lobbyarbeit an akademische Zentren und Beratungsfirmen aus, die zwar nicht offiziell die Interessen des Großkapitals im Hintergrund vertreten, aber vor der Kommission die Interessen des Großkapitals.

Euractiv, ein in Brüssel ansässiges Nachrichtenportal, wandte sich in diesem Zusammenhang an die Europäische Kommission, aber die EU-Institution antwortete ausweichend, dass sie bereit sei, jeden zu treffen, der mit ihr sprechen wolle,

Die Europäische Kommission wird weder jetzt noch in Zukunft kontrollieren, „wer um Treffen bittet und wie oft."

Euractiv wies auch darauf hin, dass laut der Studie Beamte der Europäischen Kommission während der Ausarbeitung der Rechtsvorschriften für digitale Dienste 132 Treffen mit Privatunternehmen und 70 Treffen mit Handelsorganisationen abgehalten haben,

während die Organisationen der Zivilgesellschaft nur an 52 formellen Treffen mit EU-Beamten teilnahmen.

Wie *Magyar Nemzet* bereits berichtete, sind das Gesetz über digitale Dienste (DSA) und das Gesetz über digitale Märkte (DMA), die von der Europäischen Kommission im Dezember letzten Jahres vorgelegt wurden, jedoch noch weit davon entfernt, in Kraft zu treten. Sie müssen vom Europäischen Parlament und vom Europäischen Rat gebilligt werden, und es ist auch klar, dass die Mitgliedstaaten in einer Reihe von Fragen von Anfang an uneins waren. Zum Beispiel in der Frage, ob das DSA schädliche, aber dennoch legale Inhalte (wie Desinformation) regeln soll oder wer unter das Konzept des „Gatekeepers" fallen kann – Unstimmigkeiten, die dazu führen, dass die Zeit, die zur Klärung dieser Fragen benötigt wird, nur noch mehr Zeit für die Verabschiedung der Rechtsvorschriften in Anspruch nehmen wird, die nach Schätzungen der EU-Kommissarin für Digitales und Wettbewerb, Margrethe Vestager, die das Paket vorstellte, im besten Fall mindestens zwei Jahre dauern wird.

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Janša an die europäische Linke: Ihr versucht, die EU zu zerstören

Von Judi Tamara (Brüssel)

02. 09. 2021

Janez Janšá · *Bildquelle: Magyar Nemzet*

Die ungarische und polnische Rechtsstaatlichkeit war bereits zuvor Thema einer der ersten Sitzungen des LIBE-Ausschusses des Europäischen Parlaments, nachdem dieser aus der Sommerpause zurückgekehrt ist. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments trafen sich erneut am Mittwoch, um sich mit den jüngsten Berichten der Europäischen Kommission zur Rechtsstaatlichkeit und zum Stand der Verfahren nach Artikel 7 zu befassen.

Mehrere linke Abgeordnete beschwerten sich auf der Sitzung, dass die slowenische EU-Ratspräsidentschaft sich nicht zu diesem Thema geäußert habe.

Es sei daran erinnert, dass Vertreter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft nicht einmal an den Anhörungen des LIBE-Ausschusses zu Artikel 7 teilgenommen haben, was darauf hindeutet, dass der Ball nun bei den Mitgliedstaaten liegt.

Auch die Sozialdemokratische Fraktion im EP stellte auf Twitter Fragen zu den abwesenden Slowenen. Sie schrieben, dass der EU-Ratsvorsitz die Pflicht hätte, die Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen Ungarn und Polen voranzutreiben. Der slowenische Ministerpräsident Janez Janša schickte daraufhin auf seiner Social-Media-Seite einfach eine Nachricht an die sozialdemokratischen Europaabgeordneten:

Wir, die slowenische EU-Präsidentschaft, kämpfen für ein freies und vollständiges Europa, während ihr versucht, die EU zu zerstören. In der Tat eine Schande!

Am Mittwoch empfing der Premierminister die Staats- und Regierungschefs mehrerer EU- und Drittländer zum Strategischen Forum in Bled, gerade noch rechtzeitig vor der Anhörung im EP. Auch Viktor Orbán nahm an der Veranstaltung teil.

Es sei daran erinnert, dass dies der x-te Zusammenstoß zwischen Janša und dem linken Parlamentsausschuss innerhalb kurzer Zeit ist. In diesem Frühjahr veranstaltete die LIBE eine Debatte über die Pressefreiheit in Slowenien, an der auch Janša teilnahm. Das vom Premierminister angeforderte Video wurde unter Berufung auf das Protokoll nicht abgespielt, woraufhin der Premierministe die Online-Sitzung verließ. Später schrieb er auf Twitter, es sei bedauerlich, dass die Kommission die Pressefreiheit untersuche, während sie ein Video zensiere, das ihre Probleme und Gräueltaten gegen Journalisten zeige.

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Bled Strategic Forum 2021

01. 09. 2021

Bled Strategic Forum · *Bildquelle: Tamino Petelinšek / STA*

Das jährliche Bled Strategic Forum (BSF), Sloweniens wichtigste außenpolitische Konferenz, findet am Mittwoch und Donnerstag in Bled (dt. Veldes) statt. Im Mittelpunkt der Konferenzdiskussionen steht die Zukunft Europas, und es werden so viele hochrangige Vertreter wie nie zuvor anwesend sein.

Die slowenischen Spitzenbeamten, darunter Präsident Borut Pahor und Premierminister Janez Janša, werden unter anderem den Präsidenten des Europäischen Rates Charles Michel und den Präsidenten des Europäischen Parlaments David Sassoli begrüßen.

Auf der Liste der ausländischen Gäste stehen zwei Präsidenten, zehn Premierminister, zwei EU-Kommissare und mehrere Außenminister; letztere werden auch an einem informellen Treffen der EU-Außenminister am Donnerstag in Brdo pri Kranju (Egg bei Krainburg) teilnehmen.

Darüber hinaus werden mehrere weitere hochrangige Gäste erwartet, darunter Kardinal Pietro Parolin, der Staatssekretär des Vatikans. Fünf ehemalige Ministerpräsidenten oder Staatspräsidenten haben ihr Kommen zugesagt.

Ein besonderer Gast wird die weißrussische Oppositionsführerin Sviatlana Tsikhanouskaya sein, so Peter Grk, der Generalsekretär des Strategischen Forums Bled.

Rund 170 Diskussionsteilnehmer aus aller Welt werden verschiedene Aspekte der Zukunft Europas erörtern, ein Thema, das nicht nur zu den Prioritäten der slowenischen Präsidentschaft, sondern der gesamten EU gehört, so Grk.

„Eine schwache EU kann in niemandes Interesse sein. Eine schwache EU bedeutet eine unklare Zukunft, sowohl im Hinblick auf unsere gegenseitigen Beziehungen als auch auf die Rolle, die die EU in der künftigen internationalen Architektur spielen wird“, betonte er.

„Die Debatte über die Zukunft Europas hat ein Stadium erreicht, in dem Lösungen, Vorschläge und Ideen gefunden werden müssen, wie wir weiterhin als EU oder als Europa zusammenleben werden.

Das 16. BSF wird sich auf die Prioritäten der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft konzentrieren, aber auch Gelegenheit zur Diskussion über alle wichtigen Themen bieten, mit denen Europa und die internationale Gemeinschaft derzeit konfrontiert sind.

In diesem Sinne sind die vier Hauptthemen der Konferenz die Zukunft Europas, die transatlantischen Beziehungen, die nachhaltige Entwicklung und die Digitalisierung, so Grk.

Die Debatte über die transatlantischen Beziehungen wird von den Entwicklungen in Afghanistan geprägt sein, während die Gespräche über nachhaltige Entwicklung eng mit dem Kampf gegen den Klimawandel verbunden sein werden.

„Dieser Sommer war eine große Warnung, dass die nachhaltige Entwicklung und der Kampf gegen den Klimawandel sehr ernst genommen werden müssen. Die Hälfte des Planeten stand in Flammen. Buchstäblich“, sagte er.

Da die Premierminister aller westlichen Balkanländer und alle drei Mitglieder der bosnisch-herzegowinischen Präsidentschaft teilnehmen werden, dient das BSF der Vorbereitung des informellen Gipfeltreffens der EU und der westlichen Balkanländer, das Slowenien Anfang Oktober ausrichten wird.

Sowohl Janša als auch Pahor werden an der Podiumsdiskussion über den EU-Erweiterungsprozess teilnehmen, der eine der Prioritäten der slowenischen EU-Präsidentschaft ist.

Grk wies auch auf den Besuch des indischen Außenministers Subrahmanyam Jaishankar hin, der über die Entwicklungen in der indopazifischen Region berichten wird, in der große Veränderungen im Gange sind.

In einer Diskussionsrunde soll auch die Zukunft Afghanistans erörtert werden, ein Thema, das in einer Diskussionsrunde mit den Verteidigungsministern vertieft wird.

Auch die Covid-19-Pandemie wird auf der Tagesordnung stehen, wobei der Schwerpunkt der diesjährigen Panels auf der Erholung liegt. Der digitale Wandel in Europa wird ebenso diskutiert wie die Zukunft des europäischen Tourismus.

Wie üblich findet vor dem Forum das Young BSF statt, eine Konferenz, an der rund 40 aufstrebende Führungskräfte aus der EU und ihren Nachbarländern teilnehmen und die am Sonntag begann. Auch sie werden sich hauptsächlich mit der Zukunft Europas befassen.

Aufgrund der aktuellen epidemiologischen Situation werden einige Diskussionsteilnehmer online an den Debatten teilnehmen, die meisten planen jedoch eine persönliche Teilnahme.

Grk erklärte, dass die Gesundheit aller Teilnehmer eine der Hauptprioritäten der Organisatoren sein wird. Im Einklang mit den allgemeinen Anforderungen müssen alle Teilnehmer die Bedingung erfüllen, dass sie geimpft und genesen sind. Die Debatten werden auch online übertragen.

Nach Ansicht von Grk zeigt die Tatsache, dass das BSF in diesem Jahr kaum von der Pandemie betroffen war, dass es sich zu einer führenden Konferenz in Südosteuropa entwickelt.

Letztes Jahr war das BSF aufgrund der Covid-19-Pandemie eine eintägige Veranstaltung.

Besuchen Sie die offizielle Website

Dieser Beitrag erschien zuerst bei DEMOKRACIJA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Mitteleuropäischer Abhängigkeitskapitalismus

09. 09. 2021

Bildquelle: VP

„*Mein Bestreben ist der regierende Kaufmann und nicht* […] *der regierende Militär.*"
Otto von Bismarck

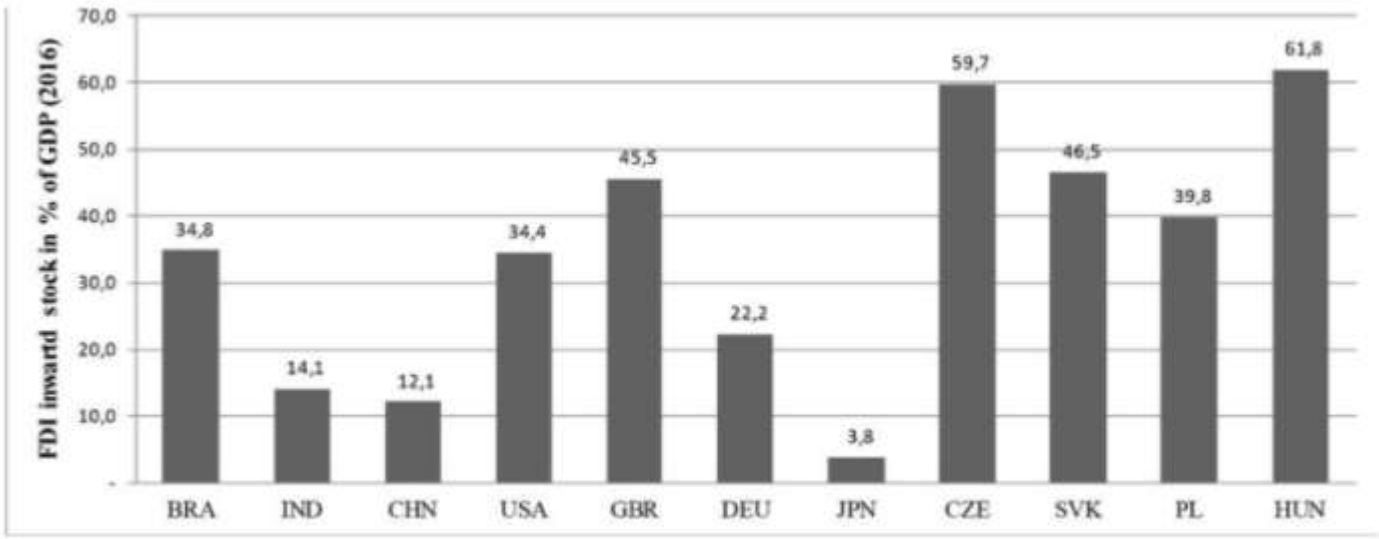
„*Ein Volk ist friedlich, solange es sich selbst, reich und gefürchtet genug glaubt, um seine Wirtschaftsdiktatur heimtückisch zu installieren.*"
George Bernanos

„*Warum sollen wir die Verlierer in der EU bleiben?*"
Viktor Orbán, Mai 2021

Das ungarische Wirtschaftsmagazin *Új Egyenlőség* erteilte in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung vor einiger Zeit das Wort an Andreas Nölke, Professor für Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt und Autor von Werken, die zu den neuesten Entwicklungen des Ansatzes des vergleichenden Kapitalismus gehören. 2018 veröffentlichte er einen Artikel, in dem er die unterschiedlichen Wege der Schwellenländer durch den Gegensatz zwischen abhängigem Kapitalismus und staatlich durchdrungenem Kapitalismus analysierte.

Da die V4-Länder nach Nölke perfekte Beispiele für abhängige Marktwirtschaften sind, ist es nicht uninteressant, seinen Ansatz kritisch zu synthetisieren und auf andere Ebenen auszuweiten.

Als abhängig bezeichnet Nölke Marktwirtschaften mit einem hohen Anteil ausländischer Direktinvestitionen (ADI) am BIP, der seit Beginn der europäischen Integration konstant ist. Wenn man diese Methode zur Messung der wirtschaftlichen Abhängigkeit anwendet, kann man feststellen, dass es in Bezug auf die Schwellenländer – mit der möglichen Ausnahme des nördlichen Teils Mexikos – keinen Fall gibt, in dem die Volkswirtschaften so abhängig von ausländischen Direktinvestitionen sind wie die der V4 und im weiteren Sinne die Mittel- und Osteuropas. In der Tat haben die anderen Schwellenländer sowie die so genannten entwickelten Länder nur selten einen Anteil der Zuflüsse von mehr als einem Drittel ihres BIP.



Corporate governance: foreign direct investment stock as share of gross domestic product [2016]. Source: UNCTAD World Investment Report 2016, Annex table 07.

Andreas Nölke / Bestände an ausländischen Direktinvestitionen in % des BIP

Die Visegrád-Gruppe, dreißig Jahre wirtschaftliche Abhängigkeit?

In dreißig Jahren hat sich diese Region Europas zu einem „Paradies für multinationale Unternehmen“ entwickelt, die hier ein relativ niedriges Gehaltsniveau bei einem zufriedenstellenden Qualifikationsniveau, eine schwache Regulierung des Bankensektors und eine fast perfekte Offenheit für ausländische Investitionen vorfinden. Diesen Weg der wirtschaftlichen Öffnung und Westintegration haben die Länder Mitteleuropas Anfang der 1990er Jahre eingeschlagen und sind seitdem nicht mehr davon abgewichen.

Selbst wenn es den nationalen Wirtschaftseliten – der bezeichnendste Fall ist der Ungarns seit 2010 – gelegentlich gelingt, die Kontrolle über eine gewisse Anzahl sekundärer Sektoren zurückzugewinnen,

sind die Sektoren mit dem größten Wachstumspotenzial in den Händen ausländischer Investoren, und zwar in einem Ausmaß, das jede Möglichkeit einer nationalen wirtschaftlichen Unabhängigkeit in der Region disqualifiziert wird.

Während die wirtschaftliche Souveränität in dieser Region praktisch nicht vorhanden ist, sind die Wachstums- und Beschäftigungsraten hoch (im Vergleich zu anderen EU-Ländern), was Nölke als Erfolg dieses Modells hervorhebt, bevor er die Nachhaltigkeit dieses Modells einer abhängigen Marktwirtschaft über 5–10 Jahre hinaus in Frage stellt.

Obwohl z.B. deutsche Industrielle in jüngster Zeit Vertrauen in den ungarischen Markt geäußert haben und vorerst keine deutsche politische Kraft die deutschen wirtschaftlichen Grundlagen, d.h. eine exportorientierte Wirtschaft, in Frage stellen zu wollen scheint,

sind abhängige Marktwirtschaften von Natur aus instabil, da sie von wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen abhängen, die völlig außerhalb der Kontrolle der mitteleuropäischen Regierungen liegen.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Wenn Deutschland mehr Gewicht auf die Binnennachfrage legen würde – was automatisch geschehen kann, je nach den Entscheidungen Chinas, mit dem Berlin die Hälfte seines Handels abwickelt – würden die V4-Länder sofort den Preis dafür zahlen.

Da die Länder Mitteleuropas keine direkte Kontrolle über einen wesentlichen Teil der Produktion ihres nationalen Reichtums haben, ist ihr Wirtschaftsmodell zwangsläufig einer großen Anfälligkeit ausgesetzt. Die lokalen Behörden in diesen Ländern sind sich dieser Anfälligkeit sehr wohl bewusst und bemühen sich daher nicht nur um die Aufrechterhaltung eines günstigen Umfelds für ausländische Investitionen, sondern auch darum, den in der Region ansässigen ausländischen Unternehmen zu Hilfe zu kommen, die, nicht ohne Opportunismus, die direkte Abhängigkeit der betreffenden Länder ausnutzen. Das ist es, was Ungarn im März 2020 getan hat und seit 2010 tut, indem es sehr großzügig bei der Gewährung von staatlichen Beihilfen für multinationale Unternehmen ist.

In all dem unterscheidet sich dieses Modell grundlegend von dem anderer Schwellenländer – deren Märkte viel größer sind, China ist das perfekte Beispiel – die sich dafür entschieden haben, ihre nationalen Unternehmen vor ausländischen Investitionen zu schützen. In diesen Ländern ist der Anteil ausländischer Direktinvestitionen am BIP viel geringer als im postkommunistischen Europa, und der Staat hat die Aufgabe, wichtige Wirtschaftssektoren zu schützen, und ist sehr darauf bedacht, ausländischen Investoren nicht die Kontrolle über Aktivitäten mit hohem Entwicklungspotenzial zu überlassen, indem er z.B. im Falle von Technologietransfers Joint Ventures vorschreibt.

Wenn die Abhängigkeit von ausländischen Direktinvestitionen in den mitteleuropäischen Ländern die Tür zu mittel- und langfristigen Instabilitäten öffnet, so ist sie vor allem – und das ist wahrscheinlich noch problematischer –

ein Mittel, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dieser Länder zu behindern, die durch Injektionen in Aktivitäten über Wasser gehalten werden, die wichtig genug sind, um ein Land zu unterwerfen, aber nicht genug, um einen qualitativen Entwicklungssprung zu ermöglichen (z.B. halbautomatische Produktion).

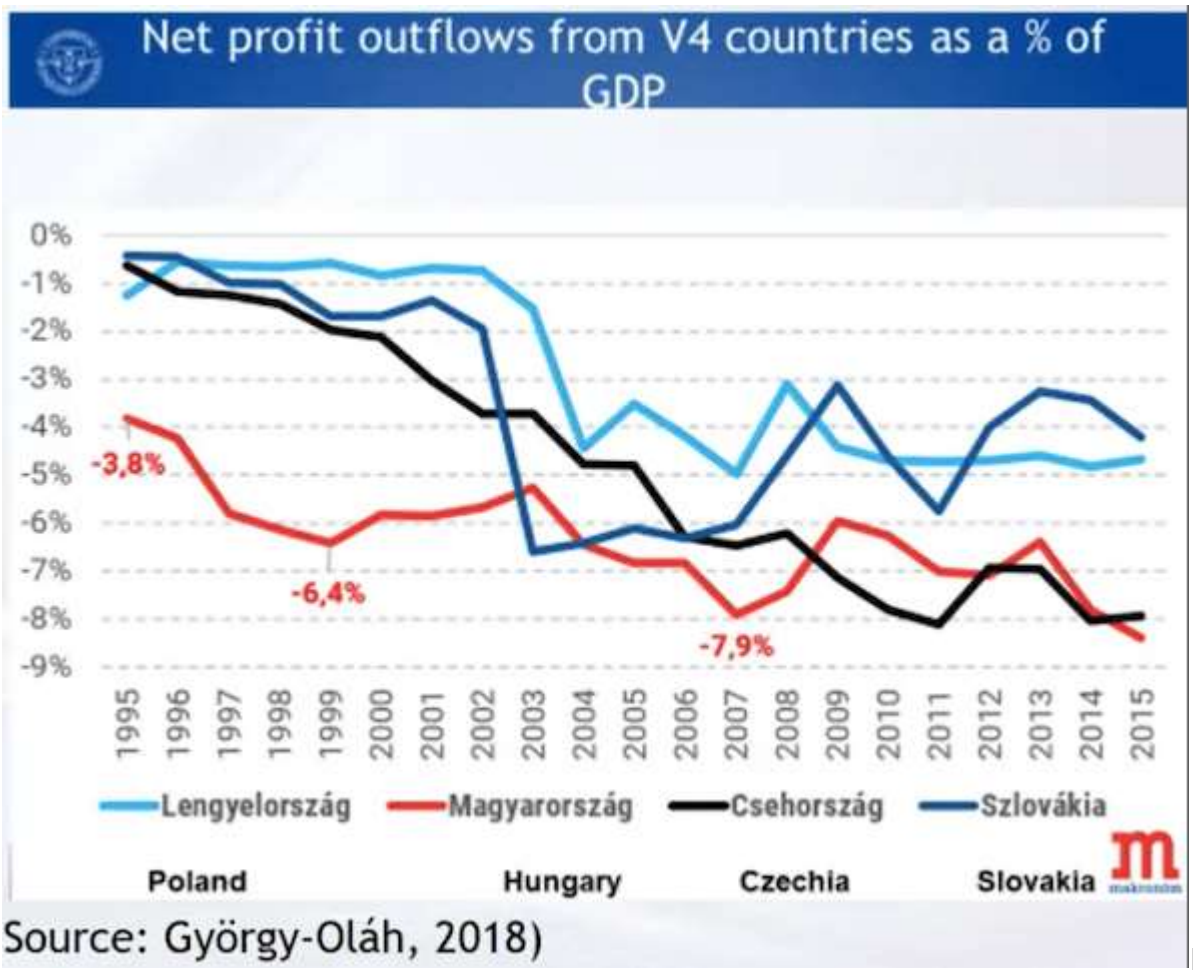
Wohl wissend, dass diese guten Wachstumsraten, die auf Auslandsinvestitionen beruhen, viel weniger in der Gesellschaft verteilt sind als niedrigere Wachstumsraten in weniger abhängigen Volkswirtschaften.

Die Tatsache ist erschreckend: Auf sehr lange Sicht (seit 1870) hat der Abstand in Bezug auf das Pro-Kopf-BIP zwischen den Ländern, die heute die V4 bilden, und einem Panel von

12 westeuropäischen Ländern nie aufgehört zu wachsen, und dieser Abstand wächst seit 1990 unaufgehörlich weiter.

Darüber hinaus dürfen wir nicht vergessen, dass diese Zuführungen von ausländischem Kapital die Kehrseite von noch größeren Abgaben auf die Gewinne dieser Länder haben, wie man sagen muss. Mit anderen Worten, diese Länder sind durch einen größeren Nettoabfluss von Gewinnen gekennzeichnet als durch einen Nettozufluss. Hinzu kommt die Abwanderung von Menschen durch wirtschaftliche Emigration. Dieser doppelte Abfluss lässt sich trivial wie folgt zusammenfassen:

Das mitteleuropäische Wirtschaftsmodell erlaubt es, dass deutsche Rentner von in den Ländern der deutschen Peripherie ausgebildetem Personal finanziert und gepflegt werden.



Im Vortrag von Zoltán Gál, Universität Pécs / Ausgehende Nettogewinnströme in % des BIP

Dieser Zustand der Abhängigkeit wurde bekanntlich nicht durch Rüstung erzwungen – auch wenn manche von den Kosten des Nutzens des Schutzes durch den nuklearen Schirm der USA sprechen –, sondern er ist, so Nölke, eine Option.

Ist die Abhängigkeit nur wirtschaftlich und politisch?

Der Zustand der wirtschaftlichen Abhängigkeit erstreckt sich natürlich auch auf die politische Sphäre, die in Mitteleuropa nicht wirklich autonom von ihren westlichen Hintermännern sein kann. Wenn sich die Staaten der Region, insbesondere Ungarn und Polen, in den letzten Jahren Gehör verschaffen konnten, dann im Wesentlichen bei Themen, die sie als „zivilisatorisch“ bezeichnen (Einwanderung, LGBT-Rechte), d.h. bei Themen, die nicht a priori die oben beschriebene wirtschaftliche Situation in Frage stellen.

Die Länder Ost- und Mitteleuropas hatten wohl keine andere Wahl, als nach dem Ende des Kalten Krieges den Weg dieser wirtschaftlichen Abhängigkeit zu gehen. Es wäre jedoch ungenau zu sagen, dass dieser Weg eine erzwungene Option war. Tatsächlich waren die lokalen Eliten – und die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung – mental sehr offen für diesen wirtschaftlichen Paradigmenwechsel.

Auch wenn die Menschen nicht mehr so enthusiastisch sind wie in den frühen 1990er Jahren, gibt es keine Anzeichen dafür, dass es dreißig Jahre später wirkliche Kräfte gibt, die den wirtschaftlichen und politischen Status quo ändern wollen.

So gibt es in Ungarn die Bereitschaft, die Auslandsinvestitionen zu diversifizieren, indem man sich asiatischen Partnern zuwendet, was sicherlich nicht auf eine Veränderung des Status quo hinausläuft, sondern eher auf eine Veränderung seiner Zusammensetzung, vorerst am Rande.

Aber gibt es im Großen und Ganzen nicht eher eine aufrichtige Verbundenheit dieser Länder mit diesem Zustand der Abhängigkeit? Nehmen wir den Fall von Ungarn. Ob sie nun in der Mehrheit oder in der Opposition sind, unseres Wissens gibt es in Ungarn keine politischen Kräfte mit konkreten Plänen, den Status quo in Frage zu stellen. Im Gegenteil: Die beiden wichtigsten ungarischen politischen Kräfte – einerseits die Opposition, die unter heterogenem Schein in Wirklichkeit einhellig pro-europäisch und pro-Brüssel ist, und andererseits die Regierungsmehrheit – mögen zwar unterschiedliche Beziehungen zu dieser Abhängigkeit haben, aber keine von ihnen scheint sich aus ihr lösen zu wollen.

Die ungarische Opposition verbirgt ihre direkte und bedingungslose Anhänglichkeit an verschiedene westliche Kreisen nicht. Das Verhältnis der Regierung zu dieser Westabhängigkeit ist eminent komplexer.

Die Regierungsmehrheit zögert nicht, die westlichen Partner zu kritisieren; sie tut dies aus dem Glauben heraus, aufholen und beweisen zu wollen, dass Ungarn in der Lage ist, es besser zu machen als die Länder Westeuropas. Alles, was den Beginn der Covid-Ära im März 2020 technisch ausgelöst hat, beweist dies perfekt. In der Tat wollte die ungarische Regierung ein Vorreiter sein und übernahm gegenüber ihren westlichen Verbündeten die Führung im Vokabular der neuen Wirtschaft, des Gesundheitspasses und der Massenimpfkampagne und beglückwünschte sich selbst zu den guten Punkten der Weltgesundheitsorganisation, der *Welt* und der *New York Times*.

Es handelt sich also nicht um eine Kritik an der Sucht, sondern um eine Suche nach Anerkennung, die den wirtschaftlichen, politischen und mentalen Rahmen des oben beschriebenen Status quo nicht verlässt.

Schließlich verrät die jüngste Polemik der Regierungsmedien um die schlechten Englischkenntnisse des Oppositionskandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten bzw. Bürgermeisters von Budapest, Gergely Karácsony, über ihren anekdotischen Aspekt hinaus, tatsächlich die Relevanz dieser Abhängigkeitserklärung. Die Opposition muss ihre westliche Zugehörigkeit nicht beweisen, während die Regierung versucht, so schnell wie möglich zu zeigen, dass auch sie in der Lage ist, „up to date“, „modern“, „europäisch“ usw. zu sein. Mit der überwältigenden Mehrheit der international einflussreichen intellektuellen Kreise Budapests, die keine Gelegenheit auslassen, ihre Verachtung für sie zu zeigen, ist sie nicht einverstanden, und sie rennt diesem Minderwertigkeitskomplex hinterher.

Aus all diesen Gründen fällt das Fazit vernichtend aus: Ja, es gibt wirtschaftliche und politische Abhängigkeiten, aber sie werden akzeptiert und scheinen sogar erwünscht zu

sein. Manche sehen vielleicht eine Inkonsequenz darin, abhängig sein zu wollen. Die Psychologie lehrt uns jedoch, dass es bei der wahren Sucht nicht so sehr darum geht, nach einem Objekt süchtig zu sein, sondern vielmehr darum, eine Form der Abhängigkeit von dem Leiden zu entwickeln, das diese Sucht mit sich bringt.

Yann Caspar ist ein französisch-ungarischer Jurist und Übersetzer. Darüber hinaus interessiert er sich ganz besonders für französische und mitteleuropäische Literatur.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei der VISEGRÁD POST, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

D e u t s c h l a n d

01) Die Ära Merkel ist vorbei – die Probleme bleiben

Von Csaba Szajlai

10. 09. 2021

Foto: FNDE / Wikimedia (CC BY-SA 4.0)

Es ist kein Geheimnis, dass Deutschland der wichtigste Handelspartner für die ungarische Wirtschaft ist. Wir sprechen hier über das wichtigste Ziel für ungarische Exporte und Importe von dort. Es gibt kein EU-Land und keine andere Volkswirtschaft, die mit dem Volumen Deutschlands mithalten kann. Darüber hinaus sind die Verbindungen seit Jahrzehnten sehr eng: Es ist üblich, unser Land – in wirtschaftlicher Hinsicht – als die deutsche Provinz Südostdeutschland zu bezeichnen, gleich jenseits des Lajtan. Dieses Label ist so berechtigt, dass alle drei großen Premium-Automobilmarken – Audi, BMW und Mercedes – nur in Deutschland vertreten sind und fast alle namhaften Unternehmen – von Bosch bis ZF – hierzulande Fabriken unterhalten. Während also die Beziehungen auf der großen politischen Bühne in den letzten Jahren nicht die besten waren (um es milde auszudrücken), können wir über die wirtschaftlichen Beziehungen kein schlechtes Wort verlieren.

Lassen wir den politischen Aspekt beiseite und betrachten wir den Stand der Ära Merkel. Es sei daran erinnert, dass die derzeitige Bundeskanzlerin 2017 große Wirtschaftsreformen versprochen hat, aber der Strukturwandel ist nicht eingetreten. Auf den ersten Blick ist das natürlich kein Problem, denn der Euro wurde auf Deutschland mit seinen 80 Millionen Einwohnern zugeschnitten: Was für die Mehrheit, d.h. die Mitglieder der Eurozone, eine starke Währung ist, ist für die Deutschen „leichtes“ Geld. Ihre Wettbewerbsfähigkeit wurde durch die EU-Währung vorübergehend gestärkt, während andere – Griechenland, Italien, Portugal und Spanien – erhebliche Verluste erlitten haben und weiterhin erleiden. Der Wechselkursvorteil wird jedoch nicht lange anhalten: Es liegt im deutschen Interesse, dass der Euro für die meisten EU-Länder die „normale“ Währung ist, denn die wichtigsten Märkte sind gerade die Länder der Eurozone.

Die strukturellen wirtschaftlichen Probleme Deutschlands haben sich in den letzten Jahren verschärft: Das beste Beispiel dafür ist die immer stärker werdende deutsche Industrie, die seit drei Jahren immer stärker in die Krise gerät. Trotz des durch das Coronavirus verursachten wirtschaftlichen Schocks hat die deutsche Finanzpolitik gut reagiert. Dies ist jedoch nur ein kurzlebiges Symptom: Betrachtet man internationale Rankings, so stagniert die deutsche Wirtschaft seit 2017, sondern fällt – auch im Vergleich zur eigenen Leistung –

zurück. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die öffentlichen Haushalte in den letzten Jahren nach neoliberalen Grundsätzen praktisch auf Null gefahren wurden, was bedeutet, dass die deutsche Regierung das Defizit vollständig abgebaut hat.

Dies hat jedoch auch dazu geführt, dass die öffentlichen Investitionen in die traditionelle physische Infrastruktur stagnieren oder zu niedrig sind und ständig abgebaut und abgeschrieben werden. Mit anderen Worten: Die bisherigen Großinvestitionen in Autobahnen, Eisenbahnen und Immobilien sind hinter dem Durchschnitt der Eurozone zurückgeblieben. Hinzu kommt, dass der aktuelle „Trend“ in der digitalen Entwicklung noch weiter hinter dem EU-Durchschnitt zurückbleibt. Es ist kein Zufall, wenn man sich die Berichte darüber anschaut, dass der Schwerpunkt der aktuellen Wahl auf der systemischen (!) wirtschaftlichen Transformation und der Reform der Wirtschaftspolitik liegt. Die Wähler in Deutschland haben übrigens den Hinweis auf einen lockeren Haushalt beherzigt: Die fiskalische Antwort auf den wirtschaftlichen Schock des Kronenvirus war zum Beispiel gut.

Am Ende der Ära Merkel muss Deutschland folgende Herausforderungen bewältigen: Nachholbedarf in den Bereichen digitale Infrastruktur, Bildung, E-Government, Bewältigung der demografischen Herausforderungen und Wiederaufnahme zentraler Großinvestitionen – Autobahnen und Schienenverkehr. All dies kann erhebliche Kosten verursachen. Die Parteien, die um Stimmen konkurrieren, sind sich weitgehend einig, dass viel mehr zentrale Entwicklungs- und Haushaltsmittel benötigt werden.

Der größte Unterschied zwischen den Parteien besteht in der Frage der Finanzierung. Doch das Wirtschaftswunder, das Europas größtes Land seit Jahrzehnten kennzeichnet, lässt auf sich warten. Ohne einen Anreizstaat wird es auch dort nicht funktionieren.

Schließlich war Deutschland maßgeblich an dem „Konzept“ eines Europas der zwei oder mehreren Geschwindigkeiten beteiligt, das Mitte der 90er Jahre im Rahmen der intellektuellen Suche nach einem Weg in Vorbereitung auf die erwartete große Welle der Osterweiterung, die auch uns betreffen würde, entstand. Obwohl die Europapolitik von Angela Merkel in dieser Frage von entscheidender Bedeutung war, ist die Glaubwürdigkeit der Argumente gegen Europa in diesem Zusammenhang gründlich untergraben worden.

Aus Budapester Sicht hat Berlin jedoch von der Osterweiterung wirtschaftlich fantastisch profitiert.

Der Autor ist stellvertretender Chefredakteur von Figyelő

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Süddeutsche Zeitung manipuliert Wahlberichterstattung

07. 09. 2021

Mitten im Wahlkampf manipuliert die Süddeutsche Zeitung die Berichterstattung über Münchner Direktkandidaten. In einer Übersicht der Direktkandidaten der im Bundestag vertretenen sechs Parteien wird der Kandidat der AFD als einziger ohne Foto und ohne Video abgespeist.

Die Süddeutsche kann es nicht lassen – selbst beim Vergleich der Direktkandidaten in München versucht die Redaktion mit billigen Tricks die AfD zu benachteiligen. Während selbst der CSU-nahe Münchner Merkur über alle Kandidaten im gleichen Umfang berichtet, zensiert die im Volksmund oft als „Alpen-Prawda“ verhöhnte Süddeutsche Zeitung in Ihrem Artikel den Kandidaten der stärksten Oppositionspartei im Bundestag, Petr Bystron.

Dieses Video will Ihnen die Süddeutsche Zeitung verheimlichen:

In einem Artikel werden alle sechs Direktkandidaten aus dem Wahlkreis vorgestellt – vermeintlich gleichberechtigt. Doch während bei CSU, SPD und Grünen-Politikern auch ein ausführliches Portrait verlinkt wird, fehlt dieser bei FDP, AfD und Linken. Doch damit nicht genug: Beim AfD-Kandidaten Petr Bystron setzte die Süddeutsche kein Foto zum Text und enthält den Wählern auch sein selbstgemachtes Video vor – als einzigen der sechs vorgestellten Politiker.

Die Autorinnen Sophia Oberhuber und Tiana Zoric, stellten ihren Lesern in ihrem Artikel vom 19. August alle Direktkandidaten im Wahlkreis München-Nord vor. Ob nun Bernhard Loos von der CSU, Florian Post von der SPD, die Grüne Doris Wagner, Daniel Föst von der FDP oder Linken-Politiker Christian Schwarzenberger. Alle wurden sie dem Wahlvolk mit Vita, Foto und einem von den Kandidaten bereitgestellten, persönlichen Videos präsentiert. Allein bei Petr Bystron, Direktkandidat der AfD, sparte sich die SZ nicht nur das Foto. Ebenfalls mussten die SZ-Leser auf das persönliche Vorstellungsvideo des AfD-Politikers verzichten. Denn auch das wurde, obwohl beides der SZ-Redaktion vorliegt, nicht veröffentlicht:

SZ | Meine SZ NEU | SZ Plus | Coronavirus | Bundestagswahl | Klimawandel | Politik | Wirtschaft | Meinung | Panorama | Sp

Bundestagswahl in München FDP-Kandidat für den Wahlkreis München-Nord
(Video: Süddeutsche Zeitung)

Mehr Informationen zu Daniel Föst gibt es auf seiner Homepage / auf Facebook / auf Instagram / auf Twitter / auf LinkedIn

Petr Bystron (AfD)

Petr Bystron, Direktkandidat der AfD für den Münchner Norden, ist seit 2017 Mitglied des deutschen Bundestages. Er ist Fraktionschef der AfD im Auswärtigen Ausschuss und im Unterausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Außerdem ist der 48-Jährige stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Bystron flüchtete als Jugendlicher aus der ehemaligen Tschechoslowakei nach Deutschland, wo seine Familie politisches Asyl erhielt. In München studierte er politische Wissenschaften. Er ist Unternehmer, verheiratet, hat zwei Kinder und lebt aktuell in der Maxvorstadt.

Weitere Informationen zu Petr Bystron gibt es auf seiner Homepage / auf Facebook / auf Instagram / auf Twitter / auf Youtube.

Screenshot Artikel SZ vom 19.08.2021

Jouwatch fragte sowohl bei der Süddeutschen wie bei dem Bundestagskandidaten nach. Weshalb nur der AfD-Politiker Petr Bystron von der Süddeutschen Zeitung – im Gegensatz zu allen politischen Mitbewerbern – als Einziger mit keinem Bild bedacht wurde, blieb von der SZ bis zur Veröffentlichung dieses Artikels unbeantwortet. Das Büro Bystron zeigte sich verwundert: „Der SZ müssten eigentlich jede Menge Portraitaufnahmen der gängigen Bildagenturen von Bystron vorliegen. Falls nicht, würden wir selbstverständlich welche nachschicken“. In der Tat handelt es sich bei Bystron um den ehemaligen Landesvorsitzenden der AfD in Bayern und den profiliertesten Außenpolitiker der Partei, von dem es seit 2015 regelmäßig jede Menge dpa-Bilder gibt. Das fiel der SZ-Redaktion offenbar erst nach der Anfrage von Jouwatch auf, denn sein Foto wurde kurz nach unserer Anfrage dem Artikel hinzugefügt – freilich ohne einen eigentlich üblichen redaktionellen Hinweis auf diese Aktualisierung.

SZ < leine SZ NEU | SZ Plus | Coronavirus | Bundestagswahl | Afghanistan | Politik | Wirtschaft | Meinung | Panc

Mehr Informationen zu Daniel Föst gibt es auf seiner Homepage / auf Facebook / auf Instagram / auf Twitter / auf LinkedIn

Petr Bystron (AfD)

Peter Bystron möchte für die AfD in den Bundestag einziehen. (Foto: Robert Haas)

Petr Bystron, Direktkandidat der AfD für den Münchner Norden, ist seit 2017 Mitglied des deutschen Bundestages. Er ist Fraktionschef der AfD im Auswärtigen Ausschuss und im Unterausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Außerdem ist der 48-Jährige stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Bystron flüchtete als Jugendlicher aus der ehemaligen Tschechoslowakei nach Deutschland, wo seine Familie politisches Asyl erhielt. In München studierte er politische Wissenschaften. Er ist Unternehmer, verheiratet, hat zwei Kinder und lebt aktuell in der Maxvorstadt.

Weitere Informationen zu Petr Bystron gibt es auf seiner Homepage / auf Facebook / auf Instagram / auf Twitter / auf Youtube.

Screenshot Artikel SZ vom 03.09.2021

Trotz Nachfragen verheimlicht die SZ-Redaktion den Wählern jedoch auch weiterhin das persönliche Vorstellungsvideo des AfD-Direktkandidaten, das der Redaktion laut Büro Bystron seit dem 30. August vorliegt. Jouwatch hatte sich den gleichen Download-Link zuschicken lassen – und das Video hier veröffentlicht. Die Erklärung der SZ, warum es immer noch nicht auf deren Website steht, bleibt weiterhin aus. (SB)

Dieser Beitrag erschien zuerst auf *journalistenwatch.com*.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Radikale Umgestaltung der deutschen politischen Landkarte?

Protestverbote, Eigentumsbeschlagnahmungen und eine Abkehr von der marktwirtschaftlichen Ordnung werden eine neue deutsche Linksregierung kennzeichnen, meint der deutsche Historiker Reiner Zitelmann

Von Marek Bláha

02. 09. 2021

Olaf Scholz · *Bild von fsHH auf Pixabay*

Seite 99 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 799 vom 16.09.2021

Noch nie in der Geschichte Deutschlands war die Position der Christlich Demokratischen Union (CDU) in den Wahlumfragen so prekär, betont der Historiker und Soziologe Reiner Zitelmann. In einem Kommentar für das Portal *National Interest* verwies er auf den April letzten Jahres, als die Partei der jetzigen Bundeskanzlerin Angela Merkel mit 38 Prozent der Stimmen führte. Derzeit liege die CDU in den Umfragen jedoch nur zwischen 21 und 24 Prozent.

Der Autor führt den schwachen Kanzlerkandidaten der CDU, Armin Laschet, als einen der Gründe für die sinkende Unterstützung für die Partei an. Laschet, der Ministerpräsident des bevölkerungsreichsten Bundeslandes Rheinland-Westfalen ist, hat es bisher nicht geschafft, seine Partei oder die breite Wählerschaft zu begeistern.

„Vor allem aber scheint es der SPD links der Mitte zu gelingen, die Wählerinnen und Wähler in einem Ausmaß zu täuschen, das ebenfalls einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik ist“, schreibt der Historiker. Er weist darauf hin, dass die Sozialdemokraten in den letzten Umfragen um 10 Prozent zugelegt haben, vor allem dank ihres Vorsitzenden Olaf Scholz, der allgemein als relativ gemäßigter Politiker gilt.

Doch Scholz sei in der Partei nie sehr beliebt gewesen, betont der Experte. Vielmehr sei die SPD in den letzten Jahren immer weiter nach links gerückt, was sich auch daran zeige, dass mit Saskia Esken, Norbert Walter-Borjans und Kevin Kühnert Kandidaten antreten, die ähnlich wie die linksradikale Alexandria Ocasio-Cortez bei den Demokraten in den USA die Linke vertreten.

Bei den Vorwahlen habe die SPD-Mitgliederbasis diese stark linksgerichteten Kandidaten eindeutig gegenüber Scholz bevorzugt, sagt Zitelmann. Der Grund, warum sich die Partei letztlich für den gemäßigten Scholz als Spitzenkandidaten entschieden hat, sei derselbe wie bei den US-Demokraten, die sich für Joe Biden als Präsidentschaftskandidaten entschieden haben.

„Sie hoffen, mit Olaf Scholz gemäßigte Wähler zu mobilisieren, die nicht so weit links stehen wie die traditionelle Basis der Partei“, erklärt der Historiker.

Aktuelle Umfragen legen die Bildung einer Regierungskoalition aus SPD, Grünen und der Partei Die Linke nahe, so der Autor des Kommentars. Er erinnert auch daran, dass sich die SPD vor einigen Jahren weigerte, mit der Partei Die Linke auf Bundesebene zusammenzuarbeiten, weil diese zu radikal sei.

Der Historiker sieht Die Linke als jüngste Nachfolgerin der ehemaligen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), der Regierungspartei in der Ex-DDR, die seit der Wiedervereinigung des Landes mehrfach umbenannt wurde. Die Linke setzt sich für eine umfassende Verstaatlichung, eine progressive Besteuerung von bis zu 75 Prozent und den Austritt aus der NATO ein, skizziert Zitelmann. Er fügt hinzu, dass die neue Parteivorsitzende, Janine Wissler, noch vor wenigen Monaten Mitglied einer radikalen trotzkistischen Gruppe war.

Durchbruch bei den Wahlen

Die grundlegende Agenda der Linksgrünen ist der Schutz der Umwelt und der Kampf gegen den Klimawandel, der von einem großen Teil der deutschen Medien, einschließlich der staatlichen Fernsehsender, unterstützt wird, wobei ein großer Teil der Journalisten seine Sympathie für die Partei nicht verbergen kann. Er weist darauf hin, dass in Berlin bereits eine Koalition aus SPD, Grünen und Die Linke regiert und letztere Partei sich für eine Kampagne zur Enteignung der Unternehmen ausgesprochen hat, die über 3.000 Mietwohnungen in der Stadt besitzen.

Auch die Grünen-Chefs Robert Habeck und Annalena Baerbock räumen eine solche Möglichkeit ein, wenn auch nur als „letztes Mittel“, wie Zitelmann anmerkt. Alle drei Parteien seien jedoch für die Wiedereinführung der 1997 in Deutschland abgeschafften Grundsteuer.

„SPD und Grüne betreiben jetzt eine Politik, die man nur als Wählertäuschung bezeichnen kann“, warnt der Kommentator. Vertreter beider Parteien würden täglich befragt, ob sie mit der Linken eine Bundesregierung bilden würden, und obwohl sie eine solche Möglichkeit nicht ausschlössen, wehrten sie sich behutsam dagegen, zuzugeben, dass dies tatsächlich eines ihrer Ziele sei, wohl wissend, dass es sie Tausende, wenn nicht gar Millionen von Stimmen kosten würde.

Der Historiker glaubt, dass die Dreierkoalition Deutschland radikal verändern würde. Alle diese Parteien drängen auf Kürzungen der deutschen Verteidigungsausgaben, obwohl diese innerhalb der NATO zu den niedrigsten im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt gehören und den von Angela Merkel bereits eingeleiteten Übergang des Landes von einer Markt- zu einer regulierten Wirtschaft beschleunigen würden. Zitelmann befürchtet, dass die Erfahrungen mit den Regierungen von SPD, Grünen und Die Linke in Berlin darauf hindeuten, dass es in Deutschland immer wieder zu Verstößen gegen die Verfassung kommen wird.

So wurden in Berlin Vermieter per Gesetz gezwungen, sich an ein Kappungsgrenzengesetz für bestehende Verträge zu halten, was nach Ansicht des Verfassers des Kommentars mehr oder weniger einer Teilenteignung von Immobilienbesitzern gleichkommt. Der Bundesgerichtshof habe ein solches Gesetz für verfassungswidrig erklärt, aber SPD und Die Linke machten keinen Hehl daraus, dass sie ein ähnliches Gesetz auf Bundesebene einführen wollten, kritisiert Zitelmann.

Auch die politische Freiheit in der deutschen Hauptstadt stehe unter Druck, sagt der Soziologe. Er verweist insbesondere auf das Demonstrationsrecht, da linke Versammlungen in der Regel erlaubt sind, während Versammlungen von Gegnern der staatlichen Anti-Coronavirus-Bestimmungen verboten oder von der Polizei aufgelöst werden.

„Was in Berlin passiert, gibt einen Vorgeschmack darauf, wie sich Deutschland insgesamt verändern wird, wenn SPD, Die Linke und die Grünen an die Macht kommen“, schreibt Zitelmann.

Er glaubt, dass die Wahlen im September in Deutschland ein Moment sein könnten, der die politische Landkarte des Landes für die nächsten Jahre radikal verändern wird.

Quelle: Eurozprávy.cz

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ö s t e r r e i c h

04) Österreich: Beim Kampf gegen „Rechts“ bleibt die Rechtstaatlichkeit auf der Strecke

13. 09. 2021

Vor dem Vereinslokal prangen nun Banner und bunter Zebrastreifen Stadtgemeinde Steyregg. *Bild: Screenshot Facebook*

STEYREGG (Oberösterreich) – Seit sich die in linken Kreisen umstrittene Bewegung der Identitären in Steyregg ein Objekt – ein Haus mit einer ehemaligen Bierbar – gekauft hat, gehen die Wogen in dem beschaulichen oberösterreichischen Städtchen hoch. Die geplante Eröffnung des identitären „Castel Aurora“, das neben dem Zentrum der Identitären eine „Patriotische Bar“, Bibliothek und ein Geschäft mit Merchandising-Artikeln beinhalten soll, lässt Linke und Gutmenschen vor Wut schäumen. Während man sich anderswo darüber freuen würde, wenn jemand alte Gemäuer revitalisiert, es im Ort wieder ein Wirtshaus geben und sich neue Unternehmen ansiedeln würden, laufen Sozialisten und linkslastige Bürger des unter ÖVP-Landeshauptmann geführten Oberösterreichs Amok.

„Bürgerinitiative für Umwelt und Stadtleben“ brütet Schikanen aus

Die SPÖ setzte bereits früh alle Hebel in Bewegung, um den Betrieb eines Lokals durch die einwanderungskritische Bewegung zu verhindern: Ohne Erfolg, denn trotz penibelster Prüfung durch die Anlagenabteilung der zuständigen Bezirkshauptmannschaft Urfahr-Umgebung fand sich kein Grund, den Betrieb zu untersagen und es wurden bereits alle nötigen Betriebsbewilligungen erteilt. Für die Gegner der Bewegung ist das aber noch lange kein Grund, ihren Kampf gegen die Unerwünschten fortzusetzen.

Allen voran stürmt Steyreggs Bürgermeister Johann Würzburger (SBU – Steyregger Bürgerinitiative für Umwelt und Stadtleben), der weder vor Verstößen gegen die StVO bzw.

der Bodenmarkierungsverordnung des Bundes noch vor offenem Mobbing zurückschreckt.

Nicht nur dass er alles daransetzt, die Bewegung als „rechtsradikal“ zu verunglimpfen, ließ er die Straßen rund um das Castel Aurora mit Regenbogenfahnen und dem Slogan „Steyregg ist bunt“ beflaggen.

Bunte Zebrastreifen gegen „rechts“

Der Bürgermeister ließ auch vor dem Eingang zum Lokal einen „Zebrastreifen“ in den LGBTQ-Schwulen-Farben auf die Fahrbahn malen. Ungeachtet der Gesetzeslage, der zufolge Fahrbahnmarkierungen ausschließlich in den dafür genehmigten Farben zu erfolgen haben. Fußgängerübergänge müssen mit weißer Farbe ausgeführt werden und „die Felder zwischen den weißen Längsstreifen eines Schutzweges müssen in ihrer Färbung einen ausreichenden Kontrast bilden“ – beides ist hier nicht der Fall und somit klar gesetzeswidrig. Einmal mehr glauben „Demokraten“ Moral über die bestehende Rechtsordnung zu stellen zu dürfen.

Jetzt könnte man diese Provokation zwar milde belächeln, würden nicht gerade noch härtere Gesetze gegen Stalking und Mobbing im Gespräch sein und gerade die Gutmenschen noch härtere Strafen für Mobber & Stalker fordern. Allerdings sollen diese Strafen natürlich nur gegen „rechte“ Gesinnung verhängt werden, während das offensichtliche Mobbing und die massive Belästigung durch die Linken & Gutmenschen natürlich nicht als Mobbing zu gelten hat.

Wir groß wäre wohl die Aufregung, wenn etwa die Identitären einen rot-weiß-roten Zebrastreifen vor ein Flüchtlingsheim malen würden? Strafanzeigen und Schadenersatzforderungen würde es nur so hageln.

In weiser Voraussicht und im Wissen um die Bösartigkeit und Aggressionen der „guten“ linken Genossen haben die Identitären ihre Basis – das „Castel Aurora“ (Schloss der Morgenröte) – tatsächlich in eine Festung verwandelt und ihr „patriotisches Zentrum“ bereits vorsorglich mit schweren Stahlgittern gesichert. Jetzt darf man darauf gespannt sein, mit welchen weiteren Mitteln die Gutmenschen „verhindern wollen, dass Oberösterreich ein Neonazi-Hotspot wird“, wie diese „bunten“ Menschen befürchten. Denn Harald Grünn, Vorsitzender des KZ-Verbandes/VdA Oberösterreich, fordert im Namen seines Verbandes sowohl die Stadtgemeinde als auch das Land OÖ auf, den Identitären „das Leben in Steyregg so schwer als möglich zu machen“. Für den „antifaschistischen Opferverband ist klar, dass Steyregg nicht zum Hotspot von Neonazis verkommen darf!“, heißt es.

„Aufklärungsarbeit“ für die Bevölkerung

Bei aller vom Bürgermeister aufgemalten und ausgeflaggten Toleranz betont man bei diesem Verband, dass es in Steyregg „Aufklärungsarbeit“ braucht, „damit die Identitären auf breite Ablehnung innerhalb der Steyregger Bevölkerung stoßen“. Außerdem soll ständig geprüft werden, ob alle baurechtlichen, gewerberechtlichen und sonstigen Genehmigungen vorhanden sind und die gesetzlichen Auflagen eingehalten werden.

Stalking, Mobbing und Verhetzung

Dann sollen sie gleich einmal damit beginnen die verkehrsrechtlichen Verordnungen einzuhalten, indem sie den Schutzweg wie gesetzlich vorgeschrieben markieren und eine Selbstanzeige wegen der diversen Straftatbestände wie Stalking, Mobbing und Verhetzung, erstatten.

Anmerkung der Red.:
Dieser Artikel hat nicht eine Bewertung der Identitären oder deren Aktivitäten zum Inhalt, sondern soll den Umgang der sonst so „Toleranten“ mit Personengruppen illustrieren, die nicht ihre politischen Vorstellungen in Sachen Migration teilen.

Quelle: *ORF*, *Kurier*

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 06. bis 12. September 2021

13. 09. 2021

Bildquelle: Demokracija

V4

- Laut Oliver Hermes, Geschäftsführer des deutschen Unternehmens Wilo und Präsident des Bundesverbands der Deutschen Ostwirtschaft, der am 3. September von Remix zitiert wurde, könnten die zunehmenden Spannungen zwischen Deutschland und den konservativen mitteleuropäischen Ländern Ungarn und Polen „das [deutsche] Wachstum ernsthaft behindern“, während Osteuropa „zu einem wichtigen Partner für deutsche Unternehmen wird“ und bereits ein Fünftel des westdeutschen Außenhandels ausmacht.

Ungarn

- Laut einer kürzlich durchgeführten Umfrage in zwölf EU-Mitgliedstaaten fühlen sich 88 % der Ungarn in ihrem täglichen Leben frei, während nur 46 % der Deutschen und 57 % der Österreicher diese Meinung teilen.
- Auf ihrer Sitzung am Mittwoch, den 8. September, hat die ungarische Regierung einen Antrag angenommen, der Polen unterstützt und die Haltung Brüssels gegenüber Polen verurteilt. In diesem Zusammenhang erklärte die ungarische Justizministerin Judit Varga auf Facebook, die Europäische Kommission habe „einen brutalen Angriff auf Polen gestartet und sich in beispielloser Weise in den Justiz- und Gesetzgebungsprozess eines souveränen Mitgliedstaates eingemischt. Dieses Vorgehen ist nicht nur ungeheuerlich, sondern auch völlig inakzeptabel […] Mit dieser

ungeheuerlichen und arroganten Entscheidung hat die Kommission eine Grenze überschritten, die wir bisher für undenkbar hielten.

- In einem von SpiritFM am 4. September ausgestrahlten Interview erklärte der ungarische Staatssekretär für die Unterstützung verfolgter Christen, Tristan Azbej, dass seit der Machtübernahme der Taliban in Kabul am 15. August bereits zwischen 8.000 und 10.000 christliche Afghanen gezwungen wurden, ihr Land zu verlassen, wobei das neue Regime eindeutig die physische Liquidierung dieser religiösen Minderheit anstrebt. Davon wurden 700 von Ungarn aufgenommen.
- Der Sommer neigt sich dem Ende zu und der Beginn des akademischen Jahres rückt näher, aber dieses Jahr wird es nicht für alle so sein. Die Semmelweis-Universität für Medizin in Budapest gab am Donnerstag, den 9. September, bekannt, dass „Studenten, die die Impfung ohne triftigen medizinischen Grund verweigern [… …] sich zwar an der Semmelweis-Universität einschreiben, aber ihr Studium nicht beginnen dürfen, [weil] es inakzeptabel und mit den Wünschen der Studienanfänger unvereinbar ist, ihre verletzlichen Mitmenschen zu gefährden, indem sie nicht alles tun, um sich selbst und ihre Umwelt zu schützen [und dass] die medizinische und gesundheitswissenschaftliche Ausbildung ohne praktischen Unterricht nicht denkbar ist, wenn die Studenten in Apotheken, am Krankenbett oder bei Verletzten lernen und mitarbeiten“. In der Praxis bedeutet dies eine obligatorische Impfung gegen Covid für alle Medizinstudenten.
- Der ungarische Tourismussektor ist von der Pandemie und den gesundheitlichen Einschränkungen stark betroffen. Die Zahl der ausländischen Touristen in Ungarn ist 2020 im Vergleich zu 2019 um 70 % zurückgegangen, was laut Welttourismusbarometer in etwa dem europäischen Trend entspricht: 66 % im ersten Halbjahr 2020 und sogar 97 % im zweiten Halbjahr 2020. Dieser Trend setzt sich auch in diesem Jahr fort.
- Der 52. Eucharistische Kongress (IEC 2020) fand diese Woche in Budapest statt – die letzte Veranstaltung in Budapest fand 1938 statt. Zum Abschluss der Veranstaltung feierte Papst Franziskus vor Zehntausenden von Gläubigen eine riesige Messe auf dem Heldenplatz, kurz nachdem er fast 40 Minuten lang mit dem Präsidenten der Republik sowie mit Ministerpräsident Viktor Orbán und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Zsolt Semjén zusammengekommen war.

Polen

- Im Einklang mit seinen Verpflichtungen gegenüber dem Atlantischen Bündnis hat sich Polen bereit erklärt, 500 afghanische Flüchtlinge für drei Monate aufzunehmen, wobei höchstens 50 von ihnen dauerhaft im Land bleiben dürfen, wie Michał Dworczyk, der Leiter der Kanzlei des Ministerpräsidenten, ausdrücklich erklärte. Ein erstes Kontingent von 114 Afghanen traf daher in der Nacht vom 3. auf den 4. September von der US-Basis in Ramstein in Poznań (Posen) ein. Polen hat bereits Afghanen, die für polnische Dienste gearbeitet haben, sowie deren Familien aufgenommen, insgesamt 900 Personen.
- Nachdem die linke Opposition und die PO einen Antrag eingebracht hatten, der die Aufhebung des Präsidialdekrets zur Verhängung des Ausnahmezustands in einem Grenzstreifen entlang der polnisch-weißrussischen Grenze forderte, kam es am Montag, dem 6. September, zu einer hitzigen Debatte im polnischen Parlament, in der Ministerpräsident Mateusz Morawiecki daran erinnerte, dass Polen es mit einer „groß angelegten politischen Provokation zu tun hat, die den Versuch betrifft, illegale Migranten über die polnische Grenze zu drängen“. Der Sejm lehnte es schließlich ab (mit 247 zu 168 Stimmen bei 20 Enthaltungen), den Ausnahmezustand im Grenzgebiet zu Weißrussland aufzuheben.

- Angesichts der neuen Initiativen der Europäischen Kommission gegen Polen gibt es in Europa viele Stimmen, die ihre Solidarität mit Warschau zum Ausdruck bringen. Nachdem die ungarische Regierung eine entsprechende Resolution verabschiedet hatte, erklärte der spanische Europaabgeordnete Hermann Tertsch von der Vox-Bewegung: „Im nächsten Schritt der ständigen ideologischen Erpressung, die sich die Europäische Kommission unter der Leitung von Ursula von der Leyen gegen Polen und Ungarn erlaubt, wurde angekündigt, dass die Auszahlung von Mitteln aus dem Wiederaufbaufonds für beide Länder ausgesetzt wird. […] Natürlich unter dem Vorwand, bestimmte Anforderungen nicht zu erfüllen. Keiner der Verträge besagt jedoch, dass die Mitgliedstaaten ideologischen Druck von Seiten der EU akzeptieren müssen, wie z. B. die Vermittlung der Gender-Ideologie in den Schulen. Und deshalb ist diese Aktion illegal […] sie bedeutet langsamen Selbstmord für die EU, weil sie die Politik der Sozialdemokratie allen Ländern aufzwingen will. […] Die unerbittliche Verfolgung von Polen und Ungarn geht weiter. Das ist eine sehr schlechte Nachricht, aber nicht nur für Polen und Ungarn, sondern für die gesamte Europäische Union und alle, die noch auf ein gemeinsames europäisches Projekt gehofft haben.
- Im Rahmen des Militärmanövers „Lynx-21“, das vom 5. bis 20. September in Polen stattfand, wurde die 12. mechanisierte Division aus Stettin (Pommern) – 4.000 Soldaten und 1.000 Fahrzeuge – in die Nähe von Nowa Dęba in der Woiwodschaft Podkarpackie (Karpatenvorland) verlegt. Mit dieser Übung sollen die Kapazität und die Geschwindigkeit der Verlegung der Truppen getestet werden.
- Der stellvertretende Bürgermeister von Krakau, Jerzy Muzyk, kündigte die bevorstehende Gründung eines neuen Stadtteils der südpolnischen Metropole an, der 9 km vom Stadtzentrum entfernt liegt und auf einer Fläche von 700 ha, darunter 65 ha Waldparks, 100.000 Einwohner beherbergen soll. Die wichtigste Neuerung dieses Projekts besteht darin, dass es auch eine „grüne Stadt“ sein wird: „Wir versuchen, das Viertel so zu gestalten, dass es den heutigen Herausforderungen wie dem Kampf gegen den Klimawandel, dem Umweltschutz und der Beseitigung der so genannten Wärmeinseln gerecht wird“, erklärte Herr Muzyk.
- Nachdem die Sprinterin Kristina Timanovskaya, die nach einem Streit mit ihren Trainern während der Olympischen Spiele in Tokio offenbar gegen ihren Willen nach Minsk zurückgeschickt werden musste, schließlich in Polen Zuflucht gefunden hat, haben die Warschauer Behörden nun auch der weißrussischen Reiterin Olga Safranova Asyl gewährt, die nach Kritik an den weißrussischen Behörden ebenfalls aus ihrer Nationalmannschaft ausgeschlossen wurde. „Wenn ich Weißrussland nicht verlassen hätte, wäre es für mich gefährlich gewesen“, sagte Safranova.
- Nach den Ungarn nun die Polen… Nach dem Spiel zwischen England und Polen, am Mittwoch, den 8. September in Warschau, beschwerte sich der englische Spieler Kyle Walker über rassistisches Verhalten des polnischen Spielers Kamil Glik. Der Spieler bestreitet die Vorwürfe.
- Vom 7. bis 9. September fand in Karpacz (Krummhübel), Niederschlesien, das XXX Wirtschaftsforum statt. Mit 4.500 Teilnehmern, hauptsächlich aus Mitteleuropa, ist das Wirtschaftsforum die größte Veranstaltung dieser Art im postsozialistischen Europa und wird von der Presse oft als „polnisches Davos“ bezeichnet. Unternehmer, Politiker, Journalisten und Akademiker konnten drei Tage lang auf mehreren Konferenzen ihre Ansichten darlegen und frei diskutieren.

Slowakei

- Nach einer Anfang September von Median SK durchgeführten und von der Tageszeitung Novinky zitierten Umfrage würde bei den Parlamentswahlen in der Slowakei an diesem Wochenende die Partei Hlas-SD des ehemaligen Ministerpräsidenten Peter Pellegrini mit 16,3 % der Stimmen vor ihrem verfeindeten

- Bruder Smer-SD von Robert Fico (12, 7 %), die Liberalen von Freiheit und Solidarität (12,3 %), die OL'aNO-Bewegung von Finanzminister Igor Matovič (10 %), die Konservativen von Sme Rodina (7,2 %) und eine neue rechtsextreme Partei, Republika (5,4 %), eine Abspaltung der Bewegung von Marian Kotleba, die voraussichtlich 3,3 % erreichen wird.
- Am Mittwoch, den 8. September, entschuldigte sich das Kabinett des slowakischen Premierministers Eduard Heger offiziell für die Umsetzung des „jüdischen Kodex", der den slowakischen Juden ab dem 9. September 1941 den Zugang zu Bildung und sozialem Leben verbot. „Die Regierung der Slowakischen Republik fühlt sich heute moralisch verpflichtet, öffentlich ihr Bedauern über die von der damaligen Staatsmacht begangenen Verbrechen zum Ausdruck zu bringen, nämlich die Verabschiedung einer beschämenden Verordnung, die die Menschenrechte und Grundfreiheiten von Bürgern jüdischer Herkunft einschränkt", so Ministerpräsident Eduard Heger in einer Erklärung.
- Papst Franziskus ist am Sonntag, den 12. September, in der Slowakei eingetroffen und wird bis Mittwoch bleiben. Während seines Besuchs auf Einladung der Präsidentin der Republik, der progressiven Zuzana Čaputová, wird der Papst Bratislava (Pressburg), Košice (Kaschau) und Prešov (Eperies) besuchen.

Tschechische Republik

- Der slowenische Finanzminister Andrej Šircelj, dessen Land derzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat, kündigte am Dienstag, den 7. September, an, dass „die Tschechische Republik […] bald mit der Umsetzung [ihres] Konjunktur- und Resilienzplans beginnen kann", der am Vortag von den europäischen Finanzministern verabschiedet worden war. Damit kann die Tschechische Republik die erste Tranche der ihr zustehenden 180 Milliarden Kronen (7 Milliarden Euro) erhalten.
- Wie am 2. September beim Start der ANO-Kampagne in Ústí nad Labem (Aussig a.d. Elbe) deutlich wurde, sind die Beziehungen zwischen dem tschechischen Premierminister Andrej Babiš und seinem Sohn nicht die besten… Andrej Babiš Jr. erklärte gegenüber der Presse, dass er beabsichtige, Strafanzeige gegen seinen Vater zu erstatten: „Gegen mich wurden Verbrechen begangen. Mein Vater muss sich für das verantworten, was er es gewagt hat, mir anzutun", erklärte er und beschuldigte insbesondere den tschechischen Premierminister, ihn auf der Krim entführen zu lassen, um ihn daran zu hindern, über die angebliche Veruntreuung europäischer Gelder in der sogenannten Storchennest-Affäre zu sprechen. Andrej Babiš Sr. seinerseits weist die Anschuldigungen seines Sohnes kategorisch zurück.
- Der tschechische Außenminister Jakub Kulhánek reiste am Dienstag, den 7. September, nach Vilnius (Wilna, Litauen), wo er mit dem litauischen Innenminister Agnė Bilotaitė eine Vereinbarung unterzeichnete, wonach die Tschechische Republik eine halbe Million Euro für den Bau des Grenzzauns an der weißrussischen Grenze bereitstellen wird.

Slowenien

- 10.9. der Minister für Digitalisierung Mark Boris Andrijanič und Staatssekretär Mag. Peter Geršak traf sich mit der Ministerin für Auslandsslowenen, Helena Jaklitsch, und Dr. Jureto Leskovec, um die notwendigen Änderungen zur Förderung der Rückkehr slowenischer Fachkräfte zu besprechen. Seit vielen Jahren ist die Abwanderung junger Menschen ins Ausland eines der drängendsten Probleme unseres Landes, da die wirtschaftliche Lage es unmöglich gemacht hat, junge Menschen, die in unserem Land ausgebildet wurden, aber wegen besserer Arbeitsbedingungen in andere

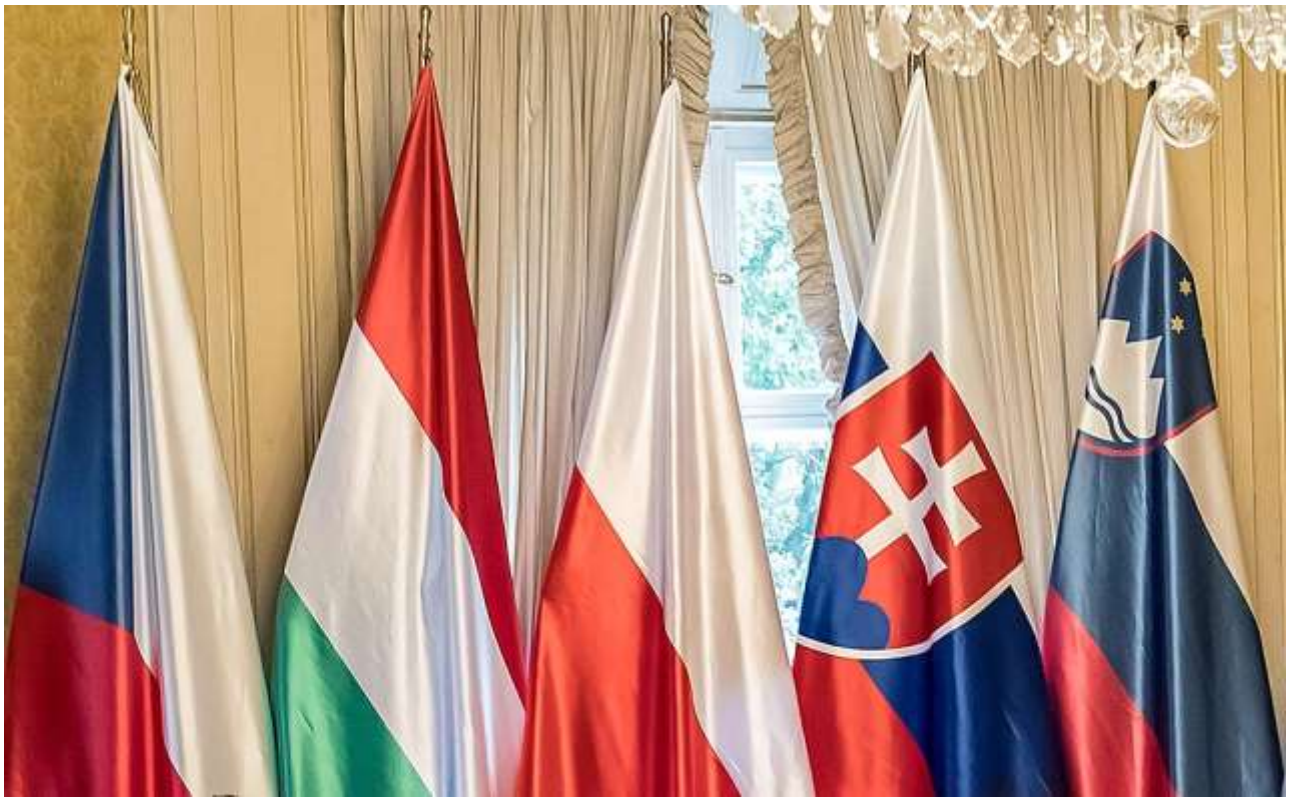
Länder abgewandert sind, zu halten. Nach Angaben des Statistischen Amtes hat sich die Zahl der Bürger, die aus Slowenien ausgewandert sind, zwischen 2011 und 2017 mehr als verdoppelt – von 4005 (2011) auf 8384 (2017). Von den mehr als 8000 Auswanderern im Jahr 2017 war etwa ein Drittel hochgebildet.

- 9.9. Premierminister Janez Janša wurde bei einer Zeremonie im Rahmen des 30. Wirtschaftsforums in Polen mit dem Preis für die Persönlichkeit des Jahres 2020 in Mittel- und Osteuropa ausgezeichnet. In seiner Grundsatzrede sagte er unter anderem, dass es „keine starke Europäische Union ohne ein starkes Mitteleuropa gibt. Tatsächlich gibt es keine echte Europäische Union ohne die Länder Mitteleuropas. Tatsächlich wird Mitteleuropa immer mehr zu dem, was der Name unseres Teils des Kontinents schon impliziert. Es ist etwas Zentrales, sowohl wirtschaftlich als auch in Bezug auf die Werte. Janša fügte hinzu, dass „die Grundsätze, auf denen die Gründungsväter der Europäischen Union, die in ihrer großen Mehrheit Christdemokraten waren, die Europäische Union gründeten, in dem berühmten Gebot des Heiligen Augustinus wurzeln. Und dieses Gebot lautet: Einigkeit in den Notwendigkeiten, Freiheit in den unerklärten Dingen, Barmherzigkeit in allen Dingen. Nur auf diesem Fundament können wir ein solides europäisches Gebäude errichten.“
- 8.9 Die LGBT-Ideologie wird von Jahr zu Jahr aggressiver. War es früher vor allem in amerikanischen Schulen zu finden, so hat es nun auch in europäischen Schulen Einzug gehalten. 61,7 % der Befragten stehen der Aufnahme gleichgeschlechtlicher Inhalte und der Förderung homosexueller und transsexueller Inhalte in slowenischen Schulen ablehnend gegenüber. Dies ergab eine kürzlich von Parsifal im Auftrag von Nova24TV durchgeführte Meinungsumfrage. Die Ergebnisse der Umfrage, die vom Meinungsforschungsinstitut Parsifal zwischen dem 30. August und dem 2. September durchgeführt wurde, zeigen, dass die Mehrheit der Befragten (44,7 %) die Aufnahme gleichgeschlechtlicher Inhalte und die Förderung von homosexuellen und transsexuellen Inhalten in slowenischen Schulen für unnötig hält, während 32,0 % der Befragten dies für notwendig halten. Wenn man bedenkt, dass 17,0 % der Befragten der Meinung sind, dass es schädlich ist, kann man zu dem Schluss kommen, dass 61,7 % der Befragten eine „negative“ Meinung dazu haben.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 30. August bis 05. September 2021

06. 09. 2021



Bildquelle: Demokracija

Slowenien

- Am Mittwoch, den 1. September, fand in Bled (dt. Veldes) das 16. Strategische Forum statt. In diesem Jahr waren die Hauptthemen des Forums die Erweiterung um die westlichen Balkanstaaten, die Erholung von der Covid-19-Epidemie und eine mögliche neue Welle von Migranten aus Afghanistan. Das Forum stand unter dem Motto „Die Zukunft Europas“. An dem Forum nahmen so viele ausländische Staatsmänner wie noch nie teil, darunter der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban, der tschechische Ministerpräsident Andrej Babiš, der slowakische Ministerpräsident Eduard Heger, der griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis, der serbische Präsident Aleksandar Vucic, der kroatische Ministerpräsident Andrej Plenković, der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel, der Präsident des Europäischen Parlaments David Sassoli und der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, der bulgarische Präsident Rumen Radev, die Mitglieder des bosnisch-herzegowinischen Ratsvorsitzes Šefik Džaferović und Željko Komšić, der Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei, Manfred Weber, die Vorsitzende der italienischen Konservativen, Giorgia Meloni, die Vorsitzende der italienischen konservativen Partei „Fratelli d’Italia“ und Präsidentin der Europäischen Konservativen und Reformisten, Marco Zanni, der Vorsitzende der Partei „Europäische Identität und Demokratie“, der albanische Premierminister Edi Rama sowie weitere Staatsmänner, Politiker und Experten.
- Am Freitag, den 3. September, drang die Anti-Villa-Gruppe von Ladislav Troha, die sich OPS nennt, in die Räumlichkeiten des staatlichen Fernsehsenders TV Slovenia ein. Sie brachen in das Studio ein und verursachten einen Aufruhr, bis sie von der Polizei angehalten und entfernt wurden. Zuvor hatten die Impfgegner eine

Protestkundgebung vor dem Gebäude von RTV Slovenia abgehalten, während im Zentrum von Ljubljana eine linke Demonstration stattfand.

- Am Samstag, den 4. September, feierten die Präsidenten Sloweniens und Ungarns, Borut Pahor und Janos Ader, in Monostru das 30-jährige Bestehen der Union der Slowenen in Ungarn. Nationale Minderheiten seien mehr als nur eine Brücke zwischen Ländern, betonte Pahor. „In einer Zeit, in der die Krisensituation uns daran erinnert, wie wichtig gute Nachbarschaft und grenzüberschreitender Zusammenhalt sind, ist dies von besonderer Bedeutung“, sagte er.

Ungarn

- Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó gab am Montag, den 30. August, bekannt, dass „Ungarn und Russland einen neuen Gasliefervertrag“ mit einer Laufzeit von 15 Jahren abgeschlossen haben, der die jährliche Lieferung von 4,5 Mrd. m³ Gas durch Gazprom vorsieht, wovon 3,5 Mrd. m³ über die Turkish Stream-Pipeline durch Serbien geliefert werden sollen.
- Der Europäische Gerichtshof hat am Mittwoch, den 1. September, entschieden, dass das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) sich nicht weigern darf, die Ermittlungsakten über die Elios Zrt. zu veröffentlichen. – in die István Tiborcz, der Schwiegersohn des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, verwickelt ist, da die ungarischen Justizbehörden in Ermangelung eines Verstoßes kein Verfahren in diesem Fall eingeleitet haben. Das OLAF ist nämlich nur verpflichtet, über laufende Fälle zu schweigen.
- Laut dem ungarischen Bankenverband (Magyar Bankszövetség), der am Montag, den 30. August von der Wirtschaftszeitung Világgazdaság zitiert wurde, halten die Ungarn viel zu viel Bargeld: „Die große Menge an Bargeld, die in den Haushalten und in der Wirtschaft im Allgemeinen zirkuliert, hat neben den bekannten Nachteilen wie hohen Kosten, Anheizen der Schattenwirtschaft und Sicherheitsrisiken, die die körperliche Unversehrtheit der Besitzer beeinträchtigen können, leider auch viele negative Auswirkungen auf die Umwelt, von der Produktion über den Verkehr bis hin zu den Emissionen, die bei der Vernichtung entstehen“, erklärt Levente Kovács, Generalsekretär des Ungarischen Bankenverbandes.
- Die ungarische Billigfluggesellschaft Wizzair kündigte am Mittwoch, den 1. September, an, dass ab dem 1. Dezember die Impfung gegen Covid für ihr Flugpersonal obligatorisch sein wird. Die Fluggesellschaft begründete ihre Entscheidung damit, dass „die Regierungen zunehmend einen Impfnachweis für die Besatzung verlangen […] Wir sind dafür verantwortlich, die Besatzung und die Passagiere an Bord zu schützen, indem wir das Covid-19-Risiko verringern, und die Impfung spielt in dieser Hinsicht eine Schlüsselrolle“.
- Mehr als 100 afghanische Flüchtlinge sind am Mittwoch, den 1. September, mit einem Bus im Lager Vámosszabadi (Komitat Győr-Moson-Sopron) angekommen. Eine weitere Gruppe afghanischer Flüchtlinge (etwa 20 Familien) wird in den kommenden Tagen nach Balassagyarmat (Komitat Nógrád) transportiert werden.
- Die Europaabgeordnete Klára Dobrev (DK), die bei den Wahlen im April 2022 für das Amt des Ministerpräsidenten kandidiert, erklärte in einem Interview mit der Nachrichten-Website Index, dass sie das Wahlrecht für ungarische Staatsbürger, die nicht im Land wohnen, abschaffen wolle. Die Verleihung der ungarischen Staatsbürgerschaft durch die Regierung von Viktor Orbán kurz nach seiner Rückkehr an die Macht an ethnische Ungarn – vor allem in Siebenbürgen und in der Vojvodina, die seit dem Vertrag von Trianon rumänisch bzw. serbisch sind – hatte diesen magyarischen Bevölkerungsgruppen, die dem Fidesz näher stehen, das Wahlrecht verliehen.

- Am 2. September erklärte der dänische Minister für Einwanderung und Integration, Mattias Tesfaye, auf einer Pressekonferenz nach dem Treffen der EU-Innenminister in Brüssel: „Es war ein Fehler, den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán dafür zu kritisieren, dass er 2015 eine Stacheldrahtmauer an der Grenze errichtete […] Bekanntlich hat die Mehrheit der europäischen Staats- und Regierungschefs die Abriegelung der Südgrenze zunächst stark kritisiert, aber jetzt erkennen immer mehr Menschen, dass der ungarische Ministerpräsident in der Einwanderungsdebatte Recht hatte. […] Damals strömten die Flüchtlinge auf Europas Autobahnen und wir waren nicht in der Lage, unsere Außengrenzen zu schützen.
- Laut einer Studie des Europäischen Rates für Auswärtige Angelegenheiten, die am Freitag, den 3. September, von der Zeitschrift *Mandiner* zitiert wurde, sind 71 % der Ungarn der Ansicht, dass die gesundheitlichen Beschränkungen von ihrer Regierung angemessen gehandhabt wurden, verglichen mit nur 52 % in Österreich, 48 % in Italien und 40 % in Deutschland. Die Auswirkungen der Pandemie waren offenbar nicht überall in Europa gleich stark ausgeprägt. So sagen beispielsweise 72 % der Dänen, 65 % der Deutschen und 64 % der Franzosen, dass sie von der Pandemie nicht betroffen sind, während nur 36 % der Spanier und 35 % der Ungarn dies so sehen. 31 % der Portugiesen, 23 % der Italiener und 22 % der Spanier gaben an, dass sie hauptsächlich von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Gesundheitsbeschränkungen betroffen seien. Was schließlich die Krankheit selbst betrifft, so geben 48 % der Ungarn, 47 % der Polen, 42 % der Spanier und 41 % der Bulgaren an, dass sie selbst oder Angehörige, die erkrankt sind, direkt von Covid betroffen waren.
- Laut der Website honvedelem.hu ist der freiwillige Militärdienst viel erfolgreicher als ursprünglich erwartet. Bis zum 31. August hatten sich 700 junge Ungarn für das neue Programm angemeldet, statt der ursprünglich geplanten 400.
- Die ungarischen Gesundheitsbehörden, die von der liberalen Wochenzeitung HVG zitiert werden, stellten am 4. September klar, dass der Impfpass unter bestimmten Bedingungen für den Theater- oder Kinobesuch nicht erforderlich sei: „Wenn eine kulturelle Veranstaltung an einem für diese Kunst vorgesehenen Ort stattfindet […] und der Zuschauer während der Vorstellung sitzt, [dann] ist kein Schutznachweis erforderlich, jeder kann frei ins Theater, ins Kino, in den Zirkus, zu Konferenzen usw. gehen“.
- Am Samstag, den 4. September, versammelten sich auf Aufruf der nationalistischen Partei Mi Hazánk rund tausend Menschen vor dem Amtssitz von Ministerpräsident Viktor Orbán, um gegen die Impfpflicht und die Impfung von Kindern zu demonstrieren.

Polen

- Nach Angaben der polnischen Kreditauskunftei, die von der Tageszeitung *Rzeczpospolita* zitiert werden, wurden im Juli 2021 in Polen 24.600 Wohnungsbaukredite mit einem Gesamtvolumen von 8,1 Mrd. Zloty (1,78 Mrd. Euro) vergeben, was einem Anstieg von 45 % bei der Anzahl der Kredite und 70 % beim Wert im Vergleich zum Juli 2020 entspricht. Dies ist ein neuer Rekord, da die Marke von 8 Milliarden Zloty in einem Monat noch nie überschritten wurde.
- Aufgrund der aktuellen Migrationskrise an der weißrussischen Grenze ist der Bau eines Grenzzauns zwischen Polen und Weißrussland das Gebot der Stunde. Laut dem polnischen Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak, der am 24. August von der *Rzeczpospolita* zitiert wurde, orientieren sich die polnischen Behörden an dem 2015 zwischen Ungarn und Serbien errichteten Grenzzaun.
- Nach dem Sejmik (Regionalrat) der Woiwodschaft Kleinpolen hat sich nun auch der Sejmik der Woiwodschaft Lublin am Freitag, den 27. August, geweigert (mit 17 gegen

14 Stimmen), von seiner Resolution abzurücken, in der er sich gegen die LGBT-Ideologie ausspricht. Damit widersetzt er sich dem Druck der Europäischen Kommission, die damit droht, die europäischen Subventionen für die Woiwodschaft Lublin zu kürzen.

- Der polnische Gesundheitsminister Adam Niedzielski kündigte am Samstag, den 28. August, an, dass Polen in Kürze gefährdeten Personen die Möglichkeit bieten wird, eine dritte Dosis des Impfstoffs gegen das Coronavirus zu erhalten. Die polnischen Gesundheitsbehörden „akzeptieren die Verabreichung einer dritten Dosis für Personen mit verminderter Immunität […] Was den Zeitpunkt der Verabreichung der dritten Dosis betrifft, so wurde dieser auf frühestens 28 Tage nach dem Ende des Grundimpfzyklus festgelegt“, erklärte er. Mehrere andere Länder, darunter die Vereinigten Staaten, Israel, Deutschland, Frankreich, Österreich und Ungarn, haben sich bereits dafür entschieden, die dritte Dosis für gefährdete Personen anzubieten.
- Der polnische Präsident Andrzej Duda stattete der Republik Moldawien am Freitag, den 27. August, anlässlich des Unabhängigkeitstages der ehemaligen Sowjetrepublik einen offiziellen Besuch ab. Er traf dort mit der kürzlich gewählten prowestlichen Präsidentin Maia Sandu zusammen und äußerte die Hoffnung, dass „die Republik Moldawien nicht nur ein Partner der Drei-Meere-Initiative, sondern auch ein Vollmitglied wird“.
- Am Montag, dem 30. August, kündigte PepsiCo an, dass es in Środa Śląska (Neumarkt, Niederschlesien) seine fünfte Produktionsstätte errichten wird. Die Investition beläuft sich auf eine Milliarde Zloty, umgerechnet 218 Millionen Euro, und wird zur Schaffung von 450 Arbeitsplätzen führen.
- Der polnische Präsident Andrzej Duda hat am Montag, den 30. August, klargestellt, dass er gegen Zwangsimpfungen ist: „Ich bin absolut gegen Zwangsimpfungen. Ich glaube, das würde zu sozialen Unruhen führen“, sagte er vor dem Ministerrat, der sich mit den gesundheitlichen Vorbereitungen für den Beginn des Schuljahres befasste. „Die Menschen sind sehr besorgt darüber, dass es zu einem weiteren Einschluss kommt und die Kinder nicht zur Schule gehen können“, sagte Duda. Die Eltern haben Angst davor, vor allem wegen der Situation ihrer Kinder, vor allem wegen ihrer psychischen Situation […] Ich bin absolut gegen Zwangsimpfungen. Ich denke, es würde zu sozialen Unruhen führen, es ist eine Frage der Verantwortung der Menschen. Jeder muss diese Verantwortung allein übernehmen. Der polnische Staat ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass jeder geimpft werden kann. Wir brauchen einen Impfstoff für jeden Bürger, [aber] wenn die Menschen dazu gezwungen werden, werden wir eine schlechte soziale Situation haben.“
- Unterdessen erklärte der polnische Justizminister und Vorsitzende der Partei Solidarna Polska, Zbigniew Ziobro, am Sonntag, den 29. August, dass seine Partei gegen die Einführung einer Pflichtimpfung gegen Covid sei. Diese Äußerungen stehen im Widerspruch zu den Empfehlungen von Professor Andrzej Horban, dem Vorsitzenden des Medizinischen Rates des Premierministers, der erklärte, er hoffe, „dass die Regierung beschließen wird, dass Pflichtimpfungen für „bestimmte Gruppen mit Infektionsrisiko durchgeführt werden“.
- Der Vorsitzende der Bürgerplattform (PO), Donald Tusk, erklärte am 27. August gegenüber *Campus Polska*, dass die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften eine seiner ersten Entscheidungen sein würde, sollte er nach den nächsten Parlamentswahlen an die Macht zurückkehren. Diese Aussage wurde von dem LGBT-Aktivisten Bart Staszewski kritisiert, der „volle Gleichberechtigung“, d. h. die gleichgeschlechtliche „Ehe“, fordert.
- In einer Botschaft zum 14. Jahrestag der Danziger Streiks im August 1980, die zur Gründung der Gewerkschaft Solidarność führten, erklärte der polnische Präsident Andrzej Duda, er betrachte dieses Ereignis als „einen der entscheidenden Momente in der Geschichte unseres Heimatlandes“. Duda erinnerte daran, dass damals

landesweit mehr als 700 000 Arbeitnehmer die Bewegung unterstützten, und sagte: „Sie haben die Streikenden in Danzig und Stettin unterstützt, weil sie die enorme Kraft der Einheit gespürt haben. Eine Kraft, die die Beamten des kommunistischen Regimes in Angst und Schrecken versetzte und sie zwang, die Forderungen der Arbeiter anzuerkennen."

- Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Věra Jourová, besuchte Polen vom 30. August bis zum 1. September, wo sie Gespräche mit Premierminister Mateusz Morawiecki, dem neuen Ombudsmann Marcin Wiącek sowie Szymon Hołownia, dem Vorsitzenden der Oppositionsbewegung Polska 2050, die in den Umfragen derzeit auf Platz zwei hinter der PiS liegt, führte. „Ich freue mich darauf, mehr Details darüber zu erfahren, wie Polen die jüngsten Beschlüsse umzusetzen gedenkt, und ich bin bereit, Polen bei der Umsetzung des EU-Rechts zu unterstützen", sagte sie nach ihrem Treffen mit dem Regierungschef.
- Die polnischen Behörden kündigten am Dienstag, den 31. August, die Entwicklung eines großen Infrastrukturprojekts rund um die Hauptstadt Warschau an, das den Bau von 1.000 Kilometern Eisenbahnstrecke und eines neuen Flughafens vorsieht. Die Arbeiten werden im Jahr 2023 beginnen und voraussichtlich 2027 abgeschlossen sein. Der neue Flughafen wird anfänglich von 45 Millionen Menschen pro Jahr genutzt werden, wobei die Kapazität mittelfristig auf 100 Millionen Passagiere pro Jahr steigen soll. Die Anwohner haben sich vor kurzem gegen das Projekt ausgesprochen, während die Opposition das 10 Milliarden Zloty (2,2 Milliarden Euro) teure Vorhaben für unnötig hält, da es bereits vier Flughäfen in der Nähe der polnischen Hauptstadt gibt.
- Nach ersten Schätzungen des polnischen Statistischen Zentralamtes (GUS) lag die Inflation in Polen im August bei 5,4 % im Vergleich zum Vorjahresmonat. Dies ist die höchste Inflation seit 20 Jahren. Experten zufolge könnte diese hohe Inflation, die vor allem auf steigende Preise für Lebensmittel und alkoholfreie Getränke zurückzuführen ist, bis Ende des Jahres sogar 5,6 % erreichen und wird für das Jahr 2022 voraussichtlich bei etwa 4 % liegen.
- Laut zwei aktuellen Studien, die am Dienstag, den 31. August, von der konservativen Zeitschrift *Do Rzeczy* zitiert wurden, sind 52,3 % der Polen besorgt über eine mögliche vierte Welle der Coronavirus-Pandemie, während 31,6 % sagen, dass sie keine Angst davor haben, während 9,3 % keine Meinung zu diesem Thema haben und 6,8 % sich nicht dafür interessieren. Interessant ist, dass die Altersgruppe der 36- bis 55-Jährigen am stärksten betroffen ist (60 %), dass 65 % derjenigen, die bereits zwei Dosen des Impfstoffs erhalten haben, besorgt sind, gegenüber 44,4 % derjenigen, die nur eine Dosis erhalten haben, und nur 33 % derjenigen, die nicht geimpft wurden. „Diejenigen, die nicht geimpft sind, fühlen sich im Allgemeinen nicht durch das Phänomen der Pandemie selbst bedroht", erklärt Krzysztof Zych vom UCE Research Institute.
- Mit Blick auf den Beginn des Schuljahres am Ende des Ministerrats am 30. August erklärte Präsident Andrzej Duda, dass die Regierung keinen neuen Lockdown erwäge: „Es gibt absolut keine Lockdown-Maßnahmen […] Kinder und Jugendliche gehen ganz normal zur Schule, wie immer […] Kinder sollen nicht mit Masken am Unterricht teilnehmen, sondern nur in den Gemeinschaftsräumen". In Bezug auf die so genannte „vierte Welle" ist der Staatschef der Ansicht, dass Polen „in der Lage ist, die Zahl der Kinderbetten in zwei, maximal drei Tagen zu erhöhen. […] Unter den derzeitigen Bedingungen wird die bevorstehende Pandemiewelle voraussichtlich nicht sehr hoch sein. Wir erwarten, dass es viel ruhiger wird".
- Am Montag, den 30. August, war der Vizepräsident der Europäischen Kommission und EU-Kommissar für Klimaschutz, Frans Timmermans, zu Gast auf dem von Rafał Trzaskowski organisierten Future of Poland Campus in Olsztyn (Allenstein). Mit Blick auf die angespannten Beziehungen zwischen Brüssel und Warschau sagte er: „Die

Europäische Union kann ohne Polen nicht existieren. […] Vielleicht ist es höchste Zeit, bei den Grundwerten und Grundlagen keine Kompromisse einzugehen, da gibt es keinen Verhandlungsspielraum. Der Grundgedanke der Europäischen Union ist, dass für alle die gleichen Regeln und Vorschriften gelten. Wir verlassen uns auf Texte und Gesetze, nicht auf starke Macht. Dafür brauchen wir freie Gerichte und freie Medien […] Ihr jungen Leute seid es, die mir Hoffnung geben, ihr seid es, die Polen in Ordnung bringen und auf den richtigen Weg zurückbringen werden […] Es liegt ein Kampf vor euch".

- Am Mittwoch, den 1. September, sagte der polnische Gesundheitsminister Adam Niedzielski in den Polsat-Nachrichten, dass, falls die Entwicklung der Pandemie erneut gesundheitliche Einschränkungen erforderlich machen sollte, diese nicht die Geimpften betreffen würden, die „nicht den Preis für die Verantwortungslosigkeit anderer tragen müssen".
- Am 1. September gedachte Polen des 82. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkriegs. Der polnische Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak sagte bei den Feierlichkeiten auf der Halbinsel Westerplatte bei Danzig, wo vom 1. bis 7. September 1939 die erste Schlacht des Polenfeldzugs stattfand: „Die Polen haben nicht aufgegeben, sie haben für ein freies Vaterland gekämpft. Es muss betont werden, dass die Polen nicht mit den Deutschen kollaboriert haben. Dies ist sehr wichtig. Der polnische Präsident Andrzej Duda nahm seinerseits an den Gedenkfeiern in der Stadt Wieluń (Welun, Woiwodschaft Łódź) teil, die am 1. September 1939 Ziel des ersten deutschen Luftangriffs auf Polen war. „Es war ein ähnlicher Morgen wie der heutige. Die deutschen Piloten sprechen in ihren Berichten von bedecktem Himmel, Nebel, schlechter Sicht. Es war dunkel […], als die Hölle über die weitgehend schlafenden Einwohner von Wieluń hereinbrach. […] Die deutschen Piloten erinnerten sich, wie sie die Bomben auf die Menschenmassen abwarfen. Nicht auf die Armee, nicht auf militärische Einrichtungen, nicht auf Soldaten, sondern auf Menschen, die sich auf dem Marktplatz und in den Straßen versammelt hatten, vor allem auf das Krankenhaus, auf dem ein großes rotes Kreuz stand. Sie konnten keinen Fehler machen. Es war ein Terrorakt, es war kein gewöhnlicher Krieg […] Es war von Anfang an ein Verstoß gegen alle Regeln des Krieges, die damals galten und heute noch gelten […] Gleich nach dem Krankenhaus wurden in einer zweiten Phase Kirchen und die Synagoge bombardiert", erinnerte Präsident Duda in seiner Rede.
- Gute Nachrichten für die polnischen Finanzen. Das polnische Finanzministerium gab am Dienstag, den 31. August, bekannt, dass die Gesamteinnahmen des polnischen Staates bis Ende des Jahres 474 Milliarden Zloty (105 Milliarden Euro) erreichen werden, was 70 Milliarden Zloty (16 Milliarden Euro) mehr als im Haushalt vorgesehen ist. Infolgedessen würde das öffentliche Defizit Polens im laufenden Jahr weniger als 13 Milliarden Zloty (3 Milliarden Euro) betragen, statt der ursprünglich geplanten 82 Milliarden Zloty.
- Angesichts der Migrationskrise an der weißrussischen Grenze hat der polnische Präsident Andrzej Duda auf Ersuchen der Regierung den 30-tägigen Ausnahmezustand in den Grenzgebieten zu Weißrussland ausgerufen.
- Zwei polnische Milliardäre, Zygmut Solorz und Michał Sołowow, kündigten am Donnerstag, den 2. September, ihre Absicht an, in Pątnów (Pathenau) bei Wieluń (Woiwodschaft Łódź) einen Atomreaktor zu bauen. „Wir brauchen billige und saubere Energie, um uns entwickeln zu können […] Das Atom ist eine saubere und ökologische Energiequelle, und dieses Projekt hat mich mit Michał Sołowow zusammengebracht. Unser gemeinsames Ziel – ein sauberes und geeintes Polen – ist die Mühe wert, und ich bin überzeugt, dass wir es gemeinsam erreichen können", sagte Zygmunt Solorz.

- Der LGBT-Aktivist Bart Staszewski, der dafür bekannt ist, an den Eingängen von Städten, die eine Resolution gegen die LGBT-Ideologie verabschiedet haben, Schilder mit der Aufschrift „LGBT-freie Zonen“ aufzustellen, griff einen Sprecher des Außenministeriums wegen seiner Homosexualität an: „Wenn Łukasz Jasina, der neue Sprecher des Außenministeriums, tatsächlich schwul ist, dann sollte man natürlich darüber sprechen und ihn lächerlich machen“, sagte er. Eine ziemlich merkwürdige Art, die Rechte von Homosexuellen zu verteidigen, wie viele polnische Persönlichkeiten betont haben.
- Am Sonntag, den 5. September, fand in Toruń (Thorn, Woiwodschaft Kujawien-Pommern) eine von der Partei Konfederacja organisierte Demonstration gegen die Rassentrennung im Gesundheitswesen statt.

Slowakei

- Nur sehr wenige Slowaken haben sich für die Teilnahme an den „voll geimpften“ Treffen mit dem Papst während seines Besuchs in der Slowakei vom 12. bis 15. September angemeldet. Pater Martin Kramara, Sprecher des slowakischen Episkopats, musste zugeben, dass das Interesse der Bevölkerung „geringer als erwartet“ war, während die Bischöfe die Gläubigen aufriefen, sich zu registrieren.

Tschechische Republik

- Am Donnerstag, den 2. September, eröffnete der tschechische Ministerpräsident Andrej Babiš auf der Burg Větruše in der Region Ústí nad Labem (Aussig an der Elbe, Nordböhmen) seinen Wahlkampf für die Parlamentswahlen und stellte die Grundzüge seines Programms vor, wobei er seine Ablehnung der Aufnahme von Migranten bekräftigte: „Solange ich Ministerpräsident bin, werden wir keinen einzigen illegalen Migranten aufnehmen“, erklärte er. Diese erste Veranstaltung der ANO-Kampagne wurde durch die spontane Ankunft des Sohnes des Premierministers, Andrej Babiš Jr., gestört, der seinen Vater auf Slowakisch – die Familie Babiš ist slowakischer Herkunft – ziemlich heftig herausforderte und ihm vorwarf, ihn in der sogenannten Storchennest-Affäre benutzt zu haben.
- Nach Angaben des tschechischen Statistikamtes stieg der durchschnittliche Monatslohn in der Tschechischen Republik innerhalb eines Jahres um 11,3 % auf 38.275 CZK im zweiten Quartal 2021. Das bedeutet, dass die Arbeitnehmer im Durchschnitt 3 893 CZK pro Monat mehr verdienten als vor einem Jahr, was unter Berücksichtigung der Inflation 8,2 % mehr Kaufkraft bedeutet. Dies ist der höchste Lohnzuwachs seit 2000.

Rumänien

- Regierungskrise in Bukarest. Die Mitte-Rechts-Koalition besteht aus der PNL (Partidul Național Liberal) von Ministerpräsident Florin Cîțu, der reformorientierten Partei USR-PLUS (Uniunea Salvați România) und der Demokratischen Union der Ungarn in Rumänien (Romániai Magyar Demokrata Szövetség, RMDSZ-UDMR) steht auf der Kippe und wurde am Freitag, den 3. September, durch den Austritt der USR gebrochen, die das Regierungsabkommen aufkündigte, alle ihre Minister zurückzog und die Einreichung eines Misstrauensantrags gegen Florin Cîțu ankündigte. Die derzeitige Regierungskrise wurde durch die Entlassung von Justizminister Stelian Ion (USR-PLUS) durch Herrn Cîțu ausgelöst, ohne dass dieser zuvor seine Partner konsultiert hatte. In ähnlicher Weise hatte er bereits im vergangenen April gehandelt und Gesundheitsminister Vlad Voiculescu (ebenfalls USR-PLUS) entlassen. Den Ankündigungen der Opposition zufolge wird erwartet,

dass sowohl die Nationalisten des Bündnisses für die Einheit der Rumänen als auch die Sozialdemokraten der PSD den Misstrauensantrag der USR-PLUS unterstützen werden, der somit rechnerisch angenommen werden dürfte.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

P o l e n

03) Polen erschließt westliche Gasquellen und wendet sich von russischer Energie ab

14. 09. 2021

Baltic Pipe-Gasleitung im Bau · *Bildquelle: Saipem-Gaz-System*

Polens Bedarf an Gasenergie wird bis 2030 um 50 Prozent steigen, doch Polen will künftig einen Großteil seines Energiebedarfs aus Norwegen decken

Nach Ansicht des Regierungsbevollmächtigten für strategische Energieinfrastruktur, Piotr Naimski, besteht für Polen keine Notwendigkeit, den Gasvertrag mit der russischen Gazprom bis 2022 zu verlängern.

Im Zusammenhang mit der Abkehr von der Kohleenergie räumte Naimski ein, dass Polen seine Kohleenergiequellen durch Gas ersetzen müsse. Er erklärte, dass der Gasverbrauch in Polen bis 2030 um 50 Prozent steigen werde.

Er zeigte sich zuversichtlich, dass Polen nicht beabsichtigt, sich von russischen Lieferungen abhängig zu machen und seinen Vertrag mit der russischen Gazprom nicht verlängern wird, wenn dieser am 31. Dezember 2022 ausläuft.

Naimski ist der Ansicht, dass die derzeitigen Pläne zum Bau zusätzlicher Einspeisungen in das polnische Gasnetz die Einführung mehrerer anderer Gaslieferanten als Russland ermöglichen werden.

In diesem Fall verwies er auf das Projekt Baltic Pipe und bestätigte, dass alles darauf hindeutet, dass die Pipeline am 1. Oktober 2022 in Betrieb genommen wird. Er wies darauf hin, dass die jüngsten Umweltprobleme im Zusammenhang mit der Pipeline von Dänemark gelöst worden seien.

„Wir sollten zu diesem Zeitpunkt positiv gestimmt sein. Es sieht so aus, als würde die Pipeline im nächsten Jahr fertiggestellt und rechtzeitig fertig werden. Das bedeutet, dass wir die Situation unter Kontrolle haben“, sagte er.

Da Polen technisch in der Lage ist, Gas aus dem Westen zu transferieren, wird es Zugang zu einer weiteren Quelle in Form des europäischen Marktes an der Rohstoffbörse haben. Polen wird in der Lage sein, das von ihm benötigte Gas direkt zu kaufen.

„Wir befinden uns in der letzten Phase der Umsetzung unserer Strategie zur Diversifizierung der Gasversorgungswege und -quellen für Polen. Das ist das Ziel unserer Aktivitäten, und ich bin überzeugt, dass wir Ende 2022 sagen können, dass wir dieses Ziel erreicht haben“, sagte Minister Naimski.

Die Baltic Pipe ist ein strategisches Projekt, mit dem ein neuer Weg für die Lieferung von verflüssigtem Erdgas aus Norwegen an die polnischen und dänischen Märkte und andere Endverbraucher in den Nachbarländern geschaffen werden soll. Die Pipeline wird in der Lage sein, jährlich 10 Milliarden Kubikmeter Gas nach Polen und 3 Milliarden Kubikmeter von Polen nach Dänemark zu transportieren.

Quelle: Bankier.pl

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Polexit-Option ist im rechten Lager kein Tabu mehr

12. 09. 2021

Bildquelle: VP

Könnte sich die PiS, die die EU-Mitgliedschaft bisher bedingungslos unterstützt hat, in der Frage des Polexit ihre Meinung ändern? Nach der Bekanntgabe der Forderung der Europäischen Kommission nach einer täglichen Geldstrafe gegen Polen wegen seiner Justizreform deutete der Vorsitzende der PiS-Fraktion im Sejm, Ryszard Terlecki, dies an und sagte: „*Wir sollten darüber nachdenken, wie wir so weit wie möglich zusammenarbeiten können, damit wir alle in der EU sind, aber damit diese Union für uns akzeptabel ist*“, und fügte hinzu: „*Wenn sich die Dinge so entwickeln, wie es scheint, werden wir nach drastischen Lösungen suchen müssen*.“ Diese Worte wurden von der Opposition als Drohung mit Polexit interpretiert, zumal Terlecki dann das britische Beispiel anführte: „*Die Briten haben gezeigt, dass ihnen die Diktatur der Brüsseler Demokratie nicht liegt. Sie kehrten ihr den Rücken zu und gingen. Wir wollen nicht weg. Die Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft ist in unserem Land sehr groß. Aber wir dürfen uns nicht in etwas hineinziehen lassen, das unsere Freiheit und Entwicklung einschränkt.*“

Eine Umfrage der Zeitung *Rzeczpospolita* vom Juli ergab, dass heute nur 17 % der Polen einen Austritt aus der EU befürworten würden. Das ist nicht viel, aber ein deutlicher Anstieg gegenüber den 7–8 % in zwei Umfragen im Herbst 2020. „*Das jahrelange Gerangel mit Brüssel zeigt Wirkung. Nur die Hälfte der Polen vertraut der EU*“, titelte schon die Zeitung *Rzeczpospolita* im Mai nach der Veröffentlichung der jüngsten Eurobarometer-Umfrage, aus der hervorging, dass das Vertrauen in die Europäische Union in Polen im vergangenen Jahr am stärksten gelitten hat. Nur noch 50% der Polen vertrauen der EU (ein Minus von 6 Punkten), während 38% ihr nicht vertrauen und 12% keine Meinung dazu haben. Die Polen, die traditionell (wie die meisten Völker des ehemaligen kommunistischen Blocks) überwiegend EU-freundlich sind, liegen nun weit hinter dem europhilsten Land (den Portugiesen mit 78 % Vertrauen in die EU) zurück.

Im Gegensatz zu dem, was die liberale und linke Opposition zu glauben versucht, die der Partei von Jarosław Kaczyński seit 2015 vorwirft, sie wolle Polen, ohne es zuzugeben, zum Austritt führen, hat die PiS immer die EU-Mitgliedschaft befürwortet, die ihrer Ansicht nach im strategischen Interesse Polens liegt und zudem von der großen Mehrheit der Wähler gewünscht wird. Der Regierungssprecher von Mateusz Morawiecki, Piotr Müller, bekräftigte dieses Engagement nach der vom Vorsitzenden der PiS-Fraktion im Sejm ausgelösten Kontroverse. Er versicherte, dass Warschau nicht die Absicht habe, die EU zu verlassen, dass es allerdings nicht darum gehe, alles, was von Brüssel auferlegt werde, „*wie in der Ära Tusk*“, kleinlaut zu akzeptieren.

Bisher war nur die Opposition rechts von der PiS, d.h. die *Konfederacja* (Koalition aus Nationalisten und Libertariern), mit 11 Abgeordneten im Sejm (von 460) für den EU-Austritt. Die Diskussion über die Möglichkeit eines Austritts aus der EU und die Notwendigkeit, sich in Konflikten mit Brüssel diese Lösung notfalls vorzubehalten, wurde jedoch vor fast einem Jahr von der liberal-konservativen Wochenzeitung *Do Rzeczy* angestoßen, die regelmäßig als einflussreichste Wochenzeitung in Polen gilt, was die Anzahl der Zitate in anderen Medien angeht. Nachdem sie es gewagt hatte, die Debatte zu eröffnen, wurde *Do Rzeczy* Anfang August von Donald Tusk, dem ehemaligen Präsidenten des Europäischen Rates und derzeitigen Vorsitzenden der Bürgerplattform (PO), einer liberal-libertären Partei, die zunehmend euroföderalistisch eingestellt ist (im Gegensatz zur sozialkonservativen PiS, die eine Europäische Union bevorzugt, die die nationale Souveränität stärker respektiert), beschuldigt, ein Vertreter der „russischen Ordnung“ zu sein. In Anlehnung an die Rhetorik der Opposition, die ihre Anhänger davon abhalten will, sich an die „schlechten“ Medien zu wenden, nutzte Tusk die Gelegenheit, diese Wochenzeitung als „Sprecher der PiS“ zu bezeichnen. Dies ist völlig ungerechtfertigt, da die PiS in dieser Wochenzeitung oft heftig kritisiert wird, u.a. gerade wegen der Zugeständnisse, die sie gegenüber Brüssel gemacht hat (aber auch z.B. wegen ihrer allzu „sozialistischen“ Wirtschaftspolitik und ihrer Anti-Covid-Politik, die als übermäßig hysterisch gilt und die bürgerlichen Freiheiten untergrabe). All dies zeigt, dass die von *Do Rzeczy* angestoßene Debatte keine PiS-Debatte ist, sondern eine Debatte innerhalb der polnischen konservativen Rechten. Und das ist die Neuheit.

Es sei auch daran erinnert, dass die PiS-Fraktion im Parlament aus Abgeordneten der PiS und dreier kleinen verbündeten Parteien besteht, darunter die Partei *Solidarna Polska* von Justizminister Zbigniew Ziobro. In einem Interview mit der Zeitung *Rzeczpospolita*, das am 5. August veröffentlicht wurde, wies Ziobro darauf hin, dass, wenn die Folgen des Klima-Energie-Pakets berücksichtigt werden, der Zeitraum, der vom EU-Haushalt 2021–27 abgedeckt wird, das erste Mal wäre, dass die EU-Mitgliedschaft Polen mehr kosten würde, als sie in Form von Subventionen und anderen Hilfen einbringen würde. „*Polens Mitgliedschaft in der EU wird immer teurer*“, betonte er und verwies auf Berechnungen von Wirtschaftswissenschaftlern, die auf einen negativen Saldo der Finanztransfers aus Westeuropa in die ehemaligen osteuropäischen Länder (einschließlich Polen) hindeuten, wenn nicht nur die EU-Mittel, sondern auch die Transfers von Unternehmen berücksichtigt werden.

Auf die Frage „*Sollen wir um jeden Preis in der EU sein?*“, antwortete Ziobro am 5. August: „*Wir müssen uns bemühen, unsere Rolle und Position in der EU um jeden Preis zu verteidigen. Andernfalls werden Polen und die Polen durch die Mitgliedschaft in der EU verlieren. Also: EU-Mitgliedschaft ja, aber nicht um jeden Preis. Dies ist der Standpunkt von Solidarna Polska, denn ich spreche hier nicht im Namen der Regierung oder der anderen Koalitionsparteien*.“

Ohne Ziobros Partei verfügt die PiS-Fraktion allerdings nicht über die Mehrheit im Parlament. Und den Umfragen zufolge kann die von der PiS geführte Koalition der Vereinigten Rechten, zu der nun auch *Solidarna Polska* gehört, nach den nächsten Parlamentswahlen möglicherweise nicht mit einer absoluten Mehrheit rechnen. Der einzige mögliche Verbündete wäre die *Konfederacja*, die viel euroskeptischer ist als Ziobro und dessen Partei. Bis dahin könnte die unaufhörliche Einmischung Brüssels in die inneren Angelegenheiten Polens einen noch größeren Teil der Wählerschaft für einen Polexit gewonnen haben.

Fazit: Auch wenn der Polexit derzeit absolut nicht auf der Tagesordnung steht, beginnt sich in den Reihen der polnischen Rechten im weitesten Sinne zum ersten Mal seit dem EU-Beitritt 2004 ein Nachdenken über dieses Thema zu entwickeln.

VISEGRÁD POST
COMPRENDRE L'EUROPE CENTRALE

Dieser Beitrag erschien zuerst bei der VISEGRÁD POST, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Heute Seligsprechung des polnischen Kardinals Stefan Wyszyński, „Primas des Jahrtausends“

12. 09. 2021

Stefan Wyszyński · *Foto: Nationaal Archief / Wikimedia CC0 SA-BY 1.0*

Am 12. September wird Kardinal Stefan Wyszyński, Erzbischof von Warschau und Primas von Polen in den Jahren 1948–1981, in Warschau seliggesprochen werden. Die von den Polen lang erwartete Zeremonie sollte im Mai letzten Jahres stattfinden. Aufgrund der Pandemie wurde sie jedoch auf dieses Jahr verschoben, obwohl der kanonische Seligsprechungsprozess des ehemaligen Primas von Polen bereits 1989 auf Initiative von Johannes Paul II., seinem Freund und engsten ehemaligen Mitarbeiter, eröffnet worden war. Am selben Tag wird sich dem Kreis der Seligen der katholischen Kirche auch Mutter Elżbieta Róża Czacka anschließen, die sich in Laski um Blinde kümmerte und Stefan Wyszyński von den 1920er Jahren bis zu seinem Tod in den 1960er Jahren sehr nahe stand.

Kardinal Wyszyński ist heute zweifellos eine der am meisten verehrten Persönlichkeiten der polnischen Kirche. Er bereitete sein Land nicht nur auf die Feierlichkeiten zum tausendjährigen Jubiläum der Christianisierung Polens im Jahr 1966 vor – unter dem kommunistischen Regime – sondern wird von seinen Landsleuten als der bedeutendste Primas in der Geschichte der polnischen Kirche angesehen. Diese beiden Umstände brachten ihm den Spitznamen „Primat des Jahrtausends“ ein.

Stefan Wyszyński wurde 1901 in Zuzela (Podlachien), etwa 100 Kilometer östlich von Warschau, geboren. 1920 trat er in das Priesterseminar in Leslau (*Włocławek*) ein, wo er vier Jahre später die Priesterweihe empfing. Am 5. August 1920 feierte er seine erste Messe in der Kapelle der Jungfrau Maria in Tschenstochau, wo sich die berühmte wundertätige Ikone der Schwarzen Madonna befindet. In den Jahren 1925–1929 setzte er sein Studium an der Katholischen Universität Lublin an der Fakultät für Kirchenrecht und Sozial- und Wirtschaftswissenschaften fort. Während seines Studiums war er in der Seelsorge mit Studenten und Seminaristen tätig. Er unternahm auch eine lange Studienreise durch Westeuropa, auf der er sich besonders für die Probleme der Gewerkschaften, die Organisationen der katholischen Arbeiterjugend und vor allem für die sozialen Lehren und Bewegungen interessierte. In den 1930er Jahren lehrte er Kirchenrecht und Sozialwissenschaften am Höheren Seminar, organisierte und leitete die Christliche Arbeiteruniversität in Leslau und gab ab 1931 die für ihre Qualität geschätzte Zeitschrift für katholische Priester in Polen, „Priesterliches Athenäum“ (*Ateneum Kapłańskie*), heraus. 1939 wurde Abt Wyszyński vom polnischen Primas August Hlond zum Mitglied des Sozialrats ernannt, um ihn zu beraten.

Als der Zweite Weltkrieg ausbrach, verließ Wyszyński auf Wunsch seines Bischofs Leslau. Er versteckte sich in Wrociszewo, dann in Laski bei Warschau und schließlich in Zakopane in den südpolnischen Bergen. Während des Warschauer Aufstands 1944 diente er als Seelsorger der Gruppe „Kampinos“ der polnischen Heimatarmee (*Armia Krajowa*, AK), die in und um Laski (bei Warschau) operierte, sowie als Seelsorger des aufständischen Krankenhauses in Laski. Unmittelbar nach dem Krieg kehrte Pater Wyszyński nach Leslau zurück und begann mit dem Wiederaufbau des dortigen im Krieg zerstörten Priesterseminars. 1945 wurde er zum Rektor des Priesterseminars.

1946 wurde er von Papst Pius XII. zum Bischof der Diözese Lublin ernannt. Zwei Jahre später, 1948, wurde Bischof Stefan Wyszyński nach dem Tod von Kardinal August Hlond – für den ebenfalls ein Seligsprechungsprozess eröffnet wurde – Erzbischof von Gnesen und Warschau bzw. Primas von Polen. In seinem Hirtenbrief zum Tag seines Amtsantritts schrieb der neue Erzbischof: „*Ich bin weder Politiker noch Diplomat, weder Aktivist noch Reformer. Ich aber bin euer geistlicher Vater, der Hirte und Bischof eurer Seelen, ich bin ein Apostel Jesu Christi…*“.

Er begann seine Mission in sehr schwierigen Zeiten, mitten in der stalinistischen Ära. Von Anfang an versuchte er, einen *Modus vivendi* für die Kirche im kommunistischen Polen zu finden. Er wählte den Weg der mit der Regierung unterzeichneten Vereinbarung, die in Ermangelung einer Verfassung die Beziehungen zwischen Kirche und Staat regeln sollte. Diese Vereinbarung wurde von den polnischen Kommunisten nie eingehalten. 1953 wurde dem neu ernannten Kardinal Stefan Wyszyński der Reisepass für die Reise zum Konsistorium in Rom verweigert. Die Verfolgung der Kirche verschärfte sich, die Verhaftungen von Bischöfen und Priestern nahmen zu, und die Regierung versuchte, in die Besetzung von kirchlichen Ämtern einzugreifen. Der Kardinal veröffentlichte seinen berühmten Hirtenbrief an die Behörden der Volksrepublik Polen im Namen des Episkopats: „*Wir werden der Stimme unserer apostolischen Berufung und unseres priesterlichen Gewissens folgen, indem wir in innerem Frieden und in dem Bewusstsein wandeln, dass wir nicht den geringsten Grund gaben, uns zu verfolgen, dass das Leiden unser Los ist, nicht für etwas anderes, sondern für die Sache Christi und der Kirche Christi. Wir dürfen die Dinge Gottes nicht auf dem Altar des Kaisers opfern. Non possumus!*“

Einige Monate später wurde Kardinal Wyszyński verhaftet und aus Warschau deportiert. Er wurde sukzessiv in Rywałd Królewski bei Graudenz (*Grudziądz*), in Springborn im Ermland (*Stoczek Warmiński*), in Neustadt an der Prudnik (*Prudnik*) bei Oppeln und in Komańcza in den Bieszczady, einer Bergregion im Südosten Polens, inhaftiert.

In Komańcza verfasste der Primas von Polen am 16. Mai 1956 den Text der erneuerten Gelübde der Nation, die am 26. August 1956 in Klarenberg (*Jasna Góra*) als Gelübde der Nation von einer Million Pilgern und dem polnischen Episkopat feierlich verkündet wurden. Am 26. Oktober 1956 wurde Stefan Kardinal Wyszyński schließlich freigelassen. Bei seiner Rückkehr nach Warschau herrschte ein Klima großer Freude und Hoffnung für die Kirche in Polen. In den Jahren 1957–1965 leitete er die Große Novene vor dem Millenniumsjubiläum der Christianisierung Polens. Es handelte sich um ein Programm zur geistlichen Erneuerung des polnischen Volkes, das neun Jahre lang Exerzitien umfasste, in denen der Primas unermüdlich das Wort Gottes in ganz Polen predigte. Auf seine Initiative hin wurde in allen polnischen Pfarreien mit der Visitation der Kopie der Ikone der Jungfrau Maria aus Klarenberg begonnen.

Am Vorabend des tausendjährigen Jubiläums der polnischen Taufe richtete er im Namen des polnischen Episkopats einen Brief an die deutschen Bischöfe, in dem er sie zur gemeinsamen Feier des Jubiläums einlud mit den Worten: „*Wir vergeben und bitten um Vergebung*“. In den 1960er Jahren nahm der polnische Primas aktiv an der Arbeit des Zweiten Vatikanischen Konzils teil und brachte wertvolle Erfahrungen aus der Kirche in Polen mit, ebenso wie bei den aufeinander folgenden Konklaven in den 1960er und 1970er Jahren.

Das letzte Konklave, an dem Kardinal Wyszyński 1978 teilnahm, wählte auf den Thron Petri seinen engen Freund, der als sein Nachfolger vorgesehen war, den Erzbischof von Krakau, Karol Wojtyła, der den Namen Johannes Paul II. annahm. Ein Jahr später hatte der Primas des Jahrtausends die Freude, den polnischen Papst bei seiner ersten Pilgerreise in seine Heimat zu empfangen. In den 1970er Jahren und insbesondere in der Zeit der Entstehung der Bewegung *Solidarność* blieb Kardinal Wyszyński eine große Autorität für die Katholiken und ein Garant für Gleichgewicht und sozialen Frieden in Polen. In der Sorge um seine Heimat und das Wohl des Volkes forderte er immer wieder die Verantwortung sowohl der Regierenden als auch der Opposition ein. Er verstarb am 28. Mai 1981, dem Hochfest der Himmelfahrt des Herrn.

Sein Begräbnis fand am 31. Mai in Warschau statt und war eine der größten religiösen und patriotischen Veranstaltungen im Nachkriegspolen. Nach kommunistischen Angaben nahmen etwa 120.000 Menschen an der Trauerfeier teil, während unabhängige Beobachter die Zahl auf eine halbe Million schätzten.

Leider wird dies bei der Seligsprechungszeremonie des Primas des Jahrtausends nicht der Fall sein. Aus sanitären Gründen im Zusammenhang mit der Pandemie wurde die Zahl der Teilnehmer auf 8.000 Personen begrenzt, die in mehreren Sektoren untergebracht sind und einen Abstand von anderthalb Metern einhalten müssen. Eine spontane Teilnahme an der Messe ist nicht möglich, da alle Gläubigen und Zelebranten eine besondere Einladung der Kirchengemeinden brauchen. Die übrigen Gläubigen werden gebeten, sich zu diesem Anlass nicht zu versammeln und die Feier im Fernsehen zu verfolgen.

Agnieszka Golańska-Bault ist Polin, sie lebt in Warschau, sie ist Übersetzerin bzw. Dolmetscherin für Französisch und schreibt Artikel für die polnische Wochenzeitung Do Rzeczy.

Dieser Beitrag erschuien zuerst bei der VISEGRÁD POST, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) EU verhängt Geldstrafe gegen Polen

Von Judi Tamara (Brüssel)

07. 09. 2021

Věra Jourová · *Bildquelle: Magyar Nemzet*

Obwohl sich der Streit zwischen Polen und der EU schon vor Wochen zu beruhigen schien, kündigte die Europäische Kommission am Dienstag an, dass sie wegen der viel diskutierten Justizreform eine Geldstrafe gegen Polen verhängen will.

Die Europäische Kommission fordert den EU-Gerichtshof auf, Polen wegen der Reform des Disziplinarsystems für Richter ein Bußgeld aufzuerlegen. Die Vizepräsidentin der EU-Kommission, Věra Jourová, erklärte am Dienstag auf Twitter, dass die derzeitige polnische Disziplinarkammer nicht mit dem EU-Recht vereinbar sei. Wie sie schrieb, leitet Brüssel auch ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Warschau ein, weil die umstrittene Reform weiterer Erklärungen bedarf. Jourová sagte, die Mitgliedsstaaten sollten die Entscheidungen des EU-Gerichtshofs respektieren.

Wir sind bereit, mit den polnischen Behörden zusammenzuarbeiten, um einen Ausweg aus der Krise zu finden.

- unterstrich sie in einer Twitter-Nachricht. Auch Justizkommissar Didier Reynders äußerte sich zu dem Fall und erklärte, dass die Geldstrafen für die Polen auch dadurch gerechtfertigt seien, dass sie dem Urteil des EU-Gerichts vom 15. Juli nicht nachgekommen seien.

Věra Jourová

@VeraJourova

1/3 Today, we adopt two decisions related to independence of judges in Poland. First, we ask @EUCourtPress for financial penalties against Poland on the activity of the Disciplinary Chamber that is still scheduling hearings and does not respect the Court order.
11:46 vorm. · 7. Sep. 2021

Link zum Tweet kopieren

https://twitter.com/VeraJourova/status/1435177765599318016?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1435177765599318016%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mitteleuropa.com%2Feu-verhaengt-geldstrafe-gegen-polen%2F

Die Europäische Kommission gab am Dienstag ebenfalls eine Erklärung ab und erklärte auf einer Pressekonferenz, dass es dem Gerichtshof der Europäischen Union obliege, über die Höhe der Geldstrafe zu entscheiden. In jedem Fall hat die Brüsseler Behörde Luxemburg aufgefordert

eine Geldstrafe für jeden Tag zu erheben, bis die Polen das Urteil vom Juli vollständig umgesetzt haben.

Der Streit zwischen Polen und der EU eskalierte Mitte Juli, als Kommissarin Jourová den Polen ein Ultimatum stellte, dem Urteil des EU-Gerichts bis spätestens 16. August nachzukommen. In letzterem forderte das in Luxemburg ansässige Gremium die Einrichtung einer Disziplinarkammer, die Verstöße von Richtern gegen EU-Recht untersuchen soll, als unvereinbar mit dem EU-Recht. Es sei daran erinnert, dass das polnische Verfassungsgericht praktisch zeitgleich mit dem Urteil des Gerichtshofs entschieden hat, dass das nationale Recht bei der Reform des Rechtssystems Vorrang vor dem EU-Recht haben muss. Diese Meinung wurde später von mehreren Mitgliedern der Warschauer Regierung bekräftigt, was in EU-Kreisen für viel Unmut sorgte (es sei daran erinnert, dass das deutsche Bundesverfassungsgericht kürzlich den Vorrang des EU-Rechts in Frage gestellt hat).

In den letzten Augustwochen schien der Streit beigelegt zu sein: Polen teilte Brüssel schriftlich mit, dass die Tätigkeit der Kammer seit dem 1. August eingeschränkt sei, die Justizreform aber fortgesetzt werden müsse, da das Vertrauen der Öffentlichkeit eine effiziente Justiz voraussetze. Damals erklärte die Europäische Kommission, dass sie das Schreiben, das von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki unterzeichnet wurde, prüfe. Trotz der Berichte in der europäischen Presse über eine Versöhnung zwischen Polen und der EU zeigt die heutige Mitteilung des EuGH, die das Ergebnis der Untersuchung ist, dass Warschau nicht die notwendigen Schritte unternommen hat, um die Entscheidung des Gerichts umzusetzen.

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts hat die Warschauer Regierung noch nicht auf die Ankündigung aus Brüssel reagiert.

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Polnischer Ministerpräsident: „Niemand wird uns die Bedeutung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit lehren“

07. 09. 2021

Mateusz Morawiecki · *Bildquelle: RMX*

Trotz der Drohungen, dass die EU die Finanzmittel für Polen kürzen könnte, gibt der polnische Ministerpräsident nicht nach, wenn es um die Frage geht, ob Polen ein souveränes Rechtssystem hat oder ob es dem der EU untergeordnet ist

Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki hat es ausgeschlossen, seine Petition an das polnische Verfassungsgericht zurückzuziehen, das über den Vorrang der polnischen Verfassung vor EU-Gesetzen entscheiden soll, da Polen ein souveräner Staat sei.

In einem Interview mit dem kommerziellen Radiosender RMF 24 zerstörte Morawiecki alle Hoffnungen der Opposition, dass er nachgeben würde, nachdem EU-Kommissar Paolo Gentiloni damit gedroht hatte, dass dem Land Mittelkürzungen aus dem EU-Wiederaufbaufonds in Milliardenhöhe drohen, wenn Polen seinen Kurs in Sachen Rechtsstaatlichkeit nicht ändere.

Einige polnische Abgeordnete der Opposition haben argumentiert, dass Geld wichtiger sei als Demokratie, während andere die Europäische Kommission offen dazu aufgefordert haben, die Sperrung der EU-Gelder tatsächlich voranzutreiben, in der Hoffnung, die konservative Regierung stürzen zu können.

„Es kann keine Rede davon sein, dass unsere Petition zurückgezogen wird – wir sind ein souveräner Staat“, sagte Morawiecki. Er fügte hinzu, dass sich seine Regierung in ihrer Antwort an die Europäische Kommission auf mehrere frühere Urteile des polnischen Verfassungsgerichts berufe, die entschieden hätten, dass die polnische Verfassung Vorrang vor europäischem Recht habe.

Am Freitag schrieb Morawiecki in einem auf Facebook veröffentlichten Beitrag, niemand habe das Recht, Polen zu lehren, was Demokratie sei.

„Niemand wird uns lehren, was Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind, denn Polen hat eine sehr lange und edle Geschichte im Kampf gegen alle Arten von Totalitarismus und Despotismus“, schrieb der polnische Ministerpräsident.

Morawiecki hat beim polnischen Verfassungsgericht eine Petition eingereicht, nachdem der Europäische Gerichtshof entschieden hatte, dass die Rechtsvorschriften über den Nationalen Justizrat, der Empfehlungen für die Ernennung hochrangiger Richter abgibt, einen Verstoß gegen die richterliche Unabhängigkeit darstellen – und somit gegen EU-Recht verstoßen.

Das polnische Verfassungsgericht setzte die Anhörung von Morawieckis Petition vom 31. August bis zum 22. September aus.

Quelle: Dorzeczy.pl

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Jasna Góra: Erntedankfest unter Teilnahme des polnischen Staatspräsidenten

05. 09. 2021

Erntedabjfest in Jasna Góra · *Foto: G. Jakubowski/KPRP*

Unter Beteiligung des polnischen Staatspräsidenten Andrzej Duda, staatlichen Behörden und Tausenden von Landwirten fand in Jasna Góra (dt. Klarenberg) das nationale Erntedankfest statt. Es war eine Gelegenheit, den Landwirten für ihre harte Arbeit und für die Pflege der einheimischen Traditionen zu danken. Die heilige Messe wurde von Erzbischof Wacław Depo zelebriert.

In seiner Predigt betonte der Metropolit von Tschenstochau, dass eine Nation, die ihre nationale und staatliche Existenz, ihre Unabhängigkeit und Freiheit bewahren will, an das Land gebunden sein muss, das nicht von seiner Kultur, Sprache und Religion getrennt werden kann. – So wie das Gras den flüchtigen Sand festhält, damit er nicht von den Stürmen verweht wird, so muss die polnische Nation mit ihrer ganzen Seele, ihrem ganzen Körper und ihrem ganzen Herzen an der Erde festhalten“, betonte der Metropolit von Tschenstochau.

Präsident Andrzej Duda dankte den Landwirten für ihre harte Arbeit und das gemeinsame Gebet für die Heimat während des Erntefestes in Jasna Góra. Er betonte die Verpflichtung der Behörden, sich um die polnischen Angelegenheiten zu kümmern und „die Hand am wirtschaftlichen Puls des polnischen Landes zu halten“.

- Ich bin sehr froh, dass wir uns hier, bei diesem Erntedankfest in Jasna Gora, im Jahr des großen Primas des Jahrtausends, Kardinal Stefan Wyszyński, treffen können und für unsere Heimat beten, für dieses Jahr, für die Ernte, für seinen Aufstieg in den Rang der Seligen, der bald stattfinden wird, danken“, betonte Andrzej Duda.

Der Präsident stellte fest, dass die Anwesenheit von Vertretern staatlicher Behörden beim Erntedankfest „auch für uns die Verpflichtung bedeutet, uns um die polnische Landwirtschaft

zu kümmern, uns um die polnischen Angelegenheiten zu kümmern, die Hand darüber zu halten, was oft als der wirtschaftliche Puls des polnischen Landes bezeichnet wird“.

Während der Heiligen Messe wurden die Ernten und die speziell angefertigten Erntekränze gesegnet.

Quelle: PCh24.pl

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

B a l t i s c h e S t a a t e n

09) Litauen: Erneute Großdemo in Vilnius (Wilna)

Von unserem Korrespondenten Algis Klimaitis aus Litauen

10. 09. 2021

Bildquelle: Respublika.lt

Zehntausende Bürger demonstrierten gegen anhaltende Diskriminierung der klassischen Familie, gegen widersprüchliche Covid-Maßnahmen und ausufernde Einschränkungen von Freiheitsrechten.

Nach den vorangegangenen Großdemonstrationen vom 15. Mai und 10. August dieses Jahres, an denen Zehntausende teilnahmen, wurde heute, am Freitag den 10. September, von den litauischen Organisatoren des „Marsches für die Familie“ zu einer erneuten Demonstration in Vilnius aufgerufen. Bereits in den frühen Morgenstunden füllte sich der

Platz vor der im Zentrum der Hauptstadt gelegenen katholischen Hl. Stanislaus und Wladislaus-Kathedrale mit Protestierenden aus allen Teilen Litauens.

Vor Beginn des offiziellen Teils der Demonstration wurde bekannt, dass die Polizei eine große Anzahl von Bussen mit Demonstrationsteilnehmern, die aus der Provinz nach Vilnius fuhren, festgehalten hat und nicht in die Stadt ließ. Viele Protestierende von außerhalb kamen dennoch „durch“, weil sie mit privaten PKWs oder öffentlichen Linienbussen nach Vilnius fuhren.

Als um zehn Uhr vormittags die Demonstration eröffnet wurde, war der Kathedralenplatz voll mit Protestierenden.

Bildquelle: Respublika.lt

Verschiedene Sprecher aus der oppositionellen Politik, aus Recht, Wissenschaft, Kultur und Kirchen beklagten unter großem Beifall die von der Regierung forcierten galoppierenden Veränderungen im Lande, die wegführen von den in der litauischen Bevölkerung festverankerten Traditionen familiärer, nationaler und christlicher Art. Kritisiert wurden auch die meisten Medien, die den Kurs der Regierung willfährig mitmachen. Ein weiterer breit behandelter Protestpunkt waren die aktuellen Covidmaßnahmen der Regierung, die zu einer Spaltung der Bevölkerung führen. So dürfen ab 13. September Ungeimpfte nicht mehr in großen Supermärkten einkaufen und keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr benutzen. Der Zwang sich impfen zu lassen, wird so drastisch erhöht.

Gäste aus dem Ausland waren ebenfalls zur Demonstration gekommen. So gab es eine viel beachtete Ansprache vom außenpolitischen Sprecher der österreichischen FPÖ, Axel

Kasseger, von Stefan Korte von der AfD sowie von Vertretern aus Lettland und Weißruthenien (Belarus).

Die Demonstration verlief friedlich und wurde um 15 Uhr mit einem gemeinsamen Gebet und einer Segnung, durchgeführt vom katholischen Priester Robertas Grigas, beendet.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

T s c h e c h i e n

10) Tschechien bereitet sich auf weiteren Zustrom von Migranten vor

13. 09. 2021

Die tschechische Polizei findet sechs Migranten aus Afghanistan, die sich in einem Lkw-Sattelauflieger zwischen Paletten mit Marmelade verstecken. Sie waren mit Hilfe von Schleusern in die Tschechische Republik gelangt und hatten Frankreich und Deutschland als Ziel · *Bildquelle: Polizei der Tschechischen Republik / Twitter*

Tschechischer Innenminister räumt ein, dass sein Land notfalls wieder Grenzkontrollen einführen könnte

Die Tschechische Republik bereitet sich auf eine mögliche nächste Migrationswelle vor. Die Polizei reagiert darauf mit verstärkten Kontrollen von Lastwagen und Transportern. Gleichzeitig sind die Haftanstalten für inhaftierte Migranten bereit, ihre Kapazität zu verdoppeln, während das Innenministerium Szenarien vorbereitet hat, die es je nach der Zahl der ankommenden Migranten umsetzen wird.

Der tschechische Innenminister Jan Hamáček räumte ein, dass er die Wiederaufnahme von Grenzkontrollen anordnen würde, falls dies erforderlich sei. Die Politiker sind nicht nur wegen der Afghanistan-Krise besorgt, sondern auch wegen der Situation an der weißrussischen Grenze zu Litauen, Lettland und Polen.

„Nach den Erfahrungen mit der Migrationswelle im Jahr 2015 hat das Innenministerium Modellpläne entwickelt, die alle möglichen Maßnahmen für den Fall einer massiven Migrationswelle vorsehen, darunter die Schließung der tschechischen Grenze oder die Verstärkung der Kapazitäten von Einrichtungen für illegale Migranten“, sagte die Sprecherin des Innenministeriums, Hana Malá.

„Die Polizei beobachtet in Zusammenarbeit mit internationalen Partnern ständig die Situation und ergreift geeignete Maßnahmen. Langfristig werden zum Beispiel im Zusammenhang mit der illegalen Migration die Kontrollen in den Grenzgebieten, insbesondere an den Grenzen zur Slowakei, verstärkt“, fügte sie hinzu.

„Alle sind besorgt darüber, was nun aufgrund der Situation in Afghanistan und der Übernahme der Kontrolle über das Land durch die Taliban geschehen wird. Wir sehen bereits jetzt eine wachsende Zahl von inhaftierten Migranten, und die einzelnen Hafteinrichtungen für Flüchtlinge bereiten sich auf die nächste mögliche Migrationswelle vor, um über genügend Personal und Ausrüstung zu verfügen und bereit zu sein, ihre Bettenzahl im Falle einer größeren Zahl von Menschen zu erweitern“, bestätigte ein hoher Staatsbeamter.

So landeten im vergangenen Jahr insgesamt 1.203 Ausländer in drei Einrichtungen für inhaftierte Migranten, während es in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 666 waren.

„Die Verwaltung der Migranteneinrichtungen in diesen drei Einrichtungen verfügt über eine Kapazität von 552 Betten und ist in der Lage, die Kapazität sofort auf 916 Betten zu erweitern, falls erforderlich. Derzeit ist die Kapazität zu etwa einem Drittel ausgelastet“, sagt Jan Piroch, ein Sprecher der Verwaltung der Migranteneinrichtungen.

Während die Migrantenzahl im letzten Jahr von der Pandemie betroffen war, begann ihre Zahl im Juli dieses Jahres wieder zu steigen. Von Januar bis Ende Juni dieses Jahres nahm die Fremdenpolizei 5.325 Personen fest, die meisten davon aus der Ukraine, Moldawien, Afghanistan, Georgien und Vietnam. Weitere 515 Personen, 434 mehr als vor einem Jahr, wurden von der Polizei bei der illegalen Transitmigration, insbesondere in Autos, festgenommen. Die meisten der Festgenommenen waren auf dem Weg nach Deutschland.

Am letzten Augusttag fand in Brüssel eine Sondersitzung der Innenminister der Europäischen Union zu einem einzigen Thema statt: Sicherheit und Migration vor dem Hintergrund der Lage in Afghanistan.

„Tschechien hat seine Bürger und die afghanischen Mitarbeiter vor Ort in Sicherheit gebracht. Jetzt müssen wir sicherstellen, dass die Spannungen in der Region nicht auf die nächste Migrationswelle übergreifen. Unsere Priorität ist es, alles zu tun, um eine Krise an den EU-Außengrenzen zu verhindern“, sagte Hamáček in Brüssel.

Bei dem Treffen erörterten die Innenminister Berichten zufolge auch die Möglichkeit, den Nachbarländern Afghanistans 600 Millionen Euro zur Unterstützung bei der Aufnahme von Migranten zur Verfügung zu stellen.

Laut Minister Hamáček ist es wichtig, dass die EU keine gemischten Signale aussendet oder vergebliche Hoffnungen bei den Migranten weckt.

„Die EU muss deutlich machen, dass die Reise nach Europa nicht die Lösung ist und wir keine Menschenschmuggler unterstützen werden“, betonte er.

Quelle: Idnes.cz / Remix News

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Tschechen sind kritischer gegenüber der EU-Mitgliedschaft als andere V4-Staaten

09. 09. 2021

EU-Flagge wird am Hradschin gehisst · *Bildquelle: radio.cz*

Die Öffentlichkeit in Tschechien, Ungarn, Polen und der Slowakei unterscheidet sich auch in ihrer Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten und Russland

Die Bürger der Visegrád-Gruppe, einem Zusammenschluss der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarns und Polens, haben unterschiedliche Ansichten über die Mitgliedschaft ihrer Länder in der Europäischen Union, wobei die Tschechen die am wenigsten positive Meinung vertreten. Die Öffentlichkeit in allen vier Ländern hat auch eine unterschiedliche Einstellung zu den Vereinigten Staaten und Russland, so die Meinungsumfrage des Instituts für öffentliche Angelegenheiten (IVO) in Bratislava.

Nur 41 Prozent der Tschechen bezeichneten die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU als eine gute Sache, in der Slowakei waren 57 Prozent dieser Meinung, in Ungarn 59 Prozent und in Polen bis zu 68 Prozent der Bevölkerung.

„Die tschechische Öffentlichkeit hebt sich auch mit einem hohen Anteil ausdrücklich negativer Meinungen zur EU-Mitgliedschaft vom Gesamtbild der Visegrád-Gruppe ab – fast 30 Prozent der Befragten halten sie für eine schlechte Sache“, so die Autoren der Studie.

Die Visegrád-Gruppe wird von ihren Bürgern als wichtig angesehen

Die V4-Länder unterscheiden sich auch in ihrer Haltung gegenüber den USA und Russland. In Polen genießen die USA das größte Vertrauen in der Bevölkerung, während die Slowakei auf der anderen Seite der Skala steht. Im Gegensatz dazu wird Russland von den Slowaken am besten und von den Polen am schlechtesten wahrgenommen. Die Umfrage bestätigt das hohe gegenseitige Vertrauen von Tschechen und Slowaken.

Die meisten Einwohner der genannten Länder bezeichneten die V4-Gruppierung als wichtig und nannten Wirtschaft und Handel als wichtigsten Bereich der regionalen Zusammenarbeit. Weitere Prioritäten sollten nach Ansicht der Tschechen die Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung sein, während die Slowaken und Polen die Möglichkeit sehen, den Tourismus zu entwickeln.

Die Umfrage unter einer repräsentativen Stichprobe der Bevölkerung in den vier mitteleuropäischen Ländern wurde in diesem Frühjahr durchgeführt, als die zweite starke Welle der Coronavirus-Infektion in der Region ihren Höhepunkt erreichte. Die Leistung ihrer Regierung im Umgang mit der Covid-19-Epidemie wurde von der ungarischen Bevölkerung am besten bewertet. Die Slowaken gaben die schlechteste Bewertung für ihre Regierung ab, und zwar für das Kabinett von Ministerpräsident Igor Matovič, der nach der Koalitionskrise vom Amt des Ministerpräsidenten zurücktrat.

Quelle: Eurozpravy.cz

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S l o w a k e i

12) Slowakische Weine sind die teuersten in der Visegrád-Region

09. 09. 2021

Bildquelle: Slovak Spectator

Die Preise sind 20 Prozent höher als in Ungarn.

Alkoholika sind in der Slowakei nach wie vor am teuersten unter den vier Mitgliedern der Visegrád-Gruppe (V4). Dies geht aus Informationen des EU-Statistikamtes Eurostat hervor.

Den Angaben zufolge erreicht die Slowakei einen Alkoholpreisindex von 95,2, wobei 100 den durchschnittlichen Alkoholpreisen in der EU entspricht.

Zum Vergleich: Tschechien hat einen Wert von 87,9, Polen von 86,5 und Ungarn von 72,7, das damit auch das Schlusslicht in der Europäischen Union bildet. Sogar in Deutschland ist Alkohol billiger als in der Slowakei mit einem Wert von 91,4.

Die Slowakei hatte einen Wert von 95,2, womit ihre Alkohola den 20. Platz in der EU einnehmen.

Im Vergleich dazu stieg der Wert in Tschechien um 0,7, aber in Deutschland sank er um 1,2 Punkte, in Polen auf 3,0 Punkte und in Ungarn um 7,7 Punkte.

Am teuersten waren Alkoholoka (Likör, Wein und Bier) in Finnland mit einem Preisindex von 193, gefolgt von Irland (181) und Schweden (166). Am unteren Ende der Skala lagen Ungarn, gefolgt von Rumänien (74) und Bulgarien (81).

Quelle: Slovak Spectator

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Papst Franziskus besucht die Slowakei

04. 09. 2021

Bildquelle: Slovak Spectator

Der Papst wird am Nachmittag des 12. September in der Slowakei eintreffen und bis zum 15. September bleiben, der in der Slowakei ein Nationalfeiertag ist.

Der Pontifex wird während seines fast viertägigen Aufenthalts Bratislava (Pressburg), Prešov (Eperies), Košice (Kaschau) und Šaštín (Maria Schoßberg) besuchen.

Für die breite Öffentlichkeit sind vier Veranstaltungen vorgesehen, bei denen die Gläubigen den Papst treffen können, drei davon am 14. September und eine am 15. September.

Diejenigen, die Papst Franziskus treffen wollen, müssen sich auf der Website navstevapapeza.sk registrieren, da die Eintrittskarten für die Teilnahme an den Veranstaltungen erforderlich sind. Eine weitere Bedingung ist, dass die Person vollständig gegen Covid geimpft sein muss, um teilnehmen zu können.

Bis zum 30. August hatten sich bereits rund 46.000 Personen registriert. Das größte Interesse besteht an der Messe, die Papst Franziskus am letzten Tag seines Besuchs in Šaštín abhalten wird: rund 23.000 Menschen. Weitere 13.000 Menschen haben sich für die Veranstaltung in Prešov angemeldet.

Quelle: Slovak Spectator

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

U n g a r n

14) Die EU ist wohlhabend… und schwach

14. 09. 2021

Quelle: MTI

Auch wenn Europa dazu nicht in der Lage ist, muss Ungarn seine Interessen schützen, schreibt die Magyar Hírlap-Kolumnistin Mariann Őry

„Sie ist wohlhabend und schwach – die gefährlichste Kombination“, sagte Ministerpräsident Viktor Orbán kürzlich in einer Rede und fasste damit seine Meinung über die Europäische Union als Ganzes zusammen.

Der Ministerpräsident hat mit harten Fakten belegt, dass die Konkurrenten der EU Europa den Rang ablaufen: 2007 lag der Anteil der EU am weltweiten BIP bei über 25 Prozent und wird bis 2020 in etwas mehr als einem Jahrzehnt auf 18 Prozent schrumpfen. Im Jahr 2007 entfielen 81 Prozent der weltweiten Investitionen auf den Westen oder gingen vom Westen in den Osten, und nur 17 Prozent der weltweiten Investitionen kamen aus dem Osten. Im

Jahr 2019 lag der Anteil bei 31 Prozent für den Westen und 66 Prozent für den Osten, so Orbán.

Warum sollte es anders sein? Die liberale Elite der EU ist davon überzeugt, dass die intellektuelle Krönung ihrer Existenz darin besteht, die Mitgliedsstaaten im Namen der Gender- und LGBTQ-Lobby zu erpressen, indem sie ihre politischen Ansichten als Sorge um die Rechtsstaatlichkeit tarnt. Brüssel ist in erschreckender Weise von der Realität abgekoppelt und widmet Zeit und Energie den oben genannten Themen, während die Wettbewerbsfähigkeit der EU nur noch ein Schatten ihres früheren Selbst ist.

Wohin wir auch schauen, es ist ziemlich lächerlich. Die so genannten neuen Mitgliedstaaten – d. h. unsere Region – werden immer noch nicht als gleichberechtigt mit den alten betrachtet, und die „älteren“ EU-Mitgliedstaaten sehen sich mit unendlicher Arroganz nur als Träger der wahren europäischen Werte. Sobald sich jemand z.B. dagegen ausspricht, der LGBTQ-Lobby den Zutritt zu Kindergärten zu gestatten, wird er oder sie von Gleichgesinnten beschuldigt, unsere gemeinsamen Werte abzulehnen – Werte, die immer von ihnen bestimmt werden, nicht von uns.

Als wir oder andere Mitgliedstaaten der EU beitraten, war nie die Rede davon, dass man sich eines Tages anschicken würde, wegen des ungarischen Kinderschutzgesetzes Rückzahlungsgelder zu verweigern, Polen in noch nie dagewesener Weise zu bedrohen, die Souveränität mit Füßen zu treten und das Machtgefüge der EU-Institutionen zu erschüttern.

Sie machen sich auch ständig Sorgen um die Demokratie, doch wenn Ungarn ein Referendum über das Kinderschutzgesetz ankündigt, schreien sie, dass die „Tyrannei der Mehrheit“ nun eine neue Bedrohung darstellt. Die Tyrannei der Mehrheit! In solchen Äußerungen spiegelt sich die Arroganz der (ehemaligen Freien Demokratischen Partei) SZDSZ wider, die auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet ist: die Überzeugung, dass es unnötig und sogar gefährlich ist, die Menschen nach ihrer Meinung zu fragen.

Im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen schrieb der Redakteur der Deutschen Welle, es sei vielleicht an der Zeit, den olympischen Medaillenspiegel abzuschaffen, weil er „den Nationalismus stärkt“. Wie laut können die Konkurrenten und sogar Feinde der westlichen Welt darüber lachen?

Europa muss sich schleunigst zusammenreißen. Clowns werden nicht respektiert. Und europäische Kultur ist nicht Konsumismus, nicht Schwäche, nicht die Auslöschung unserer christlichen Wurzeln.

Ungarn muss seine eigenen Interessen und die der europäischen Zivilisation entschlossen verteidigen. Natürlich würde die EU-Elite das Land am liebsten von einer Marionette ihrer Wahl führen lassen (Anmerkung der Redaktion: Im kommenden Frühjahr finden in Ungarn Parlamentswahlen statt).

MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag erschien zuerst bei MAGYAR HÍRLAP, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Chinesischer Batteriehersteller baut 185 Millionen Euro teures Werk in Ungarn

14. 09. 2021

Standbild der Hungarian Investment Promotion Agency · *Quelle: Youtube*

Ungarns Politik der starken Handelsbeziehungen mit dem Osten hat sich zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt

Das chinesische Unternehmen Semcorp investiert mehr als 65 Milliarden Forint (185 Millionen Euro) in Debrecen und tätigt damit eine der größten Investitionen des Jahres in Ungarn, teilte Außen- und Handelsminister Péter Szijjártó mit. Er sagte, dass Semcorp im Rahmen dieser Investition bis Ende 2022 ein Werk für Separatorfolien für Lithium-Ionen-Batterien errichten werde.

Der Staat werde das mehr als 65 Milliarden Forint teure Projekt, das 440 Arbeitsplätze in der Stadt schaffen werde, mit 13 Milliarden Forint unterstützen, sagte der Minister am Montag bei der Grundsteinlegung für die Großinvestition des chinesischen Unternehmens.

In seiner Rede betonte der Minister, dass in mehreren dominanten, revolutionären Sektoren der neuen Weltwirtschaftsära „der Wind aus dem Osten weht“, wie es in der Elektroautoindustrie der Fall ist. Als Beispiel führte er an, dass im Jahr 2007 81 Prozent der weltweiten Investitionen durch westliches Kapital und nur 17 Prozent durch den Osten finanziert wurden. 2017–2018 hatte sich dieses Verhältnis in etwa eingependelt und im vergangenen Jahr komplett umgekehrt: Der Anteil des Ostens war auf 70 Prozent gestiegen, während der des Westens auf 29 Prozent gesunken war.

Szijjártó fügte hinzu, dass der Anteil Chinas an der Weltwirtschaftsleistung im Jahr 2000 nur 4 Prozent betrug, inzwischen aber 18 Prozent erreicht hat, und dass der Ferne Osten im

vergangenen Jahr bereits der wichtigste Handelspartner der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union war.

Der Leiter des Ministeriums wies auch darauf hin, dass die technologische Überlegenheit der westlichen Welt deutlich abgenommen hat, und fügte hinzu, dass beispielsweise die größten Batteriehersteller in der Elektroautoindustrie allesamt östliche Unternehmen sind. Allerdings, so Szijjártó, werden die Investitionsentscheidungen dieser Unternehmen auch darüber entscheiden, welche EU-Mitgliedstaaten in den kommenden Jahren erfolgreich sein werden.

Szijjártó sagte, dass die Errichtung der 97.000 Quadratmeter großen ersten ausländischen Produktionseinheit von Semcorp ein weiteres Kapitel in der Erfolgsgeschichte der ungarisch-chinesischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit sei. Die Arbeiten haben bereits im Sommer begonnen, die Anlage soll im ersten Quartal 2023 in Betrieb genommen werden, wodurch die Kapazität des marktführenden Unternehmens in diesem Bereich um 12 Prozent steigen wird.

In Ungarn werden dann jährlich 400 Millionen Quadratmeter Separatorfolie produziert. Szijjártó betonte, dass die Öffnung der ungarischen Wirtschaftspolitik nach Osten eine echte wirtschaftliche Erfolgsgeschichte sei und nun auch von Kritikern anerkannt werden müsse.

In den vergangenen elf Jahren sei der Handel zwischen Ungarn und den östlichen Ländern um 28 Prozent gestiegen. Der größte Investor in Ungarn war 2019 Südkorea und im vergangenen Jahr China. Ungarns Handelsumsatz mit China stieg in der ersten Hälfte dieses Jahres um 24 Prozent, das Volumen der ungarischen Exporte nahm um 51 Prozent zu.

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) Viktor Orbán bittet Papst Franziskus, Ungarn nicht untergehen zu lassen

Papst Franziskus traf Viktor Orbán, der ihn bat, „das christliche Ungarn nicht untergehen zu lassen“, auch wenn die beiden Männer vor allem in Fragen der Migrationspolitik durchaus nicht einer Meinung sind.

Von Lionel Baland

12. 09. 2021

Bildquelle. BVoltaire

Der Papst besuchte Ungarn am Sonntag, den 12. September 2021, um eine Messe anlässlich des 52. Internationalen Eucharistischen Kongresses auf dem Heldenplatz in Budapest zu feiern, auf dem Statuen der wichtigsten historischen Persönlichkeiten des Landes stehen. Zuvor hatte er sich mit dem ungarischen christdemokratischen Ministerpräsidenten getroffen.

Der ideologische Schlagabtausch fand vierzig Minuten lang hinter verschlossenen Türen im Budapester Museum der Schönen Künste am Rande des Heldenplatzes statt, in Anwesenheit des ungarischen Staatspräsidenten Janos Ader und zweier hochrangiger Beamter der römischen Kurie.

Nach dem Treffen postete Viktor Orbán ein Foto des Treffens auf Facebook und erklärte, er habe den Papst gebeten, „das christliche Ungarn nicht untergehen zu lassen“.

Nach Ansicht von Medienkommentatoren war das Treffen ein diplomatischer Affront gegen einen regulär gewählten Ministerpräsidenten, da der Papst ihm entgegen dem Rat der diplomatischen Dienste des Vatikans den Status eines Staatsbesuchs verweigerte. Ein ungarischer TV-Kommentator sagte sogar: „Er will Ungarn demütigen!“

Im offiziellen Kommuniqué des Papstes werden die „heißen Eisen“ nicht erwähnt, sondern es heißt lediglich, dass die Gesprächspartner unter anderem über den Schutz der Umwelt und der Familie gesprochen haben.

Während der christliche Führer entspannt wirkte, war der ungarische Regierungschef weit weniger entspannt, da er ein großes Interesse daran hat, seine Wählerschaft zu halten. Tatsächlich will die Opposition bei den Wahlen 2022 als Einheit auftreten. Liberale, sozialistische, umweltpolitische und ehemals ultranationalistische politische Gruppen haben sich zusammengeschlossen, um zu versuchen, die derzeitige Regierung zu stürzen.

Sowohl Ungarn als auch Polen werden von Brüssel angegriffen, das sie wegen ihrer Migrationspolitik und ihrer Haltung zu LGBTQIA+-Themen finanziell bestrafen will, während die EU versucht, mehr Kontrolle über die polnische Justiz und die magyarische Medienlandschaft auszuüben. Die ungarische Justizministerin Judit Varga (Fidesz) erklärte kurz vor dem Papstbesuch, ihr Land werde alle rechtlichen Mittel ausschöpfen, um im Streit mit der EU auf Seiten Polens zu intervenieren.

Viktor Orbán, der kurz vor dem Besuch von Franziskus die serbische patriotische Ministerpräsidentin Ana Brnabić (SNS) empfing, teilte der Öffentlichkeit nach einer gemeinsamen Sitzung der Regierungen beider Länder in Budapest mit, dass Ungarn und Serbien – ein Nicht-EU-Mitglied – die europäischen Grenzen gegen die Migration verteidigen werden, auch wenn keine Anerkennung durch die EU zu erwarten ist.

Franziskus flog am frühen Nachmittag in die Slowakei, wo er drei Tage lang zu Besuch sein wird.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei BOULEVARD VOLTAIRE, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

17) Ungarns Demokratie und ihre Verunglimpfung in Europa

Von Peter Tase

08. 09. 2021

Peter Marko Tase · Bildquelle: Demokracija

Seit der europäischen Migrantenkrise von 2015, als 1,3 Millionen Menschen in den Raum der Europäischen Union eindrangen und um Asyl baten, herrscht in ganz Europa ein Krieg der Ideen und Prinzipien.

Angesichts der Unruhen im Nahen Osten, der Kriege in Afghanistan und im Irak sowie der Gefahren, die durch terroristische Aufstände in Nigeria, Libyen und Pakistan entstanden sind, haben die europäischen Regierungen in den letzten zehn Jahren begonnen, eine steigende Zahl von Flüchtlingen zu registrieren.

In dem Prozess, diesen Flüchtlingen ein Umfeld zur Wiedereingliederung zu bieten, hat sich eine überwältigende Kluft in der Grenzsicherheitspolitik aufgetan, und zwar zwischen den Ländern der Europäischen Union, die offen dafür sind, fremde kulturelle Traditionen unvermittelt in ihre jeweiligen Gesellschaften einzubringen, und Nationen wie Ungarn, die sich um die Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung demokratischer Institutionen bemühen. Im Gegensatz zum vorherrschenden Trend in der EU steht Ministerpräsident Viktor Orbán in ständigem Kontakt mit seinen Landsleuten und pflegt einen engen Dialog, wenn es um strategische Fragen geht, die sich unmittelbar auf die nationale Sicherheit und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Ungarns auswirken.

Es bleibt die grundsätzliche Frage: Gibt es mehr Demokratie in Brüssel oder in Budapest?

Jahrelang haben EU-Parlamentarier Viktor Orbán ungeniert als autokratischen Herrscher und als Feind der Europäischen Menschenrechtskonvention dargestellt und behauptet, dass demokratische Grundsätze und Normen in Budapest erodieren.

In Ländern wie den Niederlanden besteht Ministerpräsident Mark Rutte darauf, dass Ungarn „in der Europäischen Union nichts mehr zu suchen hat“, und verweist dabei auf Orbáns Gesetz vom Juni 2021, das die Strafen für verurteilte Pädophile verschärfen, die Darstellung oder Förderung von Homosexualität bei Jugendlichen unter 18 Jahren verbieten und die Rechte von Kindern und ihren Eltern schützen soll.

Dazu Hungary Today: „Das Gesetz sieht vor, dass Eltern das Recht haben müssen, über die Sexualerziehung ihrer Kinder zu entscheiden, und dass der Sexualerziehung in der Schule ganz klare Grenzen gesetzt werden müssen. Kinder müssen vor dem Zugang zu Informationen auf jeder Plattform geschützt werden, die den Erziehungsvorstellungen der Eltern zuwiderlaufen.“

Rutte, der vom luxemburgischen Premierminister und belgischen Regierungschef, dem französischen Präsidenten und anderen EU-Beamten unterstützt wird, hat sich ein fruchtbares Terrain verschafft, auf dem er seine Verleumdungen gegen Ungarn verstärken kann.

Die Fakten vor Ort sind jedoch hartnäckig und beweisen überraschenderweise das Gegenteil.

Die Niederlande sind weltweit führend bei der Herstellung von XTC, einer Droge, die chemisch mit Meskalin und Amphetamin verwandt ist und wegen ihrer euphorisierenden und halluzinogenen Wirkung illegal konsumiert wird.

Untersuchungen haben ergeben, dass allein in einem Jahr mehr als 1 Milliarde XTC-Pillen hergestellt wurden, und die niederländische organisierte Kriminalität hat mit dieser Industrie einen Jahresumsatz von 18,9 Milliarden Euro erzielt.

Die geografische Lage und die Infrastruktur sowie die tolerante Gesellschaft der Niederlande sind wichtige Faktoren, die das Gedeihen krimineller Aktivitäten in diesem Land ermöglichen. Darüber hinaus haben der überwältigende Mangel an Polizeibeamten und die geringen Strafen gegen den Drogenhandel dazu geführt, dass die niederländische Jugend immer mehr Rauschmittel konsumiert.

„Dies ist eine Folge der berühmten niederländischen Toleranz gegenüber weichen Drogen, die seit den späten 1970er Jahren praktiziert wird. Wir dachten, wir würden der Welt ein Beispiel geben, und wir waren lange Zeit sehr zufrieden damit – aber jetzt nicht mehr“, erklärte Pieter Tops, Sozialwissenschaftler an der Universität Tilburg und Dozent an der Polizeiakademie der Niederlande.

Am 6. Juli 2021 wurde Peter R. de Vries, ein renommierter niederländischer Journalist, der furchtlos über die gewalttätige Unterwelt der Niederlande berichtete und sich für eine wirksame Justiz einsetzte, auf offener Straße in Amsterdam getötet. Auch wenn die Gründe für die Erschießung von De Vries noch nicht bekannt sind, steht der Anschlag vom 6. Juli für das gefährliche Umfeld, das in den Niederlanden für Enthüllungsjournalisten herrscht, insbesondere für diejenigen, die Drogenhandelsnetze und die Amsterdamer Unterwelt aufdecken.

Nicht in Ungarn, sondern in den Niederlanden wurde ein Journalist erschossen, der rechtsgerichtete Politiker Pim Fortuyn ermordet und der islamkritische Filmemacher Theo van Gogh getötet. All diese grausamen Taten sind ideologisch motiviert. Im heutigen Ungarn haben christliche und katholische Werte die Oberhand über die öffentlichen Institutionen und die Umsetzung der öffentlichen Politik. Die moralischen Werte, die bürgerlichen Freiheiten und die Grundfreiheiten stehen im Mittelpunkt von Orbáns Führung und Außenpolitik.

Während die westeuropäischen Agitatoren Ungarn ständig angreifen und Orbáns demokratische Haltung leugnen, sind die Aussichten auf eine gesündere Demokratie und die Gewährleistung der Menschenwürde durch die staatlichen Institutionen in Budapest höher als in allen westeuropäischen Hauptstädten zusammen.

Dieser Beitrag reschen zuerst bei DEMOKRACIJA,

unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

18) Ungarn unterstützen weiterhin den Grenzschutz

06. 09. 2021

Bildquelle: Magyar Nemzet

Die überwältigende Mehrheit der Ungarn, 81 Prozent, befürwortet die Beibehaltung der ungarischen Grenzzäune zum Schutz vor illegalen Einwanderern, so das Ergebnis der jüngsten Meinungsumfrage des Ungarischen Zentrums für Grundrechte.

Die landesweit repräsentative telefonische Umfrage unter 1.000 Personen zeigt, dass acht von zehn Ungarn im wahlberechtigten Alter den 2015 errichteten Grenzzaun im Süden des Landes nach wie vor unterstützen. Dies bedeutet, dass

rund 6,5 Millionen Wählerinnen und Wähler sich für den Grenzzaun und gegen die illegale Einwanderung aussprachen.

Der Kampf gegen die illegale Migration ist nicht nur wegen der Entwicklungen in Afghanistan aktuell, sondern auch, weil die jüngsten Zahlen zeigen, dass die Behörden in den ersten acht Monaten des Jahres 2021 300 % mehr illegale Einwanderer an der Südgrenze festgenommen haben als im gleichen Zeitraum des Jahres 2020 – und die Umfrage des Zentrums zeigt, dass die öffentliche Unterstützung für einen Grenzzaun gegen den wachsenden Migrationsdruck unbestritten bleibt.

Nur jeder zehnte Ungar, d. h. zehn Prozent, nimmt in dieser Frage eine „unentschlossene" Haltung ein und nur sechs Prozent der Befragten sprechen sich gegen einen Zaun an der Südgrenze aus.

Die Umfrage zeigt auch, dass die Ungarn glauben, dass der gescheiterte NATO-Abzug aus Afghanistan den Migrationsdruck auf Europa erhöhen wird. Siebenundsechzig Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die Veränderungen der Sicherheitslage in dem zentralasiatischen Land zu einem Anstieg der Einwanderung an den europäischen Grenzen führen werden, während 14,5 Prozent der Befragten der Meinung sind, dass es trotz der Ereignisse in Afghanistan keine wesentlichen Veränderungen geben wird. Nur fünf Prozent der Befragten glauben, dass die Migration auf den Kontinent zurückgehen wird.

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

19) Budapest: Rumänische Schlepper verursachen schweren Unfall

Von Rainer Ackermann

06. 09. 2021

Foto: MTI/Zoltán Mihádák

Am Donnerstagmorgen verursachten Menschenschlepper einen schweren Verkehrsunfall auf der Budapester Ringautobahn M0.

Unweit des Knotenpunktes Szigetszentmiklós im Süden Budapests, in Richtung der Autobahn M1 nach Wien, kollidierten drei Fahrzeuge. Zwei davon wurden von Rumänen gesteuert, die insgesamt elf Migranten beförderten. Die Polizei nahm sowohl die beiden Fahrer als auch deren illegalen Mitfahrer – die sich als Syrer und Iraker ausgaben – in Gewahrsam.

Nach ihrer Einvernahme werden die illegalen Migranten zu einem der Grenzkontrollpunkte zurückgebracht; die beiden rumänischen Fahrer werden wegen Menschenschmuggels angeklagt.

BUDAPESTER ZEITUNG

Deiser Beitrag erschien zuerst in der BUDAPESTER ZEITUNG, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

20) Ungarn: Bericht von der Schengen-Außengrenze, Grenzschutz in Aktion. Die Grenzgänger kommen von der serbischen Seite der Grenze in den Gebieten Ásotthalom, Mórahalom und Röszke

Von László Janos Semán

06. 09. 2021

Foto: István Mirkó/Magyar Nemzet

Ohne die Grenzschutzbeamten wäre es für die Grenzpolizei und die Soldaten fast unmöglich, die technischen Grenzsperren an der serbisch-ungarischen Grenze zu überwachen. Die Grenzschutzbeamten kennen das Terrain wie ihre Westentasche.

Der Korrespondent und Fotograf der ungarischen Tageszeitung *Magyar Nemzet* besuchte einige der Frontorte; Ásotthalom, Mórahalom, Röszke – drei Siedlungen an der serbisch-ungarischen Grenze, zwischen Donau und Theiß, die alle organisch miteinander verbunden sind.

Die Schmuggler organisieren die illegalen Einwanderer, die in der Vojvodina, in Subotica, Palic, Ludas und Bácsszőlős warten, in Gruppen von zehn bis fünfzehn Personen.

Dann drücken sie den Migranten ein auf den Turm der serbischen Telefongesellschaft abgestimmtes Smartphone in die Hand und lassen sie zu Fuß gehen. Sie sollen die technische Grenzbarriere auf mit GPS-Koordinaten markierten Routen überschreiten. Normalerweise kommen sie aus den Wäldern von Palic, verlassenen Bauernhöfen und Maisfeldern direkt in die Äcker und Wälder der Grenzregion. Der technische Grenzübergang wird in der Regel bei Dunkelheit erreicht. Sie verstecken sich in der Vegetation auf der serbischen Seite des doppelten Zaunsystems in der Nähe des Zauns und warten auf ungarische Polizisten und Soldaten, die in Autos auf der Straße zwischen den beiden

Zäunen patrouillieren. Sie warten, bis die Patrouille umdreht und zurückfährt. Wenn der Jeep verschwindet, kommen sie mit mehreren Metern nagelneuer Aluminiumleitern heraus.

In Serbien gibt es bereits einen Mangel an Aluminiumleitern. Nicht einmal in der grenznahen Stadt Subotica gibt es welche. Sie wurden von den Menschenschmugglern aufgekauft.

„Genau so bei Drahtscheren. Sobald die ungarische Grenzpatrouille weg ist, klettern die Migranten über den äußeren Zaun und springen in den Streifen zwischen den beiden Zäunen. Sie haben üblicherweise eine Doppelleiter dabei, um beide Zäune zu überwinden. Die Leitern, die auf der serbischen Seite bleiben, werden von den Schmugglern eingesammelt und zurückgebracht, um an neue Gruppen verkauft zu werden“, erklärt Levente Őcze, Vorsitzender der Bürgerwehrvon Ásotthalom. Er ist seit mehr als vierzig Jahren als Förster im Ásotthalmer Gebiet tätig und hat eine persönliche Beziehung zu jedem Baum, jedem Baum und jedem geschlossenen Wald; er kennt jeden Grashalm. Ein Grenzpolizist sagte über ihn und die anderen Grenzschutzbeamten, dass es ohne sie für die Grenzpolizei, die Polizei und die Soldaten, die die technischen Grenzsperren überwachen, fast unmöglich wäre zu operieren.

Sie kennen das Terrain wie ihre Westentasche. Ohne sie wären die hier eingesetzten uniformierten Beamten nicht in der Lage, zielgerecht zu operieren.

- Diejenigen von uns, die hier leben, die hier geboren sind, können sich mit ein oder zwei Worten verständigen, wo wir im Feld hingehen müssen, um den illegalen Einwanderern den Weg zu versperren. Ohne genaue Kenntnis des Terrains kann ein Polizist aus einem gernzferneren Ort praktisch nichts machen.

Wir wissen, wo sie sich in Wäldern und auf verlassenen Bauernhöfen verstecken, und sobald sie sich bewegen, spüren wir sie auf, indem wir ständig Informationen darüber erhalten, wohin sie gehen. Bewaffnete uniformierte Beamte fangen sie dann ab.

- sagt der pensionierte Revierförster mit einer natürlichen Miene, ohne mit der Wimper zu zucken. Im vergangenen Jahr wurde er außerdem zum Bürger des Jahres und zum Stadtrat für öffentliche Sicherheit der Gemeinde Ásotthalom ernannt. Seit 1978 gehört er dem Entscheidungsgremium der Gemeinde als Ratsmitglied an und ist auch heute noch Mitglied des Gemeinderats. Er sagte, dass er alle Ämter des Gremiums außer dem des Bürgermeisters bekleidet habe und nun Mitglied und Vorsitzender eines Ausschusses sei. Sein Engagement für die Bürgerwehr begann 1997, als er vom damaligen Bürgermeister gebeten wurde, eine lokale Gruppe zu gründen, um einer öffentlichen Forderung nachzukommen. Später wurde er in den Aufsichtsrat des Nationalen Verbandes der Bürgerwehren gewählt und ist außerdem Vizepräsident des Verbandes der Bürgerwehren des Komitats Csongrád.

Wir wandern auf unbefestigten Straßen, Schotter- und Feldwegen durch den Wald, und ab und zu taucht ein Bauernhaus auf. Levente Őcze kennt jeden der Eigentümer, weiß, wer in welchem Haus wohnt, wie viele Personen dort leben, was für Hunde sie haben, wie viele Kinder und ob die Frau arbeitet. Er weiß auch, welche Bauernhöfe aufgegeben wurden. Sie werden regelmäßig kontrolliert – hervorragende Verstecke für Migranten. Plötzlich stehen wir vor dem technischen Grenzübergang. Der Bürgerwehrvertreter steigt aus dem Streifenwagen aus und erklärt, aus welcher Richtung die Migranten kommen und wohin sie gehen.

Während er spricht, berührt ein unvorsichtiger Reporter den Zaun. Das muss eine unbewusste Reaktion gewesen sein, denn wir hatten zuvor über Elektrizität in den Zäunen gesprochen.

Als das System installiert wurde, überraschte ein Team des dänischen öffentlich-rechtlichen Fernsehens die Bürgerwehr in Ásotthalom. „Was für eine Sache, Strom in den Zäunen zu haben!“, riefen sie empört. Levente Őcze erklärte ihnen vergeblich, dass Elektrizität nicht gegen Menschen gerichtet ist, die Spannung in den Drähten ist so hoch wie im Elektrozaun selber, sie sticht lediglich die Person, die sie berührt, aber sie verursacht keine Verletzungen, geschweige denn den Tod.

Die Drähte sind so konzipiert, dass sie die Alarmanlage auslösen, sobald jemand sie berührt.

Die an den Masten montierten Kameras – sie können um 360 Grad schwenken und liefern ein qualitativ hochwertiges Bild – sind auf den Punkt ausgerichtet, an dem der Zaun berührt wurde. Die alarmierten Patrouillen können dadurch erkennen, wie viele Personen im Begriff sind, die Grenze zu überschreiten. Nachts gehen die Scheinwerfer an, und aus den Lautsprechern ertönt eine Warnung mit deutlicher Stimme in Englisch, dann in Arabisch, Paschtu, Parsi und drei weiteren Sprachen, die dem Reporter völlig unbekannt sind, dass ein Migrant die ungarische Staatsgrenze erreicht hat, die auch die Schengen-Außengrenze der Europäischen Union ist. Illegales Überschreiten ist in Ungarn eine Straftat, die mit Gefängnis bestraft wird. Nachdem der Reporter unvorsichtigerweise die technische Grenzbarriere berührt hatte, war innerhalb weniger Minuten eine Militärpatrouille da, die, als sie den vertrauten Grenzwächter sah, winkte und sich wieder zurückzog.

Einen Tag zuvor waren wir auf schlammigen Straßen über einen wilden Zaun gestolpert, der in die Lichtungen führt. Das ist ein Wildschweingarten. Knapp 420 Hektar Wald mit riesigen Wildschweinrotten.

Am Zaun ist zu sehen, wo er von Migranten bereits überwunden wurde, der Stahldraht ist dort durchbrochen

- erklärt der Förster im Ruhestand, indem er auf die Spuren der illegalen Migranten hinweist. Mittels GPS wissen die Migranten, dass sie in diese Richtung nach Kissor, dann nach Zákányszék, Domaszék und Szeged bewegen sollen.

Foto: István Mirkó/Magyar Nemzet

Zurück auf der asphaltierten Straße verabschieden wir uns von Levente Pőcze und machen uns auf den Weg nach Röszke. István Túró Túró, Vorsitzender des Bürgerwehr von Röszke, erwartet uns und wir treffen dort László Sárközi, Vorsitzender des Selbstverteidigungsvereins (Bürgerwehr)von Mórahalom. Mórahalom liegt weiter im Osten, nördlich der serbisch-ungarischen Grenze. Hier ist zumeist Ackerland zu finden, allerdings mit bewirtschafteten Feldern.

Gegenwärtig bieten Mais und Sonnenblumen den illegalen Migranten, die die Grenze überqueren, Schutz.

István Túró nimmt uns mit nach Holt-Tisza. Hier, am Punkt F2, durchbricht das Wasser die technische Grenzbarriere. Hier zeigt uns István Túró seine neu erworbene Wärmebildkamera und sein hochauflösendes Fernglas. Dort drüben, auf der serbischen Seite, etwa zweihundert Meter entfernt, versucht ein Fischer zu fischen. Er raucht eine gefilterte Zigarette. Wir können sogar deren Markenbezeichnung mit dem Fernglas erkennen. Der Bürgerwehrvertreter sagt, dass sie nur drei Wärmebildkameras haben, aber viel mehr brauchen würden.

Die Probleme von Röszke unterscheiden sich von denen von Ásotthalom oder Mórahalom dadurch, dass es sich um den Grenzübergang der Autobahn M5-E75, Röszke-Horgos, handelt. Mit starkem LKW- und PKW-Verkehr.

Die Migranten versuchen in der Regel, die Grenze auf dem Landweg zu überqueren oder den internationalen Grenzübergang durch die technische Grenzsperre zu umgehen.

Wie bei F2, wo es keine technischen Hindernisse auf dem Wasser gibt, schleichen sie sich sogar im Winter durch das eisige Wasser. Ein weiterer schwieriger Punkt ist der Pap-Halmi-Kanal, der manchmal in die serbische Vojvodina führt, nur um dann wieder auf ungarisches

Staatsgebiet zurückzukehren; der Kanal bildet die natürliche Grenze bis zum Grenzübergang. An einem der Übergänge mussten massive Eisengitter angebracht werden, weil die Migranten bis zu den Hüften im Wasser durch die Rohre unter der unbefestigten Straße im Hauptkanal krochen. Und die Autobahn hat bereits ein Opfer von illegalen Einwanderern gefordert: Viele Fahrer rasen trotz des hohen Verkehrsaufkommens unvorsichtig über die Straße. Einer der Migranten überquerte die Straße und versuchte dann, als er die Grenzpolizei sah, auf die andere Seite zurückzulaufen. Dabei wurde er von einem zu schnell fahrenden Auto erfasst und getötet.

Sándor Csorba, Vorsitzender der Grenzschutzabteilung des Nationalen Verbandes der Bürgerwehren (OPSZ) und Vorsitzender des Bürgerwehrvereins Balotaszállás, bestätigt unsere Vermutung: Sowohl Levente Pőcze, László Sárközi als auch István Túró setzen sich für den Schutz der Bürger ein, sie lieben ihre Heimat und ihr Land. Sie tun ihr Bestes zusammen mit den anderen Grenzschutzbeamten. Sándor Csorba selbst ist 36 Jahre lang im Amt.

Die Staatsgrenze ist heilig und unantastbar

- sagt er und fügt hinzu: „Wir werden unser Heimatland schützen."

Foto: István Mirkó/Magyar Nemzet

Seine Organisation wurde im Herbst 2016 gegründet. Sie deckt die gesamte Schengen-Außengrenze beginnend vom Komitat Zala bis hin zum Komitat Szabolcs-Szatmár-Bereg ab. Hinzu kommen das Komitat Jász-Nagykun-Szolnok und das Komitat Győr-Sopron-Moson in Richtung Österreich mit insgesamt 97 Verbänden und 2050 Mitgliedern. In viereinhalb Jahren wurden bereits 650.000 Stunden Streifendienst geleistet, davon 110.000 gemeinsam mit der Polizei. Insgesamt wurden 11.000 illegale Migranten direkt oder infolge von Anzeigen aufgegriffen. Sechstausend Anzeigen erhielten die Behörden, um gegen Menschenschmuggler vorgehen zu können. Gelegentlich sind die Bürgerwehren auch an der Seite von berittenen Ordnungshütern im Einsatz. Sie patrouillieren aber nicht nur und

helfen bei Abfangaktionen, sondern räumen auch hinter den Migranten auf. Es ist üblich, dass die Migranten ihre Zelte und Kleidung in den Wäldern zurücklassen.

Auf ungarischem Staatsgebiet angekomnmen, ziehen sich Migranten europäische Kleidung an, um nicht aufzufallen, und setzen ihre Reise zu den bewohnten Siedlungen als „Touristen“ gekleidet fort.

Kürzlich wurde von der Bürgerwehr ein kleines Zeltlager in Dunafalva entdeckt.

Sándor Csorba sagt, er sei mit der vorhandenen Ausstattung zufrieden. Für einen erfolgreichen Einsatz werden allerdings noch ein Fahrzeug, ein Nachtsichtgerät (Wärmebildkamera), eine Drohne und ein Fernglas benötigt. Die Bürgerwehren nutzen jede Gelegenheit, um Zuschüsse zu beantragen, damit sie alles bekommen, was sie brauchen. Aber man muss leider sagen, dass die Ausrüstung jnoch immer nicht ausreichend ist. So brauchen die Ordnungshüter zum Beispiel viel mehr Wärmebildkameras und Drohnen. Mehr Unterstützung bei der Ausrüstung wäre umso wichtiger, als

nahezu 100 % der illegal eingereisten Personen junge Männer im wehrfähigen Alter sind; unter ihnen gibt es praktisch keine Frauen oder Kinder.

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

21) 52. Internationaler Eucharistischer Kongress in Budapest

04. 09. 2021

Bildquelle: Ungarnreal

Die Eucharistischen Weltkongresse gehören zu den großen öffentlichen Veranstaltungen der Kirche. Als solche unterstreichen sie die Rolle der Eucharistie im Leben der Christen und in der kirchlichen Praxis und rücken diese in den Vordergrund. 1881 wurden sie ins Leben gerufen, um Jesus Christus, der in der Eucharistie wahrhaft gegenwärtig wird, zu preisen und Zeugnis von seiner unendlichen Liebe zur Welt abzulegen. In den Christengemeinden lösten sie als Antwort auf die Erwartungen der Menschen historisch bedeutende Entwicklungsprozesse aus und leisteten so, ausgehend von der Eucharistiefeier, einen Beitrag zur Schaffung einer menschlicheren, gerechteren und friedlicheren Welt.
Schon 1938 hatte Ungarn einmal einen Eucharistischen Weltkongress ausgerichtet, der ein denkwürdiges Ereignis war. Nun findet die Veranstaltung 82 Jahre später wieder an demselben Ort statt, allerdings unter historisch und gesellschaftlich völlig anderen Bedingungen.

Von Andreas Gutenbrunner, 03. September 2021, domradio.de

Ein überdimensionales Kreuz aus 64 mit Flugdrohnen gebildeten Lichtpunkten bildete kürzlich den Schlusspunkt des Großfeuerwerks über der Donau in Budapest zum ungarischen Staatsfeiertag. Die Regierung von Ministerpräsident Viktor Orban betont bei jeder Gelegenheit die christliche Identität des Landes.

Nun ist v**on 5. bis 12. September der 52. Eucharistische Weltkongress der katholischen Kirche in Budapest zu Gast.** Das achttägige Programm des Eucharistischen Weltkongresses wird mit Erstkommunionfeier eröffnet und umfasst Katechesen und heilige Messen, Ausstellungen, Konzerte und einen Familientag auf der Margareteninsel. Prominenz aus Kirchen und Politik stellen sich in Ungarns Hauptstadt ein. Für Abschlussmesse kommt sogar **Papst Franziskus** zu einem Kurzbesuch in die ungarische Hauptstadt.

Stärkung des Glaubens

Nicht eine katholische Machtdemonstration soll das Großereignis aber sein, sondern *eine kirchliche "**Öffnung zur Welt" und "eine Stärkung des Glaubens**,"* wie der Budapester ***Kardinal Peter Erdö*** im Vorfeld mehrfach betonte. Das Verständnis und die **Verehrung des Sakraments der Eucharistie** in der Orts- und Weltkirche fördern und vertiefen sollen die alle paar Jahre in einer anderen Metropole stattfindenden Internationalen Eucharistischen Kongresse (IEC/NEK). Zudem bringt das geplante **Programm in Budapest** zum Ausdruck, dass **zwischen Frömmigkeit und karitativem Wirken ein untrennbarer Zusammenhang** besteht.

1.200 Erstkommunionkinder

Das wird bereits zum Auftakt deutlich: Eröffnet wird das Treffen a**m Nachmittag des 5. Septembe**r – und zwar mit einem vom **Vorsitzenden des Rates der europäischen Bischofskonferenzen (CCEE)** ***Kardinal Angelo Bagnasco*** **geleiteten großen Gottesdienst** auf dem Budapester **Heldenplatz, bei dem 1.200 Erstkommunionkinder** zum ersten Mal die Eucharistie empfangen werden. Schon vorab organisieren die Kongressveranstalter aber auch ein Mittagessen für Obdachlose.

Abschlussgottesdienst mit Papst

Schlusspunkte sind **am Abend des 11. September ein Gottesdienst mit Kerzenprozession,** die **vom Kossuth-Platz** vor dem Parlament über den breiten Boulevard der Andrassy-Straße **zum Heldenplatz** führt. Dazu wird auch der ***orthodoxe Ökumenische Patriarch Bartholomaios I.*** erwartet. Tags darauf kommt ***Papst Franziskus*** morgens in Budapest an und feiert den **Abschlussgottesdienst des Weltkongresses**, bevor er nach Pressburg weiterreist. Es ist das erste Mal seit dem Jahr 2000, dass ein Papst persönlich am IEC teilnimmt.

Corona-Beschränkungen aufgehoben

Für die Tage des IEC hat Ungarns Regierung die nationalen Corona-Zugangsbeschränkungen zu Massenveranstaltungen aufgehoben. Staatssekretär Zoltan Kovacs sprach zuletzt von **rund 100.000 Menschen,** die sich rund um die Kongresstage in Budapest aufhalten werden. Wie groß vor allem die **Zahl internationaler Teilnehmer s**ein wird, bleibt aber abzuwarten. Angesichts der internationalen Corona-Reisebeschränkungen ist zu erwarten, dass die Versammlung nicht so groß ausfallen wird wie frühere Treffen.

Bischöfe aus der ganzen Welt

Aus der Weltkirche erwartet werden neben dem v***atikanischen Kurienerzbischof Piero Marini*** etwa die ***Kardinäle Louis Raphael Sako (Bagdad), Charles Maung Bo (Yangon, Myanmar), Dominik Duka (Prag), Orani Joao Tempesta (Rio, Brasilien), John Onaiyekan (Nigeria) und Jean-Claude Hollerich (Luxemburg)*** oder der ***philippinische Erzbischof Jose Palma aus Cebu***, wo 2016 der vorige Weltkongress stattfand. Auch ***Ungarns Präsident Janos Ader*** gibt ein Glaubenszeugnis ab, "nicht nur als Präsident, sondern auch als katholischer Vater und Ehemann", wie Weltkongress-Generalsekretär Kornel Fabry erklärte.

Gottesdienst in Lovari-Romanes

Am **9. September** gibt es einen **Gottesdienst in Lovari-Romane**s, für den ein junger ungarischer Komponist erstmals die i**n diesen Dialekt der Roma und Sinti übersetzten Hauptteile der katholischen Messe vertont** hat. Weitere besondere Gottesdienste finden etwa in der **Stephansbasilika** im Zentrum Budapests statt. Dort feiert der ***melkitische griechisch-katholische Patriarch von Antiochien und Alexandrien, Yousif Absi*****, am 8. September** eine Messe im byzantinischen Ritus.

Jugendveranstaltungen

Zum Programm gehören auch eine J**ugendveranstaltung in der Laszlo-Papp-Sportarena am 10. September** und tags darauf ein **Familientag auf der Margareteninsel.** Auf dem Platz vor der Stephansbasilika erwarten Besucher während der **Kongresstage Kulturveranstaltungen**, darunter die St.-Stephans-**Buchwoche** und eine Bühne mit **landestypischer Musik und Podiumsgesprächen**. Das **Ungarische Nationalmuseum** zeigt eine **Schau,** die unter dem Titel "Kreuzfeuer" **Christenverfolgung** thematisiert.

Geplant sind außerdem **zahlreiche Konzerte.** So tritt am 9. September in der Franz-Liszt-Musikakademie der **Synodal-Chor des orthodoxen Moskauer Patriarchats** auf. Parallel zum Kongress findet in Budapest das diesjährige **"Ars Sacra"-Musikfestival** statt.

Der Autor, Andreas Gutenberger ist Redakteur an der Katholischen Presseagentur Kathpress

Das Programm des 52. Internationalen Eucharistischen Kongresses auf Deutsch: www.iec2020.hu/de/program

Das Moderationsteam von EWTN. Katolischen TV mit Experten und Gästen ist in dieser Zeit täglich mehrfach live auf Sendung und begleitet den Weltkongress vor Ort. iec.ewtn.de/

Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien zuerst bei UNGARNREAL, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

22) „Wir arbeiten daran, Ungarn zu einem erfolgreichen Land zu machen“

05. 09. 2021

Bildquelle: Facebook

In diesem Jahr findet das traditionelle Picknick in Kötcse (dt. Kötsching, Komitat Somogy) zum zwanzigsten Mal statt und ist immer ein wichtiger Treffpunkt für die rechtsgerichtete, bürgerliche Gemeinschaft.

Viktor Orbán trifft in Kötcse ein:

„Ministerpräsident Orbán hat einmal gesagt, dass wir uns in einem Zeitalter der Migrationen und Epidemien befinden. Wir arbeiten daran, dass Ungarn ein erfolgreiches Land ist, das in der Lage ist, mit diesen Herausforderungen umzugehen“, erklärte Staatssekretär Balázs Orbán, der auch darauf hinwies, dass die Europäische Union für Ungarn der tragfähigste Rahmen ist, der Ungarn in den letzten 100 Jahren zur Verfügung stand, und dass Ungarn daran interessiert ist, dass die Europäische Union intakt und unversehrt bleibt.

„Wir müssen für die Zukunft Europas kämpfen und wir müssen dafür kämpfen, dass die Europäische Union zusammenbleibt. Aber nicht alle denken so: Es gibt Bürokraten in Brüssel und linksliberale politische Gruppen, die selbst in dieser schwierigen Situation nicht daran arbeiten, die Probleme zu lösen, sondern ihre fortschrittliche, liberale ideologische Agenda zu fördern.“

Er erinnerte daran, dass dies in vielen Bereichen zum Ausdruck kommt. „Ein solches Thema ist die Migration, wo die Frage der Quoten und der Massenaufnahme im Zusammenhang mit Afghanistan wieder aufgetaucht ist. Eine andere ist die Gender-Ideologie. In Brüssel scheint Gender-Lobbying wichtiger zu sein als der Schutz unserer Kinder. Und der dritte ist der Klimawandel, für den Brüssel die europäischen Bürger und damit auch die ungarischen Bürger zur Kasse bitten will, und nicht diejenigen, die für die Umweltverschmutzung verantwortlich sind“.

„Wir sehen Ungarn als einen sicheren Hafen in dieser unsicheren Welt. Wir wollen, dass dieser sichere Ort erhalten bleibt und weiter wächst. Sowohl unsere Politik der Familienförderung als auch unsere Politik der Schuldenreduzierung, das Prinzip Arbeit statt Hilfe, der Schutz der nationalen Identität und die Politik des Eintretens für die nationalen Interessen haben die Position Ungarns im letzten Jahrzehnt und darüber hinaus gestärkt“, betonte Balázs Orbán.

MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag reschen zuerst bei MAGYAR HÍRLAP, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

23) Orbán: Nationalstaaten sollen über Migration entscheiden

Von Mariann Őry

01. 09. 2021

Ministerpräsident Viktor Orbán (j) und Charles Michel, Präsident des Europäischen Rates, auf dem Strategieforum in Bled, Slowenien · *Foto: MTI / Miniszterelnöki Sajtóiroda*

Auf dem Strategieforum in Bled betonte der ungarische Ministerpräsident, dass Europa zusammenbleiben muss, und dafür brauchen wir wirtschaftlichen Erfolg.

Das Thema Migration beherrschte die Debatte über die Zukunft Europas auf dem Strategieforum in Bled (dt. Veldes). Ministerpräsident Viktor Orbán sagte, dass die Befugnisse zur Steuerung der Einwanderung den Nationalstaaten übertragen werden sollten.

Der slowenische Ministerpräsident Janez Janša rief bei der Eröffnung des Strategieforums in Bled am Mittwochmorgen zu einem starken Europa auf, das sich auf starke Mitgliedsstaaten stützt. David Sassoli, Präsident des Europäischen Parlaments (EP), hielt die Grundsatzrede zur Eröffnung einer Podiumsdiskussion über die Zukunft Europas. Der italienische sozialistische Politiker, der als einziger der Teilnehmer kein Englisch sprach und seine Worte von einem Dolmetscher übersetzen ließ, sprach sich in einem Großteil seiner Rede für die Verteilung von Asylbewerbern aus.

In seiner Antwort auf eine Frage zum Wesen der Politik betonte Ministerpräsident Viktor Orbán, dass die Aufgabe der politischen Führer darin bestehe, das Volk und die Nation auf die Zukunft vorzubereiten, und dazu müssten sie zunächst verstehen, wie diese Zukunft aussehen werde. Danach muss festgelegt werden, welche Instrumente zur Verfügung stehen, welche nicht und wie letztere zu beschaffen sind. Der tschechische

Ministerpräsident Andrej Babiš betonte das Krisenmanagement, Janša die Notwendigkeit, unterschiedliche Interessen zu koordinieren, und der serbische Präsident Aleksandar Vučić trat für mutige Entscheidungen ein.

Die Migration war ein wichtiges Thema in der Debatte, wobei die führenden Politiker ihre Differenzen zum Ausdruck brachten. Im Gegensatz zu Sassolis einwanderungsfreundlichen Äußerungen vertrat der griechische Ministerpräsident Kiriakos Mikotakis die Ansicht, dass man aus den Fehlern der Migrantenkrise von 2015 lernen und Asylbewerbern vor Ort helfen und die Grenzen schützen sollte.

Orbán erinnerte daran, dass er 2015 der erste war, der davor warnte, dass die Massenmigration die Sicherheit und die kulturelle Identität Europas bedroht. Er wies auch darauf hin, dass es in dieser Frage erhebliche Meinungsverschiedenheiten gebe, und dass alle Befugnisse im Bereich der Migration an die Nationalstaaten zurückgegeben werden müssten, wenn man nicht wolle, dass sie die Union auseinanderreißen. Er wies auch darauf hin, dass Ungarn die demografischen Probleme nicht durch Migration, sondern durch eine traditionelle, christliche Familienpolitik angehen will.

Der tschechische Premierminister bezeichnete die Situation in Afghanistan als Schande und Katastrophe. Er erinnerte auch daran, dass er und Viktor Orbán ihr Veto gegen die „dumme Idee“ von Quoten eingelegt hatten.

Zum Thema Migration zog Sassoli eine Analogie zur Erfahrung des Zusammenbruchs des Römischen Reiches, worauf Viktor Orbán später erwiderte, dass die historischen Erfahrungen Ungarns eine relevantere Parallele darstellen, da alle Migranten, die heute in Europa ankommen, Muslime seien. Er warnte, dass die jetzt ankommenden Migranten die Zusammensetzung Europas verändern und unser gemeinsames christliches Kulturerbe in Frage stellen würden.

Auf die EU-Erweiterung angesprochen, betonte der ungarische Ministerpräsident, dass der Beitritt Serbiens zur EU von strategischer geopolitischer Bedeutung sei. Vučić äußerte sich enttäuscht über die Beitrittsverhandlungen. Er sagte, dass die westlichen Balkanländer wegen der Verzögerung ihrer EU-Integration nach eigenen Lösungen suchen, um ihre Interessen zu schützen, auch wenn nicht alle darüber glücklich sind.

Zur Zukunft Europas sagte Orbán, seine Vision sei es, „zusammen zu bleiben“. Dies setzt wirtschaftlichen Erfolg voraus, ohne den es keine politische Basis für gemeinsame Werte gibt.

Orbán führt Gespräche mit dem kroatischen Premierminister

Ministerpräsident Viktor Orbán diskutierte am Mittwoch im slowenischen Bled mit seinem kroatischen Amtskollegen Andrej Plenković über die politische Lage in Europa, die Zukunft der EU und die ungarisch-kroatische Zusammenarbeit, so Bertalan Havasi, Pressechef des Ministerpräsidenten, gegenüber der ungarischen Presseagentur MTI.

Bei dem Treffen dankte der kroatische Premierminister Ungarn für seine Hilfe bei der Beseitigung der Schäden, die das Erdbeben in Kroatien im vergangenen Jahr verursacht hatte.

Erörtert wurden auch aktuelle Fragen der ungarisch-kroatischen regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und die Bedeutung des Grenzschutzes.

Im Zusammenhang mit den laufenden Gesprächen über die Zukunft Europas waren sich Orbán und Plenković einig, dass Mitteleuropa seine Interessen in den Verhandlungen vertreten müsse.

MAGYAR HÍRLAP Dieser Beitrag erschien zuerst bei MAGYAR HÍRLAP, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S l o w e n i e n

24) LGBT-Ideologie auch an slowenischen Schulen

Von Lucija Kavčič, Andrej Sekulović und Bogdan Sajovic

05. 09. 2021

LGBT · *Bildquelle: Demokracija Archiv*

Die Indoktrination mit der LGBT-Ideologie unter dem Deckmantel der „inklusiven“ Bildung ist in europäischen Schulen und Kindergärten immer häufiger anzutreffen; auch in Slowenien hat sie begonnen. Die Eltern solltgen daher besonders darauf achten, was ihren Kindern in der Schule beigebracht wird.

Die LGBT-Ideologie schleicht sich durch verschlossene Türen in die slowenischen Schulen ein – zunächst nur subtil, mit einem Bild eines gleichgeschlechtlichen Paares hier und da; im Vorübergehen wird suggeriert, dass ein gleichgeschlechtliches Paar mit einem Kind eine Familie wie jede andere ist und dass es normal ist, dass Kinder in solchen Familien

aufwachsen. Dies ist bereits Teil des slowenischen Lehrplans, und zwar ab der untersten Klasse der Grundschule. Es bleibt der Lehrkraft überlassen, wie stark sie dies betont und ob sie die Kinder bittet, es zu wiederholen, wenn es um Noten geht. Aber trotzdem: Die Tür ist offen und viele Dinge können durch sie hindurchkommen. Sogar die „Normalität" der Geschlechtsumwandlung, und das schon im frühen Alter vor der Pubertät. Um nicht zum Spielball einer Randgruppe von Menschen zu werden, die ihre perversen und kranken Überzeugungen und Praktiken durchsetzen wollen, müssen wir für unsere Positionen eintreten und deutlich machen, dass dies nicht akzeptabel ist. Dies ist eine elterliche Verantwortung für die gesunde Entwicklung von Kindern und nicht zuletzt für die gesunde Entwicklung einer Nation. Die Schule sollte die Eltern fragen, ob sie mit solchen Inhalten einverstanden sind, und ihnen die Wahl lassen, ob das Kind an solchen „Lehrveranstaltungen" teilnehmen soll oder nicht. Was Eltern heutzutage erreichen können, ist, dass sie verlangen können, genau über die Lehrinhalte ihrer Kinder informiert zu werden, also Informationen, die sowohl Schulen als auch Kindergärten verpflichtet sind zu erteilen. Es ist sicherlich am besten, wenn die Eltern das genaue Programm schon zu Beginn des Schuljahres erfragen.

Ein Boykott ist notwendig

Wenn Eltern feststellen, dass ihren Kindern kontroversielle Inhalte angeboten werden, müssen sie sich genau überlegen, wie sie darauf reagieren sollen. Am besten wäre es, wenn sich mehrere gleichgesinnte Eltern zusammentun und fordern, dass solche Inhalte aus dem Lehrplan gestrichen werden und sie einen Boykott ankündigen. Sie solltgen zudem mit den Kindern eine richtige Diskussion führen, und das nicht nur einmal! Man muss sich die notwendige Zeit nehmen, mit den Kindern zusammen zu sein und mit ihnen über die Werte zu sprechen, die für die Familie wichtig sind. Es ist wichtig zu erkennen, dass Kinder am stärksten von denjenigen beeinflusst werden, mit denen sie die meiste Zeit verbringen. Die Geschlechtsidentität ist ein sensibles Thema, und wenn sie zur Sprache kommt, ist es noch besser möglich, den Jugendlichen klarzumachen, worum es geht, nämlich ihn zu isolieren und ihn von der Familie und den traditionellen christlichen Werten zu lösen. In der Folge wird sonst die Masse der Menschen selbst zur Ware, die konsumieren soll und geführt werden muss. Es ist wichtig, im Auge zu behalten, dass es bei der LGBT-Ideologie um Macht und nicht um Werte geht.

LGTB-Ideologie

Vor Jahren wurde in Kindergärten damit begonnen, Mädchen und Jungen zum Geburtstag die gleichen Geschenke zu machen – in einem Jahr Autos, im nächsten Jahr Puppen. Und zwischendurch könnte die Lehrerin den Kindern sagen, dass es normal ist, wenn zwei Mädchen oder zwei Jungen heiraten. Zwischendurch und nebenbei könnten sie den Kindern vor dem Schlafengehen ein „Märchen" vorlesen, das die LGBT-Ideologie nahelegt. Wenn Eltern dies verhindern wollen, sollten sie eine detaillierte Liste der Bücher oder Bilderbücher verlangen, die ihren Kindern vorgelegt oder vorgelesen werden. Vor allem sollten sie das tägliche Gespräch mit ihrem Kind nicht versäumen – wenn Eltern bemerken, dass ihren Kindern im Kindergarten etwas in Bezug auf Geschlechtsumwandlung oder das LGBT-Spektrum gesagt wurde, sollten sie den Kindergarten auffordern, dies sofort zu unterlassen.

Eltern, wehrt euch gegen die LGBT-Indoktrination eurer Kinder! Fordern Sie detaillierte Lehrpläne für Kindergärten, organisieren Sie sich in Elterninitiativen, sammeln Sie Unterschriften gegen ein solches Programm. Wenn Sie nicht anders können, boykottieren Sie solche Inhalte, wenn Sie können, und lassen Sie Ihr Kind zu Hause! Diese Art der Erziehung verändert das Kind, macht es in seinem Wesen unsicher und unglücklich.

Wolf im Schafspelz

Es sollte bekannt sein, dass in slowenischen Schulen seit einiger Zeit Bücher über Geschlechtsumwandlung gelesen werden. Es gibt zum Beispiel ein Buch mit dem Titel *Mein Name ist Damjan*. In der ersten Klasse und offenbar schon im Kindergarten wird hier von gleichgeschlechtlichen „Familien“ erzählt und sogar vorgelesen – z. B. aus dem Buch *Und mit Tango sind wir zu dritt*. Beispiele wie Rollenspiele in der Gesundheitserziehung, bei denen ein Gesundheitspädagoge die Schüler zwingt, in die Rolle eines Vaters und ein anderer in die Rolle eines schwulen Sohnes zu schlüpfen. Die obligatorische Aufführung des 1991 gedrehten Lesbenfilms *Fried Green Tomatoes* im Rahmen eines Kulturtages wurden bereits vor Jahren in den Medien erwähnt und darauf hingewiesen, dass Aktivisten von Amnesty International, feministische Organisationen (Frauenberatungszentren), LGBT-Organisationen und verschiedene NGOs, die „nicht-binäre Geschlechtsidentitäten“ propagieren, in Schulen unterwegs sind. Sie „erziehen“ Kinder über „Menschenrechte“, „gegen Homophobie, Transphobie und Stereotypen“, „gegen Gewalt gegen Frauen“, „Gleichstellung der Geschlechter“, „Akzeptanz anderer“ und so weiter.

Pseudowissenschaft

Wenn Sie glauben, dass all dies Kinder nicht beeinträchtigt oder schädigt, dann irren Sie sich, denn das Ergebnis der Pseudowissenschaft über Geschlecht und Sexualität, die in Programmen über Toleranz und Gleichstellung der Geschlechter implizit enthalten ist, ist, dass Kinder intolerant gegenüber den Befürwortern der Ehe zwischen einem Mann und einer Frau werden, intolerant gegenüber dem Bedürfnis des Kindes nach und dem Recht auf eine Mutter und einen Vater, und intolerant gegenüber der Akzeptanz des biologischen Geschlechts als einziges Kriterium für die Geschlechtsidentität. Wenn Sie nicht wollen, dass die slowenischen Schulen zu weiteren Störungen der sexuellen Identität von Kindern und Jugendlichen beitragen, müssen Sie sich aktiv dagegen wehren!

Die Situation in der EU

Das Mainstreaming von LGBT-Ideologie und Sexualtheorien in der Bildung hat zu Konflikten und Spaltungen zwischen Brüssel und einigen Ländern, vor allem in Mittel- und Osteuropa, geführt. Während die Vermittlung von Sexualtheorien in Westeuropa zur neuen Normalität wird, wehren sich einige Länder, vor allem Ungarn und Polen, gegen diese Indoktrination ihrer Kinder. Die Brüsseler Globalisten sind überzeugte Befürworter der LGBT-Agenda, was auch daran zu erkennen ist, dass sie Ungarn und andere Länder, die sich weigern, Änderungen in der Bildung in diesem Bereich vorzunehmen, ständig angreifen, und sogar neue Gesetze verabschieden, um diese Art von Gehirnwäsche unter dem Deckmantel der so genannten „LGBT-inklusiven Bildung“ zu verhindern. Frankreich ist ebenfalls ein gutes Beispiel für die Legalisierung der LGBT-Indoktrination, nachdem die französische Nationalversammlung ein Gesetz verabschiedet hat, das vorschreibt, dass die Begriffe „Vater“ und „Mutter“ auf Schulformularen und in Schulen durch „Elternteil 1“ und „Elternteil 2“ ersetzt werden müssen. Dies ist ein typisches Beispiel für die „LGBT-inklusive Bildung“, die in vielen westlichen Ländern zur Norm wird.

Widerstand gegen die „neue Normalität“

Andererseits ist Ungarn wegen seiner Gesetzgebung, die gleichgeschlechtlichen Paaren die Adoption von Kindern verwehrt, in die Kritik geraten, da diese vorschreibt, dass das Kind eine biologische Mutter und einen biologischen Vater braucht. Insbesondere Ungarn steht unter Beschuss, weil es ein neues Gesetz vorschlägt, das unter anderem den Unterricht von LGBT-Ideologie und Gendertheorie in Schulen verhindern soll. Viktor Orbán kündigte vor

kurzem ein Referendum über die neue Gesetzgebung an, das wahrscheinlich erfolgreich sein wird, da laut einer Umfrage des Think-Tanks Századvég 73 % der Ungarn jede Form der Förderung der sexuellen Orientierung von Erwachsenen bei Kindern ablehnen. Polen geriet im vergangenen Jahr auch in die Kritik Brüssels, als Dutzende von Gemeinden, Landkreisen und Regionen im Südosten Polens Zonen ohne LGBT-Ideologie erklärten, was unter anderem bedeutet, dass sie jegliche LGBT-Indoktrination in Schulen ablehnen. Letztes Jahr unterzeichnete der polnische Präsident Andrzej Duda auch die Erklärung für Familienwerte, in der er sich verpflichtete, dass Polen „Kinder vor der LGBT+-Ideologie schützen“ und die Aufnahme und den Unterricht der LGBT-Ideologie in polnischen Schulen und öffentlichen Einrichtungen verbieten werde. Rumänien, wo ein Bündnis rechtsgerichteter Parteien ein Gesetz gegen den Unterricht von LGBT-Ideologie in Schulen vorgeschlagen hat, wird sich diesen beiden Ländern im Kampf gegen die „neue Normalität“ wohl anschließen.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei DEMOKRACIJA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

25) Slowenien: 16,3 % BIP-Wachstum im zweiten Quartal

01. 09. 2021

Das Bruttoinlandsprodukt der Republik Slowenien ist im zweiten Quartal 2021 auf Jahresbasis um 16,3% gewachsen · *Bildquelle: Regierung der Republik Slowenien*

Das slowenische Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im zweiten Quartal dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr um 16,3 Prozent gestiegen. Nach Angaben des nationalen statistischen Amtes trugen zu diesem Wachstum vor allem der Konsum der privaten

Haushalte und die Bruttoinvestitionen bei. Nach Angaben des Statistischen Amtes der Republik Slowenien (SURS) war auch das Wachstum des Außenhandelsvolumens hoch.

Laut SURS stiegen die Bruttoinvestitionen bei den meisten Anlagegütern und lagen im Durchschnitt um 19,2 % höher als im Vorjahr. Am stärksten stiegen die Investitionen in sonstige Maschinen und Ausrüstungen um 43,2 %. Auch die Vorräte nahmen zu und trugen 3,4 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum bei.

Höherer Konsum, höhere Importe und Exporte, höhere Beschäftigung

Der Konsum der privaten Haushalte stieg um 18,8% und damit noch stärker als im zweiten Quartal 2019. Die Ausgaben der privaten Haushalte für Käufe aller Arten von Waren und Dienstleistungen waren deutlich höher.

Im Vergleich zum zweiten Quartal des Vorjahres stiegen die Einfuhren zwischen April und Juni um 34,9 Prozent und die Ausfuhren um 30,2 Prozent. Sowohl die Exporte und Importe von Waren als auch die Exporte und Importe von Dienstleistungen nahmen zu, letztere allerdings etwas weniger stark.

Der Beitrag des Außenhandelsüberschusses zum BIP-Wachstum war dieses Mal negativ (0,3 Prozentpunkte), was auf eine höhere Wachstumsrate der Importe als der Exporte und schwächere Terms of Trade zurückzuführen ist, so das nationale Statistikamt.

Im zweiten Quartal waren in Slowenien insgesamt 1.044.000 Menschen beschäftigt, etwa 14.000 oder 1,4% mehr als im zweiten Quartal 2020. Die meisten neuen Arbeitsplätze gab es in der verarbeitenden Industrie, im Gesundheits- und Sozialwesen, in anderen diversifizierten Wirtschaftszweigen und im Bauwesen. In einigen Branchen ging die Beschäftigung zurück, vor allem im Gastgewerbe, wo der Rückgang diesmal weniger ausgeprägt war als in den beiden vorangegangenen Quartalen.

Slowenien ist eines der leistungsstärksten Länder in der EU

Dies bestätigt, dass Slowenien eines der leistungsstärksten Länder innerhalb der EU ist, wie die analytische Journalistin Vida Kocjan in der neuen Ausgabe von *Demokracija* darlegen wird.

„Slowenien gehört zu den Ländern mit der niedrigsten Arbeitslosenquote in der Europäischen Union, slowenische Anleihen liegen nur hinter den vier europäischen Ländern mit der höchsten Bonität und gehören zu den fünf vertrauenswürdigsten Ländern für ausländische Investoren. /…/ Das Vertrauen in unser Land auf den internationalen Finanzmärkten ist daher extrem hoch.

Laut Kocjan ist all dies „das Ergebnis der guten und integrativen Arbeit der slowenischen Regierung und der Wirtschaft“: „Indem die Regierung während der Epidemie des neuen Coronavirus die richtigen und rechtzeitigen Maßnahmen ergriffen hat, hat sie viele Arbeitsplätze gerettet und die großen sozialen Härten der Bürger gemildert. Ohne sie sähe die Situation im Land heute anders aus und das Leben wäre viel schwieriger.

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei DEMOKRACIJA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

R u m ä n i e n

26) Regierungskoalition in Rumänien geplatzt

09. 09. 2021

Premierminister Florin Citu droht ein Misstrauensvotum im rumänischen Parlament; die Aufnahme entstand im Januar 2020 bei einer Pressekonferenz als damaliger Finanzminister · *Foto: Wikimedia Commons*

Eine schwere Koalitionskrise beherrscht die rumänische Politik. Die bürgerliche Koalition aus Liberalen (PNL), der Reformpartei USR-Plus und dem Ungarnverband (UDMR) zerbrach am 3. September, nachdem die Reformpartei dem liberalen Regierungschef Florin Cîţu das Vertrauen entzogen und angekündigt hatte, alle USR-Plus-Minister zurücktreten zu lassen.

Da Premieminister Florin Cîţu seinen geforderten Rücktritt ablehnte, wurde der von der Reformpartei angedrohte Misstrauensantrag gegen die Exekutive noch am selben Abend gemeinsam mit der oppositionellen rechtsnationalistischen Allianz für die Union der Rumänen (AUR) eingereicht.

Vorangegangen waren der Krise die Entlassungen des Gesundheitsministers Vlad Voiculescu im April sowie des Justizministers Stelian Ion Anfang September durch Premierminister Florin Cîţu – beide entlassene Minister sind USR-Plus-Mitglieder. Rumänische Politbeobachter glauben, dass es sich um ein bewusstes Manöver der regierenden Nationalliberalen Partei mit dem Segen des Staatspräsidenten Klaus Johannis handle und der Misstrauensantrag im rumänischen Parlament gute Aussichten habe, den Sturz der derzeitigen Regierungskoalition herbeizuführen.

Quelle: Siebenbürgische Zeitung

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

W e i ß r u s s l a n d

01) Interview über die Migrantenkrise in Weißrussland

Lionel Baland interviewte Olivier Bault für *Breizh-Info* über die Situation an den westlichen Grenzen von Weißrussland, einem Land, das nichteuropäische Migranten nach Lettland, Litauen und Polen schickt.

Von Lionel Baland

13. 09. 2021

Bildquelle: Twitter

Lionel Baland interviewte Olivier Bault für *Breizh-Info* über die Situation an den westlichen Grenzen von Weißrussland, einem Land, das nichteuropäische Migranten nach Lettland, Litauen und Polen schickt.

Wie ist die Lage an den östlichen Grenzen der Europäischen Union? Wie reagieren die Regierungen von Lettland, Litauen und Polen auf den Zustrom außereuropäischer Migranten aus Weißrussland? Warum verhält sich dieses Land in dieser Weise gegenüber seinen EU-Nachbarn?

Als die Europäische Union als Reaktion auf die Repressionen nach den Präsidentschaftswahlen im vergangenen Jahr Sanktionen gegen das weißrussische Regime verhängte, kündigte Alexander Lukaschenko im Mai an, dass er Migranten, die sein Hoheitsgebiet durchqueren, nicht mehr aufhalten werde und dass es Aufgabe seiner westlichen Nachbarn sei, sie aufzufangen. Tatsächlich hat Weißrussland aber aktiv versucht, so viele Menschen wie möglich aus dem Nahen Osten ins Land zu holen und sie an seinen westlichen Grenzen abzuladen. Seit diesem Jahr gibt es viel mehr Flüge zwischen dem Irak und der weißrussischen Hauptstadt Minsk, und die Grenze zwischen Weißrussland und der Europäischen Union wird als frei zugänglich dargestellt. Nach

Angaben mehrerer Medien, die entsprechende Angebote verbreiteten, bietet ein weißrussisches Unternehmen in Zusammenarbeit mit irakischen Reisebüros Reisen an, die Flug, Hotelunterkunft in Minsk und Busfahrt zur Grenze umfassen. Die Litauer und die europäische Agentur Frontex haben auch Lukaschenkos Armee und Polizei beschuldigt, diese Migranten zur Grenze zu begleiten und in einigen Fällen sogar mit ihnen die Grenze zu überqueren. Litauen war das erste Land, das davon betroffen war, und versuchte zunächst, die Migranten aufzunehmen, was jedoch zu Problemen führte, und Vilnius erkannte bald, dass dies die Migranten nur noch mehr anspornte. Die Litauer haben daher begonnen, Asylanträge sehr schnell zu bearbeiten, indem sie Ablehnungen aussprechen und gleichzeitig Migranten an der Grenze zurückweisen, und errichten nun einen Zaun nach dem Vorbild des 2015 von Ungarn errichteten Zauns. Da die Migranten von Litauen abgewiesen wurden, wurde der Strom nach Lettland und Polen umgeleitet, die in gleicher Weise wie Litauen reagieren, d. h. sie weisen die Migranten an Ort und Stelle ab, ohne überhaupt einen Asylantrag zu stellen, und errichten Zäune, um die Durchreise zu erschweren, Denn es liegt auf der Hand, dass wir, wenn uns gesagt wird, dass seit Anfang des Jahres mehr als 4000 Grenzübertrittsversuche an der Grenze zwischen Weißrussland und Litauen und etwa die gleiche Zahl an der Grenze zwischen Weißrussland und Polen registriert wurden, nicht wissen, wie vielen der Grenzübertritt gelungen ist.

Haben diese drei Länder beschlossen, ihre Maßnahmen gegen diese illegalen Migrationsströme zu koordinieren? Schicken andere Länder ihnen Hilfe? Wie reagiert die EU darauf?

Die Regierungen der beiden betroffenen baltischen Republiken und Polens sind mehrfach zusammengekommen, um dieses Problem zu erörtern, und sie verfolgen die gleiche Strategie. Es scheint also eine Form der Koordinierung zwischen ihnen zu geben, auch wenn jeder von ihnen auf seinem Teil der EU-Außengrenze allein handelt. In Litauen hat Frontex nur eine Beobachterrolle, während die EU-Agentur in Polen nicht einmal an der Grenzüberwachung beteiligt ist. Die Tschechische Republik kündigte am 7. September einen kleinen finanziellen Beitrag zum Bau des litauischen Zauns an. Es war das erste Land, das auf einen Aufruf von Vilnius reagierte. Was die EU betrifft, so unterstützt die Kommission dieses Mal zumindest mündlich die Grenzschutzbemühungen dieser drei Länder, anders als 2015 bei Ungarn, das nichts anderes tat. Der Kommissar für Inneres, ein schwedischer Sozialdemokrat mit einer eher „einwanderungsfeindlichen“ Sensibilität, hatte sich bereits im Frühjahr 2020, als die Türkei einen groß angelegten Migrationsangriff auf Griechenland startete, nur mäßig kritisch geäußert. Griechenland hatte bereits nach dem ungarischen Modell reagiert, und jetzt zeigt sich, dass dies sehr wirksam war. Heute versichert uns Ylva Johansson, dass es sich bei den Geschehnissen an der polnischen Grenze nicht um eine Migrationskrise, sondern um eine Aggression seitens Weißrusslands handelt, und wenn die Kommission Polen schon in allen Bereichen angreift, so scheint sie es zumindest in dieser Frage zu unterstützen.

Wie reagiert Weißrussland auf die Reaktion Lettlands, Litauens und Polens?

Unter dem Eindruck der Sanktionen und seiner Isolierung im Westen scheint Alexander Lukaschenko die Annäherung an Russland fortzusetzen, der er sich bisher widersetzt hat. Neben den laufenden russisch-weißrussischen Manövern im Rahmen von Zapad 2021, die nicht zum ersten Mal stattfinden, haben Minsk und Moskau gerade mehrere Abkommen zur Integration ihrer Energie- und Finanzmärkte unterzeichnet. In diesem Sinne kann man sagen, dass die Verhängung von Sanktionen und der Abbruch der Beziehungen zu Minsk nicht unbedingt eine sehr kluge Politik seitens des Westens war, und noch weniger seitens der Litauer und Polen, die in dieser Frage eine Vorreiterrolle gespielt haben. Was diese Migranten betrifft, so behaupten die Weißrussen, dass die an der Grenze blockierten

Gruppen von polnischen Grenzschutzbeamten zurückgebracht wurden, nachdem sie auf polnischem Gebiet aufgegriffen worden waren. Dies wird auch von einigen NGOs und Vertretern der Opposition in Polen selbst behauptet, und man kann der polnischen Regierung keinen Vorwurf machen, wenn dies der Fall ist, denn es war Weißrussland, das sie ins Land gebracht hat. Doch seit einigen Wochen schläft eine Gruppe von etwa 30 Migranten in Zelten am Rande eines Waldes kurz vor der polnischen Grenze, was die Medien und einige Oppositionspolitiker zu nutzen versuchen, um die polnische Regierung zum Einlenken zu bewegen. Vor ihnen stehen polnische und hinter ihnen weißrussische Grenzsoldaten, die sie an der Umkehr hindern, sie aber mit Nachschub versorgen. Um seine Grenze besser kontrollieren zu können, hat Polen gerade den Ausnahmezustand über seine gesamte Grenze zu Weißrussland verhängt, so dass NGOs und Journalisten keinen freien Zugang mehr haben. In jedem Fall hat die Kommunikationsmaßnahme für diese Gruppe von Migranten nicht funktioniert. Umfragen zeigen, dass die Mehrheit der Polen die Maßnahmen ihrer Regierung zur Verteidigung der Grenze gegen illegale Einwanderung unterstützt, und diese Unterstützung geht weit über die Wählerschaft der PiS, die jetzt an der Macht ist, hinaus.

Haben sich die Beziehungen zwischen Weißrussland und den drei anderen betroffenen Ländern aufgrund dieser Situation verschlechtert? Hat sich diese Änderung auf die Einwanderung belarussischer und ukrainischer Bürger nach Polen ausgewirkt?

Was die Grenze zur Ukraine betrifft, so hat sich nichts geändert. Lediglich an der Grenze zu Weißrussland herrscht der Ausnahmezustand und die Armee ist zur Unterstützung des Grenzschutzes verstärkt worden. Die regulären Übergangsstellen bleiben jedoch geöffnet. Die Einwanderung aus Weißrussland wurde durch das harte Vorgehen nach den Wahlen im Jahr 2020 angekurbelt, aber die Ukraine ist nach wie vor die bei weitem größte Einwanderungsquelle nach Polen, und wie bei den Weißrussen handelt es sich dabei hauptsächlich um Wirtschaftsflüchtlinge, auch wenn es jetzt ein paar mehr politische Flüchtlinge gibt. Die Beziehungen zwischen den baltischen Ländern und Polen einerseits und Weißrussland andererseits sind nicht gut, und es liegt auf der Hand, dass der von Weißrussland organisierte Migrationsangriff auf diese drei Länder der Sache nicht zuträglich ist. Tatsächlich richtet sich dieser Angriff gegen die gesamte EU, denn die meisten dieser Migranten haben nicht die Absicht, in Polen oder in einem baltischen Land zu bleiben. Aber die Reaktion dieser drei Länder ist zweifellos richtig. Wenn Lukaschenko mit diesen Einwanderern konfrontiert wird, wird er keine weiteren aus dem Nahen Osten mehr aufnehmen wollen.

Wie reagiert die Bevölkerung auf dieses neue Dilemma?

In Wirklichkeit ist die Bevölkerung nicht betroffen, zumindest in Polen, denn dank der Entschlossenheit der polnischen Behörden konnten nur wenige dieser Migranten das Land passieren, und diejenigen, die es geschafft haben, konnten wahrscheinlich mit Hilfe von Schmugglern das Land durchqueren, um weiter nach Westen zu gelangen. In Litauen gab es Proteste, als die Regierung in einer Stadt mit nur wenigen hundert Einwohnern, von denen die meisten ebenfalls der polnischen Minderheit angehörten, ein Zentrum für tausend Migranten einrichten wollte. Aber wie ich bereits sagte, hat die litauische Regierung ihre Strategie geändert und schiebt nun so viele dieser Migranten wie möglich ab, weshalb sie ihr Glück woanders versuchen, beispielsweise an der polnischen Grenze.

Profitiert die polnische konservative Regierung von der neuen Situation in der öffentlichen Meinung?

Insgesamt gesehen, ja. Sie profitiert von einem leichten Anstieg der Umfragewerte, und die Haltung der Opposition, die zur Aufnahme dieser Migranten aufruft, ist eher unpopulär, auch in ihrer eigenen Wählerschaft. Infolgedessen nähert sich die PiS, die in den Umfragen nur bei etwa 30 % lag und damit einige Punkte vor der Bürgerplattform (PO) von Donald Tusk, die keine Migranten gefordert hat, der 35 %-Marke, während die PO leicht rückläufig ist. Die Politik der PiS gegen den Covid und ihre Vorschläge für Wirtschaftsreformen nach dem Covid sind weit davon entfernt, einhellig unterstützt zu werden, während der Kampf gegen die illegale Einwanderung außereuropäischer, muslimischer Herkunft ein wichtiges Thema in diesem Teil Europas ist, der mit Sorge die Auswirkungen der Masseneinwanderung auf den westlichen Teil des Kontinents beobachtet!

Olivier Bault ist ein französischer Journalist, der seit den 1990er Jahren in Polen lebt und für *Do Rzeczy*, *Présent*, die *Visegrád Post* und *Remix News* arbeitet.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei BREIZH-INFO, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Südosteuropa: Politische Themen *Seite 155*

Keine Berichte

01) Italien: Das Scheitern von Multikulturalismus und illegaler Einwanderung

Von José Papparelli

13. 09. 2021

Matteo Salvini & Luciana Lamorgese · *Bildquelle: El Correo de España*

Ein Sommernachmittag im Bus von Riccione nach Rimini in der italienischen Region Emilia Romagna, einer Ferienregion an der Adria. Kaum am Ziel angekommen, kontrollieren zwei Frauen, die Fahrkartenkontrolleure, die Fahrscheine der Passagiere. Als sie einen Mann afrikanischer Herkunft nach einer Fahrkarte fragen, kommt es zu Blutvergießen und Gewalt. Der Somalier nimmt ein großes Messer und sticht auf sie ein, die eine in den Hals und die andere in die Schulter. Danach bedroht der Mann den Fahrer und fordert ihn auf, den Bus anzuhalten. Der Fahrer tut dies, öffnet die Türen und der Messerstecher beginnt zu fliehen, wobei der drei weitere Opfer zurücklässt, auf die er ohne Rücksicht mit dem Messer einsticht. Einer von ihnen, ein sechsjähriger Junge bangladeschischer Herkunft, wird in den Hals gestochen und seine Halsschlagader durchtrennt. Der Verbrecher versucht, das Auto von zwei Autofahrern zu stehlen, was ihm jedoch nicht gelingt. Schließlich greift die Polizei ein und die Bestie wird festgenommen. Die Opfer wurden in ein Krankenhaus eingeliefert; der kleine Junge, der am Montag eingeschult werden sollte, kämpft in einem ernsten Zustand um sein Leben.

Leider ist dieser Vorfall und andere wie dieser nicht der letzte in einem Italien, das von illegaler Einwanderung und einer außer Kontrolle geratenen Situation aufgrund der Laxheit, Freizügigkeit und Toleranz einer Gesetzgebung, die die Sicherheit der Bürger beiseite lässt, um sich den Erfordernissen des Diktats der globalistischen Agenda und der so genannten „offenen Gesellschaft“ anzupassen, überschwemmt wird. Der italienische Fall kann auf andere europäische Länder übertragen werden, die den Ansatz der „offenen Grenzen“ gewählt haben.

Ein Einwanderer ist kein Krimineller per se. Ein Einwanderer, der die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt, um zu leben, zu arbeiten und eine Familie zu gründen, und dabei die Sitten und Gesetze des Aufnahmelandes respektiert, kann unabhängig von seiner Herkunft ein Gewinn für die Gesellschaft sein. Wenn aber die Migrationspolitik und die grundlegenden Regeln des Zusammenlebens bis zum Verschwinden degradiert werden, indem man einfach dem globalen Trend folgt, multikulturelle Aufnahmegesellschaften ohne jegliche Kontrolle zu schaffen, dann kommt es zu dem Beispiel von Rimini: Gewalt, Verbrechen und Tod mit keinem anderen Motiv als dem Mangel an Menschlichkeit, der aus einem unüberwindbaren und unvermeidlichen kulturellen Zusammenstoß resultiert. Terroristische Gewalt, die zudem durch eine Religion und eine Kultur motiviert ist, die mit der seit langem in Europa etablierten westlichen und christlichen Kultur unvereinbar ist, verdient eine andere Analyse.

Diese Episode ist ein typisches Beispiel dafür. Der Somalier, ein Krimineller, der aus seinem Land geflohen war, war 2015 nach Europa gekommen und schließlich in Italien gelandet. Bislang ist nur bekannt, dass er vor einigen Monaten einen Antrag auf Zuerkennung des Flüchtlingsstatus gestellt hat und in Einrichtungen des Roten Kreuzes aufgenommen wurde, wie es dort üblich ist, ohne jegliche Bedenken oder ernsthafte gerichtliche Überprüfungen der Person des Antragstellers.

Hinter bestimmten humanitären Organisationen steht ein komplexes politisch-wirtschaftliches Netzwerk, das sich auf öffentliche Subventionen stützt, die im Einklang mit supranationalen globalistischen strategischen Leitlinien stehen. Das Ziel des Bevölkerungsaustauschs und der kulturellen Erneuerung ist nicht mehr versteckt, sondern etwas Offensichtliches, das in Reden und konkreten Maßnahmen zum Ausdruck kommt und nur ein weiterer Schritt in Richtung der Ziele für nachhaltige Entwicklung oder der Agenda 2030 ist.

Als Reaktion auf den Vorfall in Rimini kommentierte Lega-Chef Matteo Salvini und ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident den Fall auf seiner Twitter-Seite: „Immigrant ohne Ticket auf den Bus in Rimini gestoppt, erst sticht er auf die beiden Ticket-Kontrolleure ein, dann auf drei andere Menschen, darunter ein Kind, das in der Kehle verwundet wird. Verdammter Verbrecher, ich hoffe, niemand sagt „armer Kerl“ …. Zurück nach Hause ist wohl das Mindeste, oder nicht, Frau Lamorgese?“ (Siehe Tweet hier)

Im ganzen Land kommt es täglich zu immer mehr Gewalt, Unsicherheit, Kriminalität und Erniedrigung im Zusammenhang mit illegaler Einwanderung. Ein Blick auf die vom Innenministerium veröffentlichten Daten zeigt den unkontrollierten Anstieg in Italien, das viele als „Flüchtlingslager Europas“ bezeichnen: von 5.135 Anlandungen illegaler Einwanderer im Jahr 2019 auf 39.410 in diesem Jahr. Die Zahlen sind mehr als deutlich und stehen im Einklang mit der von der italienischen Regierung verfolgten Politik.

Luciana Lamorgese, die derzeitige Innenministerin, sprach in ihrer Antwort von „machohaften und persönlichen“ Angriffen eines Politikers, der die Regierung unterstützt, und bezog sich dabei auf Matteo Salvini, ihren Vorgänger im Amt. „Diese Angriffe, so fügte sie hinzu, können letztlich dem Image der Exekutive schaden (…) Wenn die Angriffe von denjenigen kommen, die die Regierung unterstützen, und persönlich werden, schaden sie schließlich dem Image der Verwaltung und der gesamten Exekutive, und das in einem sehr heiklen Moment für das Land, in dem mehr Zusammenhalt nötig ist“. Die Konfrontation innerhalb der Draghi-Regierung ist offensichtlich, das Gezänk geht weiter und Salvini kontert: „Zwischen Tobsuchtsanfällen, ununterbrochenen Anlandungen und gewalttätigen

illegalen Einwanderern ist es beängstigend, dass die einzige Sorge der Innenministerin Luciana Lamorgese darin besteht, die Lega zu kritisieren: Wenn sie ihren Job nicht machen kann, nicht kann oder nicht machen will, dann soll es jemand anders tun“.

Der Fall Rimini zeigt das Scheitern der von der globalistischen Linken propagierten undifferenzierten Aufnahmepolitik. Das Problem sind nicht nur die Tausenden von entwurzelten Menschen, die in Europa umherwandern und von globalistischen NGOs ausgebeutet werden, die mit dem menschlichen und sozialen Unglück rückständiger Länder handeln. Die Verteidigung der Grenzen, die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit, die Durchsetzung von Gesetzen und der Schutz von Sitten und Gebräuchen, der Kultur, der Tradition und der Grundsätze des Christentums haben Vorrang, um den Niedergang Europas und des Abendlandes zu verhindern. Unsere Zukunft als Zivilisation hängt davon ab.

José Papparelli

Italienisch-argentinischer Journalist und Anhänger der Identität Europas, von Spanien und der Hispanidad. Ausgebildet in Kommunikationswissenschaften und Kulturmanagement, ist er ein Analytiker des politischen, sozialen und kulturellen Lebens.

El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei EL CORREO DE ESPAÑA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Italiens Innenministerin Lamorgese: „Immobilien für die Migranten beschlagnahmen“

05. 09. 2021

Migranten und ihre "Schutzherrin" Luciana Lamorgese · *Bildquelle: VoxNews*

Um die Ursachen für die beispiellose Invasion illegaler Einwanderer und die miserable Verwaltung der Einwanderung zu ergründen, muss man die Herkunft der Innenministerin erforschen, die heute das Viminal besetzt: Luciana Lamorgese.

Sie war die erste Präfektin, die in Italien das System der verteilten Aufnahmezentren einführte. In Venetien erinnert man sich an sie, weil sie die sogenannten „Flüchtlinge“ nachts in die Häuser der Bürger schickte, damit diese sie morgens vor Ort finden konnten, ohne dagegen protestieren zu können.

In Mailand hingegen erinnert man sich an sie, weil sie gedroht hat, Immobilien für die Migranten zu beschlagnahmen.

„Es wird die Präfektur selbst sein, die die Anzahl der Menschen festlegt, denen jede Gemeinde ein Dach über dem Kopf geben muss, und auch, in welcher Form dies geschehen soll, möglicherweise sogar in Form der Beschlagnahmung von Gebäuden“, schrieben darüber die Medien.

Dieselbe Drohung hat Lamorgese auch in Venetien ausgesprochen:

https://www.youtube.com/watch?v=YqJYZpgYaLU&t=30s

„Venetien muss wie alle anderen Provinzen seinen Teil dazu beitragen. Wir hoffen auf Dialog und gemeinsame Lösungen, um das Problem der Aufnahme von Migranten zu bewältigen, werden aber im Falle von Widerstand gezwungen sein, das Gesetz anzuwenden, nämlich die Zivilschutzverordnung. Es geht um Maßnahmen bis hin zur

Beschlagnahmung von Immobilien. Das sind extremen Lösungen, zu denen es hoffentlich nicht kommen wird, aber wenn plötzlich eine große Zahl von Migranten ankommt, müssen wir sie unterbringen und alle notwendigen Initiativen ergreifen.“

Dann kam Salvini und blockierte alles. Jetzt sitzt Lamorgese an Salvinis Stelle. Sie und ihre Gefolgschaft haben Italien und den Italienern den Krieg erklärt…

Quelle: VoxNews

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

F r a n k r e i c h

03) Frankreich: Marine oder Éric?

14. 09. 2021

Mine Le Pen & Éric Zemmour · *Bildquelle: ReactNieuws*

Am 10. und 24. April 2022 gehen die Franzosen zur Wahl ihres Staatspräsidenten. Eine Frage ist in aller Munde: Wird der bekannte Polemiker, Kolumnist und Medienmann Éric Zemmour für das höchste Amt Frankreichs kandidieren oder nicht? Sollte dies der Fall sein, wäre dies eine schmerzhafte Entscheidung für die Patrioten, die seit Jahrzehnten den Front National von Jean-Marie und Marine Le Pen unterstützen.

Zemmour liebt es, die Spannung aufrechtzuerhalten

Vor etwa zwei Wochen sagte Zemmour bei einem Treffen im provenzalischen Departement Vaucluse unerwartet zu einem Journalisten von La Provence: „Ich weiß es nicht, es ist vage, ich beobachte, ich denke, ich versuche, klar zu sehen. Gib mir den Wunsch zu wollen“. Eric

Zemmour erinnerte schließlich daran, dass es nicht seine Person sei, „um die es bei den nächsten Präsidentschaftswahlen gehen sollte“. sondern die folgende Frage: „Werden unsere Kinder noch in der französischen Zivilisation leben? Darauf gab Éric Zemmour sofort selbst die Antwort: „Nein, wenn Macron wiedergewählt wird“.

In der Zwischenzeit hat sich Charles Gave gemeldet. Dieser Name wird Ihnen wahrscheinlich nichts sagen, zumal sich der Mann lange aus der Öffentlichkeit zurückgezogen hat. 1981 zog Gave nach London, einen Tag nach der Wahl von François Mitterrand (PS): „nicht aus steuerlichen Gründen, denn ich hatte keinen Pfennig, sondern aus ideologischen Gründen: Ich wollte nicht in einem Land leben, in dem Kommunisten mit an der Regierung waren“.

Doch seit seiner Rückkehr nach Frankreich im Jahr 2015 hat der Geschäftsmann, der im Laufe der Jahre ein Vermögen in der Finanzwelt angehäuft hat, großzügig in seine Ideen investiert. Der „rechtsextreme Unternehmer“ (so die MSM) würde nicht auf ein paar Millionen schauen, um einen identitären Präsidenten in den Elysée-Palast zu bekommen. Sein neuester Schützling ist Zemmour. Charles Gave, der in wenigen Tagen 78 Jahre alt wird, ist einer der wichtigsten Unterstützer des Polemikers von CNews und Le Figaro.

„Er (Zemmour) kommt aus den Tiefen der Sahara [er ist jüdisch-algerischer Abstammung, Anm.d.Red.] und spricht über Frankreich im Geiste von Bernanos“ [katholischer französischer Schriftsteller, Anm.d.Red.], so Gave gegenüber Paris Match. „Wir werden von Russland aus einen Video-Kanal starten und die Blutsauger und Volksverräter loswerden“, kündigte er an.

Schwierige Wahl

Sollten wir uns nun über den wachsenden Erfolg von Éric Zemmour freuen oder uns über die schwindende Popularität von Marine Le Pens Rassemblement National sorgen? Ist es wieder dieselbe Spaltung, die die europäisch-nationalistischen Parteien so oft plagt? Wir haben das Gefühl, dass es um alles zusammen geht.

Fast 20%

Éric Zemmour hat noch nicht einmal seine Kandidatur für die französischen Präsidentschaftswahlen erklärt, doch fast jeder fünfte Franzose (19 %) erklärt, dass er bereits bereit ist, für ihn zu stimmen. Was für ein Debüt! Diese Wahlabsichten gehen aus einer exklusiven Meinungsumfrage hervor, die das IFOP im Auftrag der Zeitschrift L’Incorrect am 7. und 8. September unter 995 Personen durchgeführt hat, die repräsentativ für die französische Bevölkerung ab 18 Jahren sind, d. h. für die gesamte Wählerschaft.

Ein weiteres wichtiges – wenn nicht sogar das wichtigste – Ergebnis dieser Umfrage ist, dass die Wähler, die bei den Präsidentschaftswahlen 2017 für Marine Le Pen (RN) oder François Fillon (LR) gestimmt haben, mit großer Mehrheit bereit sind, jetzt für Zemmour zu stimmen: 29 % der Wähler des Präsidenten des Rassemblement National und 27 % der Wähler des ehemaligen Premierministers erwägen, für den Journalisten zu stimmen!

Man muss kein Superintellektueller sein, um zu verstehen, dass Zemmour sowohl von der mangelnden Glaubwürdigkeit der Kandidaten der Mitte-Rechts-Republikaner als auch von den Wählern profitiert, die nicht mehr an die Möglichkeit glauben, dass Marine Le Pen jemals Präsidentin der Republik werden könnte.

Natürlich findet Zemmours Diskurs und Radikalität bei einem Großteil des rechtsnationalistischen Frankreichs Anklang, insbesondere beim harten Kern und den jüngeren Wählern. Das RN versucht, die Chancen von Zemmour zu minimieren, ja sogar zu marginalisieren. Dennoch verspüren sie ein unterschwelliges Unbehagen. „Sein Programm ist das gleiche wie das von Marine“, sagt ein älterer Aktivist. „Warum also die politische Familie spalten“, fügt er hinzu. „So sichert er die Wiederwahl Macrons“, sagt ein jüngerer.

Quelle: ReactNieuws

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Salah Abdeslam beim Prozess zu den Anschlägen vom 13. November 2015

08. 09. 2021

Bildquelle:FDS

Salah Abdeslams erste Worte beim Prozess zu den Anschlägen vom 13. November 2015: „Es gibt keinen Gott außer Allah und Mohammed ist sein Prophet“

Unser Reporter vor Ort hörte, wie Opfer im hinteren Teil des Raumes antworteten: „Und wir, das waren 130 Tote! Bastard!“

Salah Abdeslam fuhr fort: „Ich habe mich nie beklagt, weil ich weiß, dass wir auferstehen werden und dass man Rechenschaft ablegen muss“, sagte er.

Ab diesem Mittwoch beginnt vor dem Sondergericht von Paris der historische Prozess zu den Anschlägen vom 13. November, der neun Monate dauern wird. 20 Angeklagte, darunter

Salah Abdeslam, der einzige Überlebende der von Daesh geführten islamistischen Kommandos, die 2015 in Paris und Saint-Denis 130 Menschen töteten und mehr als 350 verletzten, stehen vor Gericht.

William Molinié

@WilliamMolinie

Salah Abdeslam le doigt levé en direction du président, au sujet de ses conditions de détention : “ça fait six ans qu’on est traité comme des chiens !”. Une voix dans le public : “parce que t’es un porc !”. #proces13novembre
6:14 nachm. · 08. Sep. 2021

https://twitter.com/WilliamMolinie/status/1435637591228010496?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1435637591228010496%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mitteleuropa.com%2Fsalah-abdeslam-beim-prozess-zu-den-anschlaegen-vom-13-november-2015%2F

Quelle: Fsdesouche

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Zemmour vor Gericht: Kritik an der Einwanderung in Frankreich verboten

08. 09. 2021

Éric Zemmour · *Bildquelle: Polémia*

„Aufstachelung zum Hass“. Nach Angaben der Pariser Staatsanwaltschaft ist Éric Zemmour schuldig, am 28. September in einer Rede „öffentliche Beleidigungen wegen der Herkunft oder der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen Gruppe, Nation, Rasse oder Religion“ und „öffentliche Aufforderung zu Diskriminierung, Hass oder Gewalt“ geäußert zu haben. Mit den Ermittlungen ist die BRDP (Brigade de Répression de la Délinquance faites aux Personnes) betraut, eine französische Einrichtung, die für die Bekämpfung von „Hass“, d. h. von ideologischen Straftaten, zuständig ist.

Was ist nun das „Verbrechen“ von Zemmour? In seiner Rede vor dem Konvent der Rechten am 28. September prangerte Zemmour die schleichende Islamisierung Frankreichs und die ethnische Verdrängung der Franzosen durch afrikanische und muslimische Einwanderer an. Obwohl in Frankreich statistische Erhebungen auf der Grundlage von ethnischer Zugehörigkeit, Rasse oder Religion seit vielen Jahren verboten sind, zeigen inoffizielle Erhebungen, dass der Anteil der Bevölkerung des französischen Hexagons schwarzafrikanischer oder maghrebinischer Herkunft mehr als ein Fünftel der Gesamtzahl der Bürger (einschließlich der ersten, zweiten und dritten Generation) ausmacht. In den Pariser Vorstädten trägt mehr als die Hälfte der im Melderegister eingetragenen Personen einen islamischen Namen. In Frankreich wird die öffentliche (und umstrittene) Darstellung dieser Daten jedoch als „Hassverbrechen“ betrachtet. Mit anderen Worten: Man kann nicht von anthropologischen Veränderungen in der französischen Bevölkerung sprechen, und wenn man doch darüber spricht, dann nur in positiver Hinsicht.

Jetzt ist Zemmour im Pariser Register der Verdächtigen aufgeführt. Darüber hinaus hat die Journalistengewerkschaft von „Le Figaro“ (SDJ), einer Tageszeitung, für die Zemmour seit 1996 arbeitet, öffentlich die Kündigung seines Vertrags gefordert und über 400 Unterschriften gegen den Kollegen gesammelt, weil „die große Mehrheit der „Figaro“-Journalisten nicht mit diesen Provokationen in Verbindung gebracht werden will“, so die Erklärung der SDJ.

In Italien ist eine solche ideologische Haltung noch nicht gesetzlich verboten. Die jüngsten Entwicklungen, insbesondere die von Senatorin Liliana Segre geforderte und von Ex-Ministerpräsident Giuseppe Conte unterstützte Untersuchungskommission zum Thema „Hassreden“ sowie die kürzlich von der AGCom und dem Ordine dei Giornalisti erlassenen Verordnungen und Absichtserklärungen, deuten jedoch auf eine rasche Übernahme des französischen Modells hin, das eine Ausweitung der Zahl und der Art der Gedankenverbrechen und eine Verschärfung der Strafen für die bereits im Strafgesetzbuch vorgesehenen Straftatbestände vorsieht.

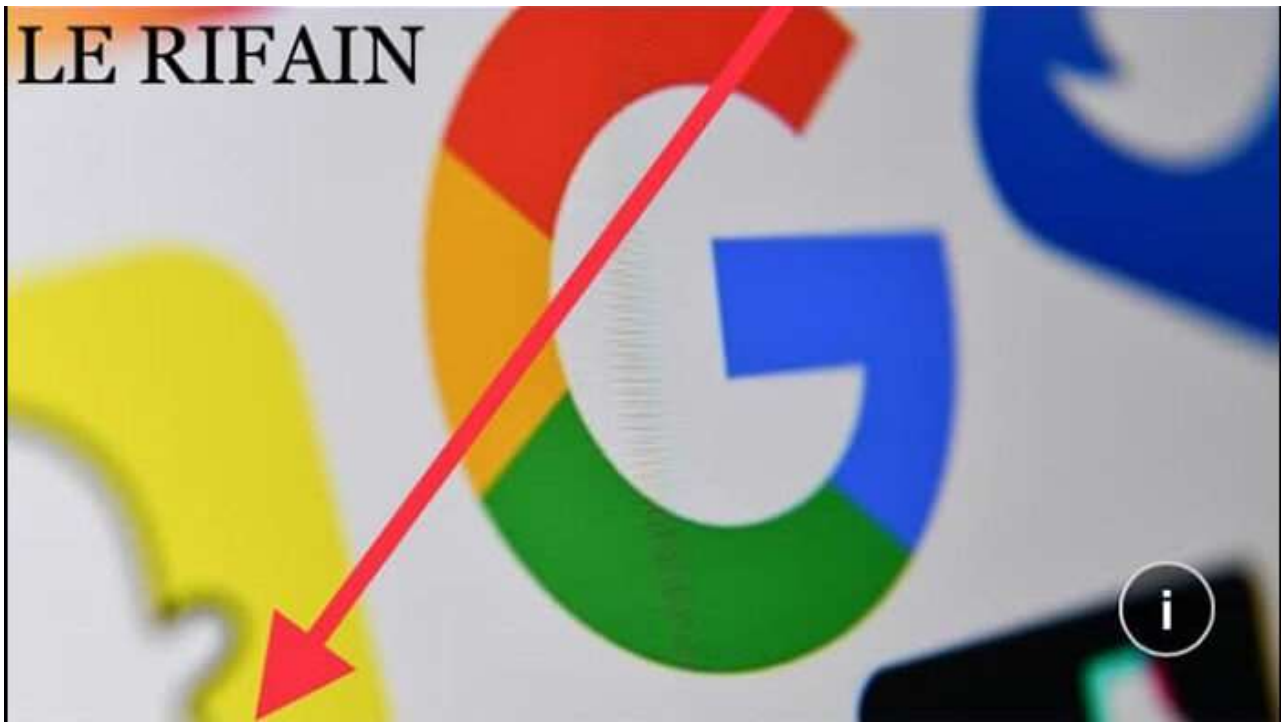
Emanuele Mastrangelo ist seit 2006 Chefredakteur von „Storia in Rete“. Er ist ein militärhistorischer Kartograph und Autor mehrerer Bücher (das letzte, zusammen mit Enrico Petrucci, ist Iconoclastia. La pazzia contagiosa della cancel culture che sta distruggendo la nostra storia); er ist Herauzsgeber von Terra benedetta. Storie d’Italia e di italiani.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei CENTRO MACHIAVELLI, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Frankreich prescht vor: Finanzamt will mit Google-Bildern Immobilien exakt erfassen

02. 09. 2021



Bildquelle: MPI

Google, ein Verbündeter des Finanzamts? Wie *Le Canard Enchaîné* berichtet, bereitet das Quartier de Bercy (das französische Finanzamt) den Start seines Projekts „Innovative Land“ vor, das im März vom Allgemeiner Gewerkschaftsbund (CGT) als „neues Instrument zur ‚Unterstützung‘ der Gutachter bei der Erkennung von Elementen mit steuerlichen Auswirkungen, die Reisen vor Ort erfordern“ vorgestellt wurde.

Kurz gesagt, ein Softwareprogramm zur automatischen Erkennung von Gebäuden und Schwimmbädern auf der Grundlage von Google-Diensten. Langfristig soll dieses Programm

der künstlichen Intelligenz die Erfassung aller Daten ermöglichen, die sich auf die Berechnung der lokalen Steuern auswirken können (Garagen, Veranden, Tennisplätze usw.), und die Arbeit der Geometer erleichtern, indem die Kontrollen vor Ort eingeschränkt werden.

„Konkret ermöglichen es die Algorithmen, die Umrisse von Schwimmbädern und Gebäuden aus den öffentlichen Luftbildern des IGN (Nationales Institut für geografische und forstwirtschaftliche Informationen) zu extrahieren. Ein Computerverfahren prüft dann, ob die auf diese Weise ermittelten Pools und Gebäude korrekt für die direkten lokalen Steuern (insbesondere die Grundsteuer) besteuert werden. Wenn dies nicht der Fall ist, wird der Eigentümer der Immobilie aufgefordert, seine Situation zu regeln“, erklärt die Generaldirektion für öffentliche Finanzen (DGFIP).

Und Bercy nutzt Google für „die Bereitstellung der Cloud-Infrastruktur und des Hostings sowie seiner Dienste für die Entwicklung von Modellen der künstlichen Intelligenz“. „Es stützt sich auf die technologischen Bausteine, die Google erfunden und popularisiert hat, indem es sie quelloffen gemacht hat“, sagt die DGFIP.

Wann wird die flächendeckende Datenerfassung nach chinesischem Vorbild kommen?

Oder ist das schon wieder eine dieser Verschwörungstheorien, die sich nach einiger Zeit als zutreffend herausstellen?

Quelle: MPI

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Nordirland: Kommt es zum Sturz der Regierung aufgrund des „Protokolls“?

10. 09. 2021

Bildquelle: Breizh-Info

Der Vorsitzende der größten unionistischen Partei Nordirlands, der DUP, droht mit dem Sturz der derzeitigen Regierung (die aus Republikanern und Unionisten besteht).

Jeffrey Donaldson droht damit, die lokale Regierung zu stürzen, wenn keine Fortschritte bei den Post-Brexit-Zollregelungen und dem Protokoll zur Irischen See erzielt werden. Um die Rückkehr einer Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland zu vermeiden, wurde mit dem hart erkämpften Nordirland-Protokoll eine De-facto-Zollgrenze zwischen der britischen Provinz, die weiterhin vom europäischen Binnenmarkt profitiert, und der britischen Insel geschaffen. Dieser Text, dem vorgeworfen wird, die Versorgung des Territoriums zu stören, hat den Zorn der Unionisten erregt, die an einem Verbleib im Vereinigten Königreich festhalten.

Für die Kontrollen von Waren, die aus Großbritannien nach Nordirland gelangen, wurde eine Schonfrist bis Ende September vereinbart, damit London und Brüssel eine Lösung für die durch das Protokoll entstandenen Probleme finden können. Die britische Regierung, die den Text neu verhandeln will, kündigte am Montag an, dass sie die Frist auf unbestimmte Zeit verlängern will. Die EU hat zugesichert, dass sie keine neuen Vertragsverletzungsverfahren einleiten wird, solange die Gespräche laufen.

Vor einem Treffen mit dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Maros Sefcovic, am Nachmittag forderte Donaldson „signifikante und substanzielle Änderungen“ an dem Protokoll. Die EU hat eine Neuverhandlung wiederholt ausgeschlossen. „Ich will es klar

sagen: Wenn die Wahl letztlich zwischen dem Verbleib im Amt oder der Anwendung des Protokolls in seiner jetzigen Form besteht, dann wäre die einzige Option für einen unionistischen Minister, nicht im Amt zu bleiben“, warnte Jeffrey Donaldson.

Diese Erklärungen spalten sogar die Unionisten (es gibt mehrere Parteien). Die Unionisten der UUP (Ulster Unionist Party) erklärten, sie würden der Drohung der DUP, die Minister aus Stormont abzuziehen und die Regierung wegen des Nordirland-Protokolls zu stürzen, nicht folgen. Der Vorsitzende der Ulster Unionist, Doug Beattie, erklärte, seine Partei sei ebenfalls gegen das Protokoll, wolle aber „pragmatische Lösungen und Engagement anbieten, während die DUP Drohungen aussprechen wird, die zu Instabilität und weiterem Schaden für unsere Menschen hier in Nordirland führen. Ich werde meine Partei gewiss nicht bitten, sich aus der Exekutive zurückzuziehen, während wir weiterhin mit einer Covid-19-Pandemie und ihren Auswirkungen auf ein Gesundheitswesen konfrontiert sind, das sich Herausforderungen von noch nie dagewesenem Ausmaß stellen muss. Wir können es uns einfach nicht leisten, die Institutionen von Stormont zusammenbrechen zu sehen, und die Menschen, einschließlich der Hunderttausenden von Menschen auf den Wartelisten, würden uns das nicht verzeihen. Wir werden uns konstruktiv einbringen und im Rahmen der Ersetzung des Protokolls praktische Lösungen vorschlagen. Wir werden weiterhin Druck ausüben, statt zu drohen“.

Mary Lou McDonald, Vorsitzende der irisch-republikanischen Partei Sinn Fein, sagte, der Schritt der DUP sei „ein rücksichtsloser, unverantwortlicher und kurzsichtiger Wahlauftritt“. Sie bedrohen die Stabilität der politischen Institutionen in einer Zeit, in der wir uns mitten in der Covid-Pandemie befinden, in der die Tories Familien und Arbeitnehmer mit weiteren Kürzungen unter Druck setzen und in der es viel zu tun gibt bei den Themen, die im täglichen Leben der Menschen eine Rolle spielen – bei den Wartelisten der Krankenhäuser, bei den Schulen, beim Wohnungsbau und bei der Schaffung von Arbeitsplätzen sowie beim Wiederaufbau unserer Wirtschaft.“

McDonald erklärte, dass die Abberufung von DUP-Ministern aus den politischen Gremien des Nordens und des Südens auch einen klaren Verstoß gegen den Ministerkodex in Stormont darstellen würde. Sie wollte nicht beantworten, ob Sinn Fein rechtliche Schritte gegen ihre Regierungspartner einleiten würde, weil diese sich weigern, an grenzüberschreitenden Institutionen teilzunehmen. Auch der Vorsitzende der SDLP, Colum Eastwood, kritisierte das Vorgehen der DUP und warf der Partei vor, die Menschen in Nordirland zu erpressen. Herr Eastwood sagte, die Maßnahmen der DUP beruhten auf den „egoistischen politischen Interessen“ der Partei.

Man spürt, dass die Wahlen im schlammigen Nordirland näher rücken… Hoffen wir, dass die Gemeinden nicht wieder die Hauptlast des politischen Kalküls tragen müssen.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei BREIZH-INFO, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) GB: Der Impfpass wird nun doch nicht eingeführt

14. 09. 2021

Foto: Flickr (CC BY 2.0/Marco Verch (Professional Photographer)

Die britischen Behörden haben beschlossen, keinen Impfpass einzuführen, da die Durchimpfungsrate hoch genug ist.

Kein Impfpass in Großbritannien

Dies ist eine gute Nachricht für Briten, die ihre Freiheiten schätzen. Der britische Gesundheitsminister Sajid Javid gab am 12. September gegenüber der BBC bekannt, dass die Pläne zur Einführung eines Impfpasses für den Zugang zu bestimmten Orten und Veranstaltungen endgültig aufgegeben wurden.

Trotz der 35.000 Neuinfektionen, die nach Angaben der Gesundheitsdienste in der vergangenen Woche täglich in dem Land gemeldet wurden, konnten die britischen Behörden also eine gewisse Distanz zur Situation wahren.

Anzahl der pro Tag im Vereinigten Königreich gemeldeten Fälle laut coronavirus.data.gov.uk

Der betreffende Pass wäre also am Eingang von Einrichtungen wie Nachtclubs vorzuzeigen gewesen und hätte auch den Zugang zu bestimmten Großveranstaltungen ab Ende September bedingt.

Sajid Javid sagte: „Wir haben es gründlich überlegt, und obwohl wir es als mögliche Option im Hinterkopf behalten sollten, freue ich mich, sagen zu können, dass wir unser Impfpassprogramm nicht weiterverfolgen werden.

Trotz höherer Durchimpfungsrate ist Frankreich stur

Eines der Hauptargumente für die Entscheidung des britischen Gesundheitsministeriums war die Tatsache, dass mehr als 80 % der britischen Bevölkerung über 16 Jahren bereits zwei Dosen des Impfstoffs erhalten hatten, während der Minister einräumte, dass er „die Vorstellung nicht mag, dass die Menschen Papiere vorlegen müssen, um grundlegende Dinge zu tun. Eine Ansicht, die sein französischer Amtskollege Olivier Véran eindeutig nicht teilt.

Auf der anderen Seite des Ärmelkanals war dieser Politikwechsel umso bemerkenswerter, als der Minister für Impfstoffe, Nadhim Zahawi, erst letzte Woche erklärt hatte, das Impfpass-System sei „der beste Weg“, um die Industrie nachts offen zu halten. Die Maßnahme wurde jedoch von der Nachtleben-Branche kritisiert, die die Einführung des Passes als „problematisch“ bezeichnete. Außerdem plant London für die Zukunft keine neuen Lockdown-Maßnahmen.

Dieser Pragmatismus sollte die französischen Staats- und Regierungschefs inspirieren, die sich eher von ideologischer Verblendung als von den gesundheitlichen Realitäten leiten lassen. Während der Gesundheitspass in Frankreich bis zum 15. November in Kraft ist, schließt die Exekutive eine Verlängerung über dieses Datum hinaus nicht aus. Sie schließt auch eine Impfpflicht für alle nicht aus.

Zum Vergleich: Am 13. September 2021 hatten 80,2 % der anspruchsberechtigten Bevölkerung in Frankreich alle erforderlichen Dosen des Impfstoffs erhalten. Die davon betroffene Bevölkerung umfasst Personen im Alter von 12 Jahren und darüber (im Vergleich: ab 16 Jahre in Großbritannien).

Dieser Beitrag erschien zuerst bei BREIZH-INFO, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) England will Zuwandererboote künftig einfach zurückweisen

10. 09. 2021

Boris Johnson · *Foto: Kuhlmann / Wikipedia CC BY 3.0 de*

Britische Patrouillen sollen dafür sorgen, dass die Boote nicht in britische Gewässer und schon gar nicht an die englische Küste gelangen. Innenministerin Priti Patel übermittelte entsprechende Instruktionen der Grenzschutzbehörde.

Boris Johnson erklärte man werde „jede mögliche Taktik, die uns zur Verfügung steht“ nutzen, um weitere Überquerungen der Meerenge zu stoppen. Das Treffen zwischen Innenministerin Patel und ihrem französischen Amtskollegen Gérald Darmanin endete am Mittwoch ohne greifbares Ergebnis. Dementsprechend setzte England nun seine Interessen in die Tat um. Die Zurückweisung von Booten ohne Kooperation der französischen Behörden ist für „Experten“ in der Praxis fast nicht umsetzbar.

Angesichts der oft kaum seetüchtigen Boote, mit denen die Einwanderer unterwegs sind, seien mögliche Manöver der Grenzschutzpatroullie nur schwierig umsetzbar. Das Problem der Briten ist nur, dass seit dem Brexit illegal eingereiste Asylbewerber nicht mehr ohne weiteres an EU-Länder zurückgegeben werden können. Deshalb sieht sich Großbritannien wohl im Handlungszwang.

Frankreich hingehen reagierte auf die Ankündigungen mit Kritik. „Frankreich wird weder eine Praktik akzeptieren, die entgegen dem Seevölkerrecht ist, noch finanzielle Erpressung“, schrieb Innenminister Darmanin auf Twitter. Großbritannien müsse seinen Aufgaben und Pflichten nachkommen. Ebenso dürfe die Freundschaft der beiden Länder nicht gefährdet werden.

Doch die Briten sehen sich in der Bredouille. In den vergangenen Tagen kam es durch gute Wetterbedingungen zu einem dramatischen Anstieg an Überquerungsversuchen. Allein am Montag sollen dem britischen Innenministerium zufolge 785 Menschen in kleinen Booten

über den Ärmelkanal nach England gefahren sein. Insgesamt sind der *BBC* zufolge bisher 2021 mehr als 13.000 Menschen nach England gekommen sein. Im Gesamtjahr 2020 waren es nur 8.400 Menschen.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei ZUR ZEIT, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) „England gegen Rassisten 4:0“

Von Zsolt Bayer

04. 09. 2021

Bildquelle: BZ

Vielleicht sollten wir mit der Titelseite von iSport beginnen, auf der steht: „England gegen Rassisten 4:0“

Das heißt, England hat in der Puskás-Arena nicht gegen Ungarn gespielt, sondern gegen die „Rassisten“. OK, wir haben die Botschaft verstanden.

Aber dann müssen wir ein paar Dinge anprechen. Beginnen wir mit „vorgestern“, im Juli, als das Endspiel der Europameisterschaft zwischen England und Italien stattfand. Frage: Haben die englischen Fans die italienische Hymne ausgepfiffen? Ja, sie haben gebuht. Frage: Gibt es eine größere Unhöflichkeit, als die Hymne eines anderen Landes auszubuhen? Wohl kaum. Sind englische Fans rüpelhafte Rassisten? Ja. Hat sich die UEFA mit dem Rassismus und der Unhöflichkeit der Engländer auseinandergesetzt? Nein, das haben sie nicht.
Wie auch immer, gehen wir ruhig noch ein wenig weiter in die Vergangenheit zurück. Seit Jahrzehnten hat die Erde kein primitiveres Lumpenproletariat auf dem Rücken getragen als die englischen Supporter. Wo auch immer diese hässliche Bande hinging, hinterließ sie eine Spur von zerschlagenen, zerstörten, verprügelten Männern. So sehr, dass es Jahre gab, in denen diese englischen Bastarde praktisch überall verbannt wurden und gezwungen waren, zu Hause zu zertrümmern, zu beschmieren und zu kämpfen. Und wenn man auch noch sehen will, wie sich Menschen in Tiere verwandeln, gehen Sie doch zu einem dieser echten, gut gemachten englischen Junggesellenabschiede hier in Budapest, im Partyviertel.
Aber gehen wir noch weiter in der Zeit zurück! Lassen Sie mich einen Moment bei Lord Palmerstons Ausspruch innehalten: „England hat keine Freunde oder Feinde, England hat Interessen“. Nun, hier im „rassistischen“ Ungarn würde man für einen solchen oder ähnlichen Spruch ewige Ächtung bekommen, selbst in der letzten Kneipe. Aber das ist (war?) jahrhundertelang das Credo von England. Diese abscheuliche, selbstsüchtige, egozentrische Hybris, diese… wie sollen wir es sagen? Ich hab’s! Rassismus!
Als beispielsweise die polnische Exilregierung Churchill von den Ereignissen in Katyn berichtete, sagte dieser zu den Polen, sie sollten den Mund halten, sie könnten sich nicht vorstellen, dass er Stalin wegen einer solchen Lappalie aus der Anti-Hitler-Koalition hinausekeln würde.
Ist das nicht appetitlich? Und nebenbei bemerkt, vielleicht hat der englische Boden nie einen geistreicheren englischen Politiker, einen brillanteren Debattierer und Staatsmann als Churchill gehabt – außer, dass er keine Freunde, sondern nur Interessen hatte. Und dann wurden die Polen, die die ganze Zeit auf der richtigen Seite kämpften, von den Alliierten mit dem belohnt, womit auch wir Ungarn bestraft wurden: vierzig Jahre Kommunismus und sowjetische Unterjochung. Die großartigen Briten, Franzosen und Amerikaner ließen den Molotow-Ribbentrop-Pakt in Kraft – wenn auch ohne Ribbentrop. Bravo… Denn diese klugen Westler waren schon immer rassistisch gegenüber den Völkern und Nationen Mittel- und Osteuropas.

Übrigens war das Wesen und der Schöpfer des britischen Weltreichs nicht zufällig der Rassismus selbst. Die lieben Engländer waren in ihrer ganzen Geschichte rassistisch und sind dadurch reich geworden – und jetzt knien sie dumm auf dem Rasen der Fußballplätze, halten allen einen Vortrag über Rassismus und Antirassismus und denken, dass damit der jahrhundertelange Rassismus gelöst und gesühnt ist.

Das Problem ist nicht gelöst. Und um einen der ikonischen Sätze aus Buñuels brillantem Film *Der diskrete Charme der Bourgeoisie* aufzugreifen und ein wenig zu verdrehen, sagen wir: es ist nicht Ihre Nation, um die wir uns scheren – wie der Film sagt -, denn wir identifizieren Ihre Nation mit Shakespeare, Byron, Yeats, Wodehouse und Monty Python.

Weil wir nicht rassistisch sind. Ist das klar?

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Dänemark: Migranten müssen jetzt 37 Stunden pro Woche arbeiten, um Sozialleistungen zu erhalten

08. 09. 2021

Dänemark · *Foto: Public Domain*

Migranten in Dänemark müssen künftig 37 Stunden pro Woche arbeiten, um Sozialleistungen zu erhalten, teilte die Regierung am Dienstag mit. Während die Opposition diese Maßnahme krisitiert, sind die dänischen Behörden der Ansicht, dass sie den Migranten bei der Integration in die Gesellschaft helfen wird.

Die dänischen Behörden kündigten am Dienstag, den 7. September, an, dass die im Land lebenden Migranten künftig mindestens 37 Stunden pro Woche arbeiten müssen, um Anspruch auf Sozialleistungen zu haben.

„Wir wollen eine neue Arbeitslogik einführen, bei der die Menschen die Pflicht haben, einen Beitrag zu leisten und sich nützlich zu machen, und wenn sie keine reguläre Arbeit finden, müssen sie zu ihrem Vorteil arbeiten“, sagte Ministerpräsidentin Mette Frederiksen (Sozialdemokratische Partei) vor der Presse. „Zu viele Jahre lang haben wir vielen Menschen einen Gefallen getan, indem wir sie nicht um etwas gebeten haben“, fügte sie hinzu.

In ihrem Gesetzentwurf weist die Regierung darauf hin, dass sechs von zehn Frauen aus Nordafrika, der Türkei und dem Nahen Osten nicht auf dem dänischen Arbeitsmarkt vertreten sind.

Das neue Gesetz wird sich zunächst auf Migranten beziehen, die seit drei bis vier Jahren Leistungen beziehen und noch nicht ein bestimmtes Niveau an Bildung und Dänischkenntnissen erreicht haben.

Die Regierung hofft, dass das neue Gesetz den Migranten helfen wird, sich in die Gesellschaft zu integrieren.

Quelle: InfoMigrants

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Dänemark: sozialdemokratische Regierung übernimmt von der „extremen Rechten“ befürwortetes einwanderungsfeindliches Modell

05. 09. 2021

Dänemark · *Foto: Public Domain*

Während einige Länder eine Welle von afghanischen Flüchtlingen fürchten, verfolgt Dänemark seit Jahren eine Asylpolitik, die von der Dänischen Volkspartei (einer Partei, die gegen Einwanderung ist) befürwortet und nunmehr auch von der sozialdemokratischen Regierung unterstützt wird.

In Kopenhagen werden afghanische Flüchtlinge, die vor dem Taliban-Regime fliehen, nur in geringer Zahl aufgenommen. Das skandinavische Königreich macht keinen Hehl aus seinen Absichten: Dänemark möchte so wenig Flüchtlinge wie möglich haben und verkündet dieses Leitmotiv seit Jahren laut und deutlich, wobei es versucht, auch andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu bekehren. Mit einem Vorschlag, der eine große Kontroverse ausgelöst hat: Asylbewerber, die an die Tür klopfen, sollen in Länder außerhalb Europas geschickt werden, während ihre Fälle bearbeitet werden, oder sogar noch länger.

Die Idee, die zu einem Gesetz geführt hat, das Dänemarks Verhärtung in der Migrationsfrage symbolisiert, stammt nicht aus dem Kopf eines rechtsextremen Ideologen, sondern von der Sozialdemokratischen Partei, die, wie auch anderswo in Skandinavien, eng mit dem Aufbau eines großzügigen Wohlfahrtsstaates verbunden ist, der niemanden zurücklassen soll.

Für Professor Thomas Gammeltoft-Hansen von der Universität Kopenhagen „mussten die Sozialdemokraten handeln“, wenn sie ehemalige Wähler zurückgewinnen wollten, die zuvor von der rechtsextremen Dänischen Volkspartei abgeworben worden waren, die das kostspielige Sozialsystem für die „einheimische“ Bevölkerung reserviert sehen wollte.

Tatsächlich gab die islamfeindliche und flüchtlingsfeindliche Dänische Volkspartei seit 2001 den Ton in der Migrationspolitik des Königreichs an. Ohne jemals an einer Regierung

beteiligt gewesen zu sein, gelang es ihr, ihre Unterstützung für eine liberal-konservative Koalition – die sich im Parlament in der Minderheit befand – zu monetarisieren, indem sie eine wiederholte Verschärfung der Aufnahme von Flüchtlingen, die Gewährung von Sozialhilfe für Ausländer und die Familienzusammenführung forderte. Im Laufe der Jahre hat diese Härte gegenüber Einwanderern auf den Rest der politischen Klasse abgefärbt, mit Zustimmung einer Mehrheit der dänischen Wählerschaft.

LesObservateurs.ch

Dieser Beitrag erschien zuerst bvei LES OBSERVATEURS, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Schweden: Bericht über die Herkunft von Straftätern löst heftige Debatte aus

Die Studie, die einen Zusammenhang zwischen Einwanderung und Kriminalität herstellt, wurde ein Jahr vor den Parlamentswahlen veröffentlicht

02. 09. 2021

Bildquelle: FDS

Der Nationale Rat für Verbrechensverhütung, der zum Stockholmer Justizministerium gehört, veröffentlichte am Mittwoch, den 25. August, einen brisanten Bericht. Das Thema wurde sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite bereits ausführlich diskutiert und

wird zweifellos auch in den kommenden Monaten für Gesprächsstoff sorgen, da Unsicherheit und Einwanderung ein Jahr vor den Parlamentswahlen die politische Agenda beherrschen.

Auf 162 Seiten analysiert der Bericht die Kriminalitätsstatistiken zwischen 2007 und 2018 nach der Herkunft der Verdächtigen. Erste Beobachtung: Ein Einwanderer der ersten Generation (8 %) kommt 2,5 Mal häufiger mit dem Gesetz in Konflikt als eine Person, die in Schweden als Kind zweier schwedischer Elternteile geboren wurde (3,2 %). Zweitens sind dreimal so viele Einwanderer der zweiten Generation (10,2 %) Verdächtige in polizeilichen Ermittlungen wie Personen schwedischer Herkunft.

„Eine Last für Schweden“

Der Bericht weist ferner darauf hin, dass der Anteil von Zuwanderern der ersten und zweiten Generation unter den Tatverdächtigen zunimmt. Dies gilt insbesondere für im Ausland geborene Personen, die 2018 29,8 % der Verdächtigen ausmachten (gegenüber 23,6 % elf Jahre zuvor). Besonders deutlich wird diese Überrepräsentation in Fällen von Mord und Diebstahl. Der Bericht befasst sich auch mit den Herkunftsländern der Verdächtigen und stellt fest, dass „Personen, die in den Regionen Zentral- und Westasiens und den verschiedenen Regionen Afrikas geboren wurden, überwiegen“.

Die Forscher sind sich der Sensibilität des Themas bewusst und weisen darauf hin, dass in einem Land, in dem sich die Einwandererbevölkerung innerhalb von zwanzig Jahren verdoppelt hat, die Herkunft der Verdächtigen nicht ausreicht, um dies alles zu erklären. Ihrer Meinung nach können auch andere Faktoren eine Rolle spielen, wie z. B. die sozioökonomische Herkunft, die psychische Gesundheit, die Bildung, die Erfahrungen der Eltern in ihrem Herkunftsland oder die Exposition gegenüber einem kriminellen Umfeld. Es ist erwähnenswert, dass die Arbeitslosenquote für in Schweden geborene Menschen in der ersten Hälfte dieses Jahres nach Angaben des statistischen Amtes SCB 5 % betrug, während sie bei Einwanderern 21,2 % betrug.

Die sozialdemokratische Ministerin für Justiz und Migration, Morgan Lohansson, bezeichnete die Ergebnisse des Berichts als „ziemlich erwartet“. Er sollte „nicht dazu benutzt werden, Einwanderer als schlechtere Menschen darzustellen“. „Einwanderer sind zwar in der Kriminalitätsstatistik überrepräsentiert, aber sie sind auch in den Gesundheitsberufen überrepräsentiert“, so die Ministerin. Für die Sozialdemokratische Partei und die linksradikale Vänsterpartiet ist das Problem nicht so sehr die Zuwanderung – die auf dem niedrigsten Stand seit 2008 ist – sondern die Integration.

„Eine sehr hohe Zuwanderung und eine sehr geringe Integration schaffen Ausgrenzungszonen und fördern die Kriminalität“, so der Vorsitzende der konservativen Partei, Ulf Kristersson. Vor dem Sommer hatte er gesagt, dass die Einwanderung „eine Belastung für Schweden“ geworden sei, insbesondere „unter dem Gesichtspunkt der Kriminalität“. Die extreme Rechte ihrerseits jubelt: Mit 20 % in den Umfragen sehen sich die Schwedendemokraten in ihrem Programm für einen totalen Aufnahmestopp von Flüchtlingen bestärkt.

Die Veröffentlichung des Berichts erfolgt zu einem besonders heiklen Zeitpunkt, da die Zusammenstöße zwischen rivalisierenden Banden, die sich häufig aus Jugendlichen mit Migrationshintergrund zusammensetzen, in Schweden zu einem Ausbruch von Gewalt führen. Zwischen dem 1. Januar und dem 15. August verzeichnete die Polizei zweiundneunzig Schießereien, bei denen sechsundzwanzig Menschen getötet und siebenundfünfzig verletzt wurden. Darunter waren auch zwei Kinder im Alter von sechs und

acht Jahren, die am 18. Juli beim Spielen vor ihrem Haus im Vorort Flemingsberg, südlich von Stockholm, von einer verirrten Kugel getroffen wurden. Der Vorfall löste eine Welle der Empörung aus.

Im September 2020 hatte der sozialdemokratische Ministerpräsident Stefan Lôfven zum ersten Mal einen Zusammenhang zwischen Einwanderung und organisierter Kriminalität hergestellt und festgestellt, dass „bei hoher Einwanderung, wenn die Integration scheitert, ein größeres Risiko für diese Art von Problemen besteht“. Er forderte jedoch dazu auf, „Verbrechen nicht automatisch mit Hautfarbe oder Religion in Verbindung zu bringen“.

Quelle: Fdesouche

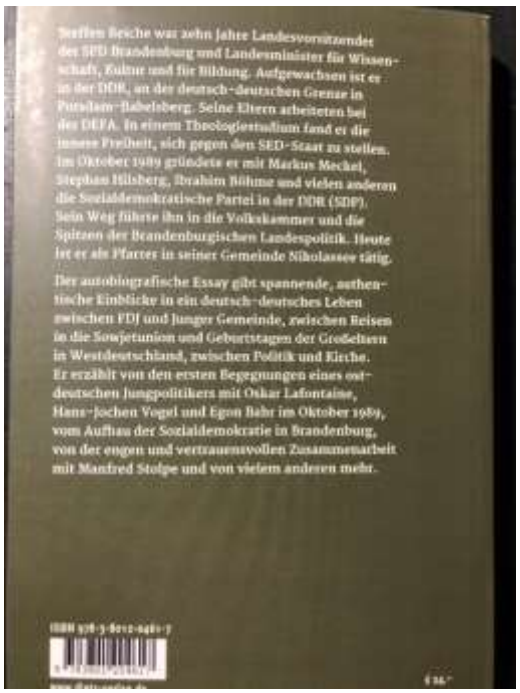
Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Steffen Reiche

Liebe Freunde und Freundinnen, ich habe gerade die Petition "Freiheit für alle politischen Gefangenen in Belarus!" unterzeichnet und möchte Dich fragen, ob auch Du Dich hinter dieses Anliegen stellen kannst. Dieses Anliegen bedeutet mir viel! Je mehr Unterstützung wir für diese Kampagne mobilisieren können, desto grösser sind unsere Chancen, die Kampagne zu gewinnen. Mehr über die Kampagne lesen und die Petition unterzeichnen:

https://act.campax.org/petitions/freilassung-aller-politischer-gefangenen-in-belarus?share=28716014-b5ba-45a3-ba6b-1fab6e0d6390&source=email-share-button&utm_medium=&utm_source=email

Pfarrer Steffen Reiche nimmt Sie gerne in seinen „Predigerkreis“ auf. Sie erhalten dann direkt neben den Predigten und Andachten auch Hinweise zu Gesellschaft und Politik und zu interessanten Veranstaltungen:
Steffen-reiche@gmx.de



Zugleich biete ich Ihnen mein Buch "Tief träumen und hellwach sein" an. Ihnen kann ich den Autorenrabatt anbieten und so sind es auch trotz Porto nur 20 €. Die CD kostet € 5,00.

Aufruf zur Unterstützung *Seiten 180 - 182*

1) Aufruf der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin zur Unterstützung*)

Die finanzielle Lage der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin ist schwierig. Gründe sind durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie gegenwärtig der Ausfall sämtlicher Veranstaltungen, die nicht nur Kosten verursachen, sondern – von Fall zu Fall – auch für die nötigen Einnahmen sorgen können.

Wir sind für unsere Arbeit vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt. Das heißt einerseits: wir dürfen keine Rücklagen bilden (mit denen wir jetzt wirtschaften könnten, unsere Miet- und anderen Kosten selbst tragen), aber wir dürfen für Ihre großzügige Spende eine Spendenquittung ausstellen.

Wir haben die herzliche Bitte, unsere Arbeit durch eine Geldspende zu unterstützen, damit unsere Tätigkeit weitergehen kann. Wir arbeiten ehrenamtlich.

Sie erhalten am Ende des Jahres eine Spendenbescheinigung, unsere Arbeit ist vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt!

Unsere Bankverbindung (Zusatz „Spende“ auf der Überweisung nicht vergessen!):

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:

Konto bei der Postbank Berlin

IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC BNKDEFF

**) Unser erfolglosester Aufruf!!!*

2) Paten für Jahrbuch Weichsel-Warthe 2022 gesucht

Jahrbuch-Paten für 2022 gesucht

Auch für das „Jahrbuch Weichsel-Warthe 2022“ werden wieder Jahrbuch-Paten gesucht. Durch diese Patenschaft sollen vor allem die Mehrkosten und der Versand an interessierte Personen und Einrichtungen in unseren Heimatgebieten im Posener Land, in Mittelpolen, Wolhynien und Galizien finanziert werden.

Nähere Einzelheiten zu der Übernahme der Jahrbuch-Patenschaft entnehmen sie bitte unseren entsprechenden Hinweisen in „Weichsel-Warthe“ sowie unserem „Jahrbuch Weichsel-Warthe 2021“, S. 176.

Herausgeber: Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Bundesverband e.V., 65185 Wiesbaden, Friedrichstr. 35 III, Tel. 06 11 / 37 97 87, Fax 06 11 / 1 57 49 72, E-Mail: LWW@gmx.de
Bankverbindung der LWW: Spanda-Bank Südwest EG, IBAN: DE86 5509 0500 0000 9587 55, BIC: GENODEF1S01
Schriftleitung: Dr. Martin Sprungala. - Erscheint einmal monatlich. Redaktionsschluß am 1. des Vormonats. - Druckvorbereitung: manz-werbedesign, Kranenhöh
ISSN 0509-9757 - Für unterzeichnete oder signierte Artikel trägt der Verfasser die Verantwortung. - Nachdruck gestattet, sofern 2 Belegexemplare zugesandt werden.
Die Herausgabe dieser Folge wurde durch eine Zuwendung der Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk (NOKW) ermöglicht.

3) BdV: Die „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung

BdV Bund der Vertriebenen

„Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung

Die 1955 von Bundespräsident Theodor Heuss enzündete „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung. Das Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen auf dem Theodor-Heuss-Platz in Berlin, an dem wir jährlich am Tag der Heimat unserer Opfer gedenken, wird seit vielen Jahren von uns mitgepflegt.

So nutzen wir Spenden unserer Mitglieder dazu, die „Ewige Flamme“ brennen zu lassen. Dazu bitten wir in diesem Jahr um eine Spende auf das unten angegebene Konto.

Bankverbindung
Deutsche Bank Bonn

BdV Förderverein

IBAN:
DE54 3807 0059 0077 0107 00

BIC:
DEUTDEDK380

4) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

Sehr geehrter Herr Hanke,

herzlichen Dank für Ihr Angebot, in Ihrem Rundbrief auf unser Anliegen aufmerksam zu machen. Gerne nehmen wir diese Möglichkeit wahr. Angefügt finden Sie einen Text, der in ähnlicher Weise schon mehrfach abgedruckt wurde.
Ich habe soeben nachgeschaut: Wir haben in unserem Katalog 17 Heimatzeitschriften über Westpreußen nachgewiesen. Allerdings sind die jeweiligen Bestände sehr lückenhaft und bestehen häufig nur aus neueren Ausgaben. Insofern erhoffe ich mir durch den Aufruf viele Ergänzungen.

Nochmals vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen
H. P. Brogiato

Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften
Heimatzeitschriften erbeten

Die Geographische Zentralbibliothek (GZB) im Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig hat Ende 2013 vom Bund Heimat und Umwelt (BHU) die „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ übernommen. Um diese Sondersammlung systematisch auszubauen, wurden in den vergangenen drei Jahren zahlreiche Heimatvereine, Museen usw. mit der Bitte angeschrieben, das Anliegen zu unterstützen und der GZB ihre Heimatzeitschriften zur Verfügung zu stellen. Inzwischen werden mehr als 1000 Zeitschriften und Serien aus dem deutschsprachigen Raum regelmäßig zugesandt. (http://ifl.wissensbank.com). Da die Bibliothekslandschaft in Deutschland dezentral aufgebaut ist und einzelne Bibliotheken regionale Sammelschwerpunkte aufweisen, kann man in keiner deutschen Leihbibliothek (die Deutsche Nationalbibliothek als Präsenzbibliothek bildet einen Sonderfall) heimatkundliche Literatur regionsübergreifend vorfinden. Durch den Aufbau der „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ entsteht somit ein einmaliger Bestand, der es erlaubt, heimatkundliche und regionalgeschichtliche Literatur räumlich vergleichend zu untersuchen.

Wir hoffen, dass sich durch diesen Aufruf viele Redaktionen, Heimatkreisbetreuer, Heimatmuseen, aber auch Privatpersonen entschließen können, die von Ihnen betreuten Zeitschriften an die Leipziger Bibliothek zu senden. Erwünscht sind auch die Zeitschriften, die inzwischen eingestellt wurden, von denen es aber vielleicht noch Lagerbestände gibt. Bei größeren Sendungen können die Versandkosten gegen eine Rechnung übernommen werden. Für weitere Informationen setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung:

Dr. Heinz Peter Brogiato
Leibniz-Institut für Länderkunde
GZB – Heimatzeitschriften
Schongauerstr. 9
04328 Leipzig
E-Mail: h_brogiato@ifl-leipzig.de
Ruf: 0341 600 55 126

So wahr mir Gott helfe: Der Amtseid des Bundeskanzlers

dpa/Kay Nietfeld Der dritte Amtseid: Bundeskanzlerin Angela Merkel am 17.12.2013 im Bundestag mit Parlamentspräsident Norbert Lammert.

„So wahr mir Gott helfe“:

Laut Artikel 64 des Grundgesetzes müssen Kanzler und Minister bei der Amtsübernahme vor dem Bundestag den Amtseid leisten. Artikel 56, der die Vereidigung durch den Bundespräsidenten vorsieht, legt den Wortlaut fest.

In Artikel 56 heißt es:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Du musst denken, dass du morgen tot bist, musst das Gute tun und heiter sein.

Freiherr vom Stein

„Wird der Zweifel Gegenstand des Zweifels,
zweifelt der Zweifelnde am Zweifel selbst, so verschwindet der Zweifel.“

Der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel, der am 27. August 250. Geburtstag hat, in seinen Vorlesungen über die „Philosophie der Religion“ (Berlin 1832).

Aus: Der Tagesspiegel, 19.08.2020, S. 6.

„Berlin braucht bessere Schulen.
Kann ja nicht jeder Politiker werden.“

Kampagnenspruch der CDU Berlin – in Orange auf Schwarz und illustriert mit Merkelraute. Eine PR-Aktion, für die es via Twitter gleich viel Kritik gab. Weil: Was soll das eigentlich bedeuten?

Aus: Der Tagesspiegel, 12.08.2020, S. 6.

„Verletze niemanden, vielmehr hilf allen, soweit du kannst.“

Arthur Schopenhauer

Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt von Morgen aussieht!

Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)

„Heimat gestalten und nicht nur verwalten!“

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin

A. b) Forderungen und Grundsätze *Seite 186*

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsaetze.pdf>

1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG);

2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

A.c) Mitteilungen *Seiten 187 - 199*

01) Neue Biographie zum Bromberger Landsmann A. W. Johann von Rudi Zülch wird am 08. Oktober 2021 in Hankensbüttel von A.E.Johann-Gesellschaft vorgestellt

Die A. E. Johann-Gesellschaft stellt am Freitag, dem 08. Oktober 2021, die von Rudi Zülch verfasste Biographie zu A. E. Johann im Bürgerhaus von Hankensbüttel vor.
Da hier die Personenzahl begrenzt ist, wird um Anmeldung zur Teilnahme bis Donnerstag, 30.09.2021, gebeten.
Ab diesem Tag kann die Biographie erworben werden, entweder auf der Veranstaltung oder durch Bestellen an: *calluna.media* (mit PayPal-Zahlung) oder per Mail: *shop@calluna.media* (auf Rechnung).

Rudi Zülch: Ein Leben auf Reisen.
Gifhorn / Oerrel: Verlag Calluna 2021.
336 Seiten. Farbdruck
ISBN: 978-3-944946-17-7. Preis: € 24,90.

Kontakt:
Vorsitzender Rudi Zülch
A.E. Johann-Weg 1
D-34593 Knüllwald
FON: 05681-3992
Handy: 0173-2936098
Email: a.e.johann-gesellschaft@web.de
www.a-e-johann.de

02) Kaiser Wilhelm I. soll gehen - und die Bürger werden nicht gefragt

Kaiser Wilhelm I-Denkmal am Königsberger Schloss

Der Kaiser-Wilhelm-Platz, er liegt im Zuge der historischen Reichsstraße 1 Aachen – Berlin – Königsberg/Pr. wird im Oktober 2021 umbenannt!

Bündnis 90/Die Grünen führt CDU und FDP gegen den Kaiser, gegen unsere kulturhistorische Tradition, denn die Reichsstraße 1 führt eben auch durch Westpreußen.

Publikationen zum Thema „Reichsstraße 1“:

„Reichsstraße 1“ – Im Oktober erscheint eine Sonderausgabe des Preußen-Kuriers der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Bayern e. V. zu dem Thema:

https://www.low-bayern.de/wordpress1/wp-content/uploads/2021/08/PK_2_21.pdf

Diese Sonderausgabe enthält die im Preußen-Kurier erschienenden zweiteiligen Artikel über die „Reichsfernstraße 1“ zusammenhängend, ein klein wenig erweitert und durch weitere Fotos ergänzt.

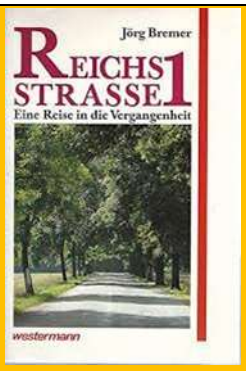
Diese Sonderausgabe wird mit einem besonders schönen Erscheinungsbild ausgestattet sein und kann bei uns bestellt werden; sie dürfte sich besonders als Geschenk oder Aufmerksamkeit für Freunde, Sympathisanten und Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft eignen.

Wenn Sie von dieser Sonderausgabe ein oder mehrere Exemplare haben möchten, so bestellen Sie sie bitte über info@low-bayern.de unter Angabe der gewünschten Stückzahl; eine angemessene Spende (mindestens 5,- Euro pro Exemplar) erbitten wir nach Erhalt zu überweisen.

Rainer Claaßen
Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Bayern e.V.
Birkenring 3
D-97618 Wülfershausen (Saale)
Tel. (+49) 9762 / 421
Fax (+49) 9762 / 93 12 83
E-Post: claassen@low-bayern.de
Netz-Information: www.low-bayern.de
-stellvertretender Landesvorsitzender u. Schriftleiter PREUSSEN-KURIER

Lesen Sie u.a. auch:

Patricia Clough: Aachen – Berlin – Königsberg. Eine Zeitreise entlang der alten Reichsstraße 1. Aus dem Englischen von Dietmar Zimmer. 2 Karten auf den Umschlaginnenseiten. 2. Aufl. - München: Deutsche Verlags-Anstalt (2007). – 217 Seiten.



Jörg Bremer: Eine Reise in die Vergangenheit.
Mit zahlreichen Fotoillustrationen.
Braunschweig. Georg Westermann 1991. Gr-8vo. 328 S.

03) Präsentation des Konzepts der deutsch-polnischen Expertenkommission für einen Ort der Erinnerung und Begegnung mit Polen im Auwärtigen Amt

Pressemitteilung am 15. September 2021 von Eckhard Pols MdB, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

CDU CSU Fraktion im Deutschen Bundestag

Pressestatement am 16. September 2021
von Eckhard Pols MdB, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

zur gestrigen Präsentation des Konzepts der deutsch-polnischen Expertenkommission für einen Ort der Erinnerung und Begegnung mit Polen im Auswärtigen Amt

„Der Beschluss des Deutschen Bundestages vom Oktober 2020, einen Gedenkort für die polnischen Opfer des Zweiten Weltkrieges in Berlin zu errichten, stellte einen außergewöhnlichen Meilenstein für die deutsch-polnische Aussöhnung dar.

Es ist daher bedauerlich, dass sich die vom Auswärtigen Amt eingesetzte Expertenkommission nach einem Jahr Beratung nicht auf einen Standort für die Gedenkeinrichtung einigen konnte. Noch bedauerlicher ist der Vorschlag des Askanischen Platzes.

Der Platz am Anhalter Bahnhof widerspricht eindeutig dem Bundestagsbeschluss, wonach der neue Erinnerungsort keine Konkurrenz zu bestehenden Gedenkeinrichtungen erzeugen darf. So ist im gegenüberliegenden Deutschlandhaus gerade erst das zentrale Gedenkvorhaben der Bundesregierung zu Flucht und Vertreibung der Deutschen eröffnet worden, das international eine durchweg positive Resonanz erhielt.

Der unter großen Anstrengungen erreichte Stand der deutsch-polnischen Verständigung darf nicht durch Projekte zurückfallen, welche die Versöhnung konterkarieren können.

Der Bundestagsbeschluss ist außerdem von der Hoffnung getragen, dass sich auch in Warschau zivilgesellschaftliche Initiativen dafür einsetzen, an das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen zu erinnern. Daher würdigt der Antrag die Rolle der deutschen Minderheiten in Polen sowie der Aussiedler und Vertriebenen als wichtige Brückenbauer zwischen beiden Ländern."

04) Präsentation des Konzepts zum Ort des Erinnerns und der Begegnung mit Polen am 15.09.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,
nach dem Bundestagsbeschluss vom 30. Oktober 2020, in Berlin einen Ort des Erinnerns und der Begegnung mit Polen zu errichten, hat die vom Auswärtigen Amt eingesetzte Expertenkommission in enger Mitarbeit mit dem Deutschen Polen-Institut ein Konzept für diesen Ort erstellt. Am 15. September 2021 wird der Bundesminister des Auswärtigen, Heiko Maas, das Konzept vorgestellen. Untenstehend leiten wir gerne die Einladung zur Präsentation des Konzepts vom Botschafter Rolf Nikel an Sie weiter. Die Vorstellung wird auf Deutsch und Polnisch übertragen.

"Sehr geehrte Damen und Herren,
am **Mittwoch, dem 15.09.2021 von 12:45 Uhr – 14:00 Uhr** stellt der Bundesministers des Auswärtigen, Heiko Maas, die Ergebnisse und Empfehlungen der Expertenkommission zum Ort des Erinnerns und der Begegnung mit Polen vor. Sie sind herzlich eingeladen, diese Vorstellung im Livestream unter ***www.diplo.de/livestream*** zu verfolgen.
Mit freundlichen Grüßen
Rolf Nikel
Botschafter"
Szanowni Państwo,

w związku z ubiegłoroczną decyzją Bundestagu o utworzeniu w Berlinie Miejsca Pamięci i Spotkań z Polską, Komisja Ekspertów powołana przez Federalne Ministerstwo Spraw Zagranicznych opracowała w ścisłej współpracy z Niemieckim Instytutem Spraw Polskich koncepcję tego miejsca. Federalny Minister Spraw Zagranicznych Heiko Maas przedstawi tę koncepcję 15 września 2021 roku. Poniżej przekazujemy Państwu zaproszenie na prezentację koncepcji od Pana Ambasadora Rolfa Nikela. Prezentacja będzie transmitowana w języku polskim i niemieckim.

"Szanowni Państwo,
w **środę, dnia 15.09.2021 r. w godzinach 12:45 – 14:00** Federalny Minister Spraw Zagranicznych Heiko Maas przedstawi wyniki prac oraz zalecenia Komisji Ekspertów ds. Miejsca Pamięci i Spotkań z Polską. Serdecznie zapraszamy na transmisję online prezentacji pod adresem: ***www.diplo.de/livestream***.
Z wyrazami szacunku
Rolf Nikel
Ambasador"

Mit besten Grüßen / Z wyrazami szacunku
Dr. Andrzej Kaluza

--
Dr. Andrzej Kaluza
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Deutsches Polen-Institut
Residenzschloss / Marktplatz 15
D-64283 Darmstadt
Tel.: 0049-(0)6151-4202-20 Fax: -10
Mobil: 0157-57241221
www.deutsches-polen-institut.de
www.facebook.com/deutschespoleninstitut

05) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen unterstützt „Johnny“ Klein-Preis für die deutsch-tschechische Verständigung

Kulturstiftung
der deutschen Vertriebenen

Pressemitteilung

Nr. 21/2021

Berlin, 07.09.2021

Bonner Geschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon: +49 228 915 12 20

Berliner Büro
Brunnenstraße 191
10119 Berlin
Telefon: +49 30 863 355 10

Mail:
presse@kulturstiftung.org

www.kulturstiftung.org

Kulturstiftung unterstützt „Johnny“ Klein-Preis für die deutsch-tschechische Verständigung 2021

Als Journalist, Politiker und Diplomat, berichtete, gestaltete und repräsentierte **Hans „Johnny“ Klein** die damals noch junge Bundesrepublik Deutschland. Er gehörte zu den wenigen Quereinsteigern die den großen Sprung in die Politik geschafft haben. Dies ist durchaus bemerkenswert, denn die Jugend von Hans „Johnny“ Klein war alles andere als einfach. Geboren wurde er 1931 in Mährisch Schönberg/Šumperk, in der Zeit des aufsteigenden Faschismus in Deutschland. 1946 wurden er und seine Familie aus dem Sudetenland vertrieben und kamen schließlich nach Heidenheim an der Benz. Dort startete sein Werdegang zunächst als Journalist bevor er in den Diplomatischen Dienst wechselte um später seine Bestimmung als Bundespolitiker zu finden.

In der Außenpolitik setze sich Hans „Johnny“ Klein für die europäische Einigung ein sowie für eine Friedenssicherung durch eine gleichwertige Abrüstung zur Zeit des Kalten Krieges. Ein Höhepunkt seiner politischen Karriere war dabei die Beteiligung an den Gesprächen im Kaukasus über die Wiedervereinigung Deutschlands. In der Innenpolitik erwirkte er als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit einen Schuldenerlass für die ärmsten Länder auf dieser Welt.

Zu seinen politisch schwersten Aufgaben zählte sicherlich seine Funktion als Pressesprecher der Olympischen Spiele 1972, als er in München über den schweren Terroranschlag berichten musste. Hans Klein war weltweit zu Hause doch als gebürtiger Sudetendeutscher war es ihm stets ein Anliegen die Belange der Heimatvertriebenen politisch zu vertreten. Dabei ging es ihm jedoch keineswegs um Revanche. Im Gegenteil setzte sich Hans Klein für eine Aussöhnung im Geiste der Völkerverständigung zwischen Deutschen und Tschechen ein. Hans Klein war Träger des Großen Verdienstkreuzes, des

Kulturstiftung
der deutschen Vertriebenen

Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und des Bayerischen Verdienstordens.

Die Ausschreibung

Um das Lebenswerk von Hans Klein zu würdigen, wurde 2016 erstmal der „Johnny Klein-Preis für die deutsch-tschechische Verständigung" vergeben. Zum 90. Geburtstag und zum 25. Todestag startet nun der dritte Jahrgang des „Johnny Klein-Preises".

Gesucht werden journalistische, publizistische oder populärwissenschaftliche Beiträge in allen Medien, die die Kenntnisse von Deutschen und Tschechen übereinander erweitern, das gegenseitige Verständnis in Europa fördern und dabei die Brückenfunktion der deutschen Minderheit in Tschechien würdigen. Die Ausschreibung richtet sich an deutsche, österreichische und tschechische Journalistinnen und Journalisten, Publizistinnen und Publizisten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie anerkannte Akteure der Zivilgesellschaft beider Länder. Es werden ein erster und ein zweiter Preis vergeben (dotiert mit 5000 € bzw. 2500 €) sowie ein Förderpreis für Nachwuchs (1500 €). Die Altersbegrenzung für den Nachwuchspreis ist 35 Jahre. Prämiert werden inhaltlich und formal qualitative Beiträge, die von einer Jury ausgewählt werden. Der Preis wird im Rahmen eines Festaktes am 27. November 2021 in Mährisch Schönberg/Šumperk, dem Geburtsort von Hans „Johnny" Klein, vergeben.

Teilnahmebedingungen

Jeder Teilnehmende kann Beiträge einreichen, die im Zeitraum vom 1. Dezember 2018 bis zum 30. September 2021 zum ersten Mal veröffentlicht wurden. Die Beiträge können in deutscher oder tschechischer Sprache eingereicht werden. Es dürfen maximal drei Autoren an einer gemeinsamen Arbeit beteiligt gewesen sein.

Bewerbung

Für die Bewerbung um den „Johnny Klein-Preis" 2021 hat die Landesversammlung der deutschen Vereine in der Tschechischen Republik ein Google-Formular zur Verfügung gestellt:

https://bit.ly/JohnnyKleinPreis2021

06) Veranstaltungstipp 08. Oktober: Mit "hin&weg" Bevölkerungsbewegungen analysieren und visualisieren

	Workshop: Mit *hin&weg* Bevölkerungs-bewegungen analysieren und visualisieren **08. Oktober 2021, 10 Uhr online**

Orientierungsworkshop zur Open-Source-Software *hin&weg*

Interessierte sind herzlich eingeladen, die Anwendung *hin&weg* zur Analyse von Bevölkerungsbewegungen in einer 90-minütigen Onlineveranstaltung kennenzulernen. Der kostenlose Workshop richtet sich an Akteure aus Kultur, Bildung, Politik und Wirtschaft sowie an Bürgerinnen und Bürger.

Die Open-Source-Software *hin&weg* bietet umfangreiche Funktionen zur Analyse und Visualisierung von Daten zu Bevölkerungsbewegungen aus verschiedensten Quellen und für alle räumlichen Ebenen, vom Stadtteil oder der Gemeinde bis zu Regionen oder Ländern. Die Anwendung wird derzeit am Leibniz-Institut für Länderkunde und dem Deutschen Institut für Urbanistik gemeinsam mit Pilotkommunen und IT-Fachleuten entwickelt.

Der Workshop führt in die Anwendung ein und demonstriert Analyse- und Visualisierungsmöglichkeiten am Beispiel von Wanderungen zwischen Bundesländern. In einer anschließenden Diskussionsrunde können Fragen zu weiteren Einsatzmöglichen oder der eigenen Nutzung von *hin&weg* besprochen werden. Workshop-Teilnehmerinnen und -teilnehmer erhalten auf Wunsch eine kostenlose Kopie der Software.

Teilnahme

Bitte registrieren Sie sich für eine Teilnahme an der kostenlosen Online-Veranstaltung bis zum **1. Oktober 2021** über die Website: https://hin-und-weg.online/2021/08/19/orientierungsworkshop-hinweg-8-oktober-2021/

Kontakt

Prof. Dr. Francis Harvey, f_harvey(at)leibniz-ifl.de, 0341 600 55-111
Aura Moldovan, a_moldovan(at)leibniz-ifl.de, 0341 600 55-103

07) Newsletter IfL-Publikationen 11/2021

Newsletter 11/2021 9. September 2021

Guten Tag ,

mit unserem Newsletter erhalten Sie mehrmals im Jahr einen aktuellen Überblick über die Publikationen, die im Selbstverlag des Leibniz-Instituts für Länderkunde erschienen sind bzw. die wir mit herausgeben. Veröffentlichungen unserer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in anderen Verlagen finden Sie auf unserer Website.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr IfL

Europa Regional

Heft 4/2018 (2021)

KORDES, JAN / PÜTZ, ROBERT / RAND, SIGRID
Migrationsmanagement als migrationspolitisches Paradigma. Das Beispiel der Anwerbung von Pflegefachkräften
https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-74722-2

FUNK, INES / NIENABER, BIRTE / DÖRRENBÄCHER, H. PETER
Cross-border vocational training as processes of cross-border learning
https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/74723

VERFÜRTH, PHILIP / HELWING, VERONIQUE / FRANZ, MARTIN
Barrieren grenzüberschreitender Unternehmenskooperationen in deutschen Grenzregionen – das Beispiel der deutsch-niederländischen Euregio
https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-74724-2

SCHMITT, VIKTORIA
Plastik in der Offshore-Windbranche –

Eintragspotenziale in der deutschen Nordsee
https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/74725

Bericht

BERGFELD, ANNEDORE / DUNKL, ANJA / FRIEDRICH, SUSANNE / LAGRANGE, MANUELA
Wie wohnt die Region Leipzig/Halle? Wohnraumnachfrage zwischen demografischem Wandel und Wachstum
https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/74726

Rezension

Lange, Bastian, Martina Hülz, Benedikt Schmid und Christian Schulz (Hrsg.) (2020): Postwachstumsgeographien. Raumbezüge diverser und alternativer Ökonomien
Besprechung: SUNNA KOVANEN
https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/74727

Europa Regional

Die vom Leibniz-Institut für Länderkunde herausgegebene, referierte Open-Access-Zeitschrift hat ihren Schwerpunkt auf regionalgeographischen Themen. Alle Beiträge stehen als PDF-Dokumente zum freien Download hier zur Verfügung.

Raumforschung und Raumplanung | Spatial Research and Planning (RuR)

Band 79, Heft 4/2021

Special Issue „Urbane Reallabore“

Editorial

RÄUCHLE, CHARLOTTE / STELZER FRANZISKA / ZIMMER-HEGMANN, RALF
Urbane Reallabore im Kontext von transdisziplinärer Stadtforschung und Planungswissenschaft
https://rur.oekom.de/index.php/rur/article/view/139/162

Beiträge

RÄUCHLE, CHARLOTTE
Zum Verhältnis von Reallabor, Realexperiment und Stadtplanung am Beispiel kooperativer Freiraumgestaltung
https://rur.oekom.de/index.php/rur/article/view/41/164

HAHNE, ULF
Interventionen in Prozessen der Stadt und Regional-entwicklung. Anmerkungen zum Format Reallabore der Nachhaltigkeit aus planungswissenschaftlicher Sicht
https://rur.oekom.de/index.php/rur/article/view/54/166

KRISTINE KERN / HAUPT, WOLFGANG
Von Reallaboren zu urbanen Experimenten: deutsche und internationale Debatten
https://rur.oekom.de/index.php/rur/article/view/48/168

GEBHARDT, LAURA / KÖNIG, ALEXANDRA
Wie vermeiden wir den Matthäuseffekt in Reallaboren? Selektivität in partizipativen Prozessen
https://rur.oekom.de/index.php/rur/article/view/64/170

SEYDEL, HANNA / GLIEMANN, KATRIN / STARK, SANDRA / HERLO, BIANCA
Erzählen im Reallabor. Ein Beitrag zur konzeptionellen Ausgestaltung partizipativer Methoden der gemeinsamen Wissensproduktion durch Erzählräume im Reallabor
https://rur.oekom.de/index.php/rur/article/view/46/172

MEYER, KERSTIN / ESCH, DAJANA / RABADJEVA, MARIA
Reallabore in Theorie und Praxis: Reflexion des Forschungsdesigns im Hinblick auf die nachhaltige Transformation urbaner Räume
https://rur.oekom.de/index.php/rur/article/view/38/174

PALZKILL, ALEXANDRA / AUGENSTEIN, KAROLINE
Neugestaltung urbaner Freiräume – Einblicke in das Reallabor Wuppertal
https://rur.oekom.de/index.php/rur/article/view/43/176

ZIEHL, MICHAEL
Transdisziplinäre Realexperimente und künstlerische Forschungspraktiken. Koproduktion urbaner Resilienz im Reallabor Gängeviertel in Hamburg
https://rur.oekom.de/index.php/rur/article/view/69/178

SCHECKE, NORA / ABDULNABI ALI, ABEER / BÖNISCH, ANNA / SCHWEIGER, STEFAN
Die Verstetigung von urbanen Reallaboren im Spannungsfeld theoretischer Konzeption und praktischer Umsetzung – eine empirische Untersuchung
https://rur.oekom.de/index.php/rur/article/view/52/180

Politik- und Praxisperspektive

SONNBERGER, MARCO / LINDNER, DORIS
Participation in realworld laboratories in a new light?! Closing the gap between
co-creative and deliberative participation
https://rur.oekom.de/index.php/rur/article/view/27/182

KNIELING, JÖRG / KRETSCHMANN, NANCY / NELL, REBECCA / PFAU-WELLER, NATALIE
Wissensproduktion und Lernprozesse am Beispiel von Reallaboren zur Klimafolgenanpassung in Halle (Saale) und Mannheim
https://rur.oekom.de/index.php/rur/article/view/30/184

Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning

Die in sechs Ausgaben jährlich erscheinende Zeitschrift ist eine Plattform für raumwissenschaftlich relevante Themen und Debatten. Sie wendet sich an die raumbezogene Wissenschaft im In- und Ausland, aber auch an Politik, Praxis und die interessierte Öffentlichkeit. Herausgeber sind Deutschlands führende raumwissenschaftliche Einrichtungen: ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft, Leibniz-Institut für Länderkunde, ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung, Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung.

Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning erscheint als Open-Access-Publikation im Oekom-Verlag.

Herausgeber des Newsletters
Leibniz-Institut für Länderkunde e.V.
Schongauerstraße 9, 04328 Leipzig
Tel.: +49 341 600 55-0 / info(at)leibniz-ifl.de

Eingetragen im Vereinsregister des Amtsgerichts Leipzig, Nr. 1238
Vorstand: Prof. Dr. Sebastian Lentz
Umsatzsteuer-ID: Nr. DE 811 549 191

Verantwortlich für den Inhalt
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Dr. Peter Wittmann
Tel.: +49 341 600 55-174 / presse(at)leibniz-ifl.de

Datenschutz
Umfassende Informationen über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten finden Sie in unserer Datenschutzerklärung.

Das Leibniz-Institut für Länderkunde wird mitfinanziert durch Steuermittel
auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

01) „Für Europa den Friedensnobelpreis verdient“.
Ministerpräsident Söder sprach beim Tag der Heimat in Berlin

BdV Bund der Vertriebenen

Pressemitteilung

„Für Europa den Friedensnobelpreis verdient“

Ministerpräsident Söder sprach beim Tag der Heimat in Berlin

Corona-konforme Begrüßung: BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius und Ministerpräsident Dr. Markus Söder beim Tag der Heimat (Foto: BdV/ bildkraftwerk).

„Vertreibungen und Deportation ächten – Völkerverständigung fördern“ lautet das Leitwort des Tages der Heimat des Bundes der Vertriebenen im Jahr 2021.

Diesem Gedanken verpflichtet, kamen unter Einhaltung sämtlicher Corona-Regeln erneut zahlreiche deutsche Heimatvertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler – Vertreter der Erlebensgeneration und ihre Nachkommen – sowie Partner aus dem Bereich der deutschen Minderheiten, aus Politik, Diplomatie, Kultur und Gesellschaft am 28. August 2021 in der Urania Berlin zusammen.

Dr. Bernd Fabritius MdB – tags zuvor zum vierten Mal von den Delegierten der Mitgliedsverbände mit hervorragender Mehrheit zum BdV-Präsidenten gewählt – freute sich, als Festredner den Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, Dr. Markus Söder MdL, begrüßen zu dürfen. Dieser sei „nicht nur ein gern gesehener Gast“, sondern er stehe auch zu den Vertriebenen und sei „durch Bekenntnis einer von uns“.

Zunächst aber sprach der BdV-Präsident selbst – und hielt, so Markus Söder später, eine „sensationelle politische Regierungserklärung“, aus der deutlich wurde, dass Fabritius „mit Leidenschaft, mit Liebe, mit Zukunftsfähigkeit, mit ganz großem Engagement bei der Sache ist“.

2. September 2021

Herausgeber:
BdV Bundesgeschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon +49 (0)228 81007-0
Telefax +49 (0)228 81007-52

Pressekontakt:
Marc-P. Halatsch
Pressesprecher
Stresemannstraße 94
10963 Berlin
Telefon +49 (0)30 5858 443-50
Telefax +49 (0)30 5858 443-57
E-Mail presse@bdvbund.de

Die Pressemitteilungen des Bundes der Vertriebenen sind zur Information, zur redaktionellen Verwertung bzw. zur Veröffentlichung bestimmt. Beiliegende Fotos dienen ebenfalls der redaktionellen Verwertung bzw. der Veröffentlichung. Bitte beachten Sie die Urheberkennung sowie ggf. weitere Hinweise im Text. Sollten Sie weitere Fotomotive wünschen, sprechen Sie uns unter den genannten Kontaktdaten an. Weitere Auskünfte erteilt die Pressestelle.

BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius MdB spricht beim Tag der Heimat 2021 (Foto: BdV/bildkraftwerk).

„Schutzmauern der Menschlichkeit sichern"

Deutlich wies der BdV-Präsident zu Beginn seiner Rede darauf hin, dass Flucht und Vertreibung, Deportation, Zwangsarbeit und ethnische Säuberungen gegen Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg, dem rund 15 Millionen Deutsche zum Opfer fielen, „niemals ihren Unrechtscharakter verlieren" würden.

Diese Benennung des Unrechts bedeute keine Relativierung der „entmenschlichten und entmenschlichenden Kriegs- und Propagandamaschinerie der Nationalsozialisten mit ihren kaum vorstellbaren Menschheitsverbrechen" und verschmelze im Engagement des BdV mit der ausgestreckten Versöhnungshand, wie dies bereits die Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950 zeige. Wahrhafte Erinnerung und Verständigung seien vielmehr geeignet, den Frieden in Europa zu erhalten und die „Schutzmauern der Menschlichkeit" zu sichern, auf dass die Vergangenheit sich nicht wiederhole.

„Verständigungspolitik, von der großen politischen Bühne bis hinein ins familiäre Private, ist unverzichtbare Voraussetzung für andauernden Frieden", so Fabritius wörtlich. Dabei seien die Heimatvertriebenen und die Heimatverbliebenen – also die deutschen Minderheiten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa sowie in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion – „zwei Seiten ein- und derselben Medaille".

80 Jahre Stalin-Erlass zur Deportation der Russlanddeutschen

Einen Schwerpunkt der Rede des BdV-Präsidenten bildete das Gedenken an das Schicksal der Russlanddeutschen. Auf den Tag genau vor 80 Jahren, am 28. August 1941, hatte Stalin den „unseligen Erlass" verabschieden lassen, aufgrund dessen Hunderttausende deutschstämmige Bürger der Sowjetunion aus ihrer Heimat im Westen des Landes vertrieben und zur Zwangsarbeit in die Verbannung, zumeist nach Sibirien und Kasachstan, deportiert wurden. Zahllose fanden dabei den Tod.

Infolge des Überfalls Nazideutschlands auf die Sowjetunion, aber auch in Kontinuität mit der kommunistischen Minderheitenpolitik war den Russlanddeutschen ganz pauschal Kollaboration vorgeworfen worden. Erst 1964 seien sie teil-rehabilitiert worden. Dennoch blieben sie entwurzelt und Unterdrückte des Sowjetregimes. „Die Deportation", so Dr. Fabritius, „markiert einen tiefen und bis in die Gegenwart nachwirkenden Einschnitt in der russlanddeutschen Geschichte. Es ist daher nur folgerichtig, dass Deutschland bis heute ihr Kriegsfolgenschicksal anerkennt und garantiert, dass sie als Deutsche nach Deutschland kommen können".

Strukturelle Rentenungerechtigkeit beseitigen

Konsequent müssten daher auch die Anliegen der Aussiedler und Spätaussiedler verfolgt werden, unter denen die Beseitigung rentenrechtlicher Benachteiligungen eines der wichtigsten sei. Hier habe mit der Einführung der Grundrente und der Einbeziehung der Fremdrentenzeiten Berechnungen ein wichtiger Zwischenerfolg erzielt werden können.

Ein weiterer wesentlicher Schritt sei der Beschluss eines Härtefallfonds in Höhe von einer Milliarde Euro auch für Spätaussiedler, der als „ein Meilenstein der Aussiedlerpolitik dieser Wahlperiode und ein immenser Gestaltungsauftrag an die nächste Bundesregierung" sowie an die Länder verstanden werden müsse. Eine „strukturellen Beseitigung der Rentenungerechtigkeit" sei jedoch „leider noch weit entfernt", weshalb dieses Thema auf der Tagesordnung bleibe, „bis es zu aller Zufriedenheit erledigt ist", so Fabritius.

Vertriebene und Aussiedler in der Programmatik zur Bundestagswahl

Mit einem Blick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen stellte er die Frage, wie es in einer Zeit ausgeprägter Minderheiten-, Identitäts- und Meinungspolitik sein könne, dass die Vertriebenen und Spätaussiedler in der Wahlprogrammatik der meisten im Bundestag vertretenen Parteien „keine Rolle spielen". Dabei müsse „das Bekenntnis zur

deutschen Geschichte in all ihren Facetten (...) parteienübergreifend auch diejenigen ansprechen, die ein besonders schweres Kriegsfolgeschicksal" zu erleiden hatten.

Nur CDU und CSU würden feststellen, dass „Vertriebene und ihre Nachkommen, Aussiedler und Spätaussiedler mit ihrem Können, ihrem Fleiß und ihrer kulturellen Tradition ein Gewinn für unser Land" seien und wollten dementsprechend „den verständigungs- und erinnerungspolitischen Einsatz der Vertriebenen- und Aussiedlerverbände, den Kulturerhalt und die Kulturarbeit durch eine zukunftssichere Förderung stärken". Obwohl dies „richtig und gut" sei, wolle der BdV als überparteilicher Verband solche Formulierungen jedoch auch in anderen Wahlprogrammen lesen.

„Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler sind ein Teil des Querschnitts der Gesamtbevölkerung – und haben den Anspruch, entsprechend wahrgenommen zu werden", betonte der BdV-Präsident abschließend.

Ehre und Freude, beim Tag der Heimat sprechen zu dürfen

„Es ist mir eine Ehre und Freude, keine Pflicht (...), heute bei Ihnen sein zu können", startete der Bayerische Ministerpräsident, Markus Söder, in seine mit zahlreichen persönlichen Erlebnissen und Anekdoten gespickte und den Anliegen wie dem Personenkreis der Vertriebenen und Aussiedler sehr zugewandte Festrede.

Die Geschichte Deutschlands, so Söder, sei mit den „schlimmen Gräueltaten der Nationalsozialisten" nicht zu Ende. Die Verantwortung für ein „Nie wieder!" wiege schwer, und eine Abgrenzung nach Rechtsaußen sei daher „Kernbestandteil und Staatsräson unserer Gesellschaft". Es dürfe aber nicht vergessen werden, dass die Millionen deutschen Heimatvertriebenen ebenso Opfer dieser Politik geworden seien – und deshalb „im Bewusstsein unseres Landes in gleicher Weise verankert" werden müssten. Hier sei auch die Bildungspolitik und insbesondere der Geschichtsunterricht in der Pflicht.

„Für Europa den Friedensnobelpreis verdient"

Für die Vertriebenen und Spätaussiedler ergebe sich eine besondere Verantwortung Deutschlands allein schon aus der Tatsache, dass sie „Landsleute" seien, betonte der Ministerpräsident. Heimatverlust und Ankunft – der Aufbau einer neuen Heimat, in der man zunächst vehemente Ablehnung erfuhr – sei ein „in zweifacher Weise schlimmes Schicksal" gewesen.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder MdL spricht beim Tag der Heimat 2021 (Foto: BdV/bildkraftwerk).

Umso größer müsse das Verdienst der Vertriebenen bewertet werden, in dieser Situation Vergebung und nicht Rache zum Leitgedanken zu erheben, wie dies mit der Charta der deutschen Heimatvertriebenen geschehen sei.

Damit und mit dem deutlichen Bekenntnis zu einem freien, geeinten und friedlichen Europa hätten die Vertriebenen „Europa geschützt". In Anbetracht ihrer damaligen Lage, der einsetzenden Spaltung Europas in Ost und West sei dies „eine unglaubliche Leistung, und ich ärgere mich jeden Tag, dass bei jeder Friedensnobelpreisverleihung keiner bislang an die deutschen Heimatvertriebenen gedacht hat. Sie hätten für Europa diesen Preis verdient", stellte Ministerpräsident Söder unter dem Applaus der Anwesenden heraus.

Mitgebrachte Kultur als Brücke zwischen den Staaten

Neben der Aufbauleistung, der sich die Vertriebenen mit großem Einsatz gestellt und sich dafür Respekt erworben hätten, sei das mitgebrachte Brauchtum eine Bereicherung für die Aufnahmegesellschaft gewesen.

Dieser kulturelle Schatz sei daher einerseits „die Kraftquelle, Neues zu beginnen". Andererseits komme ihm eine wesentliche Funktion in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Mittel- und Osteuropa zu, da hierdurch klar werde, dass die Heimatgebiete ein gemein-

samer Kulturraum gewesen sind. „Lassen Sie uns daran arbeiten und dabei den Bund der Vertriebenen als eigentliche Botschafter dafür mit nutzen", so Söder.

Die Vertriebenen hätten den Boden bereitet für viele diplomatische Erfolge der heutigen Zeit. So sei der intensive Kontakt zwischen der tschechischen Regierung und der bayerischen Landesregierung, der sich gerade während der Corona-Zeit erneut bewährt habe, maßgeblich durch den jahrzehntelangen Einsatz der Sudetendeutschen Landsmannschaft ermöglicht worden.

Finanzielle Rahmenbedingungen verbessern

All dies geschehe „durch unendliche ehrenamtliche Arbeit. Und drum muss es unsere Aufgabe sein – und zwar gesamtpolitisch (...), und dafür stehe ich ein –, dass wir das auf Dauer auch unterstützen. Und dazu gehört eine aktive und bessere finanzielle Ausstattung für Euern Verband, aber auch für die gesamte Vertriebenenarbeit", würdigte der Bayerische Ministerpräsident das Engagement im Vertriebenenbereich und sicherte Rückhalt auch in finanziellen Fragen zu.

Ebenso müsse es Ziel einer Regierung unter CDU/CSU-Führung sein, dass das wichtige Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten erhalten und „deutlich aufgewertet wird". Dieses Amt sei überdies mit Bernd Fabritius „bestens und exzellent besetzt".

Erinnerung und Zukunft in Einklang bringen

In einem sehr persönlichen Schlusswort zeigte sich Markus Söder nochmals beeindruckt davon, wie so unterschiedliche und gleichermaßen spannende Landsmannschaften und Menschen im BdV den Konsens suchen – und finden und wie es immer wieder gelinge, auf Veranstaltungen wie dem Tag der Heimat Erinnerung und Zukunft in Einklang zu bringen.

„Ich sage Ihnen meine persönliche, aber auch die politische Verbindung eng zu", betonte er ein weiteres Mal und mahnte: „Sie werden wirklich gebraucht. Und in einem sich verändernden Europa, in einer aggressiveren Welt, glaube ich, sind Sie wichtiger denn je."

Geistliches Wort und Gedenken

Der Beauftragte der Deutschen Bischofskonferenz für die Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge, Weihbischof Dr. Reinhard Hauke, erinnerte in seinem geistlichen Wort daran, dass Vertreibung – aus

Geistliches Wort und Gedenken mit Weihbischof Dr. Reinhard Hauke beim Tag der Heimat 2021 (Foto: BdV/bildkraftwerk).

dem Paradies – schon zu Beginn des Alten Testaments eine große Rolle spiele. Exegetisch betrachtet, sei dieser Text eine „Ursachenforschung". „Die Menschen wollten ja gerne wissen, warum es nicht das Paradies auf Erden gibt und wir Menschen auch mit viel Mühe nur unser Leben in dieser Welt in Frieden und Gerechtigkeit gestalten können."

Dieses Paradies erreichen zu wollen, habe jedoch meist mit der Hybris geendet, „sein zu wollen wie Gott und selbst bestimmen zu wollen, was gut und was böse ist". Hierfür seien die Diktaturen des 20. Jahrhunderts ein gutes Beispiel. Nationalsozialistische und sozialistische Ideen hätten Bürgerinnen und Bürger dazu verführt, „Vertreibungen und Deportationen zuzustimmen, oder sie sogar selbst zu veranlassen".

Das Leben und Wirken Jesu mahne jedoch, dass „ein gewaltfreier Umgang in Wort und Tat" vom Menschen mit seinen Mitmenschen erwartet werde. Wem dies auch in finstersten Zeiten gelungen sei und wer für diese Ideale dazu noch gelitten habe, dem setze die Kirche in Selig- und Heiligsprechungen ein besonderes Denkmal, so Weihbischof Hauke. In diesem Zusammenhang erinnerte er u.a. an den österreichischen Priester Otto Neururer, an den letzten deutschen Bischof von Danzig, Carl Maria Splett, die Heilige Edith Stein oder den Franziskanerpater Maximilian Kolbe.

Im traditionellen Totengedenken des BdV zum Tag der Heimat sprach der Weihbischof den Anwesenden Trost zu.

Kranzniederlegung und Totengedenken an der Ewigen Flamme, hier u.a. mit Innensenator Andreas Geisel MdA, Staatssekretär Conrad Clemens, Dr. Bernd Fabritius MdB, Staatssekretär a.D. Rüdiger Jakesch, Raimund Haser MdL oder Dr. Edith Kiesewetter-Giese (Foto: BdV/ bildkraftwerk).

Kranzniederlegung und Totengedenken an der Ewigen Flamme

Im Anschluss an den Festakt in der Urania ließen die höchsten Staatsämter, die Bundesländer, einige Bundesparteien, die Landsmannschaften und BdV-Landesverbände, der Bund der Vertriebenen, die Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung" sowie viele weitere gesellschaftliche Gruppen zu Ehren der Toten Kränze am Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen, der „Ewigen Flamme" auf dem Berliner Theodor-Heuss-Platz, niederlegen.

Worte des Gedenkens sprachen erneut der Berliner Innensenator Andreas Geisel MdA, der Berliner Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Staatssekretär a.D. Rüdiger Jakesch, sowie BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius.

Innensenator Geisel erklärte, die Vertriebenen hätten die Folgen einer verbrecherischen Politik getragen, die von Nazideutschland ausgegangen war. Dennoch hätten auch die 15 Millionen Opfer von Vertreibungen und rund zwei Millionen Tote „großes Leid und Unrecht erfahren". Dies dürfe nicht beschönigt oder vergessen werden. Der Fleiß und die Aufbauleistung der in der neuen Heimat Angekommenen habe maßgeblich dazu beigetragen, „dass Deutschland zu einer Erfolgsgeschichte

wurde". Es gelte, aus der Geschichte die richtigen Lehren zu ziehen und nicht wegzuschauen, „wenn sich vor unserer Haustür humanitäre Tragödien abspielen". Vielmehr müsse man „sich weltweit für Menschenrechte und Verständigung einsetzen".

Der BdV-Landesvorsitzende Jakesch, gerade erst von einer Begegnungsfahrt nach Schlesien zurück, betonte, dass auch der Berliner Landesverband enge grenzüberschreitende Kontakte in die verschiedenen Heimatregionen pflege. Den damit verbundenen Erfahrungsschatz könne die Politik viel stärker nutzen. Die Kranzniederlegung finde jährlich statt, „nicht um anzuklagen oder um gegenseitige Schuld aufzurechnen. Das Streben nach Wahrheit gehört zur eigenen geschichtlichen Standortbestimmung. Sich des Vergangenen zu erinnern, erfordert von jedem von uns die Bereitschaft, aus der eigenen Geschichte zu lernen und die eigene Zukunft zu gestalten. Die Erinnerung nicht zu verdrängen, sondern sie ernst zu nehmen – dies erst schafft den Grundstock für Versöhnung".

BdV-Präsident Fabritius erinnerte am 80. Jahrestag des sogenannten Stalin-Erlasses ein weiteres Mal an das besonders schlimme Schicksal der Russlanddeutschen. Das Opfergedenken aufnehmend, beklagte er ein vielfach unbekanntes Kapitel der Verbannung – die zum Teil mehr als zehn Jahre währende „unmenschliche Zwangsarbeit in der Trudarmee". Die Toten dieser Arbeitskolonnen seien nie gezählt worden. Vertreibungen und Deportation seien stets menschenrechtswidrige Verbrechen und mahnen gleichzeitig, „Wege zur Verständigung zwischen den Völkern" offenzuhalten.

Marc-P. Halatsch

02) Einweihung des „Tranferraums Heimat“ im Rahmen des säschsischen Gedenktages für Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung

Der sächsische Landesbeauftragte für Vertriebene und Spätaussiedler Dr. Jens Baumann gemeinsam mit dem Geschäftsführer der Kulturstiftung Thomas Konhäuser

Jährlich gedenkt die Bundesrepublik Deutschland des Schicksals und Leids der deutschen Heimatvertriebenen. So auch der Freistaat Sachsen, welcher darüber hinaus als einzige neues Bundesland diesen Gedenktag auf Beschluss des Sächsischen Landtages gesetzlich fixiert hat. Sachsen erinnerte am 12. September mit diesem Tag in Hoyerswerda-Knappenrode auch an die von Flucht und Vertreibung betroffenen Spätaussiedler.

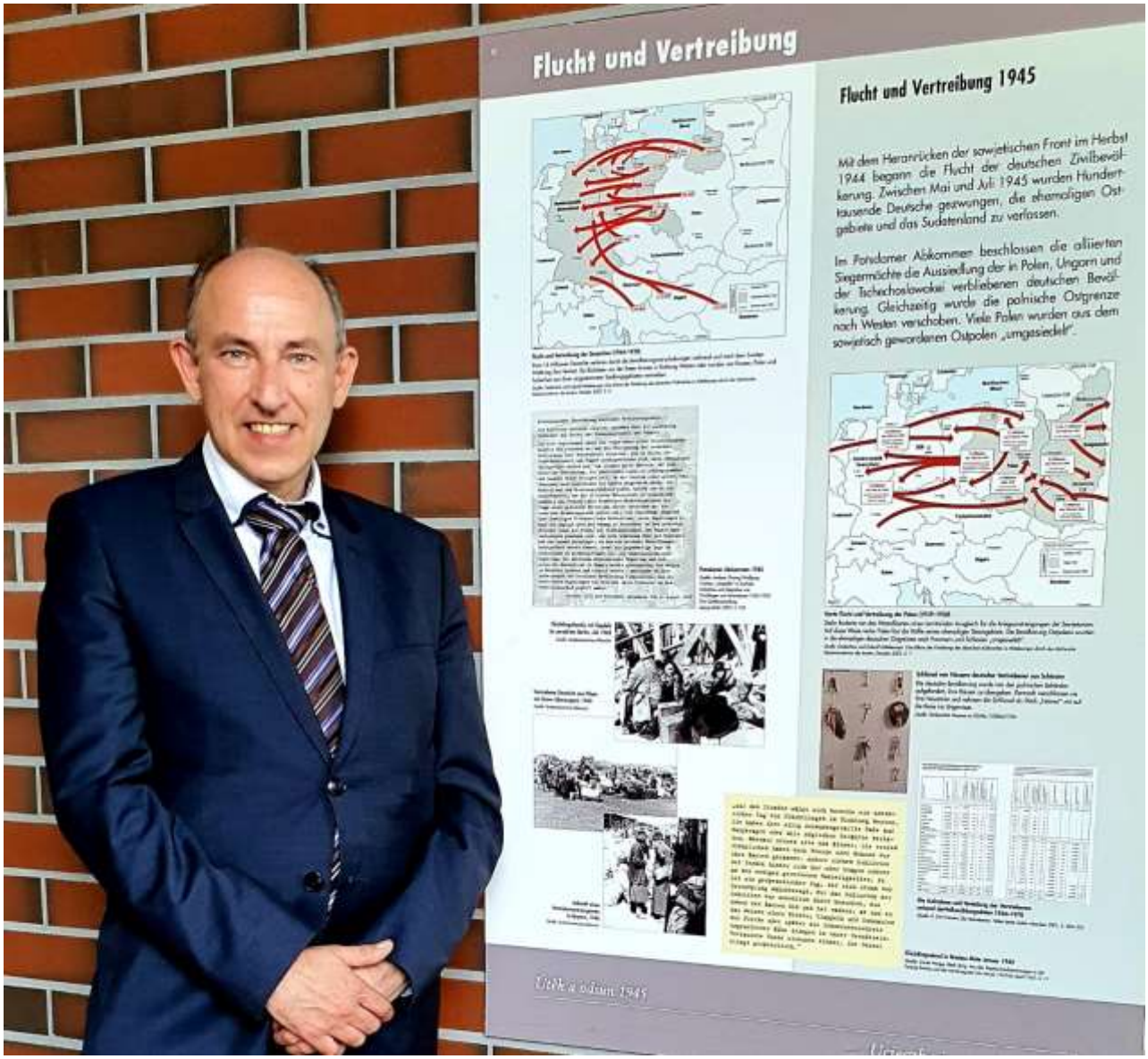
Neben dem sächsischen Innenminister Roland Wöller, dem sächsischen Landesbeauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler Dr. Jens Baumann und dem BdV-Landesvorsitzenden Frank Hirche, der 2. Beigeordneten des Landkreises Bautzen, Birgit Weber und Bürgermeister Torsten Ruban-Zeh nahm auch der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien Nieder- und Oberschlesien und Kuratoriumsvorsitzende der Kulturstiftung, Stephan Rauhut, teil. Ebenfalls vertreten waren u.a. der Geschäftsführer der Kulturstiftung Thomas Konhäuser sowie der Referent für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Matthias Lempart. Musikalisch umrahmt wurde der Gedenktag vom „Jugendchor Sonnenschein“ der Deutschen aus Russland.

BdV-Landesvorsitzenden Frank Hirche, Innenminister Roland Wöller, die Preisträgerin Helena Goldt, Landesbeauftragter Dr. Jens Baumann und Prof. Frank-Lothar Kroll

Ein Höhepunkt des Gedenktages war die Verleihung des „ZukunftErbepreises“ an den Autoren Andreas Kossert (2. Preis), der u.a. das Buch „Kalte Heimat“ verfasste und an die Sängerin mit russlanddeutschen Wurzeln Helena Goldt. Die Laudatio hielten Landesbeauftragter Dr. Jens Baumann und Prof. Frank-Lothar Kroll, Professor für Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Technischen Universität Chemnitz.

„Transferraum Heimat“

Im Rahmen des Gedenktages wurde auch die Vertriebenengedenkstätte sowie Bildungs- und Begegnungszentrum „Transferraum Heimat“ eingeweiht. Die Segnung vollzogen Diakon Bernhard Matko und Superintendent i.R. Friedhart Vogel. Mit der Gedenkstätte wurde in Sachsen ein lebendiger Ort der Erinnerung an das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen geschaffen. Die Gedenkstätte in Sachsen ist umso mehr von größter Bedeutung, da sich die in der ehemaligen DDR als sogenannte „Umsiedler“ bezeichneten deutschen Heimatvertriebenen nicht frei zur alten Heimat bekennen konnten.



Die ständige Ausstellung „Transferraum Heimat“ in den Energiehöfen Knappenrode erzählt anhand authentischer Zeugnisse und Objekte vom Leben der Deutschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten sowie ihren mittelosteuropäischen Siedlungsgebieten. Krieg und Kriegsende zogen den Verlust eines Viertels des deutschen Staatsgebietes im Osten nach sich. Für 12-14 Millionen Deutsche bedeutete dies Flucht, Vertreibung, Zwangsumsiedlung und den Verlust ihrer jahrhundertealten Heimat. Circa zwei Millionen von ihnen haben Flucht und Vertreibung nicht überlebt, Ungezählte waren traumatisiert und litten unter den Spätfolgen. Im Jahr 1946 hatte die Sowjetische Besatzungszone 4o Prozent aller Flüchtlinge und Vertriebenen aufgenommen. Vertriebene Deutsche gelangten so auch in das sorbische Siedlungsgebiet, denn die Lausitz und Sachsen waren für viele Menschen die erste Station auf dem Weg von der „ersten“ in die „zweite“ Heimat. Für nicht wenige wurde Sachsen zu einer dauerhaften „zweiten“ Heimat.

Die im „Transferraum Heimat“ präsentierten alltagsgeschichtlichen Exponate sowie Aussagen Überlebender lassen erahnen, was sich hinter heute vielleicht abstrakten und in die Ferne projizierten Worten wie Heimatverlust, Entwurzelung, Enteignung und Desillusionierung verbirgt. Sie sprechen aber auch vom Überlebenswillen der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen. Sie erinnern an das sogenannte unsichtbare Fluchtgepäck, also das mitgebrachte Wissen und Können der Neuankömmlinge, das allen Regionen Deutschlands beim Wiederaufbau nach dem Krieg zugute kam. Auf diese Weise erzählt die

in Knappenrode präsentierte Dauerausstellung auch von der Bereitschaft der Vertriebenen zur Integration in die neue, unvertraute Lebenswelt.

Videoimpressionen vom Gedenktag

Fotoimpressionen vom Gedenktag

BdV- Landesvorsitzender Frank Hirche

Innenminister Roland Wöller

Erhaltenes Beiboot der Wilhelm Gustloff, die am 30.1.1945 versenkt wurde. Tausende ertranken in den eisigen Fluten der Ostsee

03) Sudetendeutscher Heimattag in Klosterneuburg 2021

Farbenprächtiger Umzug von der Babenbergerhalle zum Sudetendeutschen Platz, angeführt von den Fahnenträgern, Chargierten der VdST! Sudetia und der Marktmusik Guntramsdorf. *Foto: G. Dwornikowitsch*

Am Sonntag wurde bei fast hochsommerlichen Temperaturen der Sudetendeutsche Heimattag in

Klosterneuburg gefeiert. Zahlreiche Landsleute und Freunde folgten unserem Aufruf und genossen würdevoll den Festtag unserer Volksgruppe, der mit der **Hl. Messe** in der wunderschönen barocken Stiftskirche, zelebriert von **em. Pfarrer Franz Mantler** (Bacher-Runde/Zellerndorf), begann.

Darauf folgte der vom Wetter heuer begünstigte Umzug (siehe Bild oben), der uns zum Sudetendeutschen Platz führte.

Dort hielt **Dkfm. Hans-Günter Grech**, Obmann des Kulturverbandes der Südmährer, die eindrucksvolle Toten-Gedenkrede, untermalt von den Klängen der **Marktmusik Guntramsdorf**, der die Kranzniederlegung gemeinsam mit **BR Bgm. Josef Ofner** sowie **NR aD. Norbert Kapeller** und **LAbg. aD. DDr. Rüdiger Stix** folgte.

Der Höhepunkt war wie gewohnt das Heimattreffen mit Kundgebung in der Babenbergerhalle, wo von vielen fleißigen „Helferleins“ alles schön vorbereitet wurde, und der Saal mit unseren großen, bunten Wappentüchern – von **Bergreichenstein** bis **Kaaden**, von **Arnau** bis **Zwittau** – dekoriert war.

An dieser Stelle sei den Landsleuten und allen (knapp 100) Teilnehmern für die Disziplin bei der Einhaltung der 3 G-Regel sowie der überaus großzügig getätigten Spenden für unsere fortwährende Arbeit gegen das Vergessen gedankt!

SLÖ-Bundesobmann-Stellvertreter DDr. Rüdiger Stix übernahm in Abwesenheit von **Bundesobmann LAbg.** und **GR aD. Gerhard Zeihsel** – derzeit auf Reha, aber bestens informiert und aktiv mit Rat und Unterstützung – die Begrüßung und Moderation.

Begrüßen durften wir dabei die Freunde aus den Parlamentsparteien und Vertriebenensprecher, beginnend von **BR Bgm. Josef Ofner** als Vertriebenensprecher d. FPÖ, **Prof. Dr. Josef Höchtl, NR aD.** als Präsident der österr. Gesellschaft für Völkerverständigung und frisch ernannter Ehrensenator der deutschsprachigen Universität in Budapest und natürlich langjähriger Vertriebenensprecher der ÖVP, diesmal in Vertretung von **Dr. Gudrun Kugler**, Vertriebenenspr. ÖVP (und mit einem herausragenden Beitrag mit ihrer Reise in ihre alte Heimat, beginnend vor einem Jahr am Heimattag in Klosterneuburg mit DDr. Fritz Bertlwieser (wir berichteten im SdP109 im Detail über die Expedition in das Grenzland und über die menschlichen Schicksale nach Ende des Krieges), und **GR** und **LAbg. aD. Volkmar Harwanegg**, der auch als Vorsitzender der **Seliger-Gemeinde** in der aktuellen Vertriebenenarbeit sehr verdienstvoll aktiv ist, diesmal i.V. von **Dr. Harald Troch**, Vertriebenenspr. Der SPÖ.

Zu den Ehrengästen zählten natürlich auch **VLÖ-Präsident Ing. Norbert Kapeller, Mag. Daniel Štech**, Botschaftssekretär der Tschechischen Botschaft in Wien, Obmann-Vize **Stefan Saghy** von unseren karpatendeutschen „Nachbarn“ und Freunden, **Botschafter a. D. Hans-Martin Windisch-Graetz** sowie die Vertreter unseres „Patenonkels“, Bgm. Schmuckenschlager in Person der Stadträte **DDr. Mag. Holger Herbrüggen** (Wasserwirtschaft) und **Verena Pöschl** (Kultur und Jugend),

Stadträtin Verena Pöschl gewann alle Herzen nicht nur damit, dass sie persönlich noch für technische Unterstützung der Präsentation von **Dr. Jiří Kacetl** eingesprungen ist.

Sie überbrachte danach nicht nur die herzlichsten Grüße von **Bürgermeister Stefan Schmuckenschlager**, sondern erzählte in ihrer sehr persönlichen Rede über die Vertreibung ihres Schwiegervaters aus **Krummau** / Český Krumlov, und wie sie selbst die dortigen Stätten, u.a. das ehem. Kaufhaus Pöschl am Hauptplatz, mit ihrer Familie und ihren 4 Kinder besucht hat, nachdem sie davor in der Babenbergerhalle obendrein mit ihrem eigenen persönlichen Laptop, den sie von zu Hause geholt hat, den Festvortrag von **Dr. Jiří Kacetl** insofern „rettete“, als dieser dadurch mit dem nötigen Bildmaterial unterlegt werden konnte.

Dieser, unser heuriger Festredner kam aus Südmähren: **Dr. Jiří Kacetl**, langjähriger Direktor des Südmährischen Museums und nunmehr Gemeinderat und Vorsitzender des Gemeinderatsausschusses für Raumplanung und Stadtgemeindeeigentum in **Znaim** / Znojmo, sprach über das grenzüberschreitende Projekt **„Haus Butschitzer – Bornemann“**. Dieses geschichtsträchtige Haus aus **1363** mitten im Zentrum, eines der ältesten Bauwerke in der Stadt mit einer (renovierungsbedürftigen) Hauskapelle von **1525**, soll zu einem Museum für die Darstellung der Geschichte des 20. Jhdts. – was einzigartig in ganz Mähren wäre! - sowie des Znaimer bürgerlichen Lebens vom Mittelalter bis ins 19. Jhdt. gestaltet werden.

Diesem kurzweiligen Vortrag lauschten auch hohe Amtsträger der SLÖ, u.a. **Prof. Dr. Helge Schwab** (BO-Stv., Landesobmann SL Steiermark), **Prof. Erich Lorenz**, Landesobmann für Wien, NÖ und Bgld. sowie die „Südmähren-Legende“ **Ing. Reiner M. Elsinger** (*1932 in Nikolsburg).

Bitte sehen Sie hier unsere Fotogalerie zum Heimattag (jeweils auf die einzelnen Ordner klicken) – mit besonders herzlichem Dank an „Pressefotografin**“ Gertrude Dwornikowitsch**.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.112, 2021

Wien, am 14. September 2021

04) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen würdigt Kulturarbeit am Wolhynier Umsiedlermuseum in Linstow

Kulturstiftung
der deutschen Vertriebenen

Pressemitteilung

Nr. 20/2021

Berlin, 07.09.2021

Bonner Geschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon: +49 228 915 12 20

Berliner Büro
Brunnenstraße 191
10119 Berlin
Telefon: +49 30 863 355 10

Mail:
presse@kulturstiftung.org

www.kulturstiftung.org

Kulturstiftung würdigt herausragende Kulturarbeit am Wolhynier Umsiedlermuseum in Linstow

Vom 3. bis 5 September 2021 fand im mecklenburgischen Linstow das 29. Museumsfest des Heimatvereins Linstow statt, an dem neben **Torsten Renz**, Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, **Margarete Ziegler-Raschdorf**, hessische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, **Dr. Martin Sprungala**, Sprecher der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, und seinem Stellvertreter **Dr. Lothar Jakobi**, auch der Geschäftsführer der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen **Thomas Konhäuser** gemeinsam mit **Matthias Lempart**, Referent für grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Kulturstiftung, teilnahmen. Kern des Festprogramms war wie jedes Jahr die Erinnerung an die wechselvolle Geschichte der Wolhyniendeutschen, die bis zum Zweiten Weltkrieg in der heutigen Nordwestukraine lebten, und 1945 aus dem sog. „Warthegau", in dem sie nach 1939 vom NS-Regime angesiedelt worden waren, flüchteten und sich unter anderem in Linstow ansiedelten.

Am Freitagabend startete das umfangreiche Kulturprogramm mit Online-Vorträgen von **Prof. Dr. Jan Musekamp** von der amerikanischen Universität Pittsburgh und vom stellvertretenden Leiter des Goethe-Instituts in Porto Alegre in Brasilien, **Adrian Kissmann**, zur Geschichte der Wolhyniendeutschen.

Geschäftsführer Thomas Konhäuser stellte die Arbeit der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen vor und verwies dabei einleitend auf die Bedeutung und das Schicksal der Wolhyniendeutschen, die sich aufgrund der chaotischen Bedingungen ihrer Flucht an vielen Orten in Deutschland niedergelassen hätten. Einmalig sei jedoch die Situation im mecklenburgischen Linstow

Kulturstiftung
der deutschen Vertriebenen

gewesen, wo sich mit 37 vielköpfigen Familien im Verhältnis zur übrigen Bevölkerung eine große Gruppe der Wolhyniendeutschen geschlossen angesiedelt habe, die neben kulturellen Besonderheiten auch durch ihre besondere Form des Häuserbaus sichtbare materielle Zeugnisse hinterlassen habe.

Das Wolhynier Umsiedlermuseum Linstow sei das einzige in der Bundesrepublik Deutschland existierende Museum zur Geschichte dieser historisch unterschätzten und zwischenzeitlich fast vergessenen deutschen Minderheit, das gleichsam als Museum, Lernort und Gedenkstätte fungiert. Zudem habe es sich als wichtiger Anlaufpunkt für Menschen mit und ohne wolhyniendeutsche Wurzeln etabliert, die sich aus familienbiografischen Gründen mit Flucht und Vertreibung beschäftigen, so Konhäuser.

Am Sonnabend begann ein umfangreiches Kulturprogramm. In seinem Grußwort hob Innenminister Renz, der selbst wolhyniendeutsche Wurzeln hat, die Bedeutung des Museums hervor und sagte seine weitere Unterstützung für diese bedeutende Einrichtung zu. Die Themen Flucht und Vertreibung seien gerade jetzt aktueller denn je und das Ehrenamt in solchen Gedenkstätten und die gelebte Tradition seien enorm wichtig. Für die langjährige Freundschaft zum Heimatverein Linstow ernannte der Vorsitzende des Heimatvereins **Johannes Herbst** den Innenminister zum Ehrenmitglied.

Auch die hessische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, und der Sprecher der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Dr. Martin Sprungala, würdigten die herausragende Bedeutung des Museums und dankten, wie zuvor Innenminister Renz, dem Heimatverein Linstow unter dessen Vorsitzenden Johannes Herbst für das enorme ehrenamtliche Engagement. Gemeinsam mit Geschäftsführer Konhäuser, der im Anschluss ein Grußwort hielt, war man sich einig, dass das Wolhynier Umsiedlermuseum in Linstow einzigartig und von größter gesellschaftlicher Relevanz ist und Wege gefunden werden müssen, um die Arbeit des Museums finanziell für die Zukunft auf eine solide Grundlage zu stellen.

Für das kommende Jahr plant die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen im Museum in Zusammenarbeit insbesondere auch mit dem verdienstvollen Museumsleiter **Michael Thoss** eine internationale Fachtagung zur spannungsreichen Geschichte der Wolhyniendeutschen, die im Zweiten Weltkrieg als Spielball der nationalsozialistischen rassistischen Großraumpolitik mit der Umsiedlung in den „Warthegau"

Kulturstiftung
der deutschen Vertriebenen

missbraucht wurden und in den letzten Kriegsmonaten unter dramatischen und chaotischen Umständen flüchten mussten.

- Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Zur Internetseite des Wolhynier Umsiedlermuseum Linstow gelangen Sie hier: http://umsiedlermuseum-wolhynien.de/

Videoimpressionen, u.a. mit Innenminister Renz, landesbeauftragter Ziegler-Raschdorf und Geschäftsführer Konhäuser finden Sie auf dem Youtube-Kanal der Kulturstiftung unter www.bit.ly/kulturstiftungvideo (direkter Link zum Video https://www.youtube.com/watch?v=M3Xn6oChJcs)

Der Sprecher der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Dr. Martin Sprungala, der Geschäftsführer der Kulturstiftung, Thomas Konhäuser, der Vorsitzende des Heimatvereins, Johannes Herbst, die hessische Landesbeauftragte für Heimat-Vertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Torsten Renz und der stv. Sprecher der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Dr. Lothar Jakob. – *Foto Kulturstiftung*

05) Landesbeauftragte Editha Westmann ehrt junge Spätaussiedler

Niedersächsisches Ministerium
für Wissenschaft und Kultur

PRESSEMITTEILUNG

Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene,
Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL

Preisverleihung im Stadtteilzentrum Ricklingen

LANDESBEAUFTRAGTE EDITHA WESTMANN EHRT JUNGE SPÄTAUSSIEDLER

Fünf junge Frauen und Männer aus Spätaussiedlerfamilien sind am 9. September 2021 in Hannover mit dem Preis „Angekommen!" ausgezeichnet worden. Der Preis ist eine Initiative der Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL. Er wurde zum zweiten Mal vergeben. Die Landesbeauftragte möchte mit dem Preis auf die von den Deutschen aus Russland in Niedersachsen erbrachte Integrationsleistung aufmerksam machen.

Das ehrenamtliche Wirken der ausgewählten jungen Menschen wurde in Kurzfilmen vorgestellt und von Laudatoren gewürdigt. Die diesjährigen Preisträger sind im Einsatz für die Freiwillige Feuerwehr Hemmingen-Westerfeld, die Theatergruppe der Ortsgruppe Lüneburg in der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, im Verein für Spätaussiedler und deutsche Rückwanderer in Hameln, im Tolstoi Hilfs- und Kulturwerk Hannover und im Verein für Musik und Kunst, ebenfalls in Hannover. Mit der Auszeichnung verbunden ist ein Preisgeld von jeweils 1.000 Euro, das der Jugendarbeit in den betreffenden Vereinen zugutekommt.
Die Schirmherrschaft der Veranstaltung hatte der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kultur, Björn Thümler, übernommen. In seinem Grußwort erinnerte der Minister an den kürzlich begangenen 80. Jahrestag der Deportation der Deutschen in Russland und an die geschichtliche Bedeutung des Lagers Friedland bei Göttingen. Der Minister hob hervor, dass von der Arbeit der Landesbeauftragten Editha Westmann in den letzten Jahren Impulse ausgegangen seien, die eine Wertschätzungskultur für die Geschichte der Deutschen aus Russland nachhaltig beförderten.

Die Integration der Spätaussiedler in Niedersachsen ist eine Erfolgsgeschichte. In den letzten 30 Jahren haben hier rund 350.000 Deutsche mit ihren Angehörigen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion ein Zuhause gefunden. Sie haben den großen Umbruch als Chance gesehen und sich trotz mancher Hürden gut in die neuen Verhältnisse gefügt. „Ihre Kinder und Enkel wachsen in vielen Bereichen zu Leistungsträgern in unserer Gesellschaft heran. Das verdient Beachtung und Würdigung", so die Landesbeauftragte Editha Westmann.

Ein Mitschnitt der Veranstaltung findet sich unter diesem Link: https://youtu.be/pduyf3py9Zk

Hannover, den 10. September 2021

06) Kennt BM Gewessler Preßburg nicht?

In der sonntägigen ORF-Sendung „Erlebnis Österreich“ (ca. 16:50 min.) zum 25jährigen Bestehen des **Nationalparks Donau-Auen** kam auch Bundesministerin f. Klima, Umwelt und Co., Leonore Gewessler zu Wort. Sie nannte die slowakische Hauptstadt aber keineswegs beim deutschen Namen **Preßburg**, sondern Bratislava, weshalb die nachdenkliche Frage erlaubt sei, ob damit ausgerechnet eine Ministerin eines der großen Ressorts ihrerseits das Andenken an die bedeutendste Frau in der österreichischen Geschichte untergräbt, denn **Maria Theresia** wurde nicht in Bratislava gekrönt, sondern in Preßburg, bzw. als Königin von Ungarn natürlich (auch) in Poszony…

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.112, 2021

Wien, am 14. September 2021

07) Bundespräsident Steinmeiers dreitägiger Tschechien-Besuch

Der deutsche Bundespräsident **Frank-Walter Steinmeier** traf gestern zu einem dreitägigen Besuch in Tschechien ein. Dazu reiste er von Berlin kommend mit dem Zug in Prag an. Noch am Abend kam er mit seinem tschechischen Amtskollegen **Miloš Zeman** auf dessen Sommersitz **Schloss Lahn** / Lány zu einem Abendessen zusammen. Der Großteil seiner offiziellen Gespräche ist für heute geplant, wie tschechische Zeitungen sehr ausführlich berichten.

Am Vormittag wurde der Bundespräsident zunächst mit militärischen Ehren von Miloš Zeman auf der **Prager Burg** empfangen. Zuvor besuchte er die **Gedenkstätte** in der **Kyrill- und Method-Kirche** in Prag, die zu Ehren der tschechoslowakischen Widerstandskämpfer, die im Jahre 1942 das Attentat auf den stellvertretenden Reichsprotektor **Reinhard Heydrich** verübt haben, errichtet wurde. Steinmeier sei das erste deutsche Staatsoberhaupt, das die Gedenkstätte aufsuche, informierte der Chefdiplomat der Präsidialkanzlei, **Rudolf Jindrák.**

Steinmeiers Anreise mit dem Zug sollte symbolisch dokumentieren, dass der deutsche Bundespräsident im Kampf gegen die Erderwärmung ein umweltfreundliches Verkehrsmittel wählt. Gleichzeitig wird die Bedeutung der künftigen Bahnverbindung zwischen Berlin und Prag betont. Zwischen der tschechischen Hauptstadt und der sächsischen Metropole Dresden ist der Bau einer **Strecke für den Hochgeschwindigkeitsverkehr** (HGV) mit einem langem Tunnel unter dem Erzgebirge geplant.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.107, 2021

Wien, am 26. August 2021

08) Wanderausstellung „Romantik in Preußen“ in der Martin-Opitz-Bibliothek Herne eröffnet

Kulturstiftung
der deutschen Vertriebenen

Pressemitteilung

Nr. 18/2021

Bonn, 25.08.2021

Bonner Geschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon: +49 228 915 12 20

Berliner Büro
Brunnenstraße 191
10119 Berlin
Telefon: +49 30 863 355 10

Mail:
presse@kulturstiftung.org

www.kulturstiftung.org

Wanderausstellung „Romantik in Preußen“ in der Martin-Opitz-Bibliothek Herne eröffnet

Gemeinsam mit Dr. Ernst Gierlich, Mitglied des Vorstandes der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, eröffnete Dr. Hans-Jakob Tebarth, Direktor der Martin-Opitz-Bibliothek, am 19. August 2021 die Wanderausstellung „Romantik in Preußen – Zwischen Königsberg, Marienburg, Berlin und Köln“. Die Ausstellung wird bis Dienstag, den 21. September 2021 im Foyer des Gebäudes gezeigt.

Preußen wird heute eher mit den typischen Tugenden eines an Strenge und Disziplin orientierten aufgeklärten Staatswesens verbunden, nicht unbedingt mit dem Begriff „Romantik“. Doch spielte die Romantik eine bedeutende Rolle für Preußen und Preußen ebenso eine wichtige Rolle für die romantische Theoriebildung. Joseph von Eichendorff sowie E.T.A. Hoffmann waren romantische Dichter und preußische Beamte zugleich.

Die Ausstellung wirft einen Blick auf ausgewählte Aspekte der Romantik in Preußen und die Einflüsse dieser kulturellen Strömung auf die gemeinsame preußische Identität. Gezeigt werden die wichtigsten Persönlichkeiten, Orte und Kunstwerke der Romantik auf 33 Schautafeln.

In seiner Eröffnungsrede stellte Dr. Ernst Gierlich dar, wie die Romantik für das Staatswesen Preußens wichtig wurde. Im 19. Jahrhundert ging es für Preußen darum, den neu hinzugewonnenen Landesteilen eine gemeinsame kulturelle Basis zu verleihen. Gerade die Romantik habe dabei geholfen, die 1000 Kilometer zwischen Königsberg und Aachen zu überbrücken.

Im anschließenden Eröffnungsvortrag sprach Dr. Christofer Herrmann, Privatdozent an der TU Berlin, über die Wiederentdeckung der Marienburg durch die preußische Gesellschaft und ihre Einordnung als erstes durch königlichen Erlass geschütztes Gebäude in Preußen.

Die Ausstellung eröffneten (v. l.) Dr. Hans-Jakob Tebarth, Direktor der Martin-Opitz-Bibliohthek, Dr. Ernst Gierlich, Vorstandsmitglied der Kulturstiftung, Birgit Aldenhoff, wiss. Referentin der Kulturstiftung, und Dr. Christofer Herrmann, TU Berlin.

Der Hochmeisterpalast der Marienburg diente 1331–1457 als Residenz für das Oberhaupt des Deutschen Ordens. Nach einem großartigen Erweiterungsbau 1380–1396 zählte der Palast zu den herausragenden, modernsten und stilistisch eigenwilligsten Bauten seiner Art in Europa. Christofer Hermann folgte in seinem Vortrag der Geschichte des Bauwerks vom vergessenen Relikt zum restaurierungswürdigen Identifikationsobjekt. Auch in der Ausstellung selbst wird diese neue Bedeutung der Marienburg anhand zeitgenössischer Kunstwerke verdeutlicht.

- Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Weitere Informationen zur Ausstellung:

https://kulturstiftung.org/beitraege/ausstellungen/ausstellung-zur-romantik-in-preussen

A. db) Berichte von Fachtagungen

Keine Berichte

01) 75 Jahre Niedersachsen.
Gemeinschaftsprojekt zu Flucht und Vertreibung

PRESSEMITTEILUNG

Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene,
Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
Landesverband Niedersachsen

BdV – Bund der Vertriebenen
Landesverband Niedersachsen e.V.

75 Jahre Niedersachsen

GEMEINSCHAFTSPROJEKT ZU FLUCHT UND VERTREIBUNG

Rund die Hälfte der heute in Niedersachsen lebenden Menschen hat einen familiären Bezug zu Flucht, Deportation und Vertreibung. Dem wollen die Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL, und die niedersächsischen Landesverbände des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge und des Bundes der Vertriebenen Rechnung tragen. Zum 75-jährigen Jubiläum des Landes Niedersachsen haben sie das Projekt „Geflohen, vertrieben – angekommen!?" aufgelegt. Ziel des Projekts ist es, die Wege der seit 1945 infolge von Gewaltmigration nach Niedersachsen gekommenen Menschen nachzuzeichnen und deren Geschichten zugänglich und verständlich zu machen.

Das Vorhaben umfasst fünf Webseminare und eine Abschlussveranstaltung im Forum des Niedersächsischen Landtags. Die Webseminare behandeln die Schicksale der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler, der vietnamesischen Boatpeople und der jugoslawischen und syrischen Kriegsflüchtlinge sowie die Spätfolgen der NS-Zwangsarbeit und die Gründe für das besondere deutsche Asylrecht. Die Anmeldung erfolgt über teilnehmende Volkshochschulen in Niedersachsen. Nach bestätigter Anmeldung werden die Zugangsdaten übermittelt.

Der Auftakt findet am 15. September 2021 um 19.30 Uhr statt. Thema werden die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg sein. Die digitale Veranstaltung bietet O-Töne von Zeitzeugen aus Ostpreußen und Schlesien, ein Studiogespräch zwischen dem Historiker Dr. Wolfgang Schroeter und der Landesbeauftragten Editha Westmann sowie die Möglichkeit für Teilnehmer, sich mit eigenen Beiträgen einzubringen.

Die weiteren Webseminare folgen am 22. September, 29. September, 27. Oktober und 3. November. Auf der Landingpage www.geflohen-vertrieben-angekommen.de werden seminarbegleitende Zusatzmaterialien angeboten.

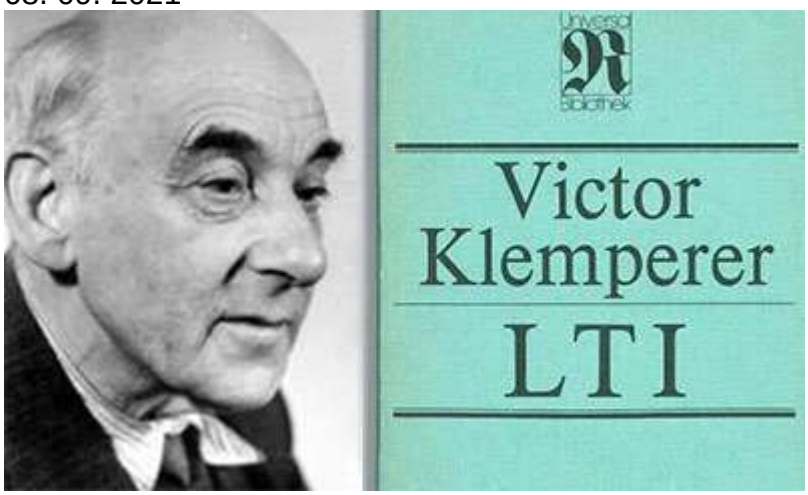
Das Projekt „Geflohen, vertrieben – angekommen!?" findet am 12. November mit einer Präsenz-veranstaltung im Niedersächsischen Landtag seinen feierlichen Abschluss. An dieser Veranstaltung wird auch der Vorsitzende des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der Niedersächsische Kultusminister Grant Hedrik Tonne, teilnehmen.
Weitere Informationen erhalten Sie auf der oben genannten Webseite und bei allen drei Projektpartnern.

Hannover, den 10. September 2021

02) Victor Klemperers „LTI, die Sprache des Dritten Reiches“ – wieder aktuell?

Von Francis Richard

08. 09. 2021



1935, zwei Jahre nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten, wurde Victor Klemperer (1881–1960), Professor für romanische Philologie an der Technischen Universität Dresden, wegen seiner jüdischen Abstammung entlassen.

Er setzte seine wissenschaftliche Tätigkeit über sein Tagebuch fort, dessen Seiten seine Frau versteckte, während er sie schrieb. Auf dieser Grundlage schrieb er ein Buch über das, was er LTI nannte: Lingua tertii imperii.

Dieses Tagebuch hatte also zwei Vorzüge. Sie ermöglichte es ihm, dem nationalsozialistischen Totalitarismus psychologisch zu widerstehen, indem sie ihm einen Grund zum Leben gab und die Sprache studierte, mit der dieser Totalitarismus die Menschen einer Gehirnwäsche unterzieht.

Obwohl er mit einer arischen Frau verheiratet war, musste er ab dem 19. September 1941 den gelben Stern tragen. Er hätte am 13. Februar 1945 mit den letzten Juden in Dresden deportiert werden sollen, doch die alliierte Bombardierung der Stadt rettete ihn.

Im Vorwort zu dieser Ausgabe weist Sonia Combe darauf hin, dass er nach dem Zweiten Weltkrieg in der DDR lebte und nur insofern Kommunist wurde, als dies seine jüdische Herkunft verdrängte.

Ebenso weist sie darauf hin, dass Klemperer sich seiner „Qualität als Deutscher, als Europäer, als Mensch“ so sicher war, dass er sie zurückhaben wollte. Sein Jüdischsein war seine Privatsache.

WORTE WIE WINZIGE DOSEN ARSEN

Die heutige Lektüre ist daher nicht nur von historischem Interesse, sondern zeigt auch, inwieweit die heutige Propaganda mit ihren totalitären Tendenzen diesem Modell, das sich leider bewährt hat, mit Worten entsprechen kann:

Worte können wie winzige Dosen Arsen sein: Man schluckt sie, ohne sie zu bemerken, sie scheinen keine Wirkung zu haben, und dann, nach einer Weile, wird die giftige Wirkung spürbar

Damit sie diese toxische Wirkung haben, müssen sie an die Sinne und nicht an den Verstand gerichtet sein. An diesem Punkt poetisiert die Sprache und denkt für den Hörer oder Leser, indem sie ihn auffordert, zu glauben und nicht zu denken.

Die Sprache muss arm sein, damit sie von allen verstanden wird, sie muss Fach- oder Fremdwörter enthalten, um zu beeindrucken. Sie muss Neologismen und Abkürzungen in den Wortschatz aufnehmen oder die Bedeutung von Wörtern ändern:

Ein bestimmtes Wort, eine Konnotation oder ein sprachlicher Wert wird in einer Sprache erst dann lebendig, wenn es in den Sprachgebrauch einer Gruppe oder Gemeinschaft eintritt und dort seine Identität behauptet.

Um die Menschen zu konditionieren, ermöglichen es Euphemismen und Superlative, das, was der Staat ihnen einprägen will, zu minimieren oder, im Gegenteil, zu maximieren. Dies wird erreicht, wenn sie sie mit Hilfe der Medien aufgreifen:

Der Slogan schlägt mit der bloßen Hand auf die Vernunft desjenigen ein, den er anspricht und unterwerfen will.

DIE NEUSPRECH-WÖRTER, DIE WÄHREND COVID-19 IN FRANKREICH VOM STAAT LANCIERT WURDEN

Um dies zu veranschaulichen, hier eine Liste von Wörtern, die während Covid-19 vom Staat lanciert wurden und die sich die Menschen zu eigen machten, ohne sich bewusst zu sein, dass sie die von der Sprache des „Gewinners“ stärker kontaminiert wurden als von Covid-19 selber:

- Antivax (alle, die sich gegen eine obligatorische Impfung aussprechen, ob geimpft oder ungeimpft)
- Attestation / Bescheinigung (Gesundheitspass)
- Cas / Fall (anstelle von krank: es kann Kontakt oder positiv sein)
- Complotiste / Verschwörer (wenn man nicht richtig denkt)
- Couvre-feu / Ausgangssperre (auch in Friedenszeiten)
- Distanciation / Abstand (sozial oder physisch, variiert zwischen 1 und 2 Metern)
- Distanciel / Distanz-(unterricht) (Erweiterung der Definition auf den Bildungsbereich)
- Épidémie / Epidemie (Singular, wenn es ebenso viele Varianten gibt)
- Fanatique / Fanatiker (siehe Konspiration)
- Gestes barrières / Barrieregesten (um Geselligkeit zu vermeiden)
- Irresponsable / Unverantwortlich (wenn Sie nicht gehorchen)
- Pass sanitaire / Gesundheitspass (im Prinzip soll er einen „frei“ machen)
- Présentiel: siehe distanciel
- Quoi qu’il en coûte / Koste es, was es wolle (ein Slogan, der zum Träumen anregt, denn niemand wird zahlen, heißt es)
- QR-Code (um diejenigen zu stigmatisieren, die keinen haben: Quick Response Code)
- Taux / Raten (Inzidenz, Screening, Positivität)
- Télétravail / Telearbeit (um Treffen mit Arbeitskollegen zu vermeiden)

- Test (RT-PCR1, Reverse Transkriptase-Polymerase-Kettenreaktion, oder Antigentest: Speichel oder Nasopharynx: kann negativ oder positiv, falsch negativ oder falsch positiv sein…)
- Traitements / Behandlungen (es gibt keine, obwohl zahlreiche Studien das Gegenteil beweisen…)
- Vaccin / Impfstoff (anstelle von Gentherapie)
- Vaccinodrome / Vaccinodrom (für Massenimpfungen wie bei Rindern)

Quelle: lesobservateurs.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

A. eb) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen S. 231

Die Beiträge zur Umbenennung von Straßen usw. werden zurzeit für unsere Leitseiten vorbereitet

01) 76. Gedenkfeier zum Untergang der Wilhelm Gustloff am 28. August 2021 in Gdingen

Bund der Deutschen Bevölkerung in Gdingen
Związek Ludności Niemieckiej w Gdyni

Wejherowo - Reda - Rumia - Sopot - Gdynia

Gdingen, den 30.08.2021
Az.: 19/21

Bericht über den 76. Jahrestag des Untergangs der „Wilhelm Gustloff", „Steuben" und „Goya"

Aus Anlass des 76. Jahrestages der Versenkung der Flüchtlingsschiffe „Wilhelm Gustloff", „Steuben" und „Goya" fand in Gdingen am 28 August 2021 eine Gedenkfeier für die Opfer dieser Seekatastrophe in würdiger Form statt.

In unseren Erinnerungen bleiben über 20 tausend Menschen die ihren Tod Anfang 1945 in der Ostsee fanden, unter ihnen etwa ein Drittel Kinder. Wir beten für die verstorbenen von den Schiffen: „Wilhelm Gustloff", „Steuben", „Goya" und für alle Opfer des Zweiten Weltkrieges. Auf den „Wilhelm Gustloff" kamen über 9000 Menschen, unter ihnen über 5000 Kinder ums Leben. Das war die größte Schiffskatastrophe in der Weltgeschichte.

Die Feierlichkeiten wurden, wie in 24 Jahren zuvor, vom Bund der Deutschen Bevölkerung in Gdingen unter der Leitung des Vorsitzenden Benedikt Reschke organisiert.

In der Gedenkfeier nahmen Teil:

- **Pfarrer Andre Schmeier – katholischer Seelsorger für die Deutschen im Ermland**
- **Pastor Wojciech Fröhlich - Stolp**
- **Frau Iris Wolff – Konsulin der BRD in Danzig**
- **Frau Maria Neumann – Geschäftsführer VdG Oppeln**
- **Frau Monika Wittek – Spezialistin für Kultur VdG Oppeln**
- **Herr Heirich Hoch - Vorsitzende der Deutschen Verein in Allenstein, Mitglied des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen**
- **Herr Heinrich Janusch – Vorsitzender der Danziger Deutschen Minderheit**
- **Herr Pasko Porys – Polnischer Marinemalerverein**
- **Stefan Krella – Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft „Dar Pomorza"**
- **Andrzej Soysal – Schiffskapitän – Autor des Buches „Wilhelm Gustloff - Die Vernichtung kam aus Tiefe"**
- **Mitglieder der Deutsch-Polnischen Gesellschaften in Gdingen und Danzig**
- **Mitglieder der deutschen Minderheiten aus Danzig, Gdingen, Dirschau, Konitz, Graudenz, Bromberg, Neumark, Stuhm, Marienburg, Elbing**
- **Mitglieder der Jugendgruppe der Deutschen Minderheit in der Republik Polen**
- **zahlreiche Einwohner aus Gdingen, Danzig, Zoppot und Umgebung.**

- Chor "Dzwon Kaszubski" / „Kaschubische Glocke"/

Vorsitzender / Przewodniczący; 84-230 Rumia, ul. Porazińskiej 5 Tel. 0048/58 -710-95-86
E-mail : benedykt.reszka@wp.pl Tel. kom. : 668-067-991; 694-900-758
Sekretariat; 81-153 Gdynia, ul. Adm. Unruga 85 Tel./Fax. 58/665-13-83; 667-230-699
Post / Poczta E-mail: gdingenbund @ wp.pl **Regon 191133299 NIP 586-15-50-093**

Die Hauptfeierlichkeiten fanden, wie immer, in der Heiligen Petrus – Seemannskirche in Gdingen, um 15.30 Uhr, statt. Zwanzig Minuten vor und während der Heiligen Messe sang der Chor *„Kaschubische Glocke"* aus Gdingen. Den Trauergottesdienst hielt Pfarrer Andre Schmeier, Seelsorger der Deutschen in Ostpreußen und Pastor Wojciech Fröhlich von der evangelischen Gemeinde in Stolp /Słupsk, letzterer hielt auch die Predigt in deutscher und polnischer Sprache.
Die Liturgie wurde in deutscher Sprache gehalten.

Vor der Heiligen Messe wurde der Brief von Prof. Monika Grütters, Staatsministerin in der deutschen Bundesregierung, an den Bund der Deutschen Bevölkerung in Gdingen vorgelesen.

„ … vielen Dank über das langjährige Engagement des Bundes der Deutschen Bevölkerung in Gdingen für die Erinnerung an die Opfer des „Unternehmens Hannibal" berichten.

… Die Schrecken von Flucht und Vertreibung dürfen dabei nicht in Vergessenheit geraten. Das damit verbundene Leid und der Verlust der Heimat lasten noch heute schwer auf den Schultern der Erlebnisgeneration und ihre Nachkommen. Etwa zwei Millionen Menschen haben dabei ihr Leben verloren. Zu ihnen gehören auch ca. 20 000 Menschen, die im Jahr 1945 auf der „Wilhelm Gustloff", der „Steuben" und der „Goya" im Rahmen des „Unternehmens Hannibal" in der Ostsee zu Tode kamen.

Ich begrüße es ganz besonders, dass Sie das Gedenken an der Flucht aus Ost-und Westpreußen über die Ostsee, an die Evakuierung der deutschen Zivilbevölkerung so viele Jahre hinweg begangenen haben.

Der Bund der Deutschen Bevölkerung in Gdingen sendet mit dieser Art seines Gedenkens ein deutliches Signal der Verständigung um Versöhnung aus. Dafür möchte ich Ihnen meinen Dank aussprechen"

Pastor Fröhlich beschrieb in seiner Predigt die Tragödie der Flüchtlinge aus den ostdeutschen Gebieten in den Jahren 1944/45

Heute begehen Sie hier feierlich den 25. Jahrestag der Gründung der Bund der Deutschen Bevölkerung in Gdingen, sowie einen weiteren Jahrestag der Versenkung der Passagierschiffe in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges.

Wir treffen uns heute in der Gesellschaft von Freunden, aber auch in einem historischen Kontext: Es gibt immer noch ein Flüchtlingsproblem in der Welt. Die Menschen fliehen vor Krieg, Hunger und Verfolgung und suchen nach einer sicheren Obhut, einer Ersatzheimat, in der sie ein friedliches Leben führen können.

Sie stoßen jedoch auf Hindernisse, die auf dem Fundament menschlicher Vorurteile, Hass, Fremdenfeindlichkeit und Gleichgültigkeit aufbauen. Als engagierte Christen, gleich welcher

Konfession, müssen wir den Worten Christi folgen: „Sollt ihr mir tun, was ihr für einen meiner Brüder getan habt, sagt Jesus*".*

Dies sind Worte, die wir als engagierte Christen, unabhängig von der Konfession, in unserem Herzen tragen müssen. Das ist mein Wunsch für uns alle".

Während der heiligen Messe wurde gebetet:
„ Für den Bund der deutschen Bevölkerung in Gdingen, der in diesem Jahr sein 25-jähriges Bestehen feiern darf, dass seine Mitglieder sich weiterhin für ein friedliches und versöhntes Zusammenleben von Polen und Deutschen einsetzen und dabei auch stets das Gedenken der eigenen Geschichte mit ihren Höhen und Tiefen wach halten und pflegen."

- Für alle Menschen, die in dieser Zeit schwer erkrankt sind, besonders am Corona-Virus, für alle, die in Angst leben und füreinander Sorge tragen, für alle, die sich in Medizin und Pflege um andere Menschen kümmern, für die Forschenden, die nach Schutz und Heilmittel.

Eindrucksvoll und professionell war der Auftritt des Chores unter der Leitung von Dirigent Piotr Klemenski. Ergreifend war das Spiel des Trompeters. Es wurde gesungen, u.a die Gesangstücke:

„J.S. Bach – Choral Jesus bleibt meine Freude, „Miserere" von Lotti, J. Rheinberger – Ave-Maria, O.Gjeilo - Ubi caritas, A.Molfino - O sacrum convivum, N. Blacha – Modlitwa o pokój. /Friedensgebet/ , K.Schoonenbeek – Expectans und andere die mit die Feierlichkeit verbunden waren.

Am Ende dieser Gedenkfeier trat Frau Iris Wolff, die Konsulin der BRD in Danzig, auf. Sie sprach über die schreckliche Zeit des Krieges, über die Versöhnung.

„Dem Sieg von Freiheit und liberaler Demokratie, und der Idee der Europäischen Integration haben wir es zu verdanken, dass wir gemeinsam der Opfern der „Wilhelm Gustloff", der „Steuben" und der „Goya" gedenken können.

Heute können wir alle ein Leben in Frieden und Freiheit genießen.
Aber wir müssen weiterhin die Erinnerung an die Ereignisse des Kriegs lebendig erhalten als Mahnung, dass Frieden und Freiheit keine Selbstverständlichkeit sind.
Sie sind die Grundlage der Würde und Integrität eines jedes Menschen und müssen in einer gemeinsamen Anstrengung von uns allen immer wieder neu hart erarbeitet werden.
Das ist die Aufgabe unserer Generationen."

Im Anschluss an den Gedächtnisgottesdienst wurden Kränze, Blumengebinde und Lichter an die Gedenktafel in der Kapelle niedergelegt. Alle zusammen haben in der eigenen Sprache „*Vater unser"* gebetet.

Danach fuhren die Beteiligten zur Uferpromenade wo die Blumengestecke, Kränze und Lichter an der Ufermauer niedergelegt wurden. Hunderte Besucher wurden vom Vorsitzenden des Bundes der Deutschen Bevölkerung in Gdingen begrüßt.

Eine kurze Trauerrede und Gebet hielt Pfarrer Schmeier.

Es wurde in beiden Sprachen für die Opfern des Krieges gebetet. Begleitet vom Trompetensolo der Trauerhymne wurden die Kränze und Blumengebinde auf das Wasser niedergelegt, unweit der Hafenausfahrt, wo die „Wilhelm Gustloff" Gdingen auf ihre letzten Fahrt verlassen hatte.

Die Kränze schwammen mit der Strömung des Meeres und erinnerten an die Toten.
Die Gedenkstunde endete mit dem gemeinsamen Friedensgebet für die Opfer des Krieges. Danach sangen wir, begleitet von der Trompete, „*Wahre Freundschaft."*

Alle Beteiligten waren in tiefen Gedanken versunken an diejenigen, die hier in der Ostsee ihre letzte Ruhe gefunden haben.

Anschließend kamen etwa 80 eingeladene Gäste. zu einem besinnlichen Beisammensein in der Restaurant „Windrose“ /Róża Wiatrów/ zusamen. Der langjährige Vorsitzende der deutschen Bevölkerung in Gdingen begrüßte Gäste mit herzlichen Worten.

Die Anwesenden konnten sich näher kennenlernen und Erfahrungen austauschen. Die jährliche Gedenkfeier zum Untergang der „Wilhelm Gustloff“ war mit der Feier zum 25-jährigen Bestehen des Bundes der Deutschen Bevölkerung in Gdingen verbunden.

Benedikt Reschke, Gdingen

Bilder von der Gedenkveranstaltung (Auswahl):*)

Vorn: Benedikt Reschke

) Bedauerlicherweise waren die Texte den Bildern schwer zuzuordnen, daher wurde auf die Bildunterschriften verzichtet. (Anmerkung der AWR-Redaktion)

02) <u>BdV-Präsident Fabritius MdB zeichnet langjährigen Geschäftsführer der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Dr. Ernst Gierlich, mit der Goldenen Ehrennadel des BdV aus</u>

Kulturstiftung
der deutschen Vertriebenen

Pressemitteilung

Nr. 19/2021

Bonn, 02.09.2021

Bonner Geschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon: +49 228 915 12 20

Berliner Büro
Brunnenstraße 191
10119 Berlin
Telefon: +49 30 863 355 10

Mail:
presse@kulturstiftung.org

www.kulturstiftung.org

BdV-Präsident Fabritius MdB zeichnet langjährigen Geschäftsführer der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Dr. Ernst Gierlich, mit der Goldenen Ehrennadel des BdV aus

Im Rahmen der Kuratoriumssitzung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen wurde der langjährige Geschäftsführer **Dr. Ernst Gierlich**, der jetzt dem Vorstand angehört, vom Präsidenten des Bundes der Vertriebenen (BdV), **Dr. Bernd Fabritius** MdB, mit der Goldenen Ehrennadel des BdV ausgezeichnet.

In seiner Laudatio würdigte BdV-Präsident Fabritius die herausragenden Verdienste, die sich Dr. Gierlich in den zurückliegenden Jahrzehnten um die Kulturstiftung erworben hat. Mit hohem persönlichem Einsatz habe er dafür gesorgt, dass die Kulturstiftung trotz der massiven finanziellen und personellen Einschnitte nach dem Wegfall der institutionellen Förderung im Jahr 2000 weiter bestehen und ihre wichtige Arbeit fortführen konnte. Stets habe er Möglichkeiten gefunden, Tagungsplanungen in die Tat umzusetzen und Tagungsbände zu wichtigen Themen zu veröffentlichen. Dabei halfen ihm seine Fachkenntnis, seine engen Kontakte zu den wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen in unserem Bereich, zum wissenschaftlichen Beirat und zum Kuratorium der Kulturstiftung, zum BdV sowie zu sämtlichen Landsmannschaften, so BdV-Präsident Fabritius.

BdV- Präsident Fabritius dankte Dr. Gierlich zudem dafür, dass dieser trotz seines Eintritts in den Ruhestand nunmehr als Vorstandsmitglied dem neuen Geschäftsführer sowie dem Referententeam jederzeit mit Rat und Tat zur Verfügung steht. Auch zu Beginn der BdV-Bundesversammlung wies Dr. Fabritius nochmals auch die Auszeichnung von Dr. Gierlich hin und hob dessen Verdienste hervor.

Auch die Mitglieder des Kuratoriums und des Vorstandes der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen würdigten die Verdienste von Dr. Gierlich und dankten diesem für seinen zurückliegenden Einsatz, aber auch dafür, dass er der Kulturstiftung auch nach seinem Eintritt in den Ruhestand dieser weiterhin tatkräftig zur Seite steht.

- Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Einen Zusammenschnitt der Verleihung gibt es als Video auf dem Youtube-Kanal der Kulturstiftung: www.bit.ly/kulturstiftungvideo (direkter Link zum Video: https://www.youtube.com/watch?v=XCgXAjPsvSI)

Zur Verleihung der Goldenen Ehrennadel gratulierten Dr. Ernst Gierlich (Mitte) zusammen mit den Kuratoriumsmitgliedern der Kulturstiftung, Dr. Bernd Fabritius, BdV-Präsident, Stephan Rauhut, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, und Thomas Konhäuser, Geschäftsführer der Kutlurstiftung.

03) Zum 300. Geburtstag eines siebenbürgischen Europäers

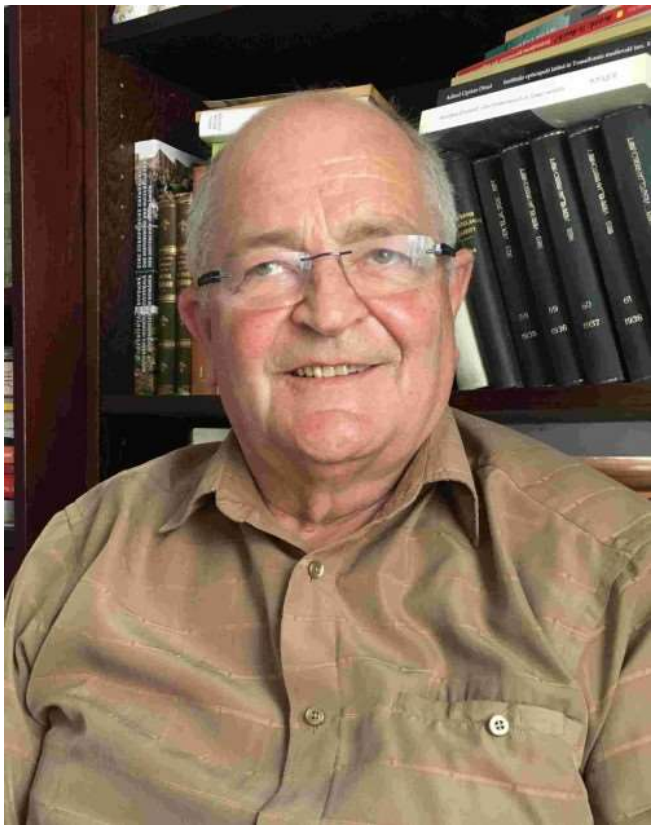
Einladung zum Heiligenhof-Onlineseminar

Samuel von Brukenthal war in der Regierungszeit von Kaiserin **Maria Theresia** (1740–1780) unter anderem Leiter der Siebenbürgischen Hofkanzlei in Wien und – als einziger Siebenbürger Sachse – Gouverneur von Siebenbürgen (1774–1787). Seinen Aufstieg verdankt er seinen herausragenden intellektuellen Fähigkeiten, seinem einnehmenden Wesen, vermutlich auch seiner Zugehörigkeit zu den Freimaurern – en Gespräch mit dem Historiker **Prof. Dr. Konrad Gündisch**, Honorarprofessor der Babes Bolyai-Universität Klausenburg / Cluj am Dienstag, 21. September 2021 um 18 Uhr auf Zoom – bitte erfahren Sie hier mehr darüber.

Samuel von Brukenthal und Maria Theresia. Zum 300. Geburtstag eines siebenbürgischen Europäers

Gespräch mit dem Historiker Prof. Dr. Konrad Gündisch, Honorarprofessor der Babes-Bolyai-Universität Klausenburg

Zeitraum: 21.09.2021 — 21.09.2021
Uhrzeit: 18:00 - 20:00
Kategorie: Onlineseminar
Veranstaltungsort: Der Heiligenhof - Alte Euerdorfer Str. 1 - D-97688 Bad Kissingen



Veranstaltung für Multiplikatoren und historisch Interessierte

Samuel von Brukenthal war in der Regierungszeit von Maria Theresia (1740–1780) unter anderem Leiter der Siebenbürgischen Hofkanzlei in Wien und – als einziger Siebenbürger Sachse – Gouverneur von Siebenbürgen (1774–1787). Seinen Aufstieg verdankt er seinen herausragenden intellektuellen Fähigkeiten, seinem einnehmenden Wesen, vermutlich

auch seiner Zugehörigkeit zu den Freimaurern. Brukenthal hat als Politiker, Kunstsammler und Mäzen, als Förderer der Wissenschaften und der Künste, nicht zuletzt als Stifter des nach ihm benannten Museums in Hermannstadt mit dazu beigetragen, dass Siebenbürgen im Zeitalter des Barocks und der Aufklärung eine europäische Kulturlandschaft von europäischem Rang geworden ist. Am Maria-Theresia-Denkmal ist er zusammen mit den wichtigsten Mitarbeitern und Ratgebern der Monarchin abgebildet. Der Vortrag schildert diese außerordentliche Karriere und geht auf die Wertschätzung ein, deren sich der evangelisch-lutherische Freiherr durch die „allerkatholische Majestät“ erfreute.

Anmeldung und Information

Fragen und Anmeldungen können Sie gerne per E-Mail an uns richten: info@heiligenhof.de

Oder Sie nutzen unser Online-Anmeldeformular:

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.111, 2021

Wien, am 09. September 2021

A. g) Fördermöglichkeiten *Seite 242*

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

01) Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen

02) Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.

03) Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

<*http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf*>

A.h) Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde
Seiten 243 - 253

01) 18. und 19. September: Nachstellung der Schlacht am Weißen Berg in Prag

06. 09. 2021

Die Schlacht vom Weißen Bertg (Bilá Hora) im Jahr 1620 bestimmte die böhmische Geschichte für die nächsten drei Jahrhunderte. Die Schlacht wird am 18. und 19. September nachgespielt.

In diesem Jahr wird die Schlacht zum 17. Mal nachgestellt, und die Organisatoren haben für die Besucher historische Märkte und Vorträge zu verschiedenen Themen vorbereitet, insbesondere zum historischen Kontext der Schlacht oder zum Leben der Soldaten im 17. Jahrhundert.

Am Veranstaltungsort erwartet die Besucher ein Marktplatz mit traditionellen Handwerksprodukten und einigen Erfrischungen. Wie jedes Jahr wird das Begleitprogramm Fechten, Training, Jonglieren, Musikdarbietungen und Vorträge umfassen.

Rund tausend Teilnehmer aus der Tschechischen Republik und dem Ausland werden erwartet.

Nach Angaben eines Sprechers des Rathauses werden in diesem Jahr Reiter, Infanteristen und Artilleristen aus Deutschland und Ungarn bei der Nachstellung anwesend sein. Auch die Teilnahme von Schauspielern aus Spanien, Österreich und Großbritannien ist geplant.

Obwohl die Schlacht am Weißen Berg, die am 8. November 1620 stattfand, nur zwei Stunden dauerte, hatte sie weitreichende Folgen für die böhmischen Länder.

Der böhmische Aufstand war niedergeschlagen worden. Die Habsburger triumphierten und bestraften all jene, die hinter dem Aufstand standen oder sich daran beteiligt hatten. Im folgenden Jahr wurden 27 Adelige auf dem Altstädter Ring hingerichtet, Zehntausende gingen ins Exil.

Die Nachstellung wird von der Bürgervereinigung Bílá hora 1620, der Vereinigung der Ritter der tschechischen Krone und dem Stadtbezirk Prag 6 organisiert.

Quelle: Prague Morning

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Collegium Intermarium: Der Platz der Wahrheit in Zeiten der „cancel culture“

13. 09. 2021

Bildquelle: collegiumintermarium.org

- Mit dem Beginn des akademischen Jahres wird das Collegium Intermarium der Freien Universität Mitteleuropas (Warschau) seine Lehrtätigkeit aufnehmen.
- Eröffnet wird es mit einer internationalen Konferenz zum Thema „Collegium Intermarium: der Platz der Wahrheit in Zeiten der Kulturabschaffung“. Sie findet am 1. Oktober statt.
- An der Veranstaltung werden Wissenschaftler und Politiker aus vielen Ländern teilnehmen, darunter Sohrab Ahmari, Prof. Adrian Vermule, Dr. Gregor Puppinck, Marion Maréchal, Dr. Józef Zych und Prof. Anna Łabno.
- Die Konferenz soll die Herausforderungen aufzeigen, vor denen die akademische Welt im Zeitalter der so genannten „cancel culture“ steht, d.h. der ideologischen Angriffe auf die Freiheit der wissenschaftlichen Debatte und der Meinungsäußerung.

WEBSITE DER KONFERENZ

Ziel des Collegium Intermarium ist es, eine Plattform für eine zuverlässige akademische Debatte und Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern, vor allem aus Mittel- und Osteuropa, zu schaffen. Die Universität strebt eine Rückkehr zur klassischen Idee einer Universität an. Die Verwirklichung dieser Idee wird durch aggressive ideologische Angriffe behindert, die bestimmte Personen und Wertesysteme aus dem öffentlichen Raum (einschließlich des Universitätsraums) ausschließen.

An der Veranstaltung werden Experten aus verschiedenen Teilen der Welt teilnehmen. Einer der Teilnehmer ist Sohrab Ahmari – Schriftsteller, Autor zahlreicher Bestseller, Publizist und Meinungsredakteur bei der „New York Post". An der Konferenz wird auch Prinzessin Ingrid Detter de Frankopan teilnehmen, die Leiterin der Abteilung für internationales Recht am Collegium Intermarium, die jahrelang Papst Johannes Paul II. beraten hat. Professor Adrian Vermule, Harvard-Dozent, wird ebenfalls als Redner auftreten. Die polnische akademische Gemeinschaft wird unter anderem durch Prof. Anna Łabno, den ehemaligen Präsidenten des Sejm Dr. Józef Zych und Dr. Tymoteusz Zych – Rektor des Kollegs – vertreten sein.

Marion Meréchal · *Bildquelle: Lionel Baland*

Auch Politiker werden an der Veranstaltung teilnehmen. Zu den Rednern gehört Marion Maréchal, ehemaliges Mitglied der französischen Nationalversammlung und Gründerin des ISSEP-Kollegs. An der Konferenz nehmen auch Regierungsvertreter teil: Balázs Orbán, Minister im Amt des ungarischen Ministerpräsidenten und gleichzeitig Vorsitzender des Kuratoriums des Mathias-Corvinus-Kollegs in Budapest, und Paweł Jabłoński, stellvertretender Justizminister der Republik Polen. Der kroatische Abgeordnete Dr. Stjepo Bartulica wird ebenso anwesend sein wie die slowakische Europaabgeordnete Anna Záborská.

Die Veranstaltung findet am 1. Oktober im Institut für ländliche Kultur und Kulturerbe in Warschau, Krakowskie Przedmieście Straße 66, statt und beginnt um 10 Uhr.

Quelle: Ordo iuris

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Prag: Bier- und Burgerfestival am 12. September

02. 09. 2021

Bildquelle: Pragie Morning

Das sechste jährliche Bier- und Burgerfestival („Pivo a Burger“) wird am Sonntag, den 12. September ab 11 Uhr wieder am Karlínské náměstí stattfinden. Insgesamt 25 Burger-Stände werden den ganzen Tag über in Betrieb sein.

Man kann hier Burger von mehreren Karlin-Restaurants probieren, aber auch von einigen der am besten bewerteten Prager Burger, wie George Prime Burger, Mozaika, Naše maso, Želva Bar, Meat Vandals und vielen anderen.

Die vollständige Liste der Teilnehmer finden Sie hier.

http://www.pivoaburger.cz/ucastnici

23 Brauereien aus Prag und der ganzen Tschechischen Republik werden während des Festes Bier ausschenken, darunter so bekannte Namen wie Matuška, Clock, Raven, Albrecht und viele mehr, mit einem Angebot von über 100 Bieren.

Der Eintritt zur Veranstaltung ist frei. Um die Biere zu verkosten, muss man jedoch ein Verkostungsglas für 100 CZK kaufen. Freuen Sie sich auf Bier aus den besten Handwerksbrauereien aus Böhmen und Mähren, aber auch aus dem Ausland.

Die Besucher können auch eine Suppe von Karlín Polévkárna oder ein Glas Wein von der Weinkellerei Kubík, Churros und Kaffee von der Rösterei FairBio genießen. Live-Musik gibt es von Vasilův Rubáš, Island Mint und Der Šenster Gob.

Quelle: Prague Morning

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Haus Butschitzer – Bornemann in Znaim

Festvortrag von Dr.Jiří Kacetl

Mitten in Znaim soll ein neues Museum für Geschichte entstehen, das als Schwerpunkt auch die Geschichte des 20. Jahrhunderts und damit u.a. der Vertreibung unserer Landsleute erzählt

Wir berichteten bereits gestern über die zu überwindenden Hürden (passend zum zeitgleich stattfindenden Wien-Marathon, der ja vielen Landsleuten die Anreise erschwerte), ehe der – mit vielen seltenen Aufnahmen – unterlegte Vortrag von Festredner Dr. Jiří Kacetl anläßlich unseres Heimattages in Klosterneuburg über die Bühne gehen konnte.

Unser südmährischer Freund Dr. Kacetl ist Vorsitzender des Gemeinderatsausschusses für Raumplanung und Stadtgemeindeeigentum in Znaim / Znojmo und einer der Initiatoren des Museumsprojekts „Haus Butschitzer / Bornemann“, das einem der ältesten Bürgerhäuser in der Stadt (erbaut 1363) neues Leben einhauchen soll. Die Idee ist großartig; da es in ganz Mähren und im weiteren Umkreis kein Museum für die neuere Geschichte gibt. Die Umsetzung des Projekts, für das natürlich Sponsoren und Partner benötigt werden, soll möglichst bis 2026 – da feiert die Stadt Znaim ihr 800jähriges Jubiläum – abgeschlossen sein.

Wir dürfen Ihnen hier alles Wissenswerte darüber – mit viel Anschauungsmaterial (historische und aktuelle Bilder, Pläne etc.) – zeigen:

https://drive.google.com/file/d/11o2554YPI8fuE3FAuPNyZXE6y30_i6q4/view?usp=sharing

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.113, 2021

Wien, am 15. September 2021

U n g a r n

05) Hilfsappell des ungarischen Königs Béla IV an Papst Innozenz IV (1250)

13. 09. 2021

Bildquelle. BVoltaire

Eine Kopie dieses Briefes wurde von Ministerpräsident Viktor Orbán an Papst Franziskus während ihres kurzen Treffens in Budapest überreicht; der Brief mag erklären, warum Orbán den Papst darum bat, Ungarn vor dem Untergang zu bewahren.

In der Tatarenfrage haben wir uns an die drei höchsten Gerichte
der ganzen Christenheit gewandt,
aber von allen keinen Trost und keine Hilfe erhalten,
sondern nur Worte.
KÖNIG BELA IV. AN PAPST INNOZENZ IV.
(11. November 1250)

Seinem in Christus heiligen Vater, Innozenz, durch die Gnade Gottes, Hoherpriester der heiligen Kirche von Rom, Béla, durch dieselbe Gnade König von Ungarn, in allen Dingen verpflichtet und demütig zu huldigen.

Denn Ungarn ist durch die Tatarenplage im größten Teil in eine Wüste verwandelt worden und wird von den ungläubigen Völkern, nämlich den Ruthenen und Brodniks im Osten und den bulgarischen und bosnischen Häretikern im Süden, gegen die wir gegenwärtig mit unseren Armeen kämpfen, wie ein Zaun um einen Schafstall umschlossen. Allein vom Westen und Norden her sollte unser Land von den Deutschen, die demselben Glauben angehören, einige Früchte der Hilfe erhalten, aber auch von hier aus werden wir keine Früchte, sondern die Dornen der Raserei spüren, wenn die Güter des Landes durch unerwartete Überfälle beschlagnahmt werden.

Um ihretwillen, vor allem aber um der Tataren willen, die zu fürchten uns die Erfahrung des Krieges gelehrt hat, wie sie auch andere Völker gelehrt hat, die mit Füßen getreten wurden, haben wir es für angebracht gehalten, in Absprache mit den Oberpriestern und Edelleuten unseres Landes zum Stellvertreter Christi und seinen Brüdern zu fliehen, als dem einzigen und letzten Verteidiger in der letzten Not der Christenheit, damit nicht durch uns das geschieht, was wir fürchten, euch und anderen Christen. Denn täglich erreichen uns Nachrichten von den Tataren, dass sie sich nicht nur gegen uns rüsten, auf die sie am meisten eifersüchtig sind, weil wir auch nach einem solchen Unglück nicht zur Unterwerfung bereit waren, während alle anderen Völker, gegen die sie ihre Macht gezeigt haben, und besonders die östlichen Nachbarn unseres Landes, wie Russland, Kumnien, die Brodniks, Bulgarien, die früher größtenteils unter unserer Macht standen, alle ihre Tributpflichtigen geworden sind, sondern gegen die ganze Christenheit; und, wie wir aus vielen vertrauenswürdigen Zeugnissen wissen,

Sie sind fest entschlossen, in Kürze einen unerbittlichen Krieg gegen ganz Europa zu führen.

Wir fürchten, dass, wenn dieses Volk eintrifft, die Unsrigen, die unfähig und unwillig sind, sich der wilden Grausamkeit der Tataren zu widersetzen, sich gegen ihren Willen aus Furcht ergeben werden, wie es unsere bedrängten Nachbarn bereits getan haben, es sei denn, die weise Vorsehung des Apostolischen Stuhles würde unser Land vorsorglich und wirksam stärken, um die dort lebenden Völker zu trösten.

Wir schreiben vor allem aus zwei Gründen: Damit wir weder der Faulheit noch der Nachlässigkeit bezichtigt werden können. Was die Geschicklichkeit betrifft, so sagen wir Folgendes: Was die praktische Erfahrung über unsere Geschicklichkeit in der Kriegsführung aussagen kann, haben wir bereits gezeigt, als wir uns und die Unseren der beispiellosen Stärke und Gerissenheit der Tataren ausgesetzt haben.

Wir können aber auch nicht der Nachlässigkeit beschuldigt werden, denn als die Tataren in unserem Lande gegen uns kämpften, wandten wir uns in dieser Angelegenheit an die drei obersten Gerichte der ganzen Christenheit, nämlich an das Eure, da die Christen glauben und bekennen, die Herren und Meister aller Gerichte zu sein; an den Kaiser, dem wir uns zu unterwerfen gedachten, wenn er uns in der Zeit der besagten Pest mächtige Hilfe und Unterstützung gewähren würde; wir wandten uns auch an den Hof der Franzosen, aber von all diesen erhielten wir keinen Trost und keine Hilfe außer Worten.

Und wir taten, was wir konnten, und gaben, indem wir unser Königtum für die Sache des Christentums erniedrigten, zwei unserer Töchter zwei Fürsten der Ruthenen und die dritte dem Fürsten von Polen zur Frau, damit wir von ihnen und von unseren anderen östlichen Freunden die sorgfältig verborgenen Pläne der Tataren erfahren und so ihren Absichten und ihren betrügerischen Machenschaften wirksamer entgegentreten könnten. Wir haben auch die Kumanen in unser Land gelassen, und jetzt verteidigen wir leider unser Land mit Heiden und vernichten die Feinde der Kirche mit Heiden. Wir haben sogar unseren erstgeborenen Sohn im Interesse des Christentums mit einem Kumanen-Mädchen verheiratet, um Schlimmeres zu vermeiden und eine Gelegenheit zu schaffen, sie zu taufen, wie wir es bei vielen von ihnen getan haben.

Durch all dies und mehr möchte ich vor dem heiligen Prälaten klar beweisen, dass wir in dieser Notlage von keinem christlichen Monarchen oder Volk in Europa nützliche Hilfe erhalten haben, außer vom Haus der Jerusalemer Isopotami, deren Mitglieder auf unsere Bitte hin vor kurzem gegen die Heiden und Ketzer zu den Waffen gegriffen haben, um unser Land und den christlichen Glauben zu verteidigen; und diese haben wir sofort in den

gefährlichsten Gebieten eingesetzt: auf der anderen Seite der Donau, an der Grenze zwischen den Hunnen und den Bulgaren, denn als unser Land angegriffen wurde, war dies auch das Einfallstor für die tatarische Armee. Von diesem Gebiet aus hoffen wir, wenn unsere Absicht und die Absicht der genannten Brüder von Gott unterstützt wird und wenn der Apostolische Stuhl die Gnade hat, sie in seine Gnade aufzunehmen, dass wir, so wie die Donau bis zum Meer von Konstantinopel reicht, durch sie den Schutz des christlichen Glaubens verbreiten und so dem Römischen Reich und sogar dem Heiligen Land wirksame Hilfe leisten können. Andere haben wir in unserem Land platziert, um die Festungen zu verteidigen, die wir entlang der Donau gebaut haben, denn in diesem Bereich ist unser Volk unerfahren.

Nach reiflicher Überlegung kamen wir überein, dass es für uns und für ganz Europa besser wäre, wenn wir die Donau mit Burgen befestigen würden. Denn dies ist das Wasser des Widerstands; hier trat Heraklius zur Verteidigung des Römischen Reiches gegen Kosaken an, und hier haben auch wir, obwohl unvorbereitet und nach einem schweren Schlag, zehn Monate lang gegen die Tataren standgehalten, obwohl es unserem Land damals völlig an Burgen und Verteidigern mangelte.

Sollten die Tataren einmal davon Besitz ergreifen, was noch lange nicht der Fall ist, stünde ihnen die Tür zu den anderen Ländern des katholischen Glaubens offen, denn erstens gibt es kein Meer, das die Christen behindert, und zweitens können sie hier ihre Familien und ihre bewundernswert zahlreichen Tiere bequemer ansiedeln als anderswo. Nehmen wir zum Beispiel Attila, der, als er aus dem Osten kam, um den Westen zu erobern, sein Hauptquartier von Anfang an in der Mitte Ungarns aufschlug; hingegen versammelten die Kaiser, die aus dem Westen kämpften, um den Osten zu unterwerfen, ihre Heere meistens innerhalb der Grenzen unseres Landes.

Mögen Eure Heiligkeit sich daher um all diese Dinge kümmern, und möge Eure Gnade ein Heilmittel anwenden, bevor die Wunde sich verschlimmert. Die vielen Weisen wundern sich, dass Eure Vaterschaft unter solchen Umständen die Abreise des Königs von Frankreich, dieses edlen Mitglieds der Kirche, von den Grenzen Europas unterstützt hat. Noch mehr wundert er sich und hört nicht auf, sich zu wundern, dass die apostolische Frömmigkeit sich so sehr um das Reich von Konstantinopel und um die überseeischen Teile desselben kümmert, die, wenn sie verloren gingen, die weit entfernt sein mögen, den Bewohnern Europas nicht mehr Schaden zufügen würden, als wenn unser Land allein von den Tataren besetzt wäre.

Wir bekennen vor Gott und den Menschen, dass die Notwendigkeit und Wichtigkeit der Sache so groß ist, dass wir, wenn die verschiedenen Unannehmlichkeiten der Reise uns nicht behindern würden, nicht nur Gesandte schicken würden, die wir geschickt haben, sondern uns auch persönlich zu Euren Füßen werfen würden, um vor der ganzen Kirche zu unserer Verteidigung zu verkünden, dass wir, wenn der heilige Vater uns nicht helfen kann, uns gegen unseren Willen freimachen würden, um mit den Tartaren notgedrungen zurechtzukommen.

Wir bitten euch daher, dass die Mutter Kirche die Verdienste, wenn nicht von uns, so doch von unseren Vorgängern, den heiligen Königen, bedenkt, die mit aller Inbrunst und Demut sich und ihr Volk durch ihre Predigt dem wahren Glauben unterworfen haben, und bewahrten es unter den Fürsten der Welt mit Reinheit und Gehorsam, wofür ihnen und ihren Nachfolgern, solange es ihnen gut ging, unaufgefordert alle Gunst und Hilfe des Apostolischen Stuhles versprochen wurde, wenn es die Not erforderte.

Seht also, jetzt, wo in der Tat die große Notwendigkeit zu drohen scheint, öffnet das väterliche Herz zur Verteidigung des Glaubens für das öffentliche Wohl in dieser Zeit der Verfolgung, andernfalls, wenn unsere Bitte, die so günstig und so notwendig für die Gläubigen der Kirche von Rom ist, abgelehnt werden sollte, was wir nicht glauben können, wären wir gezwungen, nicht als Söhne, sondern als Stiefsöhne um Hilfe zu bitten, als solche, die von der väterlichen Herde notgedrungen ausgeschlossen sind.

Gegeben zu Patak, am Tag des heiligen Martin, Bischof und Bekenner des Glaubens, am 11. November.

Lateinische Fassung:

A. Ch. 1254. Idem Bela rumore Tartaricae irruptionis percitus, auxilii gratia sedi Apostolicae supplicat; seque contra iniquas cavillationes defendit. Sanctissimo in Christo Patri, et Domino Innocentio Dei gratia, Sacrosanctae Romanae Ecclesiae summo Pontifiei, Bela, eadem gratia rex Hungariae, reverentiam in omnibus tam debitam, quam devotam. Cum regnum Hungariae per pestem Tartarorum pro maiori parte in solitudinem sit redactum et quasi ovile sepibus sit diversis infidelium generibus circumseptum, utpote Ruthenorum, Cumanorum Brodnicorum a parte orientis; Bulgarorum et Bosnensium Haereticorum a parte meridiei contra quos ad praesens etiam per nostrum exercitum dimicavimus; Alamanorum uero a parte occidentis et Aquilonis, a quibus propter consimilem professionem fidei fructum alicuius subsidii dignum regnum sentire deberet; non fructum, sed spinas guerrae suae sentire compellitur bona dicti regni per rapinas subitaneas diripientium; propter quod, sed maxime propter Tartaros, quos timere per experientiam belli didicit, prout aliae nationes, per quas transierant, consimiliter didicerunt; requisito consilio Praelatorum et Principum nostri regni ad Christi Vicarium, et fratres suos, tamquam ad unicum et ultimum in ultimis christianae fidei necessitatibus protectorem, dignum duximus confugere: Ne nobis imo potius vobis in nobis et aliis Christicolis accidat, quod timetur. Rumores enim de Tartaris de die in diem nobis adveniunt, quod non solum contra nos, cui indignati sunt quam plurimum, eo quod post tantam laesionem _eis subesse renuimus_; cum omnes aliae nationes, contra quas reperti sunt vires suas, tributarias se eisdem constituerunt, et specialiter regiones, quae ex parte orientis cum regno nostro conterminantur, sicut Ruscia, Cumania, Brodnici, Bulgaria, quae in magna parte nostro dominio antea subiacebant; imo etiam contra totam Christianitatem condixerunt et prout a quam pluribus fide dignis pro certo dicitur, firmiter in brevi proposuerunt, contra totam Europam suum innumerabilem exercitum destinare; timemus etiam, quod si ipsa gens venerit, et nostri nequeuntes, vel etiam nolentes saevitiam ferocitatis Tartaricae hostiliter sustinere, eorumdem iugo, Nobis etiam invitis timore ducti, se submittant, sicut iam fecerunt sui praefati alii vicini: nisi per circumspectam sedis Apostolicae provisionem regnum nostrum cautius et potentius muniatur, ut consolentur populi, qui habitant in eodem. Nos autem hoc scribimus principaliter propter duo, ne possimus argui super possibilitate et negligentia. Super possibilitatis articulo dicimus, quod quidquid ad esse possibilitatis nostrae super hoc per experientiam facli concludi potuit, nos conclusimus. Nos et Nostra, Tartarorum viribus et ingeniis nondum cognitis exponentes. Super negligentia vero nequaquam redargui possumus: requisivimus enim, adhuc Tartaris in regno nostro dimicantibus contra nos super condicto negocio tres totius Christianitatis principaliores Curias; scilicet: Vestram, quae divina, et magistra omnis Curiae a Christicolis creditur, et habetur. Et imperialem cui etiam propter hoc nos submittere decreveramus, si tempore praedictae pestilentiae nobis competens auxilium impenderet et iuvamen. Francorum etiam curiam requiri fecimus, de quibus omnibus nihil consolationis, vel subsidium recepimus nisi verba. Nos vero ad id, quod potuimus recurrentes, propter bonum Christianitatis, maiestatem regiam humiliando duas

filias nostras duobus Ducibus Ruthenorum, et tertiam Duci Poloniae tradidimus in uxores ut per ipsos, et amicos nostros alios, qui sunt ex parte orientis, sciremus nova, quae multum latent, de Tartaris; ut sic eorumdem conatibus et fraudulentis ingeniis utcunque commodius resistere valeamus. Cumanos etiam in regno nostro recepimus, et proh! dolor, per paganos hodie regnum nostrum defendimus; et per paganos infideles Ecclesiae conculcamus; amplius propter defensionein fidei Christianae filio nostro primogenito Cumanam quamdarn thoro coniunximus maritali; ut per hoc vitaremus deterius, et ut occasionem aliquam nancisci possemus, per quam valeremus eosdem, sicut plures iam fecimus, ad Baptismi lavacrum convocare. Ex his ergo et aliis exoptamus ut pateat Sanctitati Summi Pontificis per argumentum evidens, quod in tot rerum angariis, a nullo Christianorum Europae Principe seu gente alicuius iuvaminis emolumentum recepimus; nisi a domo Hospitalis Hierosolymitani, cuius fratres nuper ad requisitionem nostram arma sumserunt contra paganos et Schismaticos ad defensionem regni nostri et fidei christianae; quos iam partim collocavimus in loco magis suspecto; videlicet in confinio Cumanorum ultra Danubium, et Bulgarorum, _per quem etiam locum tempore inuasionis regni nostri ad nos habuit aditum exercitus Tartarorum_; de quo loco etiam intendimus et speramus, quod si factum nostrum et dictorum fratrum Deus prosperaverit, et sedes apostolica eisdem favorem suum dignata fuerit impertiri, quod propagine catholicae fidei sicut protenditur Danubius usque ad mare Constantinopolitanum per ipsos poterimus propagare, et sic Romano imperio et etiam terrae sanctae poterunt impendere subsidia oportuna; partim vero eosdem in medio regni nostri collocavimus, ad defensionem Castrorum quae circa Danubium aedificari facimus; cum gens nostra ad hoc exstiterit insueta; quia in hoc resedit examinatum quam pluries nostrum consilium, quod esset, salubrius nobis et toti Europae, ut Danubius fortalitiis muniretur: haec enim est aqua contradictionis: hic Heraclius occurrit Cosroae pro romano imperio defendendo, et hic etiam nos quomodocunque improvisi et nunc enormiter laesi per _decem menses contradiximus_ Tartaris, regno nostro tunc fere penitus fortaliciis et defensoribus immunito; quod quod absit, si possideretur a Tartaris, esset pro ipsis apertum hostium ad alias fidei catholicae regiones; tum quia ex ista parte versus Christicolas non est mare impediens; tum quia possent familias suas, et animalia, in quibus mirabiliter ibidem aptius, quam alibi collocare. Totila (Atila) in exemplum veniat, qui ex parte Orientis ad Occidentem veniens subiugandam, in medio regni Hungariae sedem suam principaliter collocavit; et contra Caesares, qui ex occidente ad sibi submittendum oriens dimicabant, quam plurima ad constructionem exercitus faciunt, infra regni nostri terminos deponebant. Super his ergo provideat circumspecta Pontificalis Sanctitas, et antequam vulnus marcescat, salutare dignetur apponere medicamen. Admiratur enim quam plurimum Sapientum multitudo eo, quod rebus, ut nunc, sic se habentibus regem Franciae, tam nobile membrum Ecclesiae, de Europae finibus Vestra Paternitas licentiari sustinuit. Admiratur inquam, et admirarit non desinit, eo quod Apostolica Clementia multis provideat, sicut Constantinopolitano imperio et ultramarinis partibus, quae si amitterentur, quod absit, non tantum noceret Europae inhabitatoribus, quantum si regnum nostrum solum a Tartaris contingeret possideri. Protestamur itaque Deum et hominem, quod tanta est necessitas negotii, quod nisi diversa viarum pericula nobis contradicunt, non solum nuncios quos mittimus, mitteremus, sed etiam ad proclamandum in facie totius Ecclesiae, ad excusandum nos, licentiandum, etiam licet invitos ad componendum cum Tartaris, si super hoc auxilium non impenderit Paterna Sanctitas, et necessitas ingruerit, ad pedes vestros personaliter venissemus. Supplicamus igitur, ut consideret Sancta Mater Ecclesia et si non nostra, saltem sanctorum regum, Praedecessorum nostrorum merita, qui plena devotione et reverentia se et suum populum per eorum praedicationem orthodoxae fidei subiugatum inter ceteros mundi Principes in puritate fidei et obedientiae servaverunt, propter quae sibi et suis Successoribus, quamdiu eis successerunt prospera, Apostolica sedes irrequisita, et interdum promittebat omnem gratiam et favorem, si necessitas immineret. Ea ergo gravis nunc necessitas imminere pro certo creditur; aperite paterna uiscera, manum competentis subsidii pro defensione fidei et utilitate publica, in tantae persecutionis tempore porrigendo. Alioquin si in petitione tam

favorabili, et universaliter pro obedientibus Romanae Ecclesiae tam necessaria, quod credere non possimus, pateremur repulsam, cogeremur non tanquam filii, sed privigni, necessitate compulsi, quasi extra gregem Patris exclusi, suffragia mendicare. Datum in Potoka in die Sancti Martini Episcopi et Confessoris III. Idus Novembris.“

E coll. Diplom. Kaprinai Tom. IV. in folio p. 9.

Lateinisch: FEJÉR, G.: Codex diplomaticus regni Hungariae … IV/2. (1829) 218–224. Ungarische Übersetzung: Árpád-kori és Anjou-kori levelek, 156–159.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

A. i) Plattform des Arbeitskreises für ostdeutsche Landsmannschaften u.ä. (Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa) Seiten 254 - 263

01) Westpreußen-Kongress 2021, 24. bis 26 September 2021

Einladung Westpreußen-Kongress 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit möchte ich Sie auf unseren diesjährigen Westpreußen-Kongress aufmerksam machen, der vom 24 bis zum 26. September 2021 als Online-Veranstaltung stattfinden wird und übersende ich Ihnen das Einladungsschreiben sowie das dazugehörige Konferenz-Programm.

Esther Lüchtefeld

Sekretariat
Westpreußische Gesellschaft
Mühlendamm 1
D-48167 Münster
Tel: +49 (0) 25 06 / 30 57 50
Fax:+49 (0) 25 06 / 30 57 61
www.westpreussische-gesellschaft.de

Anmerkung der AWR-Redaktion zum Namen „Westpreußische Gesellschaft":
Die letzte Bundesversammlung der Lansdsmannschaft Westpreußen e. V. in Münster beschloss im Jahre 2021 neben umfangreichen Satzungsänderungen auch einen neuen Namen für die Organisation. Der Vorschlag des Vorstandsvorsitzenden Dr. Erik Fischer, den Verein künftig „Westpreußische Gesellschaft" zu nennen fand keine Zustimmung, stattdessen wurde der Kompromissvorschlag von Martin Stender, Bonn, angenommen, dem Verein den Namen „Westpreußische Gesellschaft / Landsmannschaft Westpreußen e. V." zu nennen.
Mit diesem Namen ist der Verein im Vereinsregister in Münster/Wf. auch registriert.
Landsmann Martin Stender hat sich um unser Thema Westpreußen verdient gemacht!

WESTPREUSSISCHE GESELLSCHAFT
DER VORSTANDSVORSITZENDE

Westpreußische Gesellschaft • Mühlendamm 1 • 48167 Münster

Geschäftsstelle
Mühlendamm 1
48167 Münster

T +49 (0) 2506 - 30 57-50
F +49 (0) 2506 - 30 57-61
info@westpreussische-gesellschaft.de
www.westpreussische-gesellschaft.de

Einladung zum Westpreußen-Kongress 2021

Sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren,

im Januar 1920 wurden die Bestimmungen des Versailler Vertrages umgesetzt, so dass in diesem Zuge auch die frühere Provinz Westpreußen aufhörte zu existieren. Gleichwohl bildet „Westpreußen" bis heute – und jetzt somit schon seit mehr als 100 Jahren – einen für Deutsche wie für Polen äußerst wichtigen historischen Orientierungsraum, der jeweils mit schwerwiegenden Konflikten und traumatisierenden Erfahrungen verbunden ist. Dazu zählen insbesondere:

- die Überführung großer Gebiete der preußischen Provinz als Teil des sogenannten „Korridors" in das Staatsgebiet des wiederbegründeten Staates Polen und
- die „Wiedergewinnung" Westpreußens durch den Überfall des nationalsozialistischen Deutschland auf Polen im September 1939 und die Errichtung des bis 1945 bestehenden „Reichsgaus Danzig-Westpreußen".

Fraglos gehören in diese historische Abfolge auch die Vertreibung der deutschen Bevölkerung sowie die nächste Transformation „Westpreußens" in einen landsmannschaftlichen Erinnerungsort. Dieser Komplex soll aber späterhin behandelt werden, so dass zunächst die Jahre von 1920 bis 1945 im Zentrum der Diskussion stehen werden.

Dieser Thematik widmet sich unser diesjähriger Kongress, der unter dem Titel

„Westpreußen" – Transformation einer preußischen Provinz

nach deren Untergang im Jahre 1920

vom 24. bis zum 26. September als **Online-Veranstaltung** durchgeführt werden soll und zu dem ich Sie hiermit herzlich einlade. Den aktuellen Stand der Programmplanung entnehmen Sie bitte dem beiliegenden Dokument.

Konferenz-Sprachen sind Deutsch und Polnisch.

Ein Kongress, der im virtuellen Raum stattfindet, kann die seit Jahren vertraute Struktur der Westpreußen-Kongresse nicht unmittelbar im Internet abbilden, sondern muss in eine deutlich veränderte Form überführt werden.

Aus diesem Grunde wird dem Kongress eine 14-tägige Phase vorgeschaltet, die den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit einer individuellen Vorbereitung bietet. Dadurch lassen sich die Vortrags- und Diskussionszeiten dann stärker konzentrieren. Die entsprechenden Materialien werden **ab dem 10. September** auf unserer Kongress-Website für angemeldete Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreichbar sein.

Weitere Veränderungen ergeben sich dadurch, dass statt der Plenumsdiskussion schriftliche Kommentare erbeten werden, die von einer „Chat-Redaktion" referiert werden. Wir rechnen aber fest damit, dass sich alle Interessenten und Interessentinnen gutwillig auf dieses Experiment einlassen und ihren Beitrag dazu leisten, dass unser Kongress in diesem Jahr stattfinden kann – und nicht ein zweites Mal der Covid-19-Pandemie zum Opfer fällt.

Die Veranstalter übernehmen einen großen Teil der Kosten für die Durchführung dieser Online-Tagung, bei der sich der Aufwand ganz wesentlich von den Reise- und Unterbringungskosten hin zur technischen Ausstattung und Betreuung verschoben haben. Zudem müssen weiterhin Honorare für die Referenten und die Simultan-Dolmetscherin aufgebracht werden. Von diesen Gesamtkosten hat die Westpreußische Gesellschaft ebenso wie in den letzten Jahren freilich einen Eigenanteil zu erbringen.

Deshalb müssen wir von den deutschen Teilnehmern eine Tagungsgebühr in Höhe von **mindestens € 6,00** erheben und bitten dabei alle, die dazu bereit und in der Lage sind, diesen Betrag großzügiger Weise zu erhöhen.

Ein Vorteil dieser Veranstaltungsform liegt schließlich darin, dass die Teilnehmerzahl nicht begrenzt ist und **Anmeldungen, die wohlgemerkt erst mit der Zahlung der Teilnahmegebühr verbindlich werden**, bis zum **17. September** möglich sind.

Ihre Anmeldung erbitte ich über die Website des Kongresses. Das Online-Formular erreichen Sie direkt unter der Adresse https://kongress2021.westpreussische-gesellschaft.de/ oder auch über unsere Homepage in der Rubrik „Veranstaltungen".

Ich würde mich freuen, Sie am 24. September zur Eröffnung unseres virtuellen Westpreußen-Kongresses begrüßen zu dürfen, und bleibe

mit herzlichen Grüßen

(Prof. Dr. Erik Fischer)
Vorstandsvorsitzender

Westpreußische Gesellschaft

Westpreußen-Kongress 2021
vom 24. bis 26. September als Online-Veransaltung

„WESTPREUSSEN" –
Transformationen einer preußischen Provinz nach deren Untergang im Jahre 1920

Programm der Konferenz

FREITAG, 24.09.2021

18:00 Uhr: Begrüßung der Teilnehmer und Eröffnung der Tagung
Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender der Westpreußischen Gesellschaft (WPG)

18:05 Uhr: Einführung in die technischen Voraussetzungen und Optionen der Online-Tagung
Alexander Kleinschrodt, WPG-Vorstandsmitglied und Moderator des Kongresses, Bonn

18:15 Uhr: Einführung in die Thematik der Tagung:
Deutsch-polnische Geschichtsschreibung – die Quadratur eines Kreises?
Prof. Dr. Erik Fischer, WPG-Vorsitzender und Tagungsleiter, Bonn

18:35 Uhr: Eröffnungsvortrag
Geschichte in Sippenhaft?
Von der Beharrlichkeit der Diskurse und der Widerständigkeit der Objekte
Dr. Katja Bernhardt, Lüneburg

19:20 Uhr: Chat-Beiträge und Diskussion
Chat-Redaktion: Dr. Joanna Szkolnicka, Elbing, und Tilman Asmus Fischer, Berlin

SAMSTAG, 25.09.2021

10:00 Uhr: ***Die Vermessung eines Korridors: Das untere Weichselland wird Teil des wiedererstandenen Staates Polen***
Dr. Jens Boysen, Warschau

10:25 Uhr: ***Gdynia und Danzig – politische und architektonische Konkurrenzen an der Ostsee***
PD Dr. Beate Störtkuhl, Oldenburg

10:50 Uhr: ***Eine unaufhörlich „blutende Wunde": Der deutsche „Kampf um die Weichsel" während der Zwischenkriegszeit***
Prof. Dr. Bettina Schlüter, Bonn

11:15 – 11:25 Uhr: Pause – anschließend: Chat-Beiträge und Diskussion

---

18:00 Uhr: Projekt-Abend
Leitung: Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitsgruppen

18:50 – 19:00 Pause

19:00 Uhr: ***Bilder aus einer zerklüfteten Geschichte***
Medien-AG der WPG

19:30 Uhr: Chat-Beiträge und Diskussion

Westpreußische Gesellschaft

Westpreußen-Kongress 2021
vom 24. bis 26. September als Online-Veranstaltung

„WESTPREUSSEN" –
Transformationen einer preußischen Provinz nach deren Untergang im Jahre 1920

Fortsetzung des Konferenz-Programms

SONNTAG, 26.09.2021

10:00 Uhr: ***Das „wiedergewonnene Gebiet" an der Weichsel: Die Errichtung des „Reichsgaus Danzig-Westpreußen"***
N. N.

10:25 Uhr: ***Von „Czersk" nach „Heiderode": Das Entfernen slawischer Sprachwurzeln 1942***
Dr. Martin Sprungala, Dortmund

10:50 Uhr: **Die Eigenen und die Anderen – Kriterien der Bevölkerungspolitik im „Reichsgau"**
Dr. Magdalena Lemańczyk, Warschau

11:15 – 11:25 Uhr: Pause – anschließend: Chat-Beiträge und Diskussion

12:00 Uhr: **Schlussdiskussion**
Leitung: Prof. Dr. Erik Fischer

12:25 Uhr: **Schlusswort**
Ulrich Bonk

Änderungen vorbehalten
Stand: 31. August 2021

Westpreußische Gesellschaft
Mühlendamm 1 • 48167 Münster
T +49 (0) 2506 30 57-50
eMail:
info@westpreussische-gesellschaft.de
Homepage:
https://westpreussische-gesellschaft.de/
Link zur Anmeldung:
https://kongress2021.westpreussische-gesellschaft.de/anmeldung.html

02) Danziger Kulturtagung – 24. bis 25. September 2021 in Ravensburg

Bund der Danziger .e.V.
Ortsstelle Ravensburg

Petra Lorinser, Blumenstr. 7, 88214 Ravensburg
Telefon: 0751/66230 oder E-Mail an: tagung-rv@gmx.de

Einladung
zur
Danziger Kulturtagung
am Freitag, den 24. und Samstag, den 25. September 2021
in Ravensburg

im Magdalenensaal, Abteistr. 2/4, 88214 Ravensburg-Weissenau

Liebe Landsleute und
Freunde unserer alten Heimat,

der Bund der Danziger e.V. lädt Sie alle herzlich zu der diesjährigen

„Danziger Kulturtagung 2021"

in Ravensburg ein.

In der Nachkriegszeit kamen über 6000 Heimatvertriebene aus Ostpreußen, Westpreußen, Danzig, Pommern, Schlesien und dem Sudetenland nach Ravensburg. In ihrem Gepäck waren nur wenige Gegenstände, traumatische Erlebnisse und die Hoffnung, ein neues Zuhause in Ravensburg zu finden. Die Heimatvertriebenen machten etwa ein Viertel der damaligen Ravensburger Bevölkerung aus und veränderten die Stadt räumlich, sozial, politisch, wirtschaftlich sowie auch kulturell.
In Erinnerung an ihre Herkunftsgebiete eröffneten sie im Jahr 1978 die „Ostdeutsche Heimatsammlung", wo sie ihre Heimat präsentierten. Diese Sammlung wurde im Jahr 2012 aufgelöst und vom Museum „Humpis-Quartier" übernommen. Ausgewählte Exponate der Sammlung werden nun im Museum „Humpis-Quartier" gezeigt.

Das Kulturreferat für Westpreußen, Posener Land und Mittelpolen fördert diese Kulturtagung.

Wir freuen uns auf zahlreiche Anmeldungen vieler „alter Bekannter" sowie interessierte Teilnehmer, die sich unserer alten Heimat Danzig verbunden fühlen.

Aus organisatorischen Gründen bitte wir um Ihre Anmeldung.

Mit heimatlichen Grüßen Petra Lorinser

Stand: August 2021 - Änderungen vorbehalten

Bund der Danziger .e.V.

Ortsstelle Ravensburg

Petra Lorinser, Blumenstr. 7, 88214 Ravensburg
Telefon: 0751/66230 oder E-Mail an: tagung-rv@gmx.de

Programm:

Freitag, den 24. September 2021

15.00 Uhr	*Einlass - Begegnung und Austausch bei Kaffee & Kuchen*
16.00 Uhr	*Begrüßung durch den Bundesvorstand*
	Grußwort der Stadt Ravensburg durch ***August Schuler MdL Landtagsabgeodneter*** *und ehrenamtlicher Stellvertreter des Oberbürgermeisters der Stadt Ravensburg*
16.30 Uhr	*Bildvortrag „Johann Sebastian Bach und Danzig"* ***Referent: Dr. Alfred Georg Lange*** *anschließend Diskussion*
17.15 Uhr	*Bildvortrag „Der Danziger Komponist und Cembalist Johann Gottlieb Goldberg und die Variationen"* ***Referent: Dr. Alfred Georg Lange*** *anschließend Diskussion*
18.30 Uhr	*Ende*
19.00 Uhr	*Möglichkeit zum gemeinsamen Abendessen im „Restaurant Schützenhaus"*

Samstag, den 25. September 2021

9.00 Uhr	*Einlass*
9.30 Uhr	*„Der Schatz der Marienkirche zu Danzig - liturgische Gewänder und textile Objekte aus dem späten Mittelalter"* ***Referentin: Prof. Dr. Birgitt Borkopp-Restle***
10.30 Uhr	*Kaffeepause*
11.00 Uhr	*„Prof. Willi Drost - Der letzte deutsche Direktor des Stadtmuseums Danzig "* ***Referentin: Frau Iwona Kramer-Galinska***
12.00 Uhr	*Mittagspause*
14.00 Uhr	*„Ahnenforschung - Der Weg in die Vergangenheit der Vorfahren"* ***Referent: Herr Markus Breyer***
14.30 Uhr	*„Elise Püttner - Das Schreiben für Danzig und Zoppot"* ***Referent: Dr. Janusz Mosakowski***
16.00 Uhr	*Ende*

Stand: August 2021 - Änderungen vorbehalten

Bund der Danziger .e.V.

Ortsstelle Ravensburg

Petra Lorinser, Blumenstr. 7, 88214 Ravensburg
Telefon: 0751/66230 oder E-Mail an: tagung-rv@gmx.de

Tagungsort

Magdalenensaal, Abteistr. 2/4, 88214 Ravensburg-Weissenau

Anfahrt

Besuchen Sie uns mit dem PKW oder öffentlichen Verkehrsmitteln.
Vom Bahnhof in Ravensburg ist der Tagungsort mit den Buslinien 3 und 4 erreichbar. Vom Bahnhof in Weissenau sind es fußläufig etwa 5 Minuten.
In der Nähe befindet sich ein größerer Parkplatz.
Die Adresse für ein Navigationsgerät lautet: An der Bleicherei 7, 88214 Ravensburg

Tagungspauschale

Für die Tagung erheben wir eine Pauschale in Höhe von 30,- €. Darin enthalten sind die Tagungsgetränke. Die Pauschale wird direkt vor Ort erhoben und beglichen.

Anmeldung

Die Veranstaltung wird unter den zu diesem Zeitpunkt geltenden Coronaregeln durchgeführt
Die Anmeldung ist bis einschl. Freitag, den 17. September 2021 möglich und kann schriftlich bzw.per Email erfolgen an:

Petra Lorinser
Blumenstr. 7
88214 Ravensburg
(0751) 66230
E-Mail: tagung-rv@gmx.de

Hiermit melde ich mich für die Danziger Kulturtagung am 24. und 25. September 2021 an.

Name : _____

Anschrift: _____

Ort: _____ Datum: _____

Tel./E-Mail: _____ Unterschrift: _____

Stand: August 2021 - Änderungen vorbehalten

Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Brandenburgische Straße 24 - Steglitz
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533, Fax auf Anfrage
<westpreussen-berlin.de>
Postbank Berlin,
IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF

03) Westpreußischer Gesprächskreis

Im „Ännchen von Tharau, Rolandufer 6, 10719 Berlin,
S- / U-Bahnhof Jannowitzbrücke
(Zur Teilnahme vorherige Anmeldung erbeten!)

1) Sonntag, 24. Oktober 2021, 15:00 Uhr
Thema: Märchen aus Ost- und Westpreußen
Lesung mit Ute Breitsprechern und Reinhard M. W. Hanke

2) Freitag, 10. Dezember 2021, 15:00 Uhr
Thema: Advent bleibt Advent: Westpreußen ist keine Insel!
Alle Teilnehmer (Wir bitten um telefonische Angebote)

04) Tagesfahrten:

Im Jahr 2021 finden keine Tagesfahrten statt.
Für das Jahr 2022 wird ein Programm für Tagesfahrten vorbereitet.

05) AGOM-Wanderungen

Wanderung in Potsdam, Stadt und Park Sanssouci
Leitung: Joachim M o e l l e r

Freitag, 15. Oktober 2021.

Anmeldung zu dieser Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuopa e.V. bei Angelika Hanske, Ruf: 030-772 13 93.

Landsmannschaft Schlesien

Nieder- und Oberschlesien Landesgruppe Berlin/Mark Brandenburg e. V.

Herausgeber: Landsmannschaft Schlesien - Nieder- und Oberschlesien, Landesgruppe Berlin/Mark Brandenburg e.V., Brandenburgische Str. 24, 12167 Berlin-Steglitz – Bürozeit: Donnerstag 14.00 – 17.00 Uhr und nach Vereinbarung

06) Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V. Berlin-Brandenburg vervollständigt Vorstand durch Briefwahl

Die Landsmannschaft hat mit einer schriftlichen Wahl ihren Vorstand wieder vervollständigen können. Die Briefwahl war vom Amtsgericht angeordnet worden, nachdem die bisherige stv. Vorsitzende Frau M. Peters zurückgetreten war und Ihren Rücktritt dem Amtsgericht mitgeteilt hatte.

Der Vorstand setzt sich nunmehr wie folgt zusammen:

Bernd Stefan Schmieder, Vorsitzender,

Thomas Ruschin, 1. Stv. Vorsitzender,

David Peixoto, 2. Stv. Vorsitzender

Marcus Lausch, Schatzmeister

Wir informieren über den Vorstand zu gegebener Zeit!

Die Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e. V. Berlin-Brandenburg hat zurzeit eine Bürogemeinschaft mit der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin

A. j) Plattform des Arbeitskreises für landsmannschaftliche ostdeutsche Heimatkreise (Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa) *Seiten 264- 265*

Heimatkreis Wirsitz
Kom. Heimatkreisvertreter: Frank-Rainer Seelert
Lange Straße 6 27211 Bassum
Tel.: 04241-970350 Mobil-Telefon: 0178-6393122 E-Mail: frank.seelert@t-online.de

Seniorenhaus Anna-Charlotte
ul. Strzelecka 21, PL 89-340 Białośliwie Pologne

01) Ein Bericht zur „30. Weißenhöher Himmelfahrt, 24. bis 31. Juli 2021 ist in Vorbereitung!

02) Veranstaltungen im 2. Halbjahr 2021 in Weißenhöhe / poln. Białośliwie

Wegen der Corona-Pandemie sind zurzeit alle weiteren Veranstaltungen im Haus Anna-Charlotte abgesagt

Herzlich Willkommen beim Heimatkreis Schneidemühl e.V.

http://www.schneidemuehl.net/vorstand.html

03) Heimatkreis Schneidemühl: Patenschaftstreffen in Cuxhaven abgesagt

Liebe Schneidemühlerinnen, liebe Schneidemühler,
liebe Bezieher des Schneidemühler Heimatbriefes,

hier nun die amtliche Mitteilung, auch auf Anraten unserer Patenstadt Cuxhaven, dass unser diesjähriges Patenschaftstreffen Ende August 2021, einschließlich der Mitgliederversammlung, wegen der Corona-Pandemie, nicht stattfinden kann.

So müssen wir uns damit abfinden und hoffen, dass wir im nächsten Jahr, Ende August 2022, auch noch fit genug sind, und eine Fahrt nach unserer Patenstadt Cuxhaven machen können.

Nun wünsche ich den Schneidemühler Landsleuten und auch unserer Patenstadt Cuxhaven alles Gute, bleiben sie munter und vor allem bleiben sie gesund.
Es grüßt im Namen des Vorstandes herzlich und in heimatlicher Verbundenheit Horst Vahldick.

04) Treffen im „Ännchen von Tharau“,

Rolandufer 6, 10179 Berlin, am S-/U-Bahnhof Jannowitzbrücke

1) **Sonnabend, 11. September 2021, 14:00 Uhr**

2) **Sonnabend, 11. Dezember 2021, 14:00 Uhr**

Diese Seiten sind im Aufbau! Wir sind auf Ihre Mitarbeit angewiesen. Wir können uns vorstellen, dass auch weitere landsmannschaftliche Gliederungen eine Plattform in unserem AWR erhalten. Der Vorteil: Unser AWR ist durch seine Erscheinungsweise hochaktuell!

01) Siebenbürgens Kirchenburgen im Fokus des neuen Dokumentarfilms von Florin Besoiu

Sonnabend, 18.09.2021, 15:30 Uhr
Bundesplatz-Kino
Bundesplatz 14
10715 Berlin

Eintritt: 6 €

Die Evangelische Kirche A B. in Rumänien steht seit der Massenauswanderung der Siebenbürger Sachsen in die Bundesrepublik Deutschland Anfang der 90er Jahre vor einer Jahrhundertaufgabe: die siebenbürgisch-sächsischen Kirchenburgen und Kirchen vor dem Verfall zu retten. Die über 160 Kirchenburgen und rund 100 Kirchen sind einzigartige Baudenkmäler in Europa, deren Erhalt und Pflege für viele Menschen zur höchsten Pflicht und Aufgabe geworden ist.

Florin Besoiu, den das Berliner Publikum bereits 2019 seit der Deutschlandpremiere seines erfolgreichen Dokumentarfilms *Zuwanderung nach Siebenbürgen* kennt, widmet seinen neuen Film ***Neues Leben in alten Mauern*** (RO 2020) dem Kulturerbe der Siebenbürger Sachsen. Wir lernen Menschen kennen, die Mittel und Wege finden, um die mittelalterlichen Bauwerke zu sanieren, sie für Gottesdienste, aber auch für Festivals und andere kulturelle Veranstaltungen zugänglich zu machen.

Dr. Ingeborg Szöllösi, Südosteuropa-Referentin des Deutschen Kulturforums östliches Europa, beantwortet Publikumsfragen.

Weitere Infos auf unserer Internetseite:

https://kulturforum.info/de/termine/veranstaltungen/1023767-neues-leben-in-alten-mauern

Wir empfehlen allen Interessierten, bereits im Vorfeld Kinokarten online oder telefonisch beim Bundesplatz-Kino zu reservieren und 30 Minuten vor Beginn der Vorstellung abzuholen. Es gelten die coronabedingten Bestimmungen des Bundesplatz-Kinos.

Ein Projekt des Deutschen Kulturforums östliches Europa, Potsdam, in Zusammenarbeit mit dem Bundesplatz-Kino, Berlin.

Bildnachweis: Kirchenburg von Holzmengen/Hosman, © *Florin Besoiu*

Kontakt
Dr. Ingeborg Szöllösi
Tel. +49 (0)331 20098-11
szoelloesi@kulturforum.info

Deutsches Kulturforum östliches Europa
Berliner Straße 135 | Haus K1
14467 Potsdam

Tel. +49 (0)331 20098-0
Fax +49 (0)331 20098-50
www.kulturforum.info

02) Die Deutschbalten als Minderheit in Estland und Lettland in der Zwischenkriegszeit

Themenabend mit Kurzvorträgen und Podiumsdiskussion. Eine Anmeldung ist erforderlich.

Freitag, 24.9.2021, 18 Uhr
Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund
In den Ministergärten 8, 10117 Berlin

Freier Eintritt

Tallinn (dt. Reval), Amtssitz der estnischen Staatspräsidentin

Infolge des Ersten Weltkriegs und der Auflösung des russischen Kaiserreichs entstanden 1919/20 die Nationalstaaten Estland und Lettland. Die Zweiteilung des Gebietes nach Sprachgrenzen bedeutete einen radikalen Bruch mit der bisherigen territorialen Ordnung und der von den Deutschbalten wesentlich mitgeprägten kulturellen Tradition der Region.

Die Deutschbalten, die mit den Ordensrittern und danach ins Land gekommen waren, hatten ihre privilegierte Stellung auch unter der polnisch-litauischen, schwedischen und russischen Herrschaft stets wahren können. Nun waren sie eine Minderheit neben anderen.

Riga, Gebäude des lettischen Parlaments (Saeima). *Beide Fotos: © Deutsches Kulturforum östliches Europa*

Die Veranstaltung will die Minderheitenpolitik in den neuen Staaten Estland und Lettland in der Zwischenkriegszeit – sowohl in der demokratischen wie in der autoritären Phase – beleuchten und miteinander vergleichen. Darüber hinaus soll in der Podiumsdiskussion auf die Sichtweise der Deutschbalten als Minderheit in der Zwischenkriegszeit und die Bewertung der estnischen und lettischen Minderheitenpolitik nach 1945 bzw. 1990 von Seiten der Deutschbalten, der Esten und Letten eingegangen werden.

Programm

Grußworte

- Staatssekretärin Sandra Gerken
  Bevollmächtigte des Landes Schleswig-Holstein beim Bund
- MinDir i.R. Hans-Heinrich von Knobloch
  Vorstand des Deutschen Kulturforums östliches Europa

Kurzvorträge

- ***Die Deutschbalten als Minderheit in Estland***
  Prof. Dr. Vello Pettai, European Centre for Minority Issues (ECMI), Flensburg
- ***Die Deutschbalten als Minderheit in Lettland***
  Detlef Henning M.A. Nordost-Institut, Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa, Lüneburg

Podiumsdiskussion

- Prof. Dr. Vello Pettai
- Detlef Henning M.A.
- *Moderation:* Bettina Henkel

Anmeldung

Eine Anmeldung ist verpflichtend.

E-Mail: deutsches@kulturforum.info
F: +49 (0)331 20098-50

Die planmäßige Durchführung dieses Terminangebots steht unter dem Vorbehalt möglicher Einschränkungen durch staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der Covid19-Pandemie. Etwaige Änderungen teilen wir schnellstmöglich auf unserer Internetseite mit. Für alle Teilnehmenden gilt die 3 G-Regel. Es besteht die Pflicht zum Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes. Die Teilnehmerzahl ist beschränkt, Anmeldungen werden der Reihe nach berücksichtigt und bestätigt. Bitte Masken nicht vergessen!

Aufzeichnung

Die Veranstaltung wird aufgezeichnet und zeitnah auf dem YouTube-Kanal des Kulturforums gesendet. Der genaue Termin wird noch bekannt gegeben.

Die Veranstaltung ist eine Kooperation des Deutschen Kulturforums östliches Europa und der Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund

Kontakt

Dr. Martin Pabst
Tel. +49 (0)331 20098-14
pabst@kulturforum.info

Deutsches Kulturforum östliches Europa
Berliner Straße 135 | Haus K1
14467 Potsdam

Tel. +49 (0)331 20098-0
Fax +49 (0)331 20098-50
www.kulturforum.info

Schlesisches Museum zu Görlitz
Brüderstraße 8 bzw. Eingang Fischmarkt 5
02826 Görlitz
www.schlesisches-museum .de
kontakt@schlesisches-museum.de,
Tel. 0049 (0) 3581 8791-0.

Dr. Martina Pietsch

03) Vom „Karneval“ der Solidarność bis zum Runden Tisch. Die politische Opposition in Polen am Beispiel Schlesiens

Vortrag von Dr. Katarzyna Zinnow

Freitag, 17.09.2021, 19:00 Uhr
Eingang Fischmarkt 5
Eintritt frei

Im August 1980 kam es in Polen erneut zum gesellschaftlichen Widerstand. Aus der landesweiten Streikwelle ging die freie Gewerkschaft Solidarność hervor. Die 16 Monate des sogenannten Karnevals der Solidarność endeten mit der Einführung des Kriegsrechts. Tausende von Gewerkschaftern und Oppositionellen wurden interniert, in Kattowitz und Lüben wurden Protestierende erschossen. Mit dem Motto "Euer Winter, unser Frühling" ging die Solidarność in den Untergrund. Im Jahr 1989 kam es zu Gesprächen zwischen den Oppositionellen und der kommunistischen Regierung. Sie führten zum „Runden Tisch“ und zu den ersten halbfreien und freien Wahlen in Polen seit 1945.

Wir bitten um Ihre Anmeldung: kontakt@schlesisches-museum.de, Tel. 03581/8791-0.

04) Unterwegs in der polnischen Woiwodschaft Oppeln/Opole

Online-Vortrag von Andrzej Paczos

Freitag, 24.09.2021, 19:00 - 20:30 Uhr
Online-Vortrag, kostenlos

Die Woiwodschaft Oppeln ist zwar flächenmäßig und gemessen an der Einwohnerzahl die kleinste in Polen, aber sie ist reich an Architekturdenkmälern. Zu den bekanntesten zählen das Piastenschloss in Brzeg (Brieg), die Basilika in Nysa (Neisse) und die Altstadt von Paczków (Patschkau). Einer der bedeutendsten Orte ist der Annaberg - ein bekannter Pilgerort, geologisches Naturschutzgebiet, Denkmal für die Schlesischen Aufstände und guter Aussichtspunkt zugleich. In der Region wohnt auch der größte Teil der deutschen Minderheit in Polen.

Interessierte erhalten einen Link zugeschickt, wenn sie sich mit Ihrer Mailadresse anmelden: https://www.vhs-goerlitz.de/programm/sprachen.html/kurs/595-C-21H417071/t/unterwegs-in-der-polnischen-woiwodschaft-oppeln

Eine Kooperationsveranstaltung des Schlesischen Museums zu Görlitz und der vhs Görlitz.

*Für die Präsenzveranstaltungen gelten die Hygienebestimmungen des Freistaates Sachsen.

*Die Ausstellung und die Veranstaltungen sind Teil des Projektes „Schlesien – gemeinsames Kultur- und Naturerbe“, das vom Schlesischen Museum zu Görlitz gemeinsam mit dem Nationalpark Riesengebirge im Rahmen des Kooperationsprogramms INTERREG Polen-Sachsen 2014-20 durchgeführt wird.

www.UTP.berlin

05) SARS-CoV-2, das Virus, das unser Leben verändert hat.
Vortrag von **Prof. dr hab. Krzysztof Pyrć**,
Absolvent der Jagellonen-Universität (M.A.), der Universität von Amsterdam (Promotion) und der Universität Łódź (Habilitation).

Moderation: **Joanna Stolarek**

Meine Damen und Herren, liebe Freunde,
wir laden Sie ein zur Eröffnung des neuen Semesters, diesmal in den Hörsaal der Humboldt-Universität **Unter der Linden 6.**

Der erste Vortrag nach der Pandemie findet statt

Freitag, 17. September 2021, 18.00 Uhr, im Raum 3038.

Prof. dr hab. Krzysztof Pyrć, Absolvent der Jagellonen-Universität (M.A.), der Universität von Amsterdam (Promotion) und der Universität Łódź (Habilitation). Im Januar 2019 Berufung zum Professor der Naturwissenschaften. Forschungsschwerpunkte: Virologie, mit besonderer Berücksichtigung der Infektionsmechanismen sowie strategischer Therapieverfahren bei Vireninfektionen von Mensch und Tier...https://utp.berlin/prof-dr-habil-krzysztof-pyrc

Wir bitten unsere Zuhörer, die Covid-Vorschriften zu beachten (Masken, Impfnachweis, aktueller Test...)

Landesgeschichliche Vereinigung für die Mark Brandenburg

http://geschichte-brandenburg.de/lv-neu/veranstalt.html

Postanschrift: Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg e. V.
- Archiv und Bibliothek -
c/o Zentral- und Landesbibliothek Berlin
Postfach 610 179
10922 Berlin
Email: bibliothek@geschichte-brandenburg.de, archiv@geschichte-brandenburg.de

06) Die Bodenschätze des Grunewalds – rund um das Postfenn

Ein neuer Versuch die verschobene **136. Weihnachtswanderung** vom 26.12.2020 nachzuholen.

Leitung: Ingrid Zache und Dr. Felix Escher (Berlin)

Sonnabend, 18. September 2021

Treffen: 11.00 Uhr, Scholzplatz, Heerstraße Ecke Am Postfenn. ÖPNV: Bus M 49, 218 bis Scholzplatz oder S3 bis Pichelsberg mit 400 m Fußweg. Achtung! Die Busse X 34 und X 49 halten nicht am Scholzplatz. Dauer ca. 2 Stunden.

Begrenzte Teilnehmerzahl (max. 25 Personen), Anmeldung erforderlich: Tel. (03303) 40 86 96 oder E-Mail (neu): ingrid-zache@web.de. Für die Teilnahme gilt die „3G-Regel“: Geimpft, genesen oder getestet. Bitte zeigen Sie Frau Zache das entsprechende Dokument unaufgefordert , auch eine Übermittlung per E-Mail z.B. zusammen mit Ihrer Anmeldung ist möglich.

Im Grunewald wurden nicht nur Trümmer aufgeschüttet, sondern auch Flächen ausgeschürft. Was das für Folgen hatte, wollen wir uns am Nordrand des Grunewalds ansehen.

07) Friedrich Wilhelm I. von Preußen: ein Monarch mit vielen Gesichtern

Vortrag und Buchvorstellung: Prof. Dr. Frank Göse (Potsdam)

Donnerstag, 07. Oktober 2021
19.00 Uhr im Berlin-Saal der Berliner Stadtbibliothek, Breite Straße 36, Berlin-Mitte.

Für die Teilnahme gilt die „3G-Regel“: Geimpft, genesen oder getestet. Bitte zeigen Sie das entsprechende Dokument unaufgefordert beim Einlass. Bitte beachten Sie auch die geltenden Abstandsregeln, gegebenenfalls ist ein Mund- und Nasenschutz zu tragen,

König Friedrich Wilhelm I. (1688-1740), Wegbereiter für Preußens Vormachtstellung, war bereits zu Lebzeiten eine höchst kontroverse Herrscherfigur. Anders als sein Sohn Friedrich der Große, oder sein Großvater, der »Große Kurfürst«, nach dem er benannt ist, wurde er von Anfang an ambivalent beurteilt. Als Vater trat er despotisch auf und beschwor innerhalb der Familie schlimme Zerwürfnisse herauf. Als Herrscher ordnete er seinen »lieben blauen Kindern«, den Soldaten seines Königsregiments, alles unter. Mit cholerischen Charakterzügen, Geiz und Misstrauen ausgestattet weckte er beim Adel Ablehnung. Gleichzeitig stellten seine umfassenden Reformen im Bereich Bildung, Finanzen und Militär die Weichen für den oft deklarierten »preußischen Sonderweg«. – Frank Göse, Spezialist für die frühneuzeitliche preußische Geschichte und Stellvertretender Vorsitzender der Landesgeschichtlichen Vereinigung für die Mark Brandenburg e.V., hat die erste umfassende Biographie des Monarchen vorgelegt und beurteilt ihn entschieden aus seiner Zeit heraus. Er zeichnet die Rolle des Königs an der Entwicklung Preußens nach und würdigt seine Leistungen in der Finanz-, Wirtschafts- und Militärpolitik.

Literaturhaus Berlin
Fasanenstraße 23
10719 Berlin
+49 (0)30 887 286 0
info@literaturhaus-berlin.de

08) Nataša Kramberger »Verfluchte Misteln«.
Die Autorin im Gespräch mit Lola Randl

Buchpremiere

Donnerstag, 30. September 2021, 19:00 Uhr
7 € / erm. 4 €

im Garten

Ist Schreiben eine genau so harte Arbeit wie Gerste aussäen? Und wie übersteht man eine Polizeikontrolle in eisiger Nacht, vollkommen high von Baldriandämpfen, mit deren Hilfe man die Obstbäume vor dem Erfrieren retten wollte? Das sind nur einige der Fragen, die sich die Autorin in ihrem Roman über das Leben und Arbeiten auf dem Land stellt. Doch was einfach nur ein lustiges Buch über die Mühsal der Städterin mit Frost, bürokratischen Unbillen und übergescheiten Nachbarn sein könnte, ist zugleich ein wunderbarer Roman über Familie und Tradition. Humorvoll und mit poetischer Raffinesse hinterfragt Nataša Kramberger in ihrem Roman die vermeintlichen Widersprüche – körperliche und geistige Arbeit, archaisches Land und die moderne Urbanität, nachhaltige und herkömmliche Landwirtschaft – und erforscht kritisch und selbstironisch die Rollenbilder, die beide Lebenswelten prägen, den Sexismus und die Skepsis, denen sich die Erzählerin ausgesetzt sieht, und nicht zuletzt die Beziehung zwischen Mensch und Natur.Und wer könnte mit all diesen Fragen besser vertraut sein als die Autorin Lola Randl, die sich mit ihrem Buch » Der große Garten« vor zwei Jahren mit ganz ähnlichen Utopien und Dystopien beschäftigte. Mit ihr unterhält sich Nataša Kramberger – hoffentlich im Garten des Li-Be – bei schlechtem Wetter im Großen Saal.

Nataša Kramberger »Verfluchte Misteln« Verbrecher Verlag, 2021

In Kooperation mit dem SKICA Berlin – Slowenisches Kulturzentrum Berlin und der Slowenischen Buchagentur

Bitte unterstützen Sie unsere Veranstaltungen mit einer Spende. Vielen Dank!

09) NS-Zwangsarbeit in Adlershof
Ein Audio-Rundgang

Sonntag, 19. September 2021, 16 Uhr
Restaurant P Two, Dörpfeldstraße 58, 12489 Berlin

Senatsverwaltung für Kultur und Europa | Bezirksamt Treptow-Köpenick | BERLIN

MUSEEN TREPTOW KÖPENICK

NS ZWANGSARBEIT
Dokumentationszentrum

Sonntag, 19. September 2021, 16 Uhr

Feierliche Eröffnung

NS-Zwangsarbeit in Adlershof

Ein Audiorundgang

Restaurant Ratskeller, 1938. 1940 bis 1945 Lager für Zwangsarbeitende, heute Restaurant P TWO © Bauaktenarchiv, BA Treptow-Köpenick

Der Rundgang besteht aus neun Gedenktafeln und aus 14 Audio-Stationen zu historischen Orten der Zwangsarbeit in Adlershof.

Adlershof war in der NS-Zeit ein wichtiger Industriestandort. Hier befanden sich zahlreiche Einsatzorte und Unterkünfte für Zwangsarbeitende. Der Rundgang informiert über diese historischen Orte und die Unternehmen, die von Zwangsarbeit profitierten. Das Angebot, das online abgerufen werden kann, enthält vertiefende Informationen, unter anderem zur NS-Geschichte von Adlershof.

Die Museen Treptow-Köpenick erarbeiteten den Rundgang in Kooperation mit dem Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit. Nach der ca. 45-minütigen Veranstaltung im Restaurant P TWO, einem der Tafelstandorte, werden Führungen entlang des Rundgangs angeboten.

Begrüßung: Cornelia Flader
Bezirksstadträtin für Weiterbildung, Schule, Kultur und Sport

Einführung: Roland Borchers
Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit

Projektvorstellung: Agathe Conradi
Leiterin der Museen Treptow-Köpenick

Vortrag zu Zwangsarbeit in Adlershof: Thomas Irmer
Historiker, Politologe, Kurator zahlreicher Ausstellungen, Experte für das Thema NS-Zwangsarbeit

Eine Teilnahme an der Veranstaltung und den Führungen ist nur nach vorheriger Anmeldung möglich.

VERANSTALTUNGSORT:
Restaurant P TWO, Dörpfeldstraße 58, 12489 Berlin-Adlershof
Anmeldung: veranstaltung-sw@topographie.de, 030 / 63 90 288-0

TOPOGRAPHIE DES TERRORS

10) Léon Poliakow: Vom Hass zum Genozid. Das Dritte Reich und die Juden. Buchpräsentation

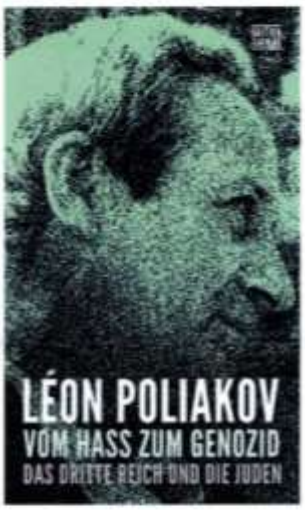
Dienstag, 21. September 2021, 19 Uhr
Topographie des Terrors, Auditorium
Niederkirchnerstraße 8, Berlin-Kreuzberg

VERANSTALTUNG
IM LIVESTREAM

TEILNAHME VOR ORT
NUR MIT ANMELDUNG

TOPOGRAPHIE
DES
TERRORS
Niederkirchnerstraße 8
10963 Berlin
Telefon 030 254509-0
Fax 030 254509-99
info@topographie.de
www.topographie.de

Die Stiftung Topographie des Terrors lädt zu einer Buchpräsentation ein.



Dienstag **21. September 2021** 19.00 Uhr

Léon Poliakov
Vom Hass zum Genozid. Das Dritte Reich und die Juden

Einführung: Alexander Carstiuc, Berlin
Vortrag: Prof. Dr. Stephan Lehnstaedt, Berlin
Moderation: PD Dr. Susanne Heim, Berlin

Die Teilnahme ist vor Ort (mit Anmeldung) oder per Livestream möglich:

Topographie des Terrors Auditorium
Niederkirchnerstraße 8 | Berlin-Kreuzberg
Eintritt frei

www.topographie.de/livestream/
Der Stream ist anschließend 14 Tage abrufbar.

Léon Poliakov (1910–1997), Sohn eines jüdischen Verlegers, wohnte nach der Flucht aus Russland ab 1924 mit seiner Familie in Paris. Während des Zweiten Weltkriegs lebte er an verschiedenen Orten in Frankreich und war an Widerstandsaktivitäten beteiligt. Von 1946 bis 1948 arbeitete er als Sachverständiger der französischen Delegation beim Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg. 1951 veröffentlichte Poliakov das Buch *Bréviaire de la haine. Le Troisième Reich et les Juifs* – die erste systematische Gesamtdarstellung des Mordes an den europäischen Juden auf der Grundlage von deutschen Dokumenten. Siebzig Jahre später liegt nun das von Ahlrich Meyer übersetzte Buch auch in deutscher Sprache vor.
In seiner Einführung skizziert Alexander Carstiuc den Werdegang Poliakovs und lenkt den Blick auf seine Zeit im Untergrund in Südfrankreich und seinen Beitrag zur Rettung verfolgter Juden. Stephan Lehnstaedt gibt in seinem Vortrag einen Einblick in die frühe Holocaustforschung und stellt die Bedeutung von Poliakovs Standardwerk heraus.

Für die Teilnahme an dieser Veranstaltung vor Ort ist eine Anmeldung bis 16.9.2021 erforderlich: veranstaltungen@topographie.de (Telefon 030 254509-0).
Bitte übermitteln Sie mit Ihrer Anmeldung folgende Angaben (ggf. auch für Ihre Begleitung): Vorname und Name, E-Mail-Adresse oder Postanschrift, Telefon.
Bei Anmeldung per E-Mail erhalten Sie eine Teilnahmebestätigung.

Die Teilnahme ist nur möglich mit Nachweis (vorzulegen am Einlass)
- eines **negativen Corona-Tests innerhalb der letzten 24 Stunden** oder
- einer **seit 14 Tagen abgeschlossenen Corona-Schutzimpfung** oder
- der **Genesung, mindestens 28 Tage, höchstens 6 Monate zurückliegend**.

Während des gesamten Aufenthalts im Gebäude ist eine medizinische oder FFP2-Maske zu tragen.

Begrenzte Platzzahl. Bitte haben Sie Verständnis, falls wir nicht alle Teilnahmewünsche berücksichtigen können.

11) 12 Jahre, 3 Monate, 8 Tage. Andreas Nachama über die Zeit des Nationalsozialismus

Donnerstag, 30. September 2021, 19 Uhr
Topographie des Terrors, Auditorium
Niederkirchnerstraße 8, Berlin-Kreuzberg

VERANSTALTUNG
IM LIVESTREAM

TEILNAHME VOR ORT
NUR MIT ANMELDUNG

TOPOGRAPHIE
DES
TERRORS
Niederkirchnerstraße 8
10963 Berlin
Telefon 030 254509-0
Fax 030 254509-99
info@topographie.de
www.topographie.de

Die Stiftung Topographie des Terrors lädt zu einer Buchpräsentation ein.

Donnerstag **30. September 2021** 19.00 Uhr

12 Jahre, 3 Monate, 8 Tage
Andreas Nachama über die Zeit des Nationalsozialismus

Begrüßung: Dr. Andrea Riedle, Direktorin der Stiftung Topographie des Terrors, Berlin
Buchpräsentation und Gespräch mit
Prof. Dr. Andreas Nachama, Berlin, und
Sven Felix Kellerhoff, Journalist, Berlin

Die Teilnahme ist vor Ort (mit Anmeldung) oder per Livestream möglich:

Topographie des Terrors Auditorium
Niederkirchnerstraße 8 | Berlin-Kreuzberg
Eintritt frei

www.topographie.de/livestream/
Der Stream ist anschließend 14 Tage abrufbar.

Ein „tausendjähriges Reich", so haben es die Nationalsozialisten gelegentlich propagiert. Tatsächlich waren es nur zwölf Jahre, drei Monate und ein paar Tage. Aber diese kurze Zeitspanne hat die Welt – ganz sicher Europa – verändert.
In seinem Buch *12 Jahre, 3 Monate, 8 Tage* (2021) geht Andreas Nachama anhand einer zentralen Quelle, der Berichterstattung der NS-Parteizeitung „Völkischer Beobachter", wesentlichen Ereignissen der Jahre 1933 bis 1945 und ihrer medialen Vermittlung nach. Zitate aus Tagebüchern von Zeitgenossen ergänzen den offiziösen Blick. In dreizehn Kapiteln legt der ehemalige langjährige Direktor der Stiftung Topographie des Terrors eine illustrierte Gesamtschau auf die NS-Zeit vor. Dabei vermittelt der Autor auch – nicht zuletzt aufgrund seiner Erfahrungen als Kind von Überlebenden der Schoa – seinen sehr persönlichen Blick auf die Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft über Deutschland und schließlich große Teile Europas. Das Buch basiert auf einer 2018/19 im Dokumentationszentrum Topographie des Terrors gehaltenen Vortragsreihe.

Für die Teilnahme an dieser Veranstaltung vor Ort ist eine Anmeldung bis 27.9.2021 erforderlich: veranstaltungen@topographie.de (Telefon 030 254509-0).
Bitte übermitteln Sie mit Ihrer Anmeldung folgende Angaben (ggf. auch für Ihre Begleitung): Vorname und Name, E-Mail-Adresse oder Postanschrift, Telefon.
Bei Anmeldung per E-Mail erhalten Sie eine Teilnahmebestätigung.

Die Teilnahme ist nur möglich mit Nachweis (vorzulegen am Einlass)
- eines **negativen Corona-Tests innerhalb der letzten 24 Stunden** oder
- einer **seit 14 Tagen abgeschlossenen Corona-Schutzimpfung** oder
- der **Genesung, mindestens 28 Tage, höchstens 6 Monate zurückliegend**.

Während des gesamten Aufenthalts im Gebäude ist eine medizinische oder FFP2-Maske zu tragen.

Begrenzte Platzzahl. Bitte haben Sie Verständnis, falls wir nicht alle Teilnahmewünsche berücksichtigen können.

B. b) Vorlesungsreihen, Diskussionen, Seminare u.ä. Seiten 279 - 368

01) Alexander von Humboldt in Franken, Schlesien und Polen.
Historische Fachtagung, 17. September 2021 – online

HINWEISE FÜR TAGUNGSTEILNEHMER

1. Live-Stream und Aufzeichnung

Die historische Fachtagung unter dem Titel ***„Alexander von Humboldt in Franken, Schlesien und Polen"*** wird

am 17. September 2021 ab 14.00 Uhr

als Live-Stream auf dem YouTube-Kanal der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen übertragen und anschließend dort abrufbar bleiben:

https://www.bit.ly/kulturstiftungvideo

2. Teilnahmemöglichkeit

Während der Ausstrahlung des Live-Streams können auf dem YouTube-Kanal der Kulturstiftung Fragen gestellt werden.

3. Veranstalter

Malapanetalverein
www.sdmp.eu

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
www.kulturstiftung.org

Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen
www.vdg.pl

Landsmannschaft Schlesien, Nieder- und Oberschlesien
www.landsmannschaft-schlesien.de

Stiftung Haus Oberschlesien
www.haus-oberschlesien.eu

Alexander von Humboldt Kulturforum Schloss Goldkronach
www.humboldt-kulturforum.de

EINLADUNG

Alexander von Humboldt in Franken, Schlesien und Polen

Historische Fachtagung
17. September 2021
online

gefördert durch:

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Weitere Auskünfte:
Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn
Brunnenstraße 191, 10119 Berlin
Telefon Bonn: 0228 / 915 12 0
Telefon Berlin: 030 / 863 355 10
E-Mail: kontakt@kulturstiftung.org

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Bild Vorderseite: Wikipedia/Porträt Alexander von Humboldts, Gerard nach Jules Worms nach Carl von Steuben, gemeinfrei
Karte Rückseite: Wikipedia/Mappa Geographica Ducatus Silesiae, Augsburg, Vindel, 1758, gemeinfrei

ZUM TAGUNGSTHEMA

Alexander von Humboldt, über den sein großer Zeitgenosse und Freund Johann Wolfgang von Goethe äußerte: „Man kann sagen, er hat an Kenntnissen und Wissen nicht seinesgleichen", zählt auch heute noch zu den bedeutendsten Forschern aller Zeiten. Sein Name steht aber auch wie kein zweiter für die völkerverständigende Kraft der Wissenschaft.

Während die Reisen des Geographen, Naturforschers und Universalgelehrten Alexander von Humboldt nach Nord- und Südamerika und Russland weltberühmt sind, bleiben sein bergmännischer (Forschungs-)Aufenthalt in Franken und seine ausgedehnten Erkundungs- und Forschungsreisen nach Schlesien und Polen im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts weitgehend unbekannt.

Die historische Fachtagung soll erste Einblicke in das Wirken Humboldts in Franken, Schlesien und Polen bieten, Humboldts Interesse an der polnischen Frage beleuchten sowie das Interesse der polnischen Wissenschaft an Humboldt in den Blick rücken. Am Rande wird auch auf die Beziehung seines kongenialen Bruders, Wilhelm von Humboldt, zu Schlesien eingegangen, der vor 200 Jahren Schlossherr in Ottmachau (Otmuchów) wurde.

Die Fachtagung bildet den Auftakt zu einem internationalen Humboldt-Symposium, das 2022 im oberschlesischen Malapane (Ozimek) stattfinden wird - 230 Jahre nach Humboldts Besuch in diesem frühen preußischen Hüttenort.

PROGRAMM

14.00 Uhr - Grußworte
> Reinfried Vogler, Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
> Józef Tomasz Juros, Vorsitzender des Malapanetalvereins
> Bernard Gaida, Vorstandsvorsitzender des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen
> Stephan Rauhut, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien
> Sebastian Wladarz, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Haus Oberschlesien

14.30 Uhr - Humboldt in Bayreuth. Fränkische Jahre von Alexander von Humboldt
> Hartmut Koschyk, Parlamentarischer Staatssekretär a.D., Vorsitzender des Alexander von Humboldt-Kulturforums Schloss Goldkronach e. V.

14.50 Uhr - Wirtschaftlicher und industrieller Entwicklungsstand Schlesiens vor und zurzeit der Schlesienreise von Alexander von Humboldt
> Józef Tomasz Juros, Vorsitzender des Malapanetalvereins

15.10 Uhr - Der Weltwissenschaftler Alexander von Humboldt und der Osten
> Thomas Maruck, Autor und Studienreiseleiter

15.30 Uhr – Feierlichkeiten aus Anlass des Jahrestages des Besuchs Alexander von Humboldts in Tarnowitz im Jahr 1792
> Zbigniew Pawlak, Vorsitzender des Vereins der Liebhaber des Tarnowitzer Landes

15.50 Uhr - Überlegungen Alexander von Humboldts zur Errichtung eines Gradierwerkes in Słońsk an der Weichsel
> Prof. Dr. Dr. Dagmar Hülsenberg, Humboldt-Gesellschaft für Wissenschaft, Kunst und Bildung e.V.; Ilmenau

16.10 Uhr - Pause

16.30 Uhr - Dokumentarfilme: Salinen in Ciechocinek und Słońsk. Gestern und heute (Trailer) und Wächter der Eisenbrücke
(beide Filme mit deutschen Untertiteln)
> Teresa Kudyba, Filmregisseurin und -produzentin

16.55 Uhr - Verdienste des polnischen Historikers Krzysztof Zielnica um die Alexander-von-Humboldt-Forschung
> Dr. Ingo Schwarz, ehem. Leiter der Alexander von Humboldt-Forschungsstelle der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften

17.15 Uhr - Alexander von Humboldts Einstellung zu Polen und den polnischen Aufständen im Vergleich zu Wilhelm von Humboldts Einstellung
> Aniela Mikolajczyk, Universität Potsdam

17.35 Uhr - Wie wurde Wilhelm von Humboldt Eigentümer des Schlosses in Ottmachau?
> Matthias Lempart, Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

17.55 Uhr - Schlussworte
> Reinfried Vogler
> Józef Tomasz Juros

02) Wissen aus der Region. Brandenburg im Jahr 1945

Veranstalter
Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten
Veranstaltungsort
Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Am Neuen Markt 9
14467 Potsdam
Vom - Bis
19.09.2021 - 19.09.2021
Frist
01.09.2021
Von
Mareike Otters, Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten

Ein Workshop im Rahmen des Begleitprogramms zur Ausstellung „BRUCHSTÜCKE '45“ im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte in Potsdam.

„Wissen aus der Region. Brandenburg im Jahr 1945“

Das Wissen über regionale Geschichte ist häufig nicht in Geschichtsbüchern und Monografien bekannter Historiker:innen zu finden. Expert:innen vor Ort, wie Archivar:innen, Mitarbeitende kleiner Museen und zahlreiche ehrenamtliche Geschichtsinteressierte - auch Jugendliche - sind hier die wichtigeren Wissensträger:innen. Mit dem Workshop wollen wir lokale Expert:innen, Akteur:innen aus Gedenkstätten und der universitären Forschung miteinander ins Gespräch bringen. Wir tauschen unser Wissen über das Jahr 1945 in der Region aus und denken gemeinsam über neue Formen der Zusammenarbeit nach.

Es besteht die Möglichkeit zu kurzen Impulsvorträgen.

Bei Interesse melden Sie sich bitte unter veranstaltungen@gedenkstaette-sachsenhausen.de an und erläutern Sie kurz Ihren Hintergrund.

Kontakt

Maren Jung-Diestelmeier& Mareike Otters

E-Mail: veranstaltungen@gedenkstaette-sachsenhausen.de

https://www.hbpg.de

https://www.stiftung-bg.de

Zitation
Wissen aus der Region. Brandenburg im Jahr 1945. In: H-Soz-Kult, 11.08.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-112200>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

03) "Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit"

Veranstalter
Polnische Historische Mission an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg; Haus des Deutschen Ostens (HDO) in München; Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń, Institut für Geschichte und Archivkunde, Lehrstuhl für Geschichte der skandinavischen Länder sowie des Mittel- und Osteuropas; Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Philosophische Fakultät, Lehrstuhl für Fränkische Landesgeschichte
Gefördert durch
Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung (DPWS); Haus des Deutschen Ostens (HDO) in München

97074 Würzburg
Vom - Bis
20.09.2021 - 21.09.2021
Frist
18.09.2021
Von
Renata Skowronska, Polnische Historische Mission an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg (Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń)

Am 20.–21. September 2021 findet online eine wissenschaftliche Tagung zur Geschichte der Staatsangehörigkeit statt. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Titel der Tagung: „Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit“. Geschichte der Zugehörigkeit des Einzelnen zur Gemeinschaft und der daraus folgenden Rechte und Pflichten.

Um den Link (für Zoom) zu erhalten melden Sie sich bitte per Mail bei Dr. Lina Schröder (lina.schroeder@uni-wuerzburg.de) bis spätestens 18. September 2021 an.

"Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit"

Die Geschichte des Konzepts der Staatsangehörigkeit reicht in die Antike und ist mit der privilegierten Rechtsstellung der Staatsbürger, verstanden als freie Bewohner der griechischen Polis, verbunden. Ihre Position wurde zu Beginn durch die Philosophen im Kontext der Verpflichtungen und erwünschten Tugenden thematisiert. Erst Aristoteles definierte den Begriffsinhalt der Staatsangehörigkeit etwas ausführlicher, insbesondere in Hinsicht auf die Sonderrechte der Gruppe: Die Staatsbürger sind also diejenigen Männer, die berechtigt sind, an der Gerichtsbarkeit und Herrschaft teilzunehmen. Die Staatsbürgerschaft bedeutete daher volle politische Rechte für eine bestimmte Gruppe innerhalb der Polis. In den privilegierten Kreis der Bürger konnten nur Söhne der bürgerlichen Familien gelangen. Die „Fremden“, auch wenn sie schon lange, etwa in Athen, ansässig oder sogar geboren waren, sowie zahlreiche Unfreie blieben ausgeschlossen. Das Konzept der Staatsbürgerschaft wurde im antiken Rom weiterentwickelt. Anfänglich durften nur die Einwohner der „Ewigen Stadt“ die Rechte der *cives Romani* genießen, später wurde es auch an weitere Personen oder ganze Gruppen verliehen. Mit dem Ende der Republik verloren die Bürger allmählich ihre politischen Rechte. In der Folge entwickelte sich ein Modell der Staatsbürgerschaft, in dem die Gleichheit (Gerechtigkeit) vor dem Gesetz vorrangige Bedeutung hatte. Noch bis zur *Constitutio Antoniniana*, einer Verordnung Kaisers Marcus Aurelius Severus Antoninus (genannt Caracalla) aus dem Jahre 212, in der allen freien Bewohnern des Reichs das römische Bürgerrecht verliehen wurde, hatte es einen geschlossenen und elitären Charakter. Mit dem Edikt resultierte die Staatsbürgerschaft wiederum zu einem Allgemeingut aller Einwohner des Reichs (ausgeschlossen waren Unfreie und „Fremde“), jedoch ohne Zusicherung der Garantie

bezüglich einer Teilnahme an Regierung und Gerichtsbarkeit. Die Staatsbürgerschaft bedeutete also lediglich einen bestimmten Status des Untertanen.

Auf dieser Basis entwickelten sich in den nächsten Jahrhunderten verschiedene Konzepte der Rechtsbeziehung zwischen dem Individuum und der Gemeinschaft, die mit veränderten politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konstellationen konfrontiert wurden. Zu einer neuen Epoche in der Geschichte der Staatsbürgerschaft wurde das Mittelalter, mit einer ganz neuen, sich allmählich und ungleich entwickelten Ordnung: dem Feudalismus. Die Gesamtbevölkerung wurde zu Abhängigen, denen je nach sozialem Status verschiedene Freiheiten, Rechte und Pflichten zustanden, jedoch ohne Gewährung politischer Privilegien, die zunächst allein beim König bzw. den geistlichen und weltlichen Fürsten lagen. In einigen Territorien konnten sich Landstände (Adel, Klerus, Städte, aber nur in den seltensten Fällen auch Bauern) herausbilden, welche politische Begehren gegenüber dem Landesherrn vorbrachten. Die Ideen einer teilweisen demokratischen Regierung und der Bürgerschaft in antikem Sinne wurden in dieser Zeit nur in kleineren Gemeinschaften realisiert, bevorzugt in den Städten, aber auch in den Klöstern mit den etwa in der Benediktinerregel verankerten Rechten des Konvents gegenüber dem Abt.

Im Verlaufe der Moderne wurde der Begriff der „Staatsbürgerschaft“ allmählich durch „Staatsangehörigkeit“ ersetzt; mit diesem wurde die Zugehörigkeit zum Staat betont, ohne ausdrücklich auf die Rechte und Pflichten des Bürgers hinzuweisen. Diese Wahrnehmung der Staatsangehörigkeit bestätigten verschiedene internationale Konventionen. Sie konzentrierten sich zuerst, vom staatlichen Gesichtspunkt ausgehend, auf die Gesetzgebung der Länder. In einer Konvention des Völkerbunds aus dem Jahre 1930 wurde betont, dass jeder Staat allein bestimmen kann, wer sein Bürger ist. Eine deutliche Wende in der Legislative zu diesem Thema brachte die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte aus dem Jahre 1948. Im Artikel Nr. 15 wurde das Recht auf die Staatsangehörigkeit als unverzichtbares Menschenrecht beschrieben: „Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit“ und „Niemandem darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen noch das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln“.

Ziel der Tagung ist die Darstellung der Entwicklung des Konzepts der Staatsangehörigkeit als gegenseitiges Rechtsverhältnis zwischen dem Individuum und dem Staat unter besonderer Berücksichtigung der Situation in den polnischen und deutschen Gebieten vom Mittelalter bis um 1948 (Verkündung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte). Dabei sollen, ausgehend von Formen, die die Privilegierung bestimmter sozialer Gruppen und Schichten zum Ziel hatten (z.B. die Stadtbürgerschaft im Mittelalter und der Frühen Neuzeit), verschiedene Phasen der Entwicklung dieses Begriffes bis zu der Ausbildung eines modernen Konzepts der Staatsangehörigkeit (18.–19. Jahrhundert) und der Anerkennung dieser als eines der Grundrechte eines jeden Menschen aufgezeigt werden (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948). In diesem Zusammenhang soll auch der Entwicklung der Wahrnehmung von Rechten und Pflichten des Untertanen und des Bürgers, sowohl durch die Obrigkeit als auch die Bevölkerung bestimmter Gebiete, Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Der geographische Rahmen der Tagung umfasst zwei Bereiche – den historischen polnischen und den deutschen Kultur- und Geschichtsraum. Die politischen Grenzen dieser Gebiete decken sich weitgehend mit dem Territorium des Heiligen Römischen Reichs, Preußens, des Deutschen Bundes bzw. des Deutschen Reichs sowie Polens (Königreich Polen, Polen-Litauen, Rzeczpospolita, Herzogtum Warschau, Kongress-Polen, Zweite Polnische Republik). Untersuchungszeitraum: epochenübergreifend, insbesondere vom Mittelalter bis um 1948.

Wir laden Sie herzlich zur Teilnahme an der Tagung ein!

Die Tagung wird unter der Schirmherrschaft von Frau Staatsministerin Melanie Huml und Herrn Generalkonsul Jan M. Malkiewicz veranstaltet.

Die Tagung wird in Verbindung mit dem Kolleg „Mittelalter und Frühe Neuzeit" veranstaltet.

Veranstalter:
Polnische Historische Mission an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg – Dr. Renata Skowrońska
Haus des Deutschen Ostens (HDO) in München – Prof. Dr. Andreas Otto Weber
Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń, Institut für Geschichte und Archivkunde, Lehrstuhl für Geschichte der skandinavischen Länder sowie Mittel- und Osteuropas – Prof. Dr. Andrzej Radzimiński
Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Philosophische Fakultät, Lehrstuhl für Fränkische Landesgeschichte – Prof. Dr. Helmut Flachenecker, Dr. Lina Schröder

Programm

Montag, 20. September 2021

9:00 – 9:30 Uhr Warteraum: Anmeldung

9:30 – 10:00 Uhr *Grußworte*

10:00 – 10:30 Uhr Einführungsvortrag (Moderation: Prof. Dr. Andrzej Radzimiński) Sven Altenburger M.A. (Georg-August-Universität Göttingen): Die Pflichten des Bürgers. Politische Ideen und Institutionen in Deutschland (ca. 1880–1930)

10:30 – 11:00 Uhr *Kaffeepause*

11:00 – 12:45 Uhr Vom Bürgerrecht zur Staatsangehörigkeit (Moderation: Prof. Dr. Helmut Flachenecker)

Dr. Heinrich Speich (Masarykova Univerzita Brno): Bürger, Stadt und Staat. Standortbestimmung einer Zwangsbeziehung

Dr. Oliver Landolt (Stadtarchiv Schaffhausen): Das Bürgerrecht als exklusives Privileg. Das Landrecht im Land Schwyz im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit und seine Auswirkungen bis in die Gegenwart

Dr. Winfried Romberg (Julius-Maximilians-Universität Würzburg): Vom Untertanen zum Staatsbürger. Zur Rechtsstaatlichkeitsentwicklung im aufgeklärten Fürstbistum Würzburg (ca. 1750–1802)

12:45 – 14:30 Uhr *Mittagspause*

14:30 – 15:30 Uhr Rechte, Pflichten und Ausnahmesituation (Moderation: Prof. Dr. Heinz-Dieter Heimann)

Dr. Lina Schröder (Julius-Maximilians-Universität Würzburg): „Item so eyn auswendiger frevelichen schaden thete im gemeinholcz..." Der Seßlacher Bürgerwald und bürgerliche Rechte und Pflichten

Dr. Marek Starý (Univerzita Karlova v Praze): „Souveräne Untertanen.“ Die im Reich regierenden Fürsten als Untertanen der böhmischen Krone in der Frühen Neuzeit

15:30 – 16:00 Uhr *Kaffeepause*

16:00 – 17:00 Uhr Konfession als potenzieller Ausgrenzungsfaktor (Moderation: Prof. Dr. Caspar Ehlers)

Dr. Jiří Brňovják (Ostravská univerzita): The „right“ religion. Confessional affiliation and the estates in the Lands of the Bohemian Crown (from the early 17th century until the mid-19th century)
Thea Sumalvico (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg): Macht die Taufe zum Staatsbürger? Judentum, Christentum und Mechanismen des Ausschlusses im deutschsprachigen Raum des 18. Jahrhunderts

17:15 – 18:30 Uhr *Stadtbesichtigung*

Dienstag, 21. September 2021

9:00 – 10:00 Uhr Konzepte der modernen Rechtsbeziehung (Moderation: Prof. Dr. Wolfgang Wüst)

Prof. Dr. Alicja Kulecka (Uniwersytet Warszawski): The citizen in the ideology of political formations in the time of uprising 1863–1864

Dr. Mikołaj Banaszkiewicz (Sankt-Peterburgskij gosudarstvennyj universitet): The Northwestern Gubernias as a laboratory for social change. The contribution of Polish political thought to the development of the concept of citizenship in the Russian Empire

10:00 – 10:30 Uhr *Kaffeepause*

10:30 – 12:00 Uhr Elitär und egalitär (Moderation: N.N.)

Prof. Dr. Szymon Olszaniec (Uniwersytet Mikołaja Kopernika w Toruniu): The curiales (buleutai) in IV–VI century A.D.: social status, obligations and privileges
Dr. Jens Blecher (Universität Leipzig): Von der Landsmannschaft zum Bürger. Die nationale Selbstwahrnehmung und die Selbstorganisation von polnischen Studenten an der Universität Leipzig (1409–1919)
Dr. Marcin Jarząbek (Uniwersytet Jagielloński w Krakowie): Right to vote and the concept of citizenship in the Upper Silesian plebiscite in 1921. Conflicted understanding of belonging

12:00 – 13:30 Uhr *Mittagspause*

13:30 – 15:00 Uhr Zugehörigkeit und Ausgrenzung (Moderation: N.N.)

Prof. Dr. Wolfgang Wüst (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg): Arme als Staaten-, Herren- und Heimatlose. Zum Problem der Bettler-, Zigeuner- und Vagantenschübe in süddeutschen Territorien der Frühmoderne
Dr. Aleksandra Oniszczuk (Uniwersytet Warszawski): If neither citizens, nor foreigners, then what? Paradoxes of the Jewish community's civic and political status in the Duchy of Warsaw (1807–1815)
Dr. István Gergely Szűts (Habsburg Ottó Alapítvány Budapest): Flüchtlinge und Staatsbürgerschaft in Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg

15:00 – 15:30 Uhr *Kaffeepause*

15:30 – 17:30 Uhr Im Spiel der totalitären Staaten (Moderation: Prof. Dr. Peter Hoeres)

Dr. Jonathan Voges (Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover): „Ich bitte höflichst zu prüfen, ob es möglich ist, die Ausbürgerung zu annullieren.“ Osteuropäische Juden und ihr Kampf gegen die Aberkennung ihrer deutschen Staatsbürgerschaft am Beispiel des Landes Braunschweig
Prof. Dr. Albin Głowacki (Uniwersytet Łódzki): Wille des Bürgers oder Stärke des Staates? Über die sowjetische Staatsbürgerschaft polnischer Staatsbürger in der Sowjetunion in den Jahren 1939–1945
Dr. Wojciech Marciniak (Uniwersytet Łódzki): The issue of Poles’s citizenship in Soviet Union in activity of Polish Embassy in Moscow in years 1945–1948

Schlussdiskussion

Kontakt

r.skowronska@uni-wuerzburg.de

http://pmh.umk.pl/de/tagung-jeder-hat-das-recht-auf-eine-staatsangehorigkeit-2020/

Zitation
"Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit". In: H-Soz-Kult, 22.08.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-112348>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

04) Frauen als Vorkämpferinnen sozialer Gerechtigkeit?

- **Völlig vergessen – die oberschlesische Kämpferin Agnes Wabnitz**
  Roswitha Schieb, Borgsdorf b. Berlin
- **Stets gegenwärtig – die jüdische Intellektuelle Rosa Luxemburg**
  Holger Politt, Rosa-Luxemburg-Stiftung

Donnerstag, 23. September 2021, 18:00 Uhr

Im Mittelpunkt der Präsentationen stehen bewusst Akteure und Akteurinnen, die nichtdominanten ethnischen Gruppen des geteilten Polen angehörten. Auf diese Weise gehen Yvonne Kleinmann und Martin Rohde der Frage nach, welche sprachlichen und soziopolitischen Orientierungsoptionen sich Angehörigen der nichtpolnischen Bevölkerung in imperialen Zusammenhängen eröffneten. Anhand jüdischer und ukrainischer Schul- und Bildungswege untersuchen sie, welche Möglichkeiten der Partizipation es innerhalb der jeweiligen imperialen Bildungsinstitutionen in deutscher bzw. russischer Sprache gab, auf welches Echo diese bei Juden und Jüdinnen bzw. Ukrainern und Ukrainerinnen stießen und welche sprachlichen und institutionellen Alternativen sich im Laufe des 19. und frühen 20. Jahrhunderts boten. In vergleichender Perspektive stellen sie die übergeordnete Frage, welche Bedeutung die jeweiligen Lernformen, Sprachen und Institutionen für die Selbstwahrnehmung für die beteiligten Personen und Gruppen hatten.

Mit:
Prof. Dr. Yvonne Kleinmann, Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien in Halle
Dr. Martin Rohde, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Moderation:
Dr. Iwona Dadej, Agnieszka Zawadzka, Zentrum für Historische Forschung Berlin

Die Vortragsreihe wird aufgrund der pandemischen Lage zumindest vorläufig online stattfinden; Nachfragen bitte hier: info@cbh.pan.pl

Eine Kooperation zwischen dem Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften (ZFH), dem Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien in Halle und dem Deutschen Kulturforum östliches Europa in Potsdam.

Kontakt

Dr. Iwona Dadej
E-Mail: Iwona.Dadej@cbh.pan.pl
Ariane Afsari
E-Mail: afsari@kulturforum.info

Deutsches Kulturforum östliches Europa
Berliner Straße 135 | Haus K1
14467 Potsdam
Tel. +49 (0)331 20098-0
Fax +49 (0)331 20098-50
deutsches@kulturforum.info
www.kulturforum.info

Zernack-Colloquium 2021: Drinnen oder draußen?

Die sechsteilige Vortragsreihe zum Thema »Historische Debatten um politische und gesellschaftliche Teilhabe in Mittel- und Osteuropa« wird zumindest vorläufig online stattfinden

Anmeldung

Anmeldungen nehmen wir auch unter E-Mail: info@cbh.pan.pl gerne entgegen.

Donnerstag, 28. Oktober 2021, 18:00 Uhr
Vom Numerus Clausus zur Demokratisierung der Akademie?

- **Wissenschaft und Universitäten als Labore der Exklusion und Integration?**
  Annette Vogt, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte und Humboldt-Universität zu Berlin
- **Der polnische akademische Kontext am Beispiel des Lemberger Universitätsmilieus**
  Iwona Dadej, Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften

Donnerstag, 02. Dezember 2021, 18:00 Uhr
Zonen der Begrenzung – Aspekte von Grenzen in der Moderne

- **Epidemien und Quarantänen im 20. Jahrhundert als Mittel der ökonomischen Begrenzung am Beispiel Österreich-Ungarns und der Türkei**
  Christian Promitzer, Universität Graz
- **Grenzen und Gedächtnisdiskurs am Beispiel zweier Denkmäler in Graz und Ljubljana**
  Monika Stromberger, Universität Graz

Pressekontakt
Dr. Iwona Dadej: Iwona.Dadej[at]cbh.pan.pl
Ariane Afsari: afsari[at]kulturforum.info

05) Immanuel Kant und sein Wirkungsort Königsberg. Universität, Geschichte und Erinnerung heute

Veranstalter
Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung (Ostpreußisches Landesmuseum)
Ausrichter
Ostpreußisches Landesmuseum

Veranstaltungsort
Museum Lüneburg
21335 Lüneburg
Vom - Bis
30.09.2021 - 02.10.2021
Von
Kunze Tim, Immanuel Kant Abteilung, Ostpreußisches Landesmuseum

2021 widmet sich die Jahrestagung der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung dem historischen Kontext des Philosophen Immanuel Kant. Eingeladen sind Historiker und renommierte Kantexperten aus Deutschland und Russland.

Immanuel Kant und sein Wirkungsort Königsberg. Universität, Geschichte und Erinnerung heute

Bis 2024 entsteht eine Dauerausstellung zu dem Philosophen Immanuel Kant am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Die historische Verbindung von Kant und Königsberg/Ostpreußen gerät somit wieder verstärkt in den Blick.

Die Tagung kontextualisiert Kant und sein Denken historisch im Königsberg des 18. Jahrhunderts. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf seinem Wirken an der Königsberger Albertus-Universität, an der er lebenslang als Dozent tätig war. Außerdem wird seine Nachwirkung thematisiert und angesichts des anstehenden Kant-Jubiläums (300. Geburtstag 2024) auch ein Blick auf die Kant-Erinnerung in Russland und Deutschland geworfen.

Programm

Donnerstag, 30. September 2021

14.30–15.00 Uhr Begrüßung

Panel 1: Kant – Bedeutung und Erinnerung heute
Museum Lüneburg

15.00–15.15 Uhr – Matthias Weber (Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Oldenburg): Aktivitäten zum Kant-Jubiläum 2024

15.15–16.00 Uhr – Tim Kunze (Ostpreußisches Landesmuseum, Lüneburg): Kant – Philosophie und Königsberg im Museum. Das Potential einer Ausstellung

16.00–16.30 Uhr – Kaffeepause

16.30–17.15 Uhr – Matthias Weber (Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Oldenburg): Kant in der Kunst

17.15–18.00 Uhr – Nina Dmitrieva (Immanuel Kant Baltic Federal University Kaliningrad): Kants Bedeutung für die Intellektuellen Russlands früher und heute

ab 19.00 Uhr – Gemütliches Beisammensein im Bier- und Eventhaus Krone, Heiligengeiststraße 39, 21335 Lüneburg

Freitag, 01. Oktober 2021

Panel 2: Der historische Kant: Universität
Museum Lüneburg

09.00–09.45 Uhr – Hanspeter Marti (Arbeitsstelle für kulturwissenschaftliche Forschungen, Engi): Immanuel Kant und die Disputation als traditionelle Unterrichtsform

09.45–10.30 Uhr – Werner Stark (Philipps-Universität, Marburg): Ein historischer Blick auf die ersten Jahre des Privatdozenten Immanuel Kant

10.30–11.00 Uhr – Kaffeepause

11.00–11.45 Uhr – Agnieszka Pufelska (Nordost-Institut – IKGN e.V., Lüneburg) / Matthias Barelkowski (Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen, Berlin): Kants posthume Reisen: Kantiana aus Olsztyn/Allenstein in Lüneburg

11.45–14.00 Uhr Mittagspause

12.00–13.00 Uhr Mitgliederversammlung der Historischen Kommission im Ostpreußischen Landesmuseum

Panel 3: Der historische Kant: Geschichte
Museum Lüneburg

14.00–14.45 Uhr – Daria Barow-Vassilevitch (Arbeitsstelle für kulturwissenschaftliche Forschungen, Engi): Ostpreußen unter der russischen Herrschaft 1758-1762 und die Königsberger Albertina: Ausnahmezustand oder Normalität?

14.45–15.30 Uhr – Steffen Dietzsch (Humboldt-Universität zu Berlin): Königsberg 1789–1799: Der Alltag der Philosophie in Zeiten der Revolution

17.00–18.00 Uhr Führung durch das historische Rathaus der Hansestadt, Am Ochsenmarkt 1, 21335 Lüneburg

Festakt im Rathaus Lüneburg
18.30–20.30 Uhr
Grußworte: Ulrich Mädge (Oberbürgermeister Lüneburgs), Björn Thümler (Niedersächsischer Minister für Wissenschaft und Kultur)

Festvortrag: Volker Gerhardt (Humboldt-Universität zu Berlin): Kant als Theoretiker der Humanität

Sonnabend, 02. Oktober 2021

Panel 4: Wirkung Immanuel Kants
Museum Lüneburg

09.00–09.45 Uhr – Arno Mentzel-Reuters (Monumenta Germaniae Historica, München): Gerechtes Recht und echte Volksordnung - Die Königsberger Kant- und Copernicus-Wochen 1939–1942

09.45–10.30 Uhr – Johannes von Lüpke (Kirchliche Hochschule Wuppertal/Bethel): Metakritische Anfragen und Antworten. Johann Georg Hamann im Wortwechsel mit Immanuel Kant

10.30–11.00 Uhr – Kaffeepause

11.00–11.45 Uhr – Cheryce von Xylander (Leuphana Universität): Die Charlottenschule in Berlin (1873–1929): Kant-Lektüre für Frauen in der Gründerzeit

11.45–12.30 Uhr – Nadezda Ermakova (Immanuel Kant Baltic Federal University Kaliningrad): Innovation an der Universität: von I. Kant und K.G. Hagen an der Albertus-Universität bis zum Institut für Bildung an der Baltic Federal Kant-Universität

12.30–13.15 Uhr – Schlussdiskussion

13.15–14.30 Uhr – Mittagspause

14.30–16.00 Uhr – Führung durch die neue Dauerausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums mit Deutschbaltischer Abteilung

Kontakt

T.Kunze@ol-lg.de

https://www.ostpreussisches-landesmuseum.de/termine/tagung-immanuel-kant-und-sein-wirkungsort-konigsberg-universitat-geschichte-und-erinnerung-heute/

Zitation
Immanuel Kant und sein Wirkungsort Königsberg. Universität, Geschichte und Erinnerung heute. In: H-Soz-Kult, 03.08.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-112070>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

06) Historikertag 2021: Epochenübergreifende Sektionen

Veranstalter
Verband der Historiker und Historikerinnen Dutschlands e.V. (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD) (Ludwig-Maximilians Universität München)
Ausrichter
Ludwig-Maximilians-Universität München

München, 05. bis 08.10.2021
Von Denise Reitzenstein

Sektionsübersicht Epochenübergreifende Sektionen

Abstracts und weitere Informationen auf der Homepage des Historikertages:
https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Programm

Theorien, Konzepte, Grundbegriffe: Historiographische Kategorien als Streitgeschichte bei Mannheim, Cantimori, Foucault und Koselleck
Leitung: Bodo Mrozek (Berlin) - Philipp Felsch (Berlin)
Beteiligte:
Monika Wulz (Luzern): Freischwebende Intellektuelle? Karl Mannheim und die Frage nach den ökonomischen Grundlagen von Kopfarbeit im Kontext der Weimarer Republik (1920er / 20. Jh.)
Philipp Felsch (Berlin): Häretiker im Weltbürgerkrieg. Delio Cantimoris historische Methode (1930er-60er / 16. Jh.)
Magaly Tornay (Bern): Vom Dasein zur Transversalität: Michel Foucault und die Psychiatrie (1960er-70er / 16.-18. Jh.)
Bodo Mrozek (Berlin): Der Krieg als Vater aller Begriffe? Reinhart Kosellecks Historik im Kontext seiner Erfahrung (1980er– 90er Jahre/ 18.–19. Jh.)
Sven Reichardt (Konstanz): Impuls zur Diskussion

Wie zusammenleben? Zum Wandel europäischer Deutungen fremdkultureller Geschlechterverhältnisse
Leitung: Nadine Amsler (Bern) - Antje Flüchter (Bielefeld)

Beteiligte:
Antje Flüchter (Bielefeld)/Nadine Amsler (Bern): Einleitung
Almut Höfert (Oldenburg): Religion, Macht und Geschlecht in mittelalterlichen christlich-europäischen Reiseberichten über den Nahen Osten
Nadine Amsler (Bern): Chinesische Geschlechterverhältnisse und europäische Diskussionen über die Zivilisiertheit Chinas in der Frühen Neuzeit
Eva Bischoff (Trier): Sklaverei, Zivilisation, Selbstbestimmung: Indigene Frauen als Objekte und Akteure von Deutungskämpfen im siedlerkolonialen Australien
Ulrike Lindner (Köln): Kommentar

Borgen, Nutzen, Selbermachen. Versorgungsstrategien im Widerstreit konfligierender Ordnungsvorstellungen, 1300–2000
Leitung: Reinhild Kreis (Siegen) - Annette Kehnel (Mannheim)
Beteiligte:
Annette Kehnel (Mannheim): Sharing economy – eine ideale Versorgungsstrategie für

mobile, urbane Lebensstile. Konzepte aus dem 13. Jahrhundert
Daniel Schläppi (Bern): „Eine derer trefflichsten Wissenschafften“. Gutes Haushalten gut versorgter Haushalte als ökonomische Grundlage der Gemeinwirtschaft
Matthias Ruoss (Bern/Zürich): Umkämpfte Schlüsselgewalt. Dynamiken des Geschlechterregimes im liberalen Kapitalismus (1840 bis 1914)
Reinhild Kreis (Siegen): Zeit oder Geld? Die moral economy häuslicher Versorgungsstrategien im Konsumzeitalter
Ute Frevert (Berlin): Kommentar

Competitiveness Debates from British Imperialism to American Globalization: Studies on British, American and German Declinism
Leitung: Mario Daniels (Amsterdam) - Wencke Meteling (Marburg/Washington, D.C.)
Beteiligte:
Wencke Meteling (Marburg/Washington, D.C.): Einführung
James Stafford (Bielefeld/New York City): Ireland and the Crisis of British Competitiveness, 1748-1810
Marion Daniels (Amsterdam): “Economic Security”: How Competitiveness Became a U.S. National Security Concern in the 1980s and Early 1990s
Wencke Meteling (Marburg/Washington, D.C.): Die Angst vor nachlassender Wettbewerbsfähigkeit: Wie aus dem „Exportweltmeister“ Bundesrepublik der „kranke Mann Europas“ wurde
Kärin Nickelsen (München): Comment

Christliche Deutungshoheit über jüdische Riten und Inhalte – Christen erklären Juden ihre Religion
Leitung: Eva Haverkamp-Rott (München)
Beteiligte:
Eva Haverkamp-Rott (München): Einleitung
Israel Yuval (Jerusalem): And the Rest is History: Schabbat versus Sonntag
Ulisse Cecini (Barcelona): Christen erklären Juden den Talmud. Lateinische Übersetzung und Verurteilung des jüdischen „mündlichen Gesetzes“ im 13. Jahrhundert
Robert Jütte (Stuttgart): Die Beschneidung: Eine jüdische Tradition im Spannungsfeld von Selbstbehauptung und Fremdbestimmung
Andreas Brämer (Hamburg): Tierschutzrecht und religiöse Schlachtpraxis. Schächten als umstrittenes Ritual in der jungen Bundesrepublik (1949–1965)

How can Citizens be made to pay their Taxes honestly? Debates about Causes of and Remedies for Tax Evasion from Antiquity to the 20th Century
Leitung: Assaf Likhovski (Tel Aviv) - Korinna Schönhärl (Frankfurt am Main)
Beteiligte:
Dorothea Rohde (Bielefeld): Diskussionen über Steuerprivilegien im 4. Jh. v. Chr. in Athen
Yves Huybrechts (Marburg/Paderborn): Solidarity, coercion and rebates. Dissension during fiscal reform negotiations in the Holy Roman Empire, 1719–1732: mere excuses or fundamental conflicts?
Assaf Likhovski (Tel Aviv): Education, Law and Tax Compliance: The Case of Constitutional Duties in 1950s Israel
Korinna Schönhärl (Frankfurt am Main): Steuerhinterziehung als Argument für die Reform des Steuersystems in der spanischen Transición (1975-1980)
Jens Ivo Engels (Darmstadt): Comment

Aus Niederlagen lernen? Deutungskämpfe um die Antike nach 1918
Leitung: Richard Pohle (Halle an der Saale) - Christian Wendt (Bochum)
Beteiligte:
Richard Pohle (Halle an der Saale): Platon und der Krieg. Bedingungen und Dimensionen der Antike-Rezeption nach 1918
Oliver Schelske (München): Die Niederlage ahnen, mit ihr umgehen. Friedrich Meinecke, Ernst Troeltsch und Eduard Schwartz. Drei Perspektiven auf 1918
Christian Wendt (Bochum): La campagne avec Thucydide – der Weltkrieg als Antikeerfahrung bei Albert Thibaudet
Marian Nebelin (Chemnitz): Antikerezeption im Niederlagendiskurs. Deutsche Altertumswissenschaftler und die Bewältigung des Ersten Weltkriegs in der Zwischenkriegszeit

Zukunftswissen und Religion. Konkurrierende Praktiken und Diskurse von Zeit und Zeitlichkeit (1600–1900)
Leitung: Anne-Charlott Trepp (Kassel)
Beteiligte:
Lucian Hölscher (Bochum)/Anne-Charlott Trepp (Kassel): Einführung
Alexander-Kenneth Nagel (Göttingen): Offenbarung und Evidenz. Zur Produktion von religiösem Zukunftswissen in der Lorber-Bewegung
Anne-Charlott Trepp (Kassel): ‚Adams Wissen' als Zukunftsversprechen und Erkenntnisdispositiv
Mareike Böth (Kassel): Das Selbst zwischen Zeit und Ewigkeit. Zum dynamischen Wechselverhältnis von Immanenz und Transzendenz in Selbsttechnologien der Spätaufklärung
Rebekka Habermas (Göttingen): Das Säkulare als Zukunft: Globale Debatten im deutschen Kaiserreich
Arndt Brendecke (München): Kommentar

Zurück ins Reich? Konflikt, Legitimation und Identität in Grenzregionen
Leitung: Laura Potzuweit (Kiel) - Caroline E. Weber (Kiel)
Beteiligte:
Enno Bünz (Leipzig): Einleitung und Hinführung zum Thema
Laura Potzuweit (Kiel): Gotland – Mittelalterliche Besitznarrative zwischen Schweden, Dänemark und dem Deutschen Orden
Maximilian Groß (Paris/Heidelberg): Die Ré-union unter Ludwig XIV.: Saarregion, Elsass und die Pfalz

Caroline E. Weber (Kiel): Up ewig ungedeelt oder wiedervereinigt? Schleswig-Holstein und Dänemark zwischen Bürgerkrieg und demokratischer Volksabstimmung 1848 bis 1920
Andrea Di Michele (Bozen): Südtirol/Trentino zwischen italienischem Faschismus, Option und nationalsozialistischer Besatzung
Paul Srodecki (Kiel/Ostrava): Pommern und Schlesien als „wiedergewonnene Gebiete“ in der nationalpolnischen Propaganda nach 1945
Steen Bo Frandsen (Sønderborg): Kommentar

Das umstrittene Wir: Auf der Suche nach neuen Wegen zur historischen Erforschung von Kollektiven
Leitung: Arndt Brendecke (München) - Lisa Regazzoni (Princeton)
Beteiligte:
Lisa Regazzoni (Princeton, NJ): Einführung
Valentin Groebner (Luzern): Seit wann kommt die eigene Identität aus dem Mittelalter?
Levke Harders (Bielefeld): Zugehörigkeit als Kategorie historischer Analyse. Exklusionen

Philipp Ther (Wien): Kollektive Zuschreibungen und individuelle Erfahrungen – zum Verhältnis von Makro- und Mikrozugängen in der Geschichtswissenschaft

Die Herausforderung der Genetic History
Leitung: Elsbeth Bösl (München) - Jörg Feuchter (Berlin) - Veronika Lipphardt (Freiburg im Breisgau)
Beteiligte:
Veronika Lipphardt (Freiburg im Breisgau): Einführung: Grundlagen für die interdisziplinäre Zusammenarbeit: Methodische, konzeptionelle und rezeptionsbezogene Ansatzpunkte für den Dialog zwischen Geschichtswissenschaften und Genetic History
Patrick Geary (Princeton, NJ): Genetic History oder einfach Geschichte: die Integration genomischer Daten in die historische Forschung
Daniela Hofmann (Bergen): Archäogenetik als Chance – Möglichkeiten und Herausforderungen für die prähistorische Archäologie
Stephan Schiffels (Jena): Die Archäogenetik als neue Quelle zur Untersuchung menschlicher Mobilität am Beispiel der Populationsgeschichte Europas
Alfons Labisch (Halle an der Saale): Kommentar
Elsbeth Bösl (München)/Jörg Feuchter (Berlin): Moderation

Deutungskämpfe um historische Gewalt: Heterogenität eines Begriffs und einer Praxis
Leitung: Nicola Camilleri (Padua) - Catherine Davies (Zürich)
Beteiligte:
Nicola Camilleri (Padua): Bürger, die schießen. Staatliches Gewaltmonopol und private Waffennutzung in den Schützenvereinen um das 19. Jahrhundert
Marie Muschalek (Freiburg im Breisgau): Zwischen öffentlicher und privater Gewalt: Polizeiliche Alltagspraxis und Staatlichkeit in Deutsch Südwestafrika
Claudia Gatzka (Freiburg im Breisgau): Politische Alltagsgewalt in der jungen Bundesrepublik. Zu den Hintergründen des Versammlungsordnungsgesetzes
Catherine Davies (Zürich): Was ist „kriminell“, was ist „politisch? Deutungskämpfe um Gewalt zwischen Frauenbewegung und Linksterrorismus in den 1970er/80er Jahren
Sven Reichardt (Konstanz): Kommentar

Globale Wirtschaftsakteure und Staatlichkeit: Historische Perspektiven auf das Problem der Souveränität vom 17. bis zum 20. Jahrhundert
Leitung: Volker Depkat (Regensburg) - Susanne Lachenicht (Bayreuth)

Beteiligte:
Volker Depkat (Regensburg)/Susanne Lachenicht (Bayreuth): Einführung in das Thema
Susanne Lachenicht (Bayreuth): For the Benefit of the Mighty English Nation? Die englische East India Company, Souveränitätsrechte und das First British Empire (spätes 17. bis Mitte 18. Jahrhundert)
Emma Hart (St. Andrews): Interpreting Economic Sovereignty in Revolutionary North America
Volker Depkat (Regensburg): Cotton Kings und Föderalismus. Die Baumwollpflanzer des US-amerikanischen Südens und das Problem ökonomischer Souveränität im amerikanischen Bundesstaat, 1820-1861
Ulf Brunnbauer (Regensburg): Das Mantra des Exports und sozialistische Staatlichkeit in Jugoslawien
Peer Vries (Amsterdam): Commentary

Mobilität und Konnektivität: Quellen, Methoden und hermeneutische Deutungskämpfe im Spannungsfeld von analoger Quellenkritik und digitaler Forschung
Leitung: Simone Lässig (Washington, D.C.) - Ursula Lehmkuhl (Trier)
Beteiligte:
Andreas Fickers (Luxemburg): Einführung - Digitale Hermeneutik – Chancen und Herausforderungen des „digital turn“ für die Geschichtswissenschaft
Rosalind Beiler (Orlando, FL): „Sehr wehrte Freunde und Brüders in Christo“: Der Einfluss religiöser Korrespondenznetzwerke auf globale Migrationsflüsse und Mobilitätsmuster im 17. Jahrhundert
Katherine Faull (Lewisburg, PA): "Wenn du in das land kommst, so denke nicht an gros Reichthum zu gewinnen… ": Constructing a transatlantic digital hermeneutics through 18th Century Moravian Memoirs
Ursula Lehmkuhl (Trier): Sprechen über die Wunder der Neuen Welt: Kulturelle Übersetzungspraktiken als kommunikative Konnektivitätsinstrumente in den Briefen deutscher Auswanderer im 19. Jahrhundert
Simone Lässig (DHI Washington): Transatlantische Mobilität und Wissensproduktion im 19. Jahrhundert: Perspektiven der „Daheimgebliebenen“

Kontakt

Ludwig-Maximilians-Universität München
Abteilung für Alte Geschichte
Organisationsbüro des 53. Deutschen Historikertages 2021
Geschwister-Scholl-Platz 1
D-80539 München

https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Zitation
Historikertag 2021: Epochenübergreifende Sektionen. In: H-Soz-Kult, 24.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98536>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

07) Historikertag 2021: Mittelalterliche Geschichte

Veranstalter
Verband der Historiker und Historikerinnen Dutschlands e.V. (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD) (Ludwig-Maximilians Universität München)
Ausrichter
Ludwig-Maximilians Universität München

80539 München
Vom - Bis
05.10.2021 - 08.10.2021
Von
Denise Reitzenstein, 53. Deutscher Historikertag von 5. bis. 8. Oktober 2021

Seite 267 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 798 vom 02.09.2021

53. Deutscher Historikertag – „Deutungskämpfe“
5. – 8. Oktober 2021

Sektionsübersicht Mittelalterliche Geschichte

Abstracts und weitere Informationen auf der Homepage des Historikertages:
https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Programm

Umkämpfte Grenzziehungen. Mittelalterliche Kirchenstrafen im Aushandlungsprozess
Leitung: Christian Jaser (Klagenfurt)
Beteiligte:
Christian Jaser (Klagenfurt): Einführung
Kerstin Hitzbleck (Ahrensburg): Submissa voce, ianuis clausis – Das Interdikt als Prüfstein päpstlicher Wirksamkeit im Spätmittelalter
Emir O. Filipović (Sarajevo): Ecclesiastical Censures on the Margins of the Catholic world: the Example of Medieval Bosnia
Christian Jaser (Klagenfurt): Abgrenzen und Strafen. Exkommunikation und Marginalisierung an der englisch-schottischen Grenze im späteren Mittelalter
Thomas Woelki (Berlin): Interdikt und Territorium. Eine Kirchenstrafe als Movens der flächenhaften Konzeption weltlicher Herrschaft
Johannes Helmrath (Berlin): Schlusskommentar

Maritime Gewalt, Märkte und Staatlichkeit. Deutungskämpfe an der Wende zur Neuzeit
Leitung: Philipp Höhn (Halle an der Saale): Einführung - Ulla Kypta (Hamburg): Moderation - Gregor Rohmann (Frankfurt am Main): Zusammenfassung
Beteiligte:
Gadi Algazi (Tel Aviv)
Eva Brugger (Zürich)
Sebastian Kolditz (Heidelberg)
Alexander Engel (Göttingen/Basel)

Deutung von Grenzen – Grenzen der Deutung: Der Umgang mit herrschaftlichen Transformationsphasen im mittelalterlichen Europa
Leitung: Julia Burkhardt (München) - Sandra Schieweck (Heidelberg)

Beteiligte:
Julia Burkhardt (München)/Sandra Schieweck (Heidelberg): Einführung in das Sektionsthema
Sandra Schieweck (Heidelberg): Grausamer König und legitimer Bastard. Die kastilischen Grenzen in der Frühphase der Trastámara-Dynastie
Judit Majorossy (Wien/Budapest): Divided in War, Connected in Peace? Forms of Urban Interaction along the Austro-Hungarian Border during the Late Middle Ages
Wolf Zöller (Heidelberg): Reform und Rückkehr. Deutung und Legitimation der lateinischen Herrschaftsübernahme im Heiligen Land
Christian Neumann (Rom): Die Reintegration des Königreichs Mallorca im Vergleich

Japan, Korea und Mitteleuropa. Sozialer Wandel in mittelalterlich-frühneuzeitlichen Gesellschaften im Vergleich
Leitung: Franz-Josef Arlinghaus (Bielefeld) - Andreas Rüther (Bielefeld)
Beteiligte:
Franz-Josef Arlinghaus (Bielefeld): Moderation
Daniel Schley (Bonn): Erzählen, wie es eigentlich gewesen? Anmerkungen zur

Entwicklung der japanischen Geschichtsschreibung im 11. Jahrhundert
Andreas Rüther (Bielefeld): Der Adel macht die Klöster reich … Soziale Antriebe zur Differenzierung von Dynastie und Orden im spätmittelalterlichen nordöstlichen Europa
Marion Eggert (Bochum): Debatten, Konfliktbewältigungsstrategien und „öffentliche Meinung (kongnon)" am koreanischen Königshof der mittleren Chosôn-Zeit
Ulla Kypta (Hamburg): Konsens unter Kaufleuten: Regeln und Normen für wirtschaftliches Handeln

Interpretations of Paul and the Dynamic of Christian-Jewish Interaction in the Later Middle Ages and the Early Modern Period
Leitung: Katrin Kogman-Appel (Münster) - Wolfram Drews (Münster)
Beteiligte:
Jeremy Cohen (Tel Aviv): From Scholastic Synthesis to Puritan Judeo-Centrism: Eschatological Jewry in the Writings of Thomas Aquinas and Thomas Brightman
Ram Ben Shalom (Jerusalem): Paul in the Eyes of Profayt Duran: Constructing a Jewish Paul
Yosi Yisraeli (Jerusalem): How Jewish was Paul? A “new perspective” on Paul in 15th century Spain
Claude Stuczynski (Tel Aviv): Father Antonio Vieira’s Paulinian Judeo-Gentile Interactions and the Conversos

Deutungsstreitigkeiten in der jüngeren Mediävistik
Leitung: Hans-Werner Goetz (Hamburg)
Beteiligung:
Hans-Werner Goetz (Hamburg): Historische Einführung
Steffen Patzold (Tübingen): Der Streit um die "mutation de l´an mil"
Amalie Fößel (Essen): Mediävistische Geschlechtergeschichte – immer noch ein Reizthema?
Walter Pohl (Wien): Frühmittelalterliche Migrationen und Identitäten im Spiegel naturwissenschaftlicher DNA-Analysen
Thomas Ertl (Berlin): Streit ums Globale. Die Grenzen der mittelalterlichen Geschichte

---
Änderungen des Programms sind vorbehalten, das Programm können Sie tagesaktuell einsehen unter https://www.historikertag.de/Muenchen2021/sektionen/

Kontakt

Ludwig-Maximilians-Universität München
Abteilung für Alte Geschichte
Organisationsbüro des 53. Deutschen Historikertages 2021
Geschwister-Scholl-Platz 1
D-80539 München

https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Zitation
Historikertag 2021: Mittelalterliche Geschichte. In: H-Soz-Kult, 04.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98604>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

08) Historikertag 2021: Frühe Neuzeit

Veranstalter
Verband der Historiker und Historikerinnen Dutschlands e.V. (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD) (Ludwig-Maximilians Universität München)
Ausrichter
Ludwig-Maximilians Universität München

80539 München

05.10.2021 - 08.10.2021
Von
Denise Reitzenstein, 53. Deutscher Historikertag von 5. bis. 8. Oktober 2021

53. Deutscher Historikertag – „Deutungskämpfe“
5. – 8. Oktober 2021

Sektionsübersicht Frühe Neuzeit

Abstracts und weitere Informationen auf der Homepage des Historikertages:
https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Programm

Maritime Gewalt, Märkte und Staatlichkeit. Deutungskämpfe an der Wende zur Neuzeit
Leitung: Philipp Höhn (Halle an der Saale): Einführung - Ulla Kypta (Hamburg): Moderation - Gregor Rohmann (Frankfurt am Main): Zusammenfassung

Beteiligte:
Gadi Algazi (Tel Aviv)
Eva Brugger (Zürich)
Sebastian Kolditz (Heidelberg)
Alexander Engel (Göttingen/Basel)

Deutungskämpfe um die Rus': Erinnerungsorte der Frühen Neuzeit
Leitung: Sandra Dahlke (Moskau)
Beteiligte:
Natalija A. Sinkevich (München): Die Taufe der Rus' als umstrittener ostslawischer Erinnerungsort
Petr S. Stefanovich (Moskau): „Moskau" als Topos gemeinsamer Erinnerung der Rus'?
Ludwig Steindorff (Kiel): Das Geschichtsbuch „Sinopsis" von 1674 und 1681 – ein gemeinsamer Erinnerungsort im russischen und ukrainischen Geschichtsbewusstsein
Andrej V. Doronin (Moskau): Die Rus' der Frühmoderne auf der Suche nach ihren „Urvätern"

Das Alte Reich und die Schweiz in globaler Perspektive
Leitung: Rebekka von Mallinckrodt (Bremen)
Beteiligte:
Ulinka Rublack (Cambridge): Philipp Hainhofers (1578–1647) globale Welten
Renate Dürr (Tübingen): Nürnberg als Nullmeridian – Böhmen auf den Marianen: Globale Wissenszirkulation und (proto)-koloniale Identitätsdiskurse in Joseph Stöcklein's (1675–1733) Neuer Welt-Bott
Susanna Burghartz (Basel): Ökonomie, Krieg und Kommunikation. Globale und lokale Verflechtungen der Basler Elite im 18. Jahrhundert
Rebekka von Mallinckrodt (Bremen): Aktualisierung und/oder Transformation des Rechts? Ansichten deutscher Juristen zur Frage der Sklaverei im Alten Reich

Deutungskämpfe um die Gegenwart: Zeitgenossenschaft und Zeitdiagnostik um 1800 in der Kontroverse
Leitung: Susan Richter (Kiel) - Sebastian Schütte (Heidelberg)
Beteiligte:
Sebastian Schütte (Heidelberg): Von Nachtwandlern und Traumfängern. Aufklärerische Zeitkritik im (vor)revolutionären Paris
Susan Richter (Kiel): Von der Seife und dem Besteck des Zeitgenossen. Formen und Analyseinstrumente der Zeitdiagnostik
Theo Jung (Freiburg im Breisgau): Augenblick und Durchblick: Zeitgeistdiagnosen und ihre Kritik um 1800
Uwe Justus Wenzel (Zürich): Auf der Höhe der Zeit und in ihren Niederungen. Einige Probleme philosophischer Zeitgenossenschaft
Helge Jordheim (Oslo): Kommentar

„…dieser unmenschliche Handel unter britischer Flagge … war durch ganz Deutschland verabscheut". Die angebliche Abwesenheit deutscher Akteure im transatlantischen Sklavenhandel
Leitung: Magnus Ressel (Frankfurt am Main)
Beteiligte:
Rebekka von Mallinckrodt (Bremen): Einleitung und Chair
Anka Steffen (Frankfurt an der Oder): Schlesien und die Sklaverei – Eine Beziehungsgeschichte vom 17. Jahrhundert bis zum 1. Weltkrieg
Josef Köstlbauer (Bremen): Zwischen Unsichtbarkeit und Repräsentationsfunktion: Versklavte Menschen und die Herrnhuter Brüdergemeine im 18. Jahrhundert
Sarah Lentz (Bremen): Deutsche Sklavenhalter und -profiteure in Surinam und der Transfer von Wissen über eine deutsche Involviertheit in die Sklavenwirtschaft im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert

Magnus Ressel (Frankfurt am Main): Zwischen Altem Reich und atlantischer Plantagenwirtschaft: Das Handelsimperium des Friedrich Romberg (1727–1819)
Klaus Weber (Frankfurt an der Oder): Kommentar

Japan, Korea und Mitteleuropa. Sozialer Wandel in mittelalterlich-frühneuzeitlichen Gesellschaften im Vergleich
Leitung: Franz-Josef Arlinghaus (Bielefeld) - Andreas Rüther (Bielefeld)
Beteiligte:
Franz-Josef Arlinghaus (Bielefeld): Moderation
Daniel Schley (Bonn): Erzählen, wie es eigentlich gewesen? Anmerkungen zur Entwicklung der japanischen Geschichtsschreibung im 11. Jahrhundert
Andreas Rüther (Bielefeld): Der Adel macht die Klöster reich … Soziale Antriebe zur Differenzierung von Dynastie und Orden im spätmittelalterlichen nordöstlichen Europa
Marion Eggert (Bochum): Debatten, Konfliktbewältigungsstrategien und „öffentliche Meinung (kongnon)" am koreanischen Königshof der mittleren Chosôn-Zeit
Ulla Kypta (Hamburg): Konsens unter Kaufleuten: Regeln und Normen für wirtschaftliches Handeln

Interpretations of Paul and the Dynamic of Christian-Jewish Interaction in the Later Middle Ages and the Early Modern Period
Leitung: Katrin Kogman-Appel (Münster) - Wolfram Drews (Münster)
Beteiligte:
Jeremy Cohen (Tel Aviv): From Scholastic Synthesis to Puritan Judeo-Centrism: Eschatological Jewry in the Writings of Thomas Aquinas and Thomas Brightman
Ram Ben Shalom (Jerusalem): Paul in the Eyes of Profayt Duran: Constructing a Jewish Paul
Yosi Yisraeli (Jerusalem): How Jewish was Paul? A “new perspective” on Paul in 15th century Spain
Claude Stuczynski (Tel Aviv): Father Antonio Vieira’s Paulinian Judeo-Gentile Interactions and the Conversos

---
Änderungen des Programms sind vorbehalten, das Programm können Sie tagesaktuell einsehen unter https://www.historikertag.de/Muenchen2021/sektionen/

Kontakt

Ludwig-Maximilians-Universität München
Abteilung für Alte Geschichte
Organisationsbüro des 53. Deutschen Historikertages 2021
Geschwister-Scholl-Platz 1
D-80539 München

https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Zitation
Historikertag 2021: Frühe Neuzeit. In: H-Soz-Kult, 30.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98600>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

09) Historikertag 2021: Neuere und Neueste Geschichte

Veranstalter
Verband der Historiker und Historikerinnen Dutschlands e.V. (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD) (Ludwig-Maximilians Universität München)
Ausrichter
Ludwig-Maximilians Universität München

80539 München

05.10.2021 - 08.10.2021
Von
Denise Reitzenstein, 53. Deutscher Historikertag von 5. bis. 8. Oktober 2021

53. Deutscher Historikertag – „Deutungskämpfe“
5. – 8. Oktober 2021

Sektionsübersicht Neuere und Neueste Geschichte

Abstracts und weitere Informationen auf der Homepage des Historikertages:
https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Programm

My Home is Your Castle? Embattled Property from the Third Reich to the Present
Leitung: Sagi Schaefer (Tel Aviv) - Iris Nachum (Jerusalem) - Kerstin Brückweh (Berlin)
Beteiligte:
Ute Schneider (Essen-Duisburg): Einführung und Moderation
Iris Nachum (Jerusalem): Absent but Not Gone: The Role of Land Registries in the Practice of the Lastenausgleich
Sagi Schaefer (Tel Aviv): Saving the Past for the Future: West German Land Registry Projects as Cold War Arsenal
Kerstin Brückweh (Berlin): Repositories of Knowledge: Land Registries Before, During, and Afer 1989
Kornelia Kończal (München): Kommentar

Fotografien im Spannungsfeld von Öffentlichkeit und Privatheit im 20. Jahrhundert
Leitung: Michael Wildt (Berlin)
Beteiligte:
Michael Wildt (Berlin): Einführung
Ofer Ashkenazi (Jerusalem): Home and Heimat in Times of Crisis: German-Jewish Family Albums, 1928–1938
Sylvia Necker (Minden): Mann vor Auto vor Berg. (Selbst)Repräsentationen deutsch-jüdischer Familien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts
Ulrich Prehn (Berlin): Zwischen öffentlicher (Re-)Präsentation und privater Erinnerung: Fotografen von Arbeitswelten im Nationalsozialismus
Sandra Starke (Potsdam): Private Fotoalben in der DDR
Annette Vowinckel (Potsdam): Kommentar

Getäuschte Erinnerung: Innerjüdische Deutungskämpfe über die „Vorgeschichte“ des Holocaust nach 1945
Leitung: Anna Ullrich (München) - David Jünger (Sussex) - Stefanie Schüler-Springorum (Berlin)

Beteiligte:
Stefanie Schüler-Springorum (Berlin): Einleitung und Kommentar
Anna Ullrich (München)/David Jünger (Sussex): Analysen aus dem Exil – Deutsche Juden und der erklärende Blick ‚zurück'
Marija Vulesica (Berlin): „Von Opfern und Helden" – Jugoslawische Juden und ihr Umgang mit dem Holocaust
Gaëlle Fisher (München): „Vertrieben aus dem Paradies" – Überlebende aus der Bukowina und die Erinnerungen an die ‚verlorene' rumänische Heimat nach 1945

Straßen im Ausnahmezustand. Besatzung, Widerstand und Gewalt im 20. Jahrhundert
Leitung: Martin H. Geyer (München) - Nicolai Hannig (Darmstadt)
Beteiligte:
Martin H. Geyer (München)/Nicolai Hannig (Darmstadt): Einführung zu Straßen im Ausnahmezustand
Martin H. Geyer (München): Umkämpfte Straßen und Ausnahmezustandsmentalitäten nach dem Ende des Ersten Weltkriegs
Nicolai Hannig (Darmstadt): Straßen der Strafe. Gewalt, Überwachung und Feme im „Ruhrkampf"
Tanja Bührer (Bern): Aufruhr und Ausnahmezustand im kolonialen öffentlichen Raum: Das Massaker von Amritsar 1919
Julia Wambach (Berlin): Besatzung als Ausnahmezustand. Kollaboration und Widerstand in der französischen Besatzungszone 1945–1949

Und das soll gesund sein? Deutungskämpfe um Gesundheit 1850–2000
Leitung: Nina Mackert (Leipzig) - Peter-Paul Bänziger (Basel)
Beteiligte:
Peter-Paul Bänziger (Basel): Überfülle des Erlebens oder notwendige Abwechslung? Deutungskämpfe um Konsum und Gesundheit, ca. 1850-1930
Nina Mackert (Leipzig): Eat Your Way to Health. Zur Entstehung von Gesundheit als Fähigkeit in den USA des frühen 20. Jahrhunderts
Yvonne Robel (Hamburg): Leben Faule länger? Diskurse über gesundheitliche Folgen von Müßiggang und Nichtstun seit den 1960er Jahren
Pascal Germann (Bern): Gesundheit als Lebensqualität. Zum Aufstieg eines neuen Deutungsmusters in Medizin und Gesellschaft, 1960-2000
Maren Möhring (Leipzig): Chair/Kommentar

Vom Hambacher Fest 1832 bis zum rechtskonservativen „Neuen Hambacher Fest" 2018/19 – Deutungskämpfe um einen demokratiegeschichtlichen Erinnerungsort
Leitung: Henning Türk (Potsdam/Bonn) - Pia Nordblom (Mainz)
Beteiligte:
Henning Türk (Potsdam/Bonn): Die Schenkung des Hambacher Schlosses an die Wittelsbacher 1842: Eine konservative Überschreibung des Hambacher Fests?
Pia Nordblom (Mainz): Das Hambacher Fest und die Sprache der (Alltags)Künste
Meike Hensel-Grobe (Mainz): Phantasten, Rädelsführer, Vordenker – Repräsentationen des Hambacher Festes und seiner Akteure in Schulgeschichtsbüchern
Wilhelm Kreutz (Mannheim): Das Neue Hambacher Fest und die Deutungen durch den Rechtskonservatismus
Ewald Grothe (Gummersbach/Wuppertal): Kommentar und Moderation

Contested Visions of Europe in Israeli History
Leitung: Daniel Mahla (München)
Beteiligte:
Miriam Rürup (Hamburg): Chair

Orit Rozin (Tel Aviv): Having a European Identity in Mind
Jenny Hestermann (Frankfurt am Main): From Europe but not in Europe? Changing images of Europe in Israeli discourse from the 1950s to the 1970s
Daniel Mahla (München): A Member of the Euro(trash) Family? European-Israeli Relations through the Lens of the Eurovision Song Contest
Johannes Becke (Heidelberg): It ain't Europe Here: A Creolization Perspective on Jewish-Israeli Indigenization

Deutungskämpfe über Reichtum im 20. Jahrhundert: Die feinen Unterschiede der feinen Leute
Leitung: Eva Maria Gajek (Gießen) - Alexandra Przyrembel (Hagen)
Beteiligte:
Eva Maria Gajek (Gießen)/Alexandra Przyrembel (Hagen): Die feinen Unterschiede der feinen Gesellschaft(en) – eine Einführung
Christiane Reinecke (Osnabrück): Alphawissen oder: das Problem mit den feinen Leuten. Zur Wissensproduktion über „die Oberen" und „Reichen" seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert
Juliane Hornung (Köln): Gesellschaftsformierung im Zeichen der Massenmedien. Die New Yorker High Society in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts
Jens Gieseke (Potsdam): Reich sein im Staatssozialismus. Lebensstile zwischen Arbeiterlichkeit und Distinktion
Hubertus Büschel (Kassel): Der (nicht) erlaubte Reichtum: Deutungskämpfe, Moral und Schuld in der Entwicklungszusammenarbeit in Afrika
Jürgen Kocka (Berlin): Kommentar

Wahr, legitim und moralisch? Terroristische Gewalt in Osteuropa und ihre transnationalen Öffentlichkeiten, 1881–1917
Leitung: Moritz Florin (Erlangen) - Felicitas Fischer von Weikerstahl (Heidelberg)
Beteiligte:
Moritz Florin (Erlangen): Ikonen der Gewalt. Eine visuelle Geschichte spektakulärer Gewaltereignisse im Russischen Reich, Westeuropa und den USA, 1881–1914
Felicitas Fischer von Weikerstahl (Heidelberg): Legitime Gewalt? Der russische Terrorismus im Kontext transnationaler Diskurse
Vitalij Fastovskij (Gießen): Weißer Terror, roter Terrorismus? Der sozialistische Blick auf staatliche und rechte Gewalt im späten Zarenreich
Anke Hilbrenner (Göttingen): Kommentar und Moderation

Konkurrierende Heilsversprechen im säkularen Staat: Anti-/Religiöse Deutungsansprüche zwischen Konflikt und Kooperation 1870–1930
Leitung: Johannes Gleixner (Prag)
Beteiligte:
Carolin Kosuch (Göttingen): Konkurrierende Sinnstiftungen und vereinter Kulturkampf? Italienische Säkularismen im liberalen Staat
Friedrich Wilhelm Graf (München): Sakralisierung von ‚Ordnung'. Die Theologische Ethik des Politischen im deutschen Protestantismus um 1900
Martin Schulze Wessel (München): Neue Kirchen für einen neuen Staat? Die Tschechoslowakische Kirche in der CSR und die Lebendige Kirche in Sowjetrussland als religiöse Deuter eines säkularen Umbruchs
Johannes Gleixner (Prag): Der Kampf um die revolutionäre Seele: Die sowjetischen Gottlosen als religiöser Akteur wider Willen

Deutungskämpfe am Lebensende – Zur Dialektik von Individualisierung und Standardisierung beim Sterben, Trauern und Erben im 20. Jahrhundert
Leitung: Jürgen Dinkel (Leipzig) - Anna-Maria Götz (München) - Florian Greiner (Augsburg)
Beteiligte:
Jürgen Dinkel (Leipzig)/Florian Greiner (Augsburg): Einleitung – Perspektiven einer Geschichte des (St)Erbens und Todes im 20. Jahrhundert
Anna-Maria Götz (München): Der Friedhof als Bühne – Bestatten, Tod und Trauer in Hamburg um 1900
Jürgen Dinkel (Leipzig): Das vertauschte Testament – Erbpraktiken zwischen Individualisierung und Routinisierung in Frankfurt am Main, 1900–1960
Florian Greiner (Augsburg): Ein moderner „Religionskrieg“? Der Kampf um das richtige Sterben in München, 1978–1997
Simone Derix (Nürnberg-Erlangen): Kommentar
Dietmar Süß (Augsburg): Kommentar

Die Sprache des Feindes: Deutschsprachige Akten in israelischen Archiven
Leitung: Michael Brenner (München/Washington, D.C.) - Yfaat Weiss (Jerusalem/Leipzig)
Beteiligte:
Tom Segev (Jerusalem): Die Akten des Feindes. Dokumente aus dem Konsulat des Deutschen Reichs in Jerusalem während der NS-Zeit im Israelischen Staatsarchiv
Yfaat Weiss (Jerusalem/Leipzig): Unter sich: Jerusalemer Gelehrte und die deutsche Sprache. Aus dem Archiv der Hebräischen Universität Jerusalem
Stefan Litt (Jerusalem): Der Prager Kreis in Jerusalem. Die Bedeutung deutschsprachiger Nachlässe in der Israelischen Nationalbibliothek
Michael Brenner (München/Washington, D.C.): Moderation/Kommentar

Die Selbstbeschränkung der Diktatur – Polizeigewalt und Polizeibrutalität im Staatssozialismus
Leitung: Immo Rebitschek (Jena)
Beteiligte:
Evgenia Lezina (Potsdam): The Soviet State Security: From Mass Terror to Mass Social Control
Joachim von Puttkamer (Jena): Dienst unter Aufsicht: Die „Behörde zum Schutz der Beamten“ und der Umgang mit Polizeibrutalität in der späten Volksrepublik Polen
Immo Rebitschek (Jena): Vom Ende der Unantastbarkeit. Die sowjetische Kriminalpolizei nach Stalins Tod 1953–1956
Gerhard Sälter (Berlin): Norm, Rechtsbindung und Klientele: Die rechtliche Normierung des Schusswaffengebrauchs an den Grenzen der DDR und ihre permissive Implementation

(Be-)Deutungskämpfe? Provenienzforschung, ihre Teilbereiche und die Geschichtswissenschaft
Leitung: Katrin Hammerstein (Stuttgart) - Marie Muschalek (Freiburg im Breisgau)
Beteiligte:
Marie Muschalek (Freiburg im Breisgau): Moderation
Jan Scheunemann (Halle an der Saale): Bodenreform – Aktion „Licht" – Enteignung privater Kunstsammler. Kulturgutentziehungen in der SBZ und DDR
Kristin Weber-Sinn (Berlin): Perspektiven einer postkolonialen Provenienzforschung – Kooperation, Dekolonisierung und die Persistenz kolonialer Wissensordnungen
Ulrike Saß (Bonn): Unter Freunden. Der Kunsthändler Wilhelm Grosshennig und sein Netzwerkß

Katrin Hammerstein (Halle an der Saale): Grundlagenforschung (nicht nur) für die Provenienzforschung. Anmerkungen zu einem Quellenerschließungsprojekt des Landesarchivs Baden-Württemberg
Uwe Hartmann (Magdeburg): Kommentar

Renitente Sündenböcke. Widersprechen und Aufbegehren in Hafenstädten im 19. und 20. Jahrhundert
Leitung: Sören Urbansky (Washington, D.C.) - Andrea Wiegeshoff (Marburg)
Beteiligte:
Christina Reimann (Stockholm): Deviantes Vergnügen. Binnen- und Transmigration in Göteborgs Hafen- und Vergnügungsviertel
Andrea Wiegeshoff (Marburg): Medical Scapegoats. Arbeitsmigranten und Seuchenausbrüche in kolonialen Hafenstädten um 1900
Sören Urbansky (Washington, D.C.): White Slavery. Prostitution und sinophobe Stereotype in den Chinatowns von San Francisco, Singapur und Wladiwostok
Stefanie Schüler-Springorum (Berlin): Kommentar

Global Histories of Anarchism: Communal Life, Concepts, and Education Between Asia, Europe and Russia in the 19th and 20th Century
Leitung: Robert Kramm (München)
Beteiligte:
Robert Kramm (München): Radical Utopian Communities: Japan, Jamaica, South Africa
Shakhar Rahav (Haifa): “Realizing a New Life”: Comparing Communes in Post-WWI Asia
Yotam Ronen (Vancouver): Anarchist Education: Between Ideology and Educational Practice
Ana Maria Spariosu (Florenz): Alternative Communal Living: Non-urban Experiments in Russia and Italy
Pascale Siegrist (London): Chair and Comment

„Von unten“. Deutungskämpfe um die historiographischen Aufbrüche von den 1960er zu den 90er Jahren
Leitung: Brigitta Bernet (Basel) - Benjamin Zachariah (Trier) - Lutz Raphael (Trier)
Beteiligte:
Lutz Raphael (Trier): Einführung und Moderation
Brigitta Bernet (Basel): Mikrogeschichte. Die Politik einer historiographischen Perspektive
Benjamin Zachariah (Trier): Arguing with Gramsci in India: The Struggle Around Subalternity
Etta Grotrian (Bremen): Barfuß oder Lackschuh? – Die alltagsgeschichtliche Perspektive in den bundesdeutschen Geschichtswissenschaften und der „neuen Geschichtsbewegung“ der 1980er Jahre

Umweltdebatten als Deutungskämpfe. Internationale Expertise seit dem 19. Jh.
Leitung: Daniel Speich Chassé (Luzern) - Karolin Wetjen (Kassel)
Beteiligte:
Karolin Wetjen (Kassel): Die drohende Apokalypse. Das wissenschaftliche Reden über Umweltprobleme seit dem 19. Jahrhundert
Daniel Speich Chassé (Luzern): Quantifizierungstechniken und die Verfestigung von Expertise in der globalen Umweltproblematik (19., 20. und 21. Jh.)
Anna Katharina Wöbse (Gießen): Wem gehört der Sumpf? Ökologisches Expertenwissen seit 1950
Simone Schleper (Maastricht): Die ‚Umwelt des Menschen‘: Expertenstreit und Diplomatie bei der Stockholm Konferenz, 1972
Simone Müller (München): Kommentar

Wem gehört die Unternehmensgeschichte? Deutungskämpfe in einem Forschungsfeld zwischen Wissenschaft und Public Relations
Leitung: Ingo Köhler (Berlin) - Michael C. Schneider (Düsseldorf)
Beteiligte:
Johannes Bähr (Frankfurt am Main): Unternehmensgeschichte zwischen guter wissenschaftlicher Praxis und Kommunikationsstrategien
Manfred Grieger (Göttingen): Geschichtsforschung und/oder History Consulting – zur wissenschaftlichen und kommunikationspolitischen Funktion der aktuellen Unternehmensgeschichtsschreibung
Hans-Diether Dörfler (Eichstätt/Erlangen): Wie wa(h)r das nochmal? Marke und Moral in der Historischen Kommunikation
Eva-Maria Roelevink (Mainz): Vom „armen Treue“: Thyssen und die Arbeit an der Vergangenheit in den 1960er Jahren

Was treibt die Geschichte im 20. Jahrhundert? Kausalität und Kontingenz in jüngeren Forschungsdebatten
Leitung: Sonja Levsen (Freiburg im Breisgau) - Franka Maubach (Jena)
Beteiligte:
Sonja Levsen (Freiburg im Breisgau)/Franka Maubach (Jena): Einführung
Ute Daniel (Braunschweig): Das schwierige Verhältnis von Kontingenz und diachroner Erklärung: Demokratiegeschichte als Beispiel
Benjamin Ziemann (Sheffield): War der 30. Januar 1933 ein Zufall?
Petra Terhoeven (Göttingen): Reiz – Reaktion? Über Zufall, Eigendynamik und hinreichende Gründe in der historischen Terrorismusforschung
Martin H. Geyer (München): Über das „Warum“ und das „Wie“ in historischen Beschreibungen der Gegenwart – Zeitreise in das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts

Deutungskämpfe um das Digitale. Selbstverständigungsprozesse in der digitalen Wirklichkeit
Leitung: Martina Heßler (Darmstadt) - Nora Thorade (Darmstadt)
Beteiligte:
Daniela Zetti (Lübeck): Computergeschichte und die Stolpersteine vergangener Zukünfte
Nora Thorade (Darmstadt): Arbeitskampf. Deutung und Organisation von Arbeit in der digitalen Fabrik der 1970er und 1980er Jahre
Lucas Böhme (Dresden): Wer findet den Täter? Deutungskämpfe um die Rolle von „Kommissar Computer“ in polizeilichen Diskursen der Bundesrepublik und der DDR
Martina Heßler (Darmstadt): Digitale Haustiere: Kann das Liebe sein? Deutungskämpfe um Emotionen in den 1990er Jahren

Raumimagination und Regionalplanung in Lateinamerika (19. und 20. Jh.)
Leitung: Teresa Huhle (Köln) - Katharina Schembs (Köln)
Beteiligte:
Antonio Carbone (Rom): Imaginierte Städte: Vorstellungen der modernen Stadt in Buenos Aires in den 1860er und -70er Jahren
Teresa Huhle (Köln): Sozialpolitik als zivilisatorische Messlatte: Geopolitische Selbstverortungen im ‚Modellland‘ Uruguay im frühen 20. Jahrhundert
Frederik Schulze (Münster): Umkämpfte Peripherien: Staat, Staudammbau und Zivilgesellschaft in Lateinamerikas 20. Jahrhundert
Georg Fischer (Aarhus): Projektionsraum Savanne. Agrarkolonisierung und modernisierte Landschaft in Südamerika, 1950–1985
Katharina Schembs (Köln): ‚Die Erfindung‘ der lateinamerikanischen Stadt. Stadtplanung in Lateinamerika in den 1960er und -70er Jahren
Angelika Epple (Bielefeld): Kommentar

The (Post-)Ottoman Mediterranean: Struggles over Diversity between Imperial Aspirations and Local Affirmations, 1860–1960
Leitung: Malte Fuhrmann (Berlin) - Esther Möller (Mainz)
Beteiligte:
Malte Fuhrmann (Berlin): Mediterranean Cosmopolitanism: Empty Construct or Model for the 21st Century?
Eyal Ginio (Jerusalem): Boycott and Exclusion: The Retracing of Communal Borders in Eastern Thrace following the Balkan Wars
Jasmin Daam (Kassel): Mapping Nations: History, Modernity, and Space in Mediterranean Tourism, 1920s–1930s
Raed Bader (Ramallah): The Afro-Palestinian Community of Jerusalem: Challenges of Integration in a Transforming World (1860–1960)
Esther Möller (Mainz): Claiming Arab Sovereignty in the Mediterranean. Egyptian and Lebanese Relief in the Period of Decolonization

Erfahrung und Erinnerung. Israel, die deutschsprachige Linke und der Holocaust
Leitung: Jan Gerber (Leipzig) - Philipp Graf (Leipzig)
Beteiligte:
Jan Gerber (Leipzig): Israel, die deutschsprachige Linke und der Holocaust: Drei Erinnerungsorte (Einführung)
Philipp Graf (Leipzig): Mexiko-Stadt, Heinrich-Heine-Klub, 1944. Kommunisten entdecken das jüdische Volk
Kristina Meyer (Jena): Bonn, Bundeskanzleramt, 1969. Die SPD und die Dialektik der Normalisierung
Zarin Aschrafi (Jerusalem): Frankfurt am Main, Verlagshaus Neue Kritik, 1982. Abschied von der Neuen Linken
Gerd Koenen (Hamburg): Erfahrung und Erinnerung. Ein Kommentar

Palestine in the Era of the British Mandate – Conflicting Interpretations of Places, Objects and Symbols
Leitung: Mara Albrecht (Erfurt/Beirut)
Beteiligte:
Johann Büssow (Bochum): Introduction
Mara Albrecht (Erfurt/Beirut): Realm of imaginations - conflicting interpretations of (sacred) urban space in Jerusalem in the early 20th century
Roberto Mazza (Limerick): When the sacred fosters violence: the Western Wall in Jerusalem from 1900 to 1929
Maayan Hillel (Evanston, IL): Claiming national ownership of the urban space - the struggle for establishing Palestinian cinema in Mandatory Haifa

---
Änderungen des Programms sind vorbehalten, das Programm können Sie tagesaktuell einsehen unter https://www.historikertag.de/Muenchen2021/sektionen/

Kontakt

Ludwig-Maximilians-Universität München
Abteilung für Alte Geschichte
Organisationsbüro des 53. Deutschen Historikertages 2021
Geschwister-Scholl-Platz 1
D-80539 München

https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Zitation
Historikertag 2021: Neuere und Neueste Geschichte. In: H-Soz-Kult, 05.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98605>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

10) Historikertag 2021: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

Veranstalter
Verband der Historiker und Historikerinnen Dutschlands e.V. (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD) (Ludwig-Maximilians Universität München)
Ausrichter
Ludwig-Maximilians Universität München

80539 München

05.10.2021 - 08.10.2021
Von
Denise Reitzenstein, 53. Deutscher Historikertag von 5. bis. 8. Oktober 2021

53. Deutscher Historikertag – „Deutungskämpfe“
5. – 8. Oktober 2021

Sektionsübersicht Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

Abstracts und weitere Informationen auf der Homepage des Historikertages:
https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Programm

Sozialdaten für die zeitgeschichtliche Forschung: Wie bauen wir die digitale Infrastruktur aus?
Leitung: Christina von Hodenberg (London)
Beteiligte:
Lutz Raphael (Trier)
Nicole Mayer-Ahuja (Göttingen)
Eva Schlotheuber (Düsseldorf)
Pascal Siegers (Mannheim)
Sabine Reh (Frankfurt am Main)

Deutungskämpfe über Reichtum im 20. Jahrhundert: Die feinen Unterschiede der feinen Leute
Leitung: Eva Maria Gajek (Gießen) - Alexandra Przyrembel (Hagen)
Beteiligte:
Eva Maria Gajek (Gießen)/Alexandra Przyrembel (Hagen): Die feinen Unterschiede der feinen Gesellschaft(en) – eine Einführung
Christiane Reinecke (Osnabrück): Alphawissen oder: das Problem mit den feinen Leuten. Zur Wissensproduktion über „die Oberen“ und „Reichen“ seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert
Juliane Hornung (Köln): Gesellschaftsformierung im Zeichen der Massenmedien. Die New

Yorker High Society in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts
Jens Gieseke (Potsdam): Reich sein im Staatssozialismus. Lebensstile zwischen Arbeiterlichkeit und Distinktion
Hubertus Büschel (Kassel): Der (nicht) erlaubte Reichtum: Deutungskämpfe, Moral und Schuld in der Entwicklungszusammenarbeit in Afrika
Jürgen Kocka (Berlin): Kommentar

Behinderung im späten Staatssozialismus. Alltagsgeschichte von behinderten Menschen in osteuropäischen Gesellschaften
Leitung: Sebastian Barsch (Kiel) - Gabriele Lingelbach (Kiel) - Claire Shaw (Warwick)
Beteiligte:
Gabriele Lingelbach (Kiel): Moderation
Ulrike Winkler (München): „Für ‚Unsere Menschen'!?" – Wohnen, Arbeiten und Mobilität im Alltag von Menschen mit Behinderungen in der DDR
Pia Schmüser (Kiel): Familien mit behinderten Angehörigen in der DDR zwischen Arbeitsalltag, Rehabilitation, staatlicher Fürsorge und Teilhabebarrieren
Claire Shaw (Warwick): Making Space(s) for the "People of Silence". Deaf Culture and Everyday Life in Late Soviet Socialism
Sebastian Barsch (Kiel): Kommentar

How can Citizens be made to pay their Taxes honestly? Debates about Causes of and Remedies for Tax Evasion from Antiquity to the 20th Century
Leitung: Assaf Likhovski (Tel Aviv) - Korinna Schönhärl (Frankfurt am Main)
Beteiligte:
Dorothea Rohde (Bielefeld): Diskussionen über Steuerprivilegien im 4. Jh. v. Chr. in Athen
Yves Huybrechts (Marburg/Paderborn): Solidarity, coercion and rebates. Dissension during fiscal reform negotiations in the Holy Roman Empire, 1719–1732: mere excuses or fundamental conflicts?
Assaf Likhovski (Tel Aviv): Education, Law and Tax Compliance: The Case of Constitutional Duties in 1950s Israel
Korinna Schönhärl (Frankfurt am Main): Steuerhinterziehung als Argument für die Reform des Steuersystems in der spanischen Transición (1975-1980)
Jens Ivo Engels (Darmstadt): Comment

Kinder in prekären Verhältnissen. Deutungskämpfe um Zugehörigkeit und Identität nach 1945
Leitung: Bettina Hitzer (Berlin) - Benedikt Stuchtey (Marburg)
Beteiligte:
Bettina Hitzer (Berlin)/Benedikt Stuchtey (Marburg): Einführung
Barbara Stelzl-Marx (Graz): Eine Frage der Identität. Besatzungskinder in Österreich und ihre Suche nach dem unbekannten Vater
Friederike Kind-Kovács (Dresden): Displaced Childhoods: Children's Transports in the Face of Europe's International Wars
Silke Hackenesch (Köln): Colorblind Love oder Racial Responsibility? Transnationale Adoptionen von Deutschland in die USA nach 1945
Frank Henschel (Kiel): Adoption in der sozialistischen Tschechoslowakei als Spiegel der Vorstellungen von Kindheit, Familie und Nation
Thomas Lindenberger (Dresden): „Zwangsadoptionen" und „gestohlene Kinder": Ostdeutsche Deutungskämpfe um den Kindesentzug im SED-Staat
Andreas Gestrich (Trier): Kommentar

Unsettled Heterotopias? Israel's New Social History
Leitung: Norbert Finzsch (Köln)
Beteiligte:
Areej Sabbagh-Khouri (Jerusalem): Deliberating Neighbors' Fate and Their Property: The Present Past after 1948 in Socialist Kibbutzim
Leena Dallasheh (Arcata, CA): Shaping Citizenship from Below: Palestinians in Israel's First Years
Gadi Algazi (Tel Aviv): Immigrants on the Frontier: Living in a Transit Camp, 1951–1953
Daniel de Malach (Aschkelon): Kibbutzim in Israel from a Socio-Historical Perspective: Agricultural Settlement and Communal Arrangements
Norbert Finzsch (Köln): Comment

„…dieser unmenschliche Handel unter britischer Flagge … war durch ganz Deutschland verabscheut". Die angebliche Abwesenheit deutscher Akteure im transatlantischen Sklavenhandel
Leitung: Magnus Ressel (Frankfurt am Main)
Beteiligte:
Rebekka von Mallinckrodt (Bremen): Einleitung und Chair
Anka Steffen (Frankfurt an der Oder): Schlesien und die Sklaverei – Eine Beziehungsgeschichte vom 17. Jahrhundert bis zum 1. Weltkrieg
Josef Köstlbauer (Bremen): Zwischen Unsichtbarkeit und Repräsentationsfunktion: Versklavte Menschen und die Herrnhuter Brüdergemeine im 18. Jahrhundert
Sarah Lentz (Bremen): Deutsche Sklavenhalter und -profiteure in Surinam und der Transfer von Wissen über eine deutsche Involviertheit in die Sklavenwirtschaft im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert
Magnus Ressel (Frankfurt am Main): Zwischen Altem Reich und atlantischer Plantagenwirtschaft: Das Handelsimperium des Friedrich Romberg (1727–1819)
Klaus Weber (Frankfurt an der Oder): Kommentar

Globale Wirtschaftsakteure und Staatlichkeit: Historische Perspektiven auf das Problem der Souveränität vom 17. bis zum 20. Jahrhundert
Leitung: Volker Depkat (Regensburg) - Susanne Lachenicht (Bayreuth)
Beteiligte:
Volker Depkat (Regensburg)/Susanne Lachenicht (Bayreuth): Einführung in das Thema
Susanne Lachenicht (Bayreuth): For the Benefit of the Mighty English Nation? Die englische East India Company, Souveränitätsrechte und das First British Empire (spätes 17. bis Mitte 18. Jahrhundert)
Emma Hart (St. Andrews): Interpreting Economic Sovereignty in Revolutionary North America
Volker Depkat (Regensburg): Cotton Kings und Föderalismus. Die Baumwollpflanzer des US-amerikanischen Südens und das Problem ökonomischer Souveränität im amerikanischen Bundesstaat, 1820-1861
Ulf Brunnbauer (Regensburg): Das Mantra des Exports und sozialistische Staatlichkeit in Jugoslawien
Peer Vries (Amsterdam): Commentary

Änderungen des Programms sind vorbehalten, das Programm können Sie tagesaktuell einsehen unter https://www.historikertag.de/Muenchen2021/sektionen/

Kontakt
Ludwig-Maximilians-Universität München
Abteilung für Alte Geschichte

Organisationsbüro des 53. Deutschen Historikertages 2021
Geschwister-Scholl-Platz 1
D-80539 München

https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Zitation

Historikertag 2021: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. In: H-Soz-Kult, 07.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98607>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

11) Historikertag 2021: Kulturgeschichte

Veranstalter
Verband der Historiker und Historikerinnen Dutschlands e.V. (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD) (Ludwig-Maximilians Universität München)
Ausrichter
Ludwig-Maximilians Universität München

80539 München

05.10.2021 - 08.10.2021
Von
Denise Reitzenstein, 53. Deutscher Historikertag von 5. bis. 8. Oktober 2021

53. Deutscher Historikertag – „Deutungskämpfe“
5. – 8. Oktober 2021

Sektionsübersicht Kulturgeschichte

Abstracts und weitere Informationen auf der Homepage des Historikertages:
https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Programm

Wie die Tiere? Analogien und Differenzierungen zwischen Animalischem und Humanem im 20. Jahrhundert
Leitung: Rüdiger Graf (Potsdam)
Beteiligte:
Nina Verheyen (Essen/Köln): Moderation
Georg Toepfer (Berlin): Wie die Menschen! Wann und warum die Tiere im 20. Jahrhundert zu „Sprache“, „Geist“ und „Kultur“ fanden
Rüdiger Graf (Potsdam): Animal Spirits und Decision-Making Organisms. Tierische Perspektiven auf wirtschaftliches Verhalten.
Marcus Böick (Bochum): Das Tier im Täter: Kriminologische Diskurse über menschliches Gewaltverhalten
Sophia Gräfe (Marburg): Streitfall Verhalten – Verhaltensbiologie zwischen Tierforschung und Sozialhygiene

Deutungskämpfe über Reichtum im 20. Jahrhundert: Die feinen Unterschiede der feinen Leute
Leitung: Eva Maria Gajek (Gießen) - Alexandra Przyrembel (Hagen)
Beteiligte:
Eva Maria Gajek (Gießen)/Alexandra Przyrembel (Hagen): Die feinen Unterschiede der feinen Gesellschaft(en) – eine Einführung
Christiane Reinecke (Osnabrück): Alphawissen oder: das Problem mit den feinen Leuten. Zur Wissensproduktion über „die Oberen“ und „Reichen“ seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert
Juliane Hornung (Köln): Gesellschaftsformierung im Zeichen der Massenmedien. Die New Yorker High Society in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts
Jens Gieseke (Potsdam): Reich sein im Staatssozialismus. Lebensstile zwischen Arbeiterlichkeit und Distinktion
Hubertus Büschel (Kassel): Der (nicht) erlaubte Reichtum: Deutungskämpfe, Moral und Schuld in der Entwicklungszusammenarbeit in Afrika

Jürgen Kocka (Berlin): KommentarKörper-Märkte: Kontroversen zum Umgang mit Körpern und Leben in modernen Marktgesellschaften
Leitung: Jan Logemann (Göttingen)
Beteiligte:
Denise Lehner-Renken (Göttingen): Zwischen Macht, Markt und Moral. Praktiken der Reproduktionsmedizin und das Arzt-Patientin-Verhältnis in der Bundesrepublik
Mischa Honeck (Kassel): „Buying Young“: Transatlantische Verjüngungsökonomien in den 1920er Jahren
Nicole Kramer (Köln): Als der Respirator zum Haushaltsgerät wurde: Alter, Gebrechlichkeit und die Vermarktlichung der Intensivpflege
Jan Logemann (Göttingen): Pietät und Recht am eigenen Körper: Bestattungen zwischen Markt und Moral im 20. Jahrhundert
Hannah Ahlheim (Gießen): Kommentar

Geschichte spielen, wie es eigentlich gewesen ist – Das Digitale Spiel im Spiegel seiner Authentizitätsdebatten
Leitung: Eugen Pfister (Bern) - Tobias Winnerling (Düsseldorf) - Felix Zimmermann (Köln)
Beteiligte:
Charlotte Jahnz (Bonn): Moderation
Eugen Pfister (Bern): Keine Atempause! Geschichte wird gemacht. Es geht voran! – Zum teleologischen Geschichtsverständnis in digitalen Spielen. Geschichte als Konstrukt
Tobias Winnerling (Düsseldorf): Es war einmal im Jahre Quersumme Neun – oder nicht? Zwei Jahrzehnte wissenschaftlicher und populärkultureller Diskussionen um die Deutung der „Anno“-Serie
Felix Zimmermann (Köln): Das Digitale Spiel und seine Atmosphären: Wie Vergangenheitsatmosphären hergestellt werden und wie sie Authentizitätsbedürfnisse befriedigen
Kathrin Trattner (Bochum): #NotMyBattlefield: Zur ‚historischen Authentizität‘ als Kampfbegriff in Gamerdiskussionen

Interpretations of Paul and the Dynamic of Christian-Jewish Interaction in the Later Middle Ages and the Early Modern Period
Leitung: Katrin Kogman-Appel (Münster) - Wolfram Drews (Münster)
Beteiligte:
Jeremy Cohen (Tel Aviv): From Scholastic Synthesis to Puritan Judeo-Centrism: Eschatological Jewry in the Writings of Thomas Aquinas and Thomas Brightman
Ram Ben Shalom (Jerusalem): Paul in the Eyes of Profayt Duran: Constructing a Jewish

Paul Yosi Yisraeli (Jerusalem): How Jewish was Paul? A “new perspective” on Paul in 15th century Spain
Claude Stuczynski (Tel Aviv): Father Antonio Vieira’s Paulinian Judeo-Gentile Interactions and the Conversos

Wessen Erbe? Deutungskämpfe um europäisch-jüdisches Kulturgut in Israel, den USA und Deutschland nach 1945
Leitung: Anna-Carolin Augustin (Washington, D.C.) - Miriam Rürup (Hamburg)
Beteiligte:
Irene Aue-Ben-David (Jerusalem): Aus der Ferne. Neue Bezugnahmen auf die Geschichte des deutschen Judentums nach der Shoah (1960er/1970er Jahre)
Anna-Carolin Augustin (Washington, D.C.): „Aus dem Brande gerettete Reste“ – Der Wettlauf um Zeremonialobjekte europäisch-jüdischer Provenienz nach 1945
James McSpadden (Reno, NV): Beschlagnahmte Bücher, NS-Raubgut und Bibliotheken in den USA
Miriam Rürup (Hamburg): Zwischen Hamburg und Jerusalem: Diskussionen um den Umgang mit dem jüdisch-archivalischen Erbe als Beispiel für den Konflikt zwischen Diaspora und Israel
Moshe Zimmermann (Jerusalem): Kommentator
Elisabeth Gallas (Leipzig): Moderation

Änderungen des Programms sind vorbehalten, das Programm können Sie tagesaktuell einsehen unter https://www.historikertag.de/Muenchen2021/sektionen/

Kontakt

Ludwig-Maximilians-Universität München
Abteilung für Alte Geschichte
Organisationsbüro des 53. Deutschen Historikertages 2021
Geschwister-Scholl-Platz 1
D-80539 München

https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Zitation
Historikertag 2021: Kulturgeschichte. In: H-Soz-Kult, 08.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98603>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

12) Historikertag 2021: Podiumsdiskussionen

Veranstalter
Verband der Historiker und Historikerinnen Dutschlands e.V. (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD) (Ludwig-Maximilians Universität München)
Ausrichter
Ludwig-Maximilians Universität München

80539 München

05.10.2021 - 08.10.2021

Von
Denise Reitzenstein, 53. Deutscher Historikertag von 5. bis. 8. Oktober 2021

53. Deutscher Historikertag – „Deutungskämpfe“
5. – 8. Oktober 2021

Sektionsübersicht Podiumsdiskussion

Abstracts und weitere Informationen auf der Homepage des Historikertages:
https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Programm

Maritime Gewalt, Märkte und Staatlichkeit. Deutungskämpfe an der Wende zur Neuzeit
Leitung: Philipp Höhn (Halle an der Saale): Einführung - Ulla Kypta (Hamburg): Moderation - Gregor Rohmann (Frankfurt am Main): Zusammenfassung
Beteiligte:
Gadi Algazi (Tel Aviv)
Eva Brugger (Zürich)
Sebastian Kolditz (Heidelberg)
Alexander Engel (Göttingen/Basel)

Wissenschafliche Zeitschriften in der Krise?
Leitung: Frank Rexroth (Göttingen): Moderation
Beteiligte:
Rudolf Stichweh (Bonn)
Martin Rethmeier (München)
Jan-Hendryk de Boer (Duisburg-Essen)
Barbara Stollberg-Rilinger (Berlin)
Julia Hillner (Sheffield)

Resolution zur Mitgliederversammlung: Neue Konzepte für ein altes Problem – befristete Verträge und Karrierewege
Leitung: Eva Schlotheuber (Düsseldorf)
Weitere Informationen folgen

Sozialdaten für die zeitgeschichtliche Forschung: Wie bauen wir die digitale Infrastruktur aus?
Leitung: Christina von Hodenberg (London)
Beteiligte:
Lutz Raphael (Trier)
Nicole Mayer-Ahuja (Göttingen)
Eva Schlotheuber (Düsseldorf)
Pascal Siegers (Mannheim)
Sabine Reh (Frankfurt am Main)

Wirklich so besonders? Neue Ansätze und Erkenntnisse zur Geschichte der deutsch-israelischen Beziehungen
Leitung: Lorena De Vita (Utrecht) - Moshe Zimmermann (Jerusalem)

Beteiligte:
David Witzthum (Jerusalem)
Hubert Leber (Marburg/Haifa)
Perspektiven und Herausforderungen der israelisch-palästinensischen Zusammenarbeit in den Altertumswissenschaften
Leitung: Johannes Wienand (Braunschweig) in Kooperation mit der Gerda Henkel Stiftung
Beteiligte:
Johannes Wienand (Braunschweig): Einführung
Hans-Joachim Gehrke (Freiburg im Breisgau): Moderation
Yuval Baruch (Jerusalem)
Yonathan Mizrachi (Jerusalem)
Dieter Vieweger (Jerusalem/Amman)

Nachhaltige Internationalisierung: Wissenschaft und Reisen in Zeiten des Klimawandels
Leitung: Reinhild Kreis (Siegen) - Frank Bösch (Potsdam)
Beteiligte:
Frank Bösch (Potsdam): Moderation
Reinhild Kreis (Siegen): Initiatorin
Claudia Althaus (Bonn)
Thomas Maissen (Paris)
Frederik Schröer (Berlin)
N.N.

NFDI4Memory – Community-Treffen auf dem Historikertag und Vergabe des Peter-Haber-Preises für Digitale Geschichte
Leitung: Johannes Paulmann (Mainz)

Klio vor dem Kadi. Geschichtsschreibung zwischen Meinungsfreiheit und Persönlichkeitsrecht
Leitung: Winfried Süß (Potsdam) - Martin Sabrow (Berlin/Potsdam)
Beteiligte:
Martin Sabrow (Berlin/Potsdam): Moderation - Ablauf: Zwei Diskussionsrunden mit juristischen Perspektiven auf das Verhältnis von Äußerungsrecht und Geschichtsschreibung in der ersten Runde und Fallbeispielen in der zweiten
Wolfgang Schulz (Hamburg)
Christian Schertz (Berlin)
Kerstin Skiba (Potsdam)
Rüdiger Hohls (Berlin): Rezensionskritik auf dem Rechtsweg. Das Beispiel H-Soz-und-Kult
Volkhard Knigge (Buchenwald): Ein Mythos vor Gericht: Stefan Jerzy Zweig, das „Kind von Buchenwald“
Stephan Malinowski (Edinburgh): Geheime Gutachten. Die Hohenzollern und der Nationalsozialismus
Winfried Süß (Potsdam): Der Streit um das Preußenerbe

Covid-19 und die Folgen für historische Forschung in Archiven und Bibliotheken
COVID-19 and Archives – Exploring the Impact of a Global Pandemic on the Profession
Moderation: Eva Schlotheuber (Düsseldorf) und Simone Lässig (Washington, D.C.)
Beteiligte:
Frank Bösch (Potsdam)
Andrea Hänger (Koblenz)
Anna Catherina Hofmann (Halle)
Christoph Mackert (Leipzig)

Fateful Election 2020: American Foreign Policy and Transatlantic Relations from George H. W. Bush to Joe Biden
Leitung: Axel Jansen (Washington, D.C.) - Michael Kimmage (Washington, D.C.)

Beteiligte:
Axel Jansen (Washington, D.C.): Moderation
Beverly Gage (New Haven, CT)
Britta Waldschmidt-Nelson (Augsburg)
Christian Caryl (Washington, D.C.)
Michael Kimmage (Washington, D.C.)

Änderungen des Programms sind vorbehalten, das Programm können Sie tagesaktuell einsehen unter https://www.historikertag.de/Muenchen2021/sektionen/

Kontakt

Ludwig-Maximilians-Universität München
Abteilung für Alte Geschichte
Organisationsbüro des 53. Deutschen Historikertages 2021
Geschwister-Scholl-Platz 1
D-80539 München

https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Zitation
Historikertag 2021: Podiumsdiskussionen. In: H-Soz-Kult, 15.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98606>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

13) Industrialisierung in Oberschlesien im ‚Zeitalter der Extreme'. Eine Kulturgeschichte der Wirtschaft am Beispiel des Ballestrem-Konzerns ca. 1890-1950

Veranstalter
Zentrum Mittleres und Östliches Europa (TU Dresden); Museum für Kohlebergbau in Zabrze / Hindenburg OS.
Veranstaltungsort
Digital; Zabrze/Hindenburg OS; Dresden

Gefördert durch
Bundesbeauftragten für Kultur und Medien

13.10.2021 - 15.10.2021
Anmeldefrist
31.07.2021
Von
Steffen Heidrich, Institut für Geschichte/ Zentrum Mittleres und Östliches Europa, Technische Universität Dresden

Das Zentrum Mittleres und Östliches Europa an der Technischen Universität Dresden und das Museum für Kohlebergbau in Zabrze laden ein zur Mitarbeit an dem von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM) geförderten Forschungsprojekt „Industrialisierung in Oberschlesien im ‚Zeitalter der Extreme'. Eine Kulturgeschichte der Wirtschaft am Beispiel des Ballestrem-Konzerns ca. 1890-1950".

Kein Prozess prägte die „Verwandlung der Welt" im 19. Jahrhundert stärker als die Industrialisierung Europas, die sich zunächst nur in einzelnen Regionen der Textil- oder Schwerindustrie vollzog. Oberschlesien war eine Pionierregion der Industrialisierung, in der die rapide wachsende industrielle Produktion die zuvor überwiegend agrarisch genutzte Landschaft durch die Errichtung von Gruben- und Hüttenanlagen, Arbeitersiedlungen und ihre Verbindung mit Eisenbahnlinien transformierte. Der Grenzraum der deutschen, russischen und österreich-ungarischen Kaiserreiche prägte die ethnische Zusammensetzung der Arbeiterschaft ebenso wie die ökonomischen Praktiken der oberschlesischen Unternehmerdynastien, die aus dem großgrundbesitzenden Adel hervorgingen.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert war die Region entscheidend für die Schwerindustrie- und Rüstungsproduktion. Mit der 1922 wirksam gewordenen Teilung infolge des Ersten Weltkriegs wurde Oberschlesien zum Streitobjekt zwischen Deutschland und Polen. Nach dem Überfall auf Polen 1939 annektierte das nationalsozialistische Deutschland den Ostteil und verwandelte ihn in einen weiteren Schauplatz seiner Bevölkerungspolitik und gleichzeitig in eine „Waffenschmiede" des Reiches. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die gesamte Region Teil des staatssozialistischen Volkspolen, das die Industriekonzerne verstaatlichte. Ein großer Teil der deutschsprachigen Bevölkerung wurde vertrieben oder ausgewiesen, somit auch die meisten Personen, die bis dahin zum Kreis der Besitzenden und der Führungskräfte der Montanindustrie gehörten.

Das Projekt verschränkt wirtschaftsgeschichtliche mit kulturhistorischen Perspektiven und Methoden, um die Geschichte der industriellen Prägung Oberschlesiens im deutsch-polnischen Grenzraum zu rekonstruieren und die Wirtschaftsgeschichte in eine allgemeine Kulturgeschichte zu integrieren. Am Fallbeispiel des Ballestrem-Konzerns lassen sich Fragestellungen der Unternehmensgeschichte als Mikrohistorie der oberschlesischen Schwerindustrie mit der materiellen und immateriellen Ausprägung von Industriekultur über die Brüche des 20. Jahrhunderts hinweg verbinden. In den Blick genommen werden die kommunikativen, repräsentativen, erzieherischen und traditionsstiftenden Dimensionen der Arbeiterwohlfahrt, der Kirchen-, Siedlungs- und Firmensitzarchitektur, Sammlungstätigkeiten und Mäzenatentum ebenso wie die Erschließung von Rohstoffen und Absatzmärkten, technische Innovationen, die Nutzung von Zwangsarbeit oder der Umgang mit Umweltzerstörung. Die Untersuchung von ökonomischer Resilienz und Krisenrobustheit, internationaler Netzwerkbildung, politischem Engagement und Anpassung in sich verändernden politischen und wirtschaftlichen Kontexten sollen Wandel und Kontinuitäten adligen Führungsanspruchs im „Zeitalter der Extreme" anschaulich werden lassen.

Das Forschungsprojekt läuft beginnend mit einem Auftaktworkshop, der vom 13. bis 15. Oktober 2021 online stattfindet, bis Oktober 2023. Am Ende steht eine interdisziplinäre Publikation bestehend aus Beiträgen zu unterschiedlichen Aspekten der oberschlesischen Industriegeschichte. Durch stetigen Austausch, Projekttreffen und einen beratenden Kreis von Expert:innen verschiedener Disziplinen sollen Kohärenz und eine interdisziplinäre Perspektive der Forschungsergebnisse erhöht werden. Den Bearbeiter:innen steht der Zugang und Beratung im Ballestremschen Familienarchiv in Berlin und in den Staatsarchiven der Woiwodschaft Schlesien zur Verfügung.

Wir bitten um Beitragsvorschläge zur methodisch reflektierten Untersuchung sämtlicher ökonomischer, sozialer, religiöser, politischer, baulicher, philanthropischer und mäzenatischer Betätigungen der Familie Ballestrem und deren Auswirkungen im genannten Untersuchungszeitraum oder zu vergleichenden Perspektiven auf die oberschlesische Industriegeschichte bzw. die adligen Industriemagnaten, die das Wirken der Ballestrems in Oberschlesien in ihren internationalen Bezügen verständlich werden lassen.

Bitte schicken Sie eine Skizze (max. 3000 Zeichen) welche Gegenstand und Forschungsperspektive erläutert, und einem kurzen Lebenslauf mit Publikationsliste bis zum 31. Juli 2021 an oberschl@tu-dresden.de.

Mit den Autorinnen und Autoren, die zur Mitwirkung ausgewählt werden, wird ein Werkvertrag über den geplanten Forschungsbeitrag geschlossen. Vorgesehen ist ein Autorenhonorar in Höhe von 1500,- Euro sowie die Möglichkeit zur Erstattung von anfallenden Reisekosten für Bibliotheks- und Archivrecherchen, Zeitzeugen-Interviews oder Ähnliches. Das Honorar wird bei Vertragsabschluss zu einem Drittel ausgezahlt, die restlichen zwei Drittel werden bei Textabgabe zum 31. März 2023 fällig.

Beiträgerinnen und Beiträger verpflichten sich außerdem zur Teilnahme an Projekttreffen, die für März 2022 in Zabrze und Oktober 2022 in Dresden anvisiert sind. Workshops und Konferenz werden in deutscher und englischer Sprache durchgeführt. Spätestens zwei Wochen nach Anmeldeschluss ergehen Einladungen zu einem digitalen Workshop zum Projektstart im Oktober. Wir freuen uns auf Ihre aktive Teilnahme!

Anmeldung und Rückfragen
Steffen Heidrich
E-Mail: oberschl@tu-dresden.de
Telefon: 0351 463-37865 (Sekretariat)

Kontakt

Steffen Heidrich
E-Mail: oberschl@tu-dresden.de

Zitation
Industrialisierung in Oberschlesien im ‚Zeitalter der Extreme'. Eine Kulturgeschichte der Wirtschaft am Beispiel des Ballestrem-Konzerns ca. 1890-1950. In: H-Soz-Kult, 04.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98007>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

14) Nachwuchskolloquium zur Militärgeschichte

Nachwuchskolloquium zur Militärgeschichte
Veranstalter

Lehrstuhl für Militärgeschichte / Kulturgeschichte der Gewalt, Universität Potsdam

14469 Potsdam

14.10. bis 15.10.2021

Von

Alex J. Kay, Historisches Institut, Universität Potsdam

Das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr – vertreten durch den wissenschaftlichen Beirat des Förderpreises für Militärgeschichte und Militärtechnikgeschichte – veranstaltet in Kooperation mit der Universität Potsdam, dem Arbeitskreis Militärgeschichte, dem Arbeitskreis Militär und Gesellschaft der Frühen Neuzeit und dem ZMSBw Potsdam am 14. und 15. Oktober 2021 an der Universität Potsdam ein Nachwuchskolloquium zur Militärgeschichte.

Das Nachwuchskolloquium zur Militärgeschichte wendet sich gezielt an Doktorandinnen und Doktoranden. Ihnen soll hier die Gelegenheit gegeben werden, Ihre Studien mit einem international und interdisziplinär besetzten Auditorium epochenübergreifend zu diskutieren. Die Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch.

Die Veranstaltung ist für alle methodischen, thematischen oder zeitlichen Perspektiven von der Antike bis zur Zeitgeschichte offen.

Die Fahrt- und Übernachtungskosten der Vortragenden (Bahnfahrt 2. Klasse / Flugklasse Economy) werden von den Veranstaltern übernommen. Eine kurze Skizze (1 Seite) des Vortragsthemas und einen kurzen Lebenslauf schicken Sie bis zum 7. August 2021 per E-Mail bitte an folgende Adresse:

Dr. Alex Kay
Universität Potsdam
Am Neuen Palais 10
14469 Potsdam
E-Mail: alex.kay@uni-potsdam.de

Kontakt

Dr. Alex Kay
Universität Potsdam, Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam
alex.kay@uni-potsdam.de

Zitation
Nachwuchskolloquium zur Militärgeschichte. In: H-Soz-Kult, 28.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98593>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

15) Südosteuropa ist tot? Lang lebe Südosteuropa! Positionierungen in einem interdisziplinären Forschungsfeld (Viadrina-Univ. Frankfurt/Oder)

Veranstalter
Viadrina-Universität Frankfurt/Oder
15230 Frankfurt/Oder

Vom - Bis
13.10.2021 - 15.10.2021
Von
Elisa Satjukow, Institut für Ost- und Südosteuropäische Geschichte, Historisches Seminar, Universität Leipzig

Wir laden alle Interessierten zu unserem hybriden Workshop "Südosteuropa ist tot? Lang lebe Südosteuropa! Positionierungen in einem interdisziplinären Forschungsfeld" vom 13. bis 15. Oktober ein. Eine Registrierung für die digitale Teilnahme ist möglich unter: https://www.sogde.org/de/events/x-dr-fritz-exner-kolloquium-zur-sudosteuropaforschung/
Südosteuropa ist tot? Lang lebe Südosteuropa! Positionierungen in einem interdisziplinären Forschungsfeld (Viadrina-Univ. Frankfurt/Oder).

Es ist mehr als 20 Jahre her, seit das Erscheinen von Maria Todorovas Buch Imagining the Balkans die Südosteuropaforschung in Aufregung versetzte. Die folgende Auseinandersetzung über ‚den Balkan' als Analysekategorie und/oder mental map hatte auch für die deutschsprachige Forschungslandschaft weitreichende Folgen, da in ihrem Zuge tradierte Raum- und Selbstverständnisse innerhalb des Faches infrage gestellt wurden. Während sich komparative und globale Forschungszugänge weitgehend etabliert, sind viele Fragen der fachlich-inhaltlichen Standortbestimmung einer genuinen Südosteuropaforschung unbeantwortet geblieben. Dazu zählt insbesondere die Auseinandersetzung mit postkolonialen Debatten und einer noch immer nur in Ansätzen aufgearbeiteten wechselvollen Geschichte politischer Instrumentalisierungen. Die Beschäftigung mit der (Selbst-)Verortung, Wissensproduktion und Wissensvermittlung innerhalb unseres kleinen Faches steht im Mittelpunkt des diesjährigen Dr.-Fritz-Exner-Kolloquiums zur Südosteuropaforschung.

Wir erklären die Südosteuropawissenschaften keineswegs für tot, aber wir finden, dass es Zeit ist, erneut und gemeinsam über die Autorenschaft, Methoden, Inhalte und Anknüpfungspunkte der Regionalforschung innerhalb einer Wissenschaftslandschaft im Wandel nachzudenken.
Das Dr.-Fritz-Exner-Kolloquium stellt seit vielen Jahren eine Plattform für den interdisziplinären Austausch jüngerer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dar. Wir möchten das zehnte Zusammentreffen gleichsam nutzen, um diese Tradition fortzusetzen und basierend auf den eigenen Forschungsprojekten eine theoretische und methodologische Diskussion über die im deutschsprachigen Raum situierte Südosteuropaforschung und –lehre anzustoßen.

Programm
X. Dr. Fritz-Exner-Kolloquium zur Südosteuropaforschung:
Südosteuropa ist tot? Lang lebe Südosteuropa! Positionierungen in einem interdisziplinären Forschungsfeld
Datum: 13. – 15. Oktober 2021
Ort: Logensaal, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder)
Veranstaltungssprache: Deutsch/ Englisch

Organisatorinnen: Claudia Weber (Europa-Universität Viadrina), Jacqueline Nießer (Universität Regensburg) und Elisa Satjukow (Universität Leipzig)
Anmeldung: https://www.sogde.org/de/formulare/exner-online-registration/

MITTWOCH, 13. OKTOBER 2021
13:00
Online-Workshop: Forschungsdatenmanagement (Digital)
Arnošt Stanzel, Osteuropa-Abteilung der Bayerischen Staatsbibliothek
15:00
Begrüßung
Martin Eisend, Vizepräsident für Forschung Europa-Universität Viadrina
Christian Hagemann, Südosteuropa-Gesellschaft
Claudia Weber, Europa-Universität Viadrina
Elisa Satjukow, Universität Leipzig
Jacqueline Nießer, Universität Regensburg
16:00-17:00
Keynote: Südosteuropaforschung gestern und heute: Indienstnahme und Verwissenschaftlichung, Theorien und Paradigmen (Hybrid)
Wolfgang Höpken, Universität Leipzig
Moderation:
Claudia Weber, Europa-Universität Viadrina
17:15-18:45
Podiumsdiskussion: Zukunft Osteuropa? Wissenschaftspolitische Perspektiven auf Ost- und Südosteuropaforschung (Hybrid)
Zsófia Turóczy, Universität Leipzig
Wolfgang Höpken, Universität Leipzig
Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina
Katharina Bahlmann, Arbeitsstelle Kleine Fächer, Universität Mainz
Dies ist eine Veranstaltung der Zweigstelle der Südosteuropa-Gesellschaft und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropa in Frankfurt/Oder in Kooperation mit der Jungen DGO.

DONNERSTAG, 14. OKTOBER 2021
09:30-10:45
Roundtable: Postcolonial Perspectives on East and Southeast European Studies (Hybrid)
Panelists:
Katarina Kušić, Department of International Politics at Aberystwyth University
Čarna Brković, Department of Cultural Anthropology, University of Göttingen
Clara Frysztacka, Department of History, Viadrina University Frankfurt/Oder
Moderation:
Elisa Satjukow, Leipzig University
11:00
Panel I: Positionalities / Positionierungen
Panelists:
Gruia Badescu, Universität Konstanz: „Even Romanians come research us now“: On positionality and nested orientalism within Southeast European Studies
Roswitha Kersten-Pejanić, Universität Rijeka: Nicht dramatisieren, nicht bagatellisieren – sondern aufzeigen: Forschungsethische Überlegungen zu einer Ausstellung der Linguistic Landscape Nachkroatiens
Lea Horvat, Universität Hamburg & Aleksandar Ranković, Universität Wien: Galeb i golub: Heritage Scholars, Power, and Knowledge Production in (Post-)Yugoslav Studies
Irena Pavlović, Universität Erlangen-Nürnberg: Epistemische Gewalt: (Post-)Koloniale Kritik der eurozentrischen Wissensproduktion

Moderation:
Wolfgang Höpken, Universität Leipzig
Comment:
Heike Karge, Universität Regensburg
14:30
Panel II: Internationale Perspektiven / International Perspectives
Panelists:
Tomislava A. Kosić, University of Zürich: Balkanismen in der Schweiz seit der «Überfremdung» bis zur «postmigrantischen Gesellschaft»: Eine migrationsgeschichtliche Einordnung
Michiel Piersma, University of Liverpool: Academic knowledge production in 'home' institutions: a call for material positionality in research on Bosnia and Herzegovina
Igor Stipić, University of Regensburg: The State and its Students: Hegemonic structures, subaltern narratives, and fractured community in Bosnia and Chile
Geert Luteijn, University of Amsterdam: Framing EU integration in the Netherlands and Germany
Moderation:
Sabine Rutar, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Comment:
Ger Duijzings, Universität Regensburg
17:00
Keynote: Southeast European Studies Between Debates and Trends (Hybrid)
Maria Todorova, Department of History, University of Illinois at Urbana-Champaign
Moderation:
Jacqueline Nießer, Universität Regensburg & Elisa Satjukow, Universität Leipzig
Kommentar:
Sabine Rutar, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

FREITAG, 15. OKTOBER
9:30-11:00
Roundtable: Southeast European Studies Compared: Questions, Methods, Challenges (Hybrid)
Panelists:
Nadège Ragaru, Center for International Studies, Sciences Po Paris
Ger Duijzings, University of Regensburg
Diana Mishkova, Centre for Advanced Studies, Sofia
Christina Koulouri, Panteion University, Athens
Moderation:
Jacqueline Nießer, Universität Regensburg
11:30-13:00
Panel III: Ethnographien & audiovisuelle Kulturen / Ethnographies & Audiovisual Cultures
Panelists:
Rosa Karolin Meyer, Universität Frankfurt: Influencing the halal way – Nutzung sozialer Medien durch InfluencerInnen der bosnisch-salafistischen Szene
Tatyana Churchulieva-Knight, Universität Köln: Sounds of Transition? An Auto-Ethnography of Wedding Bands in Southern Bulgaria between Socialism and Post-Socialism
Jana Stöxen, Universität Regensburg: Begegnungen mit Südosteuropa. Regionalwissenschaften am Balkan-Grill
Anne Pirwitz, Universität Potsdam: Diskurse über ‚Ost‘ und ‚West‘ im (süd-) osteuropäischen Migrationsfilm am Beispiel Rumäniens
Moderation:
Claudia Weber, Europa-Universität Viadrina

Comment:
Eckehardt Pistrick, Universität Köln
14:00-15:30
Panel IV: Praktiken / Practices
Panelists:
Bianca Hepp, Universität Tübingen: Gegen die Kontinuität. Vorschlag einer kulturwissenschaftlichen Perspektive für die Südosteuropastudien
Marie Jelenka Kirchner, Universität Graz: Südosteuropa gleichberechtigt begegnen: Die Chancen eines transnational feministischen Ansatzes in der Europawissenschaft für eine nachhaltige Europäisierung ganz Europas
Eva Kowollik / Tijana Matijević, Universität Halle-Wittenberg: Young Authors for Future - Krisenszenarien und (junge) Literatur im Ost-West-Dialog
Moderation:
Jacqueline Nießer, Universität Regensburg
Comment:
Valeska Bopp-Filimonov, Universität Jena
15:30
Abschlussdiskussion
Kontakt
Südosteuropa-Gesellschaft e.V.
Widenmayerstraße 49
80538 München
Tel.: +49 89 2121 540
Fax: + 49 89 2121 5499
E-Mail: info@sogde.org
https://www.sogde.org/de/events/x-dr-fritz-exner-kolloquium-zur-sudosteuropaforschung/

Zitation
Südosteuropa ist tot? Lang lebe Südosteuropa! Positionierungen in einem interdisziplinären Forschungsfeld (Viadrina-Univ. Frankfurt/Oder). In: H-Soz-Kult, 13.09.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-112775>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

16) Stadterweiterung in Zeiten der Reurbanisierung – neue Suburbanität?

Veranstalter: Forschungsverbund Neue Universität (Universität Kassel)

Kassel/Online

25.10. bis 26.10.2021

Anmeldefrist:
22.07.2021
Von
Henriette Bertram, Institut für urbane Entwicklungen, Universität Kassel

Ich möchte gerne auf die Abschlusstagung unseres Forschungsverbunds "Neue Suburbanität" hinweisen, für die Beiträge noch herzlich willkommen sind.

Stadterweiterung in Zeiten der Reurbanisierung – neue Suburbanität? Online-Abschlusstagung des Forschungsverbunds Neue Suburbanität (Universität Kassel)

Nach fast zwei Jahrzehnten der überwiegenden Reurbanisierung mit all ihren positiven wie negativen Aspekten verändern sich sowohl die fachlichen Debatten als auch die Stadtentwicklungspraxis wieder hin zu einer verstärkten Bautätigkeit am Stadtrand. In mehreren deutschen Großstädten entstehen neue Stadtteile für bis zu Zehntausend zukünftige Bewohner:innen. Dabei ist davon auszugehen, dass veränderte Lebensstile, Haushaltsstrukturen und Arbeitsmärkte, die Ausdifferenzierung von Wohn- und Wohnungstypen, von Trägerformen sowie die Infragestellung klassischer „Schlafstädte“ neue Formen von Suburbanität hervorbringen. Die sich hierbei herausbildenden Milieus, stadt- und freiraumplanerischen Leitbilder, Quartierstypen, Governancearrangements und Umsetzungsstrategien sind bislang im Hinblick auf ihre Wirkungen für die Stadtproduktion noch wenig erforscht.

Fragen, die sich in Bezug auf die neuen Quartiere stellen, sind z. B.:

- Wer lebt eigentlich heute im suburbanen Raum, und unterscheidet sich dieses Leben von dem in älteren Siedlungen? Findet eine Ausdifferenzierung in verschiedene Suburbanitäten statt? Welche Zielgruppen sprechen die neuen Quartiere wodurch an? Wie organisieren die Bewohner ihren Alltag? Welche (sozial-) räumlichen Strukturen unterstützen sie dabei?

- Wie entsteht suburbanes Leben durch Planung und Aneignung von Gebäuden und ihrem Umfeld? Unterscheiden sich die Arten der Vergemeinschaftung in den neuen Quartieren von denen in gewachsenen (innerstädtischen) Umfeldern?

- Welche Immobilienangebote werden von welchen Akteuren geschaffen? Welche (neuen) Akteure übernehmen welche Aufgaben und haben welche Kompetenzen? Wie werden Nutzungsinteressen in die Planungsvorhaben einbezogen? Wie entsteht soziale und nutzungsbezogene Mischung?

- Wie sind suburbane Siedlungen heute strukturiert? Wie gestaltet sich der Bezug zur Landschaft, welche freiraumplanerischen Leitbilder lassen sich erkennen? Welche Freiraumbedingungen werden erzeugt?

- Wo am Stadtrand werden suburbane Quartiere überhaupt entwickelt? Was sind die Suchkriterien, und welchen planerischen Leitbildern folgen die Planer der suburbanen Siedlungen derzeit?

Die Tagung wird vom Forschungsverbund „Neue Suburbanität“ am Fachbereich Architektur Stadtplanung Landschaftspanung der Universität Kassel veranstaltet und findet online als Videokonferenz am 25. und 26. Oktober statt. Wir freuen uns über Vorschläge für Beiträge zu den oben genannten oder ergänzenden Fragestellungen aus den Disziplinen der Stadt- und Landschaftsplanung, Architektur, Geographie, Soziologie, Politik-, Kulturwissenschaften und darüber hinaus. Es sind Beiträge von Nachwuchs- oder etablierteren Wissenschaftler sowie aus der Praxis willkommen. Abstracts von maximal 400 Wörtern bis zum 22. Juli 2021 senden Sie bitte an Henriette Bertram (henriette.bertram@asl.uni-kassel.de) und Arvid Krüger (arvid.krueger@asl.uni-kassel.de).

Kontakt

henriette.bertram@asl.uni-kassel.de
arvid.krueger@asl.uni-kassel,de

https://www.uni-kassel.de/projekte/suburbanitaet/forschungsverbund-neue-suburbanitaet.html

---

Zitation
Stadterweiterung in Zeiten der Reurbanisierung – neue Suburbanität?. In: H-Soz-Kult, 20.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98436>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

17) Der große Aufbruch 1968 – ein Mythos von gestern. Tagung der BAG für Ostdeutsches Kulturerbe im Unterricht e. V.
in Soest, November 2021

Bundesarbeitsgemeinschaft für Ostdeutsches Kulturerbe im Unterricht e. V.

1. Vorsitzender

Gerhard Wonner, Jahnstr 8, 83368 St. Georgen, Telefon: 08669-4742, E-Mail: wonner-g@gmx.de

Geschäftsstelle: Norbert Tarsten
Frohnhofstr. 20
50765 Köln
Tel.: 0221-5903793
Mail: nortar@web.de

St. Georgen, 22.04.2021

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

hoffe sehr, dass Sie/Du die „Corona"-Zeit bisher gesund und munter gemeistert haben/hast! Noch hat uns die Pandemie aber fest im Griff! Dieses macht eine verbindliche Planung unmöglich.

Sollten die Umstände es erlauben, würde sich für die BAG in diesem Herbst folgende Veranstaltung anbieten:

- Im November 2021 **Tagung der LAG NRW**, in Soest
  Thema: **„Der große Aufbruch 1968 – ein Mythos von gestern?"**

Ob die Rumänienreise im Oktober durchgeführt werden kann, ist eher unwahrscheinlich. Außerdem stehe ich in Verbindung mit dem „Heiligenhof", mittelfristig gibt es dort nur Onlineangebote.
Sollten gemeinsame Veranstaltungen wieder möglich sein, werden wir entsprechende Einladungen versenden.

Nach einer weitern "Unendlichen Geschichte" hat die BAG eine neue Kontonummer – siehe unten. Damit verbunden die freundliche Bitte um eine Jahresspende von mindestens 30,- € für Einzelmitglieder und 50,- € für Ehepaare. Vielen Dank!

Mit den besten Wünschen für Gesundheit und Wohlergehen

Gerhard Wonner
Erster Vorsitzender der BAG

Für Mitgliederbeiträge das Konto der **BAG – Tarsten, IBAN:**
DE85 3705 0198 1935 7844 29, BIC: COLSDE33XXX

18) Auf dem Weg zur liberalen Demokratie? Deutsches Kaiserreich, Nationalstaat und Europa

Veranstalter
Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit; Forschungsstelle Weimarer Republik, Institut für Politikwissenschaft, Friedrich-Schiller- Universität Jena
Veranstaltungsort
Friedrich-Schiller-Universität Jena
07743 Jena

Vom - Bis
04.11.2021 - 05.11.2021
Anmeldefrist
22.10.2021
Von
Dr. Wolther von Kieseritzky, Archiv des Liberalismus

Die 150-jährige Wiederkehr der Reichsgründung 1871 nehmen die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und das Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena zum Anlass, im 19. Kolloquium zur Liberalismus-Forschung die Geschichte und Gegenwart des deutschen Kaiserreichs zu vermessen.

Auf dem Weg zur liberalen Demokratie? Deutsches Kaiserreich, Nationalstaat und Europa

Die Tagung soll die aktuellen Auseinandersetzungen um das Kaiserreich aufgreifen und zugleich den Problemkreis Liberalismus und nation- bzw. state-building neu beleuchten. Dazu gehören Fragen nach dem Zusammenhang des Aufstiegs des Liberalismus als politisches Leitbild mit der Idee der Nation, aber auch die nach alternativen Ordnungskonzepten und Handlungsebenen. Welche Reichweite besaßen Emanzipationsprozesse, welche Potentiale entwickelten sie, auf welche Begrenzungen trafen sie? Welche Dynamik entfalteten Modernisierung und Globalisierung, in welchem Verhältnis stand dazu ein verstärkter Nationalismus?

In den fünf Sektionen der Tagung (Politik und Nationsbildung, Kommunikation, Globalisierung, Emanzipationsprozesse, spätere Rezeption von „Reich“ und „Nation“) sollen diese Themen mit Blick auf den Liberalismus in vergleichender europäischer Perspektive diskutiert werden. Dabei sind auch traditionelle Deutungen der liberalen Zielvorstellungen zu überprüfen. Dies gilt etwa für den Dualismus von „Einheit“ und „Freiheit“ und den daraus folgenden Zielkonflikten. Wie verhält sich die Vorstellung des Liberalismus als Emanzipationsidee zur in mehrfacher Hinsicht widersprüchlichen Praxis nach Erringen der Einheit 1871. Was ist gemeint, wenn von Nation, Staatlichkeit und Staatsbürgerschaft gesprochen wird – eine Frage, die auch für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts zu stellen sein wird. Welche Rolle spielen liberale Konzepte multilateraler Verflechtung und supranationaler Ordnung, die eine lange Tradition im 20. Jahrhundert aufweisen? Die aktuellen Kontroversen über die Deutung des Kaiserreichs stehen in der abendlichen Podiumsdiskussion im Zentrum.

Programm

Donnerstag, 04.11.2021

13:30 Begrüßung und Eröffnung

13:40 – 15:30 Uhr:
Sektion I: Kaiserreich und nation-building

- Auf dem Weg zur Nation: Nationalbewegung, Reichsgründung und Liberale (Oliver Haardt, Cambridge)
- Einheit, Recht und Freiheit – die „Innere Reichsgründung“ revisited (Wolther von Kieseritzky, Potsdam)
- Reich, Nation, Länder: Liberale Perspektiven zwischen kommunaler Selbstverwaltung und föderaler Nation (Michael Dreyer, Jena)
- Die Krone und der Liberalismus – im europäischen Vergleich (Frank Lorenz Müller, St. Andrews)

16:00 – 17:30 Uhr:
Sektion II: Öffentlichkeit, Partizipation und konstitutionelles System

- Macht des Faktischen? Konflikt und Kompromiss in Parlament und Regierung (Andreas Biefang, Berlin)
- Wahlrecht und Wahlpraxis im Kaiserreich im internationalen Vergleich (Hedwig Richter, München)
- Strukturwandel der Öffentlichkeit? Meinungsfreiheit und politische Kommunikation im internationalen Vergleich (Christoph Jahr, Berlin)

19:00 Uhr:
Podiumsdiskussion:
Neue Kontroversen um das alte Reich? Kaiserreich, Nation und Liberalismus / Liberale Demokratie
mit Eckart Conze (Marburg), Dominik Geppert (Potsdam), Sonja Levsen (Freiburg), Anne Chr. Nagel (Gießen)
Moderation: Anja Reinhardt (Köln)

anschließend Verleihung des Wolf-Erich-Kellner-Preises 2021

Freitag, 05.11.2021:

9:00 – 10:45 Uhr:
Sektion III: Emanzipation – Inklusion und Exklusion

- Staatsbürgerschaft, Identität und Gemeinschaft in liberaler Theorie und Praxis (Andreas Fahrmeir, Frankfurt/M.)
- Liberale und die Gleichberechtigung (Kerstin Wolff, Kassel)
- Liberalismus und Judentum (Uffa Jensen, Berlin)
- Fin de siècle – Liberalismus und die Ambivalenz der Moderne (Ulrich Sieg, Marburg)

11:15 – 13:00 Uhr:
Sektion IV: Kommunikation und Globalisierung

- Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftspolitik im internationalen Kontext (Anne C. Nagel, Gießen)
- Infrastrukturentwicklung in (trans-)nationalen Räumen (Dirk van Laak, Leipzig)
- Wirtschaftskrisen und erste Globalisierung (Carsten Burhop, Bonn)
- Liberalismus, Kolonialismus und Imperialismus. Globale Ordnungskonzepte der Liberalen im internationalen Vergleich (Christoph Nonn, Düsseldorf)

13:00 - 14:00 Mittagessen

14:00 – 15:15 Uhr:
Sektion V: Liberale, Nation und Europa

- Liberaler Konstitutionalismus und Republikanismus. Die Zwischenkriegszeit (Jens Hacke, München)
- "Reich“ und „Nation“ im Liberalismus nach 1945 (Jürgen Frölich, Bonn)
- Von der deutschen Einheit zur europäischen Einigung? Liberale Konzeptionen (Henning Türk, Potsdam)

15:15 – 15:45 Uhr: Abschlussdiskussion

Kontakt

Dr. Wolther von Kieseritzky
Public History / Archiv des Liberalismus
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Karl-Marx-Str. 2, 14482 Potsdam
Tel. 0331 - 7019 341
wolther.von-kieseritzky@freiheit.org

https://www.freiheit.org/archiv-des-liberalismus

Zitation
Auf dem Weg zur liberalen Demokratie? Deutsches Kaiserreich, Nationalstaat und Europa. In: H-Soz-Kult, 12.09.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-112723>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

19) Die mehrsprachige Stadt (ca. 125 bis ca. 1800)

Veranstalter
Dr. John Gallagher (University of Leeds, UK) und Prof. Ulrike Krampl (université de Tours/CeTHiS, Frankreich)

Veranstaltungsort
Online
37000 Tours / France

05.11.2021 - 05.11.2021
Frist:
20.07.2021
Von
Ulrike Krampl, Département d'histoire et d'archéologie, Université de Tours

Städte waren und sind Räume der Mehrsprachigkeit. Bislang haben Historiker:innen der vormodernen Stadt ihre Aufmerksamkeit jedoch kaum darauf gerichtet, wie Sprachen die städtische Gesellschaftsordnung mitbestimmten. Auch die Sozialgeschichte der Sprache(n), wie sie sich seit den 1990er-Jahren entwickelt, hat die räumliche Dimension von Mehrsprachigkeit nur wenig berücksichtigt.

Doch befördert gerade die Stadt als Ort von Macht, von kulturellem Austausch sowie als Schnittstelle ökonomischer und symbolischer Zirkulation den Kontakt zwischen Sprachen und damit auch, wie die historische Soziolinguistik unterstrichen hat, von Sprachwandel. Der Workshop möchte nun Historikern des Mittelalters und der frühen Neuzeit dazu einladen, in einer sozial- und kulturhistorischen Perspektive die Interaktionen zwischen Mehrsprachigkeit und städtischem Wandel zu diskutieren.

Der veranschlagte Zeitraum ist sowohl vom Aufschwung des europäischen Städtewesens als auch von der Konsolidierung der modernen bzw. Nationalsprachen gekennzeichnet. Nicht zuletzt angesichts des medialen Wandels, der konfessionellen Spannungen und der Intensivierung globaler Vernetzung ist von einem offenen Sprachenbegriff auszugehen, der Sprachen in ihrer sozialen, regionalen, institutionellen und medialen Differenzierung gleichermaßen berücksichtigt, auf Gesten und Gebärden beruhende Praktiken mit einbezieht und damit potenziell ein breites Spektrum kommunikativer Fähigkeiten (abilities) ausschöpft.

Ziel des Workshops ist es danach zu fragen, wie sprachliche Differenz dazu beigetragen hat, das städtische Leben der Vormoderne zu gestalten. Erwünscht sind vorzugsweise Beiträge, die eine systematische Herangehensweise an die städtische Sprachenvielfalt versuchen, und dabei sowohl den Zusammenhang von Sprachen und Macht als auch die mit Sprachenverwendung verbundene Agency im materiellen und sozialen Raum der Stadt reflektieren. Die Berücksichtigung der Kategorie Geschlecht erscheint dabei als ein besonderes Forschungsdesiderat.

Folgende Themenfelder können Anregungen liefern:
- Sprachendifferenz und Machtbeziehungen (sozialer bzw. institutioneller Art, Geschlecht, Ethnie, etc.)
- Mobilität, Migration und städtische Sprachenvielfalt
- mehrsprachige Stadträume (Haus, Werkstatt, Schule, Straβe, etc.)
- übersetzen und sprachliche Mittlertätigkeit in der Stadt

- Spracharbeit und städtische Gesellschaft
- Regierungs- und Herrschaftspraktiken (in) einer mehrsprachigen Stadt
- mehrsprachige städtische Schreibpraktiken
- mehrsprachige Mündlichkeit und städtische Kommunikation
- städtische Mehrsprachigkeit im Kontext kolonialer Expansion und imperialer Verflechtung

Die Tagungssprachen sind Deutsch, Französisch und Englisch. Bitte senden Sie Ihren Beitragsvorschlag in Form eines Abstracts (max. 2.000 Zeichen / 300 Wörter) und einer Kurzvita (max. 2 Seiten) bis zum 20. Juli 2021 an Ulrike Krampl (ulrike.krampl@univ-tours.fr) und John Gallagher (j.gallagher1@leeds.ac.uk).

Kontakt

ulrike.krampl@univ-tours.fr, j.gallagher1@leeds.ac.uk

Zitation
Die mehrsprachige Stadt (ca. 125 bis ca. 1800). In: H-Soz-Kult, 13.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98853>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

20) Der Todesmarsch von Palmnicken

Der Todesmarsch von Palmnicken: Mikrogeschichtliche Annäherung an eine Gewalterfahrung im 20. Jahrhundert und ihre Aufarbeitung - in transnationaler Perspektive

Veranstalter
Deutsches Historisches Institut Warschau

Veranstaltungsort
Warschau

Gefördert durch
Deutsches Historisches Institut Warschau
00-540 Warschau

Vom - Bis
08.11.2021 - 08.11.2021
Frist:
31.08.2021
Von
Ruth Leiserowitz, DHI Warschau

Der Todesmarsch von Palmnicken: Mikrogeschichtliche Annäherung an eine Gewalterfahrung im 20. Jahrhundert und ihre Aufarbeitung - in transnationaler Perspektive, Workshop Deutsches Historisches Institut Warschau, 8. November 2021

Der Todesmarsch von Palmnicken: Mikrogeschichtliche Annäherung an eine Gewalterfahrung im 20. Jahrhundert und ihre Aufarbeitung - in transnationaler Perspektive

Trotz langjähriger und umfassender Studien sind manche Verbrechen des Holocaust noch wenig bekannt und kaum erforscht. Mehrere Tausend jüdische Frauen vor allem aus Polen, Ungarn und dem Baltikum wurden von SS-Bewachern und ihren Helfern aus unterschiedlichen Ländern im Januar 1945 in Ostpreußen ermordet. Ein Todesmarsch von verschiedenen Außenlagern des Konzentrationslagers Stutthof bei Danzig (heute poln. Gdańsk) endete in einem Massaker am Strand in Palmnicken (heute russ. Yantarny) an der ostpreußischen Küste. Der Ort des Massakers liegt seit Kriegsende in der heute russischen Exklave Kaliningrader Gebiet. Das Massaker war bis Mitte der 1990er Jahre weitgehend unbekannt. Weder die Arbeit einer sowjetischen Untersuchungskommission nach dem Krieg, umfangreiche Vorermittlungen in Deutschland zwischen den 1950er bis 1970er Jahren, noch Ehrungen in Yad Vashem für sechs RetterInnen als „Gerechte unter den Völkern“ führten zu näherer Beleuchtung des Geschehens. Erst der 1995 veröffentlichte Bericht eines Zeitzeugen, eines Zuschauers aus der Gruppe der deutschen Täter (Bergau 1995), führte zu einer begrenzten öffentlichen Wahrnehmung und erster wissenschaftlicher Erwähnung des Massakers (Kossert 2004, Blatman 2011). Mit dem gegenwärtigen Forschungsvorhaben von Dr. Claudia Vollmer, angesiedelt an der Fernuniversität Hagen und durch ein Langzeitstipendium gefördert vom DHI Warschau wird eine bislang ausstehende, vertiefende und systematische Studie zu diesem NS Endphase-Verbrechen in Angriff genommen.
Die mikrogeschichtliche Annäherung an das Geschehen, basierend auf Unterlagen von vor allem Ermittlungsbehörden aber auch der Zivilgesellschaft in verschiedenen Ländern, bildet Ansatzpunkte für eine makrogeschichtliche Einordnung. Nachgegangen werden soll auch der Frage, was dazu beitrug, dass das Massaker von Palmnicken bis Mitte der 1990er Jahre der Öffentlichkeit und der Wissenschaft praktisch unbekannt bleiben konnte. Mittels einer transnationalen Perspektive sollen neue Einsichten auf das Geschehen und die Nachgeschichte möglich werden, mit Fokus auf Deutschland, Polen und Sowjetunion/Russland. Die unterschiedlichen Interessen der drei Länder in Bezug auf die Aufarbeitung von NS Verbrechen im jeweiligen nationalen Kontext, aber auch im Zusammenhang mit dem beginnenden „Kalten Krieg“, sind für die Beantwortung der Forschungsfrage relevant.

In einer interdisziplinären Auseinandersetzung mit den Phänomenen „Zwangsarbeit und Endphasenverbrechen in Ostpreußen“ sollen im Rahmen des Workshops verschiedene Beispiele und Fragestellungen diskutiert werden.

Dabei sind folgende Fragestellungen von besonderem Interesse:
- Aufgrund welcher Faktoren lässt sich 1944/45 von einem transnationalen Geschehen im ostpreußischen Raum sprechen?

- Inwiefern bedingte die geographische Situation Ostpreußens Ausnahmesituationen bezüglich der nahenden Front und der dann folgenden Endphasenverbrechen?
- Welche besonderen Akteurskonstellationen lassen sich nachzeichnen?

- Inwiefern wurden in Polen, Ungarn, Litauen und Lettland Lebenswege von Opfern des Massakers nachverfolgt?

- Welche neuen Erkenntnisse gibt es bezüglich der juristische Aufarbeitung und Erinnerungskultur zu dem Massaker in den jeweiligen landes- und zeitgeschichtlichen Kontexten?

Der Workshop richtet sich sowohl an NachwuchswissenschaftlerInnen (Bachelor- und Masterstudierende, Promovierende) als auch an Post-Docs und Habilitierende unterschiedlicher Disziplinen und Arbeitsweisen, sowie an MitarbeiterInnen von Museen und Archiven. Für ReferentInnen des Workshops können Reise- und Übernachtungskosten im üblichen Rahmen erstattet werden.
Aufgrund der unsicheren Corona-Lage planen wir den Workshop zum jetzigen Zeitpunkt in hybrider Form. Genaue Informationen folgen zeitnah. Der Workshop wird zweisprachig angelegt sein (Deutsch und Englisch).
Bitte senden Sie ein Abstract (ca. 1/2 DIN A4-Seite, deutsch oder englisch) und Kurzinfos zu Ihrer Person (bio- und bibliographische Angaben) bis zum 31. August 2021 bitte an: vollmer@dhi.waw.pl UND leiserowitz@dhi.waw.pl

Kontakt

vollmer@dhi.waw.pl UND leiserowitz@dhi.waw.pl

https://www.dhi.waw.pl

Zitation
Der Todesmarsch von Palmnicken. In: H-Soz-Kult, 03.08.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-112050>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

21) Ungleichzeitigkeiten und Divergenzen in der Entwicklung Ostmitteleuropas seit 1989

Veranstalter
Collegium Carolinum in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Geschichte Ost- und Südosteuropas der Ludwig-Maximilians-Universität München
83730 Fischbachau

11.11. bis 14.11.2021
Anmeldefrist
15.07.2021
Von
Judith Brehmer
1989 schienen die Staaten Ostmitteleuropas wie unter Laborbedingungen in einer sehr ähnlichen Situation zu sein: Sie teilten die Erfahrungen einer sozialistischen Diktatur, die alle Bereiche des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens einschneidend verändert hatte. Die Revolution von 1989 schuf - bei aller Unterschiedlichkeit der vorangehenden Prozesse - einen Moment der Gleichzeitigkeit in den ostmitteleuropäischen Ländern. Die 1993 von der EU eröffneten Beitrittsperspektiven nach den Kopenhagener Kriterien (Konditionalität) ließen einen gleichgerichteten und gleichzeitigen Prozess der Annäherung Polens, der Slowakei, Tschechiens und Ungarns an die EU erwarten.

Doch zeichnete sich bald eine unterschiedliche Entwicklung ab, als sich in der Slowakei bereits Mitte der neunziger Jahre autoritäre Tendenzen unter dem Ministerpräsidenten Vladimír Mečiar zeigten, die 1997 zunächst zum Ausschluss des Landes aus dem Kreis der für den Beitritt zu NATO und EU vorgesehenen Länder führten. Heute erscheint die

Slowakei paradoxerweise als das Land Ostmitteleuropas, in dem die verfassungsmäßige Ordnung am meisten gewahrt wird. Andere Divergenzen kommen hinzu: So kann man in Polen und Ungarn eine Regierungspolitik beobachten, die gegenüber der EU-Kommission kritisch ist, während in der Bevölkerung nach wie vor EU-freundliche Stimmung vorherrscht. Dagegen hat sich in Tschechien bei einer insgesamt mehr an den Vorgaben der EU orientierten Politik in der Bevölkerung eine Skepsis gegenüber der EU verbreitet. Auch im wirtschaftlichen Bereich tun sich bei genauerer Betrachtung zahlreiche Divergenzen auf.

Das Ziel der Tagung ist es, die Entwicklungen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in den ostmitteleuropäischen Staaten vergleichend zu betrachten und auf ihre Unterschiede hin zu untersuchen. Als Fluchtpunkt der Diskussion soll die Frage dienen, ob die Ungleichzeitigkeiten und Divergenzen aus dem Prozess der Transformation erklärt werden können oder die Berücksichtigung von länger angelegten, historischen Spezifika erfordern, die im revolutionären Prozess von 1989 zunächst nicht sichtbar waren.

Die Vorträge mit einer Länge von 20 Minuten können in deutscher oder englischer Sprache gehalten werden. Reise- und Unterbringungskosten werden übernommen. Die Herausgabe eines Tagungsbandes in englischer Sprache ist beabsichtigt.

Konzeption: Prof. Dr. Martin Schulze Wessel (München), Dr. Darina Volf (München)

Themenvorschläge für Vorträge sind willkommen! Bei Interesse reichen Sie bitte eine Skizze Ihres geplanten Vortrags (ca. 1 Seite) in deutscher, tschechischer, slowakischer oder englischer Sprache bis zum 15.07.2021 ein bei Miroslava Valicek: miroslava.valicek[at]collegium-carolinum.de

Kontakt

Miroslava Valicek: miroslava.valicek[at]collegium-carolinum.de

Zitation
Ungleichzeitigkeiten und Divergenzen in der Entwicklung Ostmitteleuropas seit 1989. In: H-Soz-Kult, 04.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98143>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

22) Die Herrnhuter Brüdergemeine als Impulsgeber für religiöse und kulturelle Innovation im 18. Jahrhundert

18. - 21. November 2021, Herrnhut

Veranstalter
University of Gothenburg, Johannes Gutenberg Universität Mainz, Herrnhuter Brüdergemeine (Prof. Dr. Christer Ahlberger, Prof. Dr. Wolfgang Breul, Dr. Peter Vogt)
Ausrichter
Prof. Dr. Christer Ahlberger, Prof. Dr. Wolfgang Breul, Dr. Peter Vogt

Veranstaltungsort
Komensky Gäste- und Tagungshaus

Gefördert durch
Deutsche Forschungsgemeinschaft, Historische Kommission zur Erforschung des Pietismus, Graf Zinzendorf Stiftung, Axel Springer Stiftung

02747 Herrnhut

18.11.2021 - 21.11.2021
Von
Wolfgang Breul, Evangelische Theologie Kirchengeschichte, Universität Mainz

Die Tagung möchte die vielfältige interdisziplinäre Forschung der letzten Jahrzehnte zur Herrnhuter Brüdergemeine des 18. und frühen 19. Jahrhunderts - mit ihren theologischen, liturgischen und organisatorischen Neuerungen sowie ihrem hohen Grad an Aktivität und Mobilität - verknüpfen und miteinander ins Gespräch bringen.

Die Herrnhuter Brüdergemeine (engl.: Moravian Church) ist innerhalb der internationalen Reformbewegung des Pietismus im 17. und 18. Jahrhunderts die vermutlich wichtigste Gemeindebildung. Ihre bis heute anhaltende Prägekraft verdankt die unter der Leitung des Reichsgrafen Nikolaus Ludwig von Zinzendorf (1700–1760) gegründete Brüdergemeine wesentlich dem hohen Grad an Aktivität und Mobilität einerseits und einer Reihe von attraktiv wirkenden theologischen, liturgischen und organisatorischen Neuerungen andererseits. Dazu gehören insbesondere ein innovativer, transkonfessioneller Kirchenbegriff, die Ausbildung einer eigenständigen religiösen Sozialordnung, die auch eine Neubestimmung des Geschlechterverhältnisses beinhaltete, die zugespitzte Formulierung theologischer Positionen in Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der Aufklärung, ein Verständnis von Mission, das die kulturelle und soziale Identität ihrer Adressaten in einem für das 18. Jahrhundert beachtlichen Maß akzeptierte, und eine große Zahl neuer religiöser Praktiken und Gottesdienstformen. Die Tagung möchte die vielfältige interdisziplinäre Forschung der letzten Jahrzehnte verknüpfen und miteinander ins Gespräch bringen.

Programm

Keynotes:

Peter Zimmerling: Doch ein Luther redivivus? Der Einfluss Luthers auf Zinzendorfs Ekklesiologie.

Markus Matthias: Empfindsame Religion – Zinzendorfs theologie- und kulturgeschichtliche Bedeutung

Peter Vogt: Herrnhut als christliche Sozialutopie

Wolfgang Breul: Zinzendorfs ekklesiologisches Konzept als Grundlage von Diasporaarbeit und Mission

Gisela Mettele: Transit und Transformation. Die Gemeine auf der Reise

Detailliertes Programm: siehe Homepage

Kontakt
Prof. Dr. Wolfgang Breul, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, breul@uni-mainz.de
https://moravianconference2021.uni-mainz.de/

Zitation
Die Herrnhuter Brüdergemeine als Impulsgeber für religiöse und kulturelle Innovation im 18. Jahrhundert. In: H-Soz-Kult, 04.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98133>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

23) Erkundungen eines europäischen Kulturraums: Deutschland, Polen und die Ukraine im zeitgenössischen literarischen Migrationsdiskurs

„Erkundungen eines europäischen Kulturraums: Deutschland, Polen und die Ukraine im zeitgenössischen literarischen Migrationsdiskurs“

Veranstalter
Ievgeniia Voloshchuk (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder), Kirsten Möller (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder), Ryszard Kupidura (Adam-Mickiewicz-Universität Poznań) (Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/Oder), Adam-Mickiewicz-Universität Poznań)
Ausrichter
Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/Oder), Adam-Mickiewicz-Universität Poznań
Veranstaltungsort
online
Gefördert durch
Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung
15230 Frankfurt/Oder
Vom - Bis
24.11.2021 - 26.11.2021
Frist:
08.10.2021
Von
Ievgeniia Voloshchuk, Axel Springer-Lehrstuhl für deutsch-jüdische Literatur- und Kulturgeschichte, Exil und Migration, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Die Tagung rückt literarische Darstellungen der Migrationserfahrungen jener Bevölkerungsgruppen in den Mittelpunkt, die zwischen Polen, Deutschland und der Ukraine wander(te)n.

„Erkundungen eines europäischen Kulturraums: Deutschland, Polen und die Ukraine im zeitgenössischen literarischen Migrationsdiskurs“

Die Tagung greift die vielfältigen Herausforderungen für Europa auf, die im Zusammenhang mit gegenwärtigen Migrationsbewegungen entstanden sind. Das aktuelle „Metanarrativ“ der Migration wird nicht zuletzt durch die Gegenwartsliteratur geprägt, in der die (Auto)Biografien der Migrant:innen, die Migrationserfahrungen verschiedener sozialer und ethnischer Gruppen sowie die (verflochtenen) Geschichten von Regionen und Ländern erzählt werden. Die Tagung rückt literarische Darstellungen der Migrationserfahrungen jener Bevölkerungsgruppen in den Mittelpunkt, die zwischen Polen, Deutschland und der Ukraine wander(te)n.

Diese räumliche Konstellation geht auf den aktuellen Anstieg der Migrationsbewegungen zwischen diesen Ländern zurück. Seit einigen Jahren bilden polnischstämmige Menschen – nach den Menschen türkischer Herkunft – die zweitgrößte Gruppe mit eigenen oder familiären Migrationserfahrungen in Deutschland; die ukrainische Diaspora in Polen beträgt heutzutage über eine Million; auch in Deutschland nimmt die Zahl der Ukrainer:innen zu. Jede dieser Gruppen nimmt Einfluss auf das politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben in den Aus- und Zuwanderungsländern. Zudem verfügen die Migrationsbewegungen in diesem Teil Europas über eine lange Geschichte, die durch die Nachbarschaft und (Verflechtungs-)Geschichten der genannten Länder erheblich geprägt wurde. Eine nicht geringe Rolle spielten dabei mehrfache Verschiebungen der Staatsgrenzen in diesen Regionen (z. B. bei den Teilungen Polens im 18./19. Jahrhundert zwischen dem Habsburger Reich, dem Russischen Zarenreich und dem Preußischen Königreich oder im Zuge der Veränderungen der politischen Karten Deutschlands, Polens und der UdSSR infolge des Zweiten Weltkriegs). Jede dieser Umkartierungen ging mit Transformationen der Diaspora-Konfigurationen und einem massiven Anstieg der Migrationen einher. Der in Polen geborene und in Deutschland lebende Schriftsteller Artur Becker betonte die Bedeutung einer gemeinsamen Perspektive, die nicht nur Erkenntnisse über die benachbarten, sondern auch über eigene Kulturen liefern kann: „Ich gehe gegen Stereotype und Vorurteile vor und möchte zeigen, dass weder Polen noch Deutschland ohne seinen direkten Nachbarn im Westen und im Osten seine eigene Kultur, Sprache, Literatur begreifen kann“. Literatur kann solche Erkenntnis befördern.

Im Rahmen dieses Themenfeldes sollen auf der Tagung folgende Fragen diskutiert werden:

- Wie werden deutsche, polnische und ukrainische Räume aus der Migrationsperspektive in der Gegenwartsliteratur (neu)kartiert?

- Welchen Einfluss haben intergenerationelle Beziehungen auf die Darstellungen der Kulturräume (z. B. Beziehungen zwischen verschiedenen Generationen ukrainischer Migrant:innen in Polen oder polnischer Migrant:innen in Deutschland)?
- Wie zeigen sich inter- und transkulturelle Zusammenhänge, Prozesse des Kulturtransfers oder der Konfrontation zwischen kulturellen Traditionen in literarischen Repräsentationen der Migrationserfahrungen?

Die Tagung fokussiert sich vor allem auf literarische Repräsentationen kultureller Topografien deutscher, polnischer und ukrainischer Räume, die nach dem Paradigmenwechsel 1989/1991 entstanden sind, der eine Wende für die europäische Migrationsgeschichte und für die sie reflektierende Literatur bedeutete. Dabei sollen Möglichkeiten ausgelotet werden, die Migrationen mit ihren verschiedenen Destinationen und Überschneidungen aus einer trikulturellen Perspektive zu erschließen.

Die Tagung wird durch deutsch-polnische Simultanübersetzung begleitet werden.

Im Anschluss an die Tagung ist eine gemeinsame Publikation der Beiträge geplant.

Wir bitten um Themenvorschläge und ein erläuterndes Exposé in Deutsch oder Polnisch mit einer Länge von max. 2.000 Zeichen inkl. Leerzeichen bis zum 8. Oktober 2021.

Kontakt

Prof. Dr. Ievgeniia Voloshchuk (für deutschsprachige Exposés): voloshchuk@europa-uni.de

Dr. Ryszard Kupidura (für polnischsprachige Exposés): ryszardk@amu.edu.pl

Zitation
Erkundungen eines europäischen Kulturraums: Deutschland, Polen und die Ukraine im zeitgenössischen literarischen Migrationsdiskurs. In: H-Soz-Kult, 04.08.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-99017>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

24) Wie bekommt man das Völkische aus den Köpfen? Reeducation und Reorientation im besetzten Deutschland 1945 bis 1955. Der Stellenwert völkischer Ideologien für Alliierte, deutsche Länder und die Bundesregierung

Veranstalter
Geschichte und Zukunft e.V. und Konrad-Adenauer-Stiftung (Konrad-Adenauer-Stiftung)
Ausrichter
Konrad-Adenauer-Stiftung
Veranstaltungsort
Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstraße 35

10785 Berlin

26.11.2021
Anmeldefrist
01.07.2021
Von
Barbara Nowak

In den vergangenen Jahren hat die Forschung erhebliche Fortschritte beim Verständnis der sich über weit über ein Jahrhundert hinweg entwickelnden völkischen Ideologie gemacht. Während die völkischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts mittlerweile gut erforscht sind, ebenso die völkischen Ideologien der Zwischenkriegszeit, die in den Ideologien des nationalsozialistischen Regimes aufgingen, lag ein Bereich bislang im Schatten: die unmittelbare Nachkriegszeit.

Bereits während des Krieges gab es auf alliierter Seite verschiedene Überlegungen, wie die deutsche Bevölkerung nach dem absehbaren Ende des NS-Regimes demokratisiert werden könne. Zu den Ergebnissen zählten die Arbeiten Kurt Lewins ebenso wie das German Educational Reconstruction Committee, die Entnazifizierungsverfahren, die Spruchkammern, die Amerika-Häuser, aber auch in Teilen Aufbauprogramme wie der Marshall-Plan, die Diskussionen um die Entstehung und Durchsetzung des Art. 131 GG und vieles mehr.

Zu den Akteuren der Reeducation gehörte Ernst Cramer (1913-2010). Der gebürtige Augsburger, vor der NS-Verfolgung nach mehrwöchiger KZ-Haft in die USA entkommen, während seine Eltern und sein jüngerer Bruder in Sobibor ermordet wurden, gehörte ab 1945 zu den Presseoffizieren der US-Militärregierung und wirkte wesentlich an der Neugründung deutscher Zeitungen mit. Später machte er Karriere bei Axel Springer, dessen engster Vertrauter er viele Jahre lang war. Cramer, dessen Nachlass viele hundert Aktenbände umfasst, personifiziert die praktische Seite der Reeducation.

Wie er versuchten weitere Protagonisten mit unterschiedlichen Maßnahmen auf vielen Ebenen, das Völkische aus den Köpfen zu bekommen. Zu diesen Protagonisten zählten staatliche Akteure auf alliierter Seite, aber auch Nichtregierungsorganisationen. Ebenso zählten dazu die deutschen Kommunen, die Länder und die Bundesregierung.

Ziel der Tagung ist es, besser zu verstehen, welchen Stellenwert völkische Ideologie und weitere ideologische Strömungen für die Akteure besaßen um ihre Umerziehungsgedanken erfolgreich umzusetzen.

Die internationale, interdisziplinäre Tagung findet am 26.11.2021 statt und richtet sich sowohl an Wissenschaftler der Germanistik, Rechtswissenschaften, Geschichte, Sozialwissenschaften und Politologie, als auch an Experten, aus dem politischen Betrieb. Die Vorträge sollen nicht länger als 20 Minuten sein.

Die Konferenz wird organisiert von Geschichte und Zukunft e.V. (www.ge-zu.org) und der Konrad-Adenauer-Stiftung. Veranstaltungsort ist die Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstraße 35, 10785 Berlin.

Die Kosten der An- und Abreise, Mahlzeiten während des Tagungsprogramms und erforderlichenfalls der Übernachtung übernehmen die Veranstalter. Am Vortag findet die pandemiebedingt verschobene 4. Jahrestagung zum Thema „Von völkischem Aufbruch zu mörderischer Politik. Die völkischen Ursprünge nationalsozialistischer Ideologie“ statt. Für eine begrenzte Anzahl an Referenten werden die Übernachtungen vom Vortag zur Ermöglichung der Teilnahme an der 4. Jahrestagung ebenfalls übernommen.

Interessierte reichen bitte Abstracts im Umfang von 300 Worten nebst Kurz-CV (10 Zeilen) bis zum 01.07.2021 ein.

Die Beiträge der Referenten sollen im Jahresband 2022 der neuen Reihe „Politik – Ideologie - Wissenschaft“ beim Verlag Walter de Gruyter erscheinen, Herausgegeben von Dirk Rupnow et al.

Programm

08:30h Frühstück

09:00h Grußwort der Konrad-Adenauer-Stiftung: Dr. Michael Borchard

09:10h Begrüßung und Einführung: Prof. Dr. Dirk Rupnow

09:30h Panel I: Die Vorbereitungen der Re-education bis zum 09.05.1945, Kulturgutschutz und Wiedergutmachung. Anschließend Diskussion. Moderation: Prof. Dr. Lynn Rother

11:00h Kaffeepause

11:30h Panel II: Zuckerbrot und Peitsche: Die Re-education-Programme als Teil eines Gesamtkonzepts: German Educational Reconstruction Committee, Spruchkammern, Marschallplan. Anschließend Diskussion. Moderation: Prof. Dr. Bernd-A. Rusinek

13:20h Mittagspause

14:20h Panel III Die Teile des Ganzen: Das Wirken von Ernst Cramer, Matthias Walden und die Nachkriegspresse als Teil der re-education. Moderation: PD Dr. Matthias Oppermann

16:00h Kaffeepause

16:30h Abschlussdiskussion mit Gästen: Die Re-education, Ernst Cramer und die Deutschen. Moderation: Sven-Felix Kellerhoff (Die WELT).

17:45h Ende der Veranstaltung / Umtrunk

Kontakt

Geschichte & Zukunft Wissenschaftsplattform ©
c/o History & Dokumentation e.V.
Geschäftsstelle Berlin
Theklastr. 20
12205 Berlin

ge.zu.tagung@hhu.de

https://ge-zu.org/

Zitation
Wie bekommt man das Völkische aus den Köpfen? Reeducation und Reorientation im besetzten Deutschland 1945 bis 1955. Der Stellenwert völkischer Ideologien für Alliierte, deutsche Länder und die Bundesregierung. In: H-Soz-Kult, 11.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98267>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

25) Nachgeholte Historisierung? Der Braunkohlenbergbau als Herausforderung für Geschichtswissenschaft und -vermittlung

Veranstalter
Institut für Landesgeschichte, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt
Veranstaltungsort
Landesmuseum für Vorgeschichte

06114 Halle (Saale)

02.12. bis 03.12.2021
Anmeldefrist
31.07.2021
Von
Jan Kellershohn, Institut für Landesgeschichte, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt

Das anvisierte Ende des Braunkohlenbergbaus wirft die Frage nach der Historisierung dieses Industriezweigs auf. Auf dem Workshop sollen zunächst Ansätze zur Erforschung der Geschichte des Braunkohlenbergbaus diskutiert werden. Darüber hinaus dient der

Austausch dazu, die Potentiale des Paradigmas der Industriekultur auszuloten. Zuletzt steht der Mehrwert transregionaler Perspektiven für die Erforschung und Vermittlung der Geschichte der Braunkohlenreviere im Mittelpunkt.

Der geplante Ausstieg aus der Braunkohleförderung und -verstromung in Deutschland bis Ende der 2030er Jahre stellt die Landes- und Regionalgeschichte sowie die entsprechenden Kulturinstitutionen vor große Herausforderungen. Der Braunkohlenbergbau ist das hässliche Entlein sowohl der Montan-, Wirtschafts-, Sozial-, Landes- und Umweltgeschichte; die Erforschung seiner Geschichte steckt noch in den Kinderschuhen. Vor allem die Geschichtsschreibung zum Mitteldeutschen Revier und zur Verflechtung von Braunkohle- und Chemieindustrie ist von Desiderata geprägt. Dass erste Historisierungsversuche abgebrochen sind, erstaunt umso mehr, als sich die Geschichte dieses Industriezweigs durch Problemkonstellationen auszeichnet, die gängigen Zäsuren und Erzählungen verschiedener historiographischer Subdisziplinen entgegenläuft: Arbeitshistorisch lässt die frühe Vollmechanisierung die Diagnose einer „Carbon Democracy“ (Timothy Mitchell) fragwürdig werden. Wirtschaftshistorisch handelt es sich um eine verschleppte Deindustrialisierung, die selbst mit dem geplanten Auslaufen Ende der 2030er Jahre noch in weiter Ferne liegt. Landes- und regionalhistorisch zeigt sich ein Industriezweig, dessen regionales Identifikationspotential zumindest strittig war und ist und der immer auch als Bedrohung des Eigenen wahrgenommen wurde. In vergleichender Perspektive scheint es sich bei dem Braunkohlenbergbau um einen Industriezweig zu handeln, dessen Entwicklung ein Proprium der deutschen Geschichte darstellt. Darüber hinaus verteilte er sich auf mehrere Reviere – vor allem das Mitteldeutsche, das Lausitzer sowie das Rheinische Revier – und fungierte damit, zum Beispiel im Gebiet um Helmstedt, sowohl als verbindenden als auch als trennendes Element zwischen DDR und BRD.

Auch auf Vermittlungsebene bleibt der Braunkohlenbergbau hinter vergleichbaren Industriezweigen zurück. Anfang der 2000er Jahre diagnostizierte Rainer Slotta, dass sich das „minderwertige Mineral“ – auch nach einer ersten Historisierungswelle im Mitteldeutschen und vor allem im Lausitzer Braunkohlenrevier – durch eine „minderwertige Geschichte“ auszeichne. Trotz erster Erfolge steht die industriekulturelle Inwertsetzung der Hinterlassenschaften der Braunkohle und die Einbettung in ein übergreifendes Narrativ noch am Anfang; die Potentiale des Paradigmas der Industriekultur für die Geschichte dieser Branche wurden noch nicht hinlänglich ausgelotet; die durch die deutsche Teilung bedingten Wahrnehmungs- und Erinnerungsasymmetrien nicht hinreichend reflektiert.

Vor diesem Hintergrund sollen auf dem Workshop Forschungs- und Vermittlungsperspektiven zur Geschichte der Braunkohleindustrie diskutiert werden. Folgende drei Komplexe stehen dabei im Mittelpunkt:

Erstens soll nach Ansätzen zur Erforschung der Geschichte der Braunkohlenindustrie gefragt werden. Inwieweit ergab sich die Bedeutung dieses Industriezweiges nie ausschließlich aus seiner Sozial- und Wirtschaftsgeschichte im engeren Sinne, sondern aus seiner Funktion als Medium gesellschaftlicher Selbstthematisierung? Inwieweit wurden über diese umstrittene Industrie immer auch weiterreichende Fragen verhandelt: nach dem Verhältnis von Mensch und der Gestaltbarkeit seiner Umwelt; nach der räumlichen Zugehörigkeit von Menschen und der Bedeutung von Eigentum und Besitz (Umsiedlung/Enteignung); nach Ansprüchen räumlicher Identität, Natürlichkeit und Authentizität (Rekultivierung); nach Bewahrung und Zerstörung; nach dem Verhältnis von Mensch und Maschine sowie nach der Bedeutung energiepolitischer Souveränität? Welche Möglichkeiten bietet vor diesem Hintergrund eine Erinnerungs- und Erfahrungsgeschichte der Braunkohle?

Zweitens steht die Frage nach dem Potential des Paradigmas der Industriekultur im Mittelpunkt. Eignet sich ein Konzept, das aus dem spezifischen Kontext des westdeutschen Ruhrgebiets der 1960er/70er Jahre stammt, als Blaupause für die kulturellen

Herausforderungen des Braunkohlenausstiegs? Welche Schwerpunkte produziert dieses Konzept? Wo ist es erforderlich, den Blick zu weiten? Welche Erweiterungen wie eine Erfahrungs- und Kulturgeschichte des Industriellen lassen sich aus den Perspektiven der

Drittens soll das Konzept der Transregionalität auf sein Vermittlungs- wie historiographisches Potential für die Geschichte der Braunkohlenreviere befragt werden. Das Wirken von Individuen wie Walther Rathenau, Hermann Gruhl, Carl Adolf Riebeck oder Konrad Piatscheck oder die Geschichte des Petschek-Konzerns belegen beispielsweise, dass das Mitteldeutsche mit anderen Braunkohlerevieren vielfältig verwoben war. Wie lässt sich dem Ineinandergreifen von regionaler Verankerung und transregionaler Verflechtung historiographisch wie geschichtskulturell Rechnung tragen? Welche Raumwahrnehmungen und Weltbeziehungen prägten diesen Industriezweig? Inwieweit erfordert der Braunkohlenbergbau also eine grundsätzlich neue Perspektive auf die Geschichte schwerindustrieller Ballungsräume?

Um Beitragsvorschläge im Umfang von max. 500 Wörtern mit knapper biographischer Notiz wird bis zum 31. Juli 2021 an jkellershohn@lda.stk.sachsen-anhalt.de gebeten. Eine Publikation der Beiträge ist in der Reihe des Instituts für Landesgeschichte Sachsen-Anhalts geplant. Die Kosten für Reise und Übernachtung werden übernommen.

Kontakt

Dr. des. Jan Kellershohn
Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt Landesmuseum für Vorgeschichte
Abt. 6: Institut für Landesgeschichte
Wissenschaftlicher Referent
Richard-Wagner-Straße 9
06114 Halle (Saale)

Tel.: 0345-2939796
E-Mail: JKellershohn@lda.stk.sachsen-anhalt.de

https://archlsa.de/

Zitation
Nachgeholte Historisierung? Der Braunkohlenbergbau als Herausforderung für Geschichtswissenschaft und -vermittlung. In: H-Soz-Kult, 15.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98346>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

26) Der Zerfall der Sowjetunion und das Ende der DDR als historische Zäsuren – unter besonderer Berücksichtigung neuer methodischer und quellenmäßiger Zugänge

Nachwuchsworkshop der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen

Veranstalter
Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen (Prof. Dr. Beate Fieseler)

Ausrichter
Prof. Dr. Beate Fieseler
Veranstaltungsort
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
40225 Düsseldorf

Vom - Bis
10.01.2022 - 14.01.2022
Frist:
31.08.2021
Von
Lena Radauer, Nordost-Institut - Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa (IKGN)

Nachwuchsworkshop der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen

Nachwuchsworkshop der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen

Leitung: Prof. Dr. Beate Fieseler
Kooperationspartnerin in Russland: Prof. Oksana Nagornaja, Staatliche Pädagogische Universität Jaroslawl
10. – 14. Januar 2022
Tagungsort: Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Der Zerfall der Sowjetunion sowie das Ende der DDR sind Ereignisse von welthistorischer Bedeutung. Sie haben nicht nur die internationale Mächtekonstellation, sondern auch das Leben der „einfachen Menschen“ nachhaltig verändert. In sehr kurzer Zeit erlebte die Bevölkerung beider Staaten einen radikalen Wandel des ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Systems, die bisherigen Regeln und Sicherheiten verloren ihre Gültigkeit. Die wissenschaftliche Kommunikation, politische Diskussionen und nostalgische Erinnerungspraktiken, die sich über 30 Jahre in medialen Räumen entwickelt haben, zeigen einen signifikanten Unterschied in den nationalen Narrativen, die sowohl die innenpolitischen Praktiken als auch die internationalen Beziehungen beider Länder beeinflussen. Solche Lücken erklären sich unter anderem durch den "heißen" Charakter des Gedächtnisses an die jüngste Vergangenheit und durch die Unzugänglichkeit vieler Kategorien von Quellen. Unter diesen Voraussetzungen versteht sich der geplante Workshop als Versuch, die bilaterale Kommunikation zwischen jungen Wissenschaftler*innen aus Deutschland und Russland über diese historischen Zäsuren in

Gang zu bringen und ist besonders interessiert an der Vorstellung von Projekten, die den Systemwechsel in Russland und Deutschland mittels innovativer methodischer Zugänge und neuer Quellen untersuchen.

Der geplante Nachwuchsworkshop schließt an die beiden vorausgegangenen Nachwuchstagungen der deutsch-russischen Historikerkommission zur Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen in Heidelberg (2017) und Jaroslawl (2019) an. Nachdem die Pandemie diesen bereits für September 2021 geplanten Nachwuchsworkshop vereitelt hat, sollen nun Anfang 2022 junge Wissenschaftler*innen aus beiden Ländern zusammenkommen, um über den Zerfall der Sowjetunion und das Ende der DDR als historische Zäsuren zu diskutieren.

Die Veranstaltung richtet sich vor allem an DoktorandInnen und Post-Docs aus Deutschland und Russland (insgesamt 20 Personen, je 10 TeilnehmerInnen aus jedem Land), die sich mit Projekten befassen, die sich in den thematischen Kontext einfügen und zudem neuen methodischen und/oder quellenmäßigen Zugängen verpflichtet sind. Auch komparativ angelegte Projekte sind willkommen.
Das Programm umfasst neben den Vorträgen der ausgewählten Kandidat*innen auch Zeitzeugengespräche mit je einem Historiker/einer Historikerin aus der ehemaligen Sowjetunion sowie aus der DDR, die den Systemwechsel und dessen Implikationen für das Fach unmittelbar erlebt haben.
Ein Bericht über den Workshop sowie ausgewählte Beiträge der Vortragenden werden in den Mitteilungen der deutsch-russischen Historikerkommission veröffentlicht.
Die Reise- und Aufenthaltskosten werden von den Veranstaltern getragen. Arbeitssprachen des Workshops sind Deutsch und Russisch (mit Simultan-Übersetzung).

Bewerbungsfrist: 31. August 2021
Bewerbungsunterlagen:
- ausführlicher Lebenslauf (2 Seiten)
- Projektskizze (bis zu 3 Seiten)

Kontakt

Prof. Dr. Beate Fieseler
Email: beate.fieseler@hhu.de

Проф. Оксана Нагорная
Email: nagornaja.oxana@mail.ru

http://www.deutsch-russische-geschichtskommission.de/

Zitation
Der Zerfall der Sowjetunion und das Ende der DDR als historische Zäsuren – unter besonderer Berücksichtigung neuer methodischer und quellenmäßiger Zugänge. In: H-Soz-Kult, 02.08.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98910>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

27) Zeit in der Landesgeschichte

Veranstalter
Martin Göllnitz (Marburg), Markus Müller (München) und Evelien Timpener (Gießen)

Veranstaltungsort
Just-Liebig-Universität Gießen

13. bis 14.01.2022
Anmeldefrist:
31.07.2021

Von
Markus Christopher Müller

Eine wissenschaftliche Tagung der AG Landesgeschichte des Verbands der Historikerinnen und Historiker Deutschlands lädt Promovierende und PostDocs der Landesgeschichte nach Gießen ein, um dort über die ihren Abschlussarbeiten und Forschungen zugrundeliegende Konzeption von Zeit zu reflektieren und zu referieren.

Zeit in der Landesgeschichte

Zeit kann und muss als eine der zentralen Kategorien der Geschichtswissenschaft bezeichnet werden: sowohl methodisch als auch thematisch. Ohne Zeit oder ohne eine gewisse Konzeption von Zeit gäbe es keine Vorstellung von Geschichte und so nicht einmal die Möglichkeit, diese wissenschaftlich zu untersuchen. Trotzdem ist immer wieder von einer gewissen „Zeitvergessenheit“ die Rede, da die Geschichtswissenschaft ihren Umgang mit Zeit zu wenig bewusst reflektiere. Gerade der wissenschaftliche Nachwuchs hat die Chance, sich schon in den akademischen Qualifikationsarbeiten kritisch mit diesem Phänomen auseinanderzusetzen. Eine wissenschaftliche Tagung der AG Landesgeschichte des Verbands der Historikerinnen und Historiker Deutschlands lädt deshalb Promovierende und PostDocs der Landesgeschichte nach Gießen ein, um dort über die ihren Abschlussarbeiten und Forschungen zugrundeliegende Konzeption von Zeit zu reflektieren und zu referieren.

Gerade die Landesgeschichte hat sich solchen Fragen stärker zu stellen, da sie den Anspruch erhebt, bei ihrem Blick auf bestimmte unterhalb der staatlichen Ebene liegende Länder oder Regionen epochenübergreifende Perspektiven einnehmen zu können. Es fehlt der Landesgeschichtsforschung bisweilen am Austausch, gerade junger LandeshistorikerInnen über die „Länder“grenzen hinaus.

Drei thematische Schwerpunkte bieten sich neben weiteren sicherlich an, eine solche Reflexion zu begleiten:
Zentrale Bedeutung kommt bei der Frage nach der methodischen Bestimmung der Zeit zunächst der Chronologie zu, die bereits Jean Bodin als „Ariadnefaden“ der Geschichtswissenschaft bezeichnete. Die oft mit Blick auf ihre Sinnhaftigkeit hinterfragte und doch nie wirklich abgelöste chronologische Gliederung historiographischer Darstellungen gerät gerade vor dem Hintergrund einer global denkenden Geschichtswissenschaft neu in den Blick. Diese Erkenntnis kann auch in der Landesgeschichte zu einer Sensibilisierung in Bezug auf lokale oder regionale Chronologien führen, die oft vom politischen oder kulturellen Zentrum her konzipiert werden und wurden. Direkt wird so die Frage nach der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen aufgeworfen, die sich gerade in der räumlichen Konkretisierung der Landesgeschichte fassen lässt.

Zweitens lässt sich das Zeitverständnis der historischen AkteurInnen rekonstruieren, was mentalitäts- und sozialhistorische Fragestellungen impliziert, da Zeit und ihr Erleben und Wahr-nehmen als soziale Kategorien sowohl aus der individuellen Perspektive als auch aus der Perspektive von Gruppen in den Blick genommen werden können. Religiöse Vorstellungen spiegeln sich hierin gesellschaftlich normiert genauso wider wie naturwissenschaftliche Erkenntnisse.

Die Analyse von Kontinuität und Wandel führt drittens zu Fragen nach Dekadenz und Rück-schritt, nach Progression und Fortschritt – während Veränderung häufig leichter zu fassen ist, bereitet die Identifikation von Kontinuitätslinien oft methodische Schwierigkeiten: Die diachrone Perspektive der Landesgeschichte kann hier gängige Narrative in Frage stellen und mit ihrem Blick auf die Vielfalt historischer Entwicklungen vermeintliche Teleologien aufbrechen.

Diese und weitere Anfragen lassen sich bereits in der Qualifikationsphase an konzipierte oder bereits begonnene Forschungsarbeiten herantragen. Die Tagung lädt zur Reflexion darüber ein, wie dies konkret funktionieren kann.

Daneben soll sie NachwuchswissenschaftlerInnen Gelegenheit zur Vernetzung und zum Austausch geben, aber auch Raum lassen, um zukunftsweisende Themen und neue Positionierungen der Landesgeschichte zu diskutieren.

NachwuchswissenschaftlerInnen in und um die Promotionsphase sind sehr herzlich eingeladen, sich mit einem kurzen, aussagekräftigen Exposé für einen Workshop-Beitrag zu bewerben.

Kontakt

Dr. Markus Müller, Ludwig-Maximilians-Universität München
mueller.markus@lmu.de

Zitation
Zeit in der Landesgeschichte. In: H-Soz-Kult, 18.05.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-97702>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

28) Strategien der Verhinderung. Der Zugang zu Archivalien in Frankreich und Deutschland im internationalen Vergleich

Veranstalter
Corine Defrance (CNRS, SIRICE Paris), Jürgen Finger (DHIP), Ulrich Pfeil (Université de Lorraine), Annette Weinke (Universität Jena), Agnieszka Wierzcholska (DHIP) (Deutsches Historisches Institut Paris)
Ausrichter
Deutsches Historisches Institut Paris
Veranstaltungsort
Institut historique allemand
75003 Paris
19.01.2022 - 20.01.2022

Frist
20.09.2021
Von
Jürgen Finger, Abteilung 19.-21. Jahrhundert, Deutsches Historisches Institut Paris

In jüngerer Zeit sind die europäischen Archivlandschaften in einem zusehends gespannten politischen Umfeld in Bewegung geraten. Das Bewusstsein bei Forscherinnen und Forschern wächst, dass der Zugang zu Archivalien keine Selbstverständlichkeit zu sein scheint. An Beispielen aus Deutschland und Frankreich, ergänzt um andere europäische Erfahrungen, wollen wir den Stand der Dinge erkunden und die normativen, administrativen und arbeitspraktischen Einschränkungen des Archivzugangs analysieren.

Am 20. Februar betitelte "Le Monde" einen längeren Artikel Guerre "de tranchées sur l'accès aux archives". Gibt es in Frankreich einen Grabenkrieg um den Archivzugang zwischen Forschenden, Archiven und Politik? Wie sieht es in Deutschland und in anderen europäischen Ländern aus?

Die Situation in Frankreich ist ambivalent. Der französische Präsident, Emmanuel Macron, pflegt eine Rhetorik der historiografischen Offenheit auch bei sensiblen Themen wie dem Algerienkrieg und der diplomatischen und militärischen Intervention in Rwanda während des Völkermords 1994. In beiden Fällen verfassten Historiker in offiziellem Auftrag Berichte mit allerdings unterschiedlicher Stoßrichtung: Benjamin Stora legte Anfang 2021 einen Bericht und Empfehlungen zum kollektiven Gedenken zu Algerien vor. Vincent Duclert, der bereits 2018/19 mit einer Kommission einen Bericht über die Erforschung von Genoziden und Massenverbrechen verfasst hatte, soll die französische Rolle in Rwanda aufklären; der Bericht wurde im April 2021 dem Präsidenten übergeben. Gerade im zweiten Fall war damit auch ein außergewöhnliches und exklusives Recht auf Aktenzugang verbunden. Dabei stellt sich auch die Frage nach einem privilegierten Zugang zu Archivmaterialien bei staatlich gewollter Forschung. Die verwendeten Akten sollen zwar weiterhin der Forschung zugänglich bleiben.

Darüber hinaus bleibt jedoch alles beim Alten, soweit der Zugang nicht sogar erschwert wird. Konkrete und massive Proteste ruft nämlich seit vorigem Jahr die Instruction générale interministérielle 1300 (IGI) hervor. Forschende fürchten, dass diese interministerielle Anordnung, die unter anderem Fragen der Geheimhaltung regelt, im Namen der nationalen Sicherheit den Zugang zu Archivalien für die zeitgeschichtliche Forschung grundsätzlich erschweren wird, da die relativ liberalen Fristen des Archivrechts durch aufwändige Freigabeverfahren für klassifizierte Dokumente ausgehebelt werden können. Selbst bereits bekannte, gar edierte Dokumente sollen plötzlich wieder gesperrt werden. Die Motive für den Erlass der »IGI 1300« sind unklar, umso mehr als sie mit der seit François Hollande betriebenen präsidialen Erinnerungspolitik zu kollidieren scheinen.

Ist die Situation in Frankreich einzigartig? Der Blick auf andere Länder zeigt schnell, dass Fragen des Archivzugangs auch dort von erheblicher Aktualität sind. Ihr mediales Echo geht über den Kreis der Forschenden hinaus und spiegelt einerseits die Forderung nach Transparenz in unseren heutigen Gesellschaften und andererseits den Stellenwert von – nicht immer konfliktfreier –wissenschaftlicher und juristischer Aufarbeitung und Vergangenheitspolitik im Europa des 21. Jahrhunderts. In Deutschland hat zuletzt die Übergabe der Stasi-Unterlagen an das Bundesarchiv Debatten über dessen Rolle ausgelöst; der französische Forscher Fabien Théofilakis will den Zugang zu Eichmann-Akten des Bundesamts für Verfassungsschutz gerichtlich einklagen.

Mit dem Aufstieg illiberaler Demokratien in Ostmitteleuropa wurde eine staatlich gesteuerte Geschichtspolitik zunehmend zum Instrument der Macht. Die gezielte Einflussnahme betraf zunächst die Museumslandschaft sowie die Förderung wissenschaftlicher Einrichtungen. Zum Teil müssen sich Historikerinnen und Historiker, deren Forschung unliebsame Ergebnisse produziert, vor Gericht verantworten, wie in Polen. Doch inwiefern, für wen und bei welchen Themen der Archivzugang beschränkt wird, bleibt weiterhin zu untersuchen. In Westeuropa wirft insbesondere der Umgang mit der kolonialen Vergangenheit und entsprechenden Restitutions- und Kompensationsforderungen die Frage auf, wie weit historische Forschungen und journalistische Recherchen in Archiven uneingeschränkt möglich sind.

Die Beispiele zeigen, dass die Archivlandschaften in einem zusehends gespannten politischen Umfeld in Bewegung geraten sind und die gegenwärtigen Veränderungen auf verschiedenen Ebenen erfasst und analysiert werden müssen:

1. normativ: die explizite Gesetzgebung und die Verordnungen zur Regelung des Archivzugangs; politische Willensbekundungen (von oberster Stelle), die unter Umständen mit den Verordnungen im Widerspruch stehen, also offiziöser Diskurs und Öffentlichkeit, Gewährung von privilegiertem Zugang zu Archivalien

2. administrativ: Einschränkungen des Archivzugangs durch Rechtsvorschriften und Verfahrenswege jenseits der Archivgesetze, sowie aufgrund konkurrierender schützenswerter Rechte, über deren Abwägung i.d.R. innerhalb der Verwaltungen entschieden wird (insbes. Geheimschutz, Schutz der Urheber- und Persönlichkeitsrechte);

3. praktisch: Einschränkungen von Dienstleistungen in den Archiven (Digitalisierung, Öffnungszeiten, Aushändigung von Dokumenten), Personalreduktion, etc.

Die geplante Tagung will diese Problemkreise vergleichend und interdisziplinär diskutieren (Geschichtswissenschaft, Archivwissenschaft und -praxis, Rechtswissenschaft, u.a.). Neben Frankreich und Deutschland soll auch die Situation in anderen Ländern der EU berücksichtigt werden. Darüber hinaus fragen wir danach, inwieweit nationale Erfahrungen und Praktiken Ausgangspunkt für transnationale Transferprozesse bei der Vergangenheitsaufarbeitung, möglicherweise aber auch bei deren Blockade sein können.

Bitte schicken Sie ein Abstract von maximal 500 Wörtern in einer der drei Konferenzsprachen (französisch, deutsch oder englisch) bis zum 20. September 2021 an Agnieszka Wierzcholska: awierzcholska@dhi-paris.fr.

Kontakt

awierzcholska@dhi-paris.fr

https://www.dhi-paris.fr/newsroom.html

Zitation
Strategien der Verhinderung. Der Zugang zu Archivalien in Frankreich und Deutschland im internationalen Vergleich. In: H-Soz-Kult, 12.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98812>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

29) „Der Osten im Westen“. Deutschsprachige Autoren aus dem östlichen Europa im Rundfunk nach 1945

Veranstalter
Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut, Hamburg / Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

Veranstaltungsort
Deutsches Rundfunkarchiv (DRA)
60320 Frankfurt am Main

Vom - Bis
22.03.2022 - 23.03.2022
Frist:
15.12.2021
Von
Hans-Ulrich Wagner, Wissen für die Mediengesellschaft, Kompetenzbereich Mediengeschichte, Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut

Die Verbindungen von Literatur und Medien, von Autorinnen und Autoren aus dem östlichen Europa und der Rolle des Rundfunks nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der Bundesrepublik und in der DDR werden auf dem Workshop ausgelotet. Der Workshop bringt am Thema interessierte Nachwuchswissenschaftler aus den Literatur- und Medienwissenschaften im Deutschen Rundfunkarchiv am Standort Frankfurt/Main mit Archivmitarbeiter:innen der Rundfunkanstalten und des DRA ins Gespräch.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges flohen viele deutschsprachige Autorinnen und Autoren aus dem östlichen Europa in die vier Besatzungszonen, aus denen 1949 die Bundesrepublik und die DDR entstanden. Mit ihrer literarischen und publizistischen Arbeit reagierten sie auf die Erfahrungen von Krieg und Flucht, von Verlust der Heimat und vom Start in einer neuen Umgebung. Der Arbeit für die Rundfunksender kam dabei eine besondere Bedeutung zu, bildeten diese doch sehr schnell zentrale Orte der Literaturproduktion und der Literaturvermittlung und übernahmen eine wichtige Rolle in den neu entstehenden Literaturbetrieben.

Diese rundfunkliterarische und rundfunkpublizistische Tätigkeit von Autorinnen und Autoren, aus „dem Osten“ ist insgesamt bislang wenig erforscht, auch wenn es Ausnahmen gibt, wie etwa die des in Estland geborenen Hörspielautors Fred von Hoerschelmann (1901–1976) oder die des in Schlesien geborenen Friedrich Bischoff (1896–1976). Er war Schriftsteller und vor 1933 Intendant der Schlesischen Funkstunde in Breslau; nach dem Krieg startete er eine zweite Rundfunk-Karriere beim Südwestfunk. Bis 1965 war er Intendant der Rundfunkanstalt und prägte mit den Redakteuren in Baden-Baden das Programm nachhaltig. Ein weiteres Beispiel verdeutlicht die verschlungenen Wege, die mitunter gegangen wurden. So arbeitete der in Prag in einer deutschsprachigen jüdischen Familie aufgewachsene Dr. Vilém Fuchs (1933–1990) zunächst bis 1965 als Chefredakteur der deutschsprachigen Sendungen von Radio Prag, bevor er 1971 Leiter der Abteilung Kultur und Gesellschaft bei Radio Bremen wurde. Schließlich kamen viele Schriftsteller der sogenannten „jungen Generation“ nach 1945 zum ersten Mal mit dem Rundfunk in Kontakt. Dies konnte wie im Fall des in Ostpreußen geborenen Siegfried Lenz zu einer lebenslangen Medienarbeit führen.

Diese Verbindungen von Literatur und Medien, von Autorinnen und Autoren aus dem östlichen Europa und der Rolle des Rundfunks nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in

der Bundesrepublik und in der DDR sollen auf dem Workshop ausgelotet werden. In den Archiven der ARD-Landesrundfunkanstalten und im Deutschen Rundfunkarchiv (DRA) gibt es Hörfunkaufnahmen von deutschsprachigen Autorinnen und Autoren aus dem östlichen Europa, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg „im Westen“ eine neue Existenz aufbauen mussten. Diese Stimmen im Rundfunk der ersten Nachkriegsjahrzehnte in der Bundesrepublik und in der DDR sollen wiederentdeckt und die Kontexte der Aufnahmen erforscht werden.

Dazu bringt der Workshop am Thema interessierte Nachwuchswissenschaftler aus den Literatur- und Medienwissenschaften im Deutschen Rundfunkarchiv am Standort Frankfurt/Main mit Archivmitarbeiter der Rundfunkanstalten und des DRA ins Gespräch. Die Teilnehmer erhalten Gelegenheit, Skizzen mit Forschungsinteressen und geplanten Projekten vorzustellen und zu diskutieren sowie einen Einblick in vorhandene Archivbestände zu bekommen.

Ein damit verbundenes Ziel des Workshops ist es, Forschungen im Schnittfeld von Rundfunk- und Literaturgeschichte, von Programm- und Zeitgeschichte anzustoßen. Im Zusammenhang mit einem geplanten Forschungsprojekt der Veranstalter besteht die Möglichkeit, eigene Fragestellungen aus diesem Themenfeld einzubringen und diese im Rahmen einer Dissertation und/oder eines Post-Doc-Projekts zu bearbeiten. Ein entsprechender Antrag kann gemeinsam mit den ausgewählten Nachwuchskräften entwickelt und eingereicht werden.

Der call for papers richtet sich an Masterabsolventen mit Promotionswunsch, Doktoranden und Post-Docs. Sie sind eingeladen, laufende Arbeiten bzw. Projektideen zum oben genannten Themenfeld und den damit verknüpften Fragestellungen vorzustellen. Auf der Grundlage der eingegangenen Exposés werden die Archivare gebeten, speziell zu den Themenvorschlägen eine kleine Auswahl von passenden Dokumentenbeispielen aus ihren jeweiligen Archiven zu präsentieren.

Fragestellungen

Im Fokus steht die Medienarbeit von Autoren aus dem östlichen Europa und speziell ihre Arbeit für die Radioprogramme in den ersten Nachkriegsjahrzehnten. Folgende Fragestellungen sollen angegangen werden:

- Wie gingen Literat:innen und Journalist:innen aus dem östlichen Europa mit dem Ankommen in einer neuen Umgebung/Region um?

- Wie gestalteten sie den beruflichen und literarischen Neubeginn in einer anders geprägten Kulturlandschaft?

- Wie verhielten sie sich zu Traumata der Kriegs- und Nachkriegszeit?
- Welche Themen wählten sie für ihr Schreiben?

- Welche medialen Strategien der Bewältigung ihrer neuen Situation entwickelten sie, und welche Rolle spielte dabei das Medium Rundfunk?

- Wie nahmen sie selbst und die neuen Zuhörer:innen ihre andere Sprachfärbung / ihren Dialekt wahr? Wie veränderte sich ihre Sprache?

- Wieviel „Osten“ steckte in ihrer neuen Tätigkeit im „Westen“ (Kontinuitäten, Brüche)?
- Gab es Unterschiede zwischen Westdeutschland und der DDR im medialen Umgang der

Literaturschaffenden mit ihrer neuen Situation, bzw. in ihrer Rezeption durch die neue Umgebung?

Bitte senden Sie Ihr Exposé (ca. 2.500 Zeichen), einen kurzen Lebenslauf mit E-Mail- und Postanschrift (ca. 1.000 Zeichen) bis spätestens 15.12.2021 an:

Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut Hamburg
Dr. Hans-Ulrich Wagner (E-Mail: h.u.wagner@leibniz-hbi.de)

Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa
Maria Luft (E-Mail: maria.luft@bkge.uni-oldenburg.de)

Die Fahrt- und Unterkunftskosten für die wissenschaftlichen Workshop-Teilnehmer:innen werden vorbehaltlich vorhandener Haushaltsmittel erstattet.

Projektpartner:

- Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE), Oldenburg
- Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut, Hamburg
- Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv
- Historische Kommission der ARD
- Deutsches Kulturforum östliches Europa, Potsdam

Kontakt

Dr. Hans-Ulrich Wagner
E-Mail: h.u.wagner@leibniz-hbi.de

Maria Luft
E-Mail: maria.luft@bkge.uni-oldenburg.de

Zitation
„Der Osten im Westen“. Deutschsprachige Autor:innen aus dem östlichen Europa im Rundfunk nach 1945. In: H-Soz-Kult, 26.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98894>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

30) Das "Bibliomigratorische" im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg

Veranstalter
Konzeption /Organisation: Venessa de Senarclens, Humboldt Universität Berlint (Deutsches Historisches Institut Warschau)

Ausrichter
Deutsches Historisches Institut Warschau
Veranstaltungsort
Deutsches Historisches Institut Warschau

Gefördert durch
Max Weber Stiftung

31.03. bis 01.04.2022
Anmeldefrist
01.09.2021
Von
Dorota Zielinska, Palac Karnickich, Niemiecki Instytut Historyczny w Warszawie (DHI Warschau)

Das „Bibliomigratorische“ im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg
Konzeption / Organisation: Vanessa de Senarclens (senarclv@hu-berlin.de)

Der Historiker Robert Darnton hat die Geschichte eines Buches als einen lebendigen Kommunikationskreislauf – „a communication circuit“ – beschrieben, an dessen materieller Produktion, Vertrieb und Wirkung zahlreiche Akteure und Institutionen beteiligt sind: vom Autor zum Drucker und Buchhändler, über viele private wie öffentliche Räume wie Salons, Kaffee, Bibliotheken, in denen das Buch vom Leser interpretiert, diskutiert und adaptiert wird. Im 18. Jahrhundert, das Darnton untersucht, bilden diese Kommunikationskreise lebendige Netzwerke, die oft unter dem Radar der staatlichen Kontrolle interagieren. Auf verschlungenen und oft auch verbotenen Wegen werden Bücher durch ganz Europa transportiert, von Paris nach Warschau, von Dresden bis London, von Genf nach Leipzig. Der Titel dieses Kolloquiums – Das Bibliomigratorische im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg – rückt Bücher als Träger materieller aber auch immaterieller Geschichte im einen Kontext, in dem der Kreis der Kommunikation stark von der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg geprägt ist. Mit dem Angriff Nazi-Deutschlands auf Polen 1939 wurden bis Kriegsende 1945 rund 70 bis 75 Prozent der polnischen Bibliotheksbestände dezimiert, zerstört oder verstreut. Gemäß einer Berechnung von 2015 überlebten von den 22, 6 Millionen Bänden der polnischen Bibliotheken vor 1939 nur ein knappes Drittel. Nach der Verlegung der deutsch-polnischen Grenze entlang der Oder-Neiße-Linie im August 1945 gelangten hingegen Millionen von Büchern aus privaten, kirchlichen und auch ausgelagerten öffentlichen Sammlungen der Preußischen Staatsbibliothek in einen neuen nationalen Kontext. Aus polnischer Perspektive wurden diese „zurückgelassenen“ Bücher aus deutschen Bibliotheken als Staatseigentum betrachtet und als solches vor weiteren Plünderungen und Zerstörungen geschützt. Polen hat auch versucht, den Abtransport von „Trophäenbücher“ in die Sowjetunion zu verhindern. Laut einem polnischen Gesetz vom 6. Mai 1945 waren sie „verlassen und aufgegeben“. Entsprechend bezeichnet man diese Bücher aus ehemaligen deutschen Bibliotheksbeständen als „sichergestellte Büchersammlungen“ und betrachtet sie als „Kompensation“ für die absichtliche Zerstörung von polnischen Archiven und Bibliotheken während des Krieges – wenn auch eine gänzlich unzureichende und unverhältnismäßige. In der Bundesrepublik wie auch in der DDR und vielleicht erst recht im wiedervereinigten Deutschland sind diese Bücher mit Begriffen wie „Verlust“, „schmerzliche Lücke“ oder „Zerrissenheit der Nachlässe und Sammlungen“ verbunden. Sinnbild dieser Zerrissenheit ist sicher die 8. Sinfonie von Beethoven: Die Handschrift des ersten, zweiten und vierten Satzes sind in der Staatsbibliothek zu Berlin aufbewahrt, der dritten Satz Tempo di menuetto indessen in der Biblioteka Jagiellońska in Krakau.

In Anlehnung an den Begriff der „Bibliomigrancy“ von B. Venkat Mani, wollen wir auf dieser Tagung Geschichten von Büchermigrationen zwischen Deutschland und Polen ab 1939 in den Mittelpunkt stellen. Die Wortneuschöpfung, die auf dem englischen Wort „Migrancy“ abgeleitet ist, deutet nicht so sehr auf ein Ereignis hin – die Migration von einem Land in ein anderes oder von einer Sprache in eine andere – als vielmehr auf einen Zustand, der

andauert und sich fortentwickelt. Bei dem Begriff „Bibliomigratorisch“ geht es ebenso um die Reise der Bücher in Raum und Zeit, wie auch um ihre sich wandelnde Semantisierung innerhalb geografischer, politischer, institutioneller und sprachlicher Räume. Neben der Migration der Bücher geht es auf unserer Tagung auch um ihre Stellung in den Institutionen, in die sie integriert oder in denen sie auch nur aufbewahrt werden. Wir wollen den wechselnden Status der Bücher erkunden wie auch das Verhältnis von Gedächtnis, Erinnern und Vergessen, das bis heute zwischen Polen und Deutschland brisant bleibt. Seit nunmehr 75 Jahren sind diese Bücher Gegenstand zweier völlig verschiedener nationaler Erzählungen. Von einigen Initiativen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern abgesehen, sind sie auf eine politisch-symbolische Dimension der Kriegsfolgen reduziert. Die Bücher sind in Universitätsbibliotheken (Łódź, Kraków, Wrocław, Warszawa) aufbewahrt, doch oft ohne erklärenden Zusammenhang, unzureichend katalogisiert, ohne Eingabe von Provenienz, „Verlegt, verwahrt und vergessen“, wie ich an einer Voltaire-Ausgabe der Philosophie de l’Histoire von 1765 zeigen konnte. Und doch haben diese Bücher etwas Gemeinsames: Auf beiden Seiten der Oder-Neiße-Linie geht es um Verlust- und Trauergeschichten. In ihrem programmatischen Aufsatz von 2017 mit dem Titel Die Provenienz der Kultur. Von der Trauer des Verlusts zum universalen Menschheitserbe plädierte Bénédicte Savoy für einen offenen Umgang mit der Provenienz kunsthistorischer Objekte auf ihren Wegen im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts in die europäischen Sammlungen. Sie zeigte, wie Trauer dadurch überwunden werden kann, dass man die Geschichte von wechselseitiger Wirkung und Verflechtung als gemeinsames europäisches Erbe erzählt und teilt. Die Bücher, die uns hier interessieren, sind im Gegensatz zu den Objekten der Kunstgeschichte, die Savoy behandelt, selten in einer Museumsvitrine vorzufinden, sondern oft vernachlässigt und vergessen. Doch sind sie gleichermaßen Zeugnis einer gemeinsamen europäischen Geschichte, die in eine Zeit weit vor 1939 zurückreicht. Der fast wahrgewordene Traum einer umfassenden erhabene Weltbibliothek, in der alle Bücher über die digitalen Medien friedenstiftend, überall zugänglich sind, hat auch etwas Abstraktes. Die Wiederentdeckung der „Lust am Buch“, wie Michael Hagner ausweist, geht mit Erzählungen, Provenienzforschung und subjektiver Aneignung einher. Auf dieser Tagung wollen wir die Bücher aus ihrem politischen toten Winkel herausholen und sie als lebendiges „Geschichtsding“ betrachten, samt ihrer „Biographie“ mit ihren kulturellen, sozialen und politischen Aspekten.

Avisierte Fragen und Themen

- Beispiele einzelner Bände aus polnischer oder deutscher Sammlungen, die im Krieg aus ihren institutionellen Kontext gerissen oder gar vollkommen zerstört wurden.

- Geschichte der Wege und der Wirkung einzelner Bände – auch als „vermisste“, abwesende, zerstörte Objekte im polnischen und deutschen kulturellen Gedächtnis.

- Stellenwert dieser Bücher im politischen und diplomatischen Diskurs sowohl in Polen wie auch in Deutschland. Können wir Schlüsselmomente in der Behandlung dieser diplomatischen Angelegenheit seit 1945 ausmachen, sowohl zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen wie auch zwischen Polen und der Bundesrepublik?

- Was machen die wandelnde Kontexte mit dem Buchobjekt, aber auch, was bewirkt ein solches Buch in verschiedenen wechselnden sozialen und politischen Umfeldern?

Die Tagung wird in Kooperation mit und in den Räumen des Deutsches Historisches Instituts Warschau (DHIW) stattfinden. Das Deutsches Historisches Institut Warschau (DHIW) wird während der Tagung auch einen Übersetzungsdienst anbieten. Sprachen: Deutsch/ English/ Polnisch.

Frist für die Einreichung der Abstracts ist der 01. September 2021

Kontakt

dhi@dhi.waw.pl

Zitation
Das "Bibliomigratorische" im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg. In: H-Soz-Kult, 21.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98476>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

31) Un/Sichtbarkeit. Die polnische Kunst(geschichte) und Deutschland

Veranstalter
Zentralinstitut für Kunstgeschichte München, Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung München, Universität der Künste in Posen/Poznań, Deutsch-Polnische Gesellschaft München, Deutsches Polen-Institut in Darmstadt
Veranstaltungsort
Zentralinstitut für Kunstgeschichte München

80333 München

06.04.2022 - 08.04.2022
Frist
08.08.2021
Von
Anna Baumgartner, Ludwig-Maximilians-Universität München

Ziel der Tagung ist zum einen, den Stand und die Rezeption der polnischen Kunst(geschichte) in Deutschland zu reflektieren. Zum anderen werden aktuelle theoretische und methodische Ansätze diskutiert. Es gilt, neue Perspektiven auf die polnische Kunst zu entwickeln. Die Tagung ist interdisziplinär angelegt und richtet sich an Kunsthistoriker:innen sowie Forschende aus den Osteuropa- und Polenstudien. Auch Beiträge aus weiteren Disziplinen sind willkommen.

Konzeption und Organisation: Anna Baumgartner, Christian Fuhrmeister, Nerina Santorius, Marta Smolińska

Die Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung in München plant vom 25. März bis zum 31. Juli 2022 in Kooperation mit den Nationalmuseen in Warschau, Krakau und Posen eine groß angelegte Ausstellung zur polnischen Malerei: „Stille Rebellen. Polnischer Symbolismus um 1900“. Diese Ausstellung ist Ausgangspunkt und Resonanzraum einer Tagung, in der wir zum einen den Stand und die Rezeption der polnischen Kunst(geschichte) in Deutschland reflektieren und zum anderen aktuelle theoretische und methodische Ansätze diskutieren wollen. Es gilt, neue Perspektiven auf die polnische Kunst zu entwickeln.

Gerade in den letzten Jahren waren Initiativen zur Erforschung der Rezeption der polnischen Kunst außerhalb Polens, Tendenzen der stärkeren Vernetzung mit polnischen Kunsthistoriker:innen sowie Projekte zur Geschichte der deutsch-polnischen Kunstbeziehungen zu beobachten. Diese stehen oft in Zusammenhang mit Forschungen zur „Globalisierung osteuropäischer Kunstgeschichten“ (Vgl. Beáta Hock / Anu Allas (Hg.): Globalizing East European Art Histories. Past and present, London / New York 2018) und der Hinterfragung des kunsthistorischen Kanons. Im Fokus stand dabei zuletzt die Kunst(geschichte) des 20. Jahrhunderts mit Themen aus der Performance-Kunst, der Architekturgeschichte, Denkmalpflege und seit Kurzem auch der Provenienzforschung. Transnationale und auf die Untersuchung von Verflechtung und Austausch ausgerichtete Theorie- und Methodenansätze wurden fruchtbar gemacht und lenkten den Blick auch auf Abgrenzungs- und Entflechtungsmechanismen, die gerade im spannungsreichen deutsch-polnischen Kontext immer wieder zu beobachten sind.

Nichtsdestotrotz nimmt die polnische Kunst(geschichte) in der deutschen Forschungs- und Museumslandschaft nur einen Nischenplatz ein. In Anbetracht der in Deutschland nur selten öffentlich rezipierten polnischen Kunst vergangener Epochen ist die kommende Ausstellung in der Kunsthalle München ein wichtiges Ereignis, zumal die Malerei des 19. und frühen 20. Jahrhunderts auch in den auf Osteuropa insgesamt ausgerichteten Initiativen bisher nur wenig Beachtung fand. Eine gewisse Aufmerksamkeit erhielten jedoch die in München zahlreich tätigen polnischen Maler:innen, die zuletzt aussagekräftig als Phänomen künstlerischer Migration untersucht worden sind. Eine gezielte Untersuchung der hochgradig transnational vernetzten und auch in anderen deutschen bzw. europäischen Kunstzentren tätigen polnischen Künstler:innen innerhalb der global zirkulierenden visuellen Kulturen des 19. Jahrhunderts ist bislang dennoch ein Desiderat, ebenso wie das zeitgenössische Kunstgeschehen in Polen jenseits des internationalen Galeriewesens.

Vor diesem Hintergrund soll der erste Teil der Tagung – mit Blick v.a. auf das 19. Jahrhundert – der Diskussion dieser Leerstellen gewidmet sein. Der Fokus liegt auf der deutsch-polnischen Perspektive, die aber in den europäischen und/oder globalen Kontext gesetzt werden soll. Die Beiträge aus der Kunstgeschichte oder den Polen- und Osteuropastudien sollten dezidiert das Potential neuer Forschungsansätze ausloten und sich beispielsweise mit Spannungen zwischen dem nationalen und transnationalen Paradigma, mit der Ver- und Entflechtung oder mit der (De-)Essentialisierung von Begrifflichkeiten oder Alterisierungs- bzw. (Selbst-)Exotisierungsmechanismen befassen. Auch infrastrukturelle Aspekte oder die Auswirkungen aktueller Kultur- und Ausstellungspolitik können thematisiert werden.

Im zweiten Teil der Tagung möchten wir das Untersuchungsfeld zeitlich ausweiten und neue theoretische Kontexte, Methoden und kuratorische Strategien diskutieren, die zur Überwindung jahrzehntelang tradierter Deutungsmuster beitragen können. Hierfür begrüßen wir erneut ausdrücklich interdisziplinäre Beiträge, die anhand innovativer werkorientierter Analysen alternative Sichtweisen auf das Schaffen polnischer Künstler:innen durch die Epochen hindurch bis heute entwickeln: Border (art) studies / Migration studies und Erinnerungsräume / Memory studies / Visual culture und Postcolonial studies / (Post)feminismen / Posthumanismus / Postanthropozentrismus / Ökologische Strömungen / Material turn und neuer Materialismus / Jenseits des Visuellen: Tastsinn, Geschmacksinn, Geruchsinn, Propriozeption, kinästhetischer Sinn / Körperlichkeit und Somästhetik / Kartographisches und geopoethisches Denken / Kritische Geographie etc.

Abschließend wollen wir das Potential dieser neuen methodischen Herangehensweisen evaluieren und sondieren, ob und wie diese Ansätze auch für die polnische Kunst früherer

Epochen, insbesondere das 19. Jahrhundert, fruchtbar gemacht werden können. Welche neuen Perspektiven könnte dies für die deutsch-polnischen Kunstbeziehungen bringen?

Wir erbitten die Einsendung von Abstracts (maximal 2.500 Zeichen) samt einem kurzen Lebenslauf (maximal 500 Zeichen) bis zum 08. August 2021 an: polishart@zikg.eu.

Geplante Tagungssprachen sind Deutsch und Englisch. In Ausnahmefällen werden auch Beiträge in anderen Sprachen akzeptiert. Die Vorträge sollen die Dauer von 20 Minuten auf keinen Fall überschreiten.
Die Veranstalter:innen haben Zuschüsse für Reise und Übernachtungskosten der Referent:innen beantragt. Werden diese bewilligt, können die Kosten übernommen werden.
Es ist geplant, ausgewählte Beiträge der Tagung in einem Sammelband zu veröffentlichen.

Die Tagung findet in Kooperation zwischen dem Zentralinstitut für Kunstgeschichte München, der Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung, München, der Universität der Künste in Posen/Poznań, der Deutsch-Polnischen Gesellschaft München sowie dem Deutschen Polen-Institut in Darmstadt statt.

Kontakt

polishart@zikg.eu

Zitation
Un/Sichtbarkeit. Die polnische Kunst(geschichte) und Deutschland. In: H-Soz-Kult, 04.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98653>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

32) Aspekte deutscher Gartenkunst der Frühen Neuzeit (ca. 1550 bis 1640)

Veranstalter
Schwabenakademie Irsee / Zentralinstitut für Kunstgeschichte
Veranstaltungsort
Schwabenakademie Irsee, Klosterring 4

87660 Irsee

08.04.2022 - 10.04.2022
Frist
30.09.2021
Von
Susanne Spieler, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Zentralinstitut für Kunstgeschichte

IV. Philipp-Hainhofer-Kolloquium der Schwabenakademie Irsee, 08. bis 10. April 2022, in Kooperation mit dem Zentralinstitut für Kunstgeschichte

„Herrliche schöne, wolgezierte und nutzbare Gärten“, so formulierte Johann Peschel in seiner „Garten-Ordnung“ (1597) pointiert die Funktion und Wahrnehmung von Gärten im semantischen Feld zwischen Zierde und Nutzen: eine in der Gartentheorie um 1600 häufig anzutreffende Polarisierung. Sie drückt den Aufstieg der Gartenkunst aus der Landwirtschaft aus und lässt zugleich in der Betonung der Zierfunktion die angestrebte Eingliederung der Gartenkunst in ein bestehendes theoretisches und Gattungssystem der Künste erkennen. Die Polarisierung von Nutzen und Zierde, von Natur und Kunst kann jedoch nur als ein Rahmensystem verstanden werden, in dem sich ein breiteres Spektrum von Gestaltungen und höfischen, städtischen, religiösen und wissenschaftlichen Nutzungskonzepten der Gärten im behandelten Zeitraum entwickelt. Befasst sich die internationale Forschung seit langem intensiv mit den Gärten italienischer Villen oder französischer Schlösser, so lassen sich in der Erforschung der deutschen Gartenkunst der Frühen Neuzeit Desiderate erkennen, sieht man von einzelnen gut bearbeiteten Anlagen wie etwa dem Heidelberger Schlossgarten (Hortus palatinus) ab. Die Desiderate sind sicherlich auch auf spärliche Überlieferung und mangelnde Auseinandersetzung mit vorhandenen Quellen zurückzuführen. Die Tagung nimmt daher die Reise- und Sammlungsbeschreibungen von Philipp Hainhofer zum Anlass, um die deutsche Gartenkunst in einem Zeitraum zu behandeln, der im mittleren 16. Jahrhundert mit einer gesteigerten Würdigung und Wertigkeit von Gärten und Pflanzenkultur einsetzt und etwa mit dem Erscheinungsdatum von Joseph Furttenbachs „Architectura Recreationis“ (1640) endet.

Beispielsweise könnten folgende Themengebiete aufgegriffen werden:
- Entwurf, Gestaltung, Bepflanzung und Ausstattung höfischer Residenzgärten und bürgerlicher Gärten in den Städten
- Pflanzenkultur und Pflanzenverwendung
- Handel, Tausch von Pflanzen und Samen
- Ausbildung und berufliche Situation von Gärtnern
- Gartentheorie
- das Verhältnis von Architektur und Garten
- Verbindung mit religiösen Praktiken (Einsiedeleien)
- der Garten als Ort wissenschaftlicher Zusammenkünfte
- der Blick auf und die Wahrnehmung und Beschreibung von Gärten (etwa in Reisejournalen)

- die Auseinandersetzung deutscher Reisender und Gärtner mit europäischen Modellen
- Gärten in der bildenden Kunst, Literatur oder Musik

Themenvorschläge (in deutscher oder englischer Sprache) für bislang unpublizierte Beiträge mit einer Zusammenfassung (maximal 2.000 Zeichen) und einem CV (mit Angaben der einschlägigen Publikationen) werden erbeten bis zum 30. September 2021 an: Hainhofer-Kolloquium-4@t-online.de.

Die Reise- sowie Übernachtungs- und Verpflegungskosten werden vom Veranstalter übernommen. Tagungssprachen sind Deutsch und Englisch.

Doktoranden sowie Wissenschaftler:innen der Post-doc-Phase werden ausdrücklich zur Bewerbung ermutigt.

Die Tagungsbeiträge sollen in einem von Andreas Tacke, Iris Lauterbach und Michael Wenzel herausgegebenen Sammelband in der Hainhoferiana-Schriftenreihe der Schwabenakademie Irsee beim Michael Imhof Verlag (Petersberg) im Frühjahr 2023 gedruckt vorliegen.

Den Rahmen der Philipp-Hainhofer-Kolloquien der Schwabenakademie Irsee bildet das Langzeitvorhaben der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) „Kommentierte digitale Edition der Reise- und Sammlungsbeschreibungen Philipp Hainhofers (1578–1647)“. Für das IV. Philipp-Hainhofer-Kolloquium der Schwabenakademie Irsee konnte Prof. Dr. Iris Lauterbach vom Zentralinstitut für Kunstgeschichte (München) als Kooperationspartnerin gewonnen werden.

Kontakt

Hainhofer-Kolloquium-4@t-online.de

https://www.zikg.eu/aktuelles/nachrichten/call-for-papers-aspekte-deutscher-gartenkunst-irsee

---

Zitation
Aspekte deutscher Gartenkunst der Frühen Neuzeit (ca. 1550 bis 1640). In: H-Soz-Kult, 04.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98663>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

33) "Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken

Veranstalter
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

40225 Düsseldorf

11.05.2022 - 13.05.2022
Anmeldefrist
31.07.2021
Von
Gero Faßbeck, Institut für Romanistik, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Im Mittelpunkt der Tagung steht die Frage, welche wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und ästhetischen Dynamiken durch Flüsse in Gang gesetzt werden. Neben konkreten Flussräumen (z.B. Rhein, Donau, Oder, Rhône, Ebro, Tiber) soll es dabei auch um Fragen des methodischen Zugriffs auf räumliche Flussdynamiken gehen. Flüsse, so die leitende These, sind nicht nur passive Objekte wissenschaftlicher Beschreibung, sondern sie sind selbst aktiv an der Konstituierung von Räumen beteiligt.

"Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken

Flüsse sind (genauso wie Meere oder Gebirge) seit jeher ein prägender Bestandteil von Räumen. Sie dienen als natürliche Grenzen, formen den Charakter einer Landschaft und prägen das Bild ganzer Regionen. Für die Wahrnehmung eines geografischen Raumes spielen Flüsse daher eine ganz wesentliche Rolle. Entsprechend werden ihre Lage und ihr Verlauf aufs Genaueste beschrieben, vermessen und kartografiert. Als natürliche Gebilde konfrontieren sie den Menschen mit Gefahren (Hochwasser, Dammbrüche, usw.), deren Risiken durch Eingriffe in die Natur (z.B. Staudämme, Kanäle, Begradigungen) minimiert werden. Umgekehrt macht sich der Mensch das natürliche Potenzial von Flussräumen auch zu Nutze (z.B. Wasserkraft, Landwirtschaft). Flüsse sind jedoch nicht nur das passive Objekt wissenschaftlich-technischer Naturbeherrschung, sondern sie sind selbst aktiv an der Konstitution von Räumen beteiligt. Begreift man Flüsse als eigenständige Akteure im Rahmen einer Netzwerk-Theorie, so stellt sich die Frage, welche Dynamiken durch sie in Gang gesetzt werden.

In ökonomischer Hinsicht dienen Flüsse als wichtige Transport- und Verkehrswege. Sie sind Lebensadern der Wirtschaft, die zur Verflechtung von Wirtschaftsräumen beitragen. Ihre verkehrstechnische Nutzung zieht eine Vielzahl von juristischen Diskursen nach sich, die ihrerseits wieder neue Dynamiken erzeugen, indem sie (supra-)staatliche Gesetzgebungen anregen, aus denen neue Institutionen hervorgehen. In politischer Hinsicht sind Flüsse oftmals umkämpfte Grenzen oder Orte kriegerischer Auseinandersetzungen. Mitunter werden sie zur Projektionsfläche für nationale Diskurse, an denen sich langlebige Feindschaften ausbilden (z.B. Rhein, Oder-Neiße). Gleichzeitig bilden sie aber auch Räume des Kontakts, in denen kulturelle Transfer- und Austauschprozesse stattfinden. Flussräume sind somit exemplarische Räume der Abgrenzung und der Verflechtung. Als solche tragen sie entscheidend zur Herausbildung von Raumkulturen bzw. zur Entstehung von Kulturräumen bei (z.B. Donau, Rhein, Oder, Rhône, Tiber, Ebro). Nicht zufällig gilt der Fluss seit der Antike (Heraklit) als Sinnbild für Identitätsproblematiken schlechthin. Denn Flüsse konstituieren Räume mit erheblicher Beharrungskraft, die gerade deswegen konstant bleiben, weil sie immer in Bewegung sind.

Das paradoxe Verhältnis von Konstanz und Veränderung eignet sich auch für ästhetische Diskurse. Bereits im Mythos wird der Fluss als metaphorische Schwelle bzw. Ort des Übergangs markiert (z.B. Lethe, Rubikon). In der Bibel ist er ein Symbol für Reinigung und Heilung (z.B. Jordan). Überaus häufig begegnet man Fluss-Symboliken in Sagen, Märchen und Legenden (z.B. Loreley). Überhaupt scheinen Flussräume in besondere Weise anschlussfähig für eine Imagologie des Wassers zu sein. Daneben spielt der Fluss aber auch eine Rolle bei der Entstehung von Kulturtechniken (z.B. Baden, Schwimmen, Waschen, Kuren) und künstlerisch-diskursiven Praktiken (z.B. Rhein-Romantik). Letztere verbinden sich auffällig häufig mit Flussabschnitten, die als Knotenpunkte für Transferprozesse zwischen einzelnen Regionen dienen (z.B. Furten, Zusammenflüsse). Oftmals bilden diese Räume schon nach kurzer Zeit eigene „Kulturlandschaften“, d.h. räumliche Einheiten, die über bestimmte Merkmale verfügen und an denen sich ein einheitlicher „Stil“ (im Unterschied zu kurzfristigen Moden) entwickelt. Bezeichnenderweise haben sich Orte des Wissens (z.B. Bibliotheken, Klöster, Stifte) im Mittelalter bevorzugt an solchen Flussabschnitten angesiedelt, deren begünstigende Faktoren auch dazu beigetragen haben, künstlerische Praktiken zu verbreiten.

Im Rahmen der Tagung sollen sowohl konkrete Flussräume als auch einzelne der hier vorgestellten Flussdynamiken aus einer geistes- und kulturwissenschaftlichen Perspektive beleuchtet werden. Das Verhältnis von Flussdynamiken und Raumkulturen soll dabei aus einer längeren historischen Perspektive untersucht werden, die den Zeitraum vom Mittelalter bis zum 19. und 20. Jahrhundert abdeckt. Neben thematisch-inhaltlichen Aspekten sind insbesondere auch Beiträge erwünscht, die sich mit methodischen Fragen auseinandersetzen.

Mögliche Themen oder Fragestellungen der Beiträge könnten u.a. sein:

- Wie lassen sich Flussräume mit ihren spezifischen Eigenheiten und Verflechtungen über (nationale) Grenzen hinweg beschreiben?

- Wie lassen sich der Fluss und seine dazugehörigen Elemente (Strom, Quelle, Mündung Fließen, usw.) für eine Analyse von Raumkulturen / Kulturräumen operationalisieren?
- Welche Rolle spielen Flüsse für die Konstitution von Räumen? Welcher kulturellen Anstrengungen bedarf es, um Flüsse als räumliche Einheiten zu konstituieren?
- Inwiefern wird die Wahrnehmung von geografischen Räumen durch Flüsse gelenkt und welche Faktoren tragen dazu bei, dass sich die Raumwahrnehmung verändert?
- Welche Art von wirtschaftlichen, politischen, ästhetischen und künstlerisch-diskursiven Dynamiken entstehen entlang von Flussläufen?

Die Tagung wird organisiert vom Forschungsverbund "Fluide Räume" der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Zu den beteiligten Fachdisziplinen gehören das Institut für Geschichte, germanistische Mediävistik, Romanistik und Kunstgeschichte.

Beiträge aus anderen als den genannten Disziplinen sind jedoch explizit erwünscht.

Die Tagung beginnt am Mittwoch, den 11. Mai 2022, und endet am Freitag, den 13. Mai 2022, jeweils gegen Abend. Veranstaltungsort ist das Haus der Universität Düsseldorf, Schadowplatz 14, 40212 Düsseldorf. Die Anwesenheit der Tagungsteilnehmer an allen drei Veranstaltungstagen ist erwünscht. Kosten für Unterkunft und Reise werden erstattet. Honorare können nicht gezahlt werden.

Wir erbitten die Einsendung von Abstracts (max. 2500 Zeichen) bis zum 31.07.2021 an Fluide.Raeume@hhu.de.

Veranstalter: Geographie Fehlanzeige! Warum?

Prof. Dr. Achim Landwehr
Institut für Geschichte
Heinrich-Heine-Universität
Gebäude 23.32
Universitätsstraße 1
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Guido Thiemeyer
Institut für Geschichte
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 23.31
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Ricarda Bauschke-Hartung
Institut für Germanistik
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.54
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Andrea von Hülsen-Esch
Institut für Kunstgeschichte
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.51
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Ursula Hennigfeld
Institut für Romanistik
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.51
40225 Düsseldorf

Dr. Gero Faßbeck
Institut für Romanistik
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.51
40225 Düsseldorf

Kontakt: Fluide.Raeume@hhu.de

Zitation
"Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken. In: H-Soz-Kult, 03.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98109>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

34) IFZO-Konferenz „Ostsee im Austausch. Transformationen zwischen Konflikt und Kooperation“

Veranstalter
Interdisziplinäres Forschungszentrum Ostseeraum (IFZO), Universität Greifswald
Veranstaltungsort
Greifswald
Gefördert durch
Bundesministerium für Bildung und Forschung, BMBF

17487 Greifswald

Vom - Bis
07.07.2022 - 09.07.2022
Anmeldefrist
10.11.2021
Von
Alexander Drost, Interdisziplinäres Forschungszentrum Ostseeraum (IFZO), Universität Greifswald

Im Mittelpunkt der Konferenz steht die Erforschung von gegenwärtigen und historischen Transformationsprozessen im Ostseeraum. In den Forschungsfeldern "Geteiltes Kulturelles Erbe", "Energietransformation", "Sicherheitsarchitektur", "Ländliche Räume", "Neue Nationalismen", "Nachhaltigkeit" sowie "Raum-Zeitliche Muster der Landnutzung" wollen wir den Wandel von Technologien, Bedeutungen, Werten und Traditionen in transformativen Prozessen und deren Auswirkungen auf die Region diskutieren.

IFZO-Konferenz „Ostsee im Austausch. Transformationen zwischen Konflikt und Kooperation“

CALL FOR PAPERS

Im Mittelpunkt der Konferenz steht die Erforschung von Transformationsprozessen im Ostseeraum. Die Gesellschaften des Ostseeraums müssen im Kontext von Klimakatastrophe, politischer Radikalisierung und wirtschaftlichen Herausforderungen einen grundlegenden Wandel gemeinsam bewältigen. Dieser betrifft gleichermaßen überholte Technologien und eingeübte Praktiken als auch die Bedeutungs- und Wertesysteme, die in Jahrhunderten aus Interaktion, Integration und gemeinsamer Problemlösungskompetenz hervorgegangen sind. Ohne erneuerbare Energien, nachhaltige Wirtschaftsmodelle und Transportsysteme sowie deren Akzeptanz wird man den Wandel des Ostseeraums nicht angehen können. Gleichzeitig stehen Lebensräume und Leistungen auf dem Spiel, die die Gesundheits- und Daseinsvorsorge im ländlichen Raum ebenso

gefährden wie das kulturelle Erbe der gesamten Region. Neue Ideen und Ansätze müssen dabei nicht nur entwickelt, sondern ebenso übersetzt, beschrieben und vermittelt werden. Aufgrund ihres komplexen Charakters haben Transformationen in vielen Forschungsbereichen ihre Spuren hinterlassen. Wir laden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu den folgenden Streams ein, um ihre Beobachtungen, Fragestellungen und Ergebnisse zu Transformationsprozessen im Ostseeraum zu teilen und interdisziplinär zu diskutieren. Die Tagung soll damit einen Beitrag zu einem verbesserten Verständnis der vielfältigen Fragmentierungsmechanismen in Transformationsprozessen liefern und helfen, übergreifende Fragestellungen interdisziplinär weiterzuentwickeln.
Im Stream „Geteiltes Kulturelles Erbe“ wollen wir ein gewandeltes Verständnis kulturellen Erbes am Beispiel verschiedener Formen von konfliktbehafteten und ungewollten Erbschaften (Monumenten, militärischen, industriellen Hinterlassenschaften), von Kulturlandschaften bis hin zu kulturellen Kanons und deren Neusemantisierungen diskutieren.
Im Stream „Energietransformation“ stehen rechtliche und sozialwissenschaftliche Fragestellungen im Mittelpunkt der Diskussion, die unter anderem die ambivalente Position von „Nord Stream 2“ im Kontext erneuerbarer Energien beleuchtet. Ebenso laden wir Beiträge zur nachhaltigen Energieversorgung im ländlichen Raum und zur Diskussion eines einheitlichen Energiemarktes im Ostseeraum ein.

Im Stream „Sicherheitsarchitektur“ werden wir die sich verändernde politische, militärische und infrastrukturelle Situation im Ostseeraum diskutieren und begrüßen Beiträge zum NATO-Russland Verhältnis in der Region, militärischen Manövern und zur Rolle nationaler Sicherheitsinteressen im Kontext der anstehenden Transformationsprozesse.
Im Stream „Ländliche Räume“ laden wir zur Diskussion von Innovationen/Best-Practice-Beispielen der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen des Ostseeraums ein. Im Mittelpunkt stehen dabei sowohl Fallbeispiele aus den Bereichen Gesundheitsversorgung, Entrepreneurship und Finanzierungssysteme als auch übergreifende Fragen der räumlichen Übertragung von Politiken (policy mobilities).

Im Stream „Neue Nationalismen“ stehen die Themen Geschichtskonstruktionen, Gendernarrative und Minderheitendiskurse neu-nationalistischer Bewegungen und Akteur*innen im Zentrum der Diskussion. Der Fokus liegt auf Erinnerungspolitik, nationalen Minderheiten und Minderheitenpolitik sowie sprachlichen bzw. soziolinguistischen Aspekten.
Im Stream „Nachhaltigkeitstransformation“ fokussieren wir auf die Rolle von Verhaltensänderungen im Transformationsprozess, den Wandel zu nachhaltigen Wirtschaftsformen und Einträge in die Ostsee. Diese Themen berühren zudem Fragen von Nutzungskonflikten, Nachhaltigkeitspolitik und Nachhaltigkeitspsychologie.
Im Stream „Raum-zeitliche Muster der Landnutzung“ begrüßen wir Beiträge zum Wandel der Landnutzung nach markanten Umbruchssituationen, u. a. dem Zusammenbruch des Ostblocks, Tschernobyl, oder dem Ukrainekonflikt.

Das Interdisziplinäre Forschungszentrum Ostseeraum bündelt die Forschungskompetenzen zum Ostseeraum an der Universität Greifswald und bietet internationalen Nachwuchs- und Gastwissenschaftler*innen ein innovatives Forschungsumfeld.
Im IFZO-Forschungsverbund „Fragmentierte Transformationen. Wahrnehmungen, Konstruktionen, Verfasstheiten einer Region im Wandel“ werden in sieben interdisziplinären Forschungsgruppen Transformationsprozesse zum neuen Verständnis des kulturellen Erbes, der Energiewende, dem Wandel von Sicherheitsarchitektur und Daseinsvorsorge, dem Aufkommen neuer Nationalismen, der Nachhaltigkeitstransformation und Landnutzung im Ostseeraum untersucht.

Panel- und Paper-Bewerbungen mit Titel, Abstract (300 Zeichen) und Kurz-CV per E-Mail bis zum 10. November an ifzo@uni-greifswald.de.

Kontakt

Dr. Alexander Drost
Universität Greifswald
Interdisziplinäres Forschungszentrum Ostseeraum (IFZO)
Bahnhofstraße 51
17489 Greifswald
ifzo@uni-greifswald.de

https://phil.uni-greifswald.de/institute/einrichtungen/ifzo/ifzo-neuigkeiten/ifzo-neuigkeiten-detailansicht/n/cfp-ifzo-konferenz-ostsee-im-austausch-transformationen-zwischen-konflikt-und-kooperation/

Zitation
IFZO-Konferenz „Ostsee im Austausch. Transformationen zwischen Konflikt und Kooperation“. In: H-Soz-Kult, 13.09.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-112800>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

35) Slavistiktag 2022

Veranstalter
Verband der deutschen Slavistik (Ruhr-Universität Bochum)

Ausrichter
Ruhr-Universität Bochum
44780 Bochum

21.09.2022 - 24.09.2022
Anmeldung bis:
15.01.2022

Von
Thomas Skowronek, Seminar für Slavistik / Lotman-Institut für russische Kultur, Ruhr-Universität Bochum

Der 14. Deutsche Slavistiktag findet vom 21. bis 24. September 2022 an der Ruhr-Universität Bochum statt. Der Verband der deutschen Slavistik lädt alle promovierten Slavist:innen und Doktorand:innen aus dem deutschsprachigen Raum sowie internationale Gäste zur aktiven Teilnahme ein; die Einladung zur passiven Teilnahme richtet sich auch an Studierende.

Der Deutsche Slavistiktag ist die zentrale Tagung der deutschsprachigen Slavistik. Alle drei bis vier Jahre versammelt er Forschende, die sich mit der slavischen Welt und ihrer Erkundung im Bereich der Literatur-, Kultur- und Medienwissenschaft, der Linguistik und der Fachdidaktik auseinandersetzen.

Der 14. Deutsche Slavistiktag findet vom 21. bis 24. September 2022 an der Ruhr-Universität Bochum statt. Der Verband der deutschen Slavistik lädt alle promovierten Slavist:innen und Doktorand:innen aus dem deutschsprachigen Raum sowie internationale Gäste zur aktiven Teilnahme ein; die Einladung zur passiven Teilnahme richtet sich auch an Studierende. Ihre Bewerbung schicken Sie bitte an: slavtag2022@rub.de

Programm
- bis 15. Januar 2022: Bewerbung für aktive Teilnahme, Einreichung der Abstracts
- bis 15. Februar 2022: Information über die Annahme des Themenvorschlags
- 15. Februar – 1. Juni 2022: Nach Zusage Zahlung des Kongressbeitrags (verbindliche Anmeldung)
- bis 1. September 2022: Anmeldung für passive Teilnahme
- 21.–24. September 2022: 14. Deutscher Slavistiktag

Kontakt
slavtag2022@rub.de
https://slavtag2022.blogs.ruhr-uni-bochum.de

Zitation
Slavistiktag 2022. In: H-Soz-Kult, 06.05.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-97428>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

36) War and Diversity Beyond the Battlefield: Cultural Encounters in the Polish Lands 1914–1923

Veranstalter
Jagellonen-Universität Krakau, Pädagogische Universität Krakau

Veranstaltungsort
31007 Krakau
Vom - Bis
19.10.2022 - 22.10.2022
Frist
01.08.2021
Von
Kamil Ruszala, Institut für Geschichte, Jagellonen-Universität-Krakau

Every five years since 2007, Kraków has hosted the International Congress of Polish History. From its beginnings, the main aim of the Congress has been to provide a forum for developing dialogue, exchanging experiences and inspiration, and popularizing research in Polish history. As a part of the 4th Congress, we propose a panel entitled: “War and Diversity Beyond the Battlefield: Cultural Encounters in the Polish Lands 1914–1923”.

Every five years since 2007, Kraków has hosted the International Congress of Polish History. Each of these remarkable events has brought together hundreds of scholars from all over the world to share their interest in Poland’s history, culture, and language. From its beginnings, the main aim of the Congress has been to provide a forum for developing dialogue, exchanging experiences and inspiration, and popularizing research in Polish history. We have now begun planning for the continuation of this project, and we warmly

invite you to be part of this, the fourth International Congress of Polish History. In spite of the uncertainty and unpredictability that the pandemic has brought, we are going ahead with the organization of the Congress, firm in the belief that it will be possible for us all to meet safely in Kraków in October 2022. The theme of the Congress will be 'Cultural Encounters'. We set out to look at the history of the Polish lands through the lens of mutual relations and interaction and of the multiple cultural currents and models that have circulated in the country for centuries. Ideas, customs, identities and languages, have come together as if in a crucible, a laboratory, or a transhipment port. Cultural, ethnic, linguistic, religious, economic, demographic, and social diversity has always been a dominant note in Poland's past, and has left lasting traces in its cultural legacy and collective identity. As we invite our fellow scholars with research interests in Poland to Kraków, we hope to explore the dynamics, scale, and complexity of these interactions, probe the main channels of transmission and retransmission, and consider the outcomes for Poland of these cultural encounters. We have pledged to adopt the broadest possible definition of culture, to take account of both its elevated and popular registers.

As a part of the 4th Congress, we propose a panel entitled: "War and Diversity Beyond the Battlefield: Cultural Encounters in the Polish Lands 1914–1923". Within this framework, we seek to reconsider the Polish territories as a meeting point of cultures and nations during the First World War and the early post-war periods. This extended historical moment saw the last gasp of land empires that died on the battlefield and the birth of a multi-cultural, post-imperial Polish state from the remnants of three empires. The process of imperial collapse and the construction of new nation states was accompanied by multiple cultural clashes in a context of lingering influences from pre-war times. We invite presentations examining various aspects of these cultural encounters including:

-The experience of non-Polish members of imperial armies stationed in Galicia or Congress-Poland (e.g., Austrians, Hungarians, Slovenes, Slovaks, Czechs, Romanians, Germans, Russians) and their interactions with local populations;

-Impressions of non-combatants during World War I and the border conflicts that followed it, including the experiences and observations of war reporters, politicians, diplomatic staff, intellectuals, artists etc.;

-Post-war realities, including the observations of staff and representatives (of non-Polish background) from international foreign missions after 1918 in the newly-created Second Republic of Poland;

-Post-war transitions such as shifts in a sense of belonging after the rise of new states, changes in self-identification on cultural grounds before and after 1918;

-People on move: wartime migrations (refugees, exile, internment, repatriations) and a cultural encounters;

-The remnants and cultural memory of empires and war, including the repurposing of physical remains such as fortresses, internment and POW camps, sites of memory such as monuments and cemeteries, artistic renderings of memory, or residual administrative practices carrying over from imperial rule and wartime, trying to ask where we find continuity and where we see rupture after 1918 with the earlier systems of rule;

-Cultural encounters in the early years of newly-created Poland after 1918, dominated by Poles but inhabited by other nations (Ukrainians, Jews, Belarussians and Germans), whose

sense of belonging was different (especially those arising as a consequence of long-lasting conflicts).

Any other potential contributions linking cultural encounters and Polish territory in WW1 are warmly welcome.

The 4th Congress is scheduled for October 19–22, 2022 and will be held in Kraków. The languages of the Congress will be English and Polish. For our panel "War and Diversity" we invite up to 8 speakers and discussants, all contributions should be approximately 20 minutes in length. Please submit proposals of approximately 250 words to Keely Stauter-Halsted (stauterh@uic.edu) and Kamil Ruszała (kamil.ruszala@uj.edu.pl) by August 1, 2021. The complete roster of speakers will be announced by the end of Summer 2021. Congress organisers are seeking funds for lodging in Kraków and to cover travel expenses (especially for non-European scholars). Further details will be provided later.

Panel moderators plan to follow-up after the Congress and collect contributions to publish in a journal as a special issue.

Kontakt

Keely Stauter-Halsted (stauterh@uic.edu); Kamil Ruszała (kamil.ruszala@uj.edu.pl)

Zitation
War and Diversity Beyond the Battlefield: Cultural Encounters in the Polish Lands 1914–1923. In: H-Soz-Kult, 26.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98951>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

C.a) Ausstellungen usw. in Berlin und Umland *Seiten 369 - 378*

Ausstellung

01) Utopie Kulturforum. Transformation eines Stadtviertels

Eine gemeinsame ‚Wander'-Ausstellung der St. Matthäus-Kirche, der Philharmonie, der Neuen Nationalgalerie, der Kunstbibliothek, des Kunstgewerbemuseums und der Staatsbibliothek zu Berlin

27. August – 31. Dezember 2021
Montag – Sonnabend, 08 – 22 Uhr
Sonn- und Feiertage geschlossen

Bitte informieren Sie sich vor Ihrem Besuch aktuell in unserem Ausstellungsblog unter http://sbb.berlin/ausstellungen über die tägliche Öffnungszeit und die Zugangsbedingungen.
Eintritt frei

Staatsbibliothek zu Berlin
Foyer
Potsdamer Straße 33
10785 Berlin

Alle Informationen finden Sie hier: **<*https://blog.sbb.berlin/termin/ausstellung-utopie/*>**

Im Augenblick ist es uns leider nicht möglich, Führungen in unseren Häusern anzubieten.
Die in Berlin geltenden Vorschriften zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie sind im Hinblick auf Personenzahl und Abstandsmaße nicht mit unserem regulären Führungsangebot einzuhalten.
Bitte achten Sie auf unsere Webseiten - wenn Führungen wieder möglich sind, werden wir dort informieren.

Aktuelle Covid 19-Hygieneregeln für den Besuch in unseren Häusern: Covid-19 | Hygienekonzept | Staatsbibliothek zu Berlin (staatsbibliothek-berlin.de)

Alle Termine vorbehaltlich der aktuellen Corona-Situation. In unserem Blog halten wir Sie stets auf dem Laufenden.

02) Programme der Museen von Berlin Tempelhof-Schöneberg

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
Abteilung Bildung, Kultur und Soziales
Fachbereich Kunst, Kultur und Museen
Museen Tempelhof-Schöneberg

Museen Tempelhof-Schöneberg

Hauptstraße 40 /42
10827 Berlin

museum@ba-ts.berlin.de

Unser Sekretariat ereichen Sie zur Zeit:
Montag bis Donnerstag von 9 bis 15 Uhr
Freitag von 9 - 14 Uhr

Tel. 030 90277-6163
museum@ba-ts.berlin.de

+++ *Aktuell* +++

Ab Samstag 24. April 2021 sind alle Standorte der Museen Tempelhof-Schönerg im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes bis auf Weiteres geschlossen!

Wir freuen uns darauf, Sie hoffentlich bald wieder in unseren neuen Ausstellungen zu begrüßen zu können, sobald die aktuelle Lage in Berlin eine Wiedereröffung der Kultureinrichtungen ermöglicht.

Bleiben Sie zuversichtlich.
Ihr Team der Museen Tempelhof-Schöneberg

KUNST KULTUR GESCHICHTE

AUGUST BIS OKTOBER 2021

ab AUGUST
DEZENTRALE KULTURARBEIT
PSCODE – Searching for Passing Sounds
Installation

noch bis SO 8.8.
SCHÖNEBERG MUSEUM
Enthüllte Schätze – 101 Jahre Schöneberger Kunstdepot
Kunstausstellung

noch bis SO 8.8.
HAUS am KLEISTPARK | Projektraum
Dark Whispers – Fotografien von Beatrice Minda
Ausstellung

noch bis SO 15.8.
HAUS am KLEISTPARK
Deceleration
Ausstellung zum Kunstpreis des Haus am Kleistpark

noch bis MI 25.8.
GALERIE im TEMPELHOF-MUSEUM
10. Tempelhofer Kunstausstellung

noch bis MI 29.9.
GEDENKORT SA-GEFÄNGNIS PAPESTRASSE
Ausgeblendet – Der Umgang mit NS-Täterorten in Ost-Berlin | Sonderausstellung

noch bis DO 30.9.
WIR WAREN NACHBARN
Von der Stadt zur City – 100 Jahre Großberlin
Am Beispiel des Ausstellungssaals im Rathaus Schöneberg

noch bis SO 10.10.
TEMPELHOF MUSEUM
»Kommt schwimmen« – Das Seebad Mariendorf 1876–1950
Sonderausstellung

noch bis SO 31.10.
INFORMATIONSORT SCHWERBELASTUNGSKÖRPER
Nägel
Eine Installation von Sonya Schönberger

DO 5.8. 19 UHR
INFORMATIONSORT SCHWERBELASTUNGSKÖRPER
Fritz Feilcke – Vom NS-Werksdirektor zum Träger des Großen Verdienstkreuzes | Vortrag von Kathrin Misterek

FR 6.8. 10–12 UHR
DEZENTRALE KULTURARBEIT
Etwas wagen (Herz, Hand, Verstand)
Ökofeministische Vorlesereihe

SA 7.8. 12–19 UHR
JUGEND MUSEUM
Das Jugend Museum beim **Nachbarschaftsfest** am Rathaus Schöneberg

SO 8.8. 14–17 UHR
JUGEND MUSEUM
Offenes Atelier Jugend Museum
Basteln, spielen, werkeln für die ganze Familie

FR 13.8. 10–12 UHR
DEZENTRALE KULTURARBEIT
Etwas wagen (Herz, Hand, Verstand)
Ökofeministische Vorlesereihe

SO 15.8. 14–17 UHR
JUGEND MUSEUM
Offenes Atelier Jugend Museum
Basteln, spielen, werkeln für die ganze Familie

FR 20.8. 18 UHR **– SA 21.8.** 12 UHR
DEZENTRALE KULTURARBEIT
Polterabend
Theater

FR 20.8. – SO 17.10.
HAUS am KLEISTPARK | Projektraum
Living Room – Jana Sophia Nolle
Ausstellung

SA 28.8. – SO 31.10.
HAUS am KLEISTPARK
Junimond – Fotografien von Anna Lehmann-Brauns
Ausstellung

SA 28.8. 14–20 UHR
KINDERMUSEUM | ALTE MÄLZEREI
Sommerfest in der Alten Mälzerei Lichtenrade
Feiere mit und iss dich schlau!

SA 28.8.
DEZENTRALE KULTURARBEIT
Hassan Elmalik – Mit der Oud durch die Welt
Konzert

MI 1.9. — IM STADTRAUM
Stolperstein-Verlegungen
Gedenkveranstaltung

MI 1.9. – DO 30.9. — JUGEND MUSEUM
Mitbestimmung jetzt! | Aktionen zum Superwahljahr im Rahmen von »Discover History – Act now!«

FR 3.9. – SO 14.11. — GALERIE im TEMPELHOF-MUSEUM
Dear Käthe – Claudia Balsters und Hannah Goldstein
Ausstellung

FR 10.9. 19 UHR — SCHÖNEBERG MUSEUM
Loretta Walz und **Sonya Schönberger** im Gespräch über die Arbeit mit Zeitzeugenarchiven

SO 12.9. 14–17 UHR — JUGEND MUSEUM
Offenes Atelier Jugend Museum
Basteln, spielen, werkeln für die ganze Familie

SO 12.9. 20:30 UHR — DEZENTRALE KULTURARBEIT
Terra Madre – Un Inno alla Vita
Körper-Performance, bewegte Bilder und Musik

SO 19.9. 14–17 UHR — JUGEND MUSEUM
Offenes Atelier Jugend Museum
Basteln, spielen, werkeln für die ganze Familie

FR 24.9. + SA 25.9. + SO 26.9. 19:30 UHR — DEZENTRALE KULTURARBEIT
WILD ACCESS
Performance

ab OKTOBER — DEZENTRALE KULTURARBEIT
Briefe aus Nahariya
Fotoausstellung

DO 7.10. – SO 10.4.22 — SCHÖNEBERG MUSEUM
Handel & Wandel – Fotografien von André Kirchner im Dialog mit historischen Aufnahmen | Ausstellung

SA 9.10. + SO 10.10. 13–17 UHR — JUGEND MUSEUM
Film ab! Dreh deinen eigenen Trickfilm
Workshop im Rahmen des KinderKulturMonats

SA 9.10. + SO 10.10. jeweils 18:30 + 20:30 UHR — DEZENTRALE KULTURARBEIT
LIGHT
Konzert

SO 10.10. 14–17 UHR — JUGEND MUSEUM
Offenes Atelier Jugend Museum
Basteln, spielen, werkeln für die ganze Familie

ab MO 11.10. — JUGEND MUSEUM
Herbstferien im Jugend Museum
Kreative Workshops für Groß und Klein

SO 17.10. 14–17 UHR — JUGEND MUSEUM
Offenes Atelier Jugend Museum
Basteln, spielen, werkeln für die ganze Familie

SA 23.10. 19 UHR — DEZENTRALE KULTURARBEIT
Weggehen – Ankommen – verwandelnd Erhalten
Musikalisch-literarische, deutsch-israelische Erkundung

FR 29.10. – SO 12.12. — HAUS am KLEISTPARK | PROJEKTRAUM
Woman – Fotografien von Birgit Kleber
Ausstellung

SA 30.10. 13–17 UHR — JUGEND MUSEUM
Reise in die Vergangenheit
Workshop im Rahmen des KinderKulturMonats

SA 30.10. 16 UHR — DEZENTRALE KULTURARBEIT
Meine Schwester saß den ganzen Tag am Cembalo
Szenisches Familienkonzert für jedes Alter

Thälmannplatz, Berlin, 1949, Foto: Schumann (Postkartendetail)

Eine Ausstellung des Aktiven Museums Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. in Kooperation mit der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz.

GEDENKORT SA-GEFÄNGNIS PAPESTRASSE

SA 29.5. – MI 29.9.

Ausgeblendet
Der Umgang mit NS-Täterorten in Ost-Berlin

Sonderausstellung

Im Stadtbild Berlins finden sich heute zahlreiche Gedenkstätten, Dokumentationszentren und Mahnmale, die an die nationalsozialistischen Verbrechen erinnern. Der Einrichtung vieler dieser Orte – gerade, wenn es sich um sogenannte Täterorte handelt – ging jedoch eine lange Geschichte des Ausblendens und Verschweigens sowie politischer Auseinandersetzungen voraus.

Die Ausstellung **Ausgeblendet** erzählt von diesem schwierigen Prozess der Sichtbarmachung in Ost-Berlin vor und nach der deutschen Wiedervereinigung.

Ort: Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße, Werner-Voß-Damm 54 a, 12101 Berlin

03) „Kommt Schwimmen“. Das Seebad Mariendorf 1876 – 1950
Tempelhof-Museum, 07.05. bis 10.10.2021

04) Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. NS-Verbrechen vor Gericht
28.04. bis 17.10.2021, Topographie des Terrors

Sonderausstellung | Special Exhibition

FRITZ BAUER. DER STAATSANWALT.
NS-VERBRECHEN VOR GERICHT

FRITZ BAUER. DISTRICT ATTORNEY.
PROSECUTING NAZI CRIMES

28. April – 17. Oktober 2021
täglich | daily 10 – 20 Uhr
Eintritt frei | Admission free

Dokumentationszentrum Topographie des Terrors
Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin

Weitere Informationen | Further information
www.topographie.de

Eine Ausstellung von | An exhibition of

Fritz Bauer Institut
Geschichte und Wirkung
des Holocaust

JÜDISCHES MUSEUM FRANKFURT

Die Ausstellung wurde gefördert von | Exhibition supported by
Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur
Dr. Nicolaus und Dr. Christiane Weickart
und | and

FAZIT-STIFTUNG

Das Dokumentationszentrum Topographie des Terrors wird gefördert von | The Topography of Terror Documentation Center is supported by

Ausstellung

Fritz Bauer gehört zu den bedeutendsten und juristisch einflussreichsten jüdischen Remigranten im Nachkriegsdeutschland. Gegen erhebliche Widerstände brachte er als Staatsanwalt wichtige Strafverfahren gegen NS-Täter auf den Weg, insbesondere den Frankfurter Auschwitz-Prozess. Einen entscheidenden Anteil hatte er auch an der Ergreifung Adolf Eichmanns, dem als ehemaligen Leiter des „Judenreferats" im Reichssicherheitshauptamt in Israel der Prozess gemacht wurde.

Die Ausstellung dokumentiert mit vielen Originalobjekten sowie Ton- und Filmaufnahmen Fritz Bauers Lebensgeschichte im Spiegel der historischen Ereignisse. 1930 zum jüngsten Amtsrichter der Weimarer Republik ernannt, wurde er während der NS-Zeit als Jude und Sozialdemokrat verfolgt. Er floh aus Deutschland und kehrte 1949 zurück. Fritz Bauers Auffassung, ein Staatsanwalt habe in erster Linie die Menschenwürde zu schützen, gerade auch gegen staatliche Gewalt, revolutionierte das überkommene Bild dieses Amtes – ein wichtiger Schritt auf dem Weg der Demokratisierung in der frühen Bundesrepublik.

Exhibition

Fritz Bauer was one of the most important and legally influential returned Jewish emigrants in post-war Germany. As a district attorney, he initiated important criminal proceedings against Nazi perpetrators, in particular the Frankfurt Auschwitz trial, despite considerable opposition. He also played a decisive role in the capture of Adolf Eichmann, who was put on trial in Israel for his crimes as former head of the "Jewish Affairs Section" at the Reich Security Main Office.

This exhibition documents Fritz Bauer's life history in the context of broader historical events, using original exhibits, sound and film recordings. A Jew and Social Democrat who, in 1930, became the youngest district judge in the Weimar Republic, he was subject to persecution in the Nazi period. He escaped Germany, returning only in 1949. Fritz Bauer's view that a district attorney is first and foremost responsible for protecting human dignity, especially against state violence, revolutionized the traditional view of this office – an important step forward in democratization in the early Federal Republic.

Begleitprogramm

DIENSTAG, 13. JULI 2021, 19 UHR
Fritz Bauer und der Umgang mit der NS-Vergangenheit
Vorträge und Lesung
Prof. Dr. Lena Foljanty, Wien
Dr. David Johst, Halle
Moderation: Dr. Stephanie Bohra, Berlin

DIENSTAG, 31. AUGUST 2021, 19 UHR
Diener des Rechts und der Vernichtung. Das Verfahren gegen die Teilnehmer der Konferenz von 1941 oder: Die Justiz gegen Fritz Bauer
Buchpräsentation: Christoph Schneider, Frankfurt/M.
Moderation: Dr. Tobias Freimüller, Frankfurt/M.

DIENSTAG, 12. OKTOBER 2021, 19 UHR
Fritz Bauer und der Auschwitz-Prozess
Vortrag: Prof. Dr. Sybille Steinbacher, Frankfurt/M.
Moderation: PD Dr. Annette Weinke, Jena

Ob die Veranstaltungen, wie geplant, im Auditorium des Dokumentationszentrums stattfinden können oder als Livestream angeboten werden, steht derzeit noch nicht fest. Bitte informieren Sie sich kurzfristig unter www.topographie.de.

Titelfoto | Title photo
Fritz Bauer, 1965
© fotografie stefan moses, München

Brandenburg-Preußen Museum
Wustrau

Andrea Seehausen
Büro- und Innenleitung
Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau
Tel. 033925-70798
Fax 033925-70799
museum@bpm-wustrau.de
www.brandenburg-preussen-museum.de
Brandenburg-Preußen Museum
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand: Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach

05) (K)ein Kinderspiel – Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung, bis 05.12.2021

Besucherinformation Mai 2021 - Museum öffnet wieder ab 7. Mai 2021

Liebe Freunde und Freundinnen des Brandenburg-Preußen Museums,

wenige Tage nach Eröffnung einer der schönsten Sonderausstellungen unseres Museums haben wir leider wegen der Corona-Infektionszahlen in unserem Landkreis wieder schließen müssen.
Nun haben die Maßnahmen offenbar Erfolg gezeigt, ab Freitag und auch am kommenden Wochenende ist das Brandenburg-Preußen Museum wieder offen und hoffentlich auch darüber hinaus. Und wir freuen uns, Ihnen die Sonderausstellung

(K)ein Kinderspiel – Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung

zu zeigen.

Es gibt noch eine gute Nachricht aus Wustrau: Gemeinsam mit der Gemeinde Fehrbellin haben wir zwei sehr schöne und ganz unterschiedliche Rundwanderwege ab und nach Wustrau entwickelt, die nun ausgeschildert sind und der Wanderer harren, die den Frühling in der Natur genießen wollen. Der Zieten-Rundweg ist 5,8 km lang, er führt über den Rhin und dann nach links durch Wald und Wiese nach Altfriesack und entlang dem Ruppiner See zurück. Der Constanze-Rundweg ist 8,5 km lang und führt durch den historischen Dorfkern, knickt dann am preußischen Meilenstein links ab nach Buskow und führt in einer Schleife zum See und dann am See entlang zurück nach Wustrau – besonders für Vogelliebhaber zu empfehlen. In den Bäumen und Büschen herrscht Hochbetrieb. Für jeden der beiden Wanderwege hängt eine Karte dieser E-Mail an.

Auf Ihrer Wanderung können Sie täglich Fischbrötchen in der Fischerei Pfefferkorn bekommen und am Wochenende auch Kaffee und Kuchen im Café Constance. Sonntags bei schönem Wetter gibt es Essen im Theodors und voraussichtlich ab Pfingsten Eis im Birdegg´s. Wir hoffen sehr, dass ab Pfingsten die Gastronomie zumindest außen wieder öffnen kann.

Da wir nur eine begrenzte Zahl von Besuchern gleichzeitig ins Museum lassen dürfen und für Museen eine Anmeldepflicht angeordnet ist, buchen Sie bitte über unsere Homepage ein Zeitfenster oder rufen Sie uns bitte vorher unter 033925 / 70 798 an bzw. senden Sie bitte eine E-Mail, damit wir Ihnen Ihre Besuchszeit reservieren.

Herzliche Grüße, und bleiben Sie gesund!
Ihr Brandenburg-Preußen Museum

Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau
Tel. 033925-70798
Fax 033925-70799
museum@bpm-wustrau.de
www.brandenburg-preussen-museum.de

Das Brandenburg-Preußen Museum
wird getragen von der
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand:
Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach
Steuernummer 27/643/03936

„Vom Eise befreit sind Strom und Bäche…“ Brandenburg-Preußen Museum Wustrau:
Ausstellung „[K]Ein Kinderspiel: Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung vom 21.03. bis 05.12.2021

C. b) Ausstellungen außerhalb des Raumes von Berlin

WESTPREUSSISCHES LANDESMUSEUM

- Die Adresse des Westpreußischen Landesmuseums lautet:
  Franziskanerkloster
  Klosterstraße 21
  48231 Warendorf

- Bei Terminanfragen, Anmeldungen, Adressenänderungen oder Shop-Bestellungen erreichen Sie die Aufsicht
- *telefonisch:*
  02581 92777-13

- Das Geschäftszimmer erreichen Sie
- *telefonisch:*
  02581 92777-0
- *per Fax:*
  02581 92777-14
- *per E-Mail:*
  sekretariat@westpreussisches-landesmuseum.de

01) Die schönsten Wochen des Jahres. Reise(n) einst und jetzt 01. Juli bis 17.Oktober 2021

Plakat „Dieses Jahr Danzig Zoppot“. Farbdruck von Bruno Paetsch, Danzig o. J. (1930er Jahre).

Reisen – der Deutschen liebstes Hobby. Jahrzehntelang war der Tourismus zudem ein stetig wachsender Wirtschaftszweig – allein 2019 unternahmen die Deutschen insgesamt 70,1 Millionen Urlaubsreisen – bis die Corona-Pandemie dieser Entwicklung 2020 und 2021 erst langsam, dann umfassend ein Ende bereitete. Aber das Reisen an sich war auch in vergangenen Zeiten durchaus schon ein Massenphänomen – wenn auch oft aus anderen Gründen als heute.
Wer sich in früheren Jahrhunderten auf eine Reise in weiter entfernte Regionen begab, tat dies oftmals aus klar definierten oder von außen vorgegebenen Gründen: Pilger des Mittelalters suchten ihr Seelenheil durch Vergebung ihrer Sünden, Hansekaufleute reisten in Erwartung eines lohnenden Geschäfts, Adelige begaben sich für Ruhm und Ansehen auf Kreuzzüge in den östlichen Teil Europas und Wissenschaftler verschiedenster Fachrichtungen suchten das Neue, bisher Unentdeckte oder Unpublizierte.

Kahlberg/Krynica Morska ist heute der Hauptferienort auf der Frischen Nehrung. Bereits Anfang des 20. Jahrhunderts zog es Urlauber und Ausflügler aus Elbing und Frauenburg hierher. Postkarte, 1928.

Erst mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts begann eine Entwicklung, die das Reisen auch für den „normalen“ Bürger interessant machte – sofern man die nötigen finanziellen Mittel hierfür aufbrachte. Mit dem „Reisen um des Reisens willen“ war der Grundstein für den heutigen Massentourismus gelegt.

So kam auch die frühere preußische Provinz Westpreußen im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts mehr und mehr als Reiseziel in Betracht – Bädertouristen suchten die Seebäder an der Ostsee auf, Kunst- und Kulturinteressierte zog es in die alten Hansestädte Danzig und Thorn oder zu den mittelalterlichen Baudenkmälern des Deutschen Ordens, während die Naturfreunde die wald- und seenreiche Kaschubei aufsuchten.

Die Ausstellung im Westpreußischen Landesmuseum folgt ihren Spuren, präsentiert aber vor allem Impressionen der heutigen attraktiven Reiseziele, die von mittelalterlichen Altstädten, UNESCO-Welterbestätten, beeindruckenden Landschaften bis zu den Stränden entlang der Frischen Nehrung und des Frischen Haffs reichen.

BEGLEITVERANSTALTUNGEN ZUR SONDERAUSSTELLUNG:

Das Begleitprogramm zur Ausstellung umfasst unter anderem Vorträge zu „Ostpreußen als Reiseland“ und „Das Ziel ist der Weg – Auf den Spuren mittelalterlicher Jakobspilger*innen durch Westfalen“.

Die genauen Termine entnehmen Sie bitte unserer Homepage und der Tagespresse.

Bitte informieren Sie sich vor Ihrem Museumsbesuch über die aktuell gültigen Coronaschutzauflagen unter

www.westpreussisches-landesmuseum.de und www.mags.nrw.

Das Westpreußische Landesmuseum wird gefördert durch:

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

LWL Für die Menschen. Für Westfalen-Lippe.

WARENDORF DIE STADT

Trägerin des Museums:
KULTURSTIFTUNG WESTPREUSSEN

02) Natur in Farbe und Struktur. Malerei und Zeichnung von Friedrich Kreuzberg

08.07. bis 30.09.2021, Westpreußisches Landesmuseum

Das Kulturreferat für Westpreußen, Posener Land und Mittelpolen präsentiert in Zusammenarbeit mit dem Westpreußischen Landesmuseum aktuelle Werke des Warendorfer Künstlers Friedrich Kreuzberg.

Termine (mit Voranmeldung):

08. August 2021, 15.00 Uhr
12. September 2021, 15.00 Uhr

Auf Anfrage sind während der Ausstellungsdauer weitere Führungen mit Friedrich Kreuzberg möglich.
Tel.: 02581 92 777 0

info@westpreussisches-landesmuseum.de

03) Newsletter des Westpreußischen Landesmuseums vom 09. August 2021

Pilgerweg in Warendorf. *Foto: Steinkrüger*

Die Archäologin **Ulrike Steinkrüger** führt das Publikum auf historischen Wegen in eine ganz spezielle Art des Reisens ein: das Pilgern. Am Beispiel der Wege, die mittelalterliche Jakobspilger*innen nach Santiago de Compostela durch Westfalen genutzt haben, kommen auch zahlreiche Spuren zutage, die die Pilgernden damals hinterlassen haben. Wie sahen solche Wege im Mittelalter eigentlich aus? Und wie können sie rekonstruiert werden? Innerhalb eines Projekts der Altertumskommission für Westfalen (LWL) hat Ulrike Steinkrüger dies jahrelang erforscht und für heutige Pilgernde wieder sichtbar gemacht. Auch Warendorf ist seit 2015 an das Netz der europäischen Jakobswege angeschlossen. Also machen auch Sie den Weg zu Ihrem Ziel und begeben Sie sich mit uns auf die Spuren mittelalterlicher Jakobspilger*innen durch Westfalen.

Reiseprospekt Ostpreußen. *Foto: Ostpreußisches Landesmuseum*

Erst im ausgehenden 18. Jahrhundert begann man, andere Regionen und weiter entfernt liegende Orte wegen ihrer Geschichte, Bauwerke, Bibliotheken usw. zu besuchen. Diesen „Gelehrten-Reisen“ gesellten sich im 19. Jahrhundert Erholungsreisen hinzu, die zunehmend auch nach Ostpreußen führten. Der Erste Weltkrieg bildete eine Zäsur, doch in den 1920er und 1930er Jahren entwickelte sich der Tourismus zu einer wichtigen Einnahmequelle im geographisch abgetrennten und v.a. landwirtschaftlich geprägten Ostpreußen.

Ostpreußen warb mit guter Infrastruktur, moderaten Preisen für Reisen im Land ebenso wie für Übernachtungen und deutschlandweit bekannten Reisezielen. Innerhalb des Landes gelangte man mit Kleinbahnen, der Kraftpost und anderen Omnibusverbindungen sowie dem PKW zum Ziel. Für letztere gab die Mineralölfirma Shell die besten Straßenkarten heraus. Zwölf Gebiete bildeten den Schwerpunkt der Reiseziele: das Weichselland, die Frische Nehrung, Stadt und Landkreis Königsberg, das Samland, die Kurische Nehrung, das Ermland, das Oberland, Masuren, das Pregeltal, der Nordosten, die Rominter Heide sowie die immer mitberücksichtige Freie Stadt Danzig. Ferner lockten die größeren und attraktiveren Städte mit ihren Besonderheiten und ihrem Umland ebenso wie wichtige Gedenkstätten, z.B. die Abstimmungsdenkmale oder das „Reichsehrenmal“ Tannenberg, die an die Kämpfe im und die Volksabstimmung nach dem Ersten Weltkrieg erinnerten, Bildungsreisende und „Sommerfrischler“ in die entlegene Provinz. Mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs endete diese Epoche.

Bereits eine Woche später, am **09. September**, präsentieren wir in Kooperation mit dem **Kulturreferat für Westpreußen, Posener Land und Mittelpolen** die Diareportage „Pommern, Westpreußen und Danzig“.

Das Rathaus in Breslau. *Foto: Kulturreferat Westpreußen*

Das hintere Pommern bildet den Ausgangspunkt der Dia-Reportage des Berliner Journalisten und Fotografen Roland Marske. Die Reise führt von Stettin entlang der Ostsee an die untere Weichsel, in die ehemalige preußische Provinz Westpreußen mit seiner Hauptstadt, dem tausendjährigen Danzig.

Traumhaft schöne Bilder nehmen die Betrachtenden auf diese Reise mit: An die pommersche Küste, wo sich malerische Steilküsten mit endlosen weißen Stränden abwechseln, in die traditionsreichen Ostseebäder mit ihrem heiteren, fast mediterranen Treiben, zu den alten Schlössern des pommerschen Landadels, in alte Hansestädte und zu den mächtigen backsteinernen Burgen der Deutschordensritter zwischen Thorn und Danzig.

Die Wege zu all diesen Höhepunkten führen immer wieder über alte, schattige Alleen, vorbei an verschlafenen Dörfern, durch die schier endlose pommersche Weite. Es ist ein stilles Land, wie geschaffen, die Seele baumeln zu lassen und sich mit dem Zug der Wolken in den Himmel zu träumen…

Bereits eine Woche später, am **09. September**, präsentieren wir in Kooperation mit dem **Kulturreferat für Westpreußen, Posener Land und Mittelpolen** die Diareportage „Pommern, Westpreußen und Danzig“.

Den Abschluss unserer kleinen Reihe bildet am **14. Oktober** eine weitere Diareportage. Diesmal nehmen das Museum und das **Kulturreferat für Westpreußen, Posener Land und Mittelpolen** Sie mit auf eine Reise in eine andere ehemals preußische Provinz: Schlesien.

Der Lange Markt in Danzig. *Foto: Kulturreferat Westpreußen*

In seiner wechselvollen Geschichte gehörte das Land reihum zu Polen, Böhmen, Österreich und Preußen. Seit 1945 gehört es zur Republik Polen. Nach den schweren Zerstörungen durch den Zweiten Weltkrieg erstrahlen vielerorts die frisch restaurierten, historischen Ensembles von Marktplatz, Rathaus und Bürgerhäusern heute wieder im alten Glanz. Und Breslau, der alte kulturelle Mittelpunkt Schlesiens, zählt inzwischen gar zu den schönsten Städten Europas. Auf mehreren Reisen machten der Berliner Journalist und

Fotograf Roland Marske und Magdalena Oxfort, Kulturreferentin am Westpreußischen Landesmuseum immer neue Entdeckungen und neue Fotos.

Wir würden uns freuen, wenn diese Angebote Ihr Interesse finden würden. Der Eintritt beträgt jeweils 2,50 Euro.

Pandemiebedingt dürfen wir pro Vortrag nur 16 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zulassen. Wir bitten daher um Voranmeldung unter Tel.: 02581 / 92 777-0. Teilnehmen dürfen geimpfte, genesene und getestete Personen. Da sich während dieser Pandemie auch kurzfristig so manches ändern kann, bitten wir Sie, sich auch kurzfristig über die Tageszeitung, unsere Homepage oder auf der Seite mags.nrw über die tagesaktuellen Coronavorschriften zu informieren.

Herzliche Grüße aus dem Westpreußischen Landesmuseum!

04) 04.09. bis 28.11.2021, Kulturzentrum Ostpreußen, Ellingen:
Kann Spuren von Heimat enthalten. Grenze ist nur ein Wort.
Ausstellung zu tschechisch-deutschen Begegnungen

Literatur zur Ausstellung
Zur Ausstellung ist ein gleichnamiges Kochbuch erschienen, das zum Nachkochen einlädt.
„Kann Spuren von Heimat enthalten – Typische Rezepte der Deutschen aus dem östlichen Europa", Volk Verlag,
156 Seiten, ISBN: 978-3-86222-217-9

Kann Spuren von Heimat enthalten

Kulturzentrum Ostpreußen
Schloßstraße 9, 91792 Ellingen / Bay.
Tel.: 09141/86 44-0
info@kulturzentrum-ostpreussen.de
www.kulturzentrum-ostpreussen.de

Öffnungszeiten:
Dienstag bis Sonntag 10–12 und 13–17 Uhr
Dienstag bis Sonntag 10–12 und 13–16 Uhr (Okt.–März)

Abbildung auf der Titelseite: „Liegnitzer Bombe, schlesischer Bienenkorb, Königsberger Marzipan", Copyright © C. M. Weiß

KULTURZENTRUM OSTPREUSSEN

Eine Wanderausstellung von:

HDO Haus des Deutschen Ostens

Das Kulturzentrum Ostpreußen wird gefördert von:

Eine Ausstellung über
Essen und Trinken, Identität und Integration
der Deutschen des östlichen Europa

4. September bis 28. November 2021

Ob böhmische Knödel, Königsberger Klopse, Karlsbader Oblaten, Königsberger Marzipan, Liegnitzer Bomben, Bärenfang und Kroatzbeere oder das berühmte Schlesische Himmelreich – mit solchen Speisen und Getränken verbinden die Vertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler ein Stück Heimat. Sie brachten nach dem Zweiten Weltkrieg als „ideelles Gepäck" nicht nur eigene Küchentraditionen und Rezepte, sondern auch unternehmerisches Wissen mit.

Mehr als 800 Jahre zurück reicht die Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Über die Jahrhunderte entwickelten die deutschen Bewohner in jedem Land und jeder Region eigene Rezepte für Speisen und Getränke. Vielerorts ließen und lassen sich die kulinarischen Grenzen nicht mehr eindeutig ziehen. Die gegenseitige Beeinflussung in der Küche ist in den Erzählungen, den Rezeptheften und Kochbüchern spürbar.

Wie viel von dieser kulinarischen Vielfalt, aber auch von Produkten und Firmen, hat nach Flucht und Vertreibung den Weg ins Deutschland der Nachkriegszeit gefunden? Was wird heute bei uns gekauft, gegessen, genutzt, ohne dass über Herkunft oder ursprüngliche Produktionsstätten nachgedacht wird? Wie viel hat das jeweilige kulinarische Erbe zum Erhalt der Identität der Deutschen aus dem Baltikum, aus Ost- und Westpreußen, Pommern, Russland, Schlesien, Böhmen, Mähren, der Slowakei, Ungarn, Jugoslawien oder Rumänien beigetragen?

Nicht wegzudenken aus den Küchen in Ostpreußen: „Doennigs Kochbuch". Hier die 25. Auflage (161.–170. Tausend), Königsberg 1938

Die Sonderausstellung „Kann Spuren von Heimat enthalten" vom Haus des Deutschen Ostens in München geht diesen Frage nach. Sie befasst sich mit dem breiten Thema Esse und Trinken, Alltag, Identität und Integration. I geht um die Lebenswirklichkeit der Flüchtling und Vertriebenen nach 1945 sowie der Aussiedl in späteren Jahren. Viele heute noch bekannte F mengründungen der Nahrungs- und Genussmitt herstellung gehen auf Deutsche aus dem östliche Europa zurück. Damit haben diese Unternehme wesentlichen Anteil am wirtschaftlichen Aufba Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg ur darüber hinaus. Ein genauer Blick in die Rega der Supermärkte zeigt, dass heute noch viele „o deutsche Spuren" in den Auslagen zu finden sir Präsentiert werden Familienrezepte, typisch Gerichte, selbst gebaute Möbel, mitgebrach Küchengeräte und vieles mehr.

Eine Garnitur mit erlesenem Königsberger Marzipan der Fa. Schwermer in einer Holzschatulle

„Bärenfang" – ostpreußischer Honiglikör

Dr. Martina Pietsch
Wissenschaftliche Mitarbeiterin / Öffentlichkeitsarbeit

Schlesisches Museum zu Görlitz
Brüderstraße 8 / Verwaltung: Untermarkt 4
Tel. +49 3581 8791 132
E-mail: mpietsch@schlesisches-museum.de
www.schlesisches-museum.de

Kulturreferat für Schlesien am Schlesischen Museum zu Görlitz

05) »Meisterhaft wie selten einer ...«/»Mistrzowskie jak rzadko które …«

09.08. - 21.11.2021, Haus Schlesien | Ausstellung

06) Inspiration Riesengebirge

Ausstellung vom 11. September 2021 bis 27. Februar 2022

Das Schlesische Museum zu Görlitz lädt mit seiner neuen Ausstellung zu einer künstlerischen Reise in das wildromantische Riesengebirge ein. Schon zu Beginn

des 19. Jahrhunderts entdeckten Künstler die Schönheit des alpin anmutenden Grenzgebirges zwischen Schlesien und Böhmen. Sie blickten mit Schaudern in die 200 m tiefen Schneegruben und genossen den Weitblick von der 1603 m hohen Schneekoppe aus. Später folgen ihnen Fotografen, Literaten und Kunsthandwerker, um hier Anregung zu finden. So entwickelte sich das Gebirge zu einer Künstlerlandschaft mit überregionaler Anziehungskraft.
Die Zahl der Kunstwerke mit thematischem Bezug zum Riesengebirge ist heute kaum überschaubar. Bei ihrer Entstehung spielten landeskundliche Interessen eine Rolle, die Suche nach Sensation und Abenteuer, romantische Natursehnsucht oder die Suche nach Identifikation, Heimat und Erinnerung.

Schwerpunkt der Schau werden rund 150 Arbeiten von Künstler*innen sein, die zwischen 1900 bis 1945 eng mit der Region verbunden waren. Einige ortansässige Künstler schlossen sich 1922 zur Vereinigung bildender Künstler St. Lukas in Schreiberhau zusammen und bildeten damit den Kern einer Malerkolonie. Ihr Erbe ist bis heute in der Region lebendig.

Zur Ausstellung erscheint ein reich bebilderter Katalog mit umfangreichen Hintergrundinformationen zur Zeitgeschichte und zu den Künstlern*innen.

Die Ausstellung ist Teil des Projektes „Schlesien – gemeinsames Kultur- und Naturerbe“, das vom Schlesischen Museum zu Görlitz gemeinsam mit dem Nationalpark Riesengebirge im Rahmen des Kooperationsprogramms INTERREG Polen-Sachsen 2014-20 durchgeführt wird.

Carl Ernst Morgenstern (1847–1928): Der große Teich im Riesengebirge, um 1920*, © Foto: SMG*

07) Streifzüge / Wędrówki – Fotografien von Jacek Jaśko

Ausstellung des Schlesischen Museums im Museum der Fotografie in Görlitz, Löbauer Str. 7
22.07. – 31.10.2021
Eröffnung am 22.07.2021 um 19 Uhr
Öffnungszeiten: Di-Do 12-16, Fr-So 12-18

Kulturreferat für Schlesien am Schlesischen Museum zu Görlitz | Pressemitteilung

Streifzüge / Wędrówki – Fotografien von Jacek Jaśko
Ausstellung des Schlesischen Museums im Museum der Fotografie in Görlitz, Löbauer Str. 7
22.07. – 31.10.2021
Eröffnung am 22.07.2021 um 19 Uhr
Öffnungszeiten: Di-Do 12-16, Fr-So 12-18

In der Ausstellung ***Streifzüge / Wędrówki*** werden schwarz-weiße Fotografien von Jacek Jaśko präsentiert. Thematische Schwerpunkte bilden das Riesengebirge und das Dorf Kopaniec (Seifershau), wo der Künstler 20 Jahre lang gelebt hat und heute immer wieder zurückkehrt. Die Fotografien stammen aus drei Bilderzyklen: „Riesengebirge 20./21. Jahrhundert", „Kopaniec 1955-2005" und „Kopaniec. Im Gehen". Einerseits entführen sie den Betrachter in eine zeitlose Landschaft der Berge, andererseits in die veränderbare Welt eines Dorfes. Das Göttliche und das Menschliche, das Unendliche und das Vergängliche, das Universelle und das Konkrete stehen hier kontrastreich nebeneinander, dringen ineinander und ergeben so ein sinnliches Ganzes. Für diese Aufnahmen wurde der Fotograf mehrfach auf der Polnischen Biennale der Bergfotografie in Jelenia Góra ausgezeichnet.

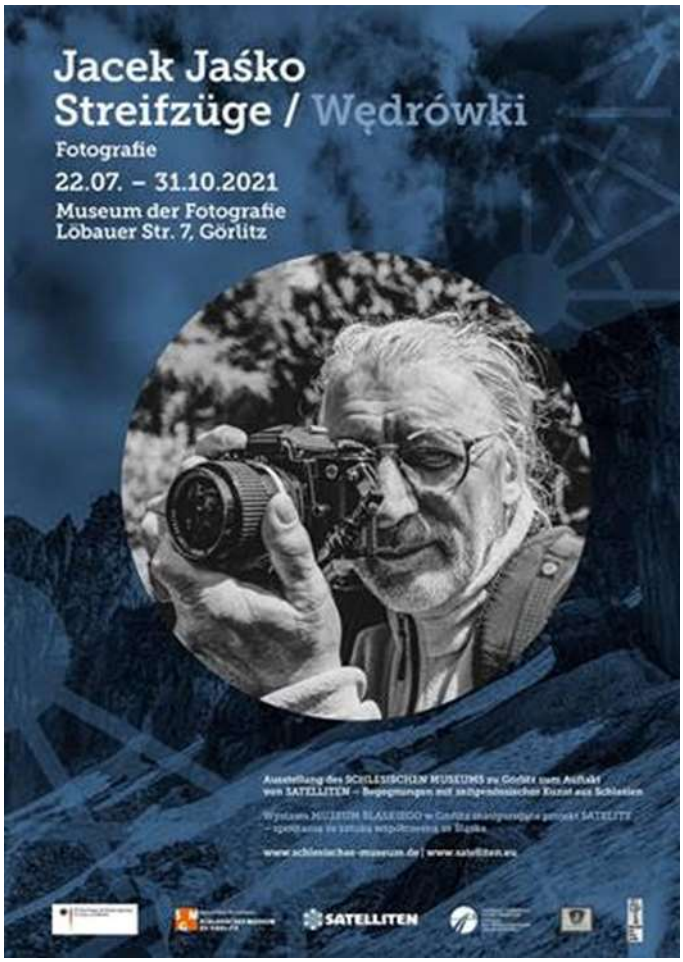
Begleitend zur Ausstellung veröffentlicht das Schlesische Museum zu Görlitz einen Katalog (60 Seiten, 8 Euro) mit Textbeiträgen vom Künstler, der Ausstellungskuratorin Romy Czimmernings und der Projektleiterin Agnieszka Bormann sowie mit einer großen Auswahl an Fotografien von Jacek Jaśko.

Jacek Jaśko, geb. 1955 in Jelenia Góra (Hirschberg), verbrachte seine Kindheit in der Hampelbaude (poln. Schronisko Strzecha Akademicka) im Riesengebirge – eine prägende Erfahrung fürs Leben. Er war mehrere Jahre Journalist der "Gazeta Wyborcza", „Nowiny Jeleniogórskie" und Chefredakteur der Zeitschrift "Karkonosze". Seine fotografische Ausbildung erhielt er an der Hochschule für Fotografie in Jelenia Góra. 2008/2009 leitete er in Kooperation mit der Stadtbibliothek "Książnica Karkonoska" das Fotoprojekt „Jelenia Góra. Pamięć Miasta" (Hirschberg. Gedächtnis einer Stadt). Seine Werke wurden zum Beispiel auch in Aarhus (Dänemark), Berlin, Dresden und Weißwasser gezeigt. Heute lebt Jaśko in Prag und immer wieder auch in Kopaniec.

SATELLITEN – Begegnungen mit zeitgenössischer Kunst in und aus Schlesien

Mit der Ausstellung *Streifzüge / Wędrówki* eröffnen wir das Projekt SATELLITEN zur Präsentation zeitgenössischer Kunst in und aus Schlesien. Mit einer Reihe von geplanten Ausstellungen ermöglicht das Projekt eine Auseinandersetzung mit ausgewählten künstlerischen Positionen, die aktuell in Schlesien sichtbar sind. Diese Annäherung findet im zweiten Teil von SATELLITEN ihre Fortsetzung in Schlesien – mit Exkursionen zu den Künstlerinnen und Künstlern an den Orten ihres Lebens und Schaffens. Hier steht neben der Kunst auch die Region im Fokus. Denn durch die Begegnungen mit den Kunstschaffenden in ihren Ateliers lernen wir nicht nur ihre künstlerische Handschrift und konkrete Werke kennen, sondern auch ihre Lebenswirklichkeit, ihre Bezüge zu ihren Wirkungsorten, ihrer Geschichte und Gegenwart, die sie nicht selten aktiv beeinflussen und gestalten.

Die Ausstellung sowie das gesamte Projekt „SATELLITEN – Begegnungen mit zeitgenössischer Kunst aus und in Schlesien" werden gefördert aus Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien über das Kulturreferat für Schlesien am Schlesischen Museum zu Görlitz sowie durch die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit. Weitere Informationen unter www.satelliten.eu.



Schneekoppe, *Fotografie und © Jacek Jaśko*

Kopaniec, *Fotografie und © Jacek Jaśko*

08) Im Fluss der Zeit - Jüdisches Leben an der Oder

Donnerstag, 12. August bis Sonnabend, 02.10.2021, Görlitz | Ausstellung:

»Im Fluss der Zeit – Jüdisches Leben an der Oder«
»Z biegiem rzeki – Dzieje Żydów nad Odrą«

Kulturforum Neue Synagoge
Otto-Müller-Straße 2
02826 Görlitz

Die Landschaft an der Oder mit ihren wechselnden herrschaftlichen und nationalen Zugehörigkeiten war über Jahrhunderte ein Begegnungsraum. Hier kreuzten sich auch die deutsch-jüdische und die polnisch-jüdische Kultur. In der Neuzeit bedrohte der Nationalismus, gepaart mit dem Antisemitismus, diese kulturelle Vielfalt an Oder, Obra und Warthe. Der Nationalsozialismus zerstörte sie. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden weite Abschnitte der Oder zur deutsch-polnischen Grenze und die deutsche Bevölkerung aus den Regionen östlich des Flusses vertrieben. Polinnen und Polen fanden hier eine neue Heimat und für kurze Zeit schien es, dass in Niederschlesien und Pommern jüdisches Leben heimisch werden könnte. Mehrere Zehntausend polnisch-jüdische Holocaustüberlebende siedelten sich hier an, doch die meisten wanderten bis Ende der 1960er Jahre wieder aus. Die jahrhundertelange Anwesenheit von Jüdinnen und Juden an der Oder fiel dem Vergessen anheim, ihre Spuren wurden oft zerstört.

Die deutsch- und polnischsprachige Ausstellung widmet sich Momenten der jüdischen Geschichte beiderseits der Oder. Sie will zum Nachdenken und zum Gespräch zwischen den ehemaligen und heutigen Bewohnerinnen und Bewohnern der Region anregen. Sie ist zugleich eine Einladung zur Neuentdeckung des deutsch-polnisch-jüdischen Kulturerbes dieser Landschaft.

Öffnungszeiten

Die Ausstellung ist von Montag bis Sonntag, auch an Feiertagen, zwischen 10 und 18 Uhr im Kulturforum Neue Synagoge zu sehen. Der Eintritt ist kostenpflichtig.

Aufgrund von Veranstaltungen kann es zu verkürzten Öffnungszeiten oder Schließzeiten kommen. Wir bitten Sie darum, sich im Vorfeld Ihres geplanten Besuches unter der Telefonnummer +49 (0)3581-672410 zu informieren.

Kontakt

Dr. Magdalena Gebala
Arbeitsbereich Polen
Deutsches Kulturforum östliches Europa
Berliner Straße 135 | Haus K1
14467 Potsdam
Tel. +49 (0)331 20098-18
Fax +49 (0)331 20098-50
gebala@kulturforum.info
www.kulturforum.info

09) Einblicke ins Depot des Sudetendeutschen Museums

Im Sudetendeutschen Museum in München sind mehr als tausend Ausstellungsstücke zu sehen. Weniger bekannt ist das Depot des Museums, das rund 40.000 weitere Objekte beherbergt. Im Depot findet ein wesentlicher Teil der musealen Arbeit statt: Hier werden neue Exponate aufgenommen, digital inventarisiert, konservatorisch behandelt und für eine spätere Präsentation - zum Beispiel im Rahmen von Sonderausstellungen - aufbewahrt. Mit diesem Kurzfilm erhalten Sie einen exklusiven Einblick in das Depot des Sudetendeutschen Museums, begleitet von Sammlungsleiter **Klaus Mohr**:

https://www.youtube.com/watch?v=lAM3t3udysM

Übrigens: bis zum 31. Juli 2021 ist der Eintritt ins Museum – nach vorheriger Anmeldung – gratis!

https://www.sudetendeutsche-stiftung.de/sudetendeutschesmuseum/index.html

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 65, 2021

Wien, am 27. Mai 2021

10) Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold

MUSEUM FÜR RUSSLANDDEUTSCHE KULTURGESCHICHTE

Liebe Museumsfreunde!

Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an unserem Veranstaltungsangebot. Leider ist damit zu rechnen, dass wir auch in diesem Jahr immer wieder neu aushandeln müssen, ob und in welcher Weise unsere Veranstaltungen stattfinden können. Bitte besuchen Sie uns regelmäßig auf unserer Homepage www.russlanddeutsche.de, um zu erfahren, in welcher Form die jeweiligen Veranstaltungen durchgeführt werden.

Alles Gute und beste Grüße

Ihr Museumsteam

Georgstraße 24
32756 Detmold
Ruf: 05231-921 6900
museum@russlanddeutsche.de
https://www.russlanddeutsche.de

Kulturreferat:
Ruf: 05231-921 6913
Mobil: 0162-646 2913
e.warkentin@russlanddeutsche.de

E. a) Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt *Seiten 397 - 399*

A. Besprechungen

Wir lesen!

B. Besprechungen in Arbeit

01) Svenja Kück: Heimat und Migration. Ein transdisziplinärer Ansatz anhand biographischer Interviews mit geflüchteten Menschen in Deutschland.
(3 Abb., 2 Tab.). (Bielefeld) transcript (2021). 293 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5511-7 (Print), 978-3-8394-5511-1 (pdf). € 48,00.
Rezensentin: Frau Dr. Maria Werthan, Langerwehe

02) Breslau – Freizeit und Konsum. (zahlreiche historische und aktuelle Abb. im Text, Abb. auf den Klapp-Umschlagseiten). Hg. von Heinke Kalinke, Tobias Weger, Łukasz Bieniasz
(Berlin/Boston) de Gruyter (2021). 313 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 81.
ISBN 978-3-11-070298-9. € 49,95.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

03) Arne Frank unter Mitarbeit von Katrin Schulz: Das schlesische Elysium. Burgen, Schlösser, Herrenhäuser und Parks im Hirschberger Tal. (mit zahlreichen mehrfarbigen und SW-Abbildungen im Text, 2 mehrfarbigen Karten auf den Innenseiten).
Fünfte, überarbeitetete und erweiterte Auflage.
(Potsdam) Deutsches Kulturforum östliches Europa (2021). 307 Seiten.
ISBN 978-3-9361168-90-7. € 19,80.
Rezensent: Peter Börner, Siegburg

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen

01) Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?

02) Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text).
(Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.

03) Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975).
(Düsseldorf) Droste Verlag 2020. 671 Seiten.
= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 182. ISBN 978-3-7700-5349-0. € 68,00.

04) Handbuch Landesgeschichte. (43 Abb., darunter einige mehrfarbige Abb.). Hrsg. von Werner Freitag, Michael Kißener, Christine Reinle und Sabine Ullmann.
(Berlin) De Gruyter Oldenbourg. (2018). XII, 706 Seiten. = de Gruyter Reference.
Gebunden ISBN 978-3-11-035411-9. € 99,95.

05) Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung. (zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.
PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.

06) Das Museum der Zukunft. 43 neue Beiträge zur Diskussion über die Zukunft des Museums. Hrsg. von schnittpunkt und Joachim Baur. (mit mehrfarb. und SW-Abb.). (Bielefeld) transcript (2020).
313 Seiten. ISBN 978-3-8376-5270-3. € 29,00.

07) Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen).
(Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.

08) Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makała. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020).
400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.

09) Christofer Herrmann / Kazimierz Pospieszny / Ernst Gierlich (Hrsg.): Spiegel der Fürstenmacht. Residenzbauten in Ostmitteleuropa im Spätmittelalter – Typen, Strukturen, Ausschmückung. (zahlreiche Farbfotos, zahlreiche mehrfarbige und einfarbige Abb.). (Bonn) Kulturstiftung der Vertriebenen (1921). 289 Seiten.
ISBN 978-3-88557-243.5. € 24,90.

10) Hans-Jürgen Kämpfert: Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel. Einrichtungen und Persönlichkeiten. (zahlreiche Abb., Stadtplan Danzigs von 1822 auf den Umschlaginnenseiten vorn, Landkarte Westpreußen auf den Umschlaginnenseiten hinten).
Münster / Westfalen: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2020. XI, 396 Seiten.
= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 42.
ISBN 978-3-924238-58-2. € 40,00.

11) Christhardt Henschel (Hg.): Ostpreußens Kriegsbeute. Der Regierungsbezirk Zichenau 1939 – 1945. (19 SW-Abbildungen im Text). (Osnabrück) fibre (2021). 416 Seiten.
= Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau.42.
ISBN 978-3-944870-75-5. € 58,00.

12) Arno Mentzel-Reuters und Stefan Samerski (Hg.). Castrum sanctae Mariae: Die Marienburg als Burg, Residenz und Museum. (mit 102 Abb.). Göttingen: V & R Unipress 2019. 505 Seiten.
= Vestigia Prussica. Forschungen zur Ost- und Westpreußischen Landesgeschichte. Band 1. ISBN 978-3-8471-0883-2. € 59.99.

13) Naturpark Barnim von Berlin bis zur Schorfheide. Eine landeskundliche Bestandsaufnahme. Hg. von Peter Gärtner, Lisa Merkel, Haik Thomas Porada (mit 181 zumeist mehr-farbigen Abb. im Text; 1 Übersichtskarte-Suchpunkte und 1 Tafel mit 4 mehrfarbigen Abb. in Tasche).
Wien, Köln, Weimar. Böhlau Verlag (2020). 496 Seiten.
= Landschaften in Deutschland. Band 80 (herausgegeben im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde und der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig). ISBN 978-3-412-51378-8. € 30,00.

14) Peter Bahl: Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945. (Berlin) Berliner Wissenschaftsverlag (2020). XVII, 1.718 Seiten.
= Bibliothek der brandenburgischen und preußischen Geschichte. Im Auftrag des Brandenburgischen Hauptarchivs und der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Mario Glauert und Michael Wildt. Band 17.
ISBN Print 978-3-8305-5016-7. € 125,00.
ISBN E-Book 978-3-8305-4186-8. Freier Zugang. € 0,00.

15) Reinhard Olt: Im Karpatenbogen. Ungarn und die Diaspora der Magyaren – Reportagen und Analysen. (mit mehrfarbigen Fotos). Budapest: Freunde von Ungarn Stiftung 2020. 232 Seiten. ISBN 978-615-81674-0-6.

16) Wilfried Heller: Zwischen Herkunft und Neuanfang. Biographische Skizze eines Vertriebenen aus dem Egerland (Böhmen). (London/Berlin) Verlag Inspiration Un Limited (2021). 112 Seiten. ISBN 978-3-946127-322. € 12,90.

17) Matthias Barelkowski und Christoph Schutte (Hg.): Neuer Staat, neue Identität? Deutsch-polnisch-jüdische Biografien in Polen nach 1918. (5 Abb.).
(Osnabrück) fibre (2021). 347 Seiten.
= Polonica-Germanica. Schriften der Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen e. V. 12. ISBN 978-3-944870-74-8. € 39,80.

Briefe und Leserbriefe *Seiten 400 - 402*

Lesen und schreiben!

01) Einbahnstraße Borstellstraße – eine Fehlentscheidung.
Brief an die Straßenverkehrsamt von Berlin Steglitz-Zehlendorf

Verkehrszeichen Richtzeichen...

§ 42 Richtzeichen:
Richtzeichen geben besondere Hinweise zur Erleichterung des Verkehrs. Sie können auch AnordnunSehr geehrte Damen und Herren,

tiefbauamt@ba-sz.berlin.de

Ccc: bzbm@ba-sz.berlin.de

Bcc: agom.westpreussen.berlin@gmail.com

13.04.2021, 10:40 Uhr

wegen einer Baustelle ist seit einigen Wochen u.a. der Abschnitt der Borstellstraße zwischen Brandenburgischer Straße und Albrechtstraße zur Einbahnstraße umgewidmet worden. Ich halte das nach meinen Beobachtungen nicht für klug!

Es ist ein verhältnismäßig kurzer Straßenabschnitt von etwa 20 Metern. Nach meinen Beobachtungen ignorieren nicht nur große Lastfahrzeuge diese Regelung und fahren von der Brandenburgischen Straße in Richtung Albrechtstraße der Einbahnstraße-Regelung entgegen. Den großen Lastfahrzeugen ist das auch nicht zu verdenken, denn andernfalls müssten sie sich im Zuge der Borstellstraße durch die mit Autos enggestellten Straßen quälen, sofern sie überhaupt von der Brandenburgischen Straße her nach rechts in die Borstellstraße Richtung Stephanstraße (auch eine Einbahnstraße zwischen Albrechtstraße und Borstellstraße) einbiegen können: es ist dort aufgrund einer Baustellenabsperrung sehr eng. Aber nicht nur Laster-, sondern auch PKW-Fahrer ignorieren die o.g. Einbahnstraßenregelung.

Ich halte es daher für sinnvoller, wenn statt der Beschilderung als „Einbahnstraße“ Richtzeichen nach § 42 der Straßenverkehrsordnung aufgestellt werden: so weit mir bekannt roter bzw. weißer Pfeil auf blauem Grund (waren die früher nicht anders gestaltet?).

Ich freue mich auf die Umsetzung meines Vorschlags und Ihre Eingangsbestätigung zu meinem Vorschlag, den Sie bitte an die zuständige Stelle weitergeben.

Mit freundlichen Grüßen
Reinhard M. W. Hanke,
Vorsitzender der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
c/o Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin
Brandenburgische Straße 24 Steglitz
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533, Fax auf Anfrage
www.westpreussen-berlin.de
www.ostmitteleuropa.de

19.04.2021

Sehr geehrte Damen und Herren vom Tiefbauamt usw.,

zu meinem bislang unbeantworteten Schreiben vom 13. April 2021 ergänze ich:
nach meinen Beobachtungen wird auch die Einbahnstraßen-Ausschilderung der Borstellstraße zwischen Brandenburgische Straße und Stephanstraße nicht nur von LKW-Fahrern, sondern auch von PKW-Fahrern ignoriert. Sie Sollten handeln.

In Erwartung Ihrer freundlichen Antwort verbleibe ich mit freundlichen Grüßen
Reinhard M. W. Hanke

Anmerkung von Reinhard M. W. Hanke am 02.06.2021:

Das Tiefbauamt hat am 19.04.2021 meinen Brief zuständigkeitshalber an die Straßenverkehrsamt des Bezirks weitergeleitet.

Eine Antwort ist bis heute – 26. August 2021 - ausgeblieben….!!!!!!!!!!!!!!!

Vielleicht sollten wir noch ein paar Fotos von zerstörten Mosaiksteinpflastern und anderen Straßenschäden bringen!

Borstellstraße, Blick Richtung Albrechtstraße von Ecke Brandenburgische Straße

Vom selben Standort: Borstellstraße Richtung Stephanstraße. *Aufnahmen (2): Reinhard M.W. Hanke*

IMPRESSUM

Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.
Öffnungszeit: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.
<agom.westpreussen.berlin@gmail.com>

Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglit
Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!

P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png *https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png*

<u>Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.</u>

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

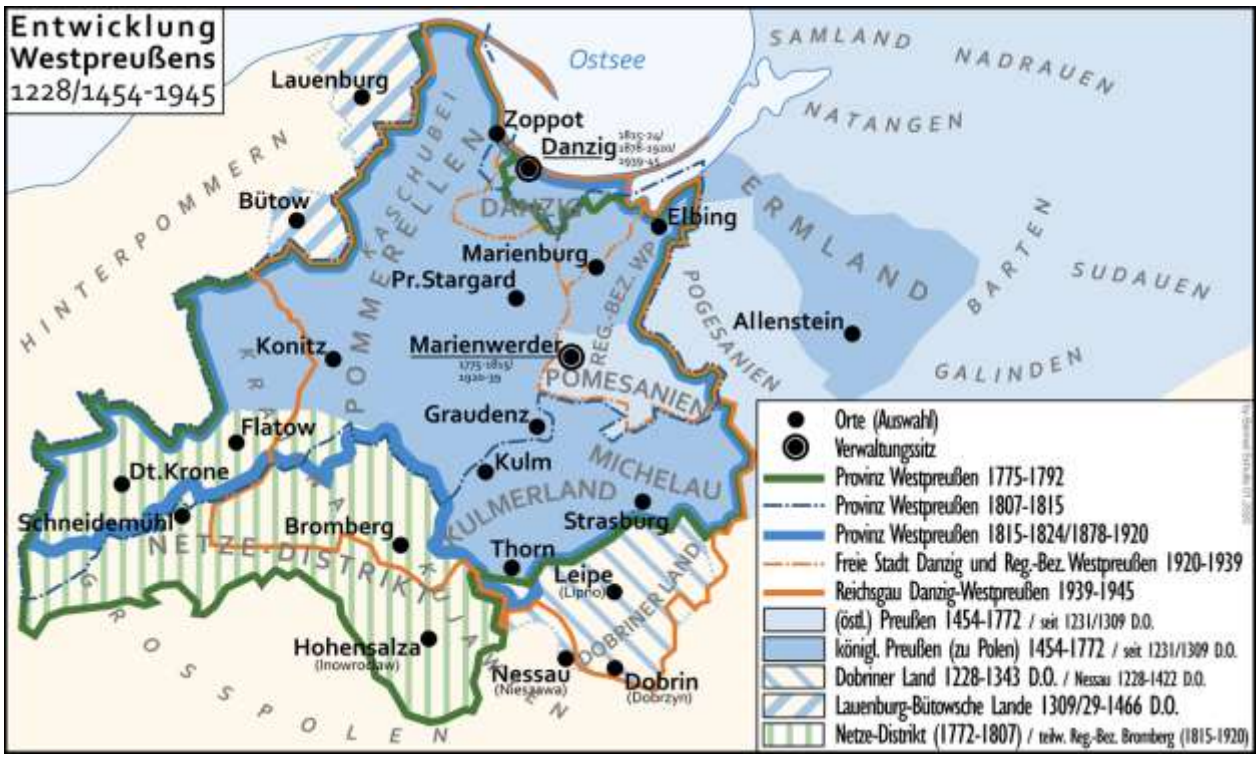
West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

<u>Quelle: WIKIPEDIA „Ostmtteieuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr: https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa</u>

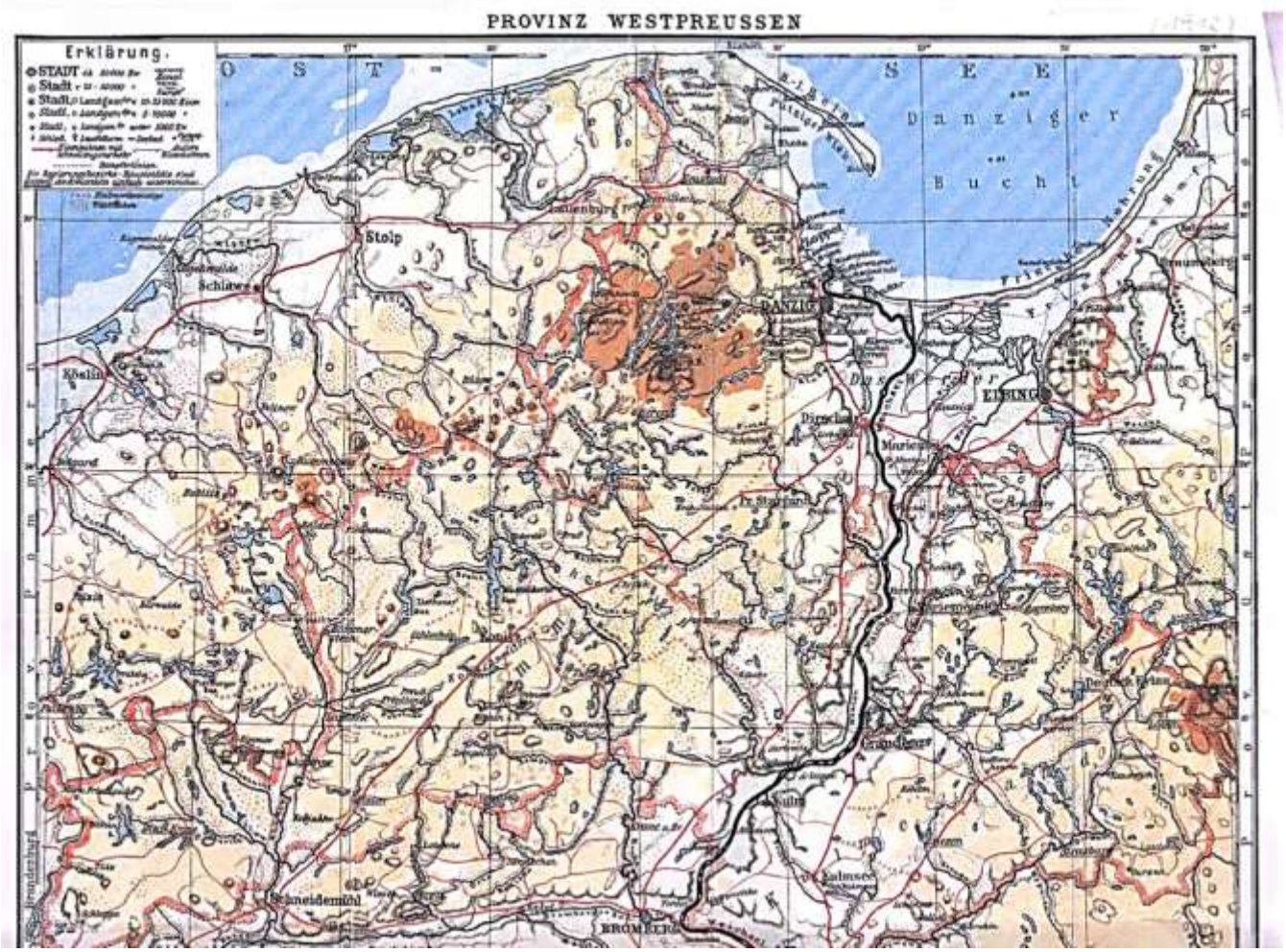
<u>s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im</u>
Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa
https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa

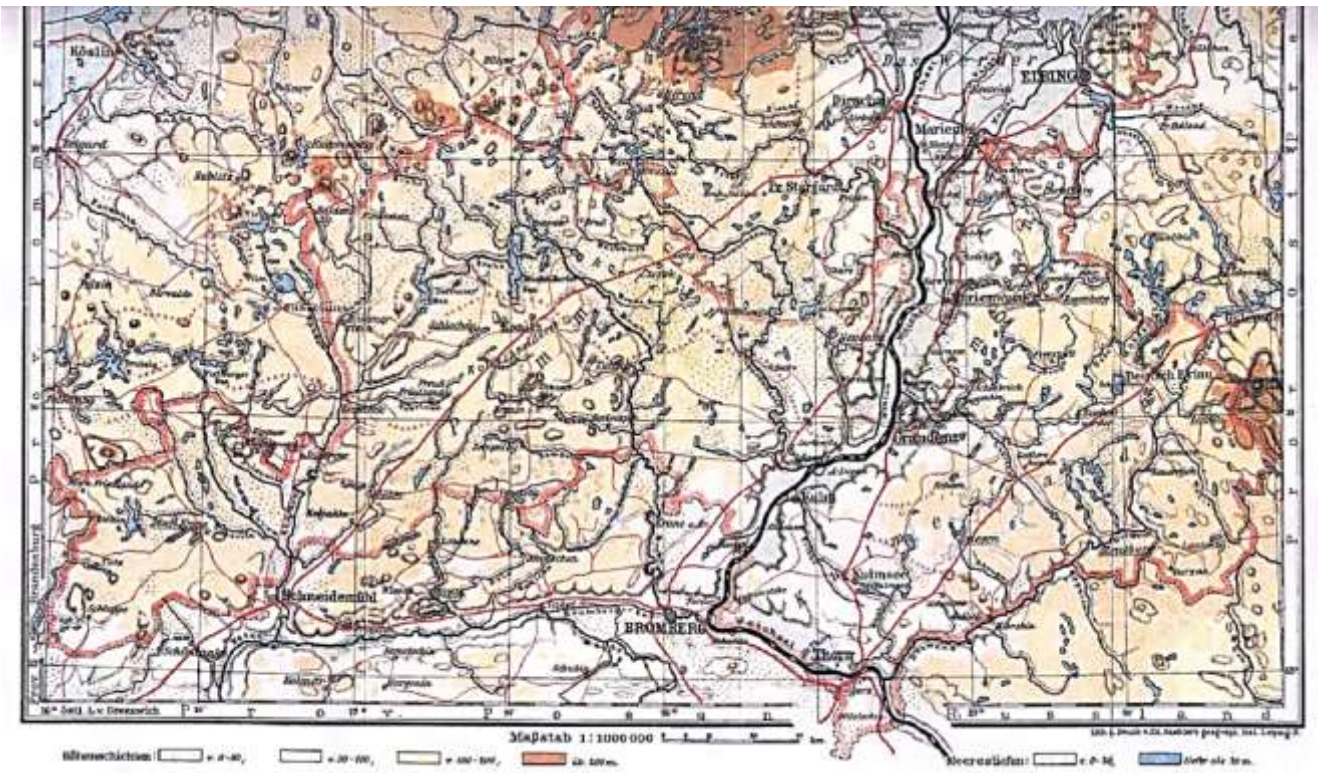
Hellgrau: Herzoglich Preußen. Farbig: Königlich Preußen mit seinen Woiwodschaften als Teil Polen-Litauens.

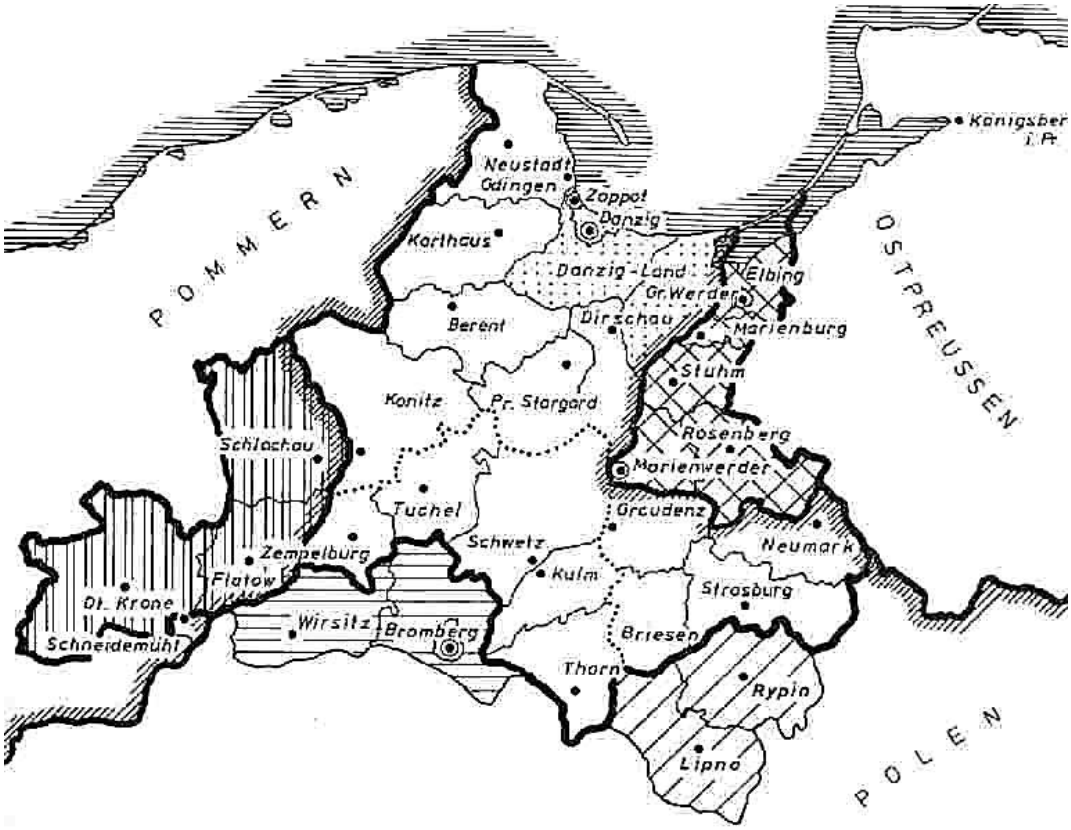
Beide Karten dieser Seite aus: WIKIPEDIA, aufgerufen am 04.03.2021, 09:50 Uhr:
https://de.wikipedia.org/wiki/Westpreu%C3%9Fen#/media/Datei:Entwicklung%CC%A0Westpreussen.png



Entwicklung Westpreußens 1228/1454–1945


PROVINZ WESTPREUSSEN
Erklärung.
O S T S E E
Danziger Bucht
Stolp
Schlawe
Köslin
DANZIG
Pirschau
Mariensee
ELBING
Graudenz
Culm
Kulmsee
Schneidemühl
BROMBERG


Köslin
Pirschau
Mariensee
ELBING
Graudenz
Culm
Kulmsee
Schneidemühl
BROMBERG
Maßstab 1:1000000



Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920